

Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964  
Band 1: Außenpolitik vor Ausbruch der Berlin-Krise

Quellen und Darstellungen zur  
Zeitgeschichte  
Herausgegeben vom Institut für  
Zeitgeschichte

Band 88/1

# Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964

Gespräche, Aufzeichnungen und  
Stellungnahmen

Band 1: Außenpolitik vor Ausbruch  
der Berlin-Krise  
(Sommer 1955 bis Herbst 1958)

Herausgegeben von  
Gerhard Wettig  
in Zusammenarbeit mit Horst Möller,  
Michail Prosumenschtschikow, Peter Ruggenthaler,  
Natalja Tomilina, Aleksandr Tschubarjan, Matthias Uhl  
und Hermann Wentker

im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin  
und aufgrund einer Empfehlung der Gemeinsamen  
Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte  
der deutsch-russischen Beziehungen

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

*Gefördert aus den Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen.*

ISBN 978-3-11-043756-0  
e-ISBN (PDF) 978-3-11-042829-2  
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-042838-4  
ISSN 0481-3545

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data  
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston  
Titelbild: Nikita Sergejewitsch Chruschtschow im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld, 9. 7. 1958; Bundesarchiv, Bild 183-56685-0081 / Fotograf: Horst Sturm  
Einbandgestaltung: hauser lacour  
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen  
© Gedruckt auf säurefreiem Papier  
Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort.....	IX
Einleitung.....	1
Chronologie.....	5
Dokumente.....	29
1. Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung der Regierungs- delegationen von UdSSR und DDR am 19. September 1955.....	29
2. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Italiens, Pietro Nenni, am 15. Oktober 1955.....	35
3. Stellungnahme Chruschtschows bei Eröffnung der Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder am 6. Januar 1956.....	43
4. Gespräch mit dem Führungsmitglied der britischen Labour Party Harold Wilson am 12. Januar 1956.....	59
5. Gespräch mit dem amerikanischen Juristen Marshall McDuffie am 25. Januar 1956.....	64
6. Rede Chruschtschows auf der Beratung mit den Vertretern der ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien am 27. Februar 1956 in Moskau.....	81
7. Gespräch mit der Delegation der sozialistischen Partei Frankreichs am 4. Mai 1956.....	88
8. Verhandlungen Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und Christian Pineau am 16. Mai 1956.....	100
9. Verhandlungen Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und Christian Pineau am 17. Mai 1956 vormittags.....	119
10. Verhandlungen Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und Christian Pineau am 17. Mai 1956 nachmittags.....	138
11. Gespräch Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und Christian Pineau in der französischen Botschaft am 18. Mai 1956.....	145

12. Information über die Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der UdSSR und Frankreichs in Moskau vom 16. bis 19. Mai 1956.....	152
13. Gespräch N. A. Bulganins, N. S. Chruschtschows und W. M. Molotows mit dem französischen Außenminister Christian Pineau am 24. Mai 1956.....	160
14. Gespräch Chruschtschows und Bulganins mit einer Delegation des dänischen Folketings am 31. Mai 1956.....	164
15. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Labour Politiker Tom Driberg am 30. August 1956.....	173
16. Gespräch Chruschtschows mit dem Mitglied der britischen Labour Party Konni Zilliacus am 18. Oktober 1956.....	185
17. Gespräch N. A. Bulganins und N. S. Chruschtschows mit den Delegationen der Anhänger des Friedens der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschlands am 19. November 1956.....	212
18. Gespräch von Nikita Chruschtschow, Michail Suslow und Boris Ponomarjow mit den Vertretern der Italienischen Kommunistischen Partei Luigi Longo und Velio Spano am 22. Januar 1957.....	237
19. Gespräch Chruschtschows mit der Regierungsdelegation der Volksrepublik Bulgarien am 16. Februar 1957.....	250
20. Gespräch Chruschtschows mit einer Delegation französischer Radikalsozialisten unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden, Edouard Daladier, am 9. September 1957.....	257
21. Gespräch Chruschtschow mit den Labour-Abgeordneten im britischen Unterhaus Aneurin Bevan und Jennie Lee am 17. September 1957.....	268
22. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Physiker John Bernal am 11. November 1957.....	280
23. Chruschtschows Rede zur Eröffnung der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau am 14. November 1957.....	288
24. Gespräch Chruschtschows mit Geschäftsleuten aus Kanada am 14. Mai 1958.....	291
25. Rede Chruschtschows auf der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau am 21. Mai 1958.....	308

26. Bemerkungen von Gen. N. S. Chruschtschow vom 21. Mai 1958 zum Entwurf einer Rede . . . . .	317
27. Gespräch Chruschtschows mit dem Politiker der britischen Labour Party Konni Zilliacus am 4. September 1958 . . . . .	323
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	341
Dokumenten- und Literaturverzeichnis . . . . .	343
Personenregister . . . . .	361



## Vorwort

Die vierbändige Dokumentation „Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964“, deren erster Band hiermit nach den bereits erschienenen Bänden 3 und 2 vorgelegt wird, geht auf eine Anregung aus dem Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte (Rossjiskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, RGANI) zurück. Natalja Tomilina und ihr Stellvertreter, Michail Prosumenschtschikow, haben sich nach der Deklassifizierung wichtiger Unterlagen zur auswärtigen Politik der UdSSR in der Chruschtschow-Zeit an die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen mit der Überlegung gewandt, dass die Publikation einschlägiger Dokumente geeignet wäre, die internationale Forschung über diesen wichtigen Zeitabschnitt des Kalten Krieges zu stimulieren. Die Anregung wurde von den Ko-Vorsitzenden der Kommission, Horst Möller und Aleksandr Tschubarjan, aufgegriffen und fand die Unterstützung auch der anderen Mitglieder. Das Projekt wurde daher sofort in die Planung aufgenommen, und ich wurde mit der Durchführung beauftragt. Das Deutsche Sekretariat der Kommission, das bis Januar 2014 beim Bundesministerium des Innern ressortierte und danach an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien übergegangen ist, hat aus dem für die Kommission bestimmten Etat die notwendigen Sachmittel zur Verfügung gestellt. Der Leiter des Sekretariat bis Herbst 2013, Eberhard Kuhrt, hat mir bei damit verbundenen Fragen stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Die Dokumentation wird unter der Ägide des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) erstellt, dessen Direktor – zunächst Horst Möller und später Andreas Wirsching – die Veröffentlichung in das Institutsprogramm aufgenommen sowie die Beantragung und Verwaltung der erforderlichen Mittel durch das IfZ veranlasst haben. Die finanzielle Betreuung des Projekts lag in den Händen von Ingrid Morgen bzw. ihrer Nachfolgerin Christine Ginzkey und, was die praktischen Fragen betrifft, vor allem von Hildegard Maisinger, die jedesmal zu rascher Hilfe bereit war, wenn dabei Unklarheiten und Schwierigkeiten auftraten. Der Leiter der Berliner Abteilung des IfZ, Hermann Wentker, und seine Mitarbeiterinnen Hannelore Georgi (bis Mitte 2013), ihre Nachfolgerin Ute Eichhorn sowie Manuela Starosta und Gabriele Tschacher haben mir während vieler Gastaufenthalte bei meinen Recherchen in vieler Weise geholfen. Die Übersetzungen der russischen Dokumente wurden von Julija Schellander und Lothar Kölm angefertigt. Lev Milstein hat den gesamten Text abschließend durchgesehen und verschiedene Hinweise dazu gegeben. Vor allem aber beruht der Band auf der unermüdlichen, zuverlässigen und fachkundigen Mitwirkung von Anna Kim (die bis zu ihrer Heirat im September 2014 Becker hieß) in Berlin, die mich im Hunsrück durch Lieferung notwendiger Unterlagen und Informationen sowie ihre tatkräftige Beteiligung an den editorischen Arbeiten unterstützt hat. Im IfZ haben

Magnus Brechtken und seine Sekretärin Petra Bamberg die Publikation vorbereitet. Aufseiten des Oldenbourg Verlags, der seit Anfang 2013 mit DeGruyter verbunden ist, war Gabriele Jaroschka mit der Veröffentlichung des Buches befasst. Allen Genannten sei an dieser Stelle herzlich für ihren Beitrag zum Erscheinen des Bandes gedankt.

Kommen, im Januar 2015

Gerhard Wettig

# Einleitung

Die Dokumentation Chruschtschows Westpolitik, deren erster Band hier vorgelegt wird, geht auf die Initiative der Leiter des Russischen Staatsarchivs für Zeitgeschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, RGANI), Natalja Tomilina und Michail Prosumenschtschikow, zurück. Die Ko-Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, Horst Möller und Aleksandr Tschubarjan, haben den Vorschlag aufgegriffen und Gerhard Wettig mit der Durchführung beauftragt. Die darin enthaltenen Archivalien, vor allem Protokolle von Gesprächen Chruschtschows, stammen aus den Jahren 1955 bis 1964, als der Kremlchef die sowjetische Außenpolitik bestimmte und der jeweilige Außenminister seine Weisungen befolgte. Die Auswahl ist insofern unausgewogen, als viele Unterlagen nach wie vor sekretiert sind und daher weder veröffentlicht noch vom Herausgeber eingesehen werden können. Das betrifft vor allem die Gespräche mit der amerikanischen Regierung. Dennoch ergibt sich aus den Materialien, die zur Publikation kommen, ein umfassendes Bild der sowjetischen Politik, weil sich Chruschtschow auch gegenüber anderen Gesprächspartnern sehr ausführlich und offen über alle ihm wichtig erscheinenden Fragen der internationalen Lage und die von ihm daraus gezogenen Schlussfolgerungen äußert. Der erste Band der Dokumentation umfasst die Zeit vor der zweiten Berlin-Krise, also bis zum Herbst 1958. Nicht berücksichtigt werden der österreichische Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 und der Besuch Adenauers in Moskau vom 8. bis 14. September 1955. Über die mit dem Staatsvertrag zusammenhängenden Vorgänge wurden vor allem zahlreiche sowjetische Akten veröffentlicht<sup>1</sup>, und die Protokolle der Verhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen können in zwei sich teilweise überlappenden Publikationen nachgelesen werden<sup>2</sup>.

Die hier vorgelegten Dokumente sind einzigartige Zeugnisse der sowjetischen Außenpolitik, denn im Unterschied zu den anderen Kremlherrschern vor Gorbatschow äußerte sich Chruschtschow sehr freimütig in den Gesprächen, die er – auch das war ungewöhnlich in Moskau – mit überaus verschiedenen Vertretern

- <sup>1</sup> Stefan Karner / Barbara Stelzl-Marx / Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente, Graz 2005 (sowjetische Dokumente im russischen Original und parallel dazu in deutscher Übersetzung); Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien 1998 (4. erweit. Aufl.), S. 607–779 (österreichische Dokumente, ggfb. unter Hinweis auf inhaltliche Abweichungen in der sowjetischen Gegenüberlieferung).
- <sup>2</sup> Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov, [hg. von] Moskovskij gosudarstvennyj institut meždunarodnych otnošenij [MGIMO], Moskau 2005 (sowjetische Dokumente im russischen Original); Vízit kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy. K 50-letiju diplomatičeskich otnošenij meždu Rossiej i Germaniej, Moskau 2005 (von der Moskauer Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung originalsprachlich edierte sowjetische und deutsche Dokumente).

von Politik, Wirtschaft, Journalismus und Gesellschaft führte. Auch wenn diese zu anderen Lagern gehörten und sich vorhersehbar mit deren Standpunkten identifizierten, suchte er den Kontakt. Dem lag nicht zuletzt auch die missionarische Erwartung zugrunde, mit seinen Vorstellungen und Argumenten Einfluss auszuüben. Er glaubte, die Gesprächspartner würden sich der Wirkung seiner Überlegungen nicht entziehen können, die zwar weithin pragmatischer Art waren, aber auf einem – nach seiner Ansicht allein richtigen – marxistisch-leninistischen Fundament standen. Als er bei einer Unterredung mit kanadischen Geschäftsleuten auf unverhüllte Ablehnung stieß, reagierte er ungehalten und wollte den Gedankenaustausch abbrechen, wovon ihn erst eine begütende Reaktion abbrachte. Vielfach, wenn Gesprächspartner ihre erheblich abweichenden Positionen vorsichtig und zurückhaltend zum Ausdruck bringen, hört er, nach seinen darüber später gemachten Äußerungen zu urteilen, Zustimmung heraus, so dass es faktisch zu einer verzerrenden Wahrnehmung kommt.

Charakteristisch für Chruschtschow ist, dass er sich nicht der üblichen gestanzten Parteisprache bediente und vielfach sogar bei Ansprachen frei formulierte. Er drückte sich gerne volkstümlich oder sogar derb aus und wurde nicht selten emotional. All das führt gelegentlich zu sprachlichen Unvollkommenheiten – etwa Sätzen, die anders fortgeführt werden, als sie angefangen hatten. Soweit diese Mängel in den Protokollen nicht zumeist schon korrigiert sind<sup>3</sup>, werden sie bei der Übersetzung ins Deutsche beibehalten, um die originalen Formulierungen möglichst getreu wiederzugeben. Insgesamt bietet der weithin spontane Redestil Chruschtschows mehr Aufschluss über die zugrunde liegenden Gedanken und Motive, als dies sonst bei außenpolitischen Aussagen, namentlich den sowjetischen Stellungnahmen, der Fall ist. Den hier vorgelegten Dokumenten sind nicht nur Informationen über vielfach wenig oder überhaupt nicht bekannte Aspekte die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik zu entnehmen, sondern auch interessante Einblicke, wie sich westliche und andere außersowjetische Gesprächspartner zu heiklen Fragen verhielten.

In den Jahren, auf die sich der Band 1 der Chruschtschow-Dokumentation bezieht, weitete sich der Aktionsrahmen der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend aus. Zu den früheren Schwerpunkten Europa, Naher Osten und Ostasien kam vor allem das Bemühen um die im Dekolonialisierungsprozess befindlichen Länder der „Dritten Welt“. Besonders suchte die UdSSR Verbindungen aufzubauen zu der 1955 gegründeten Blockfreienbewegung mit dem Ziel, eine gemeinsame „antiimperialistische“ Front gegen die Westmächte zu schaffen und auf längere Sicht einen allmählichen Übergang dieser Länder zum Sozialismus einzuleiten. Das Hauptinteresse galt jedoch nach wie vor dem Verhältnis zu den USA und zu den NATO-Staaten, zu denen die sowjetischen Führer sich und ihr Lager in einem historisch-gesetzmäßig begründeten Gegensatz sahen.

<sup>3</sup> Die Protokolle wurden in der Regel hinterher von den Dolmetschern, zumeist jüngeren sowjetischen Diplomaten, aufgrund ihrer stenographischen Notizen angefertigt. Bei sehr wichtigen Unterredungen wurde der Inhalt von Chruschtschow, ausnahmsweise auch von anderen Gegenlesern, überprüft, wenn nötig, handschriftlich korrigiert und im Falle umfangreicher Änderungen neu geschrieben.

Für Chruschtschow war die deutsche Frage das Kernproblem der Auseinandersetzung mit dem westlichen Bündnis. Das war nicht nur deswegen der Fall, weil Deutschland seit jeher für die Kommunisten im Kreml das Tor nach Westeuropa – und damit in ihrer Wahrnehmung zur Erringung der Vormacht schlechthin – war. Bestimmend war auch die Erfahrung, dass in der Nachkriegszeit die Konflikte im besetzten Deutschland zum offenen Bruch mit den USA geführt hatten, den Stalin hatte vermeiden wollen, um während des sowjetischen Wiederaufbaus frei von auswärtiger Herausforderung zu sein und von den Amerikanern eine dringend nötige Wirtschaftshilfe zu erhalten. Nachdem stattdessen die westlichen Staaten den Atlantikpakt geschlossen und wenig später mit dem Aufbau einer Front der militärischen Abwehr gegen die UdSSR begonnen hatten, stellte die – inzwischen gegründete – Bundesrepublik dafür die notwendige geostrategische Basis und einen unerlässlichen militärischen Beitrag zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund glaubte Chruschtschow, dass das deutsche Problem dem gegen die Sowjetunion gerichteten Zusammenschluss des Westens als Ursache zugrunde liege und dass durch seine Lösung diesen Zusammenschluss wieder rückgängig zu machen geeignet sei. Das dürfe freilich nicht durch eine Wiedervereinigung auf der Basis freier Wahlen geschehen, wie die westliche Seite verlangte – und zwar auch dann keinesfalls, wenn der UdSSR dafür die militärische Neutralität Deutschlands, also der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, ausdrücklich zugestanden würde. Stattdessen sollte die Veränderung der Machtverhältnisse in Europa ohne das geringste sowjetische Zugeständnis durchgesetzt werden. Daher forderte Chruschtschow, „die Deutschen selbst“ müssten die Wiedervereinigung herbeiführen, und die Mächte in West wie Ost hätten sich jeder „Einmischung“ in diese „innere Angelegenheit“ zu enthalten. Praktisch hieß das, dass alle Entscheidungen darüber von beiden deutschen Staaten zu treffen seien, also einvernehmlich mit dem SED-Regime geregelt werden müssten. Diesem war mithin ein Veto in allen Fragen der deutschen Einheit zgedacht. Da, wie Chruschtschow wusste und intern auch zum Ausdruck brachte, daraufhin von vornherein keine Übereinkunft zu erwarten war, konnte die Erfüllung der Forderung nur zur Anerkennung der DDR und zur Ablehnung jeder westlichen Mitsprachekompetenz führen, während der UdSSR kraft ihrer Fähigkeit zur Anleitung der Ost-Berliner Politik die ausschlaggebende Rolle zufallen würde.

Der zweite Schwerpunkt der Stellungnahmen war das Thema Abrüstung. Den USA wurde zum Vorwurf gemacht, sie wollten, wie es in Verfälschung des Begriffs „arms control“ hieß, nur den Stand der Rüstungen kontrolliert – das heißt für die Gegenseite offen gelegt – sehen. Dagegen wende sich die UdSSR mit der Forderung nach Abbau der militärischen Potenziale. Zur Begründung erklärte Chruschtschow, es bringe keinen Nutzen, wenn man der anderen Seite die Waffen zeige. Stattdessen müsse man Sicherheit durch Verzicht auf die bedrohlichen Waffen schaffen. Nur wenn man das tue, seien Kontrollen, insbesondere Inspektionen vor Ort, sinnvoll. Andernfalls würde es sich um legalisierte Spionage handeln, die der Aufrechterhaltung von Feindschaft und Bedrohung diene. Mit dieser Argumentation wies der Kreml das Verlangen der Westmächte nach militäri-

scher Transparenz zurück, die den Abschluss von Vereinbarungen über die Herstellung eines Gleichgewichts ermöglichen sollte.

Für die UdSSR war die Abrüstungspolitik auch ein Instrument, das der Unterminierung der politischen und militärischen Fundamente der westlichen Bündnisse, vor allem der NATO, dienen sollte. In dem grundlegenden Vorschlag vom 10. Mai 1955 wurden der Abzug der Siegermächte aus Deutschland und die Liquidierung der Land-, Luft- und Seestützpunkte auf dem Gebiet fremder Staaten gefordert. Demnach sollten die USA ihre Präsenz in Europa und Asien beenden und ihre dortigen Verbündeten allein lassen gegenüber der ihnen weit überlegenen sowjetischen Macht. Das betraf vor allem die Bundesrepublik, welche die geostrategische Schlüsselposition innehatte und sich zugleich in der am meisten exponierten Lage befand. Ohne die Streitkräfte und Stützpunkte der westlichen Verbündeten auf ihrem Territorium war sie ohne Schutz, während zugleich die militärische Abwehrfront illusorisch wurde, durch die sich die westeuropäischen NATO-Länder geschützt sahen. Wenn Chruschtschow seine im Namen der Abrüstung erhobenen Forderungen durchsetzte, war daher das Ende der atlantischen Allianz die unvermeidliche Konsequenz.

Es zeigte sich jedoch in den Jahren 1955 bis 1958, dass die darauf gerichteten sowjetischen Anstrengungen scheiterten. Die westlichen Regierungen ließen sich nicht zu Schritten in der gewünschten Richtung bewegen, und die Appelle der östlichen Seite an die Öffentlichkeit in den NATO-Ländern erzeugten nur wenig Druck gegen die amtliche Politik. Was die deutsche Frage betraf, war der Misserfolg besonders eklatant. Die westliche Forderung nach freien Wahlen fand allgemeine Zustimmung, nicht zuletzt auch in der DDR. Chruschtschow sah sich dadurch nicht nur in die politische Defensive gedrängt, sondern auch der Gefahr einer inneren Destabilisierung im Sowjetlager ausgesetzt. In beiden Hinsichten wollte er den Trend umkehren. Das veranlasste ihn 1958 – so wie Stalin zehn Jahre vorher – den Hebel an der Schwachstelle des Westens, der Exklave West-Berlin, anzusetzen. Das Ergebnis war sein Entschluss zur Auslösung der zweiten Berlin-Krise im November 1958, von deren Verlauf in den Dokumenten des zweiten Bandes der Dokumentation Chruschtschows Westpolitik die Rede ist.

*Formale Hinweise.* Die russischen und bulgarischen Namen werden in den Dokumententexten grundsätzlich nach den – weitgehend phonetischen Regeln des Duden – wiedergegeben. In den Fußnoten dagegen wird zur Klarstellung der originalen Namensform die im Deutschen übliche wissenschaftliche Transkription verwendet. Im Namensregister werden beide Schreibweisen nebeneinander angegeben. Im Russischen ist die Anrede in der zweiten Person des Plurals („ihr“) und in der Höflichkeitsform („Sie“) gleich, so dass sich manchmal nicht klar unterscheiden lässt, ob Chruschtschow, wenn er sich an mehrere Leute wendet, das eine oder das andere meint. Im engen Kreis kommunistischer Führer sprach man sich üblicherweise mit „du“ an, während auch unter Genossen in der Regel „Sie“ galt. Unpersönlich-generelle Bezugnahmen auf die Angesprochenen insgesamt legen die Übersetzung „ihr“ nahe.

# Chronologie

25. Januar 1955

Die UdSSR erklärt den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

8. Februar 1955

Das Präsidium des ZK der KPdSU fasst den Beschluss, Georgij Malenkow als Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR abzulösen. Als Begründung nennt Chruschtschow, Malenkow sei als Regierungschef ungeeignet. So habe er am 12. März 1954 „die theoretisch falsche und politisch schädliche Behauptung“ aufgestellt „von der Möglichkeit des Untergangs der Weltzivilisation für den Fall, dass ein dritter Weltkrieg von den Imperialisten entfesselt wird“. Dieser Standpunkt war mit der amtlichen marxistisch-leninistischen Doktrin unvereinbar, denn er zog die Gewissheit in Zweifel, dass der sowjetische Sozialismus weltweit den Sieg erringen werde, und ließ die Möglichkeit zu, dass er untergehen könnte. Zudem war damit die – in Widerspruch zum ideologisch festgelegten Prinzip des „internationalen Klassenkampfes“, das heißt der totalen Feindschaft zum Westen, stehende – Konsequenz verbunden, dass beide Lager durch das gemeinsame Interesse an der Vermeidung des Nuklearkriegs miteinander verbunden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, Malenkow habe lange mit dem – 1953 als „Verräter“ verurteilten – Führungsmitglied Berija kooperiert. An die Spitze des Ministerrats tritt Nikolaj Bulganin, ein Gefolgsmann Chruschtschows.

24. Februar 1955

Das NATO-Mitglied Türkei und der Irak, dessen Ministerpräsident Nuri al-Said eine dezidiert prowestliche Haltung einnimmt, unterzeichnen einen Bündnisvertrag (Bagdad-Pakt). Der ägyptische Präsident, Gamal Abdel Nasser, lehnt eine Beteiligung ab. Im Laufe des Jahres wird der Pakt durch den Beitritt Großbritanniens (am 5. April), Pakistans (am 23. Mai) und Irans (am 3. November) erweitert. Die USA sind dem Bündnis durch Vereinbarungen indirekt verbunden.

28. Februar 1955

Nasser sieht sein Prestige durch den erfolgreich durchgeführten Angriff eines israelischen Fallschirmkommandos auf militärische Positionen im – damals zu Ägypten gehörenden – Gaza-Streifen verletzt und glaubt überdies, dass die Aktion auf einer Übereinkunft mit den Briten beruht.

18. bis 24. April 1955

Nach vorbereitenden Beratungen im vorangegangenen Jahr findet in der indonesischen Stadt Bandung die erste Afro-Asiatische Konferenz statt. Auf ihr kom-

men Vertreter von 23 asiatischen und 6 afrikanischen Ländern zusammen. Sie nennen sich erstmals „Dritte Welt“ zur Unterscheidung vom Westen als erster Welt und vom sowjetischen Lager als zweiter Welt und formieren sich unter der Führung Indiens, Ägyptens, Indonesiens und Jugoslawiens als Blockfreienbewegung, die den Kampf gegen den Kolonialismus als ihre Aufgabe ansieht und damit bei Chruschtschow die Hoffnung auf ein „antiimperialistisches“ Bündnis gegen den Westen weckt.

#### 5. Mai 1955

Die – von der UdSSR heftig bekämpften – Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 treten in Kraft, aufgrund deren die Bundesrepublik Deutschland – mit Vorbehalten der drei bisherigen Besatzungsmächte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem – souveräne Rechte erhält und Mitglied der NATO werden soll.

#### 9. Mai 1955

Die Bundesrepublik Deutschland wird in die NATO aufgenommen.

#### 10. Mai 1955

Die sowjetische Regierung veröffentlicht eine Deklaration zur Abrüstung. Darin wird der Abzug der Vier Mächte aus Deutschland bis auf geringe vorläufige Restbestände sowie die Liquidierung der Land-, Luft- und Seestützpunkte auf dem Gebiet fremder Staaten gefordert und ein Plan formuliert, dem zufolge die Truppenstärken der fünf Großmächte USA, UdSSR, Chinesische Volksrepublik, Großbritannien und Frankreich in zwei Jahresphasen drastisch verringert werden sollen (auf je 1–1,5 Mio. Mann für die drei zuerst genannten Staaten und auf je 650 000 Mann für die beiden anderen). Weiter ist von einem Verbot der Kernwaffen und der Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges die Rede, die unter anderem durch ein Verbot jeglicher Kriegspropaganda erfolgen müsse. Diese und weitere Maßnahmen einschließlich der Aufhebung aller internationalen Handelsbeschränkungen sollen, wie es heißt, die Lage grundlegend verbessern und entscheidende Ursachen des Misstrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen beheben.

#### 14. Mai 1955

Die UdSSR und ihre osteuropäischen Gefolgschaftsstaaten gründen die Organisation des Warschauer Vertrages als politisches Gegenstück zur NATO. In der Folgezeit propagiert die Sowjetunion die Auflösung der Bündnisse von West und Ost und einen darauf beruhenden Aufbau eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Bis 1960 kommt der multilateralen östlichen Verteidigungsorganisation, die im westlichen Sprachgebrauch als Warschauer Pakt bezeichnet wird, nur geringe militärische Bedeutung zu.

#### 15. Mai 1955

Ein Staatsvertrag mit den Vier Mächten gibt Österreich die Unabhängigkeit. Seine Besetzung wird beendet, und es erklärt sich seinerseits zur Neutralität ver-

pflichtet. Aufgrund dieser Übereinkunft mit der Regierung in Wien lässt die UdSSR den langjährigen Widerstand gegen den Abschluss des Staatsvertrags fallen. Dieser Schritt wurde im Kreml gegen Außenminister Molotow von Chruschtschow durchgesetzt, der von da an als Parteichef die Leitlinien der sowjetischen Außenpolitik bestimmt.

26. Mai bis 2. Juni 1955

Chruschtschow und Bulganin reisen zur Aussöhnung mit Tito nach Belgrad. Dieser sieht sich durch das sowjetische Entgegenkommen von der Notwendigkeit der sicherheitspolitischen Anlehnung an die NATO befreit, doch das frühere Verhältnis, das auf dem gemeinsamen Bekenntnis zu den gleichen kommunistischen Vorstellungen beruhte, ist unwiederbringlich dahin. In den folgenden Jahren betont Jugoslawien die Linie der Blockfreiheit und wendet sich weitgehend vom Westen ab, ohne deswegen die früheren Bindungen an die UdSSR zu erneuern.

1. Juni 1955

Die UdSSR gibt als letztes 1945 in Besitz genommenes chinesisches Territorium den Marinestützpunkt Port Arthur (Lü-shun-kou) zurück.

7. Juni 1955

Die Regierung der UdSSR wendet sich mit einer veröffentlichten Note an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, in der sie Adenauer nach Moskau zu Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einlädt.

18. bis 23. Juli 1955

Die Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte führen in Genf öffentliche Beratungen über Fragen der Deutschland-Politik und der Abrüstung durch. Obwohl es zu keiner Einigung kommt, entsteht der Eindruck einer Entspannung des Ost-West-Verhältnisses. Die Außenminister werden mit der Fortsetzung der Erörterungen im Herbst beauftragt.

21. Juli 1955

Präsident Eisenhower unterbreitet auf der Genfer Gipfelkonferenz den Vorschlag der „offenen Himmel“ (open skies). Danach sollen die USA und die UdSSR Landkarten austauschen, in denen die militärischen Einrichtungen auf ihrem Gebiet genau eingetragen sind und sich auf dieser Basis dazu verpflichten, sich gegenseitig die Luftüberwachung zu gestatten, um damit die Einhaltung aller künftigen Vereinbarungen über Rüstungskontrolle (arms control) zu gewährleisten. Die UdSSR lehnt dies als Lizenz zur Spionage ab.

24. bis 27. Juli 1955

Chruschtschow bekräftigt auf dem Rückweg aus Genf in der DDR den sowjetischen Standpunkt, dass die Wiedervereinigung Sache allein der Deutschen – das heißt ihrer beiden Staaten – sei, dass sie folglich kein Gegenstand von Verhand-

lungen zwischen den Vier Mächten sein könne, und fügt hinzu, die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR dürften nicht aufgegeben werden.

#### 21. bis 19 Juli 1955

Als Chruschtschows Emissär überzeugt ZK-Sekretär Dmitrij Schepilow Nasser davon, dass er die gegen Israel gewünschten Waffen aus dem Lager der UdSSR entgegennehmen kann, ohne deswegen einen Machtzuwachs der Kommunisten in seinem Land oder Pressionen zur Einführung des Sowjetsystems befürchten zu müssen. Beide Seiten kommen überein, dass Ägypten die Waffen von der Tschechoslowakei erhalten soll. In der folgenden Zeit werden der Regierung in Kairo günstige Bezugsbedingungen eingeräumt.

#### 12. August 1955

Der Ministerrat der UdSSR fasst den Beschluss, die Streitkräfte um weitere 350 000 Mann zu reduzieren. Damit werden die sowjetischen Truppen nach amtlichen Angaben im laufenden Jahr um insgesamt 640 000 Mann verringert. Der Grund für die Maßnahme ist, dass das Verteidigungsbudget primär für die technische Modernisierung, vor allem für die Nuklear- und Raketenrüstung, als die als entscheidend angesehene Grundlage der sowjetischen Militärmacht, verwendet werden soll. Die bisherigen sehr großen Personalstärken im konventionell-militärischen Bereich hält Chruschtschow für entbehrlich.

#### 12. September 1955

In Prag schließen sowjetische und ägyptische Unterhändler ein Geheimabkommen über die Lieferung moderner Waffensysteme unter Einschluss von Artilleriegeschützen und MIG-15 Jagdflugzeugen. Eine Woche später erhält die amerikanische Seite erste Nachrichten darüber, dass ein derartiges Geschäft abgeschlossen wurde.

#### 9. bis 13. September 1955

Adenauer verhandelt in Moskau mit der sowjetischen Führung, die von vornherein keine Gegenleistung in Form einer Anerkennung der DDR verlangt, über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Eine Vereinbarung darüber kommt zustande, nachdem er die ehrenwörtliche Zusage erreicht hat, dass die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurückkehren dürfen. In den folgenden Monaten gibt Chruschtschow überdies alle als deutsche Staatsbürger anerkannten Zivilgefangenen frei, deren Entlassung die Öffentlichkeit ebenfalls dem Bemühen des Bundeskanzlers zuschreibt.

#### 19. September 1955

Bei der Verlängerung des Freundschaftsvertrags mit Finnland von 1948, der im Falle einer Aggression Deutschlands oder einer mit ihm verbündeten Macht über finnisches Gebiet Beistandsleistung vorsieht, ist die UdSSR zur Aufgabe der Marinebasis Udd auf der direkt an die Hauptstadt Helsinki angrenzenden Halbinsel Porkkala bereit, die sie aufgrund des Friedensvertrags von 1947 für die Dauer

von 50 Jahren gepachtet hatte. Die Räumung erfolgt im folgenden Jahr; die dort stationierten 16 962 Mann werden verabschiedet.

17. bis 20. September 1955

Chruschtschow und Bulganin verhandeln in Moskau mit Ulbricht und Grotewohl. Sie erörtern die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und der DDR und schließen einen Vertrag über die Art ihrer Beziehungen. Danach beruhen diese „auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ und sehen die Zusammenarbeit „im Interesse der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa, im Interesse einer friedlichen, vertraglichen Regelung und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage vor“. Die DDR verpflichtet sich wie bisher zur Erfüllung der vierseitigen Deutschland-Beschlüsse wie namentlich des Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das nach Interpretation des Kremls für das besiegte Land ein politisches System gemäß sowjetischer Vorstellung festgelegt hat. Die der DDR zuerkannte Souveränität schließt erklärtermaßen die Ausübung der Hoheitsrechte über die Verkehrswege auf ihrem Territorium ein, doch wird vereinbart, dass „die Kontrolle über den Transport von Militärpersonal und Frachten der in Westberlin stationierten Garnisonen“ der drei Westmächte „zeitweilig bis zur Erzielung eines entsprechenden Abkommens vom Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland vorgenommen wird“.

27. Oktober bis 4. November 1955

Die Außenminister der Vier Mächte kommen in Genf zur ersten Runde ihrer Beratungen zusammen. Die in den Sitzungen abgegebenen Stellungnahmen werden anschließend veröffentlicht. Molotow schlägt vor, die DDR und die Bundesrepublik sollten zwecks Vorbereitung der Wiedervereinigung einen „Gesamtdeutschen Rat“ bilden.

8. bis 16. November 1955

Die Außenminister der Vier Mächte können sich auch in der zweiten öffentlichen Runde nicht über die Streitfragen in Deutschland und hinsichtlich der Abrüstung verständigen.

18. November bis 13. Dezember 1955

Chruschtschow und Bulganin besuchen Indien, Burma, Afghanistan und zum Schluss nochmals Indien.

23. Januar 1956

Bulganin richtet öffentlich ein Schreiben an den Präsidenten der USA, Dwight Eisenhower, in dem er einen Vertrag beider Länder über Freundschaft und Zusammenarbeit vorschlägt.

28. Januar 1956

Die Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten fordern am Ende ihrer zweitägigen Beratungen die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit und schlagen öffentlich vor, zu diesem Zweck in Europa zunächst eine Zone begrenzter und kontrollierter Rüstung zu bilden, die unter anderem beide Teile Deutschlands umfassen müsse. Dies würde ihrer Erklärung zufolge eine Regelung des deutschen Problems gemäß den Erfordernissen der europäischen Sicherheit sehr erleichtern.

14. bis 25. Februar 1956

In Moskau findet der XX. Parteitag der KPdSU statt. Chruschtschow spricht zu Beginn von einer sich weiter verschärfenden „allgemeinen Krise des Kapitalismus“, zieht eine positive Bilanz der sowjetischen Außenpolitik, setzt sich für eine Zusammenarbeit mit den USA in den Fragen der Abrüstung ein und erklärt vermehrten Handel für notwendig. Er fordert auch erneut ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, den Verzicht des Westens auf die Pariser Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland sowie die Annäherung und den Beginn einer Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten. Im weiteren Verlauf des Parteitages werden neue politische Leitlinien verkündet: die „friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“, die Ablehnung der These von der Unvermeidbarkeit des Krieges sowie auf dieser Basis die Vorstellung von der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus, dessen Sieg als gesetzmäßiges Resultat der Weltentwicklung früher oder später erwartet wird.

27. Februar 1956

Chruschtschow erklärt auf einer Beratung mit Vertretern der kommunistischen Parteien der Volksdemokratien, Frankreichs und Italiens, dass die 1947 gegründete gemeinsame Kampforganisation gegen den Westen, das Kommunistische Informationsbüro (Kominform), die seit 1950/51 kaum noch eine Rolle in der sowjetischen Politik gespielt hat, überlebt sei. Er will stattdessen neue, differenzierte Formen der Zusammenarbeit einleiten, die insbesondere auch die Gesamtheit der kommunistischen Bewegung erfassen sollen. Er hält jedoch die Voraussetzungen für eine vollumfängliche Koordination der Politik für noch nicht gegeben. Daher denkt er zunächst an die Bildung von Kontaktorganen, die engere Beziehungen vorbereiten sollen. Siehe dazu Dokument Nr. 6 in diesem Band. Am Abend wirft Chruschtschow auf einer Geheimsitzung, zu der nur die sowjetischen Parteitagsdelegierten eingeladen worden sind, in einem Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“, das erst nach heftigen Diskussionen die Zustimmung des ZK-Präsidiiums gefunden hatte, Stalin schwere Verfehlungen und Verbrechen vor. Die Rede wird wenig später in der KPdSU auf internen Veranstaltungen diskutiert. Eine Zusammenfassung geht den – noch in Moskau anwesenden – Vertretern der regierenden kommunistischen Parteien zu. Bald danach gelangt der Text in den Westen und wird dort der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die Ausführungen haben in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs

enorme Wirkung und geben den um Begrenzung der Repression bemühten Kräften Auftrieb.

17. März 1956

Aufgrund vorangegangener Planungen des Verteidigungsministeriums gibt die sowjetische Führung bekannt, dass die Streitkräfte um 420 000 Mann reduziert werden. Faktisch sind es aber nur 300 000 Mann; bei den anderen 120 000 Soldaten handelt es sich um Personal, das an der Sollstärke bereits fehlt und daher nicht zur Entlassung ansteht. Erstmals werden ganze Formationen aufgelöst, aber keine kampfkraftigen Verbände.

27. März 1956

Der sowjetische Vertreter im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission unterbreitet auf der Basis der Warschauer-Pakt-Erklärung vom 28. Januar den Vorschlag, in Europa eine Zone begrenzter und kontrollierter Rüstung zu schaffen, die aus beiden deutschen Staaten und benachbarten Ländern bestehen soll. Dort sollen die Truppen bereits vor einem generellen Abkommen verringert und nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Als Entgegenkommen gegenüber den Westmächten erklärt die UdSSR ihr grundsätzliches Einverständnis, dass – im Blick auf dieses Gebiet – eine wechselseitige Luftüberwachung stattfindet, und lässt ihre Forderung vom 10. Mai 1955 fallen, die USA hätten ihre Stützpunkte rund um die Sowjetunion zu räumen, hält aber am Ziel eines entmilitarisierten geteilten Deutschlands fest.

5. April 1956

Chruschtschow bekräftigt in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP die Auffassung, dass das deutsche Problem nur von den beiden Staaten selbst gelöst werden könne. Das sei gegenwärtig nicht möglich. Daher müsse jetzt die Abrüstungsfrage Vorrang erhalten.

17. April 1956

Das Kominformbüro in Bukarest, das seit 1951 nur noch geringe politische Bedeutung gehabt hat, wird aufgelöst.

18. bis 27. April 1956

Chruschtschow und Bulganin halten sich zu einem Staatsbesuch in Großbritannien auf. Als Regierungschef der UdSSR schlägt Bulganin – in Abänderung der „Open-Skies“-Initiative von Präsident Eisenhower auf der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 – eine Luftinspektion in Europa vor, die sich auf ein Gebiet 800 km beiderseits der Ost-West-Scheidelinie erstrecken soll. Das würde im Westen mit der Bundesrepublik, den Benelux-Ländern, Dänemark und den militärisch wichtigen Gebieten Norwegens Frankreichs und Großbritanniens die wesentlichen Teile der NATO-Verteidigung einschließen und im Osten bis zur Linie Riga-Minsk-Lemberg reichen, also das Vorfeld der UdSSR umfassen, diese selbst jedoch nur wenig berühren. Nach westlicher Einschätzung würde eine derartige

Regelung auf eine einseitige Kontrolle der europäischen Staaten durch die beiden Führungsmächte hinauslaufen, was mit den politischen Prinzipien der NATO unvereinbar ist. Bulganin schlägt auch eine Gipfelkonferenz vor, an der Indien (das einer der Initiatoren der Blockfreienbewegung ist und in internationalen Fragen vielfach mit der UdSSR übereinstimmt) als fünfte Macht teilnehmen soll.

14. Mai 1956

Chruschtschow kündigt eine Verringerung der Streitkräfte um über 1,2 Mio. Mann an und übt Kritik an der dem Westen zugeschriebenen Aufrüstungspolitik.

15. bis 19. Mai 1956

Der französische Ministerpräsident Guy Mollet und Außenminister Christian Pineau weilen zu Verhandlungen in Moskau. Siehe die Dokumente Nr. 8-13 in diesem Band.

1. Juni 1956

Der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow tritt zurück. Sein Nachfolger wird Dmitrij Schepilow.

13. Juli 1956

In identischen veröffentlichten Noten an die europäischen Staaten und die USA wendet sich die UdSSR gegen die Absicht der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, analog dazu eine Europäische Atomgemeinschaft zu gründen. Diese sei das Projekt eines Militärblocks. An ihre Stelle solle eine gesamteuropäische Atomgemeinschaft treten, die dem Frieden diene.

26. Juli 1956

Präsident Abdel Nasser dekretiert die Nationalisierung des Suez-Kanals, der für den Schiffsverkehr von Europa in den Mittleren und Fernen Osten von größter Bedeutung ist und seit dem britischen Verzicht auf die Besetzung der Kanalzone vertraglich einer internationalen Verwaltung unterstellt war.

19. Oktober 1956

Nach Verhandlungen im Juli und August schließt die UdSSR mit Japan ein Abkommen über die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Sie erklärt sich zudem bereit, die von Japan beanspruchten südlichen Kurileninseln Habomai und Shikotan nach dem – noch ausstehenden – Friedensvertragsabschluss zurückzugeben.

19./20. Oktober 1956

Chruschtschow ist zusammen mit drei anderen Mitgliedern des sowjetischen ZK-Präsidiums und einer Gruppe von Militärs unter der Leitung von Marschall Iwan Konew in Warschau gelandet. Während der folgenden Beratungen über die explosive Lage im Lande und der Übernahme der Partei und der Regierung durch eine von Władysław Gomułka geführte neue Mannschaft kommt es zu

heftigen Auseinandersetzungen zwischen der sowjetischen und der polnischen Seite. Zuletzt wird eine Übereinkunft des Inhalts getroffen, dass Gomulka die Partei die Kontrolle über Staat und Gesellschaft voll aufrechterhalten und auf jeden Fall im Bündnis mit der UdSSR verbleiben wird.

#### 23. Oktober 1956

Nach länger anhaltender Unruhe in Ungarn kommt es in Budapest zu einer Demonstration mit 200 000 Teilnehmern, die Parolen der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratisierung und des Kampfes gegen die Repressionspolitik des alten Rákosi-Regimes folgen. Am Abend gibt es erste Aufstandsakte. Daraufhin setzt die sowjetische Führung Truppen in Marsch mit dem Auftrag, die von den Rebellen besetzten Objekte zu „säubern“.

#### 24. Oktober 1956

Israel, Frankreich und Großbritannien legen sich in einem Geheimabkommen darauf fest, Ägypten gemeinsam anzugreifen.

#### 26. Oktober 1956

In Budapest wird eine nationale Regierung unter der Führung von Imre Nagy gebildet. Der Aufstand erfasst das ganze Land; große Teile der ungarischen Armee leisten keinen Widerstand oder gehen sogar zu den Rebellen über. Nicht wenige aktive Kommunisten und vor allem Mitglieder der verhassten Geheimpolizei werden verfolgt und umgebracht.

#### 28. Oktober 1956

Nagy erklärt in einer Rundfunkansprache, dass die Regierung die Volksbewegung nicht als Konterrevolution betrachte.

#### 29. bis 31. Oktober 1956

Israel setzt Angriffsaktionen gegen Ägypten in Gang.

#### 31. Oktober 1956

Auf Betreiben der Regierung Nagy werden die sowjetischen Truppen aus Budapest zurückgezogen. Unter Chruschtschows Vorsitz weist das ZK-Präsidium der KPdSU den Verteidigungsminister an, in Bezug auf die Lage in Ungarn einen Maßnahmenplan zu entwerfen und dem ZK zu unterbreiten.

Am Abend beginnt die Luftwaffe der Briten und Franzosen mit der Bombardierung ägyptischer Flugplätze.

#### 1. November 1956

Nachdem Nagy den Beschluss seiner Regierung zum Austritt aus dem Warschauer Pakt und ihre Bitte an die Vereinten Nationen um Schutz bekannt gegeben hat, entscheidet sich die sowjetische Führung mit politischer Rückendeckung durch China und Jugoslawien zur militärischen Niederschlagung der „Konterrevolution“ in Ungarn.

5. November 1956

Großbritannien und Frankreich beginnen mit der Absetzung von Fallschirmtruppen in der Kanalzone. Die mit Israel koordinierte Aktion führt in den arabischen Ländern zu allgemeiner Empörung, die sich auch gegen den Bagdad-Pakt richtet.

7. November 1956

Der Widerstand der Amerikaner, zu dem sich sowjetische Drohungen gesellen, nötigt die Regierungen in London und Paris zum Abbruch der militärischen Aktion gegen Ägypten. Nasser behält die Kontrolle über den Suez-Kanal, der jedoch noch lange unbenutzbar ist, weil ihn die Ägypter durch Versenkung der dort befindlichen Schiffe blockiert haben.

11. November 1956

Die UdSSR droht die Entsendung von „Freiwilligen“ in den Nahen Osten an, wenn Israel, Großbritannien und Frankreich ihre Truppen nicht aus Ägypten zurückziehen. Zwar ist aufgrund der amerikanischen Haltung zu diesem Zeitpunkt faktisch klar, dass die Angreifer nichts mehr zu gewinnen haben und sich ihre Niederlage eingestehen müssen, doch betrachtet Nasser – wie auch viele Regierungen und große Teile der Öffentlichkeit – die Sowjetunion als die Macht, welche die Entscheidung herbeigeführt und damit die Aggression gestoppt hat. Diesen propagandistischen Bonus sucht Chruschtschow zu vergrößern durch die Lieferung von Waffen an Ägypten, welche die im Suez-Krieg erlittenen Materialverluste ausgleichen sollen.

17. November 1956

Die UdSSR schlägt im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission eine Fünf-Mächte-Konferenz vor, erklärt sich mit einer beschränkten Luftinspektion gemäß dem Vorschlag der USA einverstanden und regt neue Abrüstungsverhandlungen an.

30. Dezember 1956

Gemäß einer Absprache mit der sowjetischen Führung erklärt SED-Parteichef Walter Ulbricht in einem Leitartikel des zentralen Parteiorgans „Neues Deutschland“, es sei in Anbetracht des Bestehens zweier Staaten in Deutschland mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen notwendig, zunächst eine beiderseitige Annäherung und danach eine Zwischenlösung in Form der Konföderation herbeizuführen. Erst daraufhin könne von staatlicher Wiedervereinigung und „wirklich demokratischen Wahlen zur Nationalversammlung“ die Rede sein.

26. Dezember 1956 bis 1. Januar 1957

In Kairo findet eine Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz statt mit Teilnehmern aus 43 Staaten, die meisten von ihnen Vertreter von Friedensorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, darunter auch solchen aus der UdSSR, die meist eine betont antiwestliche Haltung an den Tag legen.

7. Januar 1957

Während des Besuchs einer DDR-Regierungsdelegation in Moskau wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht mit der Forderung, die Regierung in Bonn müsse ihren „Kurs auf die Militarisierung Westdeutschlands“ aufgeben und Bereitschaft zur Verständigung mit der DDR bekunden. Das würde „den Weg zu einer endgültigen Lösung des deutschen Problems ebnen“. Zugleich heißt es, die bestehenden Abkommen über die Luftkorridore nach Berlin besäßen nur „vorübergehenden und begrenzten Charakter“.

30. Januar 1957

Der amerikanische Präsident Eisenhower erklärt den Willen zur Verteidigung des Nahen Ostens gegen den Kommunismus. Wenig später bekunden Jordanien und Saudi-Arabien ihre Zustimmung.

5. Februar 1957

Bulganin erklärt in einer sofort veröffentlichten Botschaft an Bundeskanzler Adenauer, den im September 1955 bei den Moskauer Verhandlungen vereinbarten Beschlüssen müssten endlich konkrete Schritte zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen folgen, und schlägt die Aufnahme von Gesprächen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen vor. Zu einem späteren Zeitpunkt könne man auch internationale Probleme einbeziehen. Zugleich heißt es wie bisher, es gebe zwei deutsche Staaten; eine Lösung des deutschen Problems sei nur durch deren Annäherung möglich.

12. Februar 1957

Im Blick auf die Lage im Nahen Osten schlägt der sowjetische Außenminister Schepilow öffentlich vor, dass die Westmächte und die UdSSR wechselseitig auf Einmischung verzichten. Demnach sollen sie dort keine Waffenhilfe leisten und keine militärischen Bündnisse schließen sowie ihre Stützpunkte räumen und ihre Truppen abziehen. Das richtet sich gegen die militärische Anwesenheit der Westmächte in der Region und gegen ihren Plan eines Paktes mit wichtigen Staaten der Region.

11. März 1957

Die USA, Großbritannien und Frankreich lehnen in einer veröffentlichten Note den sowjetischen Nahost-Vorschlag ab.

13. März 1957

Das amerikanische Hauptquartier in der Bundesrepublik gibt die Absicht bekannt, die Streitkräfte der USA in Europa mit Kernwaffen auszurüsten.

25. März 1957

Die Regierungschefs bzw. Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten unterzeichnen in Rom die Römischen Verträge über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(EWG) und der – als Organ der Kooperation bei der friedlichen Entwicklung der Atomenergie vorgesehenen – Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Die UdSSR reagiert mit heftiger Feindseligkeit und schreibt beiden Gemeinschaften den Zweck zu, Europa im Interesse des „westlichen Militärblocks“ zu spalten. Die EWG sei eine Hilfsorganisation der „aggressiven“ NATO, während EURATOM den „westdeutschen Militaristen und Revanchisten“ Kernwaffen in die Hand geben solle und damit den Frieden schwer gefährde.

12. April 1957

Die Stellungnahme Adenauers, die Bundeswehr müsse, falls taktische Atomwaffen – die nach seiner Äußerung eine „Weiterentwicklung der Artillerie“ sind – im Krieg eingesetzt würden, diese „beinahe normalen Waffen“ ebenfalls haben, ruft den Widerspruch von 18 westdeutschen Nuklearforschern, darunter der Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg, hervor. Sie wenden sich gegen diese Politik und erklären, dass sie sich daran unter keinen Umständen irgendwie beteiligen werden.

19. April 1957

Die UdSSR erklärt ihre Absicht, die östlichen Streitkräfte mit Nuklearwaffen auszurüsten.

20. April 1957

Die UdSSR fordert die USA, Großbritannien und Frankreich öffentlich zu einer friedlichen Regelung des Nahost-Konflikts auf. Ihr Verteidigungsminister Georgij Shukow kündigt die Ausrüstung der Verbündeten in Osteuropa mit Atomwaffen und Raketen an, falls die Amerikaner den NATO-Staaten in Westeuropa derartige Systeme in die Hand geben sollten.

In einer ebenfalls publizierten Stellungnahme wendet sich Bulganin an den britischen Premierminister Macmillan mit einem Appell zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Im Blick auf den Nahen Osten schlägt er die gemeinsame Verurteilung jeder Aggression vor. Alle Atomwaffentests sollten verboten und interimistische Entspannungmaßnahmen in Europa wie etwa die Schaffung einer entmilitarisierten Zone und einer Luftinspektionszone durchgeführt werden.

27. April 1957

Die sowjetische Regierung wendet sich öffentlich mit großem Nachdruck gegen die Absicht der Regierung in Bonn, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten und ihr Gebiet den Westmächten für die Stationierung von Atomwaffen zur Verfügung zu stellen. Diese Politik trage zur Verschärfung der internationalen Spannungen und zur Erhöhung der Kriegsgefahr bei, zumal die Bundesrepublik als einziger europäischer Staat eine Revision der bestehenden Grenzen fordere. Abschließend wird die Bereitschaft der UdSSR erklärt, mit den Westmächten ein Abkommen über den Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen in beiden Teilen Deutschlands abzuschließen.

18. Mai 1957

Bulganin warnt in einer öffentlichen Botschaft an den französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet vor einem Atomkrieg und schlägt zweiseitige Verhandlungen über Abrüstung und eine Inspektionszone in Europa vor, die Deutschland und seine Nachbarländer umfassen soll.

22. Mai 1957

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland weist in ihrer öffentlich bekannt gegebenen Antwort auf die sowjetische Note vom 27. April darauf hin, dass ihr Land keine Atomwaffen irgendwelcher Art besitze und sich auch nicht um die Lieferung solcher Waffen bemüht habe. Sie hoffe, dass in absehbarer Zeit eine wirksame internationale Abrüstungsvereinbarung zustande komme. Die sowjetische Haltung hierzu sei jedoch bisher wenig ermutigend gewesen. Sollten die Verhandlungen scheitern oder unabsehbar verschleppt werden, wäre die Bundesregierung möglicherweise genötigt, ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zur atomaren Bewaffnung zu überprüfen.

23. Mai 1957

Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer legt einen Plan vor, der die Vorstellungen seiner Partei über die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit zusammenfasst. Einleitend wird hervorgehoben, dass die Bundesrepublik verpflichtet sei, soweit wie möglich eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen. Sie dürfe daher einen ihr Gebiet umfassenden Inspektionsplan nicht von vornherein ablehnen. Die Politik der Bundesregierung in der Wiedervereinigungsfrage sei gescheitert; deswegen müssten den dafür zuständigen Vier Mächten neue Vorschläge unterbreitet werden. Der Ausgangspunkt der Überlegungen dazu ist die Prämisse, europäische Sicherheit und deutsche Einheit seien eng miteinander verknüpft. Verhandlungen über die Wiedervereinigung könnten erst stattfinden, wenn der künftige Status Deutschlands festgelegt sei. Da keine Übereinkunft über dessen Zugehörigkeit zur NATO oder zum Warschauer Pakt zu erzielen sei, bleibe als einzige Möglichkeit die Einbeziehung in ein europäisches Sicherheitssystem. Auf dieser Grundlage lasse sich dann über die deutsche Einheit aufgrund freier Wahlen und den Abschluss eines damit verbundenen Friedensvertrags sprechen.

15. Juni 1957

Macmillan beantwortet das Schreiben Bulganins vom 20. April mit der ebenfalls öffentlichen Aufforderung, klar zur Wiedervereinigung Deutschlands Stellung zu nehmen. Die Regelung der deutschen Frage sei der beste Weg zur Verständigung zwischen Ost und West.

18. Juni 1957

Auf Betreiben vermutlich Molotows wendet sich im ZK-Präsidium eine Gruppe, zu der unter anderem der Vorsitzende des Ministerrats, Bulganin, sein Amtsvorgänger, Malenkow, und der Außenminister, Schepilow, gehören, gegen Chruschtschow. Mit sieben zu vier Stimmen wird der Beschluss gefasst, er habe auf das

Amt des Ersten Sekretärs der Partei zu verzichten. Dem ZK wird eine entsprechende Vorlage zur Annahme empfohlen.

22. bis 29. Juni 1957

Chruschtschow hat außer den abwesenden Führungspersonen die Mitglieder des ZK-Plenums nach Moskau holen lassen, bei denen er sich der Mehrheit sicher ist. Diese fordern mit Unterstützung des Verteidigungsministers, Marschall Georgij Shukow, und des KGB-Vorsitzenden, Iwan Serow, Rederecht im ZK-Präsidium und setzen ihre Zuständigkeit für die Entscheidung über den Parteichef mit dem Argument durch, dessen Ernennung beruhe auf einem Beschluss des ZK. Daher könne auch nur dieses ihn entlassen. Auf der daraufhin einberufenen Sitzung des ZK-Plenums werden Chruschtschows Gegner zur „partei feindlichen Gruppe“ erklärt und entmachtet. Shukow wird Mitglied des ZK-Präsidiums; Chruschtschow übernimmt den Vorsitz des Ministerrates. Er hat seitdem im ZK-Präsidium keine Widersacher mehr zu befürchten. In der Außenpolitik hat er völlig freie Hand. Der neue Chef des Ressorts, Andrej Gromyko, bleibt außerhalb des ZK-Präsidiums und ist nur Erfüllungsgehilfe.

27. Juni 1957

In ihrer öffentlichen Antwort auf die Bonner Note vom 22. Mai wendet sich die Regierung der UdSSR scharf gegen die Politik der westdeutschen Regierung, die nach ihrer Darstellung auf die „Vorbereitung eines Atomkrieges“ ausgerichtet ist.

22. Juli 1957

In Moskau beginnen die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland über einen verstärkten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch, über verbesserte konsularische Beziehungen und die Repatriierung von zurückgehaltenen Deutschen. Die Gespräche sind von vornherein dadurch belastet, dass die sowjetische Seite in Abrede stellt, dass zahlreiche Deutsche an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert werden.

26. Juli 1957

Die DDR schlägt in einer Erklärung, deren Einzelheiten im sowjetischen Außenministerium ausgearbeitet wurden, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über die Bildung einer Konföderation vor, mit der sich die spätere Wiedervereinigung vorbereiten lasse. Zu Anfang sei ein wechselseitiges Abkommen mit folgenden Hauptpunkten erforderlich: Verbot der Lagerung und Herstellung von Atomwaffen auf deutschem Boden, beiderseitiges Ausscheiden aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt, Aufhebung der Wehrpflicht [die nur in der Bundesrepublik besteht], Begrenzung der beiderseitigen Truppenstärken und ein Ersuchen an die vier Mächte um baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Streitkräfte aus Deutschland.

8. August 1957

Während des Besuchs einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in Ost-Berlin äußern sich DDR-Ministerpräsident Grotewohl, SED-Chef Ulbricht

und Chruschtschow vor der DDR-Volkskammer zur Frage der Wiedervereinigung. Nach ihrer Ansicht müssen die Deutschen dieses Problem selbst lösen. Eine Konföderation sei der richtige Weg dazu. Wie Chruschtschow betont, seien die vier Mächte keineswegs von der Verantwortung für die Geschicke Deutschland entbunden. Sie hätten vielmehr die Pflicht, „mit allen Mitteln dem deutschen Volk zu helfen, seine nationale Frage auf friedlicher, demokratischer Grundlage durch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten selbst zu lösen“ Demnach sollen sie beide Staaten zu Vereinbarungen miteinander ermutigen, aber auf den Inhalt dieser Vereinbarungen keinerlei Einfluss nehmen.

#### 7. September 1957

Nach dem ersten erfolgreichen Test einer Interkontinentalrakete schickt die UdSSR den ersten Satelliten in den Weltraum und erzeugt damit den Anschein, dass sie bei den ballistischen Flugkörpern einen großen Vorsprung gegenüber den USA besitzt. In Wirklichkeit jedoch hat die Sowjetunion bei den Interkontinentalraketen einen erheblichen Rückstand.

#### 12. September 1957

Auf Drängen der kommunistischen Führung Albaniens wird in Moskau ein Militärprotokoll vereinbart, das den Aufbau eines Marinestützpunkts in Vlora an der albanischen Küste und dessen Bestückung mit sowjetischen U-Booten vorsieht. Die vier ersten sollen dort 1958 eintreffen. Die UdSSR erhält damit eine – freilich gegenüber der NATO sehr exponierte – maritime Präsenz im Mittelmeer.

#### 15. September 1957

In der Wahl zum Deutschen Bundestag erleidet die SPD, die für einen Verzicht auf atomare Bewaffnung im gespaltenen Deutschland eingetreten ist und die Ablösung der Verträge über die Zugehörigkeit seiner beiden Teile zu den bestehenden Militärblöcken durch einen Vertrag über die Teilnahme an einem gesamt-europäischen Sicherheitssystem gefordert hat, eine schwere Niederlage, und die CDU/CSU erringt die absolute Mehrheit (50,2% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 87,8%). Bundeskanzler Adenauer kann daraufhin den innenpolitischen Auseinandersetzungen über seine Außen- und Sicherheitspolitik mit Ruhe entgegensehen.

#### 2. Oktober 1957

Der polnische Außenminister Adam Rapacki schlägt in der UNO-Vollversammlung die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vor, welche die Bundesrepublik Deutschland und die DDR umfassen soll. In der folgenden Zeit werden einige angrenzende Staaten in das Projekt einbezogen (Rapacki-Plan). Die sowjetische Führung ist zunächst kritisch, erklärt sich aber später einverstanden. Der Vorschlag ist seitdem eine Kernforderung ihrer Westpolitik.

#### 4. Oktober 1957

Als Beitrag zum Internationalen Geophysischen Jahr 1957 startet die UdSSR den ersten künstlichen Erdsatelliten („Sputnik“ = Satellit) und ruft damit einen poli-

tischen Schock im Westen hervor, wo man von da an – zu Unrecht – glaubt, bei der Raketentechnik einen bedrohlichen Rückstand zu haben.

26. Oktober 1957

Marschall Shukow, dessen Selbstbewusstsein und Widerspruchsbereitschaft Chruschtschow irritiert haben, wird auf einer Plenarsitzung des ZK aus dem ZK-Präsidium ausgeschlossen und als Verteidigungsminister abgelöst.

14. bis 16. November 1957

Die Vertreter der in den sozialistischen Staaten herrschenden kommunistischen Parteien kommen in Moskau zusammen und verabschieden zum Schluss eine gemeinsame Erklärung über die allgemeine – also überall gültige – Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus und die Notwendigkeit, sie zusammen mit den nationalen Besonderheiten zu beachten. Weiter heißt es, dass in der gegenwärtigen Epoche „die internationale Entwicklung vom Verlauf und von den Ergebnissen des Wettbewerbs der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme bestimmt“ wird. Chruschtschow ist nach wiederholten Äußerungen fest davon überzeugt, dass der Sozialismus das überlegene System ist und in wenigen Jahren die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge des Kapitalismus hinter sich lassen wird.

16. bis 19. November 1957

Die Vertreter von 68 kommunistischen und Arbeiterparteien beraten in Moskau und beschließen ein Friedensmanifest. Darin wird die Zuversicht zum Ausdruck gebracht, dass die vereinte Aktion der antiimperialistischen Kräfte den Ausbruch von Weltkriegen zu verhindern vermag. Siehe dazu die Rede Chruschtschows am 16. November 1957 (Dokument Nr. 23 in diesem Band).

9. Dezember 1957

In einem publizierten Memorandum unterbreitet Rapacki den Westmächten sein Konzept für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

10. Dezember 1957

Bulganin plädiert in einer veröffentlichten Botschaft an Präsident Eisenhower für Rapackis Vorschlag.

19. Dezember 1957

Der NATO-Rat berät über die Ausrüstung der Streitkräfte mit Nuklearwaffen und erklärt sie abschließend für notwendig.

6. Januar 1958

Nach einem Beschluss des Ministerrats der UdSSR sollen die Streitkräfte um 300 000 Mann, davon 41 000 in der DDR, reduziert werden.

8. Januar 1958

Die sowjetische Regierung schlägt in einem veröffentlichten Memorandum an die Mitgliedstaaten der UNO, die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz

die baldige Einberufung einer neuen Konferenz der Regierungschefs aller interessierten Mächte zur Erörterung folgender Fragen vor: Einstellung der Nuklearwaffentests für die Dauer von ein bis zwei Jahren, allgemeines Verbot der Nuklearwaffen, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Pakts, Reduzierung bzw. Abzug der auf dem Gebiet Deutschlands und anderer europäischer Staaten stationierten Truppen, Abkommen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen, Erweiterung der internationalen Handelsbeziehungen, Unterbindung der Kriegspropaganda, Verringerung der Spannungen im Nahen Osten. Bulganin wendet sich mit Schreiben gleichen Inhalts an die Regierungschefs der NATO-Staaten sowie Schwedens, Österreichs, Ägyptens und Indiens.

12. Januar 1958

Präsident Eisenhower beantwortet Bulganins Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa öffentlich mit dem Hinweis, wenn ein kleines Gebiet entnuklearisiert würde, habe das wegen der unbegrenzten Reichweite der modernen Waffensysteme nur wenig Bedeutung. Zugleich besteht er ausführlich darauf, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen notwendig sei, und regt an, hierüber und über die Lage in Osteuropa auf einer Gipfelkonferenz zu verhandeln. Dem Vorschlag schließen sich die Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens am 14. bzw. 16. Januar mit eigenen Schreiben an.

Mitte Januar 1958

Nachdem die Erklärung des NATO-Rats vom 19. Dezember 1957 in der Bundesrepublik zu einem Meinungsstreit über die Ausstattung der Bundeswehr mit taktischen Kernwaffen geführt hat, sucht SPD-Chef Ollenhauer den neuen sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow auf, um diese Frage mit ihm zu besprechen.

20. Januar 1958

Adenauer lehnt in einem anschließend veröffentlichten Schreiben an Bulganin eine Konföderation mit der DDR ab.

23. Januar 1958

In der außenpolitischen Debatte des Bundestages in Bonn fordert die SPD auf der Basis ihres Antrags vom Dezember 1957, die Bundesregierung müsse erstens für die Einstellung der Kernwaffenversuche in der ganzen Welt eintreten, zweitens darauf hinwirken, dass keine weiteren Armeen nuklear aufgerüstet würden, drittens klarstellen, dass die Bundeswehr nicht mit Kernwaffen ausgestattet werde und [west-]deutsche Stellen sich nicht an der Entwicklung solcher Waffen und von Raketen mittlerer Reichweite beteiligten, und viertens an der Verpflichtung festhalten, dass in der Bundesrepublik keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen zugelassen werden könnten. Im weiteren Verlauf der Sitzung werfen Gustav Heinemann (SPD) und Thomas Dehler (FDP) Adenauer leiden-

schaftlich vor, die nach ihrer Ansicht mit der Stalin-Note vom 10. März 1952 gebotene Wiedervereinigungschance nicht genutzt zu haben, und geben ihm die Schuld daran, dass die Deutschland-Politik völlig gescheitert sei. Heinemann hatte diesen Standpunkt bereits damals vertreten, während Dehler, der 1952 der Bundesregierung angehörte, erst später als Oppositionspolitiker zu dieser Meinung gelangt ist.

29. Januar 1958

Chruschtschow macht Axel Springer und Hans Zehrer klar, dass ihre Erwartung fehlgeht, die UdSSR wäre zur Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen bereit, wenn ihr dafür dessen Bündnislosigkeit zugestanden würde. Daraufhin ändert Springer seine Haltung. Fortan kritisiert seine Presse nicht länger Adenauers Kurs der militärischen und sicherheitspolitischen Bindung an den Westen, sondern tritt mit Nachdruck dafür ein.

1. Februar 1958

Bulganin begrüßt in einer publizierten Antwort auf Eisenhowers Botschaft vom 12. Januar dessen Bereitschaft zu einer Gipfelkonferenz, wendet sich jedoch gegen die darin geäußerten inhaltlichen Vorschläge, vor allem bezüglich einer Erörterung der deutschen Frage.

15. März 1958

Die Bundesregierung in Bonn erklärt öffentlich ihren Willen, sich für eine Diskussion über die Wiedervereinigung auf einer künftigen Gipfelkonferenz einzusetzen.

19. März 1958

Botschafter Smirnow übergibt Bundeskanzler Adenauer während eines Gesprächs ein – sofort publiziertes – Aide-mémoire. Darin lehnt die Regierung der UdSSR eine Erörterung der Wiedervereinigung in künftigen Verhandlungen der vier Staats- und Regierungschefs ab und verweist auf ihren Vorschlag, diese sollten, ohne dieses Thema zu erörtern über die Vorbereitung und den Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland sprechen. Wie es ein weiteres Mal heißt, könne nur eine Einigung zwischen beiden Staaten zur Wiedervereinigung führen, und die Bildung einer Konföderation wäre der richtige Weg zu diesem Ziel. Auch warnt die sowjetische Regierung die Bundesrepublik Deutschland mit großem Nachdruck vor einer Nuklearbewaffnung.

20. bis 25. März 1958

Der westdeutsche Bundestag debattiert über den Plan der NATO, die Bundeswehr mit Atomwaffenträgern kurzer Reichweite auszustatten. Anders als die Polemik der UdSSR und der Kommunisten es darstellt, ist nicht vorgesehen, dass die Bundesrepublik damit die Verfügungsgewalt über dieses Waffensystem erhält, denn die Sprengköpfe sollen in Depots der amerikanischen Streitkräfte verbleiben und damit nur mit deren Willen eingesetzt werden. Angesichts der anstehenden

henden Entscheidung, ob sich die Bundesrepublik auf die Möglichkeit eines nuklearen Krieges in Mitteleuropa vorbereiten soll, sehen sich die Abgeordneten in einem Dilemma. Nach Ansicht der Bundesregierung und der Unionsparteien ist dies unbedingt notwendig, um die Kampffähigkeit auch dann aufrechtzuerhalten, falls es zum Einsatz von Kernwaffen kommen sollte. Dies erscheint selbst in dem Fall nötig, dass die Gegenseite bereit wäre, sich unter allen Umständen auf einen konventionell geführten Kampf zu beschränken. Die NATO will über die Möglichkeit verfügen, ihrerseits zuerst Kernwaffen einzusetzen, falls ihre konventionelle Verteidigung einem angreifenden Gegner nicht standhalten sollte, um damit der sowjetischen Führung klar zu machen, dass sie unter keinen Umständen mit einer Eroberung Westeuropas rechnen könne. Der Kreml soll dadurch, dass er keinesfalls auf einen Sieg hoffen könne, vom Krieg abgeschreckt werden. Die SPD und die von ihr unterstützte Protestbewegung „Kampf dem Atomtod“ lassen sich dagegen von der Überlegung leiten, dass die Möglichkeit eines militärischen Konflikts nicht zuverlässig auszuschließen sei. Dann aber würde der Einsatz von Kernwaffen zur physischen Vernichtung Deutschlands führen. Folglich laufe das Konzept der nuklearen Abschreckung auf die Zustimmung zum kollektiven Selbstmord hinaus. Nach heftiger Auseinandersetzung billigt der Bundestag den Plan der NATO mit den Stimmen der CDU/CSU. Ein Votum aller Parteien bekräftigt die Forderung nach Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen. Verhandlungen mit den Vertretern des „derzeitigen Zonen-Regimes“ werden – ebenso wie die Bildung einer Konföderation mit der DDR – einhellig abgelehnt.

#### 8. April 1958

Die Verhandlungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland werden mit Vereinbarungen über Handels- und Wirtschaftsfragen, über mit der Repatriierung verbundene Fragen und über die wechselseitige Einräumung von Konsularrechten abgeschlossen.

#### 26. April 1958

Anastas Mikojan, den Chruschtschow nach Bonn geschickt hat, erklärt Adenauer, zwar sei mit den Vereinbarungen Anfang des Monats ein Schritt vorwärts getan worden, doch die Aufrüstung Westdeutschlands, vor allem die geplante Nuklearrüstung, sei ein schwerer Fehler. Die UdSSR werde sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Als der Kanzler erwidert, die Bundesrepublik sei unter allen Umständen ein Faktor des Friedens, widerspricht Mikojan heftig und fordert dazu auf, sich ernsthaft zu überlegen, ob man nicht vielleicht doch im letzten Augenblick von der Verwirklichung der Pläne zur atomaren Bewaffnung Abstand nehmen wolle. Adenauer lehnt das ab und erklärt, die sowjetische Interkontinentalrakete habe eine neue Lage geschaffen. Anders sei das gestörte Gleichgewicht nicht wiederherzustellen. Mikojan reagiert mit dem mehrfachen Appell, es doch ja nicht zum Krieg kommen zu lassen. Abschließend – und ebenso in der folgenden Pressekonferenz – sichert er der Bundesrepublik zu, sie würde bei einem Verzicht auf ihre nuklearen Pläne im Kriegsfall selbst dann nicht zum Ziel nuklearer Angriffe werden, wenn sie weiter Mitglied der NATO bliebe.

20. bis 23. Mai 1958

Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder beraten in Moskau. Siehe dazu die Rede Chruschtschows am 21. Mai 1958 (Dokument Nr. 25 in diesem Band).

24. Mai 1958

Auf der Tagung des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Pakts werden eine Truppenreduzierung um 419 000 Mann und der Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Rumänien festgelegt. Die Entscheidung der Bundesrepublik für die, wie es heißt, Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wird mit allem Nachdruck verurteilt. Unterstützung finden der Rapacki-Plan, der eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorsieht, und der Vorschlag der DDR, zusammen mit der Bundesrepublik eine Konföderation zu bilden. Aufgrund des Standpunktes, dass die deutsche Frage Sache allein der beiden Staaten ist, lehnt man es ab, sie als Thema der – angestrebten – Gipfelkonferenz der Vier Mächte in Betracht zu ziehen.

1. Juni 1958

In Algier haben, aufgeschreckt durch Gerüchte, die Regierung in Paris verhandelt mit den Aufständischen über die Preisgabe Algeriens, im Mai mit Unterstützung französischer Militärs Organisationen der im Lande lebenden Franzosen 100 000 Menschen auf die Straße gebracht. Es ist zu Angriffen auf Regierungsgebäude gekommen. General Jacques Massu hat über Radio die Machtübernahme des Militärs in Algerien erklärt. Seine Fallschirmjäger sind auf Korsika gelandet und haben dort die Macht übernommen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Massu plant das gleiche Vorgehen gegen Paris, um, wie er zusammen mit General Raoul Salan, dem Chef der Militärregion Algerien, fordert, Charles de Gaulle einzusetzen. Daraufhin beauftragt das französische Parlament diesen mit der Regierungsbildung und der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und stattet ihn mit Sondervollmachten zur Niederschlagung der Rebellion aus.

16. Juni 1958

Der im November 1956 – unter Bruch einer gegebenen Zusage festgenommene und zunächst nach Rumänien verbrachte – frühere ungarische Ministerpräsident Imre Nagy wird, nachdem er wegen seinem „konterrevolutionären Verhalten“ während des Ungarn-Aufstandes zum Tode verurteilt worden ist, in einem Gefängnis erhängt. Aus Protest verweigern die Westmächte eine Zeit lang weitere Gespräche über die Abhaltung einer Gipfelkonferenz, die über einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Abrüstung verhandeln soll.

14. Juli 1958

Irakische Offiziere unter die Führung von General Abd al-Karim Qasim stürzen die Regierung. Die Königsfamilie und Ministerpräsident al-Said werden ermordet. Es folgen die Aufnahme von Verbindungen zum Kreml und der Widerruf des Bagdad-Pakts mit der Türkei, Großbritannien, dem Iran und Pakistan, der

unter der Ägide der USA als CENTO fortbesteht. Das neue Regime nimmt eine gegen die Westmächte gerichtete Haltung auf der Grundlage des arabischen Nationalismus ein und sucht zusammen mit Nasser die inneren Verhältnisse in den prowestlichen Staaten der Region zu verändern. Es wendet sich zwar mit Schärfe gegen die Kommunisten im eigenen Land und ist auch gegenüber der UdSSR auf Unabhängigkeit bedacht, doch Chruschtschow sieht die Chance, mit Hilfe des Iraks den sowjetischen Einfluss im Nahen Osten auszubauen und die westliche Position zu erschüttern.

15. Juli 1958

Auf Ersuchen des prowestlich orientierten libanesischen Präsidenten Camille Chamoun entsendet Eisenhower amerikanische Soldaten dorthin, um ihm und den anderen Freunden des Westens in der Region den Rücken zu stärken und ein Abgleiten der Länder des Nahen Ostens ins Lager der arabischen Nationalisten zu verhindern. Großbritannien schickt Truppen nach Jordanien um König Abdullah zu stützen.

17. Juli 1958

Die UdSSR schlägt den europäischen Staaten und den USA öffentlich den Abschluss eines Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Basis des Rapacki-Plans vor.

11. Juli 1958

Auf dem V. Parteitag der SED vom 10. bis 16. Juli 1958 befürwortet Chruschtschow eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten als „Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands“ und erklärt es für notwendig, „Berlin zu einer Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen“. Es gelte, „die Frontstadtpolitik in Westberlin zu beseitigen, normale friedliche und demokratische Verhältnisse in ganz Berlin zu schaffen und dadurch auch die Normalisierung des Verhältnisses von Westberlin zur Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen“.

31. Juli bis 3. August 1958

Nachdem Fragen des sozialistischen Aufbaus (Maos „Großer Sprung nach vorn“) und der militärischen Zusammenarbeit (Vorschlag der UdSSR zur Ausdehnung der maritimen Präsenz auf Ostasien) zu Spannungen zwischen den beiden kommunistischen Hauptmächten geführt haben, sucht Chruschtschow in Gesprächen mit Mao Tse-tung Einvernehmen herzustellen. Sein Bemühen hat wenig Erfolg; das Bündnis erodiert weiter. Der Misserfolg wird durch eine Abschlusserklärung verschleiert, in der von einer „Atmosphäre außerordentlicher Herzlichkeit und Freundschaft“ die Rede ist. Zusammen mit den anderen Länder des sozialistischen Lagers habe man „gewaltige Erfolge im Kampf für die Milderung der internationalen Spannungen und für den Frieden errungen“, und die „Friedenspolitik der UdSSR und der Volksrepublik China“ genieße „bei den Völkern aller Länder mit jedem Tag immer größere Unterstützung und Sympathie“. Bei-

de Seiten „geißeln mit aller Schärfe das unverhüllt aggressive Vorgehen der USA und Englands im Nah- und Mittelostraum“ und „fordern die unverzügliche Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs zur Erörterung der Nah- und Mittelostfrage und bestehen entschieden auf dem sofortigen Abzug der USA aus dem Libanon und der Truppen Englands aus Jordanien“.

### 3. August 1958

Der Parteichef der SED, Walter Ulbricht, reist zu einem fünfwöchigen Urlaub in die UdSSR. Wenig später – nach aller Wahrscheinlichkeit vor dem 13. August – hat er ein Gespräch mit Chruschtschow, in dem er dessen Ansicht zustimmt, dass die „offene Grenze“ der DDR zum Westen geschlossen werden muss. Wie sich später herausstellt, will Chruschtschow im Unterschied zu Ulbricht nicht die Grenze in Berlin sperren, sondern denkt an den Abschluss eines Friedensvertrags, der beiden deutschen Staaten volle Souveränität zubilligen soll. Damit erhalte die DDR das Recht zur Kontrolle des Verkehrs von West-Berlin in den Westen. Dann gäbe es die Luftkorridore der Westmächte nicht mehr, die von den Flüchtlingen aus der DDR zur Weiterreise in die Bundesrepublik benutzt werden.

### 31. August 1958

Der finnische Sozialdemokrat Karl-August Fagerholm bildet eine Mitte-Rechts-Regierung, in der die Kommunisten nicht mehr vertreten sind. Sie ist an einer Stärkung der Verbindungen zum Westen und an der Beteiligung an einer Nordischen Union interessiert. In den folgenden Monaten gibt es heftige Proteste aufseiten der finnischen Linken. Das Verhältnis des Landes zur UdSSR gerät in eine Krise.

### 4. September 1958

Aufgrund einer Absprache mit der sowjetischen Seite richtet die Regierung der DDR eine – sofort publizierte – Note an die Vier Mächte, also auch an die UdSSR, in der sie auf einen baldigen Friedensvertrag mit Deutschland dringt. Während dessen Vorbereitung solle eine Kommission von Vertretern beider deutscher Staaten einen gemeinsamen Standpunkt dazu erarbeiten. Die gleiche Forderung wird in einer Erklärung an die deutsche Öffentlichkeit erhoben. Eine Note an die Bundesrepublik lässt außerdem die Absicht zur Änderung der Lage in West-Berlin erkennen: Die „Friedenskräfte“ der Stadt, womit ausdrücklich die Anhänger der SED gemeint sind, müssten die Möglichkeit erhalten, „überall ihre gerechte Sache zu vertreten“. Ihr Kampf für „eine friedliche und saubere Atmosphäre“ müsse zur Aufgabe der „Frontstadt“-Rolle und zur „Verwandlung ganz Berlins in eine Stadt des Friedens“ führen.

### 14./15. September 1958

Der französische Regierungschef de Gaulle führt auf seinem Landsitz in Colombey-les-deux-Eglises Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer.

28. September 1958

Durch Volksentscheid wird die neue französische Verfassung angenommen. Sie ist auf de Gaulle zugeschnitten, gibt ihm als künftigem Staatspräsidenten weitreichende Vollmachten und beschränkt die des Parlaments.

14. Oktober 1958

Botschafter Smirnow sucht Adenauer auf, um ihn darauf vorzubereiten, dass seine Regierung beabsichtige, vom Konzept der Vier-Mächte-Zuständigkeit in Deutschland und Berlin abzugehen. Dabei gibt er der Hoffnung Ausdruck, dass man künftig „freundschaftliche Beziehungen“ pflegen werde. Das erfordert eine Änderung der westdeutschen Haltung, namentlich den Verzicht auf antisowjetische Propaganda und auf „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“.

27. Oktober 1958

Ulbricht erklärt nach Beratungen mit der sowjetischen Parteiführung und aufgrund ihrer Zustimmung zu seinem Redetext, das westliche Besatzungsregime in West-Berlin sei mit dem Völkerrecht unvereinbar. Die Westmächte hätten kein Recht auf Präsenz und Zugang. Zudem liege die Stadt auf dem „Territorium der DDR“. Es sei erforderlich, ihren „Missbrauch“ für „Spionage und Sabotage gegen die DDR“ zu beenden, den „unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern“ und „die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen“. In den westlichen Hauptstädten verkennt man, dass es sich um einen sowjetischen Versuchsballon handelt. In dem Glauben, der SED-Chef äußere nur die eigene Auffassung, die er lediglich gegenüber früher verschärft habe, hält man die Stellungnahme für unwichtig und reagiert kaum. Chruschtschow gewinnt den Eindruck, dass er mit seinen Berlin-Ambitionen im Westen nur auf wenig Widerstand stößt.



# Dokumente

## 1. Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung der Regierungsdelegationen von UdSSR und DDR am 19. September 1955

Die sowjetische Regierung ließ den Verhandlungen mit Adenauer vom 9. bis 13. September 1955 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland drei Tage später Beratungen mit den Vertretern der DDR über die Gestaltung des beiderseitigen Verhältnisses folgen, in denen es um die Souveränität des ostdeutschen Staates und die der Sowjetunion weiter vorbehaltenen Rechte ging. Nach dem Fazit, das Nikolaj Bulganin als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR zog, äußerte sich die Chef der KPdSU wie folgt:

*Chruschtschow:* Ich möchte sagen, dass nach unserer Ansicht die enge Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands vereint sind, eine große Bedeutung für die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik hat.

Wir alle verstehen sehr gut, dass die Zusammenarbeit dieser Parteien und ihrer Führungen im Kampf um die Erzielung großer Erfolge bei der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, bei der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sowie der weiteren Festigung dieser Beziehungen eine große Rolle spielt.

Hinsichtlich der Bedeutung der Nationalen Front möchte ich auch das nützliche Wirken des Vorsitzenden des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, Professor [Erich] Correns, erwähnen.

Die aufrichtige und allseitige Zusammenarbeit zwischen den Parteien der Nationalen Front ist das Unterpfand für euer weiteres Voranschreiten. Deswegen möchte ich den Wunsch nach weiteren Erfolgen in der Entwicklung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Parteien mit dem Ziel des weiteren Aufschwunges der Wirtschaft der DDR und des Wohlstandes ihrer Bevölkerung, zum Wohle des deutschen Volkes und des allgemeinen Friedens, zum Ausdruck bringen.

Uns ist klar, diese Zusammenarbeit zu erzielen – das ist keine einfache Aufgabe. Im Leben ist es nicht leicht, ein wechselseitiges Verstehen und Zusammenwirken in allen Fragen zu realisieren. Schließlich entstehen auch Fragen, bei denen verschiedene Standpunkte aufeinander treffen. Bei der Regelung solcher Fragen ist es erforderlich, politische Weisheit zu zeigen. Bei einer Parteienkoalition muss man die Interessen der Parteien einkalkulieren, die dazu gehören und Wege zur Regelung aller Fragen suchen und finden. Dabei muss man von der Notwendigkeit gegenseitiger Zugeständnisse ausgehen, doch diese Zugeständnisse dürfen nicht dem grundlegenden Ziel schaden, das sich die Deutsche Demokratische Republik stellt. Nur so kann man die Koalition der Parteien festigen und folglich die erzielten Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik vermehren.

Die Aufgabe, vor der das deutsche Volk steht und der die Aufmerksamkeit von Millionen Deutschen gilt, ist die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem einheitlichen deutschen friedliebenden demokratischen Staat. Wir sind jederzeit bereit, mit allen Kräften zur erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Wir sind Realisten; bei der Regelung aller politischen Fragen und bei der Regelung dieser konkreten Frage müssen wir die Gegebenheiten nüchtern beurteilen. Die Wiedervereinigung des deutschen Staates in einer Weise, die sowohl dem deutschen Volk als auch den Völkern Europas nützt, hängt nicht nur von einer Seite ab. Hier gibt es zwei Seiten: die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland. Außerdem gibt es noch vier Staaten, die durch bestimmte Bedingungen und Verpflichtungen [miteinander] verbunden sind, und deren Ansichten zur Lösung der deutschen Frage bis jetzt noch auseinander gehen. Deswegen dürfen wir keine falschen Illusionen wecken.

Bekanntlich steht in Kürze das Treffen der Außenminister der vier Mächte in Genf an, wo es unter anderem auch um die Deutschland-Frage geht. Unser Standpunkt in dieser Hinsicht ist klar. In meinen Ausführungen möchte ich jetzt auf konkrete Fakten eingehen. Die Fakten sind folgende: Von den vier Mächten, deren Außenminister in Genf zusammenkommen, sind drei gehören dem Nordatlantischen Block (der NATO) an und einer nicht. Mehr noch: Die NATO ist gegen diesen Staat gerichtet. Die Regierungen der drei Staaten wollen zusammen mit der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, dass die Wiedervereinigung Deutschlands zu ihren Bedingungen erfolgt und dass das wiedervereinigte Deutschland ebenfalls der NATO beitrifft. Ich denke, dass ein solcher Weg nicht den Interessen des deutschen Volkes entspricht, dass er nicht den Interessen der Sicherheit der Völker Europas und der Verminderung der internationalen Entspannung entspricht. Wir können in keiner Weise einem solchen Gang der Geschehnisse zustimmen, in dessen Ergebnis der gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien gerichtete nordatlantische Militärblock (die NATO) gestärkt werden würde. Daher haben wir, als die Verhandlungen mit den Vertretern der Deutschen Bundesrepublik<sup>4</sup> stattgefunden haben, Herrn Adenauer in aller Offenheit gesagt: Fordern Sie von uns nicht, was wir nicht geben können. Wir können Ihren Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht unterstützen wir können die NATO nicht unterstützen – eine Organisation, die gegen uns, gegen die Sache des Friedens, gerichtet ist. Ich denke, dass die Deutschen im entsprechenden Fall ebenso vorgehen würden.

Die Unterzeichnung und das Inkrafttreten der Pariser Verträge, der Beitritt der Deutschen Bundesrepublik zur NATO<sup>5</sup> haben ernste Hindernisse geschaffen für die Wiedervereinigung der zwei Teile Deutschlands zu einem einheitlichen deutschen Staat.

Es stellt sich die Frage: Wie werden die Hoffnungen des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung Befriedigung finden; soll denn die bestehende Lage immer so

<sup>4</sup> Chruščëv vermied den amtlichen Staatsnamen Bundesrepublik Deutschland, um deutlich zu machen, dass es sich nur um einen Teil handele, der nicht für das Ganze sprechen könne.

<sup>5</sup> Aufgrund der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 wurde die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 in die NATO aufgenommen.

bleiben? Darauf antworten wir klar und bestimmt: Die Deutschen sollen diese Frage selbst entscheiden. Deutsche, [setzt euch] an einen Tisch! Die deutsche Frage kann keiner besser lösen als die Deutschen selbst. Die Wiedervereinigung Deutschlands muss so erfolgen, dass der einheitliche deutsche Staat friedliebend ist, demokratisch, dass die Kräfte des deutschen Staates nicht gegen andere Staaten gerichtet werden. Eine solche Regelung der deutschen Frage werden wir auf jede Weise unterstützen.

Es ist klar, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen die Regelung der deutschen Frage eine schwierige Sache ist. Wir haben kürzlich Zusammenkünfte und Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bundesrepublik gehabt. Die Verhandlungen mit den Vertretern der BRD haben gezeigt, dass es auf dem Weg zur raschen Regelung dieser Frage große Schwierigkeiten gibt. Als die Verhandlungen mit der Delegation der Deutschen Bundesrepublik stattfanden, hat mir Herr Adenauer in einer Pause einzureden versucht, dass der Nordatlantische Block für friedliche Ziele geschaffen worden sei, so als würde diese Organisation in keiner Weise die Sowjetunion bedrohen.

Doch wir wissen genau, dass die Pariser Verträge militärische Verträge sind. Wir wissen auch, dass die NATO als militärische Organisation geschaffen wurde,<sup>6</sup> dass die NATO einen Oberbefehlshaber ihrer Streitkräfte in Europa hat: General Gruenther. Folglich ist die NATO keine Sportorganisation, sie wurde nicht zur Vorbereitung auf sportliche Wettkämpfe geschaffen, auch nicht für Fußballspiele.

Bekanntermaßen wird Gruenther nicht als Trainer einer Fußballmannschaft aufgeführt; alle kennen ihn als General, der „die Mannschaft“ für den Krieg „trainiert“ und zwar für den Krieg gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie. Das ist nicht zu übersehen.

Man hat versucht uns zu beweisen, dass die NATO zu Zwecken der Verteidigung geschaffen wurde. Wir haben uns seinerzeit an die Mitglieder der NATO gewandt und gesagt: Wenn die NATO zur Verteidigung geschaffen wurde, möchten wir dieser „Verteidigungsorganisation“ ebenfalls beitreten.<sup>7</sup> Doch be-

<sup>6</sup> Das trifft insofern nicht ganz zu, als bei Abschluss des Nordatlantikvertrags am 4. April 1949 noch nicht vom Aufbau militärischer Strukturen die Rede war. Es handelte sich zunächst nur um einen politischen Vertrag, der die USA zum Eintreten für die Verbündeten in Europa verpflichtete. Da man davon ausging, dass die UdSSR sich dadurch von einem Angriff abgehalten sehen würde, schien die Sicherheit der Bundesgenossen auf diese Weise gewährleistet. Erst nachdem der Angriff Nordkoreas am 25. Juni 1950 im Westen die Sorge hervorgerufen hatte, dass die Kommunisten auch in Europa zu bewaffneten Aktionen übergehen könnten, begann ab Anfang 1951 das atlantische Bündnis den Aufbau einer militärischen Organisation.

<sup>7</sup> Am 31. März 1954 richtete die UdSSR eine Note an die drei Westmächte, in der sie zunächst ihren auf der Berliner Konferenz am 10. Februar 1954 vorgelegten Vorschlag eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit wiederholte und der westlichen These widersprach, das atlantische Bündnis habe eine defensive Ausrichtung. Abschließend hieß es, dass die Organisation des Nordatlantikpakts „unter entsprechenden Bedingungen ihren aggressiven Charakter verlieren könnte, wenn alle Großmächte, die zur Anti-Hitler-Koalition gehörten, an ihr teilnehmen würden“. Dieser Vorschlag zielte von vornherein auf Ablehnung, denn es war klar, dass eine derart veränderte Allianz nicht mehr dem Zweck dienen würde, ihre Mitglieder vor der Sowjetunion zu schützen. Damit sollte der Öffentlichkeit der „aggressive Charakter“ der NATO vor Augen geführt werden.

kanntlich wurde die Sowjetunion nicht aufgenommen. Auch diese Tatsache zeigt, dass die NATO gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Es ist völlig offensichtlich, dass das Inkrafttreten der Pariser Verträge und der Beitritt der BRD zur NATO ein ernstes Hindernis für die Regelung der deutschen Frage geschaffen haben. Wir schlagen den einzig richtigen Ausweg vor: die Regelung dieser Frage in die Hände des deutschen Volkes zu legen.<sup>8</sup> Die Deutschen werden Wege finden, die zur richtigen Lösung des Problems führen.

Ich denke, ich bringe unsere gemeinsame Ansicht zum Ausdruck, wenn ich sage, dass die deutsche Nation und die Völker der Sowjetunion daran interessiert sind friedliche, freundschaftliche Beziehungen [miteinander] zu haben.

Ich will sagen, dass offenbar für eine gewisse Zeit damit zu rechnen ist, dass in Deutschland zwei Staaten bestehen: die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik.

Zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sind aufrichtig freundschaftliche Beziehungen entstanden. Die sowjetische Regierung wird sich ebenfalls auf jede Weise um die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik bemühen und danach streben, eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands zu fördern.

Ich möchte als Kommunist und als Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sagen, ohne allen Anwesenden meinen Standpunkt aufzunötigen, dass unsere Partei, die sich von der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin leiten lässt, sich das edelste Ziel setzt: den Aufbau des Kommunismus.<sup>9</sup> Wir streben danach, dass es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen [mehr] gibt, dass der Nutzen der Arbeit und der Wissenschaft dem ganzen Volke dient. Wenn sich alle Völker auf einen solchen Entwicklungsweg begäben, würde dies nicht nur die Möglichkeit von Kriegen, sondern auch jedweder bewaffneter Konflikte ausschließen.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik haben den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten. Das ist ein großes historisches Ereignis im Leben des deutschen Volkes. Und auf diesem Wege habt ihr unsere Unterstützung. Wir wünschen euch vollen Erfolg bei eurer großen schöpferischen Tätigkeit. Wir sind davon überzeugt, dass ihr neue Siege auf diesem Weg zu erringen imstande seid. Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine so wichtige Aufgabe, dass es jetzt sogar schwer fällt, die richtigen Worte zu finden, um die ganze Bedeutung und Größe dieser Sache zum Ausdruck zu bringen.

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht den Interessen aller Werktätigen Deutschlands. Viele Arbeiter in den Reihen der deutschen sozialdemokratischen Partei, der deutschen christlich-demokratischen Partei und anderen Parteien werden sich bemühen, beim Aufbau des

<sup>8</sup> Die sowjetische Führung vertrat den Standpunkt, die „Deutschen selbst“, das heißt ihre politischen Vertreter, hätten die Frage ihrer staatlichen Einheit zu entscheiden, seit der Pariser Vier-Mächte-Konferenz im Sommer 1949. Damit war festgelegt, dass nur eine Regelung in Betracht kam, der das SED-Regime zustimmen würde.

<sup>9</sup> Nach der amtlichen sowjetischen Terminologie war der Kommunismus das höchste Stadium des Sozialismus, in dem man das ideale Endziel der gesellschaftlichen Entwicklung erreichen werde.

sozialistischen deutschen Staates mitzuwirken. Doch der Kampf für den Sozialismus, für den Aufbau des sozialistischen deutschen Staates – das ist natürlich eine innere Angelegenheit der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes.

Ich muss sagen, dass die Aufgabe des sowjetischen Staates lautet, gute gut-nachbarliche, freundschaftliche Beziehungen zum ganzen deutschen Volk herzustellen. Wir zweifeln nicht daran, dass sich die Führung der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls darum bemüht.

Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herr Adenauer, hat in den Verhandlungen in Moskau ebenfalls erklärt, dass die Regierung der Deutschen Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen zum sowjetischen Volk zu entwickeln sucht. Ich habe kein Recht, diese Erklärung anzuzweifeln. Wir werden eine Bekräftigung dieser guten Worte mit guten Taten begrüßen.

Wir wissen, dass bei den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik, mit der wir erfolgreiche Verhandlungen führen, ihre Worte und Zusagen nicht von der praktischen Tätigkeit abweichen, und wir sind davon überzeugt, dass dies auch künftig so sein wird. Unsere Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen werden mit jedem Tag stärker.

Wir hoffen ebenfalls, dass sich im weiteren Verlauf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik zufriedenstellend entwickeln. Doch wie es im russischem Sprichwort heißt: Die Zeit wird es zeigen. Wir von unserer Seite werden alles tun, damit sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik erfolgreich entwickeln. Sowohl die Sowjetunion als auch die Deutsche Bundesrepublik sind daran interessiert, dass sich zwischen unseren Ländern die Handels- und Kulturbeziehungen auf breiter Front entwickeln. Das wird der Deutschen Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und die Sowjetunion großen Vorteil bringen.

Ich will mich ebenfalls zu einer privaten Frage äußern: zu den früheren Kriegsgefangenen, die von einem Gericht der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt wurden. Sie erinnern sich, dass über diese Frage Gen. Bulganin und ich einen Meinungsaustausch mit Ihnen hatten, als wir auf dem Rückweg aus Genf in Berlin Station machten.<sup>10</sup> In dieser Frage hatte sich der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Gen. Pieck, mit einem Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gen. Woroschilow, gewandt.

Als die Delegation der Deutschen Bundesrepublik zu uns kam, stellte sie uns ebenfalls diese Frage und stellte sie in einen Zusammenhang mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DBR. Wir haben Herrn Adenauer und den Mitgliedern der Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik erklärt, dass diese Frage keinerlei Bezug aufweist zu den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und dass sie nur die Sowjetunion entscheiden kann, weil diese Leute Verbrechen am sowjetischen Volk begangen haben und dafür von einem sowjetischen Gericht verurteilt worden sind. Doch die Zeit geht vorbei, und Menschen ändern sich. Die einen

<sup>10</sup> Nach der Genfer Gipfelkonferenz unterbrachen Chruschtschow und Bulganin die Reise nach Moskau vom 24. bis 27. Juli 1955, um der SED-Führung zu versichern, dass sich an der sowjetischen Haltung in der deutschen Frage nichts geändert habe. *einreis*

ändern sich zum Besseren, die anderen zum Schlechteren. Doch die Mehrzahl der Leute ändert sich in besserem Sinne. Daher sind wir der Ansicht, dass man der Bitte um vorzeitige Entlassung dieser Leute entsprechen kann. Wir berücksichtigen dabei, dass sie Verwandte und Angehörige haben, die auf sie als Väter, Söhne, Ehepartner und Brüder warten. Wir verstehen, dass man auf diese menschlichen Gefühle Rücksicht nehmen muss. Diese Leute haben schon eine erhebliche Zeit ihrer Gefangenschaft verbüßt, und wir hoffen, dass sie den Großmut der sowjetischen Regierung zu schätzen wissen und sich nach ihrer Entlassung gegenüber der Sowjetunion nicht vom Gefühl der Rache leiten lassen.

Das sind die Fragen, die ich in meiner Stellungnahme ansprechen wollte.

Der Vertragsentwurf, den die [Verhandlungs-]Kommission vorbereitet hat,<sup>11</sup> stellt offenbar beide Seiten zufrieden, wie das nicht so oft der Fall ist. Meistens ist es so, dass man die Regelung durch Kompromiss findet. Wir haben keine Kompromisse, weil es keinen Wettstreit zwischen unterschiedlichen Standpunkten gibt, sondern eine Gemeinsamkeit der Ansichten, eine Gemeinsamkeit der Weltanschauung. Zwar mag die Tatsache, dass unsere sowjetischen Streitkräfte vorerst auf eurem Hoheitsgebiet verbleiben, einen gewissen Verdruss hervorrufen, aber wir sind sicher, dass die Notwendigkeit dieser Maßnahme richtig verstanden werden wird. Wir sind uns darüber klar, dass die Anwesenheit ausländischer Streitkräfte selbst einer befreundeten Macht oft keine Begeisterung bei der Bevölkerung hervorruft. Trotzdem können und sollen die Leute die Notwendigkeit angesichts der vorliegenden Bedingungen einsehen. Unsere gemeinsame Entscheidung über den Verbleib der sowjetischen Streitkräfte auf eurem Territorium ist eine zeitweilige Maßnahme. Wir sind uns bewusst, dass dies eine unangenehme Sache ist, und wenn hier jemand sagen würde, dass das eine angenehme Entscheidung ist, würden wir ihm nicht trauen. Sind Sie damit einverstanden?

*Ulbricht:* Einverstanden.

*Chruschtschow:* Aber wir werden gemeinsam mit Ihnen beharrlich auf eine Situation hinarbeiten, dass zwischen den Staaten eine Vereinbarung erzielt wird über die Reduzierung der Streitkräfte insgesamt und über den Abzug der sowjetischen, amerikanischen, englischen und französischen Streitkräfte, die sich in Deutschland befinden. Wenn die USA, England und Frankreich schon heute

<sup>11</sup> Die Verhandlungen wurden am 20. September 1956 abgeschlossen mit einem „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR“. Darin hieß es, die Beziehungen zwischen beiden Ländern beruhten „auf völliger Gleichheit, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“. Die DDR sei „frei in der Entscheidung über die Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik“. Mit Zustimmung ihrer Regierung sollten die auf ihrem Territorium stationierten sowjetischen Truppen dort „zeitweilig“ verbleiben. In einem Briefwechsel zwischen DDR-Außenminister Lothar Bolz und Valerian Zorin als stellvertretendem Außenminister der UdSSR wurde festgelegt, dass die DDR die „Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der DDR, an der Demarkationslinie zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik, am Außenring von Groß-Berlin sowie auf den im Gebiet der DDR liegenden Verbindungswegen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlin ausübt“. Zugleich blieb die Kontrolle des Verkehrs von Militärpersonal und Gütern der in West-Berlin stationierten Garnisonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin den Streitkräften der UdSSR vorbehalten.

dazu bereit wären, könnten wir diese Frage jetzt auf der Stelle regeln. Wir sind bereit, unsere Streitkräfte aus Deutschland abzuziehen, freilich unter der Bedingung, dass unsere Partner im Krieg gegen Hitlerdeutschland ihre Truppen abziehen.

Wir haben die Hoffnung auf Regelung dieser Frage in der Zukunft. Die Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte hat diese Hoffnung geweckt. Wir hoffen, dass sich der Geist von Genf entwickeln und festigen wird, aber nicht als unsichtbarer und nicht wahrzunehmender Geist, sondern in Form konkreter Taten, wie dies von unserer Seite der Fall gewesen ist, als wir unsere Streitkräfte um 640 000 Mann reduziert haben,<sup>12</sup> als wir auf die Verpachtung des Marinestützpunkts Porkkala-Udd in Finnland verzichtet haben<sup>13</sup> und eine Reihe weiterer Maßnahmen durchgeführt haben. Wir warten darauf, dass unsere Partner in Genf in gleicher Weise reagieren, woraufhin wir unsererseits neue Vorschläge unterbreiten könnten.

Manche bürgerlichen Politiker warfen uns vor, dass wir zwar lächelten und uns freundschaftlich zeigten, jedoch angeblich nicht darüber hinaus gegangen sind. Sind denn die von mir angeführten Tatsachen der Streitkräftereduzierung und des Verzichts – sind das denn etwa keine konkreten Taten, die auf eine Abmilderung der internationalen Spannungen abzielen?

Gleichzeitig warten wir auf die konkreten Ergebnisse des Geistes von Genf aufseiten der Westmächte, die zur Abmilderung der internationalen Spannungen und zur Festigung der Sache des Friedens beitragen würden.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 557, Bl. 1-10

## 2. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Italiens, Pietro Nenni, am 15. Oktober 1955

Nach kurzen Ausführungen Chruschtschows über die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten verlief das Gespräch mit Pietro Nenni<sup>14</sup> nach Aussage des sowjetischen Protokolls wie folgt.

Genosse *Chruschtschow* beleuchtete ausführlich die wichtigsten Maßnahmen der Sowjetunion zur Entspannung der internationalen Lage<sup>15</sup> und ihre grundlegende Bedeutung für die Festigung der Position der Verfechter des Friedens in der gan-

<sup>12</sup> Nach offizieller Erklärung wurden das Personal der sowjetischen Streitkräfte 1955 in zwei Schritten um insgesamt 640 000 Mann reduziert.

<sup>13</sup> Bei der Erneuerung des Beistandsvertrages mit Finnland am 19. September 1955 erklärte sich die UdSSR zur Räumung dieses Stützpunktes bereit, der im Friedensvertrag von 1947 für 50 Jahre an sie verpachtet worden war.

<sup>14</sup> Nennis Sozialistische Partei stand – anders als die schwächeren, westlich orientierten Sozialdemokraten von Giuseppe Saragat – auf der Seite der UdSSR.

<sup>15</sup> Chrusčëv hatte im Kremel gegen den Widerstand von Außenminister Wjačeslav Molotov den Abschluss des Staatsvertrags mit Österreich am 15. Mai 1955 durchgesetzt, der das Ende der Besetzung durch die Vier Mächte und die Unabhängigkeit des Landes auf der Grundlage der von diesem erklärten Neutralität festlegte. Vom 26. Mai bis 2. Juni 1955 war er zusammen mit dem Vor-

zen Welt. Die Präsenz der sowjetischen Truppen in Österreich wurde von den Feinden des Friedens stets als Beweis angeführt, dass die UdSSR einen Angriff vorbereite. Der Abschluss des Staatsvertrags mit Österreich aufgrund der Initiative der UdSSR und der Abzug der Besatzungstruppen wie auch der Verzicht der UdSSR auf Militärstützpunkte in China (Port Arthur)<sup>16</sup> und Finnland (Porkkala-Udd)<sup>17</sup> hat unseren Feinden die Argumente genommen und die Position all derer gestärkt, die für den Frieden kämpfen. Durch die Übergabe von Porkkala-Udd an die Finnen wurden unlängst die Gründe für die Ängste auf Seiten der skandinavischen Länder – Dänemark, Norwegen und Schweden – beseitigt. Die bevorstehenden Reisen der Genossen Bulganin und Chruschtschow nach Indien und England sollen ebenfalls das gegenseitige Verständnis fördern und die internationalen Kontakte ausweiten.

Die französische Regierung hat unbedachterweise den Beschluss gefasst, die Reise von [Ministerpräsident] Faure und [Außenminister] Pinay in die UdSSR zu verschieben, offenbar unter dem Druck auswärtiger Kräfte. Jedoch hat Faure bereits erkennen lassen, dass der Gedanke an die Reise nicht begraben worden ist.<sup>18</sup> Die sowjetisch-italienischen Beziehungen könnten viel enger sein. Unsererseits gibt es keine Hindernisse gegen die Ausweitung der gegenseitigen Beziehungen. Das Problem liegt auf der italienischen Seite, die möglicherweise aufgrund von Druck und Einmischung der Amerikaner in ihren Handlungen nicht frei ist.

Wir denken, sagte N. S. Chruschtschow, intensiv über die Einladung von Delegationen einiger sozialdemokratischer Parteien in die UdSSR nach, was das gegenseitige Verständnis fördern und die Friedenskräfte fördern könnte. Die Entscheidung, den Tourismus mit dem Ausland wieder aufzunehmen, hat bereits zu positiven Ergebnissen geführt. Visa für einen Aufenthalt in der UdSSR werden jetzt allen erteilt, die sich darum bemühen, sogar notorischen Reaktionären. Wir verweigern keinem ein Visum. Gemeinsam mit Gen. Bulganin, bemerkte Gen. Chruschtschow, haben wir eine Gruppe amerikanischer Kongressabgeordneter empfangen – [Senator Carey E.] Kefauver, [Senator George W.] Melone und andere – und ihnen erklärt, dass es an der Zeit ist, ihren „Eisernen Vorhang“ zu

sitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikolaj Bulganin, nach Belgrad gereist, um die 1948 durch den Konflikt Stalins mit Tito zerstörten Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien beider Länder wiederherzustellen. Die Genfer Gipfelkonferenz der Vier Mächte vom 18. bis 23. Juli rief in der Öffentlichkeit ein Gefühl der Entspannung zwischen Ost und West („Geist von Genf“) hervor. Nachdem die sowjetische Regierung bereits am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt hatte, lud sie am 7. Juni Bundeskanzler Adenauer nach Moskau zu Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein, die vom 9. bis 13. September stattfanden und zum Erfolg führten (vgl. u. a. Wettig, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958, München 2011, S. 46–58; Vízit kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy. K 50-letiju diplomatičeskich otnošenij meždu Rossiej i Germaniej [Protokolle aus den Archiven der beiderseitigen Außenministerien], Moskau 2005).

<sup>16</sup> Am 1. Juni 1955 hatte die UdSSR den 1945 in Besitz genommenen Marinestützpunkt Port Arthur (Lü-shun-kou) an China zurückgegeben.

<sup>17</sup> Am 19. September 1955 hatte die UdSSR Finnland bei der Verlängerung des Freundschaftsvertrags von 1948 den Marinestützpunkt auf der direkt vor der Hauptstadt Helsinki gelegenen Halbinsel Porkkala zurückgegeben, dessen 50-jährige Verpachtung sie im Friedensvertrag von 1947 durchgesetzt hatte.

<sup>18</sup> Der Besuch fand vom 15. bis 19. Mai 1956 statt, nachdem in Paris eine andere Regierung ihr Amt angetreten hatte. Daher verhandelte in Moskau dann nicht Edgar Faure, sondern der neue Ministerpräsident Guy Mollet (siehe die Dokumente Nr. 8 bis 13 in diesem Band).

öffnen, da man zu ihnen, in die USA, nicht reisen kann. Sie haben keine Argumente für Einwände gefunden und zugegeben, dass die in den USA gültigen Gesetze überprüft werden müssen.

P. Nenni wurde über den sowjetischen Standpunkt zur Regelung der deutschen Frage informiert.<sup>19</sup> Dabei teilte N. S. Chruschtschow Eindrücke von seiner DDR-Reise mit<sup>20</sup> und gab eine Einschätzung der dortigen Situation und der dort erreichten Erfolge.

Hinsichtlich der Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen betonte N. S. Chruschtschow, dass die Verbesserung dieser Beziehungen nicht nur dem sowjetischen und dem jugoslawischen Volk großen Vorteil bringt, sondern sich auch als wichtiger Beitrag zur internationalen Entspannung erwiesen hat. Die Annäherung zwischen Jugoslawien und der UdSSR<sup>21</sup> missfällt den regierenden Kreisen in den USA. Jetzt wird um die Seele des jugoslawischen Volkes gerungen. Wir sind von unserem Erfolg in diesem Wettstreit überzeugt. Zu den jugoslawischen Führern, besonders zu Tito, haben wir gute, freundschaftliche Beziehungen.

Gen. Mikojan hatte kürzlich bei einem Erholungsurlaub in Jugoslawien eine Reihe nützlicher Gespräche. Wir sind mit den Ergebnissen dieser Gespräche zufrieden.

Im Blick auf die Lage in den arabischen Ländern stellte N. S. Chruschtschow heraus, dass die Völker dieser Länder um ihre Selbständigkeit kämpfen und in Bewegung gekommen sind. Vor allem wird es von großer Bedeutung sein, dass Nasser dem Druck und der Erpressung standhält, die man im Zusammenhang mit den an ihn verkauften tschechoslowakischen Waffen, auf ihn ausübt.<sup>22</sup> Die Imperialisten sind gewohnt, in diesen Ländern das Kommando zu führen ohne Rücksicht auf die Erwartungen der Völker, und sind empört, wenn diese Völker nicht mehr so leben wollen wie früher.

Nachdem Gen. Nenni,<sup>23</sup> sagte Gen. Chruschtschow, kürzlich in China gewesen sei, kenne er die Erfolge der chinesischen Genossen. In den europäischen Ländern der Volksdemokratien stehen die Dinge gut, der Sozialismus siegt, ob-

<sup>19</sup> Nach der 1949 festgelegten sowjetischen Auffassung war die Vereinigung Deutschlands Sache nur der „Deutschen selbst“, das heißt beider Staaten. Keine auswärtige Macht dürfe sich einmischen. Demnach konnte die staatliche Einheit allein durch Verhandlungen zwischen DDR und Bundesrepublik herbeigeführt werden. Das sollte von vornherein verhindern, dass die Westmächte das Thema im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag zur Diskussion stellten.

<sup>20</sup> Chruščëv versicherte der SED-Führung bei einem Zwischenaufenthalt in Ost-Berlin nach der Gipfelkonferenz in Genf vom 18. bis 23. Juli 1955, dass die UdSSR an ihrem Standpunkt in der deutschen Frage unverändert festhalte und die DDR voll unterstütze.

<sup>21</sup> Vom 26. Mai bis 2. Juni 1955 waren Chruščëv und Bulganin in Belgrad und suchten den Bruch zwischen den kommunistischen Mächten Sowjetunion und Jugoslawien rückgängig zu machen, den Stalin durch seinen Bannstrahl gegen Tito 1948 herbeigeführt hatte. Beide Seiten verständigten sich zwar, doch zeigte sich bald, dass Tito nicht in das sowjetische Lager zurückkehrte, sondern nur von der Annäherung an den Westen abrückte. In der Blockfreienbewegung war er als einer der führenden Politiker aktiv.

<sup>22</sup> Am 12. September 1955 hatten sowjetische und ägyptische Unterhändler in Prag die Lieferung moderner Waffensysteme aus der UdSSR an Ägypten vereinbart. Als dies wenig später der Regierung in Washington bekannt geworden war, reagierte diese heftig, weil sie darin eine Bedrohung Israels sah.

<sup>23</sup> Nenni wird Genosse genannt, weil er mit seiner Sozialistischen Partei den Kommunisten eng verbunden war.

wohl es noch Mängel gibt, die sowohl in der UdSSR als auch in jedem anderen Staat bestehen. Die Ideen des Sozialismus erfassen breite Bevölkerungsschichten aller Länder der Welt und sogar dort, wo die Arbeiterklasse noch nicht gesiegt hat, zieht man es vor zu sagen, dass man den sozialistischen Entwicklungsweg beschreite – in Indien, Indonesien, Burma usw. Insgesamt sind die Kräfte des Friedenslagers, der Demokratie und des Sozialismus den Kräften der Kriegsbefürworter überlegen. Generell geht es um unsere Fähigkeit, unsere Kräfte zu vereinigen, sie in Bewegung zu setzen, die riesigen Möglichkeiten und Reserven geschickt zu nutzen und sich nicht einschüchtern zu lassen. Im Westen gibt es große Meister der Angstmache und Einschüchterung, doch sie selbst haben Angst vor den Folgen eines Konflikts, weil sie wissen, was ihnen dann droht.

Nach aufmerksamem Zuhören dankte *P. Nenni* Gen. Chruschtschow warm und erklärte, dass er alles, was über die innere Lage der Sowjetunion gesagt worden sei, als sehr wertvoll zur Kenntnis nimmt, und mit der Einschätzung der internationalen Lage durch Gen. Chruschtschow voll übereinstimmt. Hinsichtlich der Situation in Italien bemerkte er, dass vielleicht noch mehr als die Amerikaner auf den Kurs der herrschenden italienischen Kreise die Tatsache einwirkt, dass dort im Unterschied zu allen anderen Ländern Westeuropas die linken Parteien – die Kommunisten und Sozialisten – eine gewaltige und geschlossene Kraft bilden. Aus Sorge, die Festigung dieser Parteien zu fördern, haben die italienische Bourgeoisie und die Regierung Angst vor einer Annäherung an die UdSSR und die Länder der Volksdemokratien. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn es um die Aufnahme von Beziehungen zur ChVR<sup>24</sup> [Chinesischen Volksrepublik] geht. Die italienischen Geschäftsleute wollen mit China Handel treiben, sie sehen die Vorteile eines derartigen Handels, und trotzdem ist die italienische Regierung abgeneigt und ergreift keine Maßnahmen. Übrigens ist diese Regierung nicht stabiler als das Kabinett von Faure in Frankreich.

Nach Ansicht Nennis bietet gegenwärtig unter allen Ländern Westeuropas allein Italien sehr günstige Umstände zur Erreichung eines entscheidenden Wandels der politischen Lage zugunsten der demokratischen Kräfte.<sup>25</sup> Dabei betonte Nenni, er habe keinen revolutionären Weg im Auge, sondern die Gewinnung eines günstigeren Kräfteverhältnisses im Parlament. Wir, die italienischen Sozialisten, sagte er, sind keine Sozialdemokraten und überschätzen die Bedeutung des Parlamentes nicht. Gegenwärtig jedoch dreht und entwickelt sich der wesentliche politische Kampf im Land um den Einfluss auf die Wählermasse.

Die Entwicklung des Kampfes in Italien, fuhr Nenni fort, hängt vermutlich mehr als in jedem anderen Land von der internationalen Lage ab. Unsere Erfolge, die Erfolge der Kommunisten und Sozialisten Italiens, sind hauptsächlich von der Initiative der Sowjetunion zur Entspannung der internationalen Lage bestimmt. Wenn der Entspannungsprozess weiter anhält, dann kann ich versichern,

<sup>24</sup> Diese Abkürzung wurde in der UdSSR allgemein verwendet, obwohl es üblicherweise Volksrepublik China heißt.

<sup>25</sup> Als „demokratische Kräfte“ bezeichneten Nenni und Chruščëv nur Personen, Gruppen und Staaten, die für die sozialistischen Vorstellungen der UdSSR eintraten.

erklärte Nenni, dass unsere zwei Parteien in den nächsten zwei Jahren den Sieg im Land erringen werden.

Weiter wiederholte Nenni in denselben Ausdrücken, die er zuvor im Gespräch mit den Gen. Malenkow und Suslow verwendet hatte, seine Ansicht über die Stärke der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei und über die Art ihres wechselseitigen Verhältnisses. Ich nutze die Gelegenheit, unterstrich Nenni, um Gen. Chruschtschow zu versichern, dass, welche Gerüchte darüber auch auftauchen mögen, die Einheit unserer beiden Parteien auch künftig unzerstörbar bleibt.

Was die Entwicklung der italienisch-sowjetischen Beziehungen betrifft, fuhr Nenni fort, nutzen die Kräfte der Reaktion im Innern ein Argument wie die Verweigerung der Aufnahme Italiens in die UNO durch die UdSSR<sup>26</sup> weidlich gegen uns aus. Diese Frage ist für uns sehr aktuell geworden. Im Gespräch mit den Gen. Malenkow und Suslow in Moskau habe er mit Befriedigung von dem sowjetischen Plan erfahren, Italien als eines der sechs Länder, die nach dem Krieg einen Friedensvertrag unterschrieben haben,<sup>27</sup> zur UNO zuzulassen.

*N. S. Chruschtschow* bemerkte, dass er über den Inhalt des Gesprächs von P. Nenni mit den Gen. Malenkow und Suslow unterrichtet ist, und brachte ihm gegenüber vertraulich seine Auffassung über die Chancen der Aufnahme Italiens in die UNO zum Ausdruck. Der Vorschlag, sechs Länder aufzunehmen – das sei unser Plan, aber die westlichen Mächte würden ihm derzeit kaum zustimmen. Sie schlugen die Aufnahme von 16 Ländern vor, die den Antrag früher eingereicht hätten, dazu zwei weitere Länder – Japan und Italien. Dieser Plan stelle für uns ein Problem hauptsächlich deswegen dar, weil sich die UdSSR formal noch im Kriegszustand mit Japan befindet. Wir diskutierten gegenwärtig diese Variante. Jedenfalls könne man hoffen, dass, wenn nicht jetzt, so doch in Zukunft Italien in die UNO aufgenommen werde.

Nach seiner Rückkehr nach Italien, fuhr Gen. *Nenni* fort, werde er im Parlament die unverzügliche Entsendung einer Parlamentsdelegation in die UdSSR fordern. Ich habe hier, sagte er, französische, belgische, luxemburgische und sogar japanische parlamentarische Delegationen gesehen. Italien könne und dürfe den Austausch von Delegationen nicht länger hinauszögern.

*N. S. Chruschtschow* stimmte zu. Der Austausch von Parlamentsdelegationen könne das wechselseitige Verstehen fördern. Wir sind bereit, sagte er, Ihre Delegation zu empfangen. Daraufhin wird eine sowjetische Parlamentsdelegation nach Italien fahren können.

<sup>26</sup> Die von den Westmächten seit 1949 immer wieder beantragte Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen scheiterte stets am Veto der UdSSR im Sicherheitsrat. Die Haltung wurde bis Dezember 1955 aufrechterhalten.

<sup>27</sup> 1947 waren weiterhin Friedensverträge geschlossen worden mit Finnland, das im folgenden Jahr vertraglich an die UdSSR gebunden wurde, sowie mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien im sowjetischen Machtbereich. 1952 hatten die USA ohne Beteiligung der UdSSR einen Friedensvertrag mit Japan vereinbart.

Die Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen,<sup>28</sup> sagte P. Nenni weiter, habe zu Anfang in Italien Unverständnis hervorgerufen, vor allem bei den Kommunisten von Triest.<sup>29</sup> Später sei Klarheit geschaffen worden, und die Sozialistische Partei erkenne, wie groß der Nutzen sei, den das Ende der Feindschaft zwischen der UdSSR und Jugoslawien für den Frieden gebracht habe. Er, Nenni, sei schon in den ersten Jahren nach dem Krieg für eine Regelung der Triest-Frage unter Berücksichtigung der Interessen Italiens eingetreten. Darüber habe er schon bei seinem ersten Treffen mit Gen. Molotow gesprochen. Solange die Triest-Frage noch in Italien diskutiert werde, müsse sich die Sozialistische Partei dazu äußern und eine Position beziehen, die den Jugoslawen nicht gefallen könne. Die Sozialisten werden sich jedoch in Zukunft bemühen, dem Prozess der Rückkehr Jugoslawiens in das sozialistische Lager nicht zu schaden.

Im Zusammenhang damit äußerte P. Nenni folgende Bitte: Wenn die Annäherung an Jugoslawien bereits so weit fortgeschritten ist, dass sie einen solchen Schritt gestatte, wäre es wünschenswert, Tito um ein Ende der gegen die Kommunistische und die Sozialistische Partei gerichteten politischen Arbeit in Italien zu bitten. Vielleicht nur in Italien, erläuterte Nenni, hätten die Jugoslawen vor einigen Jahren eine politische Organisation mit den aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Renegaten Cucchi und Magnani gegründet, die eine subversive Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei entfalte.

P. Nenni hob hervor, der von Gen. Chruschtschow dargelegte sowjetische Standpunkt zur deutschen Frage mache Korrekturen am Standpunkt der Italienischen Sozialistischen Partei erforderlich. Er, Nenni, habe bis dahin auf der Neutralität Deutschlands bestanden und bei seinen öffentlichen Auftritten erklärt, die deutsche Frage müsse durch Verhandlungen zwischen den vier Mächten gelöst werden. Uns war immer klar, sagte Nenni, dass die Vereinigung Deutsch-

<sup>28</sup> Die Nachfolger Stalins hatten zwar 1953 die 1948 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen, doch verhinderte ablehnende Haltung von Außenminister Molotov, dass auch die – für das Verhältnis zwischen kommunistischen Staaten entscheidenden – Parteibeziehungen wiederhergestellt wurden. Erst als Chruščëv seit dem Frühjahr 1955 die Leitlinien der Außenpolitik bestimmte, wurde dieser Widerstand überwunden. Im Juni kamen er und Bulganin in Belgrad mit Tito überein, die Beziehungen zwischen den Parteien ebenfalls wieder aufzunehmen.

<sup>29</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg erhob Jugoslawien Anspruch auf die italienische Stadt Triest, die zunächst von Titos Partisanen besetzt worden war, dann aber von diesen auf Druck der großen Siegermächte geräumt worden war. Bis zum Bruch mit Stalin 1948 machte Tito, den die UdSSR im Blick auf die Reaktion der Westmächte bestenfalls halbherzig unterstützte, die Forderung aggressiv geltend. Im Pariser Friedensvertrag mit Italien 1947 wurde die Stadt zusammen mit dem nordwestlichen Teil Istriens zum Freien Territorium erklärt, das einen vom Sicherheitsrat der UNO zu ernennenden Gouverneur erhielt. Wichtiger war, dass die Zone A, die vor allem von Italienern bewohnte Stadt Triest mit ihrer nächsten Umgebung, einer britisch-amerikanischen Militärverwaltung unterstellt wurde und dass die Zone B, das Hinterland und der Nordwesten Istriens mit weithin slowenischer Bevölkerung unter jugoslawische Militärverwaltung kam. Seit 1948 war die Regierung in Belgrad 1948 wegen des Bruchs mit der UdSSR auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten angewiesen. Daher war sie 1954 zum Abschluss des Londoner Abkommens bereit. Danach kamen die Zone A unter italienische und die Zone B unter jugoslawische Zivilverwaltung. Trotzdem schwelte der Konflikt weiter. Das erklärt, wieso man in Rom nicht glücklich war über die Stärkung, die Jugoslawien durch das wiederhergestellte Verhältnis zur UdSSR gewann.

lands unmöglich ist, wenn Westdeutschland in der NATO bleibt. Jetzt stellen wir in Übereinstimmung mit der Position der UdSSR die Forderung in den Mittelpunkt unserer Propaganda, dass die Deutschen selbst eine Übereinkunft über die Vereinigung Deutschlands erzielen müssen. Nenni erkannte an, dass es in der jetzt entstandenen Situation am vernünftigsten scheint, die Frage so zu stellen. Im Zusammenhang damit interessierte ihn, ob die Westmächte über den Standpunkt der Sowjetunion informiert worden sind und ob sie im Zusammenhang mit der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Genf die Sowjetunion der Abkehr von der vereinbarten Position beschuldigen werden.

*N. S. Chruschtschow* informierte Nenni detailliert darüber, wie die erwähnte Position der Sowjetunion den anderen Mächten schon auf der Genfer [Gipfel-] Konferenz<sup>30</sup> und danach in den öffentlichen Reden der Gen. Bulganin und Chruschtschow in Genf und [Ost-]Berlin<sup>31</sup> zur Kenntnis gebracht worden ist. Vertraulich, zu Nennis persönlicher Kenntnis wurden ihm einige Einzelheiten der Abschlussitzungen der Genfer Konferenz sowie der Umstände mitgeteilt, unter denen die Tagesordnung der Konferenz der Außenminister ausgearbeitet und angenommen worden ist. Der sowjetische Standpunkt zur deutschen Frage, sagte Gen. Chruschtschow abschließend, ist völlig fristgerecht rechtlich fixiert worden,<sup>32</sup> und unsere Partner kennen ihn sehr gut.

Auf die Frage von P. Nenni gab Gen. Chruschtschow der Ansicht Ausdruck, dass auf der Konferenz der Außenminister die Sowjetunion erneut auf der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa bestehen werde. Im Zusammenhang damit legte *N. S. Chruschtschow* die sowjetischen Varianten eines solchen Systems dar, wie sie den Westmächten vorgeschlagen wurden. Das Fehlen einer einheitlichen Haltung aufseiten der Westmächte zur Frage der Sicherheit und Abrüstung wurde hervorgehoben. Am wahrscheinlichsten seien auf der bevorstehenden Konferenz einige Erfolge bei der Frage der Kontakte, selbstverständlich nur dann, wenn die westlichen Länder Interesse dafür zeigen.

*N. S. Chruschtschow* äußerte die Ansicht, nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik<sup>33</sup> würden die Deutschen mehr Neigung zu einer selbständigen Politik zeigen. In der deutschen Arbeiterklasse würden die für eine Annäherung an die DDR und den Schutz ihrer Errungenschaften eintretenden Kräfte an Stärke zunehmen.

<sup>30</sup> Vom 18. bis 23. Juli 1955 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Genf zu einer Konferenz, in der es um eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen ging, vor allem hinsichtlich der deutschen Frage und des Abrüstungsproblems.

<sup>31</sup> Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Band 2/2, Bonn – [West-]Berlin 1963, S. 609–621.

<sup>32</sup> Im Freundschaftsvertrag vom 20. September 1955 billigte die UdSSR der DDR volle Souveränität zu, behielt sich aber – so wie analog die Westmächte im Verhältnis zur Bundesrepublik – die Zuständigkeit für Berlin und für Deutschland als Ganzes vor.

<sup>33</sup> Diese nicht korrekte Bezeichnung wurde in Moskau und Ost-Berlin oft statt des amtlichen Staatsnamens „Bundesrepublik Deutschland“ verwendet, um in Abwehr des westdeutschen Anspruchs auf allein demokratisch legitime Vertretung der Nation deutlich zu machen, dass die Bundesrepublik nicht das ganze Deutschland sei, sondern nur ein Teil.

Im Blick auf das allgemeine Problem von Krieg und Frieden betonte Gen. Chruschtschow, dass der Deutschland-Frage das Allerwichtigste ist. Die Amerikaner würden nicht von sich aus Krieg führen. Auch England und Frankreich würden wohl kaum einen Krieg beginnen. Wenn sie das deutsche Volk nicht für ihre aggressiven Ziele benutzen könnten, würde es keinen Krieg in Europa geben. Die Westmächte versuchten mit ihrer NATO Einschüchterung zu betreiben, doch sei diese gar nicht so schreckenerregend, wie man sie hinstelle.

Zum Abschluss gab N. S. Chruschtschow seinen Vorstellungen über die Aufgaben des Kampfes für den Frieden Ausdruck und betonte, eine unermüdliche Wachsamkeit gegenüber den aggressiv gestimmten Kreisen im Westen sei notwendig. Diese Kreise versuchten die Ergebnisse der Genfer Konferenz<sup>34</sup> zu verwischen. Einige Generäle träten wieder mit gehässigen Reden hervor, so wie jener kanadische General, der drohte, „die UdSSR kurz und klein zu schlagen“. Scherzhaft erzählte N. S. Chruschtschow, dass er ein Gespräch über diesen General mit [dem kanadischen Premierminister Lester] Pearson hatte und dass dieser den General einen törichten Menschen nannte.

N. S. Chruschtschow erklärte, die Macht des sozialistischen Lagers und der Verfechter des Friedens sei gewaltig und sei größer als die Macht der Kriegstreiber. Man muss diese Macht nur richtig und überlegt nutzen, ihre Mobilisierung stets aufrechterhalten und sich nicht einschüchtern lassen. Unter Bekundung der festen Zuversicht, dass die Sache des Friedens und des Sozialismus schließlich siegen wird, wünschte Gen. Chruschtschow Pietro Nenni und der Italienischen Sozialistischen Partei weitere Erfolge im gemeinsamen Kampf zusammen mit der Kommunistischen Partei für den Frieden und für die Lebensinteressen des italienischen Volkes.

Bei einem Spaziergang am Meer teilte N. S. Chruschtschow P. Nenni seine Beobachtungen mit hinsichtlich des Wachstums der Kolchosen, die er persönlich in Augenschein nimmt, und legte dar, wie das wichtigste Problem der Landwirtschaft gelöst wird: das Problem der Kader. Dazu sagte *Nenni*, nach seiner Ansicht stelle sich dieses Problem mit besonderer Schärfe für die chinesischen Genossen.

Als er sich von N.S. Chruschtschow verabschiedete, dankte Pietro Nenni ihm herzlich für den großartig gemeinsam verbrachten Tag und „für alles Bemerkenswerte, was ihm im Gespräch gesagt worden war“.

Nenni übergab Gen. Chruschtschow sein Buch „Vom Atlantikpakt zur Politik der Spannungsverringering“, das in diesen Tagen auf russisch in Moskau erschienen war. In der Widmung bemerkte Nenni, aufgrund des Gesprächs habe sich

<sup>34</sup> An die Genfer Gipfelkonferenz sprachen sich die Vier Mächte zwar prinzipiell für eine Verständigung in den Streitfragen aus. Es kam aber zu keiner Übereinkunft darüber, wie diese konkret zu erreichen sei. Darüber sollten die Außenminister auf ihrem Treffen im Oktober sprechen, doch der Dissens zwischen den Westmächten und der UdSSR ließ von vornherein keine Einigung erwarten. Die großen Erwartungen der westlichen Öffentlichkeit blieben unerfüllt. Trotzdem wurde in den sowjetischen Stellungnahmen weiter der „Geist von Genf“ beschworen in der Absicht, Entspannung und Einvernehmen als schon erreichte Errungenschaft hinzustellen, die den Aufbau eines Systems gemeinsamer kollektiver Sicherheit in Europa rechtfertige, das an die Stelle der gegeneinander gerichteten Bündnisse treten müsse.

seine Zuversicht verstärkt, dass die Sache des Friedens und des Sozialismus den Sieg davontragen werde.

Das Gespräch dauerte 1 Stunde und 45 Minuten

Protokolliert von D. P. Schewljagin

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 568, Bl. 3-11

### 3. Stellungnahme Chruschtschows bei Eröffnung der Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder am 6. Januar 1956

*Chruschtschow:* Genossen! Ich denke, wir können mit der Arbeit beginnen. Gestattet mir einige Worte.

Im zurückliegenden Jahr 1955 haben die Sowjetunion, die Chinesische Volksrepublik, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die Deutsche Demokratische Republik, Rumänien, Bulgarien, Albanien und die anderen Länder des sozialistischen Lagers gewaltige Erfolge im Kampf um die Konsolidierung ihrer außenpolitischen Positionen und die Festigung des Friedens erzielt. In dieser Zeit hat sich die brüderliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern weiter verstärkt.

Das sozialistische Lager ist zu einem wahren Bollwerk aller fortschrittlichen Kräfte der Welt geworden. Die Wirtschaft jedes der Staaten, die zu diesem Lager gehören, hat sich deutlich entwickelt und konsolidiert.

Zu den wichtigsten Errungenschaften des sozialistischen Lagers sind vor allem solche Ereignisse zu zählen wie der Friedensvertrag mit Österreich,<sup>35</sup> die Beilegung des Konflikts mit Jugoslawien,<sup>36</sup> die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik,<sup>37</sup> die Festigung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Finnland dank der vorzeitigen Rückgabe des Militärstützpunkts Porkkala-Udd an die Finnen,<sup>38</sup> die Reduzierung der Streitkräfte der Sowjetunion und Länder der Volksdemokratien.<sup>39</sup> Eine große positive Rolle spielten auch die Besuche parlamentarischer Delegationen aus vielen

<sup>35</sup> Am 15. Mai 1955 wurde der Staatsvertrag zwischen den vier Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs und Österreich geschlossen, der zwar die Funktion eines Friedensvertrags hatte, aber nicht als solcher bezeichnet wurde, weil Österreich nach amtlicher Lesart nicht zu den Kriegsgegnern gehört hatte, sondern als befreites Land anzusehen war.

<sup>36</sup> Vom 26. Mai bis 2. Juni 1955 waren Chrusčëv und Bulganin zur Wiederherstellung der 1948 abgebrochenen Parteibeziehungen in Belgrad.

<sup>37</sup> In Verhandlungen vom 9. bis 13. September 1955 vereinbarte die sowjetische Führung mit Bundeskanzler Adenauer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

<sup>38</sup> Bei der Erneuerung des Beistandsvertrags mit Finnland am 19. September 1955 war die UdSSR zur Aufgabe des an die finnische Hauptstadt angrenzenden Marinestützpunkts Porkkala-Udd bereit, den sie gemäß dem Friedensvertrag von 1947 für 50 Jahre gepachtet hatte.

<sup>39</sup> Die UdSSR fasste 1955 zwei Beschlüsse über die Reduzierung ihres Militärpersonals um insgesamt 640 000 Mann. Im Zusammenhang damit konnten auch die mit ihr verbündeten Staaten ihre Truppenzahl vermindern.

Ländern in der Sowjetunion, die Reise Nehrus in die UdSSR,<sup>40</sup> die Einberufung der Bandung-Konferenz, auf der die Chinesische Volksrepublik eine aktive Rolle gespielt hat,<sup>41</sup> [und] die Aufnahme von 16 neuen Staaten in die Vereinten Nationen, darunter Albanien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien.

Ein großes internationales Ereignis war die Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte in Genf.<sup>42</sup> Die regierenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und Frankreichs waren dazu genötigt, auf diese Konferenz einzugehen. Sie sind zu dieser Konferenz gekommen unter dem Einfluss der öffentlichen Weltmeinung im Zusammenhang mit unseren friedliebenden Schritten.

Die unerquicklichen Ergebnisse des Treffens der Außenminister der vier Mächte in Genf<sup>43</sup> haben gezeigt, dass die herrschenden Kreise in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und Frankreich bisher nicht den ernstlichen Wunsch haben, sich auf eine völlige Liquidierung der internationalen Spannung einzulassen.

Unsere Aufgabe ist es, unsere Bemühungen in dieser Richtung nicht abzuschwächen, unser sozialistisches Lager ständig zu festigen und beharrlich auf eine Abschwächung der internationalen Spannung hinzuwirken.

Von enormer internationaler Bedeutung war meine Reise mit dem Genossen Bulganin nach Indien, Birma und Afghanistan.<sup>44</sup> Diese Unterstützung für die Völker, die im Kampf gegen die Kolonialherren stehen, hat große Resonanz und Zustimmung sowohl bei diesen Völkern als auch bei allen fortschrittlichen Kräften gefunden. Diese Reise hat zur Festigung der Positionen des Friedens in den Ländern Asiens und der ganzen Welt beigetragen. Mit aller Klarheit ist jetzt die Schwäche des Einflusses der großen imperialistischen Länder in Ländern wie Indien, Birma und Afghanistan zutage getreten.

In den letzten Jahren, vor allem nachdem das chinesische Volk seine Unabhängigkeit und Freiheit erkämpft hatte,<sup>45</sup> hat das Streben der Völker der Länder Asiens und Afrikas zur Erringung ihrer Unabhängigkeit und nach Festigung ihrer Beziehungen zur UdSSR und zu allen Ländern des sozialistischen Lagers unermesslich zugenommen.

Das kolonialistische Weltsystem knirscht in allen Fugen. Und das schafft eine neue Lage in der ganzen Welt.

Ich habe das alles aufgezählt, um zu zeigen, welche Maßnahmen uns die Möglichkeit eröffnet haben, unsere Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten vom

<sup>40</sup> Die sowjetische Führung hatte besonderes Interesse an Indien als maßgebender Macht der Blockfreienbewegung. Der Besuch des indischen Regierungschefs Jawaharlal Nehru in Moskau im Juni 1955 war ein großer Erfolg ihres Bemühens.

<sup>41</sup> In der indonesischen Stadt Bandung konstituierte sich vom 18. bis 24. April 1955 die Blockfreienbewegung unter der Führung Indiens, Ägyptens, Indonesiens und Jugoslawiens und akzeptierte das kommunistische China trotz dessen Bündnis mit der UdSSR als Mitglied.

<sup>42</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der drei Westmächte und der UdSSR fand vom 18. bis 23. Juli 1955 statt.

<sup>43</sup> Das auf der Gipfelkonferenz im Juli beschlossene Folgetreffen der Außenminister fand vom 27. Oktober bis 4. November 1955 statt und blieb ohne Ergebnis.

<sup>44</sup> Im November und Dezember 1955.

<sup>45</sup> Gemeint ist der Sieg der Kommunisten Mao Tse-tungs im Bürgerkrieg mit den Nationalisten Chiang Kai-sheks im Herbst 1949.

toten Punkt wegzubringen. Doch sie befinden sich trotzdem auf diesem toten Punkt, und das hat eine ziemlich gespannte Lage geschaffen. Zu den Fragen, die ich genannt habe, sind natürlich auch die Fragen hinzuzählen, deren Regelung wir schon früher erreicht haben. Das sind die Liquidierung des Krieges in Korea<sup>46</sup> und die Beendigung des Krieges in Indochina.<sup>47</sup>

Ein großer positiver Anfang in der Normalisierung unserer internationalen Beziehungen waren der Abschluss des Friedensvertrags mit Österreich und die Beilegung des Jugoslawien-Konflikts. Die Regelung dieser beiden Fragen, die sozusagen Messlatten unserer Positionen sind, hat eine außerordentlich große Rolle gespielt bei der Normalisierung der internationalen Beziehungen, bei der Abschwächung der internationalen Spannung. Ein weiterer Aufschub des Abschlusses des Friedensvertrages mit Österreich konnte unserer Sache in keiner Weise nützen, weil das durch nichts gerechtfertigt war. Unsere Gegner haben nicht ohne Grund ungefähr so geurteilt: Wenn die Sowjetunion wirklich Frieden will, wozu hält sie ihre gegen den Westen ausgerichteten Truppen in Österreich?

Sie haben darauf spekuliert und die Sowjetunion als Gegner der Unabhängigkeit Österreichs hingestellt. Und sie neigten um so mehr dazu, als es vorher bei der Vorbereitung des Friedensvertrags mit Österreich zwischen der UdSSR, England, Frankreich und den USA fast keinerlei strittigen Fragen gegeben hatte, die einem solchen Vertrag im Wege gestanden hätten.

Daher war es unvernünftig, auch noch weiter auf diesen Positionen in der Österreich-Frage zu bestehen und unsere Truppen zu halten. Solange wir unsere Besatzungstruppen in Österreich belassen haben, haben wir niemanden davon überzeugen können, dass wir keine kriegerischen Absichten hegen. Nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände und unter genauer Betrachtung der Österreich-Frage haben wir die Initiative zum Abschluss des Friedensvertrages mit Österreich ergriffen und in dieser Sache große politische Ergebnisse erzielt. Jetzt hat sich Österreich auf den Standpunkt strikter Neutralität<sup>48</sup> und der Nichtbeteiligung an irgendwelchen Militärbündnissen gestellt. Für uns ist das zweifellos von Vorteil.

Anschließend haben wir alle notwendigen Maßnahmen zur Liquidierung des Konflikts mit Jugoslawien ergriffen. Damit haben wir buchstäblich einen Durchbruch in der Front unserer Gegner erzielt, die ernsthaft damit gerechnet hatten, Jugoslawien in das Lager der aktivsten Länder zu ziehen, die sich in Aggressions-

<sup>46</sup> Schon seit dem Frühjahr 1951 war absehbar, dass der am 25. Juni 1950 von Nordkorea begonnene Krieg zu keiner militärischen Entscheidung mehr führen würde. Trotzdem wurden die Kampfhandlungen fortgesetzt, weil Stalin die Truppen der westlichen Beteiligten, vor allem der USA, binden wollte. Erst nach Stalins Tod kam daher Bewegung in die Waffenstillstandsverhandlungen, die dann am 27. Juli 1953 mit einer Vereinbarung zum Abschluss kamen.

<sup>47</sup> Nach der Kapitulation der französischen Truppen in der Dschungelfestung Bien Dien Phu vor den Verbänden des kommunistischen Viet Minh kamen die Großmächte zu einer Konferenz in Genf zusammen. In Verhandlungen vom 8. Mai bis 21. Juli 1954 vereinbarten sie einen Waffenstillstand. Vietnam wurde unabhängig und entlang des 17. Breitengrades in einen kommunistischen Norden und einen nicht-kommunistischen Süden geteilt. Die freien Wahlen, aufgrund deren die beiden getrennten Teile im folgenden Jahr miteinander vereinigt werden sollten, fanden niemals statt.

<sup>48</sup> Im Text anschließend durchgestrichen: Es ist kein Werkzeug mehr in den Händen der großen kapitalistischen Staaten. Seine Positionen werden im Rahmen der Neutralität festgelegt.

blöcken gegen das sozialistische Lager zusammengeschlossen haben.<sup>49</sup> Wir haben unsere Friedensliebe und den Wunsch bewiesen, uns über jede Frage auf friedlichem Wege zu verständigen, und gezeigt, dass wir tatsächlich den Zustand des Kalten Krieges liquidieren wollen.

Die Liquidierung des jugoslawischen Konflikts, das war wirklich ein Durchbruch [durch die Front] des imperialistischen Lagers, weil seiner Kontrolle ein Land entzogen worden ist, das eine besondere strategische Lage besitzt. Schon eine Neutralisierung Jugoslawiens schafft eine völlig andere Sachlage, ein anderes Kräfteverhältnis im Kampf mit unseren vermutlichen Gegnern. Ich spreche schon gar nicht von der politischen Bedeutung dieser Angelegenheit.

Auf diese Weise hat eine ganze Reihe von Maßnahmen, die in dieser Zeit realisiert wurden, der Sache der weiteren Stärkung unseres sozialistischen Lagers gedient.

Jedoch ist die Gefahr eines neuen Krieges nicht gebannt. Die Imperialisten haben nicht auf ihre Pläne verzichtet, mit Gewalt ihre Ziele zu erreichen. Das müssen wir im Auge haben. Es setzen sich fort das Wettrüsten, die Erweiterung der Aggressionspakte und der Bau von Flottenstützpunkten. Die Westmächte weigern sich, mit der Sowjetunion ein Abkommen zu schließen in der Sache der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und haben die Regelung dieser Frage von der Regelung der deutschen Frage abhängig gemacht.

Das muss unsere Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben der Imperialisten verstärken und nötigt uns dazu, die Macht des sozialistischen Lagers zu stärken und die Anstrengungen aller Länder unseres Lagers besser zu koordinieren.

Die internationale Lage zwingt uns, unsere Kräfte auf dem Gebiet der Außenpolitik weiter zu festigen und die außenpolitischen Verbindungen sowohl des ganzen Lagers insgesamt als auch jedes Landes für sich zu entwickeln. Die Fakten lassen enorme Möglichkeiten in dieser Hinsicht erkennen. Und nutzen wir diese Möglichkeiten? Ich denke, bei weitem noch nicht alle.

Wir haben in dieser Sache starke und schwache Seiten.

Unsere Stärke liegt darin, dass wir in allen internationalen Fragen zumeist in einheitlicher Front aufgetreten sind. Die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie agieren auf der internationalen Bühne als gewaltige Macht, die alle auf Abschwächung der internationalen Spannung und auf Festigung des Friedens in der ganzen Welt ausgerichteten Maßnahmen unterstützt. Das ist natürlich richtig. Doch wir könnten unsere Tätigkeit elastischer anlegen. Da, wo dies unserem ganzen Lager Vorteil bringt, ist es in einer Reihe von Fällen zweckmäßig, wenn nicht wir, nicht die Sowjetunion, sondern eines der Länder der Volksdemokratie als Initiator in Erscheinung tritt. Die anderen Staaten, darunter auch die Sowjetunion, werden eine derartige Stellungnahme unterstützen. Doch politisch wird es in einer Reihe von Fällen für uns vorteilhafter, eben in dieser Weise vorzugehen.

<sup>49</sup> Nachdem die Türkei, Griechenland und Jugoslawien bereits am 18. Februar 1953 in Ankara einen Freundschaftsvertrag geschlossen hatten, wurde am 9. August 1954 zwischen ihnen in Bled zur Abwehr der vonseiten der UdSSR und der mit ihr verbündeten Staaten drohenden Gefahren ein militärisches Bündnis vereinbart („Balkan-Pakt“).

Ich habe oft mit bürgerlichen Politikern, mit Journalisten zu tun. Sie werfen uns nicht selten vor, dass wir, so heißt es, mit allen Ländern der Volksdemokratie über alle Fragen Vereinbarungen getroffen haben, dass es, so wird gesagt, keinen Fall gibt, in dem irgendein Land aus dem Lager der Länder der Volksdemokratie in dieser oder jener internationalen Frage seine eigene Position bezieht. Davon ausgehend, sagen sie, dass die Länder der Volksdemokratie vorgeblich nicht unabhängig sind, und begreifen nicht, dass die Hauptsache für alle Länder des sozialistischen Lagers die Einheit unserer Politik ist. Die unzertrennliche Einheit unserer Länder ist unsere Stärke, die sich aus der Einheit unserer Klassenstandpunkte ergibt. Bei der Regelung aller prinzipiellen Fragen stehen wir alle auf einheitlichen Klassenstandpunkten und verteidigen dieselben Interessen. Daher gibt es zwischen uns keine Differenzen. Das macht unsere Feinde natürlich fuchsteufelswild. Schließlich wären sie, wenn zwischen unseren Ländern Differenzen entstünden, darüber nur froh. Doch das wäre für unser Lager tragisch, weil eine Spaltung drohen würde, wenn es irgendwelche Abtrünnige gäbe. Differenzen zwischen unseren Ländern würden bedeuten, dass wir keine monolithische Einheit haben. Doch weil keine Differenzen entstehen und auch keine zu erwarten sind, geben wir dem Feind keinen Anlass zur Freude. Unsere Stärke liegt in der Einheit, und diese Einheit müssen wir ständig festigen.

Bei all dem könnten wir unsere Macht [noch] vernünftiger, überlegter einsetzen und unseren Einfluss auf einzelne kapitalistische Staaten sowohl auf der Linie des Einflusses unseres Lagers insgesamt als auch einzeln jedes unserer Länder vergrößern. Ich denke, dass für uns vorteilhaft wäre, dies zu berücksichtigen.

Im Zusammenhang mit den Erfolgen, die wir in der internationalen Arena haben, im Zusammenhang mit der Abschwächung der internationalen Spannung, möchte ich eure Aufmerksamkeit darauf lenken, dass wir jetzt nicht nur eine Abschwächung des Kalten Krieges erreicht haben. Wir führen den Kampf für die Liquidierung des Kalten Krieges, ohne unsere Klassenstandpunkte preiszugeben oder irgendwie von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus abzugehen.

Denn wenn wir auf unsere Klassenstandpunkte verzichten, werden die Feinde uns als kluge und weitsichtige Politiker in den Himmel heben. Dann werden auch sie sagen, dass tatsächlich die Zeit zur Liquidierung des Kalten Krieges gekommen ist. Doch darauf werden wir uns niemals einlassen. Auf eine ideologische Abrüstung werden die Feinde bei uns ewig warten müssen. Mehr noch: Dadurch, dass wir unsere Außenpolitik geschickt betreiben und die Lage unseres sozialistischen Lagers und jedes seiner Länder festigen, werden wir unsere Feinde ideologisch entwaffnen, weil immer mehr Menschen in den kapitalistischen Ländern zu begreifen anfangen werden, dass der Kommunismus die Zukunft der ganzen Menschheit ist. Doch solange es zwei Lager gibt: das Lager des Sozialismus und das Lager des Kapitalismus, wird der Kampf zwischen ihnen nicht aufhören.

Wir haben in letzter Zeit große Erfolge erzielt und die Gefahr der Entstehung eines neuen Krieges abgeschwächt. Der Kalte Krieg hat sich, was den Übergang zum heißen Krieg anbelangt, etwas abgeschwächt. Und das wird jetzt von allen eingestanden. Und welchen Lärm die Amerikaner auch machen, sie können die Menschen jetzt nicht vom Gegenteil überzeugen.

Unser Sieg besteht darin, dass es heute kaum [noch] einer<sup>50</sup> glaubt, dass die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie irgendwelche aggressiven Ziele verfolgen. Diese Legende, auf die sich die Imperialisten so sehr verlassen haben,<sup>51</sup> genießt kein besonderes Vertrauen mehr.<sup>52</sup>

Früher war das Vorgehen der Imperialisten ganz einfach: Sie haben laut geschrien, dass die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie einen Krieg vorbereiten, dass die Russen alles erobern wollen, dass sie bereit sind, die anderen Länder anzugreifen. Und bei diesem Geschrei haben die imperialistischen Monopole die werktätigen Massen noch mehr ausgeraubt, und der Untertan wurde mehr und mehr eingeschüchtert.

Unsere auf Abschwächung der internationalen Spannung gerichteten friedliebenden Maßnahmen, die direkten und klaren Vorschläge der Sowjetunion für ein Verbot der Atom- und Wasserstoffrüstung, für die Reduzierung der konventioneller Rüstungsarten und andere friedliebende Aktivitäten der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie haben den Leuten den Boden unter den Füßen weggezogen, die ihre Politik auf die lügenhafte Legende von der Aggressivität der Länder des sozialistischen Lagers aufzubauen versucht haben.

Jetzt, als wir mit unseren Stellungnahmen in Indien und Burma und vor allem auf der kürzlichen Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR den Imperialisten in die Fresse gehauen haben, würden sie gerne zur Politik der Einschüchterung der Völker ihrer Länder zurückkehren. Doch man glaubt ihnen nicht mehr. Und dabei ist unser großer Sieg nicht zu übersehen. Wir müssen die Sache in diesem Geist weiterführen.

In letzter Zeit hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion eine Politik der Kontaktaufnahme mit der Arbeiterpartei Norwegens unternommen.<sup>53</sup> Die Norweger haben es abgelehnt, auf eine engere Zusammenarbeit einzugehen, obwohl sie uns nicht absolut zurückgewiesen haben. Sie möchten offenbar die öffentliche Meinung darauf vorbereiten. Doch schon diese Tatsache zeigt, wie weit wir vorgekommen sind in der Sache der Benutzung aller Kräfte, die unsere Position stärken können. Darauf zielen auch unsere Verhandlungen mit den Sozialisten in Frankreich ab, die der Entsendung einer Delegation der Sozialistischen Partei in die Sowjetunion zugestimmt haben.<sup>54</sup> Wir haben vereinbart, dass diese Reise im März stattfinden soll. Auch das zeigt unsere Stärke. Die Sozialisten sind gezwungen, ihre Taktik zu ändern.<sup>55</sup> Und das ist eine Bestätigung für die Richtigkeit unserer Politik. Wie Sie schon wissen, hat die Kommunistische Partei Frankreichs vor kurzem bei den Parlamentswahlen einen großen Erfolg errungen, was ein ernsthafter Beweis ist für ihre gefestigte Position, ihre weiter gewachsene

<sup>50</sup> Handschriftlich korrigiert statt: niemand [mehr].

<sup>51</sup> Handschriftlich durchgestrichen: ist bankrott und.

<sup>52</sup> Handschriftlich korrigiert statt: genießt bei den Völkern der kapitalistischen Länder keinerlei Vertrauen mehr.

<sup>53</sup> Handschriftlich korrigiert statt: In letzter Zeit haben sich unsere Beziehungen auch mit den sozialistischen Parteien verbessert. Davon zeugt sogar der Kontakt, den die kommunistische Partei der Sowjetunion zur Arbeiterpartei Norwegens aufgenommen hat.

<sup>54</sup> Siehe die Dokumente Nr. 7 bis 13 in diesem Band.

<sup>55</sup> Handschriftlich gestrichen: und sich auf die Annäherung an uns einzulassen.

Autorität bei der französischen Arbeiterklasse, bei den werktätigen Bauern und bei der Intelligenz.

Ein weiteres Zeichen für die Stärkung unserer Stellung in der internationalen Arbeiterbewegung sind auch die Verhandlungen mit der Labour Party Englands, die wir über Genossen Duclos<sup>56</sup> führen.

All das zeigt, dass wir es vermocht haben, neue, noch stabilere Positionen zu erobern, unsere Situation als Hort aller progressiven Kräfte zu festigen [und] Bedingungen zu schaffen, die eine Stärkung des internationalen Einflusses unserer kommunistischen Parteien, unseres ganzen sozialistischen Lagers ermöglichen.

Jetzt, Genossen, möchte ich etwas näher auf Fragen eingehen, bei denen wir es für nötig gehalten haben, dass darüber auf so einer Beratung gesprochen wird: die Fragen des weiteren Aufschwungs der Wirtschaft der Länder des sozialistischen Lagers und der Festigung unserer Wirtschaftsbeziehungen. Von der Entscheidung über diese Fragen hängt viel ab.

Offenbar lässt sich keine erschöpfende Regelung für diese Frage formulieren, wir haben zum Beispiel dazu keinen Vorschlag. Doch wir möchten unseren Standpunkt, unsere Ansicht zu den Fragen des Aufschwungs der Wirtschaft unserer Länder zum Ausdruck bringen. Zum Teil ist das [schon] in den Materialien enthalten, die an die Teilnehmer der Beratung verteilt worden sind. Ich denke, wir sollten unsere Ansichten zu diesen Fragen austauschen.

Wir brauchen hier nicht über die Bedeutung der Industrialisierung unserer Länder zu reden. Der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, das ist die Schaffung der notwendigen Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit für jedes Land, insbesondere für unsere sozialistischen Länder. Die Industrialisierung ist eine Politik, für die unsere Partei gegen viele Feinde gekämpft hat, die sich darum bemüht haben, Kapitalismus in der UdSSR zu restaurieren, unser Land vom Willen der Imperialisten abhängig zu machen. Wir haben stets die Bedeutung der Industrialisierung für die Entwicklung unserer Länder betont. Im Kampf um den Aufbau einer eigenen machtvollen Industrie haben wir gewaltige Siege errungen. Doch es gibt bei uns auch wesentliche Mängel in dieser Sache.

Wenn wir die Tätigkeit der verschiedenen Branchen der Volkswirtschaft analysieren und unsere Erfahrungen bei der Wirtschaftsführung kritisch betrachten, sehen wir, dass bei uns vieles nicht vernünftig genutzt wird. Sie haben die Stellungnahme des Genossen Bulganin auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU und andere Materialien des Plenums des ZK der KPdSU gelesen. Wir haben Ihnen das vollständige Stenogramm des Plenums des ZK der KPdSU zugeschickt, und Sie wissen jetzt, welche heftiger Kritik auf diesem Plenum die Mängel unterzogen worden sind, die es bei uns im Bereich der Industrie gibt, welche enormen Möglichkeiten wir für das weitere Wachstum buchstäblich aller Industriezweige haben. Diese Möglichkeiten gibt es nicht nur bei uns, sondern auch in allen Ländern unseres sozialistischen Lagers, des ganzen Lagers insgesamt.

<sup>56</sup> Jacques Duclos, Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei.

Darum ist eine bessere Nutzung aller uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bei der Entwicklung der Industrie, beim weiteren noch schnelleren Aufschwung der Wirtschaft unserer Länder eine sehr wichtige Frage.

Auf dem Plenum des ZK der KPdSU, wo die Aufgaben zum weiteren Aufschwung der Industrie der Sowjetunion erörtert wurden, erhielten zum Beispiel große Aufmerksamkeit die Fragen der Spezialisierung der Produktion, der umfassenden Einführung automatischer Produktionslinien in den verschiedenen Industriezweigen, der bestmöglichen Ausnutzung von Werkzeugmaschinen, des Walzmaterials, der Einführung von Druckgussverfahren, des Kampfes um die Reduzierung der Drehbearbeitung und andere Fragen von großer praktischer Bedeutung.

Ich denke, dass solche praktischen Probleme auch in Ihren Ländern auftreten, wenn Sie die Aufgaben bei der Verbesserung der Arbeitsweise der Industrie erörtern.

Doch es gibt nicht nur innere Aufgaben für jedes einzelne Land, sondern auch generelle, für alle unsere Länder geltende Aufgaben bei der Verbesserung der Arbeit der Industrie unseres ganzen sozialistischen Lagers. Mitunter agieren wir da sozusagen separat, jeder für sich. Doch das bedeutet, dass wir unsere Kräfte schwächen.

Wir müssen unsere Möglichkeiten umfassender nutzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass jedes Land alles einzeln für sich produziert.

Ich bin kein Referent zu dieser Frage, wir haben ja gar keinen Referenten zu diesem Thema. Doch ich erlaube mir, Genossen, in diesem Zusammenhang einige Worte zu sagen.

Während meines Urlaubs war ich in Rumänien. Einmal bin ich mit dem Genossen Dej<sup>57</sup> in eine Autofabrik gefahren. Es ist eine gute Fabrik, und man baut gute Autos.

Als die rumänischen Genossen daran gedacht haben, diese Fabrik auf die Produktion von Automobilen umzustellen, haben sie uns um Rat gefragt. Wir haben ihnen eine Reihe unserer Überlegungen mitgeteilt, ihnen geraten, diese Frage sorgfältig zu überlegen und ihnen eine Reihe von Ländern genannt, die keine schlechten Autos herstellen.

Wenn Sie selbst Automobile herstellen, werden das sehr teure Fahrzeuge, das haben wir unseren rumänischen Freunden gesagt.

Und das wissen wir aus eigener Erfahrung. Als wir Automobilfabriken zu bauen anfangen, haben wir Ford um Konsultation gebeten. Ford sagte damals, er könne eine Konsultation geben, wenn die Fabrik nicht weniger als 120 000 Fahrzeuge im Jahr herstellt, sind es weniger, steht er als Konsultant nicht zur Verfügung. Die Fabrik wird [dann] nicht rentabel sein. Daher kann er, Ford, sich nicht an so etwas beteiligen. Das war vor drei Jahrzehnten.

Schauen Sie jetzt, was wir machen. Die Rumänen bauen ihre eigenen Autos, die Tschechen bauen ihre, die Deutschen bauen ihre, die Ungarn bauen ihre, die Polen bauen ihre; jeder produziert Autos eigener Marken, und zudem nicht [jeweils] nur ein Automobil [Modell], sondern viele. Nun, Genossen, was ist hier

<sup>57</sup> Gheorghe Gheorghiu-Dej, Erster Sekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei.

vernünftig? Das tun wir, die Marxisten, die das Problem besser begreifen müssten als andere, als beispielsweise die bürgerlichen Ökonomen. Wir verpulvern unsere Kräfte, und folglich schwächen wir unsere Kräfte gegenüber den Kräften des Kapitals. Das ist bedauerlich, aber eine Tatsache.

Deswegen muss man über diese Fragen nachdenken. Können wir uns denn nicht auf eine Zusammenarbeit bei der Produktion von Automobilen einigen.<sup>58</sup>

Oder nehmen wir die Traktorenproduktion. Dieselbe Geschichte passiert auch hier bei der Traktorenproduktion. Und nicht nur bei den Traktoren. Ähnlich sieht die Sache auch in den anderen Bereichen aus.

Ich denke, das ist eine sehr ernste Frage. Hier liegen große Reserven für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für eine bessere Ausnutzung des Kapitalstocks.

Wohin führt eine solche Zersplitterung der Kräfte? Jedes unserer Länder muss große Investitionen für den Bau dieser Fabriken, für die Vergrößerung der Produktionsflächen, den Erwerb der notwendigen Anlagen aufwenden. Würden wir eine Zusammenarbeit durchführen, könnten wir auf den vorhandenen Produktionsflächen zehnmal mehr produzieren. Das ist uns allen wohlbekannt.

Doch sogar wenn wir das begreifen, berücksichtigen wir in der Praxis oft nicht, wohin die Zersplitterung unserer Kräfte führt. Schließlich ist noch vor kurzem Rumänien ein industriell unentwickeltes Land gewesen, dort gab es fast keinen Maschinenbau. Als ich in Rumänien war, sprachen Genosse Dej und ich mit dem Direktor der Automobilfabrik über dieses Thema. Er blickte auf mich wie auf einen Feind, so als wäre ich gekommen, um den rumänischen Genossen die Produktion ihrer Automobile wegzunehmen. Gott mit ihnen, diesen Automobilen, ich habe überhaupt nicht die Absicht gehabt und habe sie auch jetzt nicht, das zu tun! Der Direktor dieser Fabrik ist ein guter Ingenieur, ein hervorragender Direktor, doch er versteht natürlich nicht die ganze Tragweite dieses Problems, er versteht nicht, dass die Zersplitterung unserer Kräfte im Kampf für den Sieg unserer Sache ein allzu kostspieliger Luxus ist.

Wenn wir diese Schwäche nicht überwinden, und das ist nicht unsere Stärke, sondern eine Schwäche, die uns auffrisst, dann werden wir ernstlich darunter leiden.

Bei der Betonung der Notwendigkeit, dass Industriebetriebe sowohl innerhalb unserer Länder als auch zwischen den Ländern unseres Lagers auf breiter Front zusammenarbeiten müssen, möchte ich auch folgende Frage ansprechen.

Nach der bekannten, völlig berechtigten Kritik, die wir zu Hause an der Tendenz zur Unterschätzung der Bedeutung der Schwerindustrie geübt haben, hat unsere Presse einen bestimmten Ton angeschlagen, der auch in den Ländern der Volksdemokratie aufgetreten ist. Es ist sogar die Gefahr entstanden, dass wir in alte Denkmuster in dieser Frage zurückfallen: Wir werden [dann] die Mittel so verteilen, dass wir die in diesen Länder notwendigen Industriezweige benachtei-

<sup>58</sup> Es folgen die durchgestrichenen Sätze: Als einziges Land ist Albanien nicht zum Bau eigener Automobile übergegangen, und das wahrscheinlich deswegen, weil es dazu keine Möglichkeiten hat. (Heiterkeit) Wenn sie die Möglichkeiten dazu hätten, würden sie ebenfalls eigene Automobile fertigen.

ligen, insbesondere die Leichtindustrie und Landwirtschaft. Damit könnten wir uns unglaubliche Schwierigkeiten bereiten.

Wenn man sich die Zahlen genau ansieht in dem Überblick, der vom Genossen Kowal<sup>59</sup> verteilt worden ist, dann ist das nach meiner Ansicht schon ziemlich klar zu erkennen. Und das ist eine sehr gefährliche Tendenz.

Wir haben stets den Schwerpunkt auf die Entwicklung der Schwerindustrie gelegt und werden das weiter tun. Doch man muss ein Gefühl für das richtige Maß haben, muss wissen, wie in jeder Etappe der Entwicklung jedes Landes das Verhältnis der Kapitalinvestitionen in der Schwerindustrie, in der Leichtindustrie und in der Landwirtschaft aussehen soll. Sonst, Genossen können wir sehr schwierige Bedingungen schaffen, und in einigen Ländern der Volksdemokratie sind diese schwierigen Bedingungen schon geschaffen worden. Diese muss man liquidieren.

Wir haben nicht genug Fleisch, nicht genug Fett, für die Bevölkerung sind keine ausreichenden Textilien, Schuhe und dergleichen vorhanden, es gibt große Probleme mit dem Wohnraum, wir brauchen Krankenhäuser, und das, Genossen, sind unumgängliche Voraussetzungen für ein normales Leben der Menschen, und deswegen darf man sie [die Voraussetzungen] keinesfalls vergessen.

Jetzt, da die Sowjetunion über eine machtvolle Schwerindustrie verfügt, was von der ganzen kapitalistischen Welt anerkannt wird, da wir eine mächtige Armee mit einer überaus modernen Bewaffnung haben, brauchen wir nicht, wie man so sagt, den letzten Groschen in die Schwerindustrie jedes einzelnen Landes unseres Lagers, sogar beispielsweise Albaniens, zu stecken. Damit werden wir kaum die Verteidigungsfähigkeit eben dieses Albaniens gewährleisten. Die Stärke unserer Länder liegt in ihrer unzertrennlichen Einheit.

Wenn wir die Entwicklung eines jeden Landes unseres Lagers richtig planen und unser Vorgehen ständig koordinieren, haben wir die Möglichkeit, den Aggressor von der Entfesselung eines Krieges abzuhalten und können normalere Bedingungen für die Entwicklung aller Industriezweige, für die Entwicklung der Kultur, Wissenschaft und Kunst sowohl in der Sowjetunion als auch<sup>60</sup> in allen Ländern der Volksdemokratie schaffen.

Man muss anerkennen, dass die Entwicklung der Sowjetunion unter besonderen Bedingungen erfolgt ist. Wir waren der erste Arbeiter- und Bauerstaat, der sich in einem kapitalistischen Umfeld befand. Das alte Russland war ein bäuerliches, agrarisches Land. Der junge Sowjetstaat bedurfte der Entwicklung, während er ringsum von mächtigen Gegnern umgeben war: von leistungsstarken kapitalistischen Industriestaaten. Daher mussten wir all unsere Kräfte darauf ausrichten, unsere Schwerindustrie aufzubauen und alles in die Entwicklung der Schwerindustrie zu stecken, wobei wir [auch] auf das Nötigste verzichtet haben. Wir konnten von niemandem Hilfe erwarten, um uns herum gab es nur Feinde.

Man muss auch berücksichtigen, dass, als wir mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, der Lebensstandard in unserem Lande ein ganz anderer war als heute in den Ländern der Volksdemokratie.

<sup>59</sup> Konstantin Kowal', Vorsitzender des Staatskomitees der UdSSR für Außenwirtschaftsfragen.

<sup>60</sup> Handschriftlich gestrichen: noch mehr.

Heute ist das eine ganz andere Sache. Die Entwicklung der Länder der Volksdemokratie auf dem Weg des Sozialismus vollzieht sich unter den Bedingungen des Bestehens der Sowjetunion. Und das ist eine so große Macht, dass die Feinde mit ihr rechnen müssen. Jetzt muss kein einziges Land unseres Lagers ganz von vorne anfangen, wie wir es zu tun gezwungen waren.

Nehmen wir zum Beispiel die Deutsche Demokratische Republik. Sie ist jetzt unsere offene, entblößte Front im Feuer des Kampfes mit dem Kapitalismus. Dort sind die Grenzen einfach offen, es erfolgt ein ständiger Austausch mit der kapitalistischen Welt in Gestalt der Deutschen Bundesrepublik. Dort tobt nicht nur eine ideologische Schlacht, sondern vor allem eine wirtschaftliche Schlacht zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Es findet ein Vergleich statt, welche Struktur die besseren materiellen Bedingungen hervorbringt: die in Westdeutschland oder Ostdeutschland. So lautet heute die Frage.

Nehmen wir zum Beispiel die Tschechoslowakei. Sie ist ein hochentwickeltes Industrieland. Doch bei euch, Genossen Tschechen, gibt es nicht genug Fett und andere Lebensmittel. In Polen und einigen anderen Ländern reichen die Lebensmittel ebenfalls nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung aus. Wir alle suchen die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu steigern. Wir müssen eingehender studieren und rationell verwenden alle unsere Möglichkeiten zur Beschleunigung des Entwicklungstempos der Landwirtschaft. Doch unser Wunsch muss durch reale, vernünftige Kalkulationen in den nächsten Jahren untermauert werden, damit wir ein Programm für alle unsere Länder entwerfen, ermitteln, welche Bedürfnisse sie haben und wie sie befriedigt werden können, in welchem Umfang wir landwirtschaftliche Produkte aus kapitalistischen Ländern importieren werden, vor allem in den ersten Jahren, um mehr Reserven zu haben.

Zur Verbesserung der Landwirtschaft müssen wir den Maschinenbau, die Mineräldüngerproduktion und andere Bereiche entwickeln. Gestützt auf die erzielten Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft müssen wir die Fragen des Aufschwungs der Leichtindustrie und der Landwirtschaft ausarbeiten, um die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen unserer Länder zu gewährleisten.

Gegenwärtig stellen wir den sechsten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR auf. In den Ländern der Volksdemokratie werden ebenfalls Pläne ausgearbeitet. Uns allen ist die außerordentliche Bedeutung dieser Arbeit klar. Wir berechnen den Bedarf unserer Länder und stecken die Wege für die weitere Entwicklung ab. Unsere Aufgabe ist es, keine Wiederholung von Fehlern zuzulassen und keine Disproportionen bei der Entwicklung der Wirtschaftszweige zuzulassen. Wir müssen unsere Pläne so erstellen, dass alle materiellen Mittel möglichst richtig und rational verwendet werden. In der Vergangenheit hat es Fehler gegeben, die wir zwischendurch korrigieren mussten. Auch wir waren dabei nicht ohne Schuld, manches haben wir euch „geraten“. Zum Beispiel haben unsere Genossen den rumänischen Genossen geraten, einen Kanal zu bauen, um die Donau mit dem Schwarzen Meer zu verbinden. Diese Arbeit erfordert enorme Kapitalinvestitionen und Arbeitsleistungen. Jetzt ist uns klar, dass dies eine falsche Entscheidung war, weil es in Rumänien wichtigere Probleme gibt. Das Gleiche hat es bei uns gegeben beim Bau des turkmenischen Kanals.

Wir hatten schon<sup>61</sup> mit dem Bau begonnen, doch dann haben wir überlegt und sind zu dem Schluss gelangt, dass dies jetzt nicht zweckmäßig ist, weil es dringendere und lebenswichtigere Aufgaben gibt.<sup>62</sup> Lasst uns, Genossen, jetzt nicht solche Sachen<sup>63</sup> machen.

Ich möchte nochmals auf die Frage der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik eingehen. Wir wissen alle, welche wichtige politische Bedeutung der Kampf für die Konsolidierung der DDR hat. Die Konsolidierung der DDR, das ist, Genossen, nicht nur eine Sache der Deutschen, sondern von uns allen, von allen Ländern des sozialistischen Lagers. Die Deutschen [in der DDR] können mit dieser Aufgabe nicht allein zurecht kommen, wenn sie den Kampf nur mit ihren Kräften führen. Sie werden deswegen nicht damit zurecht kommen, weil sie es mit einem sehr starken Gegner und einem starken Wirtschaftsgebiet auf seiner Seite zu tun haben. Und ihr Gegner ist auch unser Gegner. Darum müssen wir alle unsere Kräfte mobilisieren und Hilfe leisten zur Konsolidierung der Deutschen Demokratischen Republik. Ich glaube, dass diese Hilfe [bisher] noch nicht ausreicht. Vielleicht ist das scharf formuliert, aber zur Zeit wird die DDR bestohlen. Ich erkläre gleich, worum es dabei geht, Genosse Novotný.<sup>64</sup> Wenn in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Maschine oder ein gutes Gerät produziert wird, dann wollen wir wie die Kapitalisten [lediglich] ein Exemplar kaufen, suchen wir das Herstellungsverfahren zu ergründen oder tüfteln selbst etwas aus und beginnen es in unserem Land zu produzieren. Auf diese Weise werden die Möglichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik bei der Produktion einer Reihe von Maschinen und Geräten beschränkt. Folglich verringert das ihre Möglichkeiten. Die DDR sollte für die von ihr hergestellten Maschinen die Waren erhalten, die sie benötigt. Man kann noch weitere derartige Beispiele dieser Art anführen. An dieser Sache tragen nicht nur wir, die Vertreter der Sowjetunion, Schuld, sondern auch die der anderen Länder der Volksdemokratie. Wenn wir so vorgehen, schwächen wir unsere Freunde, die ihre Errungenschaften gerne [mit uns] teilen. Wir sollten auch künftig unsere Erfahrungen untereinander austauschen. Doch dabei, Genossen, müssen die Fragen richtig geregelt werden, sodass es keine Beeinträchtigung der Interessen irgendeiner Republik gibt.

Oder nehmen wir folgendes Beispiel. Wir plagen uns damit, neue Fabriken zu bauen, während die Deutsche Demokratische Republik in ihren Industrieunternehmen unausgelastete Kapazitäten hat. Ist das denn vernünftig? Wieso nutzen wir diese Möglichkeiten nicht? Vielleicht werden dies manche mit der, wie es dann heißt, Angst vor einer Entwicklung der Industrie der DDR zu erklären versuchen, weil diese Industrie unweit der westlichen Länder gelegen ist. Wie denn, Genossen, wollen wir etwa vor dem Westen zurückweichen? Ich denke, dass solche Überlegungen grundfalsch sind.

<sup>61</sup> Das Wort „schon“ wurde handschriftlich eingefügt.

<sup>62</sup> So die handschriftliche Korrektur, die folgenden Text ersetzt: aber dann hat man gefragt: Wem nützt das? Man hat überlegt und ist zu dem Schluss gelangt, dass dies zu tun unzweckmäßig ist.

<sup>63</sup> Handschriftlich korrigiert statt: keine Dummheiten.

<sup>64</sup> Antonín Novotný, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Wir müssen die Produktionsmöglichkeiten, die technischen Kader der DDR, die deutsche Produktionskultur intelligent nutzen, was den deutschen Arbeitern und vor allem der technischen Intelligenz Zuversicht gibt. All das wird unsere Positionen und Möglichkeiten im Kampf mit den Imperialisten des Westens festigen und verstärken.

Das Gleiche kann man auch zur Tschechoslowakei sagen und nicht nur zur Tschechoslowakei. Zum Beispiel produziert die Sowjetunion das Flugzeug IL-14, doch auch die Tschechen und Polen bauen es.<sup>65</sup> Dabei wird nicht berücksichtigt, dass wir gar nicht so viele Flugzeuge vom Typ IL-14 brauchen. Doch wir bauen sie in mehreren Ländern.<sup>66</sup> Das ist doch eine direkte Verschwendung menschlicher Energie und materieller Ressourcen. Und im Ergebnis führt dies zu einer Verminderung unserer potentiellen Möglichkeiten bei der Entwicklung der Wirtschaft.

Auch bei der Produktion der Militärtechnik sündigen wir. Es genügt, beispielsweise darauf hinzuweisen, dass zum Beispiel die Polen und Tschechen Flugzeuge produzieren, deren Produktion in der UdSSR eingestellt wurde.<sup>67</sup> Es ist zum Beispiel kaum nötig, die Produktion des Flugzeugs IL-15 zu fördern, das schon lange keinen Wert mehr hat. Vernünftig bei dieser Organisation der Produktion der Militärtechnik ist [nur] wenig. So sind die Dinge nicht nur beim Flugzeugbau, sondern auch bei der Artillerie und bei einer Reihe anderer Bereiche des Wehrwesens. Die Technik, welche die Tschechen und Polen produzieren, entspricht nicht dem heutigen Stand. Schließlich haben wir nicht vor, [schon] morgen Krieg zu führen. Folglich haben wir Zeit. Doch einige Geräte, die jetzt produziert werden, so lässt sich im Voraus sagen, werden nicht für den Kampf geeignet sein. Daher müssen unsere Militärs und die Leiter der entsprechenden Behörden unsere Produktion kritisch überprüfen. Zwar glauben die Militärs: je mehr Technik, desto besser. Doch wir müssen ihnen die richtige Richtung vorgeben. Wir müssen diese Fragen erörtern, über all das nachdenken und richtig entscheiden.

Ich möchte einige unserer Überlegungen zur Entwicklung der Militärtechnik vortragen. Im Fünfjahrplan der UdSSR legen wir das Hauptaugenmerk im Bereich der Verteidigung auf die Entwicklung der Luftwaffe, weil die Luftwaffe mit der Entwicklung der Atom- und Wasserstoffrüstung sehr große Bedeutung erhält. Die Kernwaffe ist eine Waffe, die auf das Bewusstsein einwirkt und das Bewusstsein vieler Imperialisten ernüchtert, diese Waffe wird dabei helfen, den Krieg fernzuhalten. Das heißt natürlich nicht, dass wir die Produktion der anderen Waffen völlig fallen lassen. Wir tun alle Erforderliche, doch in gewissen Proportionen. Die Hauptsache ist die Luftwaffe für den Nah- wie für den Fernkampf.

Die Luftwaffe für den Nahkampf befindet sich bei uns auf hinreichend hohem Stand, und wir produzieren sie in ausreichender Stückzahl. Wir ergreifen Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Luftwaffe für den Krieg über große Ent-

<sup>65</sup> Handschriftlich durchgestrichen: und jetzt denken auch die Albaner daran, es zu produzieren.

<sup>66</sup> Handschriftlich durchgestrichen: Wie viel kostet dieses Flugzeug?

<sup>67</sup> Handschriftlich durchgestrichen: Dazu ist zu sagen, dass vielleicht ein Leck besteht usw.

fernungen hinweg. Dabei ist zu beachten, dass die Raketentechnik mit Wasserstoffsprengköpfen die Fragen der Kriegführung auf andere Weise löst.

Wir müssen, Genossen, unsere Stärke und unsere Möglichkeiten, die Aggressoren zu zügeln, vernünftig nutzen, um keinen Krieg zuzulassen. Wir müssen Beharrlichkeit und Standhaftigkeit zeigen und dürfen uns nicht einschüchtern lassen vom Kriegsgeschrei, bei dem die Imperialisten wahre Meister sind. Dulles<sup>68</sup> nimmt Stellung, noch einer, ein dritter, zehnter, sie wollen uns einschüchtern, damit wir zur Seite weichen.

Doch wir haben starke Nerven, und vor allem verfügen wir über die Macht, den Aggressoren Zügel anzulegen. Ich glaube, dass sich die internationale Lage unserer Länder wesentlich gebessert hat. Wir haben feste Positionen erkämpft. Die letzte Explosion unserer Wasserstoffbombe hat bei den Imperialisten einen besonders starken Eindruck hinterlassen. Folglich haben sich die Ausgaben für die Produktion der Wasserstoffbombe gelohnt, weil diese Waffe die Aggressoren abschreckt. Wir bereiten noch eine Bombe vor, um unsere Gegner weiter zu ernüchtern, um sie am Bramarbasieren zu hindern. Unsere Stärke ist jetzt kolossal, sowohl die militärische als auch die moralisch-politische. Wir müssen diese Stärke im Interesse unserer Völker, im Interesse des sozialistischen Lagers vernünftig nutzen.

Jetzt, Genossen, möchte ich noch eine Frage beleuchten. Gestern haben wir auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU folgenden Beschluss gefasst im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des sechsten Fünfjahrplans der UdSSR: in diesem Fünfjahrplan zum 7-Stunden-Tag überzugehen. Den Übergang ab dem Jahr 1957 beginnen und ihn am Ende des Fünfjahrplans abzuschließen. In diesem Jahr, nach dem XX. Parteitag wird der Übergang zum 6-stündigen Arbeitstag am Samstag und vor Feiertagen durchgeführt.

Wir glauben, dass wir Ihnen das sagen sollten, weil wir dabei im Auge haben, dass diese Frage nicht nur innenpolitische Bedeutung für die UdSSR, sondern auch große internationale Bedeutung hat. In dieser Frage machen wir Ihnen keinerlei Vorschläge, sondern informieren Sie nur über diesen Beschluss. Diese Frage bereiten wir für den Parteitag vor, vorerst werden wir dies nicht veröffentlichen und haben es nur Ihnen gesagt.

Unsere Aufgabe besteht darin, sowohl in internationalen als auch in innenpolitischen Fragen keine Möglichkeit auszulassen zur Stärkung unserer Wirtschaft, unseres sozialistischen Lagers.

Ich möchte noch einige Worte sagen zu meiner Reise mit Genossen Bulganin nach Indien, Birma und Afghanistan. Diese Reise war ein großes politisches Ereignis, hat eine große Rolle gespielt bei der weiteren Verbesserung unserer Beziehungen zu diesen Ländern und bei der Festigung der Sache des Friedens. Unsere Reise hat noch mehr die Schwäche der Position der imperialistischen Staaten in Indien, Birma und Afghanistan hervortreten lassen, sie hat das grundlegend veränderte Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus enthüllt. In unseren Stellungnahmen haben wir den Kolonialismus entlarvt. Das hat natürlich Erbitterung im imperialistischen Lager hervorgerufen. Die bürgerlichen Journa-

<sup>68</sup> John Foster Dulles, amerikanischer Außenminister.

listen haben geschrieben, dass unser Verhalten aggressiv ist. Ja, es war wirklich aggressiv gegenüber den Imperialisten, den Kolonialherren. Wir sind der Ansicht, dass so eine Haltung absolut richtig ist.

Während dieser Reise haben Millionenmassen den Hass der Völker gegen die Imperialisten und ihre gewaltige Liebe und ihr Vertrauen zur Sowjetunion und zu den Ländern des sozialistischen Lagers gezeigt. Wir haben auch vorher schon gewusst, dass die Werktätigen dieser Länder Liebe zur Sowjetunion und zu den anderen Ländern des sozialistischen Lagers hegen, doch was wir dort gesehen haben, übertraf alle unsere Erwartungen und Vorstellungen. Dort begrüßte man nicht Chruschtschow, nicht Bulganin, man begrüßte unser Volk, man begrüßte die sozialistische Ordnung, man begrüßte die marxistisch-leninistische Lehre.

Man sagt, dass nach uns irgendeiner von den Politikern der USA in diese Länder reisen will. In der Presse heißt es, dass Dulles eine Reise dorthin plant. Doch wozu will er dorthin?

Unsere Reise hat ebenfalls gezeigt, dass wir unsere Möglichkeiten zur Entwicklung der Beziehungen zu den Ländern Asiens nicht genug nutzen. Wir haben das auf der Reise gespürt und gesehen, vor allem in Indien und Burma. In Afghanistan herrschen andere Bedingungen. Die Bewegung der Völker Asiens im Kampf für ihre Unabhängigkeit, das ist eine kolossale Macht im Kampf gegen die imperialistischen Staaten. Aufgrund des nationalen Befreiungskampfes kommt es zum Zerfall des Kolonialsystems. Und wie sich Dulles und andere Drahtzieher des Imperialismus auch immer bemühen werden, es wird ihnen nicht gelingen, diesen historischen Prozess zu stoppen.

Die Reise der Vertreter der Sowjetunion in die Länder Asiens ist hoch bedeutsam. Sie wird lange diskutiert werden und ihren Nachhall finden; sie wird sich nicht nur auf Asien, sondern auch auf Afrika und andere Regionen und Kontinente auswirken.

Jetzt möchte ich sagen, wieso wir uns auf der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR und auf der Pressekonferenz in Indien so genau und recht scharf über das Kominform<sup>69</sup> geäußert haben.

Auf einem der Treffen mit Nehru hat er uns gesagt, dass er mit uns sprechen möchte und dass an diesem Gespräch nur ich und Gen. Bulganin uns beteiligen sollen. Nehru sagte, dass er nur den Dolmetscher mitbringt.

Wir haben uns mit ihm getroffen. Dabei sprach er die Kominform-Frage an. Nehru sagte: Wozu ist so eine Organisation nötig [und meinte], dass das Kominform eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sei. Er sagte es nicht direkt, doch das war der Sinn. Er fing damit an, dass die indische kommunistische Partei Mittel erhält, viel Eigentum erwirbt, doch die Quellen dieser Mittel sind nicht bekannt.

Er sagte weiter, dass es eine Zeitung gibt „Für dauerhaften Frieden, für Volkdemokratie!“ – das [vom Kominform herausgegebene] führende Organ der kom-

<sup>69</sup> Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) war im September 1947 von Stalin als Kampforganisation gegen den Westen gegründet worden, hatte aber seine Bedeutung weitgehend verloren, nachdem sich der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei 1950/51 geweigert hatte, nach Moskau zu kommen und dort die Leitung zu übernehmen.

munistischen Parteien. Alle Artikel in dieser Zeitung der kommunistischen Parteien werden als Direktiven, als verbindlich für die Führung betrachtet. Vor diese Fragen hat uns Nehru gestellt.

Wir haben ihm so geantwortet, wie wir es später auf der Pressekonferenz und auf der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben gesagt, dass es keinerlei Grundlage dafür gibt, diese Fragen zu stellen. Wieso können die Sozialisten internationale Organisationen haben, und das ruft bei niemandem Einwände hervor. Wieso können die Kapitalisten ihre Organisationen haben? Wir haben darauf hingewiesen, dass es nicht richtig ist, die Kominform-Frage zu stellen, dass dies eine Einmischung in die Angelegenheiten der kommunistischen und Arbeiterparteien ist, dass dies eine Frage unserer Parteien ist und dass sie diese so entscheiden, wie sie es in ihrem Interesse, im Interesse der Völker unserer Länder, im Interesse der proletarischen Solidarität für richtig halten. Unsere Parteien brauchen auch eine Zeitung, und das ist Sache unserer Parteien.

Nehru hat gesagt, dass ihm das alles klar ist, doch er spricht davon, damit wir es wissen. Nach diesem Gespräch mit Nehru haben wir beschlossen, uns zu dieser Frage auf der Pressekonferenz und danach auf der Sitzung des Obersten Sowjets zu äußern.

Wieso musste diese Frage so scharf gestellt werden? Deswegen, weil diese Frage gewaltige prinzipielle Bedeutung hat. Wir reden von der Liquidierung des Kalten Krieges, von der Abschwächung der internationalen Spannung. Die Bourgeoisie versucht das so zu darzustellen, dass wir angeblich auf die marxistische Lehre verzichten, dass wir Positionen aufgeben. Deswegen greifen sie solche Fragen auf wie die Kominform-Frage usw.

Eben deswegen mussten wir darüber reden, dass wir für die friedliche Koexistenz sind, und das bedeutet die Anerkennung der Existenz von zwei Systemen. Hier ist die sozialistische Ordnung und dort die kapitalistische, das ist unsere Ideologie, und so sieht das Wesen der Ideologie des Kapitalismus aus. Wir sagen dem Imperialisten direkt: Ihr könnt uns und unsere sozialistische Ordnung nicht liquidieren, und wir können euch nicht liquidieren, wir haben nicht vor, unsere Struktur des Sozialismus irgendwohin zu exportieren. Die Völker selbst eines jeden Landes müssen die für sie geeigneten Verhältnisse wählen. Doch solange sowohl das sozialistische als auch das kapitalistische System bestehen, müssen sie irgendwie miteinander auskommen, weil wir alle auf einem [einzigem] Planeten leben. Wir müssen friedlich koexistieren. Das haben wir recht deutlich gesagt und sagen es weiterhin.

Die Frage des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien hat große grundsätzliche Bedeutung für alle kommunistischen Parteien, darunter auch für die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Das ist wichtig für die Erziehung der Arbeiterklasse. Man muss wissen, wo die Grenzen der friedlichen Koexistenz verlaufen, um unsere Politik richtig in die Praxis umzusetzen.

Ich denke, dass wir richtig gehandelt haben, als wir diese Erklärungen zum Kominform abgegeben haben. Wo es um prinzipielle Fragen, um unsere Ideologie geht, dürfen wir nie ein Zugeständnis machen, wenn das den Verzicht auf unsere marxistisch-leninistischen Grundsätze bedeutet. Sollen sich doch die Im-

perialisten an die bestehende Lage gewöhnen, sollen sie doch wissen, dass sie von uns eine ideologische Abrüstung niemals erwarten können.

Das sind die Fragen, die ich bei der Eröffnung unserer Beratung für notwendig erachtet habe.

Die Tagesordnung ist an alle verteilt worden. Es ist kaum erforderlich, sie vorzulesen. Es wird der Vorschlag eingebracht, alle zwei Stunden eine Pause von 20 Minuten einzulegen. Den Vorsitz der Beratung sollten die Leiter der Delegationen der Reihe nach übernehmen. Alle zwei Stunden, d. h. nach jeder Pause, ein neuer Vorsitzender.

Wenn es keine Einwände gibt, dann wird auf der heutigen ordentlichen Sitzung der Vertreter der UdSSR den Vorsitz übernehmen, auf der nächsten der Vertreter Albanien und danach gemäß dem Alphabet.

Es gibt keine Einwände? Nein.

Wir sind der Ansicht, dass ein Sekretariat bestehend aus einem Vertreter pro Delegation eingerichtet werden sollte. Aus unserer Delegation benennen wir Gen. Ponomarjow.<sup>70</sup> Wir bitten, aus jeder Delegation einen Vertreter zu benennen.

Übersetzung aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 443, Bl. 1-30

#### 4. Gespräch mit dem Führungsmitglied der britischen Labour Party Harold Wilson am 12. Januar 1956 (Auszug)

Nach einer Unterhaltung über weniger wichtige Fragen, zuletzt über Vorgänge vor dem Zweiten Weltkrieg, wendet sich Chruschtschow im Gespräch mit Wilson<sup>71</sup> aktuellen Kernproblemen des Ost-West-Verhältnisses zu.

*Chruschtschow* sagt, dass er befürchtet, die Geschichte könnte sich jetzt in gewissem Umfang wiederholen, auch wenn sich die Rolle der Staaten verändert hat. Die unschöne Rolle des Anführers im Kampf gegen die Sowjetunion haben jetzt die USA übernommen, wo es nicht wenige Leute gibt, die glauben, man könne Ideen mit Hilfe von Kanonen bekämpfen. Davon ausgehend, dass die USA weit von der UdSSR entfernt sind, möchten sie einen Krieg auf dem europäischen Kontinent anzetteln, um danach ihren Willen zu diktieren.

Man merkt, fährt Chruschtschow fort, dass England dazu eine etwas andere Einstellung hat, dass es gegenüber einer solchen Politik einen gewissen Widerstand zeigt, obwohl es in einiger Hinsicht diesen Kurs auch selbst unterstützt.

<sup>70</sup> Boris Ponomarëv, für die Beziehungen zu den anderen kommunistischen Parteien zuständiger Sekretär des ZK der KPdSU.

<sup>71</sup> Harold Wilson (1916-1995) wurde 1945 als Labour-Abgeordneter ins Unterhaus gewählt und als Minister in das bis 1951 regierende Kabinett von Clement Attlee berufen. Als die Labour Party ab 1951 in der Opposition war, übernahm er die Rolle des Schatzkanzlers (Finanzministers) in ihrem Schattenkabinett, an dessen Spitze seit 1955 Hugh Gaitskell stand.

Die Gründung des Bagdad-Pakts<sup>72</sup> zum Beispiel sei zweifellos eine Sache englischer Hände. Es sei zu sagen, dass im vertraulichen Gespräch die Amerikaner von sich aus die sowjetischen Vertreter darum gebeten haben, ihnen nicht die Schuld an der Gründung des Bagdad-Pakts zu geben, und darauf hingewiesen haben, dass der eine Sache englischer Hände sei.

Damit, so fährt Chruschtschow fort, entwickelten sich auch jetzt einige Ereignisse nicht so, wie es die sowjetische Regierung gerne hätte. Bei alledem sei jedoch die Sowjetunion davon überzeugt, dass es möglich sein wird, einem Krieg zu entgehen, wenn die Sowjetunion, England und Frankreich sich miteinander verständigen, wenn sie zu einem Abkommen über ein System der kollektiven Sicherheit in Europa,<sup>73</sup> die Abrüstung und ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen gelangen.

Wenn man in bestimmten Kreisen glaubt, dass die Entwicklung des sozialistischen Lagers auf dem Wege der Einschüchterung mit atomare Rüstung sich stoppen lässt, wie es in manchen Kreisen der USA und Englands Mode ist, dann führt so ein Spiel zu nichts Gutem. Wie bekannt, besteht das sowjetische Volk nicht aus Angsthasen. Es wird seine Sache fortsetzen, und wenn es angegriffen wird, ist es zu seiner Verteidigung in der Lage. Wenn die Imperialisten Krieg beginnen, heißt das schließlich noch lange nicht, dass der Krieg nur auf dem Gebiet der UdSSR geführt werden wird, wie das die Imperialisten gerne hätten. Das wird nicht der Fall sein. Ein Krieg wird zu unglaublichen Opfern und Zerstörungen führen, aber wir, sagt Chruschtschow, glauben, dass unser sozialistisches System trotzdem gewinnen wird und dass dies der letzte Krieg sein wird, der vom Kapitalismus entfesselt wurde. Doch wir tun alles, was von uns abhängt, um einem Krieg zu entgehen, denn wir haben gute Perspektiven und sind davon überzeugt, dass der Sozialismus den Kapitalismus unausweichlich besiegen wird im weltweiten Wettstreit. Viele, die heute die Vorzüge des sozialistischen Systems anzweifeln, werden sich von der Unrichtigkeit ihrer Vorstellungen über den Sozialismus und Kapitalismus überzeugen.

*Wilson* bemerkt, dass sich das nicht nur als der letzte Krieg erweisen könnte, der vom Kapitalismus entfesselt wurde, sondern auch der letzte Krieg, der von der Menschheit jemals entfesselt wurde.

*Chruschtschow* erwidert, dass die Menschheit [weiter]leben wird, wie riesig die Opfer auch sein mögen, weil das Menschengeschlecht nicht zugrunde gehen

<sup>72</sup> Dem Bündnis Iraks und mit dem NATO-Staat Türkei vom 24. Februar 1955 hatten sich im weiteren Verlauf des Jahres Großbritanniens (am 5. April), Pakistan (am 23. Mai) und Iran (am 3. November) angeschlossen.

<sup>73</sup> Der sowjetische Außenminister Molotov hatte am 10. Februar 1954 auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz die Schaffung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit als Regelung vorgeschlagen, die Europa vor der Gefahr des Krieges schütze (Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente, hg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, [West-]Berlin 1954, S. 183–195). Demnach waren die fremden Truppen abzuziehen und die NATO aufzulösen. Aus westlicher Sicht lief der Vorschlag, den die UdSSR seither immer wieder unterbreitete, darauf hinaus, den Ländern in Westeuropa die Sicherheit zu nehmen, die ihnen das atlantische Bündnis und die Präsenz der amerikanischen Truppen boten, und es der UdSSR zu erlauben, ihr Gewicht als stärkste Macht auf dem Kontinent voll zur Geltung zu bringen.

kann. Wie viele Menschen auch zugrunde gehen mögen, die Menschen, die auf der Erde bleiben, werden ihr Leben ohne den Kapitalismus aufbauen.

*Wilson* sagt, dass er in seinen Reden in England oft den Begriff „friedliche Koexistenz“ verwendet und ebenfalls den Satz, den N. S. Chruschtschow soeben gebraucht hat, dass man Ideen nicht mit Kanonen bekämpfen kann. Zudem ist er damit einverstanden, dass der Bagdad-Pakt einige ernstliche Misserfolge erlitten hat, insbesondere in Jordanien. Dabei möchte er darauf hinweisen, dass die Labour Party vergangene Woche eine Erklärung veröffentlicht hat, dass sie eine Regelung im Nahen Osten nur dann für möglich hält, wenn es zu einem internationalen Abkommen unter Beteiligung der Sowjetunion kommt, und dass der Nahe Osten nicht länger als alleinige Einflusszone Englands und der USA anzusehen ist.

In diesem Zusammenhang möchte er N. S. Chruschtschow bitten, in generellen Zügen die Politik der Sowjetunion in Bezug auf den Nahen Osten zu charakterisieren.

*Chruschtschow* antwortet, dass die Sowjetunion die Idee der Einflusszonen insgesamt ablehnt und das Recht irgendwelcher Staaten bestreitet, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Heutzutage gibt es in der Welt keine bevölkerungsfreien Zonen. Und sobald es eine Bevölkerung gibt, sobald es Menschen gibt, müssen sie das Recht haben, so zu leben, wie sie wollen, ihre natürlichen Ressourcen, ihre Kräfte und ihre Kultur ohne Einmischung von anderer Seite zu entwickeln. Diesen Maßstab wendet die Sowjetunion auf Europa wie auf Asien, Afrika und alle anderen Kontinente an. Die Sowjetunion wendet sich gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, gegen die Versklavung der einen Länder durch die anderen, gegen die Kolonialpolitik. Deswegen ist die sowjetische Politik attraktiv für die Völker aller Länder. Deswegen sind die Stellungnahmen der sowjetischen Politiker in Indien, Burma und Afghanistan<sup>74</sup> von den Indern, Burmesen und Afghanen wie auch von den Völkern anderer Länder als ihnen so nahe empfunden worden.

*Chruschtschow* sagt weiter, dass die englischen Imperialisten nicht den Nahen Osten als solchen und die Araber brauchen. Sie brauchen vor allem das nächstliche Öl, von dem sie leben. Zudem fürchten sie um ihre Kolonien in Afrika, aus denen sie auch weiter große Reichtümer herausholen. All das liegt dem Kampf im Nahen Osten zugrunde. Um ihre wahren Ziele zu maskieren, schaffen sie Pakte und schicken ihre Truppen in andere Länder. Aber jetzt agieren die Imperialisten nicht mehr als Eroberer, sondern unter dem Anschein von Verbündeten. Sie maskieren ihre alte kolonialistische Politik mit diversen Pakten und Bündnisverträgen. Die Sowjetunion war immer gegen jede Art kolonialistischer Politik und hat das nie verhehlt. Sie hat immer auf der Seite der Völker, die für ihre Befreiung und ihre Unabhängigkeit kämpfen, gestanden und wird dies immer tun. Aber sie mischt sich nie in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, und

<sup>74</sup> Chruščëv und Bulganin waren Ende 1955 in Indien vom 18. November bis 1. Dezember und nochmals vom 7. bis 13. Dezember, in Burma vom 1. bis 7. Dezember und in Afghanistan vom 14. bis 18. Dezember.

die Hilfe der Sowjetunion für die versklavten und abhängigen Völker schließt eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten aus.

*Wilson* erwidert, dass er mit den Äußerungen N. S. Chruschtschows zur Frage des Kolonialismus nicht ganz einverstanden ist. Er bittet zu berücksichtigen, dass es die Labour-Regierung war, die Indien und Burma die Unabhängigkeit gegeben hat.<sup>75</sup> Auch steckt England nach seiner Ansicht eher Mittel in seine Kolonien, als dass es Reichtümer herausholt.

*Chruschtschow* bemerkt, dass die Menschen in der Regel das nicht weitermachen, was ihnen keinen Nutzen bringt, England jedoch an seinen Kolonien festhält.

*Wilson* sagt, dass in England die Ansicht verbreitet ist, dass die sowjetische Außenpolitik gegenwärtig proarabisch und antiisraelisch ist, und fragt, ob das nicht eine allzu vereinfachte Sicht der Dinge ist.

*Chruschtschow* erwidert, dass die sowjetische Außenpolitik weder antiisraelisch noch proarabisch sein kann, weil vonseiten der Sowjetunion die Politik gegenüber allen Völkern wohlwollend ist. Auf der letzten Sitzung des Obersten Sowjets habe er, Chruschtschow, sich gegen Israel gewendet, weil Israel zur Zeit die negative Rolle des Fürsprechers für die amerikanische imperialistische Politik im Nahen Osten spielt. Doch Israel ist ein Staat wie alle kapitalistischen Staaten. Da gibt es Klassen, es gibt Arbeiter, Bauern und die werktätige Intelligenz. Die Sowjetmenschen wünschen dem israelischen Volk wie auch den Völkern der arabischen Länder nur Gutes, obwohl sie in diesem Fall mit den Arabern sympathisieren, weil die Araber ihre nationalen Interessen verteidigen und deswegen diese Sympathie verdienen.

*Wilson* bemerkt, dass dies eine sehr klare Darstellung der sowjetischen Position ist.

*Wilson* sagt weiter, dass vor einigen Wochen im englischen Parlament von einer Sendung von Radio Moskau die Rede war, in welcher der Vorschlag gemacht wurde, ein Abkommen über die Einstellung von Wasserstoffbombenversuche abzuschließen. Die Vertreter der konservativen Partei erklärten, es gebe keine Beweise, dass diese Sendung den offiziellen sowjetischen Standpunkt zum Ausdruck bringt. In diesem Zusammenhang möchte er N. S. Chruschtschow fragen, ob diese Darstellung der Konservativen der Wirklichkeit entspricht.

*Chruschtschow* antwortet, dass er nichts über die von *Wilson* erwähnte Sendung von Radio Moskau weiß, aber die sowjetische Regierung und die sowjetischen Vertreter haben mehrfach offizielle Erklärungen über die Notwendigkeit eines Verbots von Atomwaffen und eine Beendigung der Atomwaffenversuche abgegeben.

*Wilson* bemerkt, dass nach seiner Ansicht eine Beendigung der Atomwaffenversuche ein sehr großer Schritt vorwärts wäre.

<sup>75</sup> Indien und Burma wurden 1947 von der Labour-Regierung von Premierminister Clement Attlee gegen den Widerstand der konservativen Tories, die sich damals in der Opposition befanden, in die Unabhängigkeit entlassen.

*Chruschtschow* sagt, dass er ebenfalls dieser Frage Bedeutung beimisst, für am wichtigsten hält er jedoch ein Verbot der Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben und eine Abrüstung. Die Position der sowjetischen Regierung zu all diesen Fragen ist klar dargelegt in ihren Vorschlägen vom 10. Mai, die in London veröffentlicht worden sind.<sup>76</sup> Die sowjetische Regierung hält sich auch jetzt noch an diese Vorschläge und ist der Meinung, sie könnten eine gute Grundlage für ein Abkommen bilden.

*Wilson* sagt, diese sowjetischen Vorschläge vom 10. Mai seien in England gut bekannt, aber sie seien eine härtere Nuss als ein Verbot der Atomwaffenversuche, das ein erster Schritt auf dem Weg zum Verbot von Atomwaffen sein könne.

*Chruschtschow* bemerkt, dass Wasserstoffbombenversuche [zwar] Schaden anrichten, doch solange die Atom- und Wasserstoffrüstung nicht verboten sei, können sie auch Nutzen bringen. Zum Beispiel habe der letzte thermonukleare Waffentest in der Sowjetunion außerordentliche Resultate erbracht, weil es den sowjetischen Wissenschaftlern gelungen sei, ein Geheimnis zu lüften, das die Produktion von Wasserstoffbomben erheblich verbilligt. Diese neue Entdeckung der sowjetischen Wissenschaftler könnte den Sowjetstaat reicher machen, und die sowjetische Regierung wolle diese Wissenschaftler für ihre herausragenden Leistungen belohnen.

*Wilson* hob bei diesen Worten die Hände.

*Chruschtschow* bemerkt, dass *Wilson* offenbar seine Befriedigung aus diesem Anlass nicht ganz teilt. Übrigens befasse auch er sich nicht gerne mit Wasserstoffbomben, sondern zöge es vor, sich mit der Maisaussaat und der Steigerung der Fleischproduktion zu befassen. Doch die Menschen in der Sowjetunion seien gezwungen, sich mit der Wasserstoffbombenproduktion zu befassen. Kürzlich beispielsweise brüstete sich der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, der die Länder des Fernen Ostens bereist, die Vereinigten Staaten hätten große Vorräte an Wasserstoffbomben angesammelt, die angeblich viel größer seien als die der Sowjetunion. Deswegen muss man sich in der Sowjetunion am Riemen reißen und versuchen, den angeblich bestehenden Rückstand aufzuholen, auch wenn im Moment schwer zu sagen ist, wer mehr oder weniger Wasserstoffbomben hat. Auf jeden Fall hat die Sowjetunion eine ausreichend große Menge an Wasserstoffbomben, um den Angriff jedweden Aggressors abzuwehren, der die Stärke der UdSSR prüfen will.

*Wilson* bemerkt, dass dies eine sehr klare Darstellung der sowjetischen Position ist. Er fügt hinzu, dass viele glauben, ein Gleichgewicht bei der Verfügung über Wasserstoffwaffen sei die beste Garantie gegen einen Krieg. Beispielsweise habe

<sup>76</sup> Am 10. Mai 1955 unterbreitete der sowjetische Vertreter im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission einen Vorschlag, der den Abzug der fremden Truppen von den Territorien der europäischen Staaten und die Liquidierung der ausländischen Stützpunkte vorsah. Diese Maßnahmen, so hieß es, würden die Lage auf dem Kontinent grundlegend verbessern und eine zentrale oder gar die hauptsächliche Ursache des Misstrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen beseitigen.

die Tatsache des Vorhandenseins der Wasserstoffbombe in der Sowjetunion jene ziemlich einflussreichen Leute in den USA, die früher vom Präventivkrieg gesprochen haben, genötigt, ihre Zunge im Zaum zu halten. [...]

In dem weiteren Gespräch ging es um Fragen des Handels zwischen Ost und West, an dessen Ausweitung die UdSSR sehr interessiert war, und um Chruschtschows Lieblingsthema, die sowjetische Landwirtschaft, vor allem den Maisanbau.

Das Gespräch dauerte 1 Stunde und 35 Minuten

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 552, Bl. 91-97

(Gesamter Text: Bl. 87-101)

### 5. Gespräch mit dem amerikanischen Juristen Marshall McDuffie am 25. Januar 1956 (Auszug)

Zunächst unterhielten sich Chruschtschow und McDuffie<sup>77</sup> über unpolitische Dinge und sprachen danach über den Handel zwischen ihren Ländern, den Besuch amerikanischer Touristen in der UdSSR und den Kulturaustausch. Sie waren sich darüber einig, dass man diese Beziehungen verstärken müsse. McDuffie erzählte auch von Reisen und davon, dass er dabei in der Sowjetunion Fotos aufgenommen habe in der Absicht, dem amerikanischen Publikum das „wirkliche Leben“ dort zu zeigen. Weiter war in allgemeinen Wendungen von Chruschtschows Besuch in Indien, Burma und Afghanistan sowie vom Wohnungsbau, vom 6. Fünfjahrplan und von der Frauenkleidung in der UdSSR die Rede. Danach wurde das Gespräch wie folgt weitergeführt.

*McDuffie:* In Ihren Städten kann man mehr Soldaten und mehr Militärs auf den Straßen sehen als in anderen Ländern.

*Chruschtschow:* Was soll ich Ihnen darauf antworten, sagt Chruschtschow. Bei uns befinden sich alle Militärs im eigenen Land.<sup>78</sup> Wir halten unsere Streitkräfte nicht außerhalb der Landesgrenzen, in Amerika dagegen befindet sich ein bedeutender Teil der Militärs außerhalb der Grenzen.<sup>79</sup> Natürlich sehen Sie auf unseren Straßen Militärangehörige. Sie verstehen doch selbst, dass jeder Staat seine eigene Armee haben muss. Aber Sie wissen auch, dass wir das Kontingent unserer Streitkräfte erheblich reduziert haben. Dennoch haben wir eine Armee, und sie ist nicht klein.

Wir haben unsere Streitkräfte um 640 000 Mann reduziert. Die Amerikaner und unsere anderen Partner haben unsere Vorschläge zur Reduzierung der Streit-

<sup>77</sup> Marshall McDuffie war Professor der Rechtswissenschaft an der Harvard University. Als Linksliberaler stand er der Eisenhower-Administration kritisch gegenüber und hoffte auf ihre Ablösung durch die Demokraten. Der Sieg, den sie dann in den Wahlen vom November 1956 errang, war daher für ihn eine Enttäuschung.

<sup>78</sup> Chruschtschow ließ bei dieser Äußerung außer Betracht, dass sowjetische Truppen in der DDR sowie in Polen, Ungarn, Rumänien und Albanien stationiert waren.

<sup>79</sup> Die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in west- und südeuropäischen NATO-Staaten und in verschiedenen Ländern Südasiens, namentlich in Japan, wurde den USA von der UdSSR als feindliche „imperialistische Einkreisung“ ständig zum Vorwurf gemacht.

kräfte nicht angenommen,<sup>80</sup> sie haben auch die Vorschläge zur Abrüstung und zum Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen nicht angenommen.<sup>81</sup>

Gewisse amerikanische Kreise, merkt Chruschtschow an, haben Angst, den „Kalten Krieg“ zu liquidieren, weil sie damit Geschäfte machen, das heißt ihre Profite steigern, und das nicht schlecht. Die großen Monopole machen enorme Gewinne und jeder Monopolist streicht seine Prozente ein. Die einen stellen die Särge, die anderen die Kanonen her. Das eine wie das andere verkauft sich gut, und die, welche es herstellen, bekommen dafür Geld.

*McDuffie:* Auf diese Fragen möchte ich gern am Ende des Gesprächs zurückkommen.

*Chruschtschow:* Ich widerspreche Ihnen nicht. Weil Sie das Thema mit den Militärs angesprochen haben, habe ich Ihnen dazu ein paar schwarze Brocken hingeworfen (lacht).

*McDuffie:* Ich verstehe Sie, aber Sie haben mir viele derartige schwarze Brocken hingeworfen (lacht).

*Chruschtschow:* Welche Fragen also wollten Sie noch ansprechen?

*McDuffie:* Vielleicht ist es [nur] eine kleine Sache, aber ich möchte Ihnen Folgendes sagen. In der Zeit, als ich in der Sowjetunion gelebt und verschiedene Motive fotografiert habe, wurde ich zwei Mal von der Miliz<sup>82</sup> angehalten: das eine Mal in Kiew auf dem Kreschtschatik<sup>83</sup> und das zweite Mal bei der Neujahrsfeier im Kremlpalast. Es war irgendwie unangenehm, irgendwie peinlich, als ob ich etwas Verbotenes getan hätte. Natürlich ist mir in beiden Fällen nichts geschehen, und ich konnte weiter fotografieren. Aber wäre es nicht besser, der Miliz klar zu machen, dass sie fotografierende Personen nicht stören soll.

*Chruschtschow:* Offenbar hatten in beiden Fällen die Milizionäre den großen Wunsch verspürt, ihre Macht zu zeigen. Sie wussten, dass man fotografieren darf, wollten aber zeigen, dass sie Sie fragen können, was Sie denn da tun. Der Wunsch, eigene Macht zu zeigen, lässt sich vielfach auch nicht irgendwie durch Disziplin beseitigen. (McDuffie lacht)

Sie wissen doch selbst, dass man unmöglich jedes Verhalten aller Milizstreifen voraussehen und verhindern kann.

<sup>80</sup> Am 12. August 1955 war auf Chruščëvs Betreiben hin eine Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um 350 000 Mann bekannt gegeben worden. Am 17. Mai 1956 war von einer Verringerung um nochmals 420 000 Mann die Rede, wovon freilich nur 300 000 Soldaten zur Entlassung anstanden, weil es sich bei dem Rest um eine unerreichte, also nicht vorhandene Personalsollstärke handelte.

<sup>81</sup> Die sowjetische Seite hatte im Zusammenhang damit die Forderung nach Abzug der fremden Truppen vom Gebiet der europäischen Staaten und nach Liquidierung der ausländischen Stützpunkte verbunden. Das war für die USA und ihre Verbündeten von vornherein unannehmbar, weil dies die Auflösung der Bündnisbeziehungen und das Ende des westeuropäischen Verteidigungssystems bedeutet hätte. Dahinter stand das Verlangen nach Aufbau eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das die UdSSR zur führenden Macht auf dem Kontinent machen sollte.

<sup>82</sup> So hieß die Polizei in der UdSSR.

<sup>83</sup> Hauptgeschäftszentrum von Kiew.

*McDuffie* bemerkt, dass er in diesem Zusammenhang sich an seine Kindheit erinnert. Als er ein Junge war, hat er die einfache Sache kapiert, dass er, wenn er von einem Polizisten angehalten wurde, erihn am besten loswurde, indem er sagte: „Zu Befehl, Chef!“

Das war, sagt *McDuffie*, die beste Methode, einen Mann freundlich zu stimmen, der mir einen Verweis erteilen wollte.

*Chruschtschow*: Offenbar haben sich die Jungen überall so verhalten und machen es weiter so. (Beide lachen)

Wir bemühen uns, die Kultur aller Sowjetmenschen zu heben, darunter auch die Kultur der Mitarbeiter unserer Milizorgane.

*McDuffie*: In dieser Angelegenheit ist ein großer Fortschritt sichtbar. Als ich in der Sowjetunion zum ersten Mal war, wurde ich 14-mal wegen des Fotografierens angehalten, beim zweiten Besuch viermal und beim dritten Besuch nur zweimal.

*Chruschtschow*: Da sehen Sie, was für ein Fortschritt [erreicht worden ist]. Würden die Vereinigten Staaten bei der Verbesserung der Beziehungen mit uns die gleichen Fortschritte machen, wären wir in dieser Zeit weit vorangekommen. (Beide lachen)

*McDuffie*: Das würde ich mir auch von Herzen wünschen.

Jetzt, fährt er fort, einige Worte zu den Visa. In Ihren Stellungnahmen haben Sie mehrfach gesagt, dass es bei Ihnen hinsichtlich der Visa für Ausländer keine Hindernisse gibt. Mir ist so ein Beispiel bekannt. In der Sowjetunion waren zwei amerikanische Studenten, die ein Visum für 4 Wochen hatten, es war aber abgelaufen. Sie wollten noch vier Wochen bleiben, wussten aber nicht, ob dafür das Visum verlängert werden musste.

*Chruschtschow* bemerkt, wenn es Fälle der Verzögerung bei der Ausgabe der Visa gibt, dann zeugt das von gewissen Abnormitäten unserer Beziehungen zu den USA. Aber wir geben doch Visa allen Amerikanern, die in die Sowjetunion einreisen möchten, die amerikanischen Behörden dagegen geben keine Visa für unsere Sowjetbürger. Zum Beispiel durften sowjetische Straßenbauer nicht zum Kongress in die USA fahren. Das Außenministerium der USA hat den sowjetischen Ingenieuren nicht erlaubt, nach Amerika zu fahren. Und das ist kein Einzelfall. Über solche Fälle wurde viel in der Presse berichtet.<sup>84</sup>

*McDuffie* bemerkt, dass die Demokraten, wenn sie im nächsten Jahr an die Macht kommen,<sup>85</sup> solche Dummheiten nicht [mehr] machen werden.

*Chruschtschow*: Man muss sich nur darüber wundern, wie töricht manche Leute im amerikanischen Außenministerium vorgehen. Wir haben zum Beispiel mit

<sup>84</sup> Die amerikanische Gesetzgebung war restriktiv, wenn es um die Einreise sowjetischer Partei- und Staatsfunktionäre ging.

<sup>85</sup> In den Präsidentenwahlen vom November 1957 würde es darum gehen, ob Eisenhower im Amt bleiben oder der Gegenkandidat der Demokraten siegen würde. Die Hoffnung *McDuffies*, dass Letzteres der Fall sein würde, wurde enttäuscht.

Herrn [Charles] Hearst<sup>86</sup> ausgemacht, dass sowjetische Vertreter zu ihm nach Amerika kommen, um mit ihm den Ankauf von Hybrid-Mais-Saatgut zu vereinbaren. Diese Leute wollten als Geschäftsleute nach Amerika reisen – erst anschauen, und dann das Nötige kaufen. Uns wollte man aber schikanieren, als wären wir irgendwelche unseriösen Leute. Das ist seitens der Amerikaner einfach nicht solide.

Schließlich haben schon immer, seit uralten Zeiten, die ausländischen Kaufleute in anderen Ländern hohes Ansehen genossen. Jetzt verhält man sich in den USA ganz anders, so als ob man fürchte, dass unsere Sowjetmenschen während ihres Aufenthalts in Amerika irgendwelche Geheimnisse des Maisanbaus in den USA entdecken. Sie können Herrn Hearst fragen und er wird Ihnen wahrscheinlich sagen, sagt Chruschtschow, dass unsere Wissenschaftler und führenden Betriebe beim Anbau guten Hybridsaatgutes in nichts hinter denen in Amerika zurückstehen. Hearst ist ein sehr geschäftstüchtiger, interessanter und offenbar ehrlicher Mann, und er kennt seine Sache. Mit ihm sich zu unterhalten, war interessant.

*McDuffie:* Ich kenne Herrn Hearst recht gut und stimme Ihrem Urteil über ihn zu.

Auf die Maiskolben deutend, die auf N. S. Chruschtschows Tisch liegen, sagt McDuffie, dass man mit dem Blick auf seinem Tisch sogleich sehen kann, wofür er sich gerade am meisten interessiert. Vor 6 Jahren sah McDuffie auf N. S. Chruschtschows Tisch Baumaterialien, und jetzt sind auf dem Tisch viele Maiskolben.

McDuffie sagt, dass sich Chruschtschows Äußerung über Vorrechte für die Kaufleute wie eine Wiederholung eines alten kapitalistischen Dogmas anhört.

*Chruschtschow:* Das ist kein Dogma, sondern eine richtige Einstellung zur Verbesserung der Handelsbeziehungen – das ist ein gutes Indiz.

*McDuffie:* Sind die von Ihnen geäußerten Prinzipien heutzutage von Bedeutung?

*Chruschtschow:* Zweifellos. Wir empfangen gerne Leute, die zu uns zur Anbahnung von Geschäftsbeziehungen mit der Sowjetunion kommen. Daher haben wir auch Herrn Hearst empfangen, und wir werden jeden anderen empfangen, der mit solchen Zielen zu uns kommt. Wir können Vertretern des Auslands verkaufen, was sie brauchen, und bei ihnen kaufen wir ein, was wir brauchen. Ich denke, dass solche Geschäftsbeziehungen keine schlechten Beziehungen sind.

*McDuffie:* Ich möchte Sie nicht mit meinen kritischen Bemerkungen belästigen.

*Chruschtschow:* Warum? Ich habe es gern, wenn Sie kritische Bemerkungen machen, ich meine berechtigte kritische Bemerkungen. Die haben uns nie beleidigt und beleidigen auch jetzt nicht.

*McDuffie:* Ich möchte Ihnen Folgendes sagen. Ich bin durch 11 Länder gereist. Nicht selten haben mich Bürger dieser Länder nach Hause eingeladen, doch in

<sup>86</sup> Von Chruščëv hoch geschätzter führender Viehzüchter und Großfarmer in den USA.

der Sowjetunion hat mich keiner auch nur ein einziges Mal nach Hause eingeladen. Vielleicht gibt es in dieser Frage irgendeine Regelung?

*Chruschtschow:* Nein. Es gibt in dieser Hinsicht keiner Regelungen. Jeder Sowjetmensch lädt zu sich nach Hause ein, wen er will. Vielleicht mochten die, mit denen Sie verhandelt haben, aus irgendwelchen Gründen Ihnen ihre Wohnungen nicht zeigen, aus der Sorge heraus, dass der Gast ein nicht objektives Urteil fällen würde. Vielleicht kennen sie Sie nicht gut genug, Herr McDuffie. Aber das alles sind meine Vermutungen.

*McDuffie:* Die Sache ist die, dass ich 1940 viel reisen musste. Ich war in Nordafrika, in der Schweiz, in England, Portugal, Frankreich und in anderen Ländern. Überall wurde ich freundlich empfangen, aber hier irgendwie offiziell. Ich kann nicht verstehen, wieso.

*Chruschtschow:* Ich denke, hier zeigen sich die gespannten Beziehungen zwischen unseren Ländern. Die Länder, die Sie genannt haben, sind anders als die Sowjetunion. Es ist zu berücksichtigen, dass die Sowjetmenschen ihren Stolz haben. Wenn einige Kreise in den USA versuchen, allen ihren Willen zu diktieren, wenn einige Amerikaner sich herausfordernd gegenüber der Sowjetunion verhalten, ziehen die Sowjetmenschen daraus entsprechende Schlüsse. Das ist der Grund, wieso die Sowjetmenschen eine gewisse Wachsamkeit an den Tag legen gegenüber vielen Leuten, die aus Amerika zu uns kommen.

*McDuffie:* Aber ich denke, ihnen ist klar, dass es einen Unterschied gibt zwischen den herrschenden Kreisen und dem Volk.

*Chruschtschow:* Natürlich ist ihnen das klar. Aber einfache Menschen aus den USA lässt man nicht oft in die Sowjetunion. Beispielsweise hat das US-Außenministerium aus einem bestimmten Grund Angst, Paul Robeson ins Ausland zu lassen, offenbar aus Sorge, dass er etwas Verbotenes singt.<sup>87</sup> Doch die Stimme von Paul Robeson ist stark, und viele hören sie.

Das Außenministerium [der USA] lässt offenbar nur bestimmt eingestellte Menschen ins Ausland. Nehmen Sie die folgende Tatsache, sagt N. S. Chruschtschow weiter. Unter den amerikanischen Farmern, die zu uns kamen, waren auch solche, die kaum Mais vom Hanf unterschieden. Wir haben das gewusst, wir haben gewusst, dass einige Farmer keine normalen Farmer sind. Offenbar waren

<sup>87</sup> Der Schwarzamerikaner Paul Robeson (1898–1976) war ein Sänger, Theater- und Filmschauspieler, der seine große Zeit in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts hatte, danach jedoch im Zuge des Kalten Krieges wegen seiner politischen Haltung großen Anfeindungen und Schwierigkeiten ausgesetzt war. Während seines Aufenthalts in London von 1927 bis 1939 war er unter dem Einfluss der Labour-Politiker Stafford Cripps und Clement Attlee und des Kommunisten Harry Pollitt zum überzeugten Sozialisten geworden. Er las Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Original, wurde vom sowjetischen Botschafter mit den amtlichen Interpretationen bekannt gemacht und reiste zusammen mit seiner Frau 1934 in die UdSSR. Er kam zu der Überzeugung, dass dort eine wahrhaft menschliche Gesellschaft entstanden sei, in der vor allem die Gleichheit aller unabhängig von ihrer Hautfarbe verwirklicht werde. Ohne jemals Parteimitglied zu sein, trat er in der Öffentlichkeit als Kommunist und Stalin-Sympathisant hervor. Das führte dazu, dass man ihm in den frühen fünfziger Jahren den Reisepass entzog, dass seine Schallplatten aus den Läden verschwanden und dass er auf Schwarze Listen gesetzt wurde mit der Folge einer weitgehenden Verhinderung öffentlicher Auftritte.

gewisse amerikanische Organisationen benötigt, solche Leute zusammen mit den Farmern zu uns zu schicken. Na gut, sie sind bei uns gewesen, sie haben sich umgesehen. Das ist ihre Sache.

Aber leider kommen zu uns ins Land meistens solche Leute aus Amerika. Und ich habe Ihnen gesagt, dass die Sowjetmenschen ein sehr gutes Auge für diese Dinge haben.

*McDuffie* spricht davon, dass er sich nicht so gut in diesen Dingen auskennen kann. Als er den Auftrag erhielt, die Mission der UNRRA in der Ukraine zu leiten,<sup>88</sup> hat er zur Bedingung gemacht, dass nur Leute, die er persönlich kannte, Mitarbeiter dieser Mission wurden. Und trotzdem, fährt *McDuffie* fort, war unter ihnen ein Mensch wie Fisher, den er zwar persönlich kannte, aber, wie sich herausstellte, nicht gut genug.

*Chruschtschow*: Sie haben doch einmal Herrn Douglas<sup>89</sup> Ihren großen Freund genannt. Herr Douglas hat unser Land besucht. Hier hat er gute Worte und einigermaßen gerechte Sachen von sich gegeben, aber als er in die USA zurückgekehrt war, begann er etwas völlig anderes zu sagen. Auf diese Weise wurden aus einem Douglas zwei – in der Sowjetunion war er der eine und im Ausland ein ganz anderer.

*McDuffie*: Douglas war einmal mein Lehrer. Ich habe für ihn um die Genehmigung seiner Einreise in die Sowjetunion gebeten.

*Chruschtschow*: Wir haben ihm diese genehmigt.

*McDuffie*: Aus eben diesem Grund mache ich Ihnen gegenüber meine kritische Bemerkungen, sage Ihnen offen, was bei Ihnen gut ist und was schlecht.

*Chruschtschow*: Wir warten auf die Zeit, wenn zu uns ins Land echte amerikanische Touristen kommen mit reiner und offener Seele und mit ehrlichen, aufrichtigen Absichten. Sie werden uns verstehen. Wir werden mit ihnen gute, ehrliche Beziehungen haben.

*McDuffie*: Das denke ich auch. Als Herr Douglas zurück in die USA kam, hatte ich mit ihm einen Streit. Er sagte beispielsweise, dass es in den östlichen Sowjetrepubliken in den Gerichten [nur] Russen gibt. Ich war damit nicht einverstanden und zeigte ihm ein Foto, das ich in Baku gemacht habe und auf dem eine Gerichtssitzung zu sehen ist. Unter den Richtern waren vier Nationalitäten vertreten. Douglas schaute auf das Foto und sagte, dass Baku noch nicht der Osten [der UdSSR] ist.

<sup>88</sup> Die *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* wurde auf Initiative der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Chinas am 3. November 1943 als Hilfsorganisation zur Repatriierung der *Displaced Persons (DPs)*, also der von den Gegnern, besonders den Deutschen, zurückgehaltenen Personen (wie vor allem Kriegsgefangene und Arbeitsverpflichtete) gegründet und nach Kriegsende der Organisation der Vereinten Nationen unterstellt worden. Die DPs wurden in Lagern gepflegt und betreut, die jeweils von einem Team geleitet wurden.

<sup>89</sup> Paul Douglas, demokratisches Mitglied des amerikanischen Senats, dessen dezidiert liberale Haltung ihn oft eigene Wege gehen ließ.

*Chruschtschow* sagt, dass er die Artikel von Herrn Douglas gelesen hat. Es sind dumme Artikel. Und die Verleumdung der Sowjetunion, die seine Artikel enthalten, fügt uns keinen Schaden zu. Die Errungenschaften der östlichen Sowjetrepubliken sind für alle offensichtlich. Wir sind stolz auf diese Republiken. Doch die Artikel von Douglas über diese Republiken vermitteln den Amerikanern ein Bild vom Leben und von den Menschen der östlichen Sowjetrepubliken, das in ein verzerrtes, falsches Licht gestellt wird. Das ist eine bedauerliche Tatsache. Die Hirngespinnste von Douglas kann man mit den Bissen einer Fliege vergleichen, die auf dem Rücken eines Ochsen sitzt. Bewegt der Ochse den Schwanz – weg ist die Fliege. Und der Ochse geht weiter seinen Weg, ohne darauf zu achten, ob es die Fliege überhaupt gegeben hat oder nicht.

*McDuffie* (lacht): Gewöhnlich sprechen wir in solchen Fällen von Elefant und Fliege.

Ich habe noch zwei Fragen. Die erste Frage ist folgende. Ich möchte etwas mehr über Ihre Jugendjahre erfahren, als den offiziellen Angaben zu entnehmen ist.

*Chruschtschow*: Wozu, mit welchen Absichten? Sie wissen doch, je mehr sich die Menschen an ihre Jugend erinnern, desto mehr betonen sie das herannahende Alter. Aber wir haben keine Zeit zum Altwerden – es gibt [noch] viel zu tun. Sehen Sie, welcher neuen Fünfjahrplan wir uns vorgenommen haben!

*McDuffie*: Ich bin mit Ihnen einverstanden. Aber ich möchte dennoch sehr gerne ein wenig mehr über Ihr Leben in den jungen Jahren erfahren. Sie waren doch Schafhirte, Schlosser, haben ein Studium an einer Arbeiterfakultät<sup>90</sup> gemacht.

*Chruschtschow*: Das alles sind Angaben auf Fragebögen, und sie sind veröffentlicht.

*McDuffie*: Ja, das stimmt. Aber in den Fragebögen gemachten Angaben gibt es nicht besonders viele Details. Mir scheint, dass das Wissen über die Führer unserer Länder zur Annäherung unserer Völker beiträgt. Je mehr amerikanische die Leute in Amerika über die Führer des Sowjetstaates erfahren, desto besser wird es sein. Nach Ihrer Reise nach Indien, Birma und Afghanistan<sup>91</sup> kennen die Menschen dieser Länder Sie jetzt sehr gut. Und das ist offenkundig gut so. Und eben deshalb möchte ich einige Details aus Ihrer Biografie erfahren. Haben Sie zum Beispiel Enkel?

*Chruschtschow*: Ich glaube, das sind alles Alltagsfragen. Leute in gesetztem Alter geben sich gerne der Erinnerung hin. Ich mag das nicht und habe außerdem keine Zeit dazu. Ich will [etwas] für mein Volk, für meine Partei schaffen, will arbeiten, ohne meine Kräfte zu schonen, ohne die Hände in den Schoß zu legen.

<sup>90</sup> Die Arbeiterfakultäten waren im sozialistischen System spezielle Einrichtungen zur Fortbildung von Arbeitern.

<sup>91</sup> Chruschtschow und Bulganin besuchten vom 18. November bis zum 13. Dezember 1955 Indien, Burma, Afghanistan und zum Schluss nochmals Indien.

Na, und in Bezug auf meine Biografie kann ich sagen, dass dies eine ganz gewöhnliche Biografie ist. Sie fragen, ab wann ich in der Kommunistischen Partei bin? Seit 1918. Doch schließlich ist das alles schon veröffentlicht.

Sie fragen mich, ob ich Enkel habe. Ich habe Enkel, es gibt nicht wenige Enkel. Einer der Enkel studiert bereits an der Militärakademie, bereitet sich darauf vor, Ingenieur zu werden. Das ist der Sohn meines Sohnes, der an der Front gefallen ist. Ich habe eine Enkelin, die in die 10. Klasse geht. Es gibt noch zwei Enkel, die bis jetzt nur das Gehen gelernt haben. Wobei der eine auch schon laufen kann. Sie werden noch viel Brei essen müssen, bis sie erwachsen sind. Aber einer von ihnen hat bereits Ansprüche entwickelt.

Gerade heute, als ich zum Mittagessen nach Hause kam, sagte er zu mir: Los, Opa, ich werde auf dir reiten.

Nun gut, ich lasse ihn reiten.

Schließlich reiten die Enkel auf allen Großvätern, alle Großväter lassen die Enkel auf sich reiten. Und ich sage Ihnen, dies ist sehr angenehm für die Großväter wie für die Enkel. So eine Form der Belastung ist keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.<sup>92</sup> Wir erkennen sie an und nehmen sie gern auf uns.

*McDuffie* (lacht) bedankt sich für diese einfachen Worte.

Er fragt, welche Augenfarbe Chruschtschow hat. Die Zeitschrift „Time“ behauptet, Sie haben blaue Augen, „Newsweek“ schreibt, dass sie braun sind. Für Amerika liegt das Geheimnis des Kremls nicht in der Atombombe, sondern in der Frage, welche Augenfarbe Chruschtschow hat.

*Chruschtschow*: Gott weiß, was für Augen ich habe. Ich frage Sie: Welche Ziffern sind auf Ihrer Uhr, arabische oder römische. Aber schauen Sie nicht auf die Uhr. Die Hälfte der Menschen, die danach gefragt werden, täuscht sich gewöhnlich.

*McDuffie*: Ich bin mir jetzt auch unsicher, aber ich glaube, dass es arabische Ziffern auf dem Zifferblatt sind. (schaut hin) Ja, arabische.

*Chruschtschow*: Aber viele irren sich und geben damit Anlass zu sagen, dass die Uhr sozusagen diesen Leuten eigentlich nicht gehört, obwohl sie sie jahrelang tragen. So auch die Augenfarbe. Mitunter wird man gefragt – welche Augenfarbe hat Ihr Freund? Man überlegt – und kann es nicht genau sagen.

*McDuffie*: Kommen wir zurück auf Ihre Augenfarbe. Ich glaube, sie sind braun.

*Chruschtschow*: Mir bleibt nichts anderes übrig, als Ihnen zuzustimmen.

*McDuffie*: Erlauben Sie mir jetzt, eine so ernste Frage wie die der Verringerung der internationalen Spannung anzusprechen. In unserem letzten Gespräch haben wir darüber gesprochen, und das hat möglicherweise in gewissem Umfang dazu beigetragen, dass der „Geist von Genf“ entstanden ist.

*Chruschtschow*: Dazu kann ich Ihnen Folgendes sagen. Die sowjetische Regierung hat viel getan für die Festigung des Vertrauens zwischen den Ländern. Und

<sup>92</sup> Mit der Formel, dass der Mensch den Menschen ausbeutet, beschreibt die marxistisch-leninistische Doktrin das Wesen des kapitalistischen Systems.

wir sind der Meinung, sagt N. S. Chruschtschow, dass gegenwärtig Bedingungen von der Art entstanden sind, dass die Spannung in den internationalen Beziehungen abnehmen kann und soll. Ich und meine Freunde – Bulganin, Molotow, Shukow, die in Genf waren<sup>93</sup> und mit den Vertretern der drei anderen Großmächte verhandelt haben – sind zu der Schlussfolgerung gelangt, dass unsere amerikanischen, englischen und französischen Partner mehrheitlich ebenfalls nach Frieden streben und keinen Krieg wollen. Insbesondere ist eine starke derartige Überzeugung bei uns hinsichtlich des Präsidenten der USA, Herrn Eisenhowers, entstanden. Ich denke, dass sowohl Herr Eden als auch Herr Faure, die ihre Länder vertreten haben, auch keinen Krieg wollen.

Na, und in Bezug auf uns, die Vertreter der Sowjetunion, lässt sich Folgendes sagen. Wir sind immer für den Frieden eingetreten, tun das auch jetzt und bemühen uns in jeder Weise um eine Verringerung der internationalen Spannungen. Wir werden auch weiter in dieser Richtung tätig sein. Aber es gibt Kräfte in den westlichen Staaten, die sich unseren Bestrebungen entgegenstellen. Sie, diese Kräfte, organisieren verschiedene Blöcke von der Art der NATO. Sie wollen keine Abschwächung der Spannungen, sie wollen keine Liquidierung des „Kalten Krieges“. Solche Leute gibt es bedauerlicherweise am meisten unter den staatlichen Akteuren der USA. Ich spreche nicht vom amerikanischen Volk – das amerikanische Volk will keinen Krieg, es will Frieden. Aber einige staatlichen Akteure der USA möchten jetzt das hohe Spannungsniveau in den internationalen Beziehungen künstlich aufrechterhalten, denn andernfalls lässt sich keine militaristische Politik mit ihren Folgen durchführen.

Chruschtschow bemerkt, dass es jetzt im Bestand der Regierung sehr viele Vertreter der größten amerikanischen Monopole gibt. In der Geschichte der USA hat es bis jetzt keine andere Regierung gegeben, die den Willen der großen Monopole so offensichtlich vertreten hat wie die jetzige amerikanische Regierung.

Die großen Monopole, die mit der Herstellung militärischer Produkte Profit machen, fürchten eine Abschwächung der internationalen Spannung sehr. Sie fürchten den Anbruch einer Zeit, in der man die Produktion der Waffen nicht mehr braucht, die sie nicht nur an die amerikanische Armee, sondern auch an andere Länder liefern, die sich an den aggressiven Pakten wie NATO, SEATO,<sup>94</sup> Bagdad-Pakt<sup>95</sup> und anderen beteiligen.

Die Aufrechterhaltung der internationalen Spannung gibt den herrschenden Kreisen der USA die Möglichkeit, der Bevölkerung hohe Steuern abzunehmen und die Menschen mit der Kriegsgefahr einzuschüchtern. Aber die Wahrheit vor

<sup>93</sup> Vom 18. bis 23. Juli 1955 kamen die Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Genf zu Beratungen über Deutschland und die Abrüstung zusammen. Sie erzielten keine Einigung, erteilten aber den Außenministern den Auftrag, die Erörterungen im Herbst wieder aufzunehmen. Auch dabei wurde keine Differenz überwunden.

<sup>94</sup> Nachdem die USA, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Australien, die Philippinen und Thailand am 8. September 1954 einen Bündnisvertrag abgeschlossen hatten, gründeten sie am 19. Februar 1955 die *South East Asian Treaty Organisation* (SEATO) mit dem Hauptquartier in der thailändischen Hauptstadt Bangkok.

<sup>95</sup> Dem am 24. Februar 1955 zwischen dem NATO-Mitglied Türkei und dem Irak vereinbarten Bündnis hatten sich am 5. April Großbritannien, am 23. Mai Pakistan und am 3. November der Iran angeschlossen. Die USA beteiligten sich indirekt durch unterstützende Vereinbarungen.

den Menschen zu verbergen, wird jetzt immer schwieriger. Die einfachen Leute, unter anderem auch in den USA, glauben nicht daran, dass die Sowjetunion den Krieg will. Daher wird auch es auch für die Monopolisten, die Waffenproduzenten, immer schwieriger. Die Menschen glauben nicht daran, dass es jetzt erforderlich ist, [noch] mehr Waffen zu produzieren, dass es erforderlich ist, angestrengt aufzurüsten.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Verfechter des Kampfes für den Frieden, alle ehrenhaften Menschen auf der Erde, wenn sie beharrlich für den Frieden kämpfen, keine Kriegsentfesselung zulassen werden. Aber dafür muss man beharrlich und konsequent kämpfen.

Wenn man jetzt auf die Stellungnahmen von solchen Militaristen blickt, wie es in den USA bedauerlicherweise nicht wenige gibt, und ihre heutigen und früheren Reden liest, kann man sich unschwer davon überzeugen, dass es ganz andere Reden sind als vor 2-3 Jahren. Wenn damals diese Leute freche Reden gehalten und offen zur Entfesselung eines Krieges aufgerufen haben, dann entschließen sich heute nur [noch] wenige dazu. Die Aufrufe zum Krieg finden heute in verschleierte Form statt.

Zeigt dies etwa nicht, dass das Volk der USA angefangen hat, das laufende Geschehen, die Bedeutung des Geschreis über eine Kriegsgefahr seitens der Sowjetunion besser zu begreifen und zu verstehen? Daher sehen sich solche Politiker [jetzt] genötigt, ihre Kriegsleidenschaft zu mäßigen. Sie nehmen auf die Stimmung der Völker und ihr gestiegenes Selbstbewusstsein Rücksicht.

Wir werden keine Mühe scheuen, sagt N. S. Chruschtschow, um mit unserer Aktivität, die auf die Abschwächung der internationalen Spannung gerichtet ist, die Kräfte des Friedens noch mehr zu stärken und die Tätigkeit der Kräfte abzuschwächen, die sich um die Entfesselung eines neuen Krieges bemühen. Die Völker der Welt wollen keinen Krieg. Wer sich um die Entfaltung eines Krieges bemüht, muss sich jetzt umstellen, weil er begreift, dass das Volk damit nicht einverstanden ist und ihn entfernen könnte. Ich verstehe das Wort „entfernen“ in dem Sinne, dass das Volk solche Leute weder in den Kongress [der USA] noch in andere Organe der Staatsmacht wählen wird, es wird solche Leute nicht unterstützen.

Es ist doch nicht von ungefähr, dass [Joseph] McCarthy,<sup>96</sup> bildlich gesprochen, das Maul gestopft wurde,<sup>97</sup> und er jetzt seltener auftritt. Weswegen ist das

<sup>96</sup> Joseph („Joe“) McCarthy (1908–1957) machte sich die Schocks zunutze, die im Herbst 1949 die amerikanische Öffentlichkeit erfassten, als die UdSSR im September ihre erste Atombombe zündete und am 1. Oktober die Proklamation der Chinesischen Volksrepublik in Peking den Sieg der Kommunisten über die – von den USA unterstützte – Bürgerkriegspartei ins Bewusstsein hoben. Als junger, noch wenig bekannter Politiker erklärte er, politisch links eingestellte Verschwörer im eigenen Land, vor allem im State Department, hätten durch heimliche Kollaboration mit den Kommunisten die Misere verursacht, und forderte, damit müsse Schluss sein. Damit zog er die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Das *Foreign Relations Committee* des Senats sah sich im Februar 1950 zur Bildung eines *Subcommittee on the Investigation of the Loyalty of State Department Employees* unter dem Vorsitz von Millard Tydings veranlasst. Dieses legte am 17. Juli 1950 einen Bericht vor mit dem Fazit, dass seine Verdächtigungen unbegründet seien. McCarthy setzte jedoch die Denunziationen fort. Seine Behauptungen erschienen einem breiten Publikum plausibel, als seit dem ausgehenden Frühjahr 1950 der Verrat amerikanisch-britischer Atomgeheimnisse an die UdSSR durch an deren Entdeckung beteiligte Wissenschaftler wie Klaus Fuchs,

so? Eben deswegen, weil seine Stellungnahmen, seine maßlos absurden und törichten Äußerungen jetzt keine Sympathie [mehr] beim amerikanischen Volk finden.

*McDuffie*: Ich war als Jurist von Senator [Ralph] Flanders bei seinem Prozess gegen McCarthy dabei.

*Chruschtschow*: Wir treten ein für die Durchsetzung der Abrüstung, ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffentests. Wir treten für alles ein, was die Beziehungen zwischen den Völkern festigt, was den Menschen hilft, sich gegenseitig mehr und besser kennen zu lernen und was die Beziehungen zwischen den Ländern festigt, statt sie zu verschärfen.

*McDuffie*: So denken auch viele Amerikaner. So denken die Mitglieder meiner demokratischen Partei. Aber es gibt eine Frage, die der Masse der Amerikaner Sorge bereitet. Sie und andere hochrangige sowjetische Politiker sagen oft, dass Sie für den Kommunismus kämpfen, dass der Kommunismus siegen wird, mit Gewalt siegen wird. Das macht den einfachen Amerikanern Sorge. Das amerikanische Volk möchte in Ruhe und Frieden leben.

Was Sie sagen, bemerkt N. S. *Chruschtschow*, ist ein falsches Verständnis, eine Entstellung des Gedankens vom Sieg des Kommunismus.

Wir glauben, dass die Gesellschaft der Zukunft eine kommunistische Gesellschaft sein wird. Die kommunistische Gesellschaft ist die beste Gesellschaft, denn alle ihre Mitglieder werden alle von der Menschheit geschaffenen Güter nutzen können. Nur Kranke oder Idioten können denken, dass sich der Kommunismus mittels Drohungen, mittels Einschüchterung durch Atom- und Wasserstoffwaffen aufbauen lässt. Die kommunistische Gesellschaft gründet auf der großartigen marxistisch-leninistischen Lehre. Diese Lehre muss man kennen und gut verstehen.

Die Leute, die in ihrem Land eine kommunistische Gesellschaft errichten wollen, müssen mit dieser Lehre einverstanden sein. Und wenn sie mit dieser Lehre

Julius und Ethel Rosenberg bekannt wurde. Bei den Wahlen in den USA vom November 1952, als Eisenhower Präsident wurde und die ihn unterstützenden Republikaner eine knappe Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gewannen, wurde McCarthy nicht nur in den Senat gewählt, sondern vermochte auch den Eindruck zu erwecken, er habe wesentlichen Anteil am Erfolg der Republikaner. Deren Führung gab ihm zum Dank den Vorsitz des – unwichtig erscheinenden – *Government Operations Committee*, wo er vermeintlich wenig Schaden anrichten konnte. Er baute jedoch diese Position zum mächtigen Zentrum seiner auf Entlarvung ausgerichteten Tätigkeit aus, indem er das von ihm geleitete Senatskomitee als Tribüne der Anklage benutzte, die landesweit über das Fernsehen verbreitet wurde. Dadurch erlangte er lange Zeit großen Einfluss auf die öffentliche Meinung in den USA.

<sup>97</sup> Seit langem stand der – zum liberalen Flügel der Republikaner gehörende – Senator Ralph Flanders den Aktivitäten McCarthys ablehnend gegenüber. Nach seiner Ansicht lenkten diese die Aufmerksamkeit von den wichtigen Feldern der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ab und stifteten Verwirrung und Zwietracht im eigenen Land. Als immer deutlicher wurde, dass McCarthy den Beweis für die Anschuldigungen schuldig blieb, brachte Flanders am 11. Juni 1954 im Senat eine Resolution ein, in der ihm ungebührliches Verhalten vorwarf und seine Entfernung forderte. Dem wurde nach langer Diskussion am 2. Dezember 1954 mit 65 gegen 22 Stimmen entsprochen.

nicht einverstanden sind, [wenn] sie in ihrem Land die kommunistische Gesellschaft bzw. deren erste Etappe – die sozialistische Gesellschaft – nicht errichten wollen, wie kann man sie dazu zwingen, dies zu tun?

Wir betrachten die Sache so, sagt N. S. Chruschtschow. Jedes Volk entscheidet selbst und wird entscheiden, auf welche Weise es sich entwickeln wird. Das Volk, und nur das Volk, entscheidet die Frage seiner Gesellschaftsstruktur. Wenn das amerikanische Volk bei sich den Kommunismus nicht aufbauen will, dann wird das niemand für die Amerikaner tun, niemand zwingt sie dazu, den Kommunismus aufzubauen.

Wenn wir sagen, dass der Kommunismus siegen wird, gehen wir von unserer Überzeugung aus, dass alle ehrlichen Menschen danach streben, dass nicht nur sie, sondern auch die anderen gut leben und in der Lage sind, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten. In der sozialistischen, in der kommunistischen Gesellschaft ist der Mensch des Menschen Freund. In dieser Gesellschaft gibt es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gibt es keine ausbeuterischen Klassen, die auf Kosten der Arbeit anderer Klassen leben. Ist das denn schlecht? Sie nennen das eine Phantasie, aber wir, die Sowjetmenschen, haben diese Phantasie zur Wirklichkeit gemacht, indem wir die sozialistische Gesellschaft errichtet haben und im ganzen Land die kommunistische Gesellschaft aufbauen. Wir glauben daran, dass wir die kommunistische Gesellschaft aufbauen werden und dass alle Menschen auf der Welt sehen werden, welche Vorteile der Kommunismus mit sich bringt, so wie sie [schon jetzt] die großen Vorteile des sozialistischen Systems sehen.

*McDuffie:* Wir Amerikaner haben das Gefühl, wenn Sie vom Kampf für den Kommunismus sprechen, darin liegt eine gewisse Aggression.

*Chruschtschow:* Dieses Verständnis, erläutert N. S. Chruschtschow, ist eine bewusste Verdrehung der Tatsachen. Unser Kampf für den Kommunismus bedeutet, dass wir zu Hause für die Überwindung aller Schwierigkeiten beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft kämpfen. Dadurch, dass wir zu Hause für den Kommunismus kämpfen, machen wir durch ein anschauliches Beispiel klar, dass auch andere Völker in ihren Ländern die sozialistische Gesellschaft errichten können.

Unser Kampf für den Kommunismus ist durchaus kein Krieg für den Kommunismus. Es wäre dumm, für den Kommunismus Krieg zu führen. Ich habe schon früher meine Vorstellungen zu dieser Frage zum Ausdruck gebracht.<sup>98</sup>

Die Ideologen des Kapitalismus verdrehen bewusst unsere Worte über den Kampf für den Kommunismus, um einfachen Leuten einen Schreck vor dem Kommunismus einzujagen.

<sup>98</sup> Diese Aussage entspricht der These der „friedlichen Koexistenz“, die von der sowjetischen Parteiführung kurze Zeit später – auf dem XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 – zur ideologisch verbindlichen, langfristigen Strategie der Außenpolitik erklärt wurde. Danach war der Gebrauch bewaffneter Gewalt im Verhältnis „zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ zu vermeiden. Damit sollte die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Machtblöcken von Ost und West ausgeschlossen werden, der – zumal wegen der dann drohenden nuklearen Eskalation – auf beiden Seiten eine unermessliche Vernichtung erwarten ließ.

*McDuffie*: Viele verstehen es so, insofern Sie für den Kampf eintreten, dann muss irgendwer siegen. Wieso können Sie uns denn nicht in Ruhe lassen?

*Chruschtschow*: Ich habe Sie verstanden, bemerkt N. S. Chruschtschow. Sie sehen und verstehen die Sache in der Weise, dass wir gegen Sie für den Kommunismus in Amerika kämpfen wollen. Die Sache ist nicht so. Wenn wir sagen, wir führen den Kampf für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in unserem Land, dann heißt dies, dass wir für die Überwindung der vor uns liegenden Schwierigkeiten kämpfen. Wir haben in unserem Land den Sozialismus errichtet, und alle Menschen in den anderen Ländern sehen jetzt, dass der Sozialismus in der Sowjetunion tatsächlich errichtet wurde. Jetzt sind wir dabei, in unserem Land die kommunistische Gesellschaft aufzubauen, und wir werden sie aufbauen. Diese Gesellschaft wird noch größeren Fortschritt bringen als die sozialistische Gesellschaft. Schon jetzt sieht man im Ausland, wie viel fortschrittlicher das System im Sowjetland ist verglichen mit dem kapitalistischen System. Das zeigen die Erfolge unseres Landes.

Wir wollen nicht den Weg des Krieges für den Kommunismus beschreiten, sondern den Weg des friedlichen Wettstreits der zwei Systeme: des sozialistischen und des kapitalistischen. Wir denken nicht an einen Krieg für den Kommunismus. Wir wollen keinen Krieg, und wir brauchen keinen Krieg. Wir kämpfen für den Kommunismus, indem wir alle Schwierigkeiten überwinden, die sich uns auf unserem Weg zu diesem großartigen Ziel in den Weg stellen.

Ich wiederhole nochmals, sagt Chruschtschow weiter, dass die Errichtung eines neuen gesellschaftlichen Systems im Lande, auch in den USA, eine innere Angelegenheit der Völker dieser Länder selbst ist. Und niemand wird den Völkern gegen ihren Willen von außen dieses System aufzwingen. Ich möchte Sie fragen: Können Sie oder irgendein anderer Amerikaner sich für Ihre Kinder oder Enkelkinder verbürgen, dass diese nicht den Wunsch haben werden, eine kommunistische Gesellschaft aufzubauen? Ich denke nicht. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass Menschen aus den bürgerlichen Klassen nicht selten zu überzeugten Anhängern des Kommunismus oder anderer revolutionärer Strömungen werden. Beispielsweise hat im alten Russland so ein Politiker gelebt wie Kropotkin – er kam aus dem Hochadel. Der Zar selbst hütete seinerzeit den kleinen Kropotkin und sagte zu ihm, dass aus dem kleinen Jungen einmal ein guter Page werde. Der Zar hätte natürlich nie gedacht, dass dieser kleine Junge einmal ein Theoretiker des Anarchismus werden würde.<sup>99</sup>

Die bürgerliche Gesellschaft ist auf der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen aufgebaut. In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es keine Idee, die alle Mitglieder dieser Gesellschaft vereinigen würde. Der Kapitalismus, das ist ein Übel für die Werktätigen, aber die Werktätigen bilden in der kapitalistischen Gesellschaft die Mehrheit. Alles Übel geht unter im Kampf mit dem Guten.

<sup>99</sup> Fürst Pëtr Alekseevič Kropotkin (1842–1921) war ein berühmter Anarchist, dem eine herrschafts- und gewaltfrei sich entwickelnde Menschheit vor Augen stand. Bei der Durchsetzung dieses Ziels lehnte er jeden Gewaltgebrauch ab.

Ich füge hinzu: Meine Worte über den Kampf sind nicht als Kampf mit Hilfe der Waffen, mit Hilfe der Armee zu verstehen, sondern als Kampf der Ideen. Wir glauben, dass die Idee des Kommunismus siegen wird. Sie wird sich des Bewusstseins von immer neuen Millionen Menschen bemächtigen, so wie sie sich des Bewusstseins der Millionen Menschen in unserem Land und in den Ländern der Volksdemokratie bemächtigt hat. Das ist nicht der Kampf eines Volkes gegen ein anderes, sondern, wenn Sie so wollen, ein Kampf des Volkes im Volk. Die Befürworter einer Richtung kämpfen gegen die Befürworter der anderen Richtung.

Das Ende dieses Kampfes wird eintreten mit dem Sieg der kommunistischen Gesellschaft, wenn alle Menschen wirklich gleich und wirklich frei sein werden.

Die kapitalistische Idee oder, besser gesagt, die Ideen des kapitalistischen Staates, das ist die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen, das sind Ideen des maximalen Profits. Sind das etwa Ideen, die begeistern? Nein, das sind Ideen des Raubes.

*McDuffie:* (nickt mit dem Kopf). Ich denke, dass Ihre Erläuterung uns eine klarere Vorstellung gibt von den schwierigen Fragen, die uns erregen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Anschuldigung gegen uns, also die Amerikaner, ansprechen, dass wir von einer „Position der Stärke“ aus agieren. Als ich in der Ukraine war, hat man mir erzählt, dass General Tschujkow<sup>100</sup> unlängst erklärte habe, die Sowjetunion habe die USA im Bereich der thermonuklearen Waffen überholt, die Sowjetunion habe nicht weniger Bomben als die USA.

Ist eine solche Stellungnahme nicht ebenfalls als eine Stellungnahme aus „Position der Stärke“ heraus<sup>101</sup> zu verstehen?

*Chruschtschow:* General Tschujkow, sagt N. S. Chruschtschow, ist ein sehr guter General, den ich seit langem kenne, schon von der Front von Stalingrad.<sup>102</sup> Seine Worte sind offenkundig so zu verstehen, dass wir in der Lage sein müssen, diejenigen abzuwehren, die uns angreifen wollen. Schließlich sagen doch bei Ihnen in den USA viele Generäle und Nicht-Generäle, dass sie dieses und jenes auf die Sowjetunion loslassen werden. Davon reden Radford<sup>103</sup>, Dulles<sup>104</sup> und andere, sie drohen uns mit Atom- und Wasserstoffbomben.

<sup>100</sup> Vasilij Ivanovič Čujkov, der von 1949 bis 1953 als Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und Oberster Chef der Sowjetischen Kontrollkommission in der DDR eine herausragende Position inne gehabt hatte, wurde anschließend als Chef des Kiever Militärbezirks. Seit 1952 war er Kandidat des Zentralkomitees der KPdSU. 1955 wurde ihm der Rang eines Marschalls der Sowjetunion verliehen.

<sup>101</sup> McDuffie bezog sich damit auf den sowjetischen Vorwurf an die Adresse der USA und der NATO, eine Politik „aus der „Position der Stärke“ heraus zu betreiben.

<sup>102</sup> Chruščëv war 1942/43 als leitender Parteifunktionär an der Front von Stalingrad tätig.

<sup>103</sup> Admiral Arthur Radford war Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der USA, der Befehlszentrale der amerikanischen Streitkräfte. Nach dem Amtsantritt der Eisenhower-Administration leitete er mit dem Argument, dass die Verteidigungsausgaben auf diese Weise effizienter einzusetzen seien („Mehr Knall für den Dollar“) und dementsprechend verringert werden könnten, die Nuklearisierung der Militärstrategie ein.

<sup>104</sup> John Foster Dulles war seit dem Amtsantritt der Eisenhower-Administration im Januar 1953 amerikanischer Außenminister. Er verfolgte mit Nachdruck einen scharfen Kurs gegenüber den Kommunisten und der UdSSR.

Und das bestätigt meine Worte, dass Drohungen von beiden Seiten zu nichts Gutem führen können. Man sollte nicht mit seiner Stärke drohen und sich nicht seiner Vorräte an Atom- und Wasserstoffbomben rühmen.

Über eben dieses Thema habe ich heute schon mit dem englischen Korrespondenten Graham Stanford gesprochen. Wenn wir uns gegenseitig bedrohen, entsteht ein Teufelskreis, sodass wir wie auch die andere Seite eine Politik aus der „Position der Stärke“ heraus betreiben. Und das ist eine gefährliche Politik, bemerkt N. S. Chruschtschow, die üblicherweise zum Krieg führt.

Daher muss man, wenn man keinen Krieg will, eine andere Politik betreiben; eine Politik aus der „Position der Stärke“ ist eine unkluge und vor allem eine kurzsichtige Politik. Und wir reagieren darauf mit der Erklärung, dass wir nicht schwächer sind als unsere möglichen Gegner, und wir reagieren darauf nur deswegen, weil uns eine solche Politik aufgezwungen wird. Aber wir verurteilen eine Politik aus der „Position der Stärke“ heraus und wenden uns entschieden dagegen.

*McDuffie:* Wie haben Sie die Erklärung von Dulles in der Zeitschrift „Life“<sup>105</sup> aufgenommen?

*Chruschtschow:* Die Amerikaner selbst haben ihr Urteil darüber abgegeben, als sie in etwa erklärten, der Mann habe einen extremen Punkt erreicht, bemerkt N. S. Chruschtschow. Jetzt möchte sich Herr Dulles selbst aus der Lage herauswinden, in die er geraten ist. Und als ich Herrn Eisenhower nach dieser Erklärung des Außenministers gefragt habe, hat dieser nicht zufällig gesagt, dass er diese Erklärung nicht gelesen hat.

Das ist der beste Ausweg für den Präsidenten aus so einer Lage: Er liest nicht, was sein Außenminister sagt. Ich denke, wenn Herr Eisenhower diese Erklärung gelesen hätte, wäre er über das, was Dulles gesagt hat, nicht erfreut gewesen.

*McDuffie* sagt, dass er trotzdem denkt, Präsident Eisenhower den Artikel von Dulles [tatsächlich] nicht gelesen hat.

*Chruschtschow:* Ich möchte dem nicht widersprechen, sagt N. S. Chruschtschow. Es ist durchaus möglich, dass Herr Eisenhower diesen Artikel nicht gelesen hat. Ich bezweifle keineswegs die Worte von Herrn Eisenhower. Ich habe eine sehr hohe Meinung von Herrn Eisenhower, dem Präsidenten der USA – das ist ein sehr anständiger Mensch und Staatsakteur. Er hält sein Wort. Das wissen wir

<sup>105</sup> Dulles hatte am 13. Januar 1956 in einem Interview mit dem Chef des Washingtoner Büros von Time-Life, James Shepley, kritische Geschehnisse des Konflikts mit dem Kommunismus in Asien während des vergangenen Jahres angesprochen – die Bedrohung der direkt vor dem Festland gelegenen, aber zu Taiwan gehörenden Inseln Quemoy und Matsu durch China im April, die ebenfalls von China verursachte Unterbrechung der in Korea geführten Waffenstillstandsverhandlungen im Juni und die Belagerung und Einnahme von Dien Bien Phu durch den kommunistischen Vietnam im Frühjahr – und betont, die USA seien dabei bis an die Schwelle des Krieges gegangen. Die Fähigkeit, bis an diese Schwelle zu gehen, aber nicht zum Krieg zu schreiten, sei die notwendige Kunst. Wenn man davonlaufe und sich fürchte, sei man verloren. Die Vereinigten Staaten seien bis an die Schwelle gegangen und hätten der Gefahr ins Auge geblickt. Die letzte Verantwortung liege bei Präsident Eisenhower. Dieser sei bei keiner Gelegenheit zurückgewichen. Das Interview war am 16. Januar 1956 im Magazin „Life“ unter der Überschrift „How Dulles Averted War“ veröffentlicht worden.

noch aus dem Krieg, den wir gemeinsam gegen Hitler-Deutschland geführt haben.<sup>106</sup>

*McDuffie*: Dulles hat in seinem Artikel gesagt, dass wir einige Male am Rande des Krieges gestanden haben. Die Amerikaner glauben das nicht.

*Chruschtschow*: Jeder hat seine Vorstellung darüber, wo sich der Rand befindet, erwidert N. S. Chruschtschow. Ich kann schwer beurteilen, was Herr Dulles als diesen Rand versteht. Schließlich hat er das erklärt, und er ist der Außenminister der USA und weiß offenbar, ob sich Amerika am Rand des Krieges befunden hat, ob es Krieg anfangen wollte. Ich habe keine Beweise, die gegen diese Behauptung sprechen.

Aber ich kann sagen, sagt N. S. Chruschtschow weiter, wer Krieg anfängt, nimmt gegen das Volk Stellung.

Ich habe keine Daten zur Hand, um Ihnen zu sagen, Dulles habe die Menschheit nicht in einen Krieg stürzen wollen. Ich kann nur die Bemerkung machen, dass sich das, wovon Dulles gesprochen hat, unschwer machen lässt, wenn man einen so hohen Posten inne hat wie den des [amerikanischen] Außenministers.

*McDuffie* sagt, dass er der Erklärung von Dulles keinen Glauben schenkt, so wie ihr auch viele [andere] Amerikaner keinen Glauben schenken.

*Chruschtschow*: Ich wiederhole, dass ich keinen Grund habe, Dulles keinen Glauben zu schenken, bemerkt N. S. Chruschtschow. Wir als Politiker müssen daraus den Schluss ziehen, dass Politiker wie Dulles offenbar zu jedem Irrsinn bereit sind. Schließlich geht es hier um Krieg und überdies um einen nicht gewöhnlichen Krieg.

Fragen von Krieg und Frieden sind keine Fragen eines Spiels, sondern Fragen des Schicksals der Völker. Deswegen nahmen wir Dulles' Erklärung sehr ernst. Wir werden sehen, was daraus wird. Er hat uns nicht eingeschüchtert und schüchtert uns nicht ein. Wir haben starke Nerven. Das haben wir [schon] mehrfach bewiesen.

Wir können sagen, dass auf unserer Seite, also auf der Seite derer, die keinen Krieg wollen, mehr Menschen stehen als auf der Seite derer, die Krieg wollen. So ist die Lage sogar in Amerika, wo das Volk ebenfalls keinen Krieg will.

Ich möchte bemerken, sagt N. S. Chruschtschow, dass die Liquidierung des „Kalten Krieges“ am nützlichsten ist, und darum sollte man sich bemühen. Daher will ich Ihnen sagen, dass keines der Worte, die ich in diesem Gespräch geäußert habe, als Instrument für ein weiteres Anfachen des „Kalten Krieges“ verwendet werden sollte. Schließlich ist der „Kalte Krieg“ keineswegs ein Segen für die Völker.

Ich würde es für eine große Auszeichnung – für mich persönlich und für mein Volk – halten, wenn zwischen unseren Ländern friedliche und freundschaftliche

<sup>106</sup> Wie nach wiederholten Äußerungen Chruschtschows bei anderen Gelegenheiten zu vermuten ist, dachte er daran, dass Eisenhower als Oberbefehlshaber der amerikanischen und britischen Truppen in Mitteleuropa in der Schlussphase der Kämpfe auf den Vorstoß nach Berlin verzichtete, um, wie er der sowjetischen Seite mitteilte, der Roten Armee die Eroberung der deutschen Hauptstadt zu überlassen.

Beziehungen hergestellt werden könnten. Schließlich wollen das alle einfachen Leute unseres Landes wie auch die einfachen Leute der USA.

Unser Gespräch hat sich lange hingezogen. Ich möchte Ihnen dafür danken, weil ich in gewissem Maße die echte Stimme Amerikas gehört habe. Nicht jene „Stimme Amerikas“, die per Radio verbreitet wird<sup>107</sup> – auf die höre weder ich noch andere Sowjetmenschen. Ich denke, dass unser Gespräch Nutzen bringen wird.

*McDuffie* dankt N. S. Chruschtschow für das aufrichtige und gute Gespräch und sagt, er werde sich bemühen, alles, was N. S. Chruschtschow gesagt habe, an das amerikanische Volk weiterzugeben.

Er äußert den Wunsch, seine Gesprächsniederschrift mit der Niederschrift abzugleichen, die während des Gespräches [von sowjetischer Seite] angefertigt wurde.

*Chruschtschow* bringt sein Einverständnis zum Ausdruck.

*McDuffie* teilt mit, dass er mit dem Erlernen der russischen Sprache begonnen hat. Sich der Karte zuwendend, die an der Wand hängt, sagt er: Es beunruhigt mich, dass auf Ihrer Karte die Vereinigten Staaten von Amerika in so kleinem Maßstab dargestellt ist. Auf unserer Karte sieht das ganz anders aus.

*Chruschtschow*: Hier ist nichts entstellt worden, sagt N. S. Chruschtschow. Alles ist im gleichen Maßstab dargestellt.

*McDuffie*: Auf unseren Karten sind die Vereinigten Staaten von Amerika in die Mitte gerückt.

*Chruschtschow*: Es wäre nicht zu verstehen, wenn auf der Karte, die bei mir hängt, die USA in der Mitte wären. Sie würden sagen, Chruschtschow führt etwas im Schilde. Der Maßstab auf der Karte ist jedoch für unser Land und für die anderen Länder gleich.

*McDuffie* bedankt sich nochmals für das Gespräch.

Aufgezeichnet von I. Bubnow

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 578, Bl. 51–73  
(Gesamter Text: Bl. 43–72)

<sup>107</sup> Die von der *Information Agency* der USA betriebene Rundfunkstation *Voice of America* wandte sich an das Ausland. Vor allem die Schlagermusik verschaffte ihr weltweit ein großes Publikum, das sich dann oft auch die – in der jeweiligen Landessprache gesendeten – Nachrichten anhörte.

## 6. Rede Chruschtschows auf der Beratung mit den Vertretern der ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien am 27. Februar 1956 in Moskau

*Chruschtschow:* Weil im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion<sup>108</sup> die Führungskader nahezu aller kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und ebenso verschiedener asiatischer und amerikanischer Länder in Moskau zusammengekommen sind, ist es offenbar an uns, den Vertretern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Initiative zur gemeinsamen Erörterung einer Reihe von äußerst wichtigen Fragen zu ergreifen.

Wir halten es vor allem für notwendig, unsere Meinungen auszutauschen über das weitere Bestehen des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien<sup>109</sup> und über die künftigen Kontakte zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir in der neuen Situation die Kontakte zwischen unseren Bruderparteien besser und flexibler gestalten können, damit sie die Möglichkeit bieten, die Aktivitäten jeder unserer kommunistischen und Arbeiterparteien besser zu entwickeln, alle unsere Kräfte besser zum Vorteil der Arbeiterklasse zur Erreichung der großen Ziele zu nutzen, die sich unsere Parteien hinsichtlich der Erringung des Sieges der Arbeiterklasse, des Sieges der Werktätigen gestellt haben.

Gestatten Sie mir, die Meinung der Delegation der Sowjetunion konkreter zu äußern. Wir finden, dass das Kominform, wie es oft genannt wird, in der Form, in der es jetzt existiert, nicht überlebensfähig ist; im Grunde funktioniert es jetzt nicht.

Vor der gesamten bürgerlichen Welt, vor unseren ideellen Gegnern, haben wir es [das Kominform], wie Sie sehen, bis zum Parteitag verteidigt. Diese Verteidigung war notwendig, weil es hier prinzipielle Fragen geht; wir haben die Existenz des Kominform verteidigt, um zu zeigen, dass wir keine Einmischung in unsere Parteiangelegenheiten seitens unserer ideellen Gegner dulden, dass dies eine innere Angelegenheit der kommunistischen Parteien ist. Und hier nehmen wir keine Ratschläge von anderen an, sondern wir treten für unser Recht auf die

<sup>108</sup> Der XX. Parteitag der KPdSU, auf dem eine politische Linie festgelegt wurde, fand vom 14. bis 25. Februar 1956 statt.

<sup>109</sup> Das Kominformbüro war auf der Konferenz der kommunistischen Parteien der UdSSR, der Volksdemokratien, Frankreichs und Italiens in Szklarska Poręba (Schreiberhau) vom 22. bis 28. September 1947 gegründet worden und hatte seine Tätigkeit unter das Motto gestellt, dass sich die Lager des Sozialismus und des Imperialismus (d. h. des Westens) einander in unerbittlicher Feindschaft gegenüberstünden. Die 2. Kominform-Konferenz vom 19. bis 23. Juni 1948 wurde vom Konflikt Stalins mit Tito bestimmt, der kurz danach, am 28. Juni, aus der kommunistischen Bewegung ausgeschlossen wurde. Die 3. Kominform-Konferenz vom 16. bis 19. November 1949 diente als Forum der sowjetischen Friedenskampagne, die sich gegen die amerikanische Atombombe und die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa richtete. Ein reichliches Jahr später verlor Stalin das Interesse am Kominformbüro, als sich der italienische Parteichef Palmiro Togliatti weigerte, Italien zu verlassen, um als Generalsekretär dessen Leitung zu übernehmen. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU verfügte Chrusčëv am 17. April 1956 die Auflösung des Kominformbüros.

Existenz der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Organisationen ein, die diese Parteien vereinen.

Wir haben immer gesagt, dass die kommunistischen und Arbeiterparteien das legitime Recht haben, Kontakt miteinander zu haben, so wie ihn auch die bürgerlichen Organisationen haben. Und das ist eine prinzipielle Frage. Ich denke, wir haben uns richtig verhalten, als wir für die Nichteinmischung verschiedener Kräfte in die inneren Angelegenheiten der kommunistischen und Arbeiterparteien eingetreten sind und ihr legitimes Recht auf allgemein akzeptierte Formen des internationalen Austausches und der Zusammenarbeit verteidigt haben.

Wir kommen jetzt auf diese Frage zu sprechen – unter dem Gesichtspunkt des Interesses unserer Parteien müssen wir darüber nachdenken, wie wir unsere gemeinsame Arbeit besser organisieren können. Schließlich sind gegenwärtig längst nicht alle kommunistischen Parteien der Länder des sozialistischen Lagers im Informationsbüro vertreten. Zum Beispiel nimmt die Kommunistische Partei Chinas nicht an dieser Organisation teil, es nehmen nicht teil die Parteien Albanien, der Deutschen Demokratischen Republik, Koreas, der Mongolei und Vietnams. Als das [Kom-]Informbüro gegründet wurde, gab es schließlich die Demokratische Republik Vietnam noch nicht,<sup>110</sup> doch auch jetzt ist die Kommunistische Partei von Vietnam nicht im Informbüro vertreten.

Aber die zwei größten Bruderparteien der westlichen Länder – die von Frankreich und Italien – gehören dazu. Natürlich steht die Arbeit dieser zwei Parteien für viele Parteien. Aber trotzdem umfasst das Kominform sogar formal nicht alle [Parteien], die es gemäß der Logik der Sache umfassen müsste. Es stellt nicht die Organisation dar, die wir alle gerne hätten. Daher glauben wir, dass es notwendig ist, das Kominform zu reorganisieren.

Ich bringe dazu folgende Meinung des Präsidiums des ZK der KPdSU zum Ausdruck. Wir glauben, man sollte ein Aktionsbüro für die Kontakte zwischen den Kommunistischen Parteien, den Arbeiterparteien der Länder einrichten, in denen die Arbeiterklasse schon gesiegt hat, der Länder, in denen der Sozialismus schon errichtet wird. Welcher Art wird die Tätigkeit dieses Büros sein? Worin sollen die Kontakte zwischen unseren Parteien zum Ausdruck kommen? Über diese Fragen muss man nachdenken, um sie gut auszuarbeiten. Denn wenn wir uns über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen verständigen oder Einvernehmen darüber erzielen, dass alle Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung des Aktionsbüros für die Kontakte zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien ausgearbeitet werden, wird es offensichtlich notwendig werden, diese Arbeit durchzuführen, und dann treffen wir über alles eine Übereinkunft und fassen den entsprechenden Beschluss.

Die französischen und italienischen Genossen werden wohl ihre Ansicht auf dieser Sitzung selbst zum Ausdruck bringen. Was die anderen Parteien betrifft, beschränken wir uns vielleicht jetzt darauf, dass wir uns nach interner Erörterung

<sup>110</sup> Nach dem Fall der Festung Bien Dien Phu, der die Niederlage der französischen Kolonialmacht gegen den kommunistischen Vietminh besiegelte, wurde Vietnam auf der Genfer Indochina-Konferenz vom 8. Mai bis 21. Juli 1954 zweigeteilt. Im Norden konstituierte sich als kommunistischer Staat die Demokratische Republik Vietnam.

dieser Fragen in jeder der kommunistischen Parteien, bei der verschiedene Erwägungen geäußert werden, noch einmal treffen und gemeinsam alles entscheiden.

Als wir über all diese Fragen nachgedacht haben, sind verschiedene Erwägungen und Ideen darüber zutage getreten, wie es mit den anderen kommunistischen Parteien [weiter]gehen soll, beispielsweise mit den kommunistischen Parteien der Länder Südamerikas, Westeuropas, Skandinaviens, Asiens, Afrikas, der Vereinigten Staaten von Amerika, Japans und anderer Länder. Und hier haben wir noch keine klare Meinung dazu, wie sich die Kontakte zwischen den kommunistischen Parteien dieser Länder verstärken lassen. Offensichtlich müssen wir zu all diesen Fragen entweder jetzt oder etwas später unsere Ansichten austauschen.

Ich denke, dass wir jetzt [noch] keinen erschöpfenden Meinungsaustausch haben können, denn manche Genossen, die zu uns zum XX. Parteitag gekommen sind, haben nicht im Blick gehabt, dass diese Frage erörtert wird. Sie werden sicher sagen, dass sie sich [noch] mit den Zentralkomitees ihrer Parteien beraten müssen. Und das ist natürlich so. Daher werden wir unsere heutige Sitzung als einen vorbereitenden Meinungsaustausch betrachten, damit dann, wenn wir auseinander gegangen sind, alle kommunistischen Parteien diese Fragen zu Hause in ihren Zentralkomitees erörtern können, um danach eine schriftliche Vereinbarung zu schließen oder uns vielleicht auch noch einmal zu treffen. Aber das wird bereits ein anderes Treffen sein, wenn all diese Fragen von den Zentralkomitees aller unserer kommunistischen und Arbeiterparteien besprochen worden sind.

Wer möchte zu dieser Frage das Wort ergreifen?

Weiter folgen Stellungnahmen der Genossen:

Togliatti<sup>111</sup>

Gheorghiu-Dej<sup>112</sup>

Ulbricht<sup>113</sup>

Duclos<sup>114</sup>

Berman<sup>115</sup>

Thorez<sup>116</sup>

Novotný<sup>117</sup>

*Chruschtschow*: Möchte noch jemand zu dieser Frage das Wort ergreifen, oder meinen wir, dass alles klar ist?

*Woroschilow*: [Alles] klar.

<sup>111</sup> Palmiro Togliatti war Generalsekretär des ZK der Italienischen Kommunistischen Partei.

<sup>112</sup> Gheorghe Gheorghiu-Dej war Erster Sekretär des ZK der – regierenden – Kommunistischen Partei Rumäniens.

<sup>113</sup> Walter Ulbricht war Erster Sekretär des ZK der SED, welche die Herrschaft in der DDR ausübte.

<sup>114</sup> Jacques Duclos war von 1950 bis 1953 geschäftsführender Generalsekretär des ZK der Französischen Kommunistischen Partei gewesen und war nach seinem – gesundheitlich begründeten – Rücktritt weiter ein maßgebliches Führungsmittglied der Partei geblieben.

<sup>115</sup> Jakub Berman bildete zusammen mit dem Ersten Sekretär des ZK, Bolesław Bierut, und mit Hilary Minc das Führungstrio der – regierenden – Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Als Leiter des Sicherheitsapparats führte er in den späten 1940er Jahren die blutige Unterdrückung der Opposition durch.

<sup>116</sup> Maurice Thorez war Generalsekretär des ZK der Französischen Kommunistischen Partei.

<sup>117</sup> Antonín Novotný war Erster Sekretär des ZK der – regierenden – Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

*Chruschtschow:* Also, Kliment Jefremowitsch sagt, dass alles klar ist. Dann erlauben Sie mir, die von uns zu erörternde Frage in zwei Bestandteile aufzuteilen. Der erste Teil, den wir schon jetzt entscheiden können und den zu entscheiden wir auch bevollmächtigt sind, weil hier die Vertreter aller Parteien da sind, die im Informationsbüro der kommunistischen Parteien vertreten sind, betrifft das Folgende. Aus der Erörterung kann man den Schluss ziehen, dass alle anwesenden Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien glauben, dass das Informationsbüro in der Form, wie es jetzt besteht, nicht fortgeführt werden sollte, dass es überholt ist.

*Bulganin:* Es hat sich nicht bewährt.

*Chruschtschow:* Man kann nicht sagen, dass es sich nicht bewährt hat. Nein, es hat die ganze Zeit eine positive Rolle gespielt. Aber jetzt, in dieser Etappe, hat es sich überlebt, und in der Form, wie es existiert, erfüllt es die Anforderungen unserer Parteien nicht. Deswegen ist zu entscheiden, dass es in dieser Form nicht bestehen kann. Und dabei zu erläutern, dass wir zu der Entscheidung gelangt sind, das Informationsbüro abzuschaffen, aber ganz und gar nicht deswegen, weil man uns wegen ihm angreift. Die Bourgeoisie wird uns angreifen, solange sie existiert, denn es geht um die Frage, „wer schlägt wen“, und in diesem Kampf gibt keiner dem anderen nach.

Wir ziehen den Schluss, dass uns das Kominform nicht zufrieden stellt, weil die „Kosten“, die wir in Form der Angriffe seitens der Bourgeoisie haben, durch die Existenz des Kominform nicht gerechtfertigt werden. Daher treffen wir die Entscheidung, dass wir das Aussehen dieses Organs der internationalen Gemeinsamkeit und der brüderlichen Zusammenarbeit verändern müssen, damit es kampffähiger und wirkungsvoller wird.

*Stimmen:* Richtig.

*Bulganin:* Es hat sich faktisch überlebt.

*Chruschtschow:* Ja, es hat sich überlebt, es existiert faktisch nicht, weil es nicht funktioniert.

Das heißt, können wir jetzt eine derartige Entscheidung treffen, oder sollen wir besser meinen, dass wir uns darüber verständigen und danach die Vertreter der kommunistischen Parteien, wenn sie nach Hause zurückkehren, darüber diskutieren und ihre Ansicht dazu mitteilen, um eine abgestimmte Entscheidung und eine Pressemeldung auszuarbeiten, die uns unbedingt zu übermitteln sind.

*Bulganin:* Der zweite Vorschlag ist besser.

*Chruschtschow:* Wir werden [also] meinen, dass über diese Frage im Prinzip Einvernehmen erzielt worden ist. Doch jede kommunistische und Arbeiterpartei, die dem Informationsbüro der kommunistischen Parteien angehört, wird diese Frage nochmals zu Hause im Zentralkomitee erörtern und ihre abschließende Meinung nach Moskau übermitteln. Lassen Sie uns übereinkommen, wer mit der Zusammenführung aller Meinungen beauftragt werden soll. Es wird offensichtlich am einfachsten sein, das alles in Moskau zu machen. Keine Einwände? Dann

lasst uns vereinbaren, dass das Zentralkomitee jeder Partei seine Entscheidung in dieser Frage nach Moskau übermittelt. Mithin haben wir uns über die erste Frage geeinigt.

Nun die zweite Frage – zu den künftigen Organisationsformen des Kontakts zwischen unseren Kommunistischen Parteien. Hier ist ebenfalls ein Meinungsaustausch nötig. Wir möchten vorschlagen, jetzt ein Kontaktbüro nur für die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder einzurichten. Ich präzisiere: kein Koordinationsbüro, sondern ein flexibleres Organ, ein Kontaktbüro. Die Fragen der Koordination, das sind sehr komplizierte Fragen. Wir denken, dass wir das in dieser Zusammensetzung nicht schaffen, weil in jedem Staat, sogar in den sozialistischen Staaten, zu viele Besonderheiten vorhanden sind. Darum werden wir genötigt sein, ein Organ zu schaffen, das die konkreten Besonderheiten von jedem Staat benennt und untersucht. Wir glauben, dass wir damit gegenwärtig überfordert sind und dass auch ein derartiges Organ gegenwärtig nicht angebracht ist. Darum ist es zweckmäßig, ein Kontaktorgan zu schaffen, wenn natürlich die Genossen damit einverstanden sind.

*Togliatti:* Auch die Sowjetunion wird ihm angehören.

*Chruschtschow:* Ja, einem derartigen Organ werden alle Länder des sozialistischen Lagers und die Sowjetunion angehören.

Vielleicht einigen wir uns darauf, dass wir uns auf die schon abgegebenen Stellungnahmen zu dieser Frage beschränken, damit alle Vertreter der kommunistischen Bruderparteien, die hier sind, nach dem Auseinandergehen diese Frage zu Hause in ihren Zentralkomitees erörtern und uns danach ihre Meinung mitteilen?

*Bulganin:* Das ist das Einfachste.

*Chruschtschow:* Offenbar wird es so am besten sein, weil die Genossen jetzt nicht auf die Erörterung dieser Frage vorbereitet sind.

Ich denke, wir werden keine Pressemitteilung über unsere Beratung bringen. Das ist ein Meinungsaustausch hinter verschlossenen Türen. Wenn die Frage in allen kommunistischen und Arbeiterparteien erörtert worden ist und sich jede Partei dazu geäußert hat, wenn alle Meinungen und Entscheidungen zu einem allgemeinen Ergebnis vereinigt worden sind, werden wir aufgrund der eingegangenen Materialien ein Schreiben verfassen, und es allen kommunistischen Bruderparteien zuschicken und auch einen Entwurf von Vorschlägen, einen Entwurf für die [Presse-]Mitteilung formulieren – und alle diese Materialien werden wir zur gemeinsamen Formulierung mit allen kommunistischen Parteien herumschicken. Seid ihr, Genossen, mit diesem Vorschlag einverstanden?

*Stimmen:* Einverstanden.

*Chruschtschow:* Wenn ihr einverstanden seid, dann werden wir ebenso auch bei der zweiten Frage verfahren: hinsichtlich der Schaffung des Kontaktbüros. Hier ist ebenfalls Vieles zu erörtern, diese Frage muss gut vorbereitet werden, alle Materialien müssen zu einer gemeinsamen Formulierung führen. Vielleicht entscheiden wir so: Wir werden jetzt alle dazu vorhandenen Vorschläge zusammenführen, sie allen kommunistischen Parteien zuschicken und sie um ihre Meinung

bitten. Wenn wir diese Meinungen erhalten haben, werden wir vielleicht die Publikation einer entsprechenden Pressemeldung beschließen. Und vielleicht beschließen wir auch, nochmals zusammenzukommen, das sollten wir ebenfalls nicht ausschließen, zumal wir wegen Fragen, in denen wir uns früher abgesprochen haben, nochmals zusammenkommen müssen: im April. Dann werden wir wohl auch diese Fragen abschließend entscheiden.

*Molotow*: Die französischen und italienischen Genossen wissen nichts davon.

*Chruschtschow*: Die französischen und italienischen Genossen sind nur indirekt an der Konferenz im April interessiert, weil sie nicht daran teilnehmen werden – das wird ein Treffen von Führungskadern der sozialistischen Länder zu Fragen der Stärkung der wirtschaftlichen Verbindungen sein.

Vielleicht einigen wir uns darauf: wir bitten die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens darum, Vorschläge zu den Fragen der Kontakte zwischen den kommunistischen Bruderparteien der kapitalistischen Länder auszuarbeiten, sich darüber Gedanken zu machen, ihre Vorschläge auszuarbeiten und, wie ich sagen würde, dazu Vorstellungen zu unterbreiten. Diese Vorstellungen werden wir dann wohl zugrunde legen, wenn wir auf ebendieser Grundlage Kontakte mit anderen Ländern außerhalb Westeuropas, zum Beispiel mit den Ländern des Ostens, den Ländern Amerikas organisieren. Einverstanden?

*Bulganin*: Richtig.

*Woroschilow*: [Alles] klar.

*Chruschtschow*: Ich möchte auf unserer Beratung noch eine Frage ansprechen, an der vor allem die Sowjetunion interessiert ist, zudem auch alle Länder unseres sozialistischen Lagers interessiert sind, die vollständig auf dieser Beratung vertreten sind. Wir, das heißt die Kommunistische Partei der Sowjetunion, haben schon einiges organisatorisch unternommen in dieser Sache.

Es geht um eine Verstärkung der Kontakte mit den sozialistischen Parteien.<sup>118</sup> Wir möchten, dass unsere Freunde, die Franzosen und Italiener, uns und sich selbst bei der Klärung der Frage helfen: Womit soll die Anbahnung des Kontakts zwischen den kommunistischen und den sozialistischen Parteien in ihren Ländern, aber auch [die Anbahnung] des Kontakts zwischen uns und den sozialistischen Parteien dieser Länder beginnen [?]. Das ist eine sehr wichtige Frage, Genossen. Wir möchten die französischen und italienischen Kommunisten bitten, sich Gedanken darüber zu machen, wie die KPdSU am besten mit den sozialistischen Parteien Kontakt herstellen kann, im gegebenen Fall mit den Sozialisten Frankreichs und den englischen Labour-Politikern, die ebenfalls bei gemeinsamen Sache von einigem Nutzen sein könnten. Eure kommunistischen Freunde in Frankreich und Italien haben viel Erfahrung im Umgang mit den sozialistischen Parteien, und sie haben ein besseres Gefühl dafür, wie man an die Lösung dieses Problems herangehen sollte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir [zwar] in bestimmten Fragen stärker sind als ihr, aber was die Arbeit in den Reihen der Ar-

<sup>118</sup> Gemeint sind die westlich ausgerichteten Sozialdemokraten.

beiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz der kapitalistischen Länder anbelangt, so sind wir weit [davon] entfernt, und hier könnt ihr uns große Hilfe erweisen. Schließlich sind wir mit der Entscheidung konkreter Fragen des sozialistischen Aufbaus befasst, und deswegen kommt der Dienst, den ihr uns in dieser Sache erweist, umgekehrt auch euch zugute, weil dies im Grunde unserer gemeinsamen Sache nutzen wird, mithin auch euch, Genossen.

*Stimmen:* Richtig.

*Chruschtschow:* Ich weiß nicht, wann die französischen und italienischen Genossen an die Abreise denken. Vielleicht sollten wir uns nochmals treffen und unsere Meinungen dazu austauschen. Vielleicht treffen wir uns nicht in so großem Rahmen wie jetzt, denn das Problem der Kontakte mit den sozialistischen Parteien ist ein sehr konkretes und spezifisches Problem.

Wir, die Vertreter der Sowjetunion, müssen beispielsweise im April nach London fahren, wohin wir eingeladen worden sind. Man lädt uns ebenfalls ein, unterwegs andere Länder zu besuchen. Es kommen zu uns auch ausländische Politiker, darunter auch Sozialdemokraten. Zum Beispiel kommen Dänen: Sozialdemokraten, es sind [schon] Norweger und Schweden da gewesen. Wir haben großes Interesse an eurer Meinung zur Frage der Verstärkung der Kontakte mit den sozialdemokratischen Parteien, die sich zur Verstärkung unserer Positionen nutzen lassen. Wenn es euch nicht eilig ist, wenn unser Klima euch nicht besonders hart ist, dann bitten wir die französischen und italienischen Genossen, dass sie sich mit der Heimreise nicht sehr beeilen.

*Woroschilow:* Ein kleiner Tag kann es sein.

*Bulganin:* Auch länger kann es sein.

*Chruschtschow:* Wenn die Genossen meinen, wir können damit den Meinungsaustausch für heute beenden, dann lasst uns jetzt Schluss machen. Gibt es noch Fragen? (Stimmen: Nein).

Anastas Iwanowitsch Mikojan fürchtet, ich könnte vergessen, euch zum Essen einzuladen. Ich bitte euch, zum Mittag- oder Abendessen zu bleiben, das im Gergiewskij-Saal stattfinden wird.

Damit beenden wir unsere Arbeit.

Handschriftlich korrigierte Niederschrift des Stenogramms  
Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis<sup>1</sup> 1, delo 443, Bl. 73-83

## 7. Gespräch mit der Delegation der sozialistischen Partei Frankreichs am 4. Mai 1956 (Auszug)

Am Gespräch nahmen teil die Delegation des ZK der KPdSU: die Genossen N[ikita] S. Chruschtschow, A[nastas] I. Mikojan, M[ichail] A. Suslow, D[imitrij] T. Schepilow, B[oris] N. Ponomarjow und die vollständige Delegation der französischen sozialistischen Partei<sup>119</sup> unter der Leitung des stellvertretenden Generalsekretärs der Partei, Pierre Commin.<sup>120</sup>

Weiter waren anwesend das Mitglied des ZK der KPdSU, Gen. M. Mitin, und der stellv. Leiter der Abteilung des ZK der KPdSU für Verbindungen mit ausländischen kommunistischen Parteien, Gen. D. P. Schewljagin.

Nach der beiderseitigen Vorstellung der Delegationen und dem Austausch von Grußworten wendet sich *Gen. Chruschtschow* an die Gäste:

Erlauben Sie mir, Sie im Namen des Zentralkomitees der KPdSU zu begrüßen und den Wunsch zu äußern, dass Sie alle unser Land mit wachen Sinnen kennen lernen, und ebenso, dass es aufgrund unserer Begegnungen zu guten Beziehungen zwischen unseren Parteien kommt, zu Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens.

Wir wissen natürlich, dass Sie so wie wir in der Vergangenheit im Kampf gegeneinander viel Tinte und Papier verwendet haben, und es wäre unrealistisch, von einer einzigen Begegnung die Überwindung unserer Meinungsverschiedenheiten zu erhoffen.

Aber wenn es aufseiten jeder Delegation von Anfang an gute Absichten gibt, die auf dem Wunsch beruhen, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, dann ist zu hoffen, dass wir mit der Zeit eine gemeinsame Sprache finden werden. Wir geben uns natürlich nicht der Illusion hin, dass wir mit Ihnen in allen Fragen übereinstimmen werden. Aber für die Werktätigen Frankreichs wie für das sowjetische Volk gibt es viele lebenswichtige Fragen, zu denen wir auf einen gemeinsamen Standpunkt hinarbeiten können und müssen. Diese Fragen sind nach unserer Ansicht: Entspannung der internationalen Beziehungen, Gewährleistung und Festigung des Friedens, Abrüstung, Kampf gegen das Wiedererstehen der deutschen *Wehrmacht*.<sup>121</sup> Genau diese Probleme interessieren in erster Linie auch uns, und, wie wir annehmen, sind diese gleichermaßen auch für Sie von Interesse. Wenn wir zu diesen wichtigen Problemen eine gemeinsame Sprache finden könnten, wäre das ein großer Schritt nach vorn sowohl im Interesse der Völker Frankreichs und der Sowjetunion als auch aller anderen Völker der Welt.

<sup>119</sup> Die Partei hieß offiziell Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO, Französische Sektion der Arbeiterinternationale). Sie hatte sich 1919 nicht der Kommunistischen Internationale (Komintern) angeschlossen, sondern war Mitglied der 2., sozialdemokratisch ausgerichteten Internationale geblieben. Bis zum Zweiten Weltkrieg die stärkste Linkspartei in Frankreich, erhielt sie seit 1944 stets weniger Stimmen als die Kommunisten, gegen die sie politisch Stellung bezog. Seit 31. Januar 1956 war ihr Vorsitzender, Guy Mollet, französischer Ministerpräsident, der sich auf eine Koalition mit den Radikalsozialisten (einer liberalen Partei) stützte.

<sup>120</sup> Commin nahm die Leitung der SFIO geschäftsführend wahr.

<sup>121</sup> Chrusčëv benutzte dieses ressentimentgeladene deutsche Wort, um zu suggerieren, dass die in der Bundesrepublik im Aufbau befindliche Bundeswehr auf die gleiche Aggressionspolitik ausgerichtet werde wie Hitlers Streitkräfte.

Wir heißen Sie nochmals willkommen und wünschen uns, dass Sie mit wachen Sinnen das Leben des sowjetischen Volkes in sich aufnehmen und – am wichtigsten – dass Sie richtig verstehen und beurteilen, was Sie sehen.

Gen. Chruschtschow sagt weiter, dass die Delegation des ZK der KPdSU bereit ist zu hören, was die Delegation der französischen sozialistischen Partei zu sagen hat.

*Commin:* Gen. Chruschtschow, Genossen! Vor allem danke ich Ihnen im Namen der Delegation für die herzliche und freundschaftliche Begrüßung, die ein gutes Zeichen dafür ist, dass unser Besuch nützlich sein wird. Wir haben mitgebracht und möchten den Gen. Chruschtschow und Bulganin als Zeichen unseres Dankes einige bescheidene Geschenke überreichen. Diese Geschenke sind mit den Händen französischer Werktätiger gemacht worden. Sie sind bescheiden, aber sie bringen unser Gefühl der Wertschätzung des herzlichen Empfangs gut zum Ausdruck, den Sie uns hier bereiten.

Sie kennen schon die Zielsetzung unserer Reise. Sie besteht darin, möglichst viel zu sehen, so viele Probleme wie möglich zu studieren. Wir haben schon viel gesehen und eine Reihe von Begegnungen und Gesprächen gehabt. All das wird dazu beitragen, uns den richtigen Eindruck von der Sowjetunion zu verschaffen. Was wir schon gesehen haben und was wir noch sehen werden, wird uns helfen, Ihre Politik kennen zu lernen, was sich nach unserer Ansicht als für unsere beiden Länder nützlich erweisen wird.

Unsere Einstellungen lassen sich als Einstellungen guten Willens charakterisieren. Wir tendieren nicht dazu, von allem von vornherein begeistert zu sein, aber wir beabsichtigen auch nicht, von vornherein an allem Kritik zu üben. Wir werden die gesamte Information sammeln und sie dem Führungskomitee der SFIO vorlegen. Wir wissen, dass uns in einer Reihe von Fragen gravierende theoretische Differenzen trennen.<sup>122</sup> Und Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass eine einzige Begegnung nicht ausreichen wird.

Wir würden, wenn möglich, gerne ein paar Probleme klären. Unsere Genossen formulieren einige Fragen an Sie, und wir bitten Sie, darauf zu antworten.

Weiter nennt Commin die Delegierten, die Fragen stellen wollen und meint, dass dies vielleicht zu viele Fragen sind, doch würde uns dies helfen, hinsichtlich der Situation und der Politik der Sowjetunion klarer zu sehen. Dafür wird es vielleicht noch einer weiteren Begegnung bedürfen, weil wir eine ganze Reihe von Fragen haben. Wir versprechen Ihnen, dass wir uns beim Meinungsaustausch offen und loyal verhalten, und nehmen an, dass von Ihrer Seite ebenfalls Offenheit und Loyalität gezeigt wird.

*Chruschtschow* bemerkt, dass der Vorbehalt hinsichtlich der Loyalität offenbar angesichts der bitteren Erfahrung des Gesprächs der Labour-Delegation mit der sowjetischen Delegation in London<sup>123</sup> gemacht wird. Aber wir sind uns unserer

<sup>122</sup> Die französischen Sozialisten lehnten die marxistisch-leninistische Doktrin ab und bekannten sich stattdessen zu einer demokratischen, evolutionär ausgerichteten Interpretation der Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels.

<sup>123</sup> Chruščëv und Bulganin hatten ihren Staatsbesuch in London vom 18. bis 27. April 1956 unter anderem zum Gespräch mit dem Chef der Labour-Opposition, Hugh Gaitskell, und anderen

Lage als Gastgeber bewusst und werden unseren Gästen und ihren Fragen, darunter auch solchen Fragen, die uns vielleicht auch nicht gefallen, mit der gebotenen Achtung gegenüberreten. Unsererseits hoffen wir auf die Toleranz, Loyalität und Achtung seitens Ihrer Delegation. Ohne Achtung und Duldsamkeit lassen sich in den Beziehungen zwischen uns keine nützlichen Verhandlungen führen.

N. S. Chruschtschow dankt den Gästen für die überreichten Geschenke und erklärt seine Bereitschaft, zusammen mit den anderen Delegationsmitgliedern des ZK der KPdSU auf die Fragen der Delegation der französischen Sozialisten zu antworten. Ich denke, sagt N. S. Chruschtschow, dass auch Sie Ihrerseits auf die Fragen antworten werden, die Ihnen unsere Delegation vorlegt.

*Commin* erklärt, dass die Delegation der SFIO gerne auf derartige Fragen antworten wird.

Es folgen zahlreiche Fragen der französischen Sozialisten zur Innen- und Wirtschaftspolitik der UdSSR und die daraufhin von sowjetischen Führungsmitgliedern gegebenen Antworten. Danach wendet sich das Gespräch außen- und sicherheitspolitischen Problemen zu.

*R. Verdier* bittet, eine Reihe von Fragen zur Außenpolitik zu beantworten.

Die ersten drei Fragen betreffen die Abrüstung. Die Delegation beginnt mit diesen Fragen, erklärt Verdier, weil alle großen Politiker der französischen sozialistischen Partei von [Jean] Jaurès bis [Léon] Blum<sup>124</sup> immer über allgemeine und kontrollierte Abrüstung gesprochen haben. Unter Bezugnahme auf den Beschluss der sowjetischen Regierung, die Streitkräfte um 640 000 Mann zu reduzieren,<sup>125</sup> fragt Verdier, welche Garantien es dafür gebe, dass diese Maßnahme nicht dadurch annulliert wird, dass nicht daran gedacht ist, die Dauer des Wehrdienstes zu reduzieren?

Bei der Formulierung der zweiten Frage sagt Verdier, dass nach Ansicht der französischen sozialistischen Partei eine echte Abrüstung und Waffenbeschränkung sich ohne Kontrolle nicht durchführen lässt. Wir, sagt Verdier, haben die Formel präsentiert: „Keine Kontrolle ohne Abrüstung, keine Abrüstung ohne Kontrolle“.

Die dritte Frage. Verdier ist der Meinung, die Frage der Abrüstung und Kontrolle lasse sich nicht von der Frage des Atomwaffenverbots trennen.

führenden Persönlichkeiten seiner Partei genutzt. Dabei war ihr Bemühen um Einvernehmen in wichtigen Fragen der Ost-West-Politik auf klare Ablehnung gestoßen.

<sup>124</sup> Jaurès war Ende des 19. Jahrhunderts maßgeblich an der Gründung der SFIO als Partei der 2. Internationale beteiligt. Wie später auch Blum wandte er sich gegen den Krieg und setzte sich für eine Verständigung zwischen den Völkern und Staaten ein. Aus diesem Grund wurde er am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, ermordet. Als Lenin 1919 die 3. Internationale als kommunistische Dachorganisation gründen ließ, hielt Blum die SFIO mit Erfolg davon ab, sich ihr anzuschließen. Danach war er in der Zwischenkriegszeit dreimal französischer Ministerpräsident.

<sup>125</sup> Die Regierung der UdSSR hatte am 12. August 1955 eine Streitkräftereduzierung von insgesamt 640 000 Mann bekannt gegeben. Das bezog sich auf die Sollstärke der Truppen. Der Ist-Stand lag knapp 300 000 Mann darunter, so dass faktisch eine Reduzierung um 350 000 Mann vorgesehen war.

*Chruschtschow*: Der Beschluss über die Reduzierung der Sowjetarmee um 640 000 Mann war ein einmaliger und, wie bekannt, auch einseitiger Art. Wir würden die Streitkräfte gerne auf wechselseitiger Grundlage reduzieren, aber im Westen geht man darauf nicht ein. Zur Zeit wird in der Sowjetunion nicht das gesamte Kontingent der Wehrpflichtigen zum Militärdienst einberufen. Die [Wehr-]Dienstzeiten haben wir bei einigen Waffengattungen ebenfalls reduziert, auch wenn darüber in der Presse nicht berichtet worden ist. Wir könnten uns mit Gen. Verdier auf Folgendes einigen: Lassen Sie uns die Streitkräfte in der UdSSR reduzieren; in Frankreich und bei den anderen Westmächten sollen sie bei der nächsten Einberufung nicht aufgestockt werden. Wir sind bereit, uns über die Schaffung nötiger Garantien Gedanken zu machen. Für uns ist das kein Problem, sondern eine praktische Frage.

Was die Formel der französischen sozialistischen Partei anbelangt, so ist uns diese bekannt.<sup>126</sup> Von ihr war schon bei Guy Mollet und Jules Moch die Rede. In dieser Form ist sie nicht akzeptabel. Das ist doch keine mathematische Formel. Mathematik ist eine Sache, aber das gesellschaftliche Leben ist etwas anderes. Schließlich kann man einer solchen Formel keinen klaren Inhalt geben, weil Kontrolle überall anders verstanden wird.

Wir sind für Kontrolle, aber eine echte Kontrolle, nicht eine ausgedachte. Es sieht jedoch so aus, wenn wir einen von den Westmächten eingebrachten akzeptablen Kontrollvorschlag annehmen, dann schaffen die Vertreter des Westens mit ständig neuen Bedingungen ein Durcheinander, und auf diese Weise werden ihre Vorschläge unannehmbar.

Wir sehen diese Frage so: Die Frage der Abrüstung ist eine Frage des Vertrauens. Keinerlei Kontrolle wird uns helfen, wenn kein gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist. Deswegen ist ein vernünftiges Minimum an Kontrolle nötig. Die USA (und Sie sind mit ihnen in einem Block, wenn auch mit einigen Vorbehalten) schlagen das bekannte Kontrollsystem<sup>127</sup> vor. Aber wer wird denn glauben, dass die Amerikaner unsere Ingenieure in ihre Werke und unsere Piloten auf ihre Flugplätze lassen? Wir sind nicht für eine Kontrolle von der Art, bei der man in [fremde] Schlafzimmer einbrechen muss und auf Blumenbeete trampelt, sondern für eine Kontrolle von der Art, dass sie eine Garantie gegen einen Überraschungsangriff böte. Schließlich bedarf es, wenn man einen Überraschungsangriff durchführen will, einer gewissen Vorbereitung. Lassen Sie uns ein System der Warnung vor einem bevorstehenden Angriff zur Wirkung bringen: Lassen Sie uns strategische Punkte und Kommunikationsknotenpunkte be-

<sup>126</sup> Damit dürften die Grundsätze des britisch-französischen Vorschlags vom 11. 6. 1954 gemeint sein, der wesentlich den Vorstellungen der – vom SFIO-Vorsitzenden Guy Mollet geführten und hinsichtlich der Abrüstungsfragen vom SFIO-Minister Jules Moch bestimmten – Regierung in Paris folgte. Dieser fasste schrittweise folgende Bestimmungen ins Auge: 1. ein totales Verbot der Verwendung und Herstellung von Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen aller Art sowie die Umwandlung der vorhandenen Atomwaffenvorräte für friedliche Zwecke; 2. eine erhebliche Reduzierung aller konventionellen Streitkräfte und ihrer Bewaffnung; 3. die Schaffung eines Kontrollorgans mit genügend Rechten, Machtbefugnissen und Funktionen, um die Einhaltung der vereinbarten Verbote und Beschränkungen gewährleisten zu können. Nach Billigung des Entwurfs durch die Weltabrüstungskonferenz sollte der Vertrag allen Staaten zum Beitritt offen stehen und nach Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten in Kraft treten.

<sup>127</sup> Die USA bestanden auf umfangreichen Inspektionen; die UdSSR lehnte dies ab.

stimmen und dorthin unsere Vertreter schicken. Genau das ist eine vernünftige Kontrolle. Aber der Präsident der USA sagt uns, lasst uns fliegen – eure Flugzeuge über unserem Land und unsere über eurem. Aber das ist doch kein ernster Vorschlag. (Gen. Chruschtschow bittet seine Gesprächspartner, diesen Ausdruck nicht zu verwenden, weil, so sagt er, wir die Beziehungen zu den USA nicht kaputt machen wollen und für eine weitere Verringerung der Spannung eintreten.)

Jetzt können Sie die Schlussfolgerung ziehen, ob sich Ihre Formel eignet. Wichtig ist ein vernünftiger Inhalt der Formel. Wenn Sie sich aufmerksam mit allen Vorschlägen der westlichen Vertreter zur Kontrolle befassen, dann werden Sie ein so großes Durcheinander und so viel Entstellung entdecken, dass die Enkel der Mitglieder des [damit befassten] Unterausschusses der UNO vorher alt werden, ehe dieser Unterausschuss Einvernehmen über die Kontrolle erzielt, wenn die Vertreter der Westmächte so weitermachen wie bisher.

Nun zum Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen. Wir sind sowohl mit dem einen als auch dem anderen einverstanden. Wir haben bei den Westlern einen Schwachpunkt bemerkt. Früher sind sie für eine Reduzierung der konventionellen Rüstungen eingetreten,<sup>128</sup> waren aber gegen ein Verbot der Atomwaffen. Als wir dann mit ihren Vorschlägen einverstanden waren, haben sie angefangen, uns zu beschuldigen, dass wir angeblich einem Atomwaffenverbot nicht zustimmen. Aber wir waren, wie bekannt, für ein Atomwaffenverbot und sind es immer noch. Wir haben den englisch-französischen Vorschlägen über den Umfang der Streitkräfte<sup>129</sup> zugestimmt, und jetzt müssen wir diese Vorschläge der Franzosen gegen eben diese Franzosen verteidigen.<sup>130</sup>

R. Verdier erklärt, die französischen Sozialisten treten nicht nur überall für die Zulassung von Köchen, sondern auch von Ingenieuren ein, und legt nochmals dar, welchen Inhalt die Formel hat. Eine Abrüstungskontrolle, sagt er, würde den Aufbau von Vertrauen zwischen den Völkern fördern. Die Kontrolle muss in

<sup>128</sup> Am 28. 5. 1952 hatten die Westmächte in der UNO-Abrüstungskommission vorgeschlagen, die Truppen zahlenmäßig zu reduzieren. Danach sollten die Streitkräfte der USA, der UdSSR und des kommunistischen Chinas auf je 1,5 Mio. Mann und die von Großbritannien und Frankreich auf je 700 000 bis 800 000 Mann begrenzt werden.

<sup>129</sup> Nach dem britisch-französischen Vorschlag vom 11. Juni 1954 sollten zunächst die Truppenstärken auf den Stand vom 31. Dezember 1953 reduziert und die Militärausgaben auf das Ausmaß des Kalenderjahrs 1953 beschränkt werden. Sobald das zu vereinbarende Kontrollorgan in der Lage sei, die Durchführung weiterer Reduzierungen zu gewährleisten, sollten die konventionellen Streitkräfte und ihre Bewaffnung halbiert und die Produktion der Atomwaffen und aller anderen Waffen eingestellt werden.

<sup>130</sup> Am 1. April 1955 hatten die Briten zusammen mit den Franzosen ihren Vorschlag vom 11. Juni 1954 fallen lassen und sich im Einvernehmen mit den anderen Westmächten dafür ausgesprochen, dass für die Streitkräfte der USA, der UdSSR und des kommunistischen Chinas jeweils zwischen 1 und 1,5 Mio. Mann und für Großbritannien und Frankreich jeweils 650 000 Mann vorgesehen werden sollten. Die UdSSR wies dies zurück und verlangte, dass alle Staaten ihre Truppen um ein Drittel verringerten. Die westliche Seite lehnte dies ab mit der Begründung, sie habe sich schon 1948 gegen diese Forderung gewandt, weil sie kein gerechtes militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West schaffe und darauf abziele, den kommunistischen Mächten ihre große Streitkräfte-Überlegenheit zu belassen. Dem amerikanischen Vorschlag vom 3. April 1956 zufolge sollten die USA und die UdSSR je 2,5 Mio. Mann und Großbritannien und Frankreich je 750 000 Mann haben. Für die Streitkräfte der Mittel- und Kleinststaaten wurden Höchststärken von jeweils 500 000 Mann vorgesehen.

Etappen eingeführt werden. Sie [die sowjetische Seite] beschuldigen uns, wenn Sie unsere Vorschläge annehmen, stets neuer Entstellungen. Aber gerade deswegen sind wir für eine schrittweise Kontrolle. Sobald die Kontrolle in einem Bereich eingeführt ist, lässt sie sich auf einen anderen Bereich ausweiten.

*Chruschtschow*: Wir reden unablässig von Bereitschaft zur Abrüstung, und keiner außer uns reduziert die Streitkräfte. Die USA wollen das nicht, und die Arbeit des Unterausschusses erzeugt die Illusion, dass angeblich irgendetwas in dieser Richtung geschieht. Genau diese Ansicht entsteht bei uns. Wir wissen, dass Franzosen und Engländer an der Abrüstung interessiert sind. Aber bislang sind Sie sehr passiv. Sie reden, machen aber keine konkreten Vorschläge und unterstützen Phantastieprojekte der Amerikaner.<sup>131</sup> Ich versichere Ihnen, wenn das sinnvoll wäre, würden wir die amerikanischen Vorschläge annehmen, aber ich bin davon überzeugt, dass die Amerikaner selbst die Verwirklichung sogleich ablehnen würden.

*Commin* schlägt vor, das in der Praxis zu prüfen.

*Chruschtschow* erklärt, dass er darin keinen Sinn sieht. Wieso sollen wir Amerika überfliegen? fragt er. Genau das wurde unsererseits in Genf erklärt. Die Franzosen und Engländer unterstützen die Amerikaner nach dem Prinzip: Wenn der Reiche spricht, heißt dies, dass er Recht hat.

*Mikojan* bemerkt, dass die USA für Luftkontrolle sind, aber zugleich die Armee vergrößern.

*Verdier* protestiert gegen die Behauptung, dass Frankreich angeblich passiv ist. Dank der Tätigkeit von J[ules] Moch wurde ein Entwurf vorgelegt, in dem Moch den Versuch gemacht hat, das amerikanische und das russische Projekt miteinander zu verbinden.<sup>132</sup> Danach äußert er die Ansicht, dass Gen. Chruschtschow die Tätigkeit des Unterausschusses offenbar als Bluff beurteilt. (Gen. *Chruschtschow* sagt, genau das habe er auch sagen wollen.) Doch ist, sagt *Verdier*, aus der Tätigkeit des Unterausschusses der bekannte Vorschlag der sowjetischen Regierung vom 10. Mai 1955 hervorgegangen, der unsere Positionen einander angenähert hat.<sup>133</sup>

*Chruschtschow*: Und was ist daraus geworden? Wir haben die englisch-französischen Vorschläge angenommen, und Sie haben sich davon distanziert. Sie haben wahrscheinlich Angst vor dem Dollar!

<sup>131</sup> Gemeint ist der Vorschlag Eisenhowers der „offenen Himmel“ (Open Skies) auf der Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955, dem zufolge man sich wechselseitig zu Kontrollzwecken Aufklärungsflüge über das eigene Territorium gestatten sollte.

<sup>132</sup> Das bezieht sich auf die Vorschläge zur Truppenreduzierung. Eisenhowers „offene Himmel“ fanden dabei keiner Berücksichtigung.

<sup>133</sup> Dieser sowjetische Vorschlag im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission kam zwar hinsichtlich der Streitkräftereduzierungen den Vorstellungen der Westmächte entgegen, war aber für sie von vornherein unannehmbar, weil die UdSSR damit die Forderung nach Abzug der fremden Truppen von den Territorien der europäischen Staaten und Liquidierung der ausländischen Stützpunkte verband. Das wäre auf den militärischen Rückzug der USA aus Europa und Asien hinausgelaufen. Die UdSSR hätte dadurch eine überlegene Position gegenüber den Ländern beider Erdteile gewonnen.

*Verdier* protestiert. Wir geraten, sagt er, nicht in kindische Begeisterung über alles, was die Amerikaner vorschlagen. Unser Standpunkt ist, dass man sich beim Abrüstungsproblem um wechselseitiges Einvernehmen bemühen muss.

*Chruschtschow* bemerkt, dass es notwendig ist, den sowjetischen Standpunkt genauer zu umreißen, damit bei den Franzosen keine falsche Vorstellung entsteht. Die Abrüstungsfrage, sagt er, erregt uns zutiefst. Wir versuchen, zu einer Entscheidung zu kommen, und haben die Absicht, in nächster Zeit konkrete Maßnahmen durchzuführen, auch wenn dies einseitig gemacht werden muss. Wir denken so: Die Differenzen sind leider so groß, dass es zur Zeit nicht möglich ist, Einvernehmen zu erzielen. Unsere Auslandsreisen<sup>134</sup> haben uns zu dem Schluss gelangen lassen, dass die Völker von England, Frankreich und sogar Westdeutschland keinen Krieg wollen; deshalb planen wir größere Maßnahmen der Rüstungsreduzierung. Wenn Sie uns dabei nicht unterstützen, werden Ihre Völker mehr Steuern zahlen und größere Armeen unterhalten müssen, und dann werden Sie es mit dem Protest der Völker zu tun bekommen. Und wir führen die ins Auge gefassten Maßnahmen durch und warten ab, ob bei Ihnen realistische Abrüstungsvorschläge zur Reife kommen.

*Verdier* erklärt, dass sie darüber froh sind und die Maßnahmen der Sowjetunion unterstützen werden.

*Chruschtschow* schlägt vor, man solle im Westen mit Taten antworten, und im Verlauf der Prüfung praktischer Abrüstungsmaßnahmen solle gegenseitiges Verständnis entstehen.

*Verdier* versichert, dass jeder konkrete Schritt zu Abrüstung und Frieden bei den französischen Sozialisten volle Unterstützung finden wird.

Im Blick auf das Deutschland-Problem stellt *Verdier* die Frage, wie sich dieses Problem lösen lässt, wenn das grundlegende Problem des Vertrauens zwischen den Völkern nicht gelöst wird.

*Chruschtschow* sagt, dass der sowjetische Standpunkt hinsichtlich der deutschen Frage gut bekannt ist und veröffentlicht wurde. Wir gehen von den konkreten Umständen aus. Es gibt zwei deutsche Staaten: Westdeutschland mit einer kapitalistischen Ordnung und Ostdeutschland, das sein Leben mit sozialistischen Methoden gestaltet. Wir, die Kommunisten, haben nicht die Aufgabe, den Kapitalisten behilflich zu sein. Wir sagen: Sollen die Deutschen doch selbst die Entscheidung in der deutschen Frage treffen. Früher oder später werden die Deutschen von Westdeutschland dies tun, und die Deutschen in Ostdeutschland sind schon lange bereit, dieses Problem gemeinsam zu erörtern. Wenn wir uns ehrlich von den Interessen des Friedens in Europa und in der ganzen Welt leiten lassen, werden wir die richtige Lösung der deutschen Frage finden. Diese Position haben wir auch in Genf dargelegt, insbesondere in den Gesprächen mit den

<sup>134</sup> Vor dem – schon erwähnten – Staatsbesuch in Großbritannien waren Chruščëv und Bulganin im Spätherbst 1955 in Indien, Burma und Indonesien gewesen.

Herren Faure und Pineau,<sup>135</sup> und ebenso in den Gesprächen mit den Engländern.

Sie, die französischen Sozialisten, sagt Gen. Chruschtschow weiter, werden unsere Situation verstehen. Was wären wir für Dummköpfe, wenn wir der Bildung eines geeinten, militarisierten, imperialistischen, zur NATO gehörenden Deutschlands zustimmen würden. Gegenwärtig gehört nur Westdeutschland zur NATO, aber dann wird das ganze Deutschland in diesem Block sein. Für uns ist es besser, ein Deutschland mit einer Bevölkerung von 50 Mio. Einwohnern gegen uns zu haben als ein Deutschland mit 80 Mio. Wollen denn Sie, die Franzosen, unbedingt ein militarisiertes Deutschland?

*Verdier* sagt, er will klären, ob man nicht [in der UdSSR] daran denke, ein entmilitarisiertes Deutschland zu vereinigen, das irgendeiner Kontrolle unterliegt.

*Chruschtschow* erklärt, man solle nicht glauben, dass sich Deutschland unter Kontrolle halten lässt, das ist Selbstbetrug. Westdeutschland hat schon jetzt eine mächtige Industrie und verfügt über ein gewaltiges Militärpotenzial. Niemals werden die Deutschen weder eine französische noch eine englische, amerikanische oder russische Leitung und Kontrolle anerkennen.

*Verdier* schlägt eine Kontrolle durch die Vier Mächte oder irgendein Organ der UNO für einen bestimmten Zeitraum vor, jedoch nicht für immer.

*Schepilow* bemerkt, dass dies nach dem Ersten Weltkrieg ungefähr so gewesen ist.

*Commin* widerspricht und erklärt, dass nach dem Ersten Weltkrieg Sowjetrußland nicht an der Kontrolle über Deutschland teilgenommen hat.

*M. Pivre* sagt, dass man die geschichtliche Erfahrung auch hinsichtlich der Arbeiterklasse anwenden sollte. Wir müssen, erklärt er, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands helfen, den Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus in ihrem Land zu führen.

*Mikojan* bemerkt, dass Hitler mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in kurzer Zeit abgerechnet hat, indem er sich die Spaltung der Arbeiterklasse<sup>136</sup> zunutze gemacht hat.

*Chruschtschow* fügt hinzu, dass Hitler zuerst mit der kommunistischen Partei, danach mit den Sozialdemokraten, dann mit den Liberalen und den anderen Parteien abgerechnet und zuletzt den Krieg entfesselt hat.

*Commin* erklärt, dass nach seiner ehrlichen und tiefen Überzeugung das deutsche Volk sich angesichts der Existenz Ostdeutschlands, wo die Bevölkerung für sozialistische Verhältnisse eintritt, und angesichts der Existenz einer mächtigen

<sup>135</sup> Der Name lautet im russischen Originaltext irrtümlicherweise Pinet (*Piné*).

<sup>136</sup> Gemeint ist, dass die Arbeiterklasse die – ihr zugeschriebene – gewaltige Macht aufgrund ihrer Spaltung in einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Bestandteil nicht zur Abwehr Hitlers einsetzen können. Nach sowjetischer Auffassung bot allein der Anschluss der Sozialdemokraten an die Kommunisten die Gewähr für den Sieg der Arbeiterklasse über ihre bürgerlichen Widersacher.

sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands für den Frieden aussprechen wird, wenn ihm dazu die Freiheit gegeben wird.

*Schepilow* bemerkt, dass das deutsche Volk auch vor dem Zweiten Weltkrieg gegen den Krieg gewesen ist, aber trotzdem durchaus aktiv Krieg geführt hat.

*Chruschtschow* sagt, er hat an der Front unter den Gefangenen in der Mehrheit deutsche Arbeiter getroffen.<sup>137</sup> Ich möchte Ihnen sagen, Freunde, sagt Gen. Chruschtschow, überlegen Sie doch mal ganz in Ruhe, welches Ziel die Sowjetunion mit ihrer Politik in der deutschen Frage verfolgt. Wir sind keine Imperialisten und wollen Deutschland nicht beherrschen. Überlegen Sie, was uns dazu nötigt, diese Beharrlichkeit an den Tag zu legen. Wir haben schließlich zwei Kriege durchgemacht, in denen wir nicht weniger als 20 Millionen Menschen verloren haben. Wir glauben nicht, dass die deutschen Imperialisten auf Expansion, auf Revanche verzichten. Ich denke, auch die Franzosen sind keine naiven Leute. Deutschland beginnt schon wieder, uns gegeneinander auszuspielen. In Deutschland gibt es Kräfte, die bereits jetzt eine Annäherung an die UdSSR wollen. Diese Kräfte werden zunehmen. Viele Deutsche glauben, es ist besser für sie, Kontakt mit uns aufzunehmen als mit Ihnen. Deutschland ist ein Industrieland. Wir steigern die Landwirtschaft und können ihm bald Rohstoffe für seine Industrie und andere Zwecke verkaufen. Es kämpft auf den Weltmärkten schon mit England, mit den USA. Denken Sie über all das nach. Wenn wir uns mit Ihnen, mit den Engländern und noch mit den USA verständigen, könnten wir die aggressiven Kräfte Deutschlands zähmen. Gegenwärtig sind zwei Wege zur Regelung der deutschen Frage zutage getreten. Bislang gibt es zwischen der UdSSR und den westlichen Staaten keine Übereinkunft in dieser Frage, und Deutschland hat die Möglichkeit, uns gegeneinander auszuspielen. Das haben wir den Labour-Leuten in London bei dem Essen offen erklärt, und gerade das hat sie erbost. Sie wollen offenbar lieber mit geschlossenen Augen durch die Welt gehen, doch die Geschichte hat ihre eigenen Gesetze, und sie bestraft hart, wer ihre Lektionen vergisst. Wenn wir uns mit Ihnen verständigen, wird Deutschland friedlich sein. Wenn alles so bleibt, wie sich die Dinge jetzt anlassen, wird Deutschland nach Widersprüchen<sup>138</sup> zwischen uns suchen, und das entspricht durchaus nicht den Interessen des Friedens.

Die Labour-Leute waren auch deswegen verärgert über uns, weil wir offen gesagt haben, dass England und Frankreich am Vorabend des Zweiten Weltkriegs Militärmissionen ohne Vollmacht zu uns geschickt haben.<sup>139</sup> Sie haben irgend-

<sup>137</sup> Chruschtschow war im Kampf gegen die Wehrmacht an der Front als Politikommissar eingesetzt und hatte als solcher unter anderem Kriegsgefangene zu befragen.

<sup>138</sup> Im marxistischen Denken, das auf der Philosophie Hegels beruht, in der die Realität als ideelles, dem Maßstab der Logik folgendes Phänomen gilt, hat „Widerspruch“ die Bedeutung von „Konflikt“.

<sup>139</sup> Im Sommer 1939 verhandelten in Moskau britische und französische Militärs mit der sowjetischen Seite vergeblich über ein gemeinsames Vorgehen für den erwarteten Fall, dass Hitler Polen angreifen würde. Die Übereinkunft scheiterte an der Forderung, dass die Rote Armee in großem Umfang Territorien von Drittländern benutzen müsse. Die UdSSR erhob anschließend den Vorwurf, die britischen und französischen Unterhändler seien nicht mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet gewesen.

welche alten Pensionäre geschickt, die offenbar nichts zu tun hatten. Im Grunde wollten die Westmächte Hitler gegen uns aufbringen.<sup>140</sup>

Hier das Beispiel der Politik von München: Wir hatten mit Frankreich einen Vertrag über die Hilfe für die Tschechoslowakei. Als die Deutschen den Angriff auf die Tschechoslowakei vorbereiteten, haben wir unsere Truppen an die Grenze verlegt, wir waren zur Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen bereit. Frankreich verweigerte jedoch die Erfüllung des Vertrags,<sup>141</sup> es betrat den Weg der Unterstützung der Münchener Vereinbarungen.<sup>142</sup> Ist das etwa keine Hilfestellung für den Aggressor?

A. *Philip* erklärt, dass die französische sozialistische Partei von Anfang an gegen das Münchner Abkommen war.

*Commin* bittet um die Erlaubnis, einige Bemerkungen machen zu dürfen. Die erste Bemerkung ist, dass die französischen Sozialisten keinen Zweifel haben an der Aufrichtigkeit der Erklärungen der Vertreter der KPdSU zur deutschen Frage. Umgekehrt möchte ich, sagt *Commin*, dass auch Sie an unsere Aufrichtigkeit glauben und über unseren Standpunkt in der deutschen Frage nachdenken. Das verbietet Ihnen und uns nicht, unsere Ansichten nochmal zu überprüfen, wie die geschichtliche Erfahrung es erfordert. Mir scheint, fügt *Commin* hinzu, dass Sie unter den heutigen Umständen die Macht Deutschlands überschätzen. Unter den heutigen Umständen kann man dem deutschen Volk Vertrauen schenken.

Was den Standpunkt der sowjetischen Genossen zu einigen geschichtlichen Geschehnissen anbelangt, die während des Gesprächs geäußert wurden, so sind wir, die französischen Sozialisten, mit den hier gegebenen Bewertungen nicht einverstanden. Die französischen Sozialisten haben die von der Sowjetunion dargelegte These über die politische Lage vor dem Zweiten Weltkrieg genau untersucht, konnten sich ihr aber niemals anschließen. Wir sind jedoch, erklärt *Commin*, dafür, in die Zukunft zu blicken. Als Franzose und Sozialist erkläre ich, dass Frankreich, das zwei Kriege erlitten hat, sich [zwar] der deutschen Gefahr be-

<sup>140</sup> Mit dem Vorwurf, die beiden westlichen Mächte hätten nur zum Schein über ein Zusammengehen gegen das Deutsche Reich verhandelt, in Wirklichkeit jedoch dessen Aggression gegen die UdSSR lenken wollen, wurde der Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939 begründet. Nur dadurch, so hieß es, habe sich die UdSSR vor dem ihr andernfalls drohenden deutschen Angriff schützen können.

<sup>141</sup> Auch in diesem Fall hatte es zuvor Verhandlungen mit der UdSSR über eine Beistandsleistung für den Staat gegeben, den Hitler bedrohte. Die Sowjetunion war dazu sogar aufgrund eines 1935 mit der Tschechoslowakei geschlossenen Vertrags verpflichtet, der freilich unter dem Vorbehalt stand, dass dieser auch das mit ihr verbündete Frankreich zu Hilfe kommen müsse. Die Verhandlungen scheiterten daran, dass die UdSSR keine gemeinsame Grenze mit der ČSR hatte und dass die – mit Frankreich ebenfalls verbündeten – Staaten Polen und Rumänien nicht zur Gewährung von Durchmarschrechten (die man in Paris für notwendig erachtete) bereit waren, weil sie Sowjetisierungsaktivitäten seitens der Roten Armee befürchteten.

<sup>142</sup> Da die britische Regierung glaubte, es gehe Hitler nur darum, den deutschen Nationalstaat durch Einbeziehung der in der ČSR als Fremdkörper behandelten Sudetendeutschen zu komplettieren, war sie nicht zur Unterstützung Frankreichs bereit, wenn es seinen Bündnispflichten gegenüber Prag nachkommen würde. Ohne britische Hilfe aber war die französische Seite nicht bereit, den Kampf gegen das Deutsche Reich aufzunehmen. Daher schlossen beide Staaten am 29. September 1938 das Münchener Abkommen, aufgrund dessen die Tschechoslowakei das Sudetenland abtrat.

wusst ist, dass wir aber in Bezug auf die Regelung der deutschen Frage anderer Meinung sind. Commin gibt der Hoffnung Ausdruck, dass mittels Erfahrung und gemeinsamer Suche die richtige Regelung dieser Frage im Interesse des Friedens in Europa gefunden wird.

*Mikojan* sagt, dass die Franzosen vorsichtiger sein sollten als wir, die Sowjetmenschen. Schließlich wird es für die Deutschen nicht schwer sein, Frankreich zu zerschlagen. Unsere Lage ist heute viel besser: An unserer Seite stehen China, Polen, die Tschechoslowakei und andere Länder der Volksdemokratie. Wir wollen keinen Krieg, weil er uns daran hindert, den Kommunismus aufzubauen.<sup>143</sup> Wir wissen, dass wir in einem neuen Krieg siegen werden, aber unsere Menschen, unsere Wirtschaft und viele Völker werden zu leiden haben. Die Franzosen haben kein Recht, verzeihen Sie den scharfen Ausdruck, das deutsche Problem leichtsinnig zu behandeln. Das französische Volk will keinen Krieg, ihn will wahrscheinlich auch die französische Bourgeoisie nicht, weil sie erkennt, dass sie durch Krieg zugrunde gehen wird. Aber angesichts der Politik, der Frankreich folgt, kann es durchaus zu einem neuen Krieg kommen. Die westdeutsche Bourgeoisie braucht Absatzmärkte, sie braucht Gebiete, und sie wird sich überall darum bemühen.

*Schepilow* fügt hinzu, dass man die potenzielle Macht Deutschlands im Auge behalten muss, und das deutsche Potenzial ist riesengroß.

*Ponomarjow* hebt hervor, dass es, wie bekannt, in den Reihen der französischen sozialistischen Partei viele Gegner des Wiederaufbaus der deutschen *Wehrmacht* gibt. Das zeigen die bekannten Fakten des Kampfes eines erheblichen Teils der französischen Sozialisten, darunter auch vieler Parlamentarier, gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und gegen die Pariser Abkommen.<sup>144</sup>

*Commin* erklärt, dass alle Argumente, die von den sowjetischen Genossen zur deutschen Frage angeführt wurden, den französischen Sozialisten nicht fremd sind. Wir, sagt er, haben uns damit befasst und befassen uns damit auch weiter. Der Unterschied besteht nur darin, dass wir andere Schlüsse ziehen.

*Chruschtschow* sagt, dass die Diskussion der berührten Fragen ins Einzelne gegangen ist und dass man kaum sogleich einen gemeinsamen Standpunkt haben kann. Wir werden auf die Zeit hoffen, sagt er, und ich denke, es wird nicht viel

<sup>143</sup> Nach sowjetischer These sollte dem damaligen sozialistischen Stadium der Kommunismus als Erfüllung aller politischen Heilsversprechen folgen.

<sup>144</sup> Nach den Vorstellungen der NATO von 1950/51 sollte die – nach dem Überfall des kommunistischen Nordkoreas auf den südlichen Landesteil als Reaktion auf die dadurch hervorgerufene Wahrnehmung akuter militärischer Bedrohung durch die UdSSR ins Auge gefasste – Wiederbewaffnung der Bundesrepublik mit Rücksicht auf Frankreich nicht zur direkten Aufnahme in das atlantische Bündnis führen, sondern mittels einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erfolgen. Nachdem die französische Nationalversammlung die Ratifizierung der deshalb im Mai 1952 geschlossenen Verträge am 30. August 1954 von der Tagesordnung abgesetzt hatte, wurde auf britische Initiative hin neu über den westdeutschen Beitrag zur NATO-Verteidigung verhandelt, und die französische Regierung sah sich genötigt, einer direkten Einbeziehung der Bundesrepublik in die atlantische Allianz zuzustimmen. Die so zustande gekommenen Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 traten nach parlamentarischer Billigung durch alle beteiligten Staaten am 5. Mai 1955 in Kraft.

Zeit nötig sein, damit die deutsche Frage auch den Franzosen klar wird, so wie sie für uns [schon] klar ist.

Wir respektieren Ihre Ansichten, bitten Sie aber, auch über unsere Ansichten nachzudenken. Wir haben eine ziemlich brennende Frage ruhig erörtert, und das zeigt, dass Ihre wie auch unsere Partei alle Fragen in Ruhe erörtern wollen und sich um gegenseitiges Verständnis bemühen.

*Commin* schlägt vor, noch ein Treffen vorzusehen.

*Chruschtschow* bekundet nach Beratung mit den Genossen Zustimmung, nicht nur eine [weitere] Zusammenkunft, sondern, falls erforderlich, [noch] einige Zusammenkünfte zu haben.

*Pivre* erklärt, dass die beiden Parteien schon Fortschritte [gemacht] haben. Auch wenn sie nicht in allen Fragen zu Übereinstimmung gelangt sind, besteht der Fortschritt bereits darin, dass beide Seiten in Ruhe und Freundschaft miteinander diskutiert haben. *Pivre* bringt seine Befriedigung über das Gespräch zum Ausdruck.

Der Leiter der Delegation, *Commin* wendet sich an Gen. *Chruschtschow* mit der Bitte, noch 15 Minuten für ein Gespräch unter vier Augen einzuräumen. *Gen. Chruschtschow* stimmt zu. (Das Protokoll des Gesprächs zwischen *Chruschtschow* und *P. Commin* liegt bei.<sup>145</sup>)

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 588, Bl. 40–43, 54–65

Vollständiger Text: RGANI, fond 52, opis' 1, delo 588, Bl. 40–65

<sup>145</sup> Die Anlage wurde nicht zur Einsichtnahme und Veröffentlichung freigegeben.

## 8. Verhandlungen Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und Ch[ristian] Pineau am 16. Mai 1956

Anwesend waren:

von sowjetischer Seite N. T. Fedorenko, S. A. Winogradow,<sup>146</sup> L. F. Iljitschow,<sup>147</sup> A. A. Arutjunjan, N. P. Zygitshko, A. S. Anikin,

von französischer Seite R[ené] Massigli,<sup>148</sup> J. Briand, Ch[arles] Bochart, M[aurice] Dejean,<sup>149</sup> E. Noël, P[ierre] Baraduc.<sup>150</sup>

*N[ikolaj] Bulganin* begrüßt Guy Mollet<sup>151</sup> und Christian Pineau<sup>152</sup> im Namen der sowjetischen Regierung und sagt, er hoffe, dass die anstehenden Gespräche zum erfolgreichen Abschluss führen und ernstlich zur Sache der Festigung des Friedens und der weiteren Verringerung der internationalen Spannung beitragen werden.

*Mollet* sagt, er hatte schon am Flughafen kurz nach Verlassen des Flugzeugs Gelegenheit zu erklären, dass die französische Regierung mit Freude die Einladung zur Entsendung einer Delegation in die UdSSR angenommen hat. Jetzt hält er es nochmals für erforderlich, das zu erklären und ebenso der Hoffnung auf eine erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen Ausdruck zu verleihen.

Danach schlägt Guy Mollet vor, sich über das Programm der anstehenden Gespräche zu verständigen.

*Bulganin* bemerkt, dass die sowjetische Delegation der französischen Delegation den Vortritt bei der Festlegung der Fragen lässt, die erörtert werden könnten.

*Mollet* sagt, dass nach Ansicht der französischen Regierung im Verlauf der Verhandlungen der Stand der französisch-sowjetischen Beziehungen in den Bereichen von Kultur und Wirtschaft erörtert und ebenfalls die Meinungen über die beiderseits interessierenden generellen politischen Probleme ausgetauscht wer-

<sup>146</sup> Sowjetischer Botschafter in Paris.

<sup>147</sup> Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium.

<sup>148</sup> René Massigli (1888–1988) war von 1944 bis 1954 französischer Botschafter in London gewesen und war anschließend Generalsekretär im Pariser Außenministerium.

<sup>149</sup> Französischer Botschafter in Moskau.

<sup>150</sup> Pressesprecher des französischen Außenministeriums.

<sup>151</sup> Guy Mollet (1905–1975) war Vorsitzender der französischen sozialistischen Partei (SFIO). Von 1954 bis 1956 war er Präsident des Europarats und von 1951 bis 1969 Vizepräsident der Sozialistischen Internationale (SI). Als Mitglied von Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa und überzeugter Anhänger des atlantischen Bündnisses trat er für die – 1954 gescheiterte – Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ein, deren Zweck es war, die Bundesrepublik Deutschland in die NATO einzubeziehen. Ab 31. Januar 1956 stand er an der Spitze einer Regierung aus Sozialisten und (liberalen) Radikalsozialisten. Anfang Februar 1956 besuchte er Algerien, das den Status eines integralen Bestandteils der Französischen Republik hatte. Gegen die Unabhängigkeitsbewegung FLN, die seit 1954 dagegen brutal kämpfte, stellte er sich auf die Seite der dort zumeist seit mehreren Generationen lebenden etwa 1,5 Mio. Franzosen und suchte die FLN mit aller Gewalt zu besiegen. Er verdoppelte die dort stationierten Truppen und lehnte Verhandlungen mit den Aufständischen ab.

<sup>152</sup> Christian Pineau war ebenfalls ein führender SFIO-Politiker, der sich für die NATO und die (west-)europäische Integration einsetzte. Von Februar 1955 bis Januar 1956 war er der Chef einer Minderheitenkabinetts gewesen, und von Februar 1956 bis Mai 1958 übernahm er in der Regierung Mollet das Amt des Außenministers.

den könnten, insbesondere über die Abrüstungsfrage, über die Leistung von Wirtschaftshilfe an schwach entwickelte Länder usw.

Nach den Worten von Guy Mollet wäre es zweckmäßig, die Gespräche mit einer generellen Diskussion einzuleiten, um sich gegenseitig besser kennen zu lernen und die zur konkreten Erörterung von Einzelproblemen notwendige Atmosphäre zu schaffen.

*Bulganin* sagt, dass die sowjetischen Vertreter Guy Mollet zustimmen.

*Mollet* fragt Gen. N. A. *Bulganin*, mit welcher Frage nach seiner Ansicht die generelle Diskussion begonnen werden sollte.

*Bulganin* schlägt der französischen Delegation vor, ihrerseits zu entscheiden, welche der zur Erörterung ins Auge gefassten Fragen zuerst behandelt werden sollen.

*Mollet* gibt Ch. Pineau das Wort, damit dieser den Standpunkt der französischen Delegation zu den Zielen und Aufgaben der anstehenden Verhandlungen darlegt.

*Pineau* sagt, er möchte vor allem hervorheben, dass seit langem ein Gefühl der Solidarität das französische und sowjetische Volk miteinander verbindet. In Frankreich erinnert man sich gut daran, dass die Völker beider Länder im Zweiten Weltkrieg Verbündete waren und dass die Sowjetarmee die Erringung des Sieges in diesem Krieg gewährleistet hat. Aber danach sind in den Beziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR ernstliche Schwierigkeiten zutage getreten, bei denen sich jetzt aufzuhalten nach den Worten Pineaus sinnlos wäre.

Die französisch-sowjetischen Beziehungen sind in eine neue Phase getreten, nachdem es zu einer generellen Milderung der internationalen Spannung gekommen ist. Diese Beziehungen sind freundschaftlicher und aufrichtiger geworden. Die jetzige französische Regierung möchte die Beziehungen zur Sowjetunion noch mehr verbessern, um einen weiteren Beitrag zur Sache der Verbesserung der internationalen Lage zu leisten. Eben deswegen hat der Vorsitzende des Ministerrats der Französischen Republik die Einladung in die Sowjetunion zu freundschaftlichen Gesprächen mit den sowjetischen Führern gerne angenommen.

Bei den anstehenden Gesprächen, sagt Ch. Pineau, geht es hauptsächlich darum, dass die Teilnehmer an diesen Verhandlungen ihre Meinungen und Ideen austauschen und den Versuch machen, zu gemeinsam abgestimmten Entscheidungen, wenn nicht in allen, so doch in einigen Fragen zu gelangen. Besonders wichtig sei es, in der Abrüstungsfrage die Auffassungen auszutauschen und zu versuchen, die Positionen der UdSSR und Frankreichs aneinander anzunähern. Die französische Regierung sei der Ansicht, dass die Verhandlungen zudem die Herstellung und Festigung von persönlichen Kontakten zwischen den führenden Politikern beider Länder fördern. Das werde es ihnen erleichtern, wechselseitig ihre Absichten und Gedanken besser zu kennen, was in den internationalen Angelegenheiten sehr wichtig sei.

Die französische Delegation, sagt Ch. Pineau weiter, hofft, dass als Ergebnis des Meinungsaustausches eine weitere Verbesserung der französisch-sowjeti-

schen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zustande kommt und dass es dann leichter sein wird, auch schwierige politische Probleme zu entscheiden. Es werde [dann] leichter sein, Fragen wie die Abrüstungsfrage, die gesamteuropäischen Probleme, die aktuellen Fragen der Lage im Nahen und Mittleren Osten [und] die Frage der Hilfe für schwach entwickelte Länder zu entscheiden. Die französische Delegation werde ihre Positionen zu all diesen Fragen, bemerkt Pineau, präzisieren, wenn sie erörtert werden. Jetzt betone sie lediglich den Zusammenhang der generellen Probleme mit den konkreten Fragen der französisch-sowjetischen Beziehungen. Jedoch, so schließt Ch. Pineau, möchte ich sagen, dass die französische Delegation sich keine Illusionen darüber macht, im Verlauf der Verhandlungen Einvernehmen in allen Fragen erzielen zu können. Natürlich wird es Dissens geben. Aber das kann beide Seiten nicht davon abhalten, die Standpunkte wechselseitig gut zu studieren, und das ist sehr nützlich, weil es sehr schlecht ist, wenn es Differenzen, aber keine klare Vorstellung darüber gibt, worin das Wesen dieser Differenzen besteht.

Den Worten Ch. Pineaus zufolge ist es zur völligen Beseitigung dieser Differenzen nötig, dass die persönlichen Kontakte zwischen den führenden Staatspolitikern ebenfalls durch persönliche Kontakte zwischen den Volksvertretern beider Länder ergänzt werden. Dies könne den Russen helfen, die innenpolitische Lage in Frankreich besser zu verstehen und umgekehrt den Franzosen die in der UdSSR, und das würde dazu beitragen, diejenigen Missverständnisse auszuräumen, die sich oft aus dem Fehlen eines derartigen Verstehens ergeben.

*Bulganin* sagt, nach seiner Ansicht hat Pineau die Verhandlungsziele richtig formuliert.

*Pineau* sagt, in diesem Fall halte er es für möglich mit der wichtigsten Frage zu beginnen: der Abrüstungsfrage.

*Bulganin* stimmt Pineau zu.

*Pineau*: Die Abrüstungsfrage ist eine komplizierte Frage, die, wie allgemein bekannt ist, schon öfter bei internationalen Konferenzen erörtert wurde. Kürzlich endete in London die Arbeit des Subkomitees zur Abrüstungsfrage, und sowohl Frankreich als auch die UdSSR stellten ihre Positionen dar.

*N. Chruschtschow* bemerkt, dass sich die Sowjetunion nicht nur an der Erörterung der Abrüstungsfrage im Unterausschuss [der UNO-Abrüstungskommission] beteiligt, sondern auch praktisch abrüstet.<sup>153</sup>

*Molotow* fügt hinzu, dass die Schritte der Sowjetunion im Bereich der Abrüstung für die Lösung des Abrüstungsproblems insgesamt eine große Hilfe seien.

<sup>153</sup> Am 12. August 1955 hatte die Regierung der UdSSR den Verzicht auf insgesamt 640 000 Mann bekannt gegeben. Bei dieser Angabe wurde die Soll-Stärke zugrunde gelegt, die annähernd 300 000 Mann über der Ist-Stärke lag, so dass faktisch 350 000 Mann zu reduzieren waren. Am Tag nach dem hier protokollierten Gespräch, am 17. März 1956, war davon die Rede, dass aufgrund von Planungen des Verteidigungsministeriums eine Reduzierung um 420 000 Mann vorgenommen werde. 300 000 Soldaten sollten entlassen werden, während die übrigen 120 000 Mann einen bloßen Sollbestand bildeten, der nicht erreicht war und daher keiner Reduzierung bedurfte.

*Pineau*: Frankreich weiß die Bemühungen der Sowjetunion im Bereich der Abrüstung zu schätzen. Frankreichs Position in der Abrüstungsfrage liegt in der Mitte zwischen den sich gegenüberstehenden Positionen der USA und der UdSSR,<sup>154</sup> und Frankreich ist der Ansicht, dass es seine Aufgabe ist, sich um eine gemeinsame Position zu bemühen, der sowohl die USA als auch die UdSSR zustimmen können. Dieser Rolle hat Frankreich in London [im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission] gerecht zu werden gesucht. Mit dieser Absicht, sagt Pineau, gehen wir auch heute [noch] an die Erörterung dieses Problems. Dabei ist sich die französische Regierung der Tatsache bewusst, dass Frankreich und die UdSSR auf dem Weg der bilateralen Verhandlungen – mögen sie auch noch so erfolgreich sein – nicht in der Lage sein werden, das ganze Abrüstungsproblem zu lösen. Wenn sich aber eine Übereinkunft erreichen lässt, wird das sehr nützlich sein. Die Politiker an der Spitze des französischen Staates wissen, dass das Schicksal der Welt in vieler Hinsicht von den zwei Großmächten mit Atomwaffen, den USA und der UdSSR, abhängt. Frankreich hat keine Atombombe, doch haben die Franzosen wie alle anderen Völker der Welt ein Interesse daran, dass die Gefahr eines Atomkrieges abgewendet wird. Deshalb ist die französische Regierung für ein Verbot der Atomwaffen, und falls ein solches Verbot gegenwärtig nicht erreicht werden kann, so zumindest für die Einschränkung der Produktion solcher Waffen; das wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Entspannung der internationalen Lage. Es ist natürlich schwierig, die Vernichtung aller bereits bestehenden Atomwaffenvorräte durchzusetzen. Aber es ist möglich – davon sind wir überzeugt – eine Begrenzung der Atomwaffen zu erreichen.

Die wichtigste Frage beim Abrüstungsproblem ist die Frage der Kontrolle der Waffen. Die französische Regierung glaubt, dass die Lösung des Problems der

<sup>154</sup> Der – vom Leiter der amerikanischen UNO-Abrüstungsdelegation vorgelegte – Vorschlag der Westmächte vom 28. Mai 1952 hatte für die USA, die UdSSR und das kommunistische China auf jeweils 1,5 Mio. Mann begrenzte Streitkräfte ins Auge gefasst, während Großbritannien und Frankreich jeweils 700 000 bis 800 000 Mann haben sollten. Der britisch-französische Phasenplan vom 11. Juni 1954 sah zunächst eine Reduzierung der Truppenstärken auf den Stand vom 31. Dezember 1953 vor. Sobald ein internationales Organ mit den nötigen Kontrollvollmachten die Arbeit aufgenommen habe, sollten die konventionellen Rüstungen und die Atomwaffen verboten werden. In den Fragen der Kontrolle und der Inspektionen ging der Vorschlag in erheblichem Umfang auf das sowjetische Verlangen nach ihrer Beschränkung ein. In den folgenden Erörterungen zeichnete sich in Bezug auf die Mannschaftsstärken nach langem Hin und Her eine gewisse Annäherung der Standpunkte ab, doch blieb die UdSSR gegenüber den westlichen Kontroll- und Inspektionsforderungen misstrauisch. Davon könne erst nach einem vorherigen Atomwaffenverbot in späteren Stadien der Abrüstung die Rede sein. Am 10. Mai 1955 zeigte sie sich zur Übernahme mehrerer Einzelheiten des britisch-französischen Plans bereit, was etwa den Umfang der Truppenreduzierungen, die Phasen des Abrüstungsprozesses und die Kontrollen an Verkehrsknoten betraf. Sie blieb aber in der Frage der allgemeinen Kontrolle unbestimmt und räumte ein, dass es keine sichere Gewähr für die Entdeckung von Kernwaffenbeständen gebe. Für den Westen war jedoch vor allem unannehmbar, dass man die fremden Truppen von den Territorien der europäischen Staaten abziehen und die Stützpunkte im Ausland liquidieren sollte. Das lief auf den militärischen Rückzug der USA aus Europa und Asien hinaus und war geeignet, der UdSSR dort gegenüber allen eine überlegene Position zu verschaffen. Die Westmächte unter Einschluss Frankreichs stellten sich auf den Standpunkt, dass man die Abrüstungsfrage nicht mit politischen Bedingungen verknüpfen dürfe. Die Regierungen in London und Paris suchten am 19. Mai 1956 die Führung in Moskau mit einem neuen, ihre Wünsche weithin berücksichtigenden Plan zur Verständigung über Modalitäten und Sequenzen der Abrüstungskontrolle zu bewegen, ohne freilich die aus Moskauer Sicht zentrale Frage des Abzugs der USA aus Europa und Asien zu berühren.

generellen Kontrolle der Abrüstung schwierig ist. Es wäre bedeutend einfacher, die Atomwaffenproduktion unter Kontrolle zu stellen und zu versuchen, eine breitere Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zu erreichen. Deswegen sei die französische Regierung für den Abschluss von regionalen Pakten, welche die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke erleichtern sollen.<sup>155</sup> Für die französische Regierung sei jede wirksame Form der Kontrolle annehmbar, denn ohne die Herstellung einer Abrüstungskontrolle würde es sehr schwierig werden, eine wirklich dauerhafte Verringerung der internationalen Spannungen zu erzielen.

Nach Darlegung des Standpunkts der französischen Regierung zum Abrüstungsproblem, sagt Ch. Pineau, will er auch die delikate Frage des Zusammenhangs zwischen der Abrüstung und dem Problem der Vereinigung Deutschlands ansprechen, die eines der zentralen Probleme der europäischen Sicherheit ist.

Nach den Worten Ch. Pineaus glauben die USA, man müsse zu Anfang die Vereinigung Deutschlands erreichen, was dann die Entscheidung des Abrüstungsproblems nach sich ziehen werde. Die UdSSR sei [umgekehrt] der Ansicht, man müsse zuerst ernsthafte Erfolge auf dem Feld der Abrüstung erzielen, was die Entscheidung der anderen politischen Probleme einschließlich des deutschen Problems erleichtern werde. Frankreich stellt sich die Aufgabe, den Versuch zu machen, einen Mittelweg zwischen gegensätzlichen Standpunkten der USA und der UdSSR zu finden. Deshalb ist der bekannte Plan von Jules Moch vorgelegt worden. Dieser Plan sieht vor, dass die Abrüstung in zwei Etappen verläuft. In der ersten Etappe soll im Rahmen der UNO ein Kontrollabkommen geschlossen und ein Einvernehmen in den grundlegenden aktuellen politischen Problemen hergestellt werden. In der zweiten Etappe wird dann automatisch eine grundlegende Abrüstung verwirklicht.

Man könnte sagen, bemerkt Ch. Pineau, dass der dargelegte Plan etwas unlogisch ist. Doch nach Ansicht der französischen Seite lassen sich die gegensätzlichen Standpunkte der USA und der UdSSR nur auf diesem Wege einander annähern.

Das schwierigste politische Problem, ist nach der Aussage von Ch. Pineau das Problem der Vereinigung Deutschlands. Die UdSSR ist in dieser Frage zurückhaltend eingestellt. Die führenden sowjetischen Politiker sind zuweilen darüber verwundert, dass Franzosen ehrlich für die Vereinigung Deutschlands eintreten können, denn Frankreich hat so wie die UdSSR viel Leid im Zweiten Weltkrieg erduldet und hat sehr stark unter den deutschen Militaristen gelitten.

Nach den Worten von Ch. Pineau erinnern er und Guy Mollet sich noch sehr gut an die Wunden, die Frankreich von Hitler-Deutschland zugefügt worden sind. Sie beide waren an der Widerstandsbewegung beteiligt. Sie beiden könne man auf keinen Fall irgendwelcher persönlichen Sympathien mit den Deutschen verdächtigen. Sie beide hätten durch Schuld der deutschen Militaristen großes

<sup>155</sup> Auf dieser Basis schloss die Regierung Mollet/Pineau am 25. März 1957 mit Italien, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik Deutschland den Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Die UdSSR wandte sich heftig dagegen und erklärte, den „westdeutschen Militaristen und Revanchisten“ werde damit der Weg zur Verfügung über Kernwaffen geöffnet.

Leid erfahren. Aber sie beide seien Realisten und deshalb seien sie für die Vereinigung Deutschlands. Wir denken, sagt Ch. Pineau, dass die Aufspaltung Deutschlands in zwei Teile dem politischen Realismus widerspricht, weil sich der Friede in Europa nicht aufrechterhalten lässt, wenn Deutschland nicht eins ist. Unter Berücksichtigung des Dargelegten haben wir unsere bekannte These vorgebracht: Die Vereinigung Deutschlands soll über die Abrüstung erfolgen. Auf diese Weise lässt sich nach unserer Ansicht eine günstige Situation für die Lösung beider Probleme schaffen: sowohl für die Abrüstung als auch für die Vereinigung Deutschlands. Um die Vereinigung Deutschlands zu erreichen, ist es nicht unbedingt erforderlich, die Abrüstungsfrage vollständig zu entscheiden. Und zugleich wird die Vereinigung Deutschlands dazu beitragen, dass es zu erheblichen Fortschritten in der Abrüstungsfrage kommt. Bedauerlicherweise sind auf der letzten Sitzung des Londoner Unterausschusses keine positiven Resultate erzielt worden. Wir hoffen, wenn es uns während der gegenwärtigen Verhandlungen gelingt, unsere Positionen anzunähern, dies die Erzielung großer Erfolge bei der anstehenden Diskussion dieser Frage im Unterausschuss fördern wird.

Das sind in Kürze die Überlegungen Frankreichs zur Abrüstungsfrage, beendet Ch. Pineau seine Ausführungen. Die französische Delegation kann selbstverständlich noch einzelne Präzisierungen und konkrete Überlegungen in Bezug auf einzelne Aspekte des Problems hinzufügen, aber zunächst möchten wir uns mit dem Standpunkt der UdSSR in dieser Frage bekannt machen.

*Bulganin* sagt, dass N. S. Chruschtschow den Standpunkt der sowjetischen Regierung zur Abrüstungsfrage darlegen wird.

*Chruschtschow* sagt, dass im Verständnis der Sowjetmenschen die Abrüstungsfrage eine sehr einfache Frage ist. Aber im Westen stiftet man in dieser Frage künstlich und bewusst Verwirrung und sucht sie in endlosen allgemeinen Gesprächen zu ertränken. Dabei sind besonders einige Akteure der USA aktiv. Über Abwesende zu reden, bemerkt Chruschtschow, ist zwar nicht sehr taktvoll, doch müssen wir jetzt über die Position der USA in dieser Frage sprechen, weil das für das Verständnis des ganzen Problems notwendig ist.

In den USA ist die Lage im Innern jetzt so, dass sich die amerikanische Regierung nicht auf die Abrüstung einlassen kann. Wie in jedem bürgerlichen Staat gibt es auch in den USA Gegner und Befürworter der Abrüstung. Die einfachen Leute sind unbedingt für die Abrüstung, gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges und gegen das Wettrüsten. Für das Wettrüsten und die Vorbereitung eines neuen Krieges treten die Gruppen der Monopole ein, denen die Waffenproduktion Profite verschafft und die an der Wahrung einer Atmosphäre des Kalten Krieges Interesse haben. Diese Gruppen sind eine kleine Minderheit im Land. Aber in ihren Händen befindet sich die reale Macht, das sind mächtige Gruppen und sie werden wohl ihre dominierende Position auch nach den Wahlen am 6. November behalten. Nach den Wahlen könnte in den USA auch eine andere Partei an die Macht kommen. Doch in der Abrüstungsfrage würde das nichts ändern, weil der Standpunkt der beiden bestimmenden amerikanischen Parteien in dieser Frage identisch ist.

Die führenden Politiker der USA unterbreiten ständig neue Vorschläge in der Frage der Abrüstung und suchen diese einfache Frage auf jede denkbare Weise zu verwirren. Sie verwirren diejenigen, die sich auch in einer unkomplizierten Frage wie der Kontrollfrage zurechtfinden wollen. Über die Formen und Methoden der Kontrolle lässt sich endlos reden, und die USA haben genau diesen Kurs eingeschlagen. Als wir dem Einvernehmen mit den USA nahe waren, haben sie einen neuen Vorschlag in der Kontrollfrage gemacht: den Vorschlag des sogenannten „offenen Himmels“. <sup>156</sup> Dieser Plan ist bloß das Hirngespinnst eines reichen Mannes. <sup>157</sup> Einige amerikanische Staatspolitiker urteilen so: Ich bin reich, also ist alles klug, was ich sage. Aber wir sind damit nicht einverstanden. Nach unserer Meinung ist das einfach ein dummer Plan, der jeder praktischen Grundlage entbehrt.

Ich sehe, dass Herr Guy Mollet vorsichtig den Kopf schüttelt, bemerkt N. S. Chruschtschow. Offenbar meint er, ich drücke mich zu scharf aus. Aber ich bin gewohnt, mich direkt auszudrücken. Ich sage das, was ich denke, das, was die Sowjetmenschen denken.

*Mollet* sagt, dass er für Aufrichtigkeit ist; darin stimme er mit N. S. Chruschtschow voll überein.

*Chruschtschow* fährt fort. Ich sage klar und direkt, was ich denke, [und das] nicht, um Frankreich und die USA in Streit zu bringen. So ist das nicht. Wir haben unseren Standpunkt gegenüber den verantwortlichen Repräsentanten der USA schon in Genf direkt und offen zum Ausdruck gebracht. Als Herr Eisenhower auf der Genfer Konferenz die Ausführungen über den „offenen Himmel“ vortrug, interessierte er sich als Redner sogleich dafür, wie diese auf die Mitglieder der sowjetischen Delegation gewirkt hatte. Ich sagte damals zu Präsident Eisenhower, dass wir kein Verständnis für seinen Vorschlag haben und dass er für uns unannehmbar ist. Und je mehr wir diesen Vorschlag studiert haben, desto mehr haben wir uns davon überzeugt, dass der Plan des „offenen Himmels“ nutzlos, ein Hirngespinnst ist. Aber die USA sind offenbar nicht so sehr an der Verwirklichung der Idee des „offenen Himmels“ als solcher, sondern daran interessiert, diesen Vorschlag als Hindernis für die Abrüstung zu benutzen. Und jetzt erklären sie, wenn die von ihnen vorgeschlagene Kontrolle aus der Luft nicht realisiert wird, sei es überhaupt unmöglich, irgendeinen Fortschritt in der Abrüstungsfrage zu erzielen. Frankreich und England unterstützen leider die USA.

Somit können wir uns gegenwärtig nicht über die Abrüstung einig werden, eine Abrüstung ist aber notwendig. Der Kalte Krieg hat die Abrüstung verhin-

<sup>156</sup> Damit ist der Vorschlag Präsident Eisenhowers auf der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 gemeint, man solle sich wechselseitig den Überflug des eigenen Territoriums durch Aufklärungsflugzeuge gestatten. Auf diese Weise, so lautete die Begründung, sei eine Verifikation der Angaben bei Abrüstungsvereinbarungen möglich. Die sowjetische Seite lehnte eine derartige Regelung heftig ab, weil dies auf eine legalisierte Spionage hinauslaufe.

<sup>157</sup> Der „Reichtum“, der dem Vorschlag nach Chruščëvs Ansicht zugrunde lag, bestand in der ungleich besseren Fähigkeit der Amerikaner, die militärischen Kräfte und Anlagen auf dem Gebiet der anderen Seite aufzuklären. In der Sicht Washingtons ging es darum, einen Ausgleich für die überlegene Fähigkeit der UdSSR zur Anwerbung und zum Einsatz von Spionen in den offenen Gesellschaften des Westens zu schaffen.

dert. Doch jetzt ist der Kalte Krieg von sich aus bloß noch ein Leichnam,<sup>158</sup> von dem sich die nahen Verwandten nicht trennen wollen und den sie mit verschiedenen künstlichen Methoden ins Leben zurückzuholen suchen. Diese Verwandten betrügen sich selbst, wenn sie versuchen, den toten Körper künstlich lebendig zu halten. Sie erheben vergeblich ein Geschrei und suchen andere davon zu überzeugen, dass der Leichnam angeblich [vom Tod] wieder auferstehen kann. Aber wir sagen, dass er so schnell und so tief wie möglich unter die Erde gebracht werden muss, um die Atmosphäre nicht zu vergiften, und wir tun unsererseits alles, was in unserer Macht steht, um seine Bestattung zu beschleunigen.

Die sowjetische Regierung ist der Meinung, dass die Gefahr eines Krieges sich zum jetzigen Zeitpunkt stark verringert hat, dass wir weit von einem Krieg entfernt sind. Die Sowjetunion will keinen Krieg. Wir haben das von der Tribüne des XX. Parteitags feierlich erklärt.<sup>159</sup> Und wie man weiß, haben solche Erklärungen große Bedeutung. Wir reden unsere Worte nicht in den Wind.

In England will weder das Volk noch die englische Regierung einen Krieg; sowohl in der konservativen Partei als auch in der Labour Party haben die Anhänger des Friedens die absolute Mehrheit.

Im Zusammenhang damit will ich darauf verweisen, dass unser alter „Freund“, Herr Churchill, mit dem wir in der Vergangenheit nicht wenige Klingen gekreuzt haben, ebenfalls sich gegen den Krieg wendet. Er schlägt vor, eine gemeinsame Regelung für die wichtigsten Streitfragen zu finden.<sup>160</sup> Wir haben mit ihm in London ein angenehmes Gespräch geführt<sup>161</sup> und in einer Reihe von Fragen eine Verständigung erzielt.

Wir sind sicher, dass in Frankreich die absolute Mehrheit des Volkes und der führenden Politiker in Staat und Gesellschaft ebenfalls gegen einen Krieg ist.

<sup>158</sup> Die Kremführung suchte den Eindruck zu erwecken, dass der Kalte Krieg weder aus dem Systemkonflikt noch der damit verbundenen sowjetischen Überzeugung resultiere, früher oder später würden sich alle Länder dem Sozialismus zuwenden, sondern auf einer künstlich von den herrschenden Kreisen im Westen erzeugten internationalen Spannung beruhe, der durch das Vorgehen der UdSSR nach dem Tod Stalins, vor allem seit Anfang 1955 der Boden entzogen worden sei.

<sup>159</sup> Auf dem XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 wurde eine fortwährend sich verschärfende „allgemeine Krise des Kapitalismus“ festgestellt und zugleich gefordert, statt der gegeneinander gerichteten Bündnisse von Ost und West müsse es in Europa ein gemeinsames kollektives Sicherheitssystem geben. Als neue politische Leitlinien wurden verkündet die „friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“, die Ablehnung der These von der Unvermeidbarkeit des Krieges und das Bekenntnis zu der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus, der in allen Ländern der Welt mit gesetzmäßiger Notwendigkeit den Sieg erringen werde.

<sup>160</sup> Als Sir Winston Churchill (1874–1965) vom Herbst 1951 bis zum Frühjahr 1955 wieder an der Regierung war, hielt er, weil man andernfalls einem Nuklearkrieg entgegengehe, eine Entschärfung des Ost-West-Konflikts für unbedingt notwendig. Dessen Kern sei das deutsche Problem. Dieses müsse daher durch eine Verständigung über die Wiedervereinigung des geteilten Landes gelöst werden. Er ließ zunächst bei Stalin und dann 1953 bei dessen Nachfolgern sondieren, ob die UdSSR bereit sei, das SED-Regime aufzugeben und einem demokratischen Gesamtdeutschland zuzustimmen, wenn dieses zu militärischer Neutralität verpflichtet werde, der Westen mithin auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO verzichte. In Moskau lehnte man jedoch einen derartigen Kompromiss ab.

<sup>161</sup> Vom 18. bis 27. April 1956 weilten Chruschtschew und Bulganin zu einem Besuch in London.

Wenn ich mich nicht täusche, sind die Gaullisten gegenwärtig in Frankreich die am meisten zum Krieg tendierende Partei. Aber uns scheint, dass auch sie keinen Krieg wollen.

*Mollet* bemerkt, dass die sozialistische Partei, der er angehört, der politische Gegner der Gaullisten-Partei ist. Um aber der Wahrheit die Ehre zu geben, muss er darauf hinweisen, dass die Gaullisten ebenfalls gegen den Krieg sind.

*Chruschtschow*: Damit sind alle französischen Parteien gegen den Krieg.

In Belgien, Dänemark, Norwegen und Holland, fährt N. S. Chruschtschow fort, gehört die Mehrheit ebenfalls denen, die gegen den Krieg sind. Alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes wollen keinen Krieg. Gegen den Krieg wenden sich aktiv alle Deutschen in der DDR. In Westdeutschland ist die Mehrheit der Deutschen ebenfalls gegen die Aufrüstung, gegen die Kriegspsychose und fängt an, sich der militaristischen Politik Adenauers aktiv zu widersetzen. In den USA ist, wie ich bereits hervorgehoben habe, das Volk ebenfalls gegen den Krieg. Den Krieg wollen nur die Monopolisten und Militaristen, die mit Waffen handeln. Aber in letzter Zeit lichten sich auch hier die Reihen der Kriegsbrandstifter.

Ich habe Jugoslawien noch nicht erwähnt, aber Sie wissen offenbar genau so gut wie ich, dass Jugoslawien aktiv für den Frieden kämpft.<sup>162</sup> Sehr wichtig ist zudem, dass ganz Asien gegen den Krieg ist. Das ist eine große Macht, die man nicht vergessen darf. Eine Ausnahme sind Chiang Kai-shek und Syng-man Rhee,<sup>163</sup> aber mit ihnen kann man leicht fertig werden: man muss einfach aufhören, ihnen Waffen zu liefern, und ihre militaristische Leidenschaft wird sich legen.

Wir sehen [also], dass es auf der Welt sehr wenige Verfechter des Krieges gibt. Und zugleich ist es, so paradox dies auch ist, unmöglich, sich auf Abrüstung zu verständigen. Die Verantwortung dafür liegt bei jenen einflussreichen monopolistischen Gruppierungen in den USA, die ein Interesse am Wettrüsten haben.

Die Abrüstung bedeutet heutzutage praktisch den Verzicht auf Krieg, die Anerkennung der Notwendigkeit und Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen sozialen Systemen und den friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit zwischen den Ländern des kapitalistischen und des sozialistischen Lagers.

Letzteres ängstigt einige unserer Widersacher besonders, weil sie sich darüber klar sind, dass das sozialistische System in diesem Wettstreit besonders bemerkenswerte Erfolge hat, die zweifellos in dem Umfang weiter wachsen werden, wie wir die Rüstung verringern. Die Monopolisten, die am Krieg verdienen, fürchten den friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit, fürchten die Abrüstung, aber können sich nicht direkt gegen die Abrüstung wenden. Und wenn es jemanden gäbe, der so mutig ist – das Volk würde ihn wegfeigen und vernichten. Darum verbinden sie die Abrüstungsfrage mit diversen Überlegungen zur Kontrolle. Die-

<sup>162</sup> Chruschtschow meinte damit die Bemühungen Jugoslawiens im Rahmen der Blockfreienbewegung um den Aufbau einer „antiimperialistischen“ Front in der Dritten Welt.

<sup>163</sup> Die Staatschefs der „Republik China“ auf der Insel Taiwan und Südkorea – beide Staaten, die sich von militärisch starken kommunistischen Regimes auf der anderen Seite ihres jeweils geteilten Landes bedroht sahen.

se Überlegungen sind ziemlich raffiniert. Für einen einfachen Menschen ist schwer zu verstehen, wieso man mit dem Plan des „offenen Himmels“ nicht einverstanden sein soll. Aber dieser Plan ist, wie ich schon gesagt habe, einfach törricht. Wir haben diese Frage sorgfältig studiert. Wir haben versucht herauszufinden, ob sich tatsächlich eine wirkungsvolle Kontrolle von der Luft aus schaffen lässt, so dass keine Atomwaffen mehr produziert werden können. Wir haben renommierte Spezialisten herangezogen, unsere in den Kriegsjahren gewonnene Erfahrung genutzt und sind zu dem Schluss gelangt, sogar wenn eine derartige Kontrolle bestünde, würde sie die Produktion von Atomwaffen praktisch nicht behindern.

Die USA schlagen mithin eine angeblich allumfassende Kontrolle vor, doch tatsächlich wollen sie aber eine Kontrolle errichten, welche die Kontrolle der Atomwaffenproduktion ausschließt.

Es ist weithin bekannt, dass gegenwärtig in vielen Ländern große wissenschaftliche Forschungen zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke stattfinden. Die Produktion von Atomenergie für friedliche Zwecke entwickelt sich. Aber im Zuge der Entwicklung dieser Produktion lässt sich Atomenergie leicht nicht nur für friedliche Zwecke, sondern auch für militärische Zwecke nutzen. Das heißt, dass die Verhandlungen über die Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke ohne die Existenz wirksamer Kontrollmechanismen nur eine Maskierung der möglichen Produktion von Atomenergie zu militärischen Zwecken sind. Die Herstellung der Atombombe ist keineswegs so kompliziert, dass sie sich nicht maskieren ließe, wenn dies gewünscht wird. Noch leichter ist es, die Lagerung von Atomwaffen zu maskieren. Wie bekannt, transportiert sogar ein gewöhnlicher Bomber Wasserstoffbomben kleinen Umfangs. Eine Wasserstoffbombe bauen könnten viele Länder, wenn sie das Geheimnis ihrer Herstellung kennen würden. Auf diese Weise ist das eher ein technisches als ein militärisches Geheimnis.

Auch die Produktion der Raketentechnik lässt sich sehr leicht geheim halten. Wir stellen ballistische Technik her. Das tun auch einige andere Länder, und es ist offenkundig, dass man trotz aller Kontrolle aus der Luft die Produktion von Raketenwaffen in jedem Land einleiten kann. In der UdSSR zum Beispiel gibt es sehr viele alte, verlassene Bergwerke. In diesen Bergwerken können wir die Produktion modernster Raketengeschosse organisieren, und keine Inspektion aus der Luft wird das feststellen können. Die USA wissen das, aber sie halten beharrlich an ihrem Standpunkt fest. Sie brauchen eine zeitliche Hinauszögerung.

Nach unserer Ansicht geht es bei der Kontrolle hauptsächlich darum, einen überraschenden Schlag des Gegners auszuschließen. Um aber eine Garantie gegen so einen überraschenden Schlag zu haben, muss man sich vor einer geheimen Truppenkonzentration sichern, Kontrolleure an den Häfen, den Eisenbahnknotenpunkten, den großen Autobahnkreuzungen und den Flughäfen postieren. Wenn so ein Kontrollsystem wirksam wird, ist ein Überraschungsangriff nicht [mehr] möglich. Zugleich schließt ein derartiges Kontrollsystem im Gegensatz zu dem von den Amerikanern vorgeschlagenen Plan des „offenen Himmels“ eine Verwendung zu Spionagezwecken aus. Die Personen, die diese Kontrolle realisieren werden, können ihre Nase nicht in Dinge stecken, die sie nichts angehen.

Wie Sie sehen, schlagen wir ein bestimmtes wirksames Kontrollsystem vor. Wir sagen, wir sind mit Kontrolle einverstanden, aber als Antwort behauptet man uns gegenüber, dass eine Vereinbarung über die Kontrolle notwendig ist.

*Molotow* sagt, dass die Sowjetunion schon vor über einem Jahr offiziell vorge schlagen hat, bestimmte wirksame Formen der Kontrolle zu etablieren.<sup>164</sup>

*Chruschtschow*: Die amerikanischen Politiker ignorieren unseren Kontrollvor schlag und betrachten den amerikanischen Plan<sup>165</sup> als die einzig für sie annehmbare Form der Kontrolle. Sie denken offenbar, weil sie nun einmal Dollars haben, ist alles Gesetz, was sie gesagt haben. Aber sie irren sich gewaltig. Wir sind ohne Dollars ausgekommen und werden es auch weiter. Frankreich unterstützt bedauerlicher Weise die Militaristen der USA. Sie wollen nicht abrüsten und wollen uns dazu zwingen, unsere Kräfte und Mittel für die unproduktive Aufrüstung zu verschwenden. Wir werden uns darauf nicht einlassen, wir werden die Abrüstung zu erreichen suchen.

Im letzten Jahr hat die Sowjetunion den Beschluss gefasst, ihre Streitkräfte um 640 000 Mann zu reduzieren.<sup>166</sup> Dieser Schritt der sowjetischen Regierung hat allen Verfechtern des Friedens neue Kraft in ihrem Kampf für das edle Ziel der Verteidigung des Friedens gegeben.

In diesem Jahr, genauer gestern, hat die sowjetische Regierung ihre neue Entscheidung der Öffentlichkeit bekannt gemacht, die Streitkräfte der UdSSR um 120 000 Mann zu reduzieren.<sup>167</sup> Es wird für die Widersacher des Friedens<sup>168</sup> nunmehr sehr schwer sein zu behaupten, dass die Sowjetunion den Krieg will. Wir machen 120 000 Mann für nützliche Arbeit und beträchtliche Mittel frei, die in die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft investiert werden. Mit unserem Vorgehen unterstützen wir die Verfechter des Friedens in der ganzen Welt. Wir haben erheblich mehr getan als die, welche im Londoner Unterausschuss herumsitzen, weil man in diesem Ausschuss von Abrüstung [bloß] redet und eine Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens schafft.

In London haben wir gegenüber [dem amerikanischen Chefdelegierten Harold] Stassen unseren Standpunkt hinsichtlich des „offenen Himmels“ wiederholt und darauf hingewiesen, dass wir Eisenhowers Plan nur deswegen nicht so scharf kritisieren, wie er es verdient, weil wir Eisenhower nicht beleidigen wollen.

Das ist die Position der UdSSR in der Abrüstungsfrage.

Wir wenden uns an Sie mit dem Vorschlag, sagt N. S. Chruschtschow, unterstützen Sie uns in den Fragen der Abrüstung, reduzieren Sie Ihre Streitkräfte.

<sup>164</sup> Dieser Hinweis bezieht sich auf den oben erwähnten sowjetischen Vorschlag vom 10. 5. 1955.

<sup>165</sup> Gemeint ist augenscheinlich der westliche Vorschlag im Unterausschuss des UNO-Abrüstungskomitees vom 29. Juli 1955, der bei Entgegenkommen in Einzelfragen daran festhielt, dass eine wirksame Kontrolle der zu vereinbarenden Abrüstungsverpflichtungen gewährleistet werden müsse, und die politischen Forderungen der UdSSR nicht einbezog.

<sup>166</sup> Siehe dazu Fußnote 153.

<sup>167</sup> Diese Mitteilung beruhte auf dem Beschluss des Ministerrats vom 17. März 1956, der außer der Entlassung von 300 000 Mann vorgesehen hatte, auf die Einstellung der 120 000 Mann zu verzichten, die man unter der bis dahin geltenden Sollstärke geblieben war.

<sup>168</sup> Im Protokoll steht irrtümlich „Kriegsgegner“.

Abschließend sagt N. S. Chruschtschow: Ich halte es für notwendig zu betonen, dass wir keinen Zusammenhang sehen zwischen dem Abrüstungsproblem und dem deutschen Problem. Wir sind kategorisch dagegen, dass diese zwei Probleme künstlich miteinander verknüpft werden.

In Deutschland gibt es zur Zeit zwei Staaten: die DDR und die DBR.<sup>169</sup> Sie [diese Staaten] können und müssen sich untereinander über die Wege zur Vereinigung verständigen.<sup>170</sup>

Was die europäischen Staaten betrifft, so können sie sich über alle unentschiedenen und strittigen Fragen auch dann einigen, wenn es kein vereinigtes Deutschland gibt. Ich denke, dass diese Situation für Frankreich [noch] günstiger ist als für uns. Ein auf militaristischer Grundlage vereinigtes Deutschland ist für Frankreich und die UdSSR eine weitaus größere Gefahr als ein zweigeteiltes Deutschland, selbst dann, wenn einer der beiden Teile aufrüstet. Gegenwärtig ist, wie bekannt, in Westdeutschland ein Rüstungsprozess im Gang.<sup>171</sup>

Die Verfechter eines vereinigten Deutschlands auf militaristischer Basis beabsichtigen, die Deutsche Demokratische Republik zu liquidieren. Aber weder uns, den Kommunisten, noch Ihnen, den Sozialisten, ist an der Liquidierung der sozialistischen Prinzipien in der DDR gelegen. Wir, die Sowjetmenschen, werden einer solchen Vereinigung Deutschlands, die dem gesellschaftlichen System in der DDR Schaden zufügen kann, niemals die Hand bieten. Sollen sich doch die zwei Teile Deutschlands untereinander verständigen und ein einheitliches gesamtdeutsches Organ bilden. An diesem Organ können sich die Vertreter beider sozialer Systeme gleichberechtigt beteiligen. Was die konkreten Formen dieses Organs betrifft, so ist das die Sache der Deutschen selbst. Sie werden diese Form finden, wenn die USA, Frankreich und England Adenauer nicht länger unterstützen. Doch wenn Adenauer sich weiter auf diese Hilfe stützen wird, dann werden die Deutschen selbst ohne unsere Hilfe Kontakt zueinander aufnehmen. In Westdeutschland wächst von Tag zu Tag die Zahl der Befürworter eben dieses Weges zur Annäherung zwischen der DDR und der DBR.

Das sind unsere Ansichten zum Abrüstungsproblem. Wir werden auch weiter an der Arbeit des Unterausschusses in London teilnehmen, aber wir glauben nicht an die Aufrichtigkeit der Bemühungen unserer Partner in diesem Unterausschuss, wir sehen keinen Nutzen in seiner Tätigkeit. Mit unserer einseitigen Abrüstung werden wir dem Unterausschuss Anstöße geben, und die Vorteile unserer Abrüstung verwenden wir im Interesse einer weiteren Erhöhung des Wohlstandes unseres Volkes. Wir sind sicher, dass die Steuerzahler Frankreichs, der

<sup>169</sup> Chruščëv verwendete statt des amtlichen Staatsnamens „Bundesrepublik Deutschland“ das Kürzel „DBR“, das für die Vollbezeichnung „Deutsche Bundesrepublik“ steht, um deutlich zu machen, dass es sich wie bei der DDR, also der Deutschen Demokratischen Republik, nur um einen Teilstaat handele. Damit wollte er dem Anspruch der Bundesrepublik entgegenreten, als das im Gegensatz zur DDR demokratisch legitimierte Gemeinwesen alle Deutschen zu vertreten.

<sup>170</sup> Diesen Standpunkt vertrat die UdSSR seit 1949.

<sup>171</sup> Chruščëv ließ außer Betracht, dass in der SBZ/DDR ab 1948 eine auf Bürgerkriegsoperationen vorbereitete Truppe aufgebaut worden war, die 1950 eine Stärke von 50 000 Mann erreichte, dass man diese Verbände seit 1952 unter der Bezeichnung „Kasernierte Volkspolizei“ zur großen Koalitionsarmee an der Seite der UdSSR umgeformt und 1956 amtlich zur militärischen Streitmacht erklärt hatte, während die Bundesrepublik erst 1956 die erste Einheit der Bundeswehr aufstellte.

USA und Englands bei den nächsten Wahlen hinreichend deutlich machen, wen sie unterstützen: diejenigen, die für das Wettrüsten sind, oder diejenigen, die Abrüstung praktizieren.

Das ist die offene Darlegung unserer Ansichten zu dieser wichtigen und ernsten Frage.

*Bulganin* sagt, dass er einiges bemerken und erklären will zu den Fragen, die Herr Pineau gestellt hat.

Was N. S. Chruschtschow hier gesagt hat, sagt N. A. Bulganin, bringt die Position der sowjetischen Regierung insgesamt zum Ausdruck. Was der Erzielung einer Vereinbarung über die Abrüstung am meisten entgegensteht, ist der fehlende einhellige Wunsch nach Einigung. Was uns betrifft, so wollen wir das Abrüstungsproblem aufrichtig lösen. Das bezeugen unsere einseitigen Abrüstungsmaßnahmen, die gestern bekannt gemacht wurden. Das ist ein sehr ernsthafter Schritt. Das ist ein feierlicher Akt zur Begrüßung unserer Freunde.

*Mollet*: Dann werden wir Sie öfter besuchen.

*Chruschtschow*: Aber bringen dann auch Sie so etwas mit.

*Bulganin*: In Russland ist es üblich, seinen Gästen Geschenke zu machen. Für gewöhnlich bietet man Brot und Salz an. Der französischen Delegation haben wir als Geschenk eine gute Entscheidung zu unserer Abrüstung dargeboten. Aber wir Russen haben noch einen anderen Brauch: Die Gäste kommen ebenfalls mit Brot und Salz oder bringen ein noch größeres Geschenk mit.

*Chruschtschow*: Wir würden uns freuen, wenn unsere Gäste als Geschenk eine Reduzierung der französischen Streitkräfte um, sagen wir, 500 000 Soldaten mitbrächten.

*Bulganin*: Ich möchte einige Fakten anführen, die davon Zeugnis ablegen, dass der fehlende einhellige Wunsch eine Lösung des Abrüstungsproblems verhindert.

Am 10. Mai 1955 hat die UdSSR eine Deklaration zur Abrüstung veröffentlicht, in der es hieß, dass die UdSSR den Vorschlag Englands und Frankreichs bezüglich der konventionellen Streitkräfte angenommen hat, also mit dem von den Westmächten vorgeschlagenen Umfang (1 bis 1,5 Mio. und 650 000 Mann) einverstanden ist.<sup>172</sup> Die öffentliche Meinung, vor allem [die] der westlichen Länder, hat diesen Schritt der Sowjetunion begrüßt. Man hat gesagt, die UdSSR ist den Westmächten entgegengekommen, und es ist die Hoffnung entstanden, dass die Tätigkeit des Unterausschusses in London nunmehr erfolgreich verläuft. Doch im März 1956 nahm die Sache eine unerwartete Wendung. Die Westmächte zogen ihre Vorschläge zurück und legten neue vor, in denen von anderen Zahlen die Rede war: 2 und 2,5 Mio. Mann.<sup>173</sup>

<sup>172</sup> Hierzu die Ausführungen in Fußnote 154.

<sup>173</sup> Am 19. März 1956 hatten Großbritannien und Frankreich, zwei Tage später die USA im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission einen Drei-Phasen-Plan zur Durchführung eines Abrüstungsvertrags und zum Aufbau eines internationalen Kontrollsystems vorgelegt. In jeder Phase sollte ein Viertel der zu vereinbarenden Streitkräftereduzierungen erfolgen.

Ein anderes Beispiel. Wie haben in den Jahren 1954/1955 so wie auch jetzt besonderen Nachdruck auf die Gefahr gelegt, welche die Atom- und Wasserstoffwaffen für die Welt bilden. Wir haben von der [Zerstörungs-]Kraft dieser Waffen und die Konsequenzen ihres Einsatzes für die Welt und die Menschheit gesprochen.

In den Vorschlägen vom 10. Mai wurde dieses Problem von allen Seiten beleuchtet. Wir haben vorgeschlagen, die Verwendung, Produktion und Tests dieser Waffen zu verbieten, und diese ebenfalls aus den Arsenalen der Staaten zu entfernen. Da wurden Stimmen laut, dass die UdSSR die Frage angeblich nicht zufällig so stelle, dass sie gewisse Hintergedanken habe, nämlich dass die Sowjetunion über mehr konventionelle Streitkräfte verfüge und deswegen angeblich den Nachdruck auf Maßnahmen im Bereich der Atomwaffen lege.<sup>174</sup> Damals, im März [1955], haben wir bei der Beratung des Unterausschusses in London den Nachdruck auf die Reduzierung vor allem der konventionellen Rüstung gelegt. Man hat [daraufhin] begonnen, uns vorzuwerfen, wieso wir an die erste Stelle die konventionelle und nicht die atomare Rüstung gerückt haben. Unter anderem hat auf der Genfer Außenministerkonferenz im November 1955 Herr Macmillan genau diesen Vorschlag gemacht, und alle haben ihn unterstützt. Als aber wir das Gleiche vorgeschlagen haben, gab es von allen nur Einwände.<sup>175</sup> Von da an haben Gen. Gromyko und seine Kollegen im Unterausschuss wieder Wasser mit einem Sieb zu schöpfen gesucht. Nach einem Meinungsaustausch darüber haben wir beschlossen, den Gen. Gromyko zu unterstützen, und ihm gesagt, er soll erklären, dass wir uns bezüglich der Atomwaffen an den Standpunkt halten, der in unseren Vorschlägen vom 10. Mai festgelegt wurde. Es schien so, als wäre es gelungen, das Missverständnis zu zerstreuen, aber es tauchte das neue Argument auf, von dem hier Herr Pineau gesprochen hat und das N. S. Chruschtschow zu seinen Bemerkungen veranlasst hat: Es wurde die Frage der Verbindung des Abrüstungsproblems mit anderen politischen Problemen aufgeworfen.<sup>176</sup> Erlauben Sie, dazu unsere Meinung offen zu äußern. Wir glauben, dass dies alles nur dazu

<sup>174</sup> Die UdSSR besaß tatsächlich seit jeher weit umfangreichere konventionelle Streitkräfte, die das westliche Bündnis durch die überlegene nukleare Macht der USA auszugleichen suchte. Dieses Bestreben hatte sich noch dadurch verstärkt, dass der amerikanische Präsident Eisenhower die Militärausgaben dadurch einzuschränken suchte, dass er die Truppenstärke erheblich verringerte und dafür die Verteidigung stärker auf Kapazitäten der nuklearen Vernichtung stützte („more bang for the dollar“). Chrusčëv konnte, als er den Mannschaftsbestand der konventionellen Streitkräfte reduzierte, daher von einem großen zahlenmäßigen Übergewicht ausgehen. Zugleich forcierte er so weit wie möglich die nukleare Rüstung, um Unterlegenheit gegenüber den USA in diesem Bereich auszugleichen.

<sup>175</sup> Auf der Genfer Außenministerkonferenz vom 27. Oktober bis 16. November 1955 stellten die drei westlichen Außenminister die Frage der deutschen Vereinigung in den Vordergrund, während ihr sowjetischer Gegenspieler Molotov dafür eintrat, die beiden sich gegenüberstehenden Bündnisse durch ein europäisches System der kollektiven Sicherheit zu ersetzen. Das hätte die UdSSR zur führenden Macht des ganzen Kontinents gemacht. Nur nebenbei wurde die Abrüstung erörtert. Auch dabei kam es zu keiner Annäherung der Standpunkte.

<sup>176</sup> Dieser Vorwurf bezog sich selbstverständlich nicht darauf, dass die eigene Seite in ihrem – nach wie vor für gültig erklärten – Vorschlag vom 10. 5. 1955 die Abrüstung mit dem Rückzug der USA aus Europa und Asien verknüpfte hatte, sondern galt den Vorschlägen der Westmächte auf beiden Genfer Konferenzen von 1955, in denen ein Zusammenhang hergestellt worden war zwischen der Deutschland-Frage und der Regelung von Sicherheitsfragen in Europa.

ausgedacht wurde, um die Entscheidung der Abrüstungsfrage auf die lange Bank zu schieben.

Herr Pineau hat gesagt, es wäre nach Ansicht der Führer der Sowjetunion leichter, generelle politische Probleme zu lösen, wenn zuvor eine Abrüstungsvereinbarung erzielt wird. Natürlich würde, wenn eine Abrüstungsvereinbarung erzielt würde, das zur Lösung einer Reihe von anderen generellen Problemen beitragen. Aber unsere Meinung geht dahin, dass dies zwei völlig unterschiedliche Fragen sind. Wir verbinden sie nicht miteinander. Und die amerikanische Art, die Frage zu stellen, bedeutet, das Abrüstungsproblem beiseite zu schieben und zu begraben.

Wie kann man denn das Abrüstungsproblem mit der deutschen Frage verbinden? Nach unserer Ansicht bedeutet das, es auf die lange Bank zu schieben und in den Hintergrund zu rücken.

Wir wollen das nicht und deshalb haben wir den Weg der einseitigen Abrüstung beschritten, um den Weg zu einer möglichen Teillösung dieses wichtigen Problems zu weisen.

*Molotow* bemerkt, dass in den Äußerungen der Gen. Chruschtschow und Bulganin die Auffassung der Regierung der UdSSR zum Ausdruck gebracht wurde und dass er deswegen nicht nochmals wiederholen wird, was sie schon gesagt haben.

Ich möchte nur darauf hinweisen, sagt W. M. Molotow, dass die Zustimmung der Regierungsdelegation Frankreichs zur Reise in die UdSSR von uns mit gewisser Hoffnung aufgenommen worden ist. Wir alle erinnern uns gut an die letzten Erklärungen von Guy Mollet und Ch. Pineau, insbesondere an die Erklärung von Guy Mollet Ende Januar im Parlament, als er seine Regierung bildete. In diesen Stellungnahmen wurde betont, dass die neue Regierung dem Abrüstungsproblem große Bedeutung beimisst. Diese Äußerungen wurden mit großer Befriedigung nicht nur in der Sowjetunion, sondern in der ganzen Welt aufgenommen.

Wir erinnern uns gut an die Stellungnahme von Ch. Pineau Anfang März dieses Jahres. Sie enthielt ein berechtigtes und durchaus substantielles Element der Kritik an der Politik der Westmächte. In der Tat müssen die UdSSR, die USA, England und Frankreich, wenn sie die Tatsache der Verringerung der internationalen Spannungen anerkennen, daraus demzufolge Konsequenzen für ihre Politik ziehen. Die kritischen Bemerkungen von Ch. Pineau und sein Vorschlag, die Politik der Westmächte auf eine Weise zu ändern, dass sie einen Beitrag zur weiteren Verringerung der internationalen Spannung leistet, wurden von uns sehr positiv aufgenommen.

In seiner Stellungnahme vom April dieses Jahres hat Guy Mollet diese Linie weitergeführt und erneuert die Bedeutung des Abrüstungsproblems für die Verbesserung der internationalen Lage betont. Guy Mollet hat darauf hingewiesen, dass die Lösung dieses Problems zur Lösung anderer Fragen, unter anderem auch des deutschen Problems, beitragen kann. Sowohl bei der Regierung der UdSSR als auch in der öffentlichen Meinung unseres Landes haben diese Stellungnahmen eine positive Reaktion hervorgerufen, weil ersichtlich wurde, dass die französi-

sche Regierung das wichtigste Problem, das Abrüstungsproblem, ins Zentrum ihrer Politik stellt.

Schließlich hat Ch. Pineau in seiner Rede auf der Konferenz der NATO-Länder im Mai dieses Jahres in Paris besonders die Bedeutung weniger der militärischen als der wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Fragen für alle Länder der NATO hervorgehoben. Das lässt sich nicht anders als ein Versuch zur Veränderung der Politik einiger Großmächte sehen.

All das gibt uns Grund zu der Annahme, dass auch im Lauf d[ies]er Verhandlungen die französische Seite die internationalen Probleme ebenfalls im Geist der genannten Stellungnahmen sehen wird. Und das würde uns helfen, unsere Standpunkte in fundamentalen Fragen einander anzunähern.

*Mollet* sagt, dass er von vornherein in aller Offenheit die Position der französischen Regierung präzisieren will. Die französische Regierung ist der Ansicht, man muss sich um gegenseitiges Verstehen bemühen. Sie ist davon überzeugt, dass kein Volk in der Welt Krieg will. Ein Krieg wird immer weniger möglich, weil keine Regierung in der Welt mit Rücksicht auf die Konsequenzen die Verantwortung übernehmen kann, einen Krieg zu entfesseln. Es gibt nur einen Ausweg: Man muss koexistieren.

Aus all unseren Reisen und Treffen und aus dem schon zwischen uns durchgeführten Meinungs austausch ziehen wir den Schluss, dass Misstrauen das größte Hindernis für das gegenseitige Verständnis ist. Wenn wir als Ergebnis der Gespräche mit Ihnen und den Vertretern anderer Länder eine Atmosphäre des Vertrauens erreichen können, wird das ein großer positiver Schritt nach vorne sein.

*Chruschtschow*: Richtig.

*Mollet*: N. S. Chruschtschow hat gesagt, dass die Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage künstlich geschaffen werden würden und dass es keine Gewissheit über die Aufrichtigkeit des Strebens einiger Länder nach Einvernehmen gibt. Wenn wir morgen mit den USA über Ihren Standpunkt sprechen werden, werden sie wohl ebenfalls behaupten, dass es bei Ihnen Elemente der Unaufrichtigkeit gibt. Die Aufgabe Frankreichs ist, bei der Annäherung der Standpunkte behilflich zu sein.

N. S. Chruschtschow hat ebenfalls gesagt, dass ein Teil der öffentlichen Meinung der USA [sowie] die monopolistischen und militaristischen Kreise gegen die Abrüstung sind und dass sie aus wirtschaftlichen und anderen Gründen die gespannte internationale Lage beibehalten wollen. Ich muss offen sagen, dass ich seinerzeit, als ich Generalsekretär der SFIO war, diese These hinsichtlich der Sowjetunion vorgetragen habe.

*Chruschtschow*: Ohne Erfolg.

*Mollet*: Ich war aufrichtig, als ich in den Jahren 1945–1947 diese These unterstützt habe. In diesem Moment nach Kriegsende gab es große Möglichkeiten für soziale Revolutionen in einer Reihe bürgerlicher Länder. Diese Möglichkeiten ließen sich nutzen, wenn man Abrüstungsmaßnahmen getroffen hätte. Die bürgerlichen Regime, die dank der Kriegswirtschaft bestanden, hätten diese Maß-

nahmen nicht überstanden. Doch unterstützte die Sowjetunion im Grunde während der gesamten Zeit die Kriegswirtschaft in den bürgerlichen Ländern. Wenn die UdSSR nach dem Krieg ihre Streitkräfte reduziert hätte, hätte dies die kapitalistischen Staaten in eine schwierige Lage versetzt. Sie haben das damals nicht getan und haben aus Angst vor Einkreisung<sup>177</sup> die bürgerlichen Regime in einigen Ländern der Welt gerettet.

Vielleicht wendet sich auch jetzt [noch] ein Teil der Bourgeoisie in den USA deswegen gegen die Abrüstung, weil das die Wirtschaft der USA schwächen würde. Doch nach meinen Gesprächen mit Eisenhower, [Adlai] Stevenson<sup>178</sup> und [Averell] Harriman<sup>179</sup> bin ich jedoch zu der Überzeugung gelangt, dass Regierung und Politik der USA genauso wie Sie gegen den Krieg sind. 1947/48 wurde die Position der USA von Vorstellungen der Angst bestimmt, doch die Angst ist, wie bekannt, ein schlechter Ratgeber.

Als die Abschwächung der internationalen Spannung einsetzte, hat sich meine Regierung an die Verbündeten gewandt und versichert, dass sie an den bestehenden Verträgen festhält und zugleich betont, dass sie unabhängig sein will.

Abschließend sagt Guy Mollet, er stimmt N. S. Chruschtschow zu, dass der Leichnam des Kalten Krieges begraben werden muss, und vermutet, dass ihm viele Leute das Geleit geben werden.

*Chruschtschow* bemerkt, dass es wohl viele Trauernde geben wird.

*Mollet* sagt, dass in der Abrüstungsfrage die Standpunkte der Seiten noch weit voneinander entfernt sind, aber er möchte sagen, dass nach Ansicht der französischen Regierung Jules Moch<sup>180</sup> sehr viel getan hat, um diese Standpunkte aneinander anzunähern.

*Chruschtschow* erklärt scherzhaft, man sollte den Vertretern aller Länder im Unterausschuss [der UNO-Abrüstungskommission] Prämien für eine Reduzierung der Streitkräfte um [jeweils] tausend Soldaten zahlen. Wenn ihnen ihre Dienste nach dieser Methode bezahlt würden, würden sie sicherlich Hungers sterben.

*Molotow*: Man kann sagen, dass unser Vertreter im Unterausschuss, Gen. Gromyko, bisher eine einseitige Abrüstung der UdSSR erreicht hat.<sup>181</sup>

*Mollet* erinnert daran, dass die Frage berührt wurde, wenn die Waffenlieferungen an einige Länder beendet würden, in denen der Friede in Gefahr ist, würde diese Gefahr beseitigt werden. Das ist eine gute Idee, und man sollte sie auch in einer Region wie dem Nahen und Mittleren Osten anwenden.<sup>182</sup>

<sup>177</sup> Der sowjetischen Politik lag die Vorstellung der „kapitalistischen Einkreisung“ zugrunde.

<sup>178</sup> Adlai Stevenson (1900–1965) war ein führender amerikanischer Demokrat. In den Präsidentschaftswahlen von 1952 und 1956 trat er vergeblich gegen Eisenhower an.

<sup>179</sup> Der amerikanische Demokrat Averell Harriman (1891–1986) war ein seit langem sehr erfahrener Politiker und Diplomat.

<sup>180</sup> Der Sozialist Jules Moch (1893–1985) vertrat Frankreich im Unterausschuss der Abrüstungskommission der UNO.

<sup>181</sup> Diese Äußerung dürfte als Witz gemeint gewesen sein.

<sup>182</sup> Dort war ein Rüstungswettlauf in Gang gekommen, nachdem die Tschechoslowakei auf Veranlassung der UdSSR am 19. September 1955 mit Ägypten die Lieferung der von dieser Seite gewünschten Waffen vereinbart hatte.

Weiter sagt Guy Mollet, er möchte unterstreichen, dass die Entscheidung der sowjetischen Regierung bezüglich der Streitkräftereduzierung eine sehr wichtige Entscheidung ist und dass die französische Regierung sie begrüßt. N. S. Chruschtschow hat gesagt, dass es nach so einer Entscheidung schwierig ist, die Völker davon zu überzeugen, dass die UdSSR den Krieg will und vorbereitet. Ich muss sagen, bemerkt Guy Mollet, dass ich und Ch. Pineau schon seit 10 Jahren erklären, dass das Volk und die Regierung der UdSSR absolut keinen Krieg wollen. Das haben wir auch in den schwierigsten Augenblicken 1946, 1947 und 1948 erklärt.<sup>183</sup> Ich habe das kürzlich in einem Interview mit einer amerikanischen Zeitung erneut betont, aber in der Zeitung wurde dieser Gedanke als etwas Neues hingestellt. Manchmal scheint mir, dass Sie über die Lage bei uns und wir über die Lage in der Sowjetunion schlecht informiert werden, was das Erfordernis des Informationsaustauschs beweist.

N. A. Bulganin und N. S. Chruschtschow haben gesagt, es wäre gut, wenn England und Frankreich einen ebensolchen Schritt in Bezug auf die Reduzierung der Streitkräfte machen würden wie die Sowjetunion, vor allem solle Frankreich seine Streitkräfte um mindestens 500 000 Personen reduzieren. Bedauerlicherweise sind wir gegenwärtig genötigt, unsere Streitkräfte verstärken und nicht zu reduzieren, doch das ist eine besondere Frage.<sup>184</sup>

Ich wiederhole, dass der Kern der ganzen Sache die Frage des Vertrauens ist. In der Welt haben Sie Gegner, die offenbar auch die letzte Entscheidung der sowjetischen Regierung bezüglich der Streitkräftereduzierung falsch auslegen. Sie werden erstens sagen, dass diese Reduzierung sich nicht überprüfen lasse, weil es keine Kontrolle gibt. Zweitens werden sie versichern, dass sie nur auf die Umstrukturierung der Armee zurückgehe im Zusammenhang damit, dass die UdSSR Fortschritte bei der Produktion von Atomwaffen erzielt und den Beschluss gefasst habe, mehr Mittel in die Herstellung von Atomwaffen als in die Produktion konventioneller Waffen zu investieren. Die französischen Militärexperten sagen, dass man heute keine großen Armeen mehr braucht, sondern die Atombombe haben muss. Schließlich werden die Politiker sagen, dass England ebenfalls den Weg der Reduzierung seiner Streitkräfte bestritten hat, weil es über Atomwaffen verfügt.

Möglicherweise wird die Tätigkeit des Unterausschusses in London zu nichts führen, aber es ist wichtig, diese Arbeit fortzusetzen, weil sie große moralische Wirkung hat und zur Abschwächung der Spannung und des Misstrauens beiträgt.

Unsere Position in Bezug auf die Vereinigung Deutschlands bedarf noch der Präzisierung. N. S. Chruschtschow hat behauptet, die Franzosen würden nur so tun, als wollten sie die Vereinigung Deutschlands. Ich will da eine Korrektur anbringen. Schon 1944, als der Krieg noch im Gang war, erhielt auf einem Geheim-

<sup>183</sup> Vor allem als im Juni 1947 die Marshall-Plan-Hilfe für Europa von den USA auf die politische Tagesordnung gesetzt worden war, hatte die UdSSR äußerst feindselig reagiert. Die Spannungen erreichten ihren Höhepunkt, als Stalin 1948/49 die Westmächte mit der Blockade (West-)Berlins aus der Stadt zu vertreiben suchte.

<sup>184</sup> Guy Mollet hatte dabei den Krieg im Auge, den Frankreich gegen die Aufständischen in Algerien führte.

kongress der SFIO ihr Generalsekretär den Auftrag, sich auf jede Weise den Plänen einer Zerstückelung Deutschlands zu widersetzen.

*Chruschtschow* sagt, dass damals Herr Churchill diese Frage gestellt hat.<sup>185</sup>

*Mollet*: De Gaulle ebenfalls.

Wir waren davon überzeugt, eine Nation werde, wenn man sie teile, unausweichlich die Vereinigung anstreben. Wir haben das selbst erfahren, als Frankreich in der Besatzungszeit in zwei Zonen geteilt war.<sup>186</sup> Wir gehen jetzt davon aus, dass die bestehende Lage der Dinge in Deutschland eine Gefahr für die internationale Situation schafft. Es gibt einen Unterschied zwischen dem Standpunkt früherer französischer Regierungen in der deutschen Frage und [dem Standpunkt] unserer Regierung. Bis hin zur Genfer Konferenz wurde die deutsche Frage zusammen mit der Frage der europäischen Sicherheit erörtert, und erst danach kam das Abrüstungsproblem zur Sprache. Wir sind Realisten, wir haben versucht, uns in Ihre Lage zu versetzen und haben begriffen, dass Sie der Vereinigung Deutschlands in einer aufgerüsteten Welt nicht Ihre Zustimmung geben können. Daher haben ich und Pineau erklärt, dass sich diese zwei Fragen nicht voneinander trennen lassen und dass ein Erfolg auf dem Feld der Abrüstung zur Regelung der Frage der Vereinigung Deutschlands beitragen kann. Aber ich möchte heute nicht darauf bestehen, weil ich denke, dass ich noch die Möglichkeit haben werde, diese Idee näher darzulegen.

Zum Abschluss sagt Guy Mollet, möchte ich noch eine Frage ansprechen, über die hier N. S. Chruschtschow gesprochen hat: den Wettstreit im wirtschaftlichen Bereich. Ich bin mit dieser Idee voll und ganz einverstanden. Ich selbst habe mehrfach die Formel präsentiert: „statt Wettlauf beim Rüsten Wettlauf zum Glück“. Doch möchte ich, dass dieser Wettbewerb im wirtschaftlichen Bereich sich nicht nur auf die zwei Lager, das sozialistische und das kapitalistische, beschränkt bleibt, sondern dass sich daran auch die Länder der „sozialistischen Demokratie“<sup>187</sup> beteiligen können. Die Geschichte wird zeigen, welches Regime die Fähigkeit besitzt, die Lage der Werktätigen zu verbessern.

*Chruschtschow* ist mit dieser Äußerung Guy Mollets einverstanden.

*Bulganin* bemerkt, dass ein offener Meinungs austausch stattgefunden hat. Er schlägt vor, die Arbeit am 17. Mai um 10.00 morgens fortzusetzen.

*Chruschtschow* sagt, dass die Diskussion vermutlich [schon] beim Essen und ebenfalls im Theater weitergeführt wird.

<sup>185</sup> Zunächst sprachen sich alle „Großen Drei“ dafür aus, Deutschland in mehrere Staaten zu teilen, bevor sich auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 Churchill dagegen wandte und darüber mit Roosevelt Einvernehmen erzielte. Stalin scheiterte mit der Forderung nach einem konkreten Aufteilungsbeschluss und bekannte sich erst Ende März 1945 zur Einheit Deutschlands.

<sup>186</sup> Nach dem Sieg 1940 besetzte Deutschland den größten Teil von Frankreich, überließ aber der – in den kleinen Kurort Vichy verlegten – französischen Regierung ein okkupationsfreies Gebiet. 1943 rückte dort ebenfalls die Wehrmacht ein, als die amerikanisch-britischen Truppen sich südlich des Mittelmeers im Maghreb festgesetzt hatten und vorn dort aus an der französischen Gegenküste landen konnten.

<sup>187</sup> Staaten in der Dritten Welt mit einem vom sowjetischen Modell abweichenden, demokratischen Sozialismus.

*Mollet* stimmt zu.

*Pineau* fragt, welche Mitteilung heute den Pressevertretern übergeben werden wird?

*Bulganin* sagt, dass es den Entwurf einer Pressemitteilung gibt, und schlägt vor, diesen Entwurf den Vertretern der Delegationen zur Abstimmung vorzulegen.

*Mollet* ist einverstanden.

Übersetzung aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 589, Bl. 1-28

### 9. Verhandlungen Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und [Christian] Pineau am 17. Mai 1956 vormittags

Anwesend waren:

von sowjetischer Seite N. T. Fedorenko, S[ergej] A. Winogradow, L. F. Iljitschow, A. A. Arutjunjan, N. P. Zygitschko, A. S. Anikin,

von französischer Seite R[ené] Massigli, J. Briand, Ch[arles] Bochar, M[aurice] Dejean, E. Noël, P[ierre] Baraduc.

*Bulganin* schlägt vor, die Arbeit fortzusetzen, und fragt, wer das Wort ergreifen möchte.

*Pineau* bittet um die Erlaubnis, einige Gedanken zur Ergänzung dessen zu äußern, was Guy Mollet gestern gesagt hat.

Guy Mollet, sagt Ch. Pineau, hat schon eine Antwort auf die grundlegenden Fragen gegeben, die gestern in den Stellungnahmen der sowjetischen Vertreter gestellt worden sind. Doch im Blick auf diese Fragen möchte ich vor allem die große Bedeutung des durchgeführten Meinungsaustauschs unterstreichen. Dieser Meinungsaustausch wird uns zweifellos helfen, ein gegenseitiges Verstehen herbeizuführen.

Weiter sagt Ch. Pineau, dass er einige konkrete Bemerkungen machen möchte. Nach den Worten Pineaus war er darüber überrascht, dass N. S. Chruschtschow in seiner gestrigen Stellungnahme erklärt hat, dass es in den USA einflussreiche Befürworter der Entfesselung eines neuen Krieges gebe, die sich gegen die Abrüstung wenden. Natürlich, meint Ch. Pineau, gibt es in jedem Land sowohl Befürworter als auch Gegner der Abrüstung, welche die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen vertreten. Aber wir wissen, dass die Gegner der Abrüstung in allen Ländern, darunter auch in den USA, eine Minderheit bilden. Deswegen sollte man ihre Rolle und ihren Einfluss nicht überschätzen. Nach den Worten Ch. Pineaus haben sowohl er als auch Guy Mollet bei ihren Begegnungen und Gesprächen mit führenden Politikern der USA stets festgestellt, dass die Führer der USA sich um den Frieden bemühen. Auf diese Weise sind die Positionen der führenden Politiker der UdSSR und der USA sich in dieser Frage weithin ähnlich. Als N. S. Chruschtschow von der Abrüstung

sprach, fährt Ch. Pineau fort, hat er uns an die wichtigen Beschlüsse erinnert, welche die sowjetische Regierung auf dem Gebiet der Abrüstung gerade gefasst hat, und uns dazu aufgerufen, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen. Wir begrüßen die Initiative der Sowjetunion, die freiwillig ihre Streitkräfte reduziert, können jedoch bedauerlicherweise den Vorschlag N. S. Chruschtschows nicht akzeptieren, diesem Beispiel zu folgen. Wir würden sehr gerne aufgrund einer Reduzierung unseres Streitkräftepersonals zusätzliche Arbeitskräfte für die Produktionstätigkeit freimachen, aber wir können das nicht machen wegen der bekannten Geschehnisse in Nordafrika.<sup>188</sup> Sobald die afrikanische Frage entschieden ist, werden wir ernsthaft darüber nachdenken, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen. Aber ich möchte besonders betonen, bemerkt Ch. Pineau, dass man die Bedeutung der Frage der Reduzierung des Mannschaftsbestandes der Streitkräfte nicht überbewerten sollte, man sollte nicht glauben, dies sei die Hauptfrage im komplizierten Gesamtzusammenhang des Abrüstungsproblems. Nicht weniger wichtig ist nach Ansicht der französischen Regierung die Frage der atomaren Rüstung, ebenso wie die Frage der anderen bekannten Waffenarten. Um das Abrüstungsproblem wirklich zu lösen, ist es erforderlich, nicht nur die Streitkräftezahlen zu reduzieren, sondern sich auch um ein Verbot oder eine Reduzierung aller Waffenarten zu bemühen. Nicht weniger wichtig ist zudem die Frage der Kontrolle.

Ich habe bereits gestern gesagt, bemerkt Ch. Pineau, dass wir für jede wirksame Art der Kontrolle sind, deswegen unterstützen wir auch den Plan des „offenen Himmels“ als eine Möglichkeit zur Kontrolle der Rüstungen. Was die Art der Kontrolle anbelangt, von der N. S. Chruschtschow gesprochen hat, also die Postierung von Kontrolleuren an den Knotenpunkten der Eisenbahnen, in den Häfen, an den Kreuzungen der wichtigsten Straßen usw., so haben wir nichts gegen diese Art der Kontrolle.

Ich halte es für nötig zu erklären, betont Pineau, dass wir ohne jeden Hintergedanken für die Kontrolle eintreten. Wir glauben nicht, dass wir mit unserer Befürwortung der Idee, dass die Rüstung einer Kontrolle unterworfen werden sollte, ein Hemmnis für die Entscheidung der Abrüstungsfrage schaffen. Wir glauben, wenn das Problem der Kontrolle gelöst würde, dies praktisch und psychologisch zur Lösung des Abrüstungsproblems insgesamt beitragen würde.

Was die Frage des Verbots oder der Reduzierung der atomaren Rüstung betrifft, sagt Ch. Pineau, ist man sich in Frankreich darüber klar, dass sich diese Frage nicht leicht entscheiden lässt. In Frankreich macht man sich darüber keine Illusionen und versteht sehr gut, dass es sehr schwierig ist, die Atomwaffenproduktion wirksam zu kontrollieren. In dieser Hinsicht, bemerkt Ch. Pineau, sind wir mit N. S. Chruschtschow einverstanden. Auch wenn wir uns über die bestehenden Schwierigkeiten klar sind, sehen wir, dass man etwas tun muss, um diese Frage vom toten Punkt wegzubringen. Wir glauben, dass der Vorschlag der sowjetischen Regierung, die atomare Rüstung zu verbieten, Aufmerksamkeit verdient. Aber er muss präzisiert werden, und vor allem ist dabei die Frage der Kon-

<sup>188</sup> Gemeint ist der bewaffnete Kampf der algerischen Befreiungsbewegung FLN gegen die Zugehörigkeit zu Frankreich.

trollmodalitäten und der Garantien zu präzisieren, dass tatsächlich wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der atomaren Rüstung ergriffen werden. Die bereits bestehenden Vorräte an Atombomben lassen sich schwer beziffern, doch wird es künftig möglich sein, die Produktion neuer Atomwaffen unter Kontrolle zu nehmen. In dieser Hinsicht, präzisiert Ch. Pineau, bin ich mit N. S. Chruschtschow nicht ganz einverstanden. Die französische Regierung ist der Ansicht, zur Befreiung von der Gefahr eines Atomkrieges ist es notwendig, erstens ein internationales Abkommen über die Kontrolle der Atomwaffenproduktion abzuschließen, und zweitens in jeder Weise die Zusammenarbeit der Wissenschaftler im Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu entwickeln.

Danach wendet sich Ch. Pineau der Frage der sowjetischen Vorschläge hinsichtlich der Errichtung einer Kontrolle zu, die eine Garantie gegen Überraschungsangriffe bieten kann. Den Worten Ch. Pineaus zufolge sind diese Vorschläge interessant, und die französische Seite unterstützt sie prinzipiell. Sie glaubt, sie sind es wert, dass die Experten im Unterausschuss [der UNO-Abrüstungskommission] sie sorgfältig prüfen. Das wäre auch deshalb nützlich, um die öffentliche Meinung nicht zu desillusionieren, die an den Erfolg der Tätigkeit des Unterausschusses glaubt. Erheblich schwieriger, sagt C. Pineau, steht es um die Frage der Vereinigung Deutschlands und um eine Reihe anderer Probleme der europäischen Politik. Hier gibt es ernstliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und der UdSSR. Den Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Vereinigung Deutschlands liegt offenbar zugrunde, dass die sowjetischen Führer glauben, die Teilung Deutschlands gewährleiste zuverlässig den Frieden. In Frankreich jedoch, fährt Ch. Pineau fort, nimmt man an, dass die Vereinigung Deutschlands in vielem den Frieden in Europa und in der ganzen Welt festigen würde.

Ch. Pineau sagt, dass aus der Sicht der französischen Regierung ihre [eigene] Position in der deutschen Frage mehr einleuchtet als die der sowjetischen Regierung. Um sich davon zu überzeugen, muss man sich den Worten Ch. Pineaus zufolge in Erinnerung rufen, dass in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges tiefgreifende Veränderungen stattgefunden haben. Erstens, Deutschland ist nach dem Krieg beträchtlich schwächer worden, und die Sowjetunion hat sich in ein mächtiges Land verwandelt. Zweitens, die Sowjetunion hat eine entwickelte Atomindustrie und ist neben den USA die mächtigste atomare Macht der Welt. In Deutschland gibt es keine Atomindustrie, Deutschland produziert keine Atomwaffen und verfügt nicht über Atomwaffen. Und genau darauf, fährt Ch. Pineau fort, haben die Politiker Frankreichs in den letzten Jahren ihre Politik in Europa gegründet. Die grundlegende Aufgabe dieser Politik sah und sieht Frankreich darin, Deutschland daran zu hindern, Atommacht zu werden, nicht zuzulassen, dass es in Deutschland Atomwaffen gibt. Die staatlichen Akteure Frankreichs nehmen an, wenn dieses Ziel der französischen Außenpolitik verwirklicht wird, dann wird garantiert sein, dass der Friede in Europa gewahrt wird, denn im Zeitalter der Atomwaffen kann Deutschland keine Aggression durchführen, ohne über solche Waffen zu verfügen.

Aufgrund von allem, was gesagt worden ist, schließt Ch. Pineau [seine Ausführungen], denken wir, dass eine Vereinigung Deutschlands im jetzigen Mo-

ment den Frieden in Europa nicht bedrohen kann, wohingegen das Ausbleiben einer solchen Vereinigung die internationale Lage kompliziert. Aber wir verstehen, fügt Ch. Pineau hinzu, dass die sowjetischen Führer möchten, dass die Vereinigung Deutschlands auf kommunistischer Grundlage erfolgt. Wir, die Sozialisten, möchten, dass Deutschland auf sozialistischer Grundlage vereinigt wird, und schließlich gibt es noch gewisse einflussreiche Kreise, die für die Vereinigung Deutschlands auf liberaler Grundlage eintreten. Aber es wäre unrealistisch, von diesen Positionen aus an die Sache der Vereinigung Deutschlands heranzugehen. In dieser Frage müssen natürlich die Deutschen selbst ihr Wort sprechen, und um die Ansicht der Bevölkerung von ganz Deutschland zu eruieren, ist es natürlich notwendig, dass zwischen beiden Teilen Deutschlands Kontakt hergestellt wird. In dieser Hinsicht ist Ch. Pineau mit N. S. Chruschtschow einverstanden. Doch, so fährt Ch. Pineau fort, nehme ich an, dass bei Verwirklichung des Wunsches von N. S. Chruschtschow bezüglich der Aufnahme eines direkten Kontakts zwischen DDR und BRD dies noch lange nicht bedeuten würde, dass die Frage der Vereinigung Deutschlands entschieden wäre.

Zum Abschluss seiner Stellungnahme verweilt Ch. Pineau bei der Frage der europäischen Einigung. In dieser Frage verstehen wir einander nicht, sagt Pineau. Wir können die Einwände der UdSSR dagegen verstehen, dass sich Westdeutschland an den Militärblöcken beteiligt, wir verstehen aber nicht die Einwände der Sowjetunion dagegen, dass sich Westdeutschland an gesamteuropäischen Vereinigungen beteiligt, die rein wirtschaftliche Absichten verfolgen. Für uns ist das Problem der Entwicklung der Wirtschaft Europas, der Entwicklung der Wirtschaft Frankreichs ein äußerst wichtiges und grundlegendes Problem. Wir glauben, dass wir durch die Stärkung der Wirtschaft der europäischen Länder deren Unabhängigkeit gewährleisten. Der europäischen Länder sind in ihrer Mehrheit kleine, nicht sehr reiche Länder, und eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit ist für sie lebenswichtig, damit sie bestehen können. Aufgrund dieser Überlegungen glauben wir, dass sich Westdeutschland an einer generellen ökonomischen Vereinigung Europas beteiligen sollte. Wenn es keine solche Vereinigung gibt, werden Bedingungen für einen neuen kalten Wirtschaftskrieg entstehen, was für die Sache des Friedens gefährlich wäre.

Nach meiner Ansicht und der von Guy Mollet, betont Ch. Pineau, kann die wirtschaftliche Vereinigung Europas den europäischen Ländern eine reale Garantie für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit geben.

Wir verstehen nicht, sagt Ch. Pineau, wieso die UdSSR Einwände dagegen erhebt, dass europäische Länder die Vereinigung Europas als Mittel zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit benutzen; wir verstehen ebenfalls nicht, wieso die UdSSR dagegen ist, dass Westdeutschland sich an einer europäischen Vereinigung beteiligt. Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir Deutschland zurückweisen, ihm nicht die Möglichkeit geben, sich gleichberechtigt an der gemeinsamen Familie der europäischen Nationen zu beteiligen, es ein direktes Bündnis mit den USA eingehen kann. Bis jetzt ist das nur eine Hypothese, aber eine Hypothese, die durchaus wahrscheinlich ist. Diese Hypothese ist umso mehr deswegen begründet, weil Westdeutschland, wenn wir sein Streben nach Vereinigung nicht unterstützen, umso mehr einen starken Verbündeten benötigen wird. Doch wenn wir der

Vereinigung Deutschlands positiv gegenüberstehen, erhält das deutsche Volk eine reale Möglichkeit, selbst über sein Schicksal zu entscheiden, und es wird [dann] natürlich den Weg zur Festigung des Friedens in Europa einschlagen. Eine solche Regelung des Deutschland-Problems entspricht den fundamentalen nationalen Interessen Frankreichs, und, wie mir scheint, bemerkt Ch. Pineau, ebenfalls den Interessen der Sowjetunion.

Ausgehend von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Vereinigung Europas und der Wahrung des Friedens in Europa, bemerkt Ch. Pineau, haben wir unseren Vorschlag zur Gründung der sogenannten „EURATOM“ unterbreitet.<sup>189</sup> Wir glauben, dass die Beteiligung Westdeutschlands an „EURATOM“ für uns besser ist, als wenn Westdeutschland ein direktes Bündnis mit den USA schließt, mit Hilfe der USA eine Atombombe zu produzieren anfängt und die Zusammenarbeit der europäischen Länder im Bereich der Atomenergie ignoriert. Auf dieser These baut unsere gesamte Politik auf. Nicht nur die Politik der jetzigen französischen Regierung, sondern auch die Politik aller vorangegangenen französischen Regierungen.

Wir wollen nicht, dass Westdeutschland Atomwaffen hat. Wir wollen keinen Krieg. Wir können der sowjetischen Regierung garantieren, dass wir den Frieden aufrichtig anstreben, und das nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich. Wir können trotz all unserem Wunsch die komplizierten technischen Fragen nicht entscheiden, die sich mit dem Abrüstungsproblem verbinden, aber wir können unseren Friedenswillen, unsere Übereinstimmung mit der Sowjetunion in dieser Frage bekräftigen. Das ist sehr wichtig. Wir erklären, dass Frankreich die Absicht hat, aktiv an der Sache der Herbeiführung einer stufenweisen Abrüstung, an der Ausarbeitung konkreter Modalitäten der Abrüstung und der Kontrolle mitzuwirken.

*Chruschtschow* sagt, dass er es für notwendig erachtet, nochmals auf die Abrüstungsfrage zurückzukommen, mit der Ch. Pineau seine Stellungnahme eingeleitet und abgeschlossen hat.

Wir wollen abrüsten, sagt N. S. Chruschtschow, und wir haben schon angefangen, unsere Streitkräfte einseitig zu reduzieren, weil wir es als irrational, unvernünftig ansehen, eine große Armee zu einem Zeitpunkt zu unterhalten, an dem nach unserer Ansicht keine unmittelbare Kriegsgefahr besteht. Jedoch sehen wir keine Möglichkeit, zu einer Vereinbarung in der Abrüstungsfrage zu gelangen aufgrund der Position, die in dieser Frage die USA einnehmen. In der Sowjetunion, fährt Gen. Chruschtschow fort, glauben die Regierung und die Führung der Kommunistischen Partei, die eine nicht geringe Rolle im politischen Leben des Landes und bei der Formulierung der sowjetischen Außenpolitik spielt, dass die Franzosen und Engländer aufrichtig nach Frieden streben und keinen Krieg wollen. Die führenden französischen Politiker bestätigen uns

<sup>189</sup> Die Europäische Atomgemeinschaft war gedacht als Organ der Kooperation bei der friedlichen Entwicklung der Atomenergie. Am 25. März 1957 unterzeichneten in Rom die Regierungschefs bzw. Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten darüber einen Vertrag. Zugleich vereinbarten die gleichen Staaten vertraglich den Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

das auch am heutigen Tag, wie wir mit Befriedigung feststellen. Eine Bestätigung für die Friedensliebe der Engländer haben wir erhalten, als wir zu Besuch in England waren und sogar Winston Churchill uns gegenüber von den friedliebenden Absichten der Engländer gesprochen hat. Er hat davon sowohl in den Gesprächen mit uns als auch in seiner Radioansprache in Westdeutschland gesprochen.

Auf diese Weise, bemerkt N. S. Chruschtschow, geht es bei der gesamten Frage um die Position der USA.

Gestern bei unserem Gespräch im Bolschoi-Theater, erinnert N. S. Chruschtschow, habe ich von der Stellungnahme von Dulles gesprochen, in der er auf den letzten Beschluss der Sowjetunion Bezug genommen hat, ihre Streitkräfte einseitig zu reduzieren. Diese Stellungnahme von Herrn Dulles war ziemlich verantwortungslos.<sup>190</sup> Dulles sagt, dass die UdSSR angeblich aus gewissen inneren Gründen, gewissen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Reduzierung der Zahl ihrer Truppen genötigt gewesen sei, und bringt offenbar insgeheim den Wunsch zum Ausdruck, dass in der UdSSR eine neue Regierung an die Macht kommen kann und dass dann sich die Politik der Sowjetunion angeblich ändern wird. Das ist wirklich leeres Geschwätz. Dulles sucht in unserem Regime nach irgendwelchen Rissen und Spalten, aber es gibt sie nicht. Es würde ihm nicht schaden, sich daran zu erinnern, dass wir schon mehrfach denen widerstanden haben, die auf irgendwelche Risse innerhalb der Sowjetunion gehofft und darauf gesetzt haben, dass unser Staat instabil ist.

Mir ist der Gedanke gekommen, fährt N. S. Chruschtschow fort, Herrn Dulles den Vorschlag zu machen, in einem unserer Betriebe eine Rede zu halten und seine Gedanken frei zu äußern, ohne dass wir dabei sind. Ich bin tief davon überzeugt, Dulles müsste in diesem Fall uns zu Hilfe rufen und uns bitten, ihn vor den Arbeitern zu schützen. Die sowjetischen Werktätigen gestatten es niemandem, auch Dulles nicht, sich gegen ihre Regierung, gegen ihre kommunistische Partei zu wenden, weil sie ihrer Regierung vertrauen, ihrer Kommunistischen Partei vertrauen und für ihre Politik eintreten.

Wenn Herr Dulles so einen Vorschlag annähme, würde ich ihm raten, schließt Gen. Chruschtschow, sich ein Kissen an einen bestimmten Körperteil zu binden, um sich vor Schlägen zu schützen.

Mit der Sowjetunion darf man nicht in der Sprache reden, in der es Herr Dulles versucht. Mit der Sowjetunion muss man als einer Großmacht rechnen. Man muss mit ihrer staatlichen Struktur rechnen. Man muss uns so nehmen, wie wir sind. Ich weiß natürlich, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass wir vielen nicht gefallen. Aber was kann man da machen?

Ich vermute, sagt N. S. Chruschtschow, ich könnte tausend Jahre leben, ohne mit Herrn Dulles irgendwelche persönlichen Kontakte zu haben. Doch im In-

<sup>190</sup> Chruschtschövs Ankündigung vom 14. Mai 1956, die UdSSR werde ihre Streitkräfte einseitig um 1,5 Mio. Mann reduzieren, hatte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles einen Tag später zwar begrüßt, falls sie den Willen zum Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zum Ausdruck bringe, fügte jedoch hinzu, für die USA sei der sowjetische Schritt kein Anlass, das Gleiche zu tun, und meinte, dieser sei offensichtlich deswegen erfolgt, weil die UdSSR mehr Leute für die Industrie und die Landwirtschaft benötige.

teresse des Staates, im Interesse des Friedens bin ich wie alle führenden sowjetischen Politiker bereit, nicht nur mit Herrn Dulles Kontakt zu halten, sondern auch mit jedem anderen. Bezüglich der Haltung gegenüber der UdSSR haben nach, den Worten von N. S. Chruschtschow, einige amerikanische Staatsführer keinen gesunden Menschenverstand, es fehlt die aufrichtige Haltung. In den USA sucht man außer Betracht zu lassen, dass die UdSSR fest steht wie ein Granitblock und weder den Dollar noch den Franc oder das Pfund Sterling fürchtet.

*Pineau:* Der Franc hat die Sowjetunion noch nie bedroht.

*Chruschtschow* bemerkt, dass er den Franc deshalb erwähnt hat, damit die französische Regierung keinen Grund zu der Behauptung hat, er habe es sich zur Aufgabe gemacht, Frankreich von den USA loszureißen. Doch, sagt N. S. Chruschtschow, sind wir uns gut klar darüber, dass der Franc durchaus nicht mit dem Dollar verwandt ist.

Einige Führer der USA, fährt Gen. Chruschtschow fort, haben kein nüchternes und reales Verhältnis zu den konkreten Fakten, zur realen Wirklichkeit, doch wir Sowjetmenschen sind Realisten. Wir kennen unsere Stärken und erklären, dass uns keiner weder zu Provokationen noch zu einer Kapitulation nötigen kann.

Wir werden, fährt N. S. Chruschtschow fort, unsere friedliche Politik beharrlich fortsetzen und uns um die Entspannung der internationalen Lage, allgemeine Abrüstung und ein Verbot der Atomwaffen bemühen und so im Interesse des Friedens, im Interesse der ganzen Menschheit handeln.

Wir beabsichtigen nicht, auch nur ein Jota von unseren revolutionären Errungenschaften aufzugeben, und wir haben nicht vor, von den feierlichen Zusagen abzugehen, die wir unseren Freunden gegeben haben.

Ich lege meine Position vollkommen offen dar, sagt N. S. Chruschtschow. Im Verhältnis zu Freunden ist das die beste Methode zur Entscheidung strittiger und unregelter Fragen. Wenn Freunde offen miteinander sprechen, können sie sich besser verstehen. Eben deswegen ist unsere Politik offen und wahrhaftig. Diese Politik unterstützt unser gesamtes Volk. Diese Unterstützung spüren wir fortwährend, und sie lässt uns zusammen mit der Wirtschaftsmacht unseres Landes darauf vertrauen, dass wir genug Kräfte haben, um die Errungenschaften der Arbeiterklasse der Sowjetunion zu verteidigen.

Danach spricht Gen. Chruschtschow davon, dass er einige offene und vielleicht gar scharfe Bemerkungen über die Politik Frankreichs machen möchte, und bittet die französischen Vertreter zu verstehen, dass er dies aus reinem Herzen tut.

Wir wollen Freundschaft mit der Französischen Republik, betont N. S. Chruschtschow. Wir haben mit Frankreich keine Rechnungen offen, es gibt es keine Konflikte zwischen uns, und es ist auch keine Perspektive zu erkennen, dass irgendwelche Konflikte in Zukunft auftauchen. Frankreich macht, wie uns scheint, ebenfalls keine ernsten Ansprüche gegenüber der Sowjetunion geltend.

Auf ebenso freundschaftlicher Grundlage stehen die Beziehungen der Sowjetunion mit England. Und sogar mit Westdeutschland ist das sowjetische Volk be-

reit, höchst freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, wenn die westdeutschen Kreise auf ihre revanchistischen Ansprüche verzichten.<sup>191</sup>

Es gibt keine ernstlichen Gegensätze zwischen der UdSSR und den USA. Die Hauptsache, welche die USA und die UdSSR voneinander trennt, besteht darin, dass den amerikanischen Führern das sozialistische System nicht gefällt. Uns gefällt umgekehrt das in Amerika bestehende kapitalistische System nicht, aber das ist kein Grund, dass die USA und die UdSSR nicht friedlich koexistieren können. Es gibt jedoch auf diesem Weg ernstliche Schwierigkeiten. Und in diesem Zusammenhang, bemerkt N. S. Chruschtschow, möchte ich die politische Linie der französischen Regierung ein wenig einer freundschaftlichen Kritik unterziehen.

Die sowjetische Regierung glaubt, dass die Stimme Frankreichs in der internationalen Politik in letzter Zeit sehr schwach zu hören war, und erst nachdem in Frankreich eine neue Regierung unter Führung der Sozialisten an die Macht gekommen ist,<sup>192</sup> hat es in der französischen Außenpolitik erkennbare Bewegungen gegeben. In den Reden der staatlichen Akteure, sagt N. S. Chruschtschow zu Guy Mollet und Ch. Pineau gewandt, waren neue Töne zu vernehmen. Die Stimme Frankreichs erhielt mehr Gewicht und Autorität. Ich bitte, mich richtig zu verstehen, präzisiert N. S. Chruschtschow. Ich habe nicht vor, hier irgendwem Komplimente zu machen. Ich verstehe mich nicht auf diplomatische Komplimente, weil ich aus der Arbeiterschaft stamme, mein ganzen Leben ich mit Werktätigen zu tun habe und keine Gelegenheit hatte, die Technik der feinen diplomatischen Höflichkeit zu erlernen. Ich sage, was ich denke, ich spreche aus reinem Herzen. Ich sage die Wahrheit. Deswegen kann ich zum Beispiel nicht verschweigen, dass das Vorgehen der französischen Delegation in Genf auf mich einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hat. Die französische Delegation hätte meiner Ansicht nach in Genf einen unabhängigeren Standpunkt beziehen können.

Ich denke, bemerkt N. S. Chruschtschow, die französischen Vertreter werden meine Kritik nicht als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten betrachten. Das ist freundschaftliche Kritik. Und wir kennen den Wert einer freundschaftlichen Kritik und erlauben es nicht nur uns selbst, andere zu kritisieren, sondern sind auch selbst bereit, kritische Bemerkungen an unsere Adresse anzuhören.

Ich möchte präzisieren, fügt N. S. Chruschtschow hinzu, was wir von Frankreich wollen. Wir hätten gerne, dass Frankreich laut, im Bewusstsein seiner Macht und seiner Würde, die Sache des Friedens unterstützt. Dann wäre die internationale Lage völlig anders.

Einige militaristische Kräfte, sagt N. S. Chruschtschow, suchen Frankreich mit der nicht bestehenden Gefahr des Kommunismus einzuschüchtern, in Frankreich Feindschaft gegen die UdSSR zu säen und das Eintreten einer Kriegspsychose hervorzurufen. All das wird gemacht, um die französische Wirtschaft zu

<sup>191</sup> Als revanchistische Ansprüche bezeichnete die sowjetische Seite den Standpunkt der Bundesrepublik, als der allein demokratisch legitimierte Staat in Deutschland für die gesamte deutsche Nation zu sprechen, dass es eine Wiedervereinigung auf der Basis gesamtdeutscher freier Wahlen geben müsse und dass die Grenzen im Osten noch nicht rechtsgültig festgelegt seien.

<sup>192</sup> Staatspräsident René Coty hatte Guy Mollet am 31. Januar 1956 mit der Regierungsbildung beauftragt.

überfordern und dann als Menschenfreund zu kommen und seine „Hilfe“ anbieten. Und solche „Hilfe“ ermöglicht es bekanntlich, Druck auf die Politik des Landes auszuüben, das diese „Hilfe“ genießt.

Ich will meinen Gedanken nochmals wiederholen, fährt Gen. Chruschtschow fort. In Europa glaubt kein Staat an die Kriegslust der UdSSR, doch wir können uns nicht über die Abrüstung verständigen. Der Regelung dieser Frage steht der irrsinnige Vorschlag des „offenen Himmels“ entgegen, und zu unserem Bedauern unterstützt ihn Frankreich, unterstützen ihn England und Kanada, und im Endergebnis fügen diese Länder ihrer eigenen Wirtschaft schweren Schaden zu, überfordern sie und haben übermäßige Ausgaben für die Unterhaltung beträchtlicher Streitkräfte.

Somit, und ich betone das nochmals, hindert die Abrüstung nur die Position der regierenden Kreise der USA, die nicht nur selbst keine Abrüstung wollen, sondern auch die Politik der Westmächte in stählerne Fesseln schlagen und diese Länder daran hindern, eine selbständige Position einzunehmen. Sobald Frankreich und England von diesen stählernen Fesseln sich freimachen, werden sie freier atmen. In Europa wird die politische Atmosphäre sich reinigen, und in der ganzen Welt wird ein politischer Horizont zu sehen sein.

(*Guy Mollet* schüttelt den Kopf).

*N. S. Chruschtschow* bemerkt, er muss offenbar einige konkrete Beweise für die Existenz dieser stählernen Fesseln anführen, von denen er gesprochen hat, um Herrn *Guy Mollet* zu überzeugen.

Hier also einige derartige Beispiele, sagt *N. S. Chruschtschow*. Das erste Beispiel betrifft Dänemark, doch ist es durchaus charakteristisch auch für andere westliche Länder. Wir haben uns mit Dänemark einige Jahre lang gestritten wegen des Baus von [sowjetischen] Tankschiffen in dänischen Werften. Die dänische Schiffsbauindustrie ist daran interessiert, Tankschiffe für die Sowjetunion zu bauen. Auch die dänische Regierung hat nichts dagegen, dass in Dänemark Tankschiffe für die UdSSR gebaut werden. Die dänischen Arbeiter haben sich an die führenden Politiker ihres Landes mit der Forderung gewandt, dass der sowjetische Tankschiffauftrag ausgeführt wird. Aber die Regierung der USA hat sich vehement dagegen gewandt und im Ergebnis ist der Tankschiffbau für die UdSSR in Dänemark nicht zustande gekommen.<sup>193</sup> Hat das der Entwicklung der dänischen Wirtschaft genützt? Natürlich nicht.

Das zweite Beispiel stammt aus dem Bereich unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich. Die Sowjetunion hat vor einiger Zeit den Beschluss gefasst, bei französischen Schiffsbauern die Produktion großer Handels- und Passagierschiffe in Auftrag zu geben. Die interessierten Geschäftskreise in Frankreich brachten ihre völlige Bereitschaft zum Ausdruck, diesen Auftrag zu übernehmen. Mehr noch, sie haben erklärt, dass sie sehr daran interessiert sind,

<sup>193</sup> Der Bau von Tankschiffen für die UdSSR wurde aufgrund der COCOM-Regeln der NATO mit der Begründung für unzulässig erklärt, dass es sich dabei um „strategisch wichtige“ Güter handele, weil die Tankschiffe die militärischen Operationen der sowjetischen Flotte auf den Weltmeeren unterstützten.

diesen Auftrag zu erhalten, uns aber gewarnt, dass sie wohl keine Genehmigung für den Bau dieser Schiffe bekommen werden, weil die USA dagegen sind.<sup>194</sup>

Sogar bloß diese zwei Beispiele, sagt N. S. Chruschtschow, genügen schon, um zu zeigen, wie schädlich der amerikanische Druck auf die Politik mancher europäischer Länder für eine normale Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Ländern ist.

Eben dieser Druck ist der Grund, der die Abrüstung verhindert. Und weil die Abrüstung zu den Kernproblemen gehört, hindert die fehlende Übereinkunft in diesem Problem daran, auch bei der Regelung einiger anderer Probleme zu einer Entscheidung zu kommen.

Ich wiederhole nochmals, betont N. S. Chruschtschow, dass die UdSSR durchaus nicht die Absicht hat, einen Keil zwischen Frankreich und die USA zu treiben. Im Gegenteil sind wir daran interessiert, dass es zwischen Frankreich und den USA gute Beziehungen gibt. Wir sind [auch] selbst an Freundschaft mit den USA interessiert, aber nach unserer Ansicht muss sich Freundschaft auf das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gründen. Die USA wollen dieses Prinzip nicht anerkennen. Sie sind es gewohnt zu kommandieren, sie sind reich. Aber es geht natürlich nicht nur um ihre Gewohnheit zu kommandieren. Bei der Durchführung ihrer Politik der Druckausübung auf andere Länder wollen die USA für sich selbst reale wirtschaftliche Vorteile gewinnen.

An diesen Vorteilen sind die Amerikaner besonders im Zusammenhang damit interessiert, dass sie so wie Frankreich und England auf dem Weltmarkt in letzter Zeit auf immer neue Schwierigkeiten stoßen. Die USA möchten aus ihrer schwierigen Lage auf Kosten Frankreichs, Englands und anderer Länder herauskommen. Aber Frankreich, England und die anderen europäischen Länder haben es wegen der wachsenden Konkurrenz seitens der BRD ebenfalls schwer. Und in nächster Zukunft ist zu erwarten, dass sich die Position noch eines starken Konkurrenten, Japans, auf dem Weltmarkt weiter verstärken wird, dem die USA verbieten, mit China Handel zu treiben, weswegen er neue Absatzmärkte für seine Waren außerhalb Asiens sucht.

So sind die Tatsachen, und Tatsachen haben ihren eigenen Willen.

Frankreich hat viele Schwierigkeiten, aber wenn Frankreich mit ganzer Stimme sein gewichtiges Wort in der internationalen Politik zur Verteidigung friedliebender Ideen, im Geist der ruhmreichen Traditionen der französischen Geschichte, der französischen Kultur einsetzt, wenn Frankreich den Versuch macht, sich von dem Druck zu befreien, der von außen auf seine Außenpolitik ausgeübt wird, dann werden die USA beginnen, um es zu werben wie um eine Braut, und sie werden weit mehr Rücksicht auf Frankreich nehmen.

Ja, was ist dazu zu sagen, fährt N. S. Chruschtschow fort, Sie brauchen nur ein paar gute, warme Worte an die Adresse der UdSSR zu richten, und die USA werden Ihnen sogleich nachlaufen.

<sup>194</sup> In derartigen Fällen wurde aufseiten der NATO geltend gemacht, dass die UdSSR die Fahrten ihrer zivilen Flotte dazu benutzte, um militärische Anlagen und Einrichtungen des Westens auszuspionieren.

Dann wendet sich N. S. Chruschtschow der Frage des Atomwaffenverbots zu. Wir haben, sagt er, den Vorschlag unterbreitet, dass alle Länder das feierliche Versprechen abgeben sollen, in einem Krieg keine Atomwaffen einzusetzen, mit dem Vorbehalt, dass der Sicherheitsrat einem Land die Verwendung solcher Waffen erlauben kann, wenn gegen dieses Land eine Aggression stattfindet.<sup>195</sup> Diesen Vorschlag haben wir unter Berücksichtigung der Tatsache vorgelegt, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine wirklich effektive Kontrolle über die Atomenergieproduktion zu militärischen Zwecken eingeführt werden kann. Man kann in Fabriken, wo Atomenergie für friedliche Zwecke hergestellt wird, leicht eine Atombombe bauen und dabei jegliche Kontrolle umgehen.

Was kann uns die Kontrolle bringen, welche die Amerikaner [mit dem „offenen Himmel“] vorschlagen? Nur Spione. Aber wir wollen nicht, dass ungebetene Gäste in unseren Gemüsegarten schauen.

Nach unserer Ansicht ist es besser, die Frage der Annahme solch wirksamer Kontrollmodalitäten genau zu erörtern, die einen Überraschungsangriff zu verhindern imstande sind. Wir bitten Sie, fährt N. S. Chruschtschow an Guy Mollet und Ch. Pineau gewandt fort, unsere Vorschläge dazu<sup>196</sup> zu studieren. Studieren Sie sie unvoreingenommen, und Sie werden selbst sehen, dass bei ihrer Verwirklichung eine reale Möglichkeit besteht, eine Garantie gegen einen Überraschungsangriff zu erhalten, mithin auch gegen eine Aggression.

Zum Abschluss seiner Stellungnahme verweilt Gen. Chruschtschow bei der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Er sagt, dass Ch. Pineau ihn falsch verstanden hat. Die sowjetische Regierung tritt so wie auch die französische Regierung für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Aber die sowjetische Regierung kann nicht damit einverstanden sein, dass sich Deutschland auf militaristischer Grundlage wiedervereinigt, dass das vereinigte Deutschland in die NATO eintritt und sein militärisches und wirtschaftliches Potential den aggressiven Zielen dieses Militärblocks dient.

Deswegen, sagt N. S. Chruschtschow, sagen wir: Gegenwärtig ist es offenbar schwer, die wünschenswerte Vereinigung Deutschlands zu erreichen. Da dies nun mal so ist, sollen die BRD und die DDR weiter bestehen, sie sollen miteinander Kontakt aufnehmen, besonders im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, und danach auch im politischen [Bereich], sie sollen ein gemeinsames deutsches Organ errichten, eine gemeinsame Sprache finden, die Frage ihres staatlichen

<sup>195</sup> Mit dem Vorbehalt entsprach die UdSSR scheinbar dem Standpunkt der NATO, dass sie für den Fall, dass sie außerstande sein sollte, einen Angriff der – für stärker erachteten – östlichen Truppen mit ihren konventionellen Streitkräften abzuwehren, die Möglichkeit zum Ersteinsatz von Kernwaffen haben müsse. Der im sowjetischen Vorschlag enthaltene Vorbehalt war deswegen wertlos, weil die UdSSR im UNO-Sicherheitsrat durch ihr Veto jeden ihr missliebigen Beschluss verhindern konnte.

<sup>196</sup> Die Frage, wie sich ein Überraschungsangriff verhindern lasse, war zuerst von den Westmächten gestellt worden. Die UdSSR hatte ihre Vorschläge am 10. Mai 1955 damit beantwortet, man sollte Bodenkontrollen an Verkehrsknotenpunkten einrichten. Das hatte Ministerpräsident Bulganin am 19. September 1955 in einem Brief an Präsident Eisenhower nochmals wiederholt. Eine Verständigung darüber war jedoch von vornherein nicht zu erwarten, weil der Kreml damit die für den Westen unannehmbare Forderung nach Abzug der fremden Streitkräfte aus den Ländern Europas und nach Räumung der westlichen Stützpunkte im Ausland verband.

Systems selbst entscheiden, und dann wird das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands leicht zu lösen sein.

An den französischen Außenminister gewandt, sagt N. S. Chruschtschow: Herr Pineau! Sie haben gesagt, dass Westdeutschland keine Atomwaffen hat, aber das ist eine Frage der Zeit! Wir leben in einer Epoche, in der die Schüler der 10. Klasse bald die Formeln zur Produktion der Atomenergie lernen, und Deutschland [ist] ein Land mit hoch entwickelter Technik. Es wäre naiv zu meinen, dass die deutschen Wissenschaftler diese Formeln nicht kennen und die ihnen verfügbare hoch entwickelte Technik nicht zur Produktion von Atomenergie benutzen können.

*Molotow*: Zudem darf man nicht vergessen, dass die USA Westdeutschland Atomwaffen geben können.

*Chruschtschow*: Genosse Molotow erinnert zu Recht daran, dass wir die Tatsache nicht vergessen dürfen, dass es Deutschland nach den Pariser Abkommen nicht verboten ist, Atomwaffen zu verwenden.

Zwar verbieten diese Abkommen es Westdeutschland formal, Atomwaffen herzustellen,<sup>197</sup> aber ich bin sicher, dass Westdeutschland uns in baldiger Zukunft damit überraschen wird, dass es eine Atombombe baut.

Damit entbehrt die Behauptung, dass die Beteiligung Westdeutschlands an einer europäischen Vereinigung angeblich eine Garantie dagegen ist, dass die Deutschen keine Atomwaffen haben werden, jeder Grundlage.

Gen. Chruschtschow sagt, dass ihn die Bemerkung von Herrn Pineau sehr interessiert hat, dass die Sowjetunion Deutschland nicht kommunistisch sehen möchte, und die führenden Politiker Frankreichs glauben, dass Deutschland sozialistisch sein sollte. Ich möchte, bemerkt N. S. Chruschtschow, gerne unsere Meinungen über diese Frage austauschen. Aber es wäre offenbar besser, diesen Meinungsaustausch zu geeigneter Zeit zwischen den Vertretern der KPdSU und der SFIO durchzuführen. Vielleicht können wir uns über diese Frage einigen.

Danach geht Gen. Chruschtschow zur Frage der wirtschaftlichen Vereinigung Europas über und spricht die „EURATOM“-Frage an. Gen. Chruschtschow sagt: Wir sind nicht für eine Vereinigung Europas auf der Grundlage der gegenwärtigen Pläne Frankreichs und anderer westeuropäischer Länder, weil wir glauben, dass dies kein vereinigt, sondern ein gespaltenes Europa sein wird. Unsere negative Haltung zu den Plänen der Schaffung eines vereinigten Europas erklärt sich dadurch, dass wir klar erkennen, dass die BRD zweifellos die dominierende Rolle im vereinigten Europa spielen wird. Wir befürchten, die militaristischen Kreise Deutschlands werden die Schaffung des vereinigten Europas zur wirtschaftlichen Versklavung Frankreichs ausnutzen. Wir wollen Frankreich aufrichtig als eine starke und unabhängige Macht sehen.

*Bulganin* sagt, er möchte noch einige ergänzende Bemerkungen machen, die einzelne vom Genossen Chruschtschow geäußerte Thesen weiterentwickeln. Er

<sup>197</sup> Die Bundesrepublik Deutschland hatte bei Abschluss der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954, die das Besatzungsregime der drei Westmächte beendeten und die Grundlage ihres Beitritts zur NATO waren, auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet.

hebt hervor, dass Gen. Chruschtschow offen gesprochen hat, so wie die sowjetischen Staatspolitiker im engen Kreis üblicherweise miteinander reden, und dass auch er offen reden wird. Mir ist aufgefallen, sagt N. A. Bulganin, dass Herr Pineau das von uns vorgeschlagene System der Kontrolle nur bezüglich der konventionellen Waffen für wirksam genug hält, aber seinerseits keine Vorschläge dazu gemacht hat, um die Atomwaffen wirksam zu kontrollieren. Gen. Chruschtschow hat unseren Standpunkt dazu schon in aller Vollständigkeit dargelegt, er hat gesagt, dass sich in diesem Bereich keine wirksame Kontrolle errichten lässt. Ich möchte folgende zwei Momente präzisieren. Eine wirksame Kontrolle über die Atomwaffenproduktion ist nach unserer Ansicht praktisch fast unmöglich. Doch das von uns vorgeschlagene Kontrollsystem garantiert, dass die produzierten Atomwaffen nicht in die Luft befördert werden. Ein Einsatz der Atombombe lässt sich durch Kontrollpunkte an Flughäfen, Eisenbahnknotenpunkten, Straßenkreuzungen usw. verhindern. Für uns ist klar, dass ein geheimer Atombombeneinsatz unmöglich ist, wenn das von uns vorgeschlagene System der Kontrollposten besteht.

Die zweite Ergänzung. In der Tat lässt sich die Atomwaffenproduktion keiner alles umfassenden Kontrolle unterwerfen, aber wir schlagen in dieser Frage eine andere radikale Regelung vor: ein Verbot von Atomwaffenversuchen. Es ist klar, dass sich ohne Durchführung von Versuchen keine neuen Atombomben produzieren lassen, und Atomwaffenversuche sind nicht zu verbergen. Der Stand der Technik ist gegenwärtig so, dass jeder Versuch mit ausreichend starken Atomwaffen sofort allen bekannt wird. Wir sind gut informiert über alle Atomwaffenversuche, die in den USA stattgefunden haben. In den USA führt man natürlich ebenfalls Buch über alle auf dem Gebiet der UdSSR durchgeführten Atomwaffenversuche. Ein Verbot von Atomwaffentests biete eine reale Gelegenheit, die Produktion neuer Atomwaffen zu verhindern oder zumindest dieser Produktion Hindernisse in den Weg zu legen.

Ich unterstütze Gen. Chruschtschow, sagt Gen. Bulganin, lesen Sie unsere Vorschläge aufmerksam, ohne Tendenz und Vorurteil, und ich glaube, dass wir uns auf der Grundlage dieser Vorschläge verständigen können. Wir sichern Ihnen zu, so wie wir das den englischen Politikern zugesichert haben, dass die Sowjetunion für die Abrüstung, für ein Verbot der Atomwaffen und für eine Reduzierung der Streitkräfte eintritt.

Danach wendet sich N. A. Bulganin der Deutschland-Frage und der Vereinigung Europas zu. Er betont, dass Gen. Chruschtschow diese Fragen ebenfalls in aller Vollständigkeit beleuchtet hat und dass er die Erklärung von Gen. Chruschtschow nur noch etwas ergänzen kann.

Sie erklären, sagt N. A. Bulganin an Guy Mollet und C. Pineau gewandt, ein vereinigtes Deutschland bedeutet Frieden und ein zweigeteiltes Deutschland bedeutet Krieg. Aber es ist völlig offensichtlich, dass eine Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage, welche die westeuropäischen Länder verteidigen, in sich die Gefahr des Revanchismus birgt, die Gefahr des Wiedererstehens des deutschen Militarismus.

Man darf doch nicht vergessen, dass der deutsche Militarismus im Laufe unseres Lebens schon zwei Weltkriege entfesselt hat.

Damals, als so bedeutende Staatsmänner wie Churchill, de Gaulle und viele andere vorgeschlagen haben, Deutschland zu zerteilen, haben sie sich an diese historischen Fakten erinnert. Doch wir wollen keine Teilung Deutschlands. Wir sind für seine Vereinigung. Aber wir können die reale Sachlage nicht außer Acht lassen, wir müssen die Lehren der Geschichte berücksichtigen.

Sie sagen, bemerkt Gen. Bulganin, dass Sie Europa auf wirtschaftlicher Grundlage vereinigen wollen. Aber die Wirtschaft ist eng mit dem militärischen Potential verbunden. Diese Überlegung zwingt uns zu Vorsicht. Wir müssen zudem berücksichtigen, dass die von Ihnen vorgeschlagene Einigung Europas ohne uns, an uns vorbei geplant wird. Wir stehen bei dieser Vereinigung abseits. Und das war einer der Gründe, der uns zum Abschluss des Warschauer Vertrags<sup>198</sup> gezwungen hat. Sobald es die NATO nicht mehr gibt, werden wir sofort vorschlagen, den Warschauer Vertrag zu liquidieren.<sup>199</sup>

*Molotow* sagt, dass er seinerseits nochmals bei den Details einiger Fragen verweilen möchte, bei denen er es für nötig erachtet, die besondere Aufmerksamkeit der französischen Freunde darauf zu lenken.

Die sowjetische Regierung, sagt Gen. Molotow, schenkt ebenso wie die gegenwärtige französische Regierung dem Problem der Abrüstung besondere Aufmerksamkeit, weil die Sowjetunion ebenso wie Frankreich den Frieden zu wahren und zu festigen bestrebt ist.

Die Sowjetunion ist daran interessiert, mit Frankreich in der Abrüstungsfrage zu einer Verständigung zu gelangen. Ich denke, Frankreich müsste daran nicht weniger Interesse haben als die Sowjetunion.

Gen. Molotow betont, dass die Sowjetunion die Durchführung realer Maßnahmen in der Abrüstungsfrage, nicht aber fruchtlose Diskussionen befürwortet. Eben deswegen, sagt Gen. Molotow, haben wir vorgeschlagen, unverzüglich einen Beschluss zu fassen über ein Verbot des Einsatzes von Atomwaffen und ihrer Herstellung [sowie] über die Vernichtung der Atombombenarsenale. Aber dieser Vorschlag wurde nicht angenommen.

Als unsere Gegner die These vorgebracht haben, unsere Vorschläge seien unrealistisch, weil die Atomwaffenproduktion keiner Kontrolle unterstellen könne, haben wir den Vorschlag unterbreitet, die Atomwaffenversuche zu verbieten. Wir haben ebenfalls vorgeschlagen, dass alle interessierten Staaten feierlich erklären sollten, auf den Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg zu verzichten. Schließlich haben wir unser Kontrollsystem vorgeschlagen, ein System von Kontrollpunkten an Flughäfen, Seehäfen, Eisenbahnknoten und Straßenkreuzungen. All diese Vorschläge wurden abgelehnt. Doch wurden keine anderen neuen konstruktiven Vorschläge präsentiert, abgesehen vom Plan des „offenen Himmels“. Was jedoch diesen Plan betrifft, so ist das, wie hier schon mehrfach erwähnt wor-

<sup>198</sup> Am 14. Mai 1955 hatte die UdSSR in Warschau vertraglich das multilaterale Bündnis vereinbart mit Polen, der Tschechoslowakei, der DDR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien, das im Westen als Warschauer Pakt bezeichnet wurde.

<sup>199</sup> Die beiden gegeneinander gerichteten Bündnisse müssten, so hieß es in Moskau, durch ein gemeinsames kollektives Sicherheitssystem der europäischen Staaten ersetzt werden.

den ist, keine Abrüstung und nicht einmal ein Abrüstungsbeginn, sondern ein Versuch, sich der Abrüstung zu entziehen.

Danach berührt W. M. Molotow die deutsche Frage.

Ch. Pineau, so erklärt W. M. Molotow, hat gesagt, dass die UdSSR gegen die Vereinigung Deutschlands ist und Frankreich für die Vereinigung. Aber das entspricht nicht den Tatsachen. Die Sowjetunion ist gegen eine Vereinigung Deutschlands auf militaristischer Grundlage, gegen eine Bewaffnung Deutschlands insgesamt und insbesondere gegen eine Bewaffnung Deutschlands mit Atomwaffen, was gefährlich ist sowohl für die UdSSR als auch für Frankreich.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, betont Gen. Molotow, hat Westdeutschland nach den Pariser Abkommen bereits die Möglichkeit, zur Bewaffnung seiner Armeen Atomwaffen aus den USA zu erhalten. Westdeutschland ist zudem das Recht zugebilligt worden, Atomenergie zu erzeugen. Dabei ist zwar verabredet worden, dass Westdeutschland Atomenergie nur für friedliche Zwecke erzeugen darf. Aber von der Erzeugung von Atomenergie für friedliche Zwecke bis zur Nutzung der Atomenergie für militärische Zwecke ist es nur ein Schritt.

Wir sind sicher, erklärt Gen. Molotow, dass Deutschland die UdSSR nicht besiegen kann, selbst wenn es genug Verbündete hat. Aber wir haben in den Jahren des Ersten und Zweiten Weltkrieges so viel durchgemacht, dass wir keinen Dritten Weltkrieg wollen und ihn nicht zulassen werden.

Deswegen glauben wir, dass es im Interesse der UdSSR und ebenso im Interesse Frankreichs ist, in der Frage der Versorgung Westdeutschlands mit Atomwaffen und der Zubilligung des Rechts zur Erzeugung von Atomenergie besonders vorsichtig zu sein. Eben deswegen, so schließt W. M. Molotow, sind wir vorsichtig und voller Sorge, was die Pläne der wirtschaftlichen Integration Westdeutschlands im Rahmen der europäischen Vereinigung betrifft. Aus dem gleichen Grund sind wir gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in geschlossene Vereinigungen, die sich die Organisation der Erzeugung und Nutzung der Atomenergie zur Aufgabe machen.

Ich meine damit, sagt W. M. Molotow, den „EURATOM“-Plan, den jetzt einige westeuropäische Länder durchzuführen suchen. Wir denken, betont Gen. Molotow, dass die Initiatoren dieses Plans, die USA, ein Interesse daran haben, dass Westdeutschland bei EURATOM den beherrschenden Platz einnimmt. Wenn der Plan der Schaffung von EURATOM Wirklichkeit wird, entsteht eine ernste Bedrohung für die Sicherheit der friedliebenden europäischen Staaten. Und wir fürchten nicht nur, dass Westdeutschland heute oder morgen Atomwaffen haben wird, sondern auch, dass Westdeutschland in der geplanten Vereinigung über Frankreich, über die anderen westeuropäischen Ländern gestellt wird.

Wie bekannt, sagt Gen. Molotow, haben wir in der Europäischen Wirtschaftskommission im April den Vorschlag unterbreitet, einen gesamteuropäischen Wirtschaftsvertrag abzuschließen. Wir haben vorgeschlagen, Europa nicht in zwei Lager zu teilen, sondern eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zu organisieren. Diese Zusammenarbeit soll nach unserem Plan auf dem wechselseitigen Nutzen [und] der völligen Gleichberechtigung aller Mitglieder beruhen. Aufgrund eines solchen Geistes schließt die Zusammenarbeit die Möglichkeit der Herrschaft eines einzigen Staates, darunter auch

Deutschlands, aus. Wir glauben, dass der Abschluss eines gesamteuropäischen Wirtschaftsvertrags den grundlegenden Interessen sowohl der UdSSR als auch Frankreichs entspricht, dass der Abschluss eines solchen Vertrags die Entwicklung des Handels auf dem europäischen Kontinent fördern würde. Das wiederum wird den Lebensstandard der Bevölkerung der westeuropäischen Länder heben und zur Entwicklung der Produktion in diesen Ländern beitragen. Wir fragen Sie offen, als Freunde, sagt W. M. Molotow an die französischen Vertreter gewandt, ist es nicht an der Zeit, mit der Ablehnung der Anbahnung enger politischer [und] wirtschaftlicher Beziehungen, einer freundschaftlichen allseitigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aufzuhören? Ist es nicht an der Zeit, einen für alle vorteilhafteren Weg der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Europas einzuschlagen.

Wir hoffen, sagt W. M. Molotow zum Abschluss, dass unsere Gespräche zur Erreichung dieser Ziele beitragen werden.

*Mollet* lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass während der Gespräche äußerst schwierige Fragen behandelt und in groben Zügen die Positionen der beiden Seiten zu diesen Fragen fixiert worden sind. In Zusammenhang damit, sagt *Guy Mollet*, können wir wohl jetzt zu Problemen übergehen, über die man sich leichter verständigen kann. Dazu wird auch der Umstand beitragen, dass wir während der bisherigen Gespräche gesehen haben, dass unsere Standpunkte selbst in den schwierigsten Problemen nicht so weit auseinander liegen, wie es schien, und wenn wir in der Abrüstungsfrage und der Frage der Vereinigung Deutschlands keine wesentlichen Resultate erzielen, so ergibt sich doch aus der Diskussion dieser Fragen zweifellos Nutzen.

Danach sagt *Guy Mollet* an *Gen. Chruschtschow* gewandt: Heute haben Sie erneut an die Rede von *Dulles* erinnert, von der Sie uns gestern bei der Aufführung im Bolschoi-Theater berichtet haben. Ich möchte betonen, dass wir mit *Dulles* nicht der gleichen Meinung sind. In Ihrem neuen Plan zur Abrüstungsfrage<sup>200</sup> sehen wir keine Schwäche, sondern eine Stärke. Das Urteil, das *Dulles* zu Ihrer Initiative abgegeben hat, ist voll und ganz von ihm zu verantworten. Wir würden unsererseits gerne Ihrem Beispiel folgen und ebenfalls damit beginnen, einseitig abzurüsten. Doch haben wir gegenwärtig keine Möglichkeit dazu aus den Gründen, die Ihnen bekannt sind.<sup>201</sup> Aber ich möchte betonen, schließt *Guy Mollet*, wir sind für eine Politik, wie sie *Chruschtschow* dargelegt hat: keine Provokation, keine Kapitulation. Ihre sozialen Erfolge [in der UdSSR] freuen uns, und ich möchte Ihnen versichern, dass sich Frankreich niemals an einer Aggression beteiligen wird, die darauf abzielt, diese Erfolge zunichte zu machen. Im Gegenteil, wir wünschen Ihnen weitere Erfolge. Danach wendet sich *Guy Mollet* an *N. S. Chruschtschow* und sagt: Sie haben gesagt, dass Sie an uns scharfe Kritik

<sup>200</sup> Am 27. März 1956 war die UdSSR den Westmächten dadurch entgegengekommen, dass sie im Unterausschuss der UN-Abrüstungskommission die Diskussion über Reduzierungen der konventionellen Streitkräfte und damit einhergehende Bewaffnungsbeschränkungen nicht mehr von einer vorherigen Verständigung über das Verbot der Atomwaffen abhängig machte.

<sup>201</sup> *Mollet* hatte dabei den Algerien-Krieg im Auge. Die beabsichtigte Niederschlagung des Aufstandes ließ starke Streitkräfte notwendig erscheinen.

üben, aber Ihre Kritik war nicht scharf, sondern freundschaftlich und offen. Ich möchte ebenfalls das Recht nutzen, in aller Freundschaft und Offenheit meine kritischen Bemerkungen zur sowjetischen Politik zu äußern. Ich bin damit einverstanden, sagt Guy Mollet, dass im gegenwärtigen Moment eine paradoxe Situation entstanden ist: zum einen glaubt niemand an eine Kriegsgefahr, zum anderen ist keine Verständigung über die Abrüstung möglich. Aber ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, dass die Verantwortung dafür allein bei den westlichen Ländern liegt. Nein, die Verantwortung dafür liegt auch bei der Sowjetunion.

Ich muss sagen, dass es in Frankreich vor gar nicht allzu langer Zeit in unterschiedlichen Gesellschaftsschichten noch Leute gab, die an die Gefahr eines Krieges seitens der UdSSR glaubten, aber die Sozialisten, zu denen ich gehöre, haben das nie geglaubt. Unserer Annäherung an die UdSSR stand etwas anderes im Wege. Das Misstrauen ist nicht deswegen entstanden, weil wir eine Aggression seitens der UdSSR befürchtet haben, sondern deswegen, weil wir gedacht haben, dass die Sowjetunion expansionistische Tendenzen hat und sich bemüht, benachbarte Länder mit Methoden zu unterwerfen, mit denen wir Sozialisten nicht einverstanden sein können. Wir glauben, dass die Sowjetunion einer Reihe benachbarter Länder eine Revolution aufgezwungen und eine natürliche Entwicklung der Geschehnisse in diesen Ländern verhindert hat. Eben diese Faktoren haben das Misstrauen zwischen Ihnen und uns hervorgebracht. Es macht uns Sorge, dass in den Ihnen benachbarten Ländern viele Sozialisten physisch vernichtet worden sind. Das Misstrauen, das bei den Sozialisten in Frankreich gegenüber Ihrem Land bestanden hat, haben auch die Sozialisten in anderen Ländern geteilt. Das hat die Situation kompliziert und uns dazu genötigt, eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten zu befürchten, und das ist, hebt Guy Mollet hervor, eine sehr wichtige Frage, worauf auch Gen. Chruschtschow hingewiesen hat.

N. S. Chruschtschow hat gesagt, sagt Guy Mollet, dass sich die USA in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen, weil sie reich sind. Aber die Sowjetunion ist ebenfalls ein hinreichend reiches und mächtiges Land, und es ist klar, dass sie Aktionen vermeiden muss, die als Vorwand dienen könnten, sie der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder zu bezichtigen.

Jetzt, schließt Guy Mollet, ist die Situation anders als früher: mehr gegenseitiges Vertrauen, und deswegen wird es leichter sein, alle Streitfragen zu regeln.

Danach wendet sich Guy Mollet dem deutschen Problem zu. Er betont, dass er die Hauptsache dessen, was er zu diesem Thema sagen möchte, schon gestern gesagt hat, und jetzt nur noch einige Präzisierungen hinzufügt. Vor allem, bemerkt Guy Mollet, will ich sagen, dass wir Deutschland ebenfalls nicht vertrauen. Das hat uns die bittere Erfahrung gelehrt. Angesichts der Erfahrungen der Geschichte, stehen zwei Aufgaben vor uns: erstens die Vereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege zu erreichen und einen Krieg zur Vereinigung Deutschlands vermeiden. Um die Vereinigung Deutschlands zu beschleunigen, sind wir bereit, die Frage zu untersuchen, was getan werden kann, um an die Vereinigung Deutschlands heranzugehen unter Berücksichtigung der Unterschiede, die zwischen West- und Ostdeutschland bestehen, und unter Berücksichtigung der gro-

ßen wirtschaftlichen Erfolge Westdeutschlands, auf die N. S. Chruschtschow und N. A. Bulganin hingewiesen haben. Zweitens wollen wir Westdeutschland in eine Europäische Vereinigung einbeziehen und auf diese Weise das Ziel realisieren, das sich die französische Politik schon vor langer Zeit gestellt hat und dem die Sozialisten seit jeher große Bedeutung beigemessen haben. Danach wiederholt Guy Mollet N. S. Chruschtschows Worte, man werde um Frankreich wie um eine reiche Braut werben, wenn es eine freundschaftliche Geste an die Adresse der UdSSR macht, und sagt, wenn das irgendwann geschieht, dann nur aufgrund der Wertschätzung für die hohe Kultur Frankreichs, für seine freiheitsliebenden Traditionen, für seine hohen Ideale, seine Philosophie usw.

Aber vergessen Sie nicht, sagt Guy Mollet zu N. S. Chruschtschow gewandt, es gibt noch eine andere Braut, um die wegen ihrer großen Mitgift gegenwärtig alle werben. Diese Braut ist der Gegenstand der Fürsorge sowohl der USA und Englands als auch der UdSSR, die sich bemühen, ihre [der Braut] Zukunft nach ihrem eigenen Geschmack zu gestalten. Diese Braut ist heute Deutschland. Unsererseits wollen wir diese Braut in eine europäische Vereinigung einbeziehen, und auch wenn ich die Motive der sowjetischen Politik in allem verstanden habe, kann ich überhaupt begreifen, wieso die sowjetische Regierung gegen die Schaffung einer dritten Macht in Europa ist in Gestalt der Europäischen Vereinigung, von der hier die Rede ist.

Danach geht Guy Mollet zur EURATOM-Frage über. EURATOM ist nach den Worten von Guy Mollet eine grundlegend friedliche Vereinigung. Wir sind sicher, sagt er, dass in 10 bis 15 Jahren ein großer Teil der von uns benötigten Energie aus Atomkraftwerken kommen wird. Es ist unstrittig, dass viele europäische Länder selbst keine Atomindustrie entwickeln können, obwohl sie den Aufbau einer solchen Industrie dringend brauchen. Eben deswegen sind wir für EURATOM, präzisiert Guy Mollet. Daher verstehen wir auch, dass die Sowjetunion und ihre Freunde sich mit so etwas wie ihrer „Warschauer Atomgemeinschaft“<sup>202</sup> befassen. Wir sind uns auch darüber klar, wenn wir Westdeutschland nicht in EURATOM hineinnehmen, kann es seine eigene Atomindustrie außerhalb von EURATOM aufbauen, mit der Hilfe der USA und Englands, aber ohne uns. EURATOM gibt uns die Garantie, dass eine Kontrolle über die Nutzung der Atomenergie errichtet wird, und das ist sehr wichtig.

Abschließend spricht Guy Mollet die Frage der Abrüstungskontrolle an. Er sagt, dass Frankreich für Abrüstung und für Kontrolle ist, dass Frankreich alle möglichen Formen der Kontrolle akzeptiert. Guy Mollet stimmt [der Ansicht] zu, dass die USA sich zu sehr von den Gesprächen über die Kontrolle beeinflussen lassen und stellt abschließend folgende Position Frankreichs in der Abrüstung fest. Frankreich ist dafür, die Abrüstung an den Stellen ohne Verzug durchzuführen, wo sich ohne Verzug eine Kontrolle etablieren lässt.

Weiter betont Guy Mollet, dass er den Vorschlag über ein Atomwaffenversuchsverbot für nützlich hält. Guy Mollet sagt, dass sich die Position Frankreichs in der Abrüstungsfrage sich von den Positionen mancher westeuropäischen Länder unterscheidet, dass man aber auf die Erzielung einer wechselseitigen Verstän-

<sup>202</sup> Im Russischen: Varšavatom, d. h. Atomorganisation des Warschauer Pakts.

digung hoffen kann. Der Stolperstein in diesem Bereich, sagt Guy Mollet, ist das gegenseitige Misstrauen und deswegen die Forderung nach Kontrolle. Sie, bemerkt Guy Mollet zu den sowjetischen Vertretern gewandt, werfen uns vor, dass wir in unserer Politik fremden Vorstellungen folgen. Wir sagen, dass die Fakten, an die N. S. Chruschtschow erinnert hat, tatsächlich existieren. Aber sie existieren eben deswegen, weil es keine Abrüstung gibt. Wir haben, wie es scheint, in gewissem Umfang Verständnis füreinander gewonnen, wir haben uns gegenseitig davon überzeugt, dass wir den Frieden anstreben. Wir werden versuchen, dass unser wechselseitiges Streben nach weiterer Entspannung der internationalen Lage Ausdruck in konkreten Handlungen findet.

*Pineau* sagt, dass er nur eine Bemerkung machen möchte. Seinen Worten zufolge hat er bemerkt, als die sowjetischen Vertreter über Deutschland sprachen, standen hinter ihren Stellungnahmen Angst vor Deutschland und mangelndes Vertrauen zur Friedensliebe Deutschlands, doch Angst ist nach Pineaus Worten, ein schlechter Berater. Aus Angst, sagt Pineau zu den sowjetischen Vertretern gewandt, weigern Sie sich, unsere Absicht zu verstehen, Deutschland in eine Gesamteuropäische Wirtschaftsvereinigung einzubeziehen. Aber wenn Westdeutschland keiner derartigen Vereinigung beitrifft, entsteht eine noch gefährlichere Situation. Als Sozialist, sagt Ch. Pineau, halte ich es für besser, wenn sich die Organisation Europas unter der Kontrolle der Politiker, und nicht der Kapitalisten befindet. Wenn Westdeutschland EURATOM nicht beitrifft, befindet sich seine wirtschaftliche Entwicklung voll und ganz unter der Kontrolle der Kapitalisten.

*Chruschtschow* bemerkt, dass dies ein interessanter Gedanke ist. Aber wie lässt es sich erreichen, dass nicht die Kapitalisten, sondern die Politiker die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands leiten. Die Kapitalisten werden keine Kopeke den Politikern oder gar den Sozialisten geben, wenn sie nicht dessen sicher sind, dass die reale Macht und Gewalt in ihren Händen sein werden.

*Bulganin*: Die von uns vorgeschlagene wirtschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Länder kann eher als jede andere Vereinigung den Vorstellungen entsprechen, von denen Guy Mollet spricht.

Gen. Bulganin fragt anschließend, welche Frage auf der Abendsitzung zur Diskussion gestellt werden soll.

*Pineau* schlägt vor, die Frage der wirtschaftlichen Hilfe für schwach entwickelte Länder zu erörtern.

*Bulganin* sagt, dass die sowjetische Delegation mit diesem Vorschlag einverstanden ist.

*Mollet* bittet die sowjetischen Vertreter um die Erlaubnis, dass noch zwei weitere Experten in die französische Delegation aufgenommen werden.

*Bulganin* bemerkt, dass die französische Delegation so viele Experten mitbringen kann, wie sie es für notwendig erachtet.

**10. Verhandlungen Bulganins, Chruschtschows und Molotows  
mit Guy Mollet und Ch[rastian] Pineau in der französischen Botschaft  
am 17. Mai 1956 nachmittags**

Anwesend:

von sowjetischer Seite die Gen. N[ikolaj] A. Bulganin, L[asar] M. Kaganowitsch, G[eorgij] M. Malenkow, A[nastas] I. Mikojan, W[jatscheslaw] M. Molotow, M[ichail] G. Perwuchin, N[ikita] S. Chruschtschow, G[eorgij] K. Shukow, N[ikolaj] T. Fedorenko, S[ergej] A. Winogradow;

von französischer Seite Guy Mollet, Ch[rastian] Pineau, R[ené] Massigli, M[aurice] Dejean.

*Mollet* sagt, er möchte außerhalb der offiziellen Sitzungen mit den sowjetischen Führern über ein für Frankreich schwieriges Problem sprechen: die Algerien-Frage. Er erläutert kurz die in Algerien entstandene Lage und sagt, dass sich Algerien von den anderen französischen Überseegebieten unterscheidet. Nach der französischen Verfassung ist es eine territoriale Fortsetzung des französischen Kernlandes, und seine Verwaltung ist als Verwaltung französischer Departements eingerichtet. Das erschwert das Problem erheblich. In Algerien leben etwa 8 Mio. Angehörige der muslimischen Bevölkerung, deren Zusammensetzung heterogen ist. Die meisten sind Kabylen, Araber, Berber. Außerdem gibt es 1,5 Mio. Einwohner europäischer Herkunft. Dazu gehören nicht nur Franzosen, sondern auch Menschen aus Spanien, Italien, Sardinien [und] Malta. Die Franzosen, die hier bereits seit vier Generationen leben, sind zu Einheimischen geworden. Die anderen Europäer haben sich erst vor relativ kurzer Zeit in Algerien niedergelassen und den Franzosen assimiliert. Sie sind oft mehr als die französische Bevölkerung Anhänger des französischen Nationalismus.

Zwischen den beiden Gesellschaftsschichten – den Muslimen und den Europäern – sind komplizierte wirtschaftliche und soziale Beziehungen entstanden. Koloniale Ausbeutung hat die große Mehrheit der muslimischen Bevölkerung der Armut ausgeliefert. Natürlich, es gibt auch reiche Araber, aber das sind noch schlimmere Ausbeuter, und dadurch wird es für die Bevölkerung nicht leichter. In Algerien gibt es eine Bewegung sozialen und wirtschaftlichen, teilweise auch nationalistischen Charakters. Oft heißt es, dass es ein algerisches Nationalgefühl gebe. Wenn das so wäre wie beispielsweise in Marokko oder Tunesien, würde die französische Regierung sofort die Unabhängigkeit Algeriens anerkennen. Aber in Algerien gibt es nicht ein einziges Nationalbewusstsein, sondern mehrere. Viele Araber, Berber und Kabylen fühlen, dass bei ihnen der nationale Faktor und ein nationales Bewusstsein erwachen. Doch das muslimische Bewusstsein hat unterschiedliche Formen. Einige denken [dabei] an Algerien, andere an Kairo,<sup>203</sup> die dritten an einen Panarabismus, der sich dem Panislamismus unterordnet. Es gibt Millionen Muslime, die keine Araber sind, doch die Araber bedienen sich des Islamismus, um sich die gesamte muslimische Welt zu unterwerfen. Dieses Prob-

<sup>203</sup> Unter Gamal Abdel Nasser präsentierte sich Ägypten als säkularer Staat, der den Arabern den Weg zur Befreiung vom Kolonialismus wies und daher die Führung in der arabischen Welt beanspruchen konnte.

lem geht mithin nicht nur Frankreich etwas an, sondern die ganze Welt. Eine andere Strömung in Algerien bilden die Europäer: die Anhänger des französischen Nationalismus.

Wer wird denn Sieger sein? Natürlich sagen die Araber, dass sie Algerien befreien können. Einige Europäer mit faschistischen Elementen an ihrer Spitze behaupten, dass sie Algerien von den Arabern befreien können. Unter solchen Umständen sind Verhandlungen Algeriens mit Frankreich der geeignete Ausweg. Es kann zwei Regelungen geben: eine Regelung vom Typ Südafrika<sup>204</sup> oder Südvietnam.<sup>205</sup> Die französische Regierung hat sich dafür entschieden, mit Repräsentanten Algeriens zu verhandeln, wird aber nicht auf eine Regelung eingehen, die man Frankreich mit Gewalt zu oktroyieren versucht.

Es ergibt sich noch eine weitere Frage. Verhandlungen sind notwendig, doch mit wem kann man sie führen? Wir wollen in Algerien keinen dortigen Bao Ðai.<sup>206</sup> Aber können wir mit Leuten verhandeln, die einen bewaffneten Kampf führen? Unter den Kämpfern herrscht keine Einigkeit, es gibt Meinungsverschiedenheiten. Einige von ihnen schauen darauf, was in Kairo geschieht, andere blicken auf Rabat,<sup>207</sup> Paris oder Tunis.<sup>208</sup> Zudem sind das [die Aufständischen] 25 000 bis 30 000 Mann; vertreten sie denn eine Bevölkerung von 9 Mio.? Wir wollen, fährt der Ministerpräsident fort, dass die Leute für die Verhandlungsführung in Algerien mittels freier Wahlen unter der Kontrolle der Bevölkerung selbst gewählt werden. Aber der Durchführung der Wahlen muss eine Feuereinstellung vorausgehen. Wir wollen nicht, dass sich wiederholt, was in Indochina geschehen ist.

Weiter stellt Mollet die Frage, welche kritischen Bemerkungen und Überlegungen es zu seiner Analyse der Lage in Algerien gibt.

<sup>204</sup> Südafrika suchte das Problem, dass eine europäische Minderheit einer Mehrheit von Schwarzafrikanern gegenüberstand, durch ein Regime der Apartheid, das heißt der Rassentrennung, zu lösen. Das lief auf eine massive Diskriminierung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung hinaus.

<sup>205</sup> Nach der Niederlage der französischen Kolonialmacht gegen den kommunistischen Vietnamh wurde auf der Genfer Konferenz im Sommer 1954 die Unabhängigkeit Vietnams beschlossen. In Anbetracht dessen, dass den Kommunisten dort politisch anders ausgerichtete Kräfte gegenüberstanden, wurde das Land auf Betreiben der Mächte von West und Ost in eine nördliche kommunistische Hälfte und eine südliche nicht-kommunistische Hälfte geteilt. Zu den gleichzeitig vorgesehenen Wahlen innerhalb eines Jahres, durch welche die Regierung des dann zu vereinigenden Staates bestimmt werden sollte, ist es nie gekommen.

<sup>206</sup> Bao Ðai (Nguyen Phuc Vinh Thien) war der letzte vietnamesische Kaiser. Er regierte seit 1926 zunächst unter französischer, während des Zweiten Weltkriegs unter japanischer Oberherrschaft und erklärte am 25. August 1945 nach der Kapitulation Japans den Rücktritt. Von 1949 bis 1955 diente er nochmals der – gegen den kommunistischen Vietnamh kämpfenden – französischen Kolonialmacht als Regent des Landes.

<sup>207</sup> Hauptstadt des benachbarten Königreichs Marokko. Dessen Hauptgebiet war französisches Protektorat gewesen und hatte am 2. März 1956 die Unabhängigkeit erhalten. Der kleine, Spanien unterstehende Teil im Norden war – mit Ausnahme der dem spanischen Mutterland einverleibten Städte Ceuta und Melilla – am 7. April 1956 in die Unabhängigkeit entlassen worden.

<sup>208</sup> Nach bewaffneter Revolte seit 1952 sicherte die französische Kolonialmacht Tunesien zunächst am 31. Juli 1954 innere Autonomie zu und schloss dann am 3. Juli 1955 Verträge, aufgrund deren das Land am 20. März 1956 unabhängig wurde. Der Marinestützpunkt Bizerta blieb weiter in französischer Hand.

*Pineau* ergänzt Mollets Ausführungen. Die Sache wird manchmal so dargestellt, sagt er, dass die Minderheit von 1,5 Mio. entweder weggehen oder sich der Mehrheit unterwerfen muss. Aber so eine Regelung bedeutet Bürgerkrieg. Es gibt auch andere Regelungen. So meint man in einigen reaktionären Kreisen Frankreichs (ein Verfechter dieser Idee ist vor allem Edgar Faure<sup>209</sup>), Algerien sollte zweigeteilt werden: einen europäischen Teil: den Städten Oran und Algier mit einem etwa 400 km langen Küstenstreifen, wo die Bevölkerung in ihrer Mehrheit aus Europäern besteht, und einen muslimischen [Teil], der das übrige Algerien umfasst. Aber der Küstenstreifen mit den Städten Oran und Algier ist der reichste Teil von Algerien. Die Muslime in den unfruchtbaren, vom Meer abgeschnittenen Regionen wären zu bitterer Armut verurteilt. Außerdem würde die muslimische Bevölkerung bei der Teilung aus dem den Europäern zugeteilten [Küsten-] Streifen vertrieben werden, und es entstünde ein Flüchtlingsproblem im muslimischen Teil des Landes. Nimmt man dazu noch das Problem der Wasserversorgung, das [dann] unausweichlich entsteht, würde das alles in Algerien eine Kopie von Israel schaffen, doch wozu sollte man denn ein zweites Israel im Mittelmeergebiet schaffen?

Die jetzige Regierung [Frankreichs] möchte die Algerien-Frage auf der Basis des Prinzips der Koexistenz zwischen den zwei Bevölkerungsgruppen regeln. Wir wollen keine Regelung, die in sich den Keim von Konflikten birgt. Es ist besser, diese Frage zwei oder drei Monate später zu regeln und dafür eine lebens-taugliche Regelung zu finden. Es ist darauf hinzuweisen, dass dieses Problem eng mit der generellen Lage in Nordafrika zusammenhängt. Alle drei Länder [des Maghreb], d. h. Marokko, Algerien und Tunesien, können sich wirtschaftlich nicht selbst versorgen und geraten unausweichlich unter den Einfluss irgendeiner starken Macht. Es ist in unserem Interesse und im Interesse des Friedens, sagt *Pineau*, dass Frankreich in Algerien verbleibt.

*Chruschtschow* bemerkt, die Sowjetunion ist dafür, dass die Franzosen den Konflikt regeln, der in Algerien entstanden ist.

*Molotow* fügt hinzu, man muss alles tun, um die Erwartungen der afrikanischen Völker zu befriedigen.

*Mollet* weist darauf hin, dass Frankreich das Ziel verfolgt, den afrikanischen Völkern eine eigene Regierung zu geben. Was Algerien betrifft, gibt es große Schwierigkeiten in dieser Hinsicht. Die europäische Bevölkerungsgruppe, die 1,5 Mio. Menschen umfasst, ist reicher und in industrieller Hinsicht weiter entwickelt als der muslimische Teil der Bevölkerung. Es ist notwendig, dem bewaffneten Konflikt zwischen den zwei Bevölkerungsgruppen Einhalt zu gebieten, denn es ist nicht abzusehen, womit das enden kann. *Mollet* räumt ein, dass der europäische Bevölkerungsteil viel weniger hinter der Wahrung der Bindung an Frankreich steht, als er [dieser Bevölkerungsteil] behauptet.

<sup>209</sup> Edgar Faure (1908–1988), Politiker der (liberal ausgerichteten) Radikal-Sozialisten, gehörte zwischen 1949 und 1973 viele Male als Minister französischen Regierungen an und war kurzzeitig 1952 sowie von 1955 bis 1956 als unmittelbarer Vorgänger Guy Mollets Ministerpräsident.

Angesichts der bestehenden Lage müsse Frankreich in die Schiedsrichterrolle schlüpfen. Die französische Regierung habe sich zum Ziel gemacht, die Rechte der 1,5 Mio. Europäer in Algerien zu wahren, aber ihnen ihre gegenwärtigen Privilegien zu nehmen. Sie hat vor allem die Durchführung einer Agrarreform begonnen zur Verteilung des Landes unter den bäuerlichen Fellachen.

Wir, sagt Mollet, wollen das politische Problem regeln. Gleichzeitig wollen wir nicht von vornherein unsere Regelung oktroyieren. Diese Regelung muss im Verlauf der Verhandlungen zwischen den beiden Seiten gefunden werden. Wir legen im Voraus nur den Rahmen der Verhandlungen fest, indem wir erklären, dass die abschließende Regelung die Wahrung der Rechte der europäischen Bevölkerung und zugleich die Übertragung der Autonomie an die muslimische Bevölkerung im Blick haben muss. Um Verhandlungen einzuleiten, als deren Ergebnis ein Algerien-Statut zustande kommt, muss eine Feuereinstellung erreicht werden. Das machen wir zu unserem ersten Ziel. Das, sagt Mollet, ist die beste Position gegen den Kolonialismus, die man von uns verlangen kann, und wir haben das Recht zu der Bitte, dass uns die großen freien Staaten Verständnis entgegenbringen.

Mollet fügt hinzu, dass sich die Regierung darum bemüht, in Algerien keine Anarchie zuzulassen. Er führt das Beispiel Marokko an, wo Unabhängigkeit gewährt wurde, doch bis heute keine Ordnung geschaffen ist, was die französische öffentliche Meinung beunruhigt. Und das, sagt Mollet, obwohl es in Marokko einen gesetzmäßigen Herrscher und politische Parteien gibt, was man von Algerien nicht behaupten kann.

*Molotow* fragt, wie viele seitens der arabischen Bevölkerung in Algerien die französische Politik unterstützen.

*Mollet* antwortet, das lasse sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht sagen. Im Land gebe es bewaffnete Partisanen, die gegen die französischen Truppen kämpfen. Der größte Teil der Bevölkerung nimmt eine abwartende Haltung ein. Tagsüber ist es in den algerischen Städten verhältnismäßig ruhig, in den Nächten aber sorgen die Partisanen für Unruhe. Die französischen Truppen haben Befehl, keinen Krieg zu führen. Natürlich, sagt er, wenn wir wollten, könnten wir die Partisanen mittels Gewalt besiegen, doch wir tun das nicht, weil wir Antikolonialisten sind.

*Chruschtschow* sagt, dass Guy Mollet und Christian Pineau die Lage in Algerien besser kennen als er, doch nach den Pressemeldungen zu urteilen, findet in Algerien ein heftigerer Kampf statt als der, von dem Guy Mollet und Christian Pineau gesprochen haben.

Das Defizit des französischen Plans besteht nach seiner Ansicht darin, dass dieser Plan nicht den Faktor berücksichtigt, dass die Lage in Algerien nicht statisch ist, sondern sich in einer dynamischen Entwicklung befindet. Sie wollen die Algerien-Frage mit der Methode der klassischen Demokratie lösen, sagt N. S. Chruschtschow. Das wäre richtig, wenn die Lage ruhig wäre und die Initiative in den Händen Frankreichs läge. Doch jetzt ist in Algerien ein Krieg im Gange, und die Frage so zu regeln, wie Sie vorschlagen, ist schwierig, wenn nicht gar unmög-

lich. Die Kräfte, die gegen die Herrschaft Frankreichs in Algerien kämpfen, stehen dem Appell Frankreichs misstrauisch gegenüber, weil sie mit den Waffen in ihren Händen das Maximum, das heißt die Unabhängigkeit, erreichen wollen. Sie sind sich nicht sicher, ob sie ihr Ziel erreichen können, nachdem sie die Waffen niedergelegt haben. Verhandlungen mit dem übrigen Teil der Bevölkerung können unter den Bedingungen des bewaffneten Kampfes im Lande keine Regelung der Frage herbeiführen.

N. S. Chruschtschow führt als Beispiel die Lage in Russland in der Zeit der sozialistischen Oktoberrevolution an, als alle Parteien die Einberufung der Konstituierenden Versammlung forderten, damit diese die künftige Ordnung und Politik des Landes bestimme. Die Bolschewiki traten damals mit ihrem Programm an die Öffentlichkeit, ohne auf das Zusammentreten der Konstituierenden Versammlung zu warten.<sup>210</sup> Sie gaben Parolen aus, die dem Volk nahe und verständlich waren: sofortige Übertragung des Landes an die Bauern [und] der Fabriken und Betriebe an die Arbeiter, Beendigung des imperialistischen Krieges und Herstellung des Friedens. Diesen Parolen sind die Massen gefolgt, und danach wurden auf dem Kongress der Sowjets die von den Bolschewiki proklamierten Grundsätze als Gesetze formuliert, als die ersten Gesetze der Sowjetmacht.

Natürlich, bemerkt N. S. Chruschtschow, ist es sehr einfach, Ratschläge zu erteilen. Für Sie ist es schwer, diese Frage zu entscheiden, weil es bei Ihnen, in Frankreich, viele Parteien und unterschiedliche Ansichten gibt. Aber wenn man an die Entscheidung der Algerien-Frage herangeht, muss man die gegenwärtige Lage in diesem Land berücksichtigen. Es ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass Algerien vom Regen in die Traufe kommen, das heißt, sich vom Einfluss Frankreichs befreien, aber in Abhängigkeit von den Amerikanern geraten könnte. Das wäre sehr schlecht, und das wollen wir nicht.

In Beantwortung des von Guy Mollet geäußerten Wunsches, die Großmächte sollten Frankreich verstehen, sagt N. S. Chruschtschow, dass die Sowjetunion Frankreich helfen will, doch von ihr hängt die Entscheidung darüber nicht ab. Wir können nicht mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit treten, die unserer Politik hinsichtlich der Kolonien widerspräche. Aber wenn Sie eine Regelung finden, die den Völkern der Kolonialländer nicht zum Schaden gereicht, sind wir bereit, Sie zu unterstützen.

*Mollet* sagt, es würde ausreichen, wenn die französische Regierung in dieser Frage auf Verständnis seitens der sowjetischen Regierung stieße. Natürlich ist dieses Problem interner Art, aber seine Konsequenzen haben generellen Charakter.

*N. Chruschtschow, N. Bulganin und W. Molotow* stimmen zu.

<sup>210</sup> Lenin und die Bol'seviki hatten im Frühherbst 1917 der Provisorischen Regierung vorgeworfen, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu verzögern, und ihrerseits versprochen, diese sofort anzuberaumen, sobald sie dazu in der Lage seien. Daher fanden die Wahlen statt, als Lenins Partei in den politischen Zentren des Landes die Macht ergriffen hatte. Das Ergebnis entsprach freilich nicht ihren Vorstellungen. Sie erzielte nur ein knappes Viertel der Stimmen, während die Sozialrevolutionäre nahezu die Hälfte auf sich vereinigten. Daraufhin jagten Lenins Gefolgsleute die Konstituierende Versammlung auseinander, als sie am 5. Januar 1918 zusammentrat. Danach folgten Jahre erbitterten und blutigen Bürgerkriegs. Erst 1921 hatten die Bol'seviki ihre Herrschaft auf diese Weise in Russland durchgesetzt.

*Mollet* sagt, dass nach seiner Ansicht die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Frankreich die Politik der jetzigen Regierung unterstützt. Viele Elemente in Algerien würden ebenfalls gern auf Verhandlungen eingehen, wenn sie wüssten, dass sie nicht mit Hilfe von außen rechnen können.

*Chruschtschow* sagt, dass die französische Regierung ein kompliziertes Spiel begonnen hat, und jetzt lautet die Frage, ob sie klug genug ist, es in ihrem Interesse und im Interesse der Algerier zu spielen. Er hebt hervor, dass es in einem Spiel oft wichtig ist, rechtzeitig innezuhalten, es nicht fortzusetzen, wenn klar wird, dass man auf eine Niederlage zusteuert. Die Lage in Algerien hat sich geändert, sagt N. S. Chruschtschow, und es ist wahrscheinlich notwendig, das Spiel zu verändern. Die Algerien-Frage muss gemäß den Erfordernissen der heutigen Lage und im Geist der Zeit geregelt werden. In diesem Zusammenhang bemerkt N. S. Chruschtschow, dass die Engländer zum Beispiel in den Kolonien, in denen sich die Lage so gestaltete, dass sie ihre alte Kolonialpolitik nicht fortsetzen und die früheren Verhältnisse nicht aufrechterhalten konnten, weitblickend waren und den Mut hatten, manchen Kolonien und Dominions die Unabhängigkeit zu geben, etwa Indien und Burma. Die Engländer haben damit in dieser Frage mit Verständnis für den Geist der Zeit gehandelt.

N. S. Chruschtschow analysiert die Geschehnisse der letzten Jahre in Indochina und sagt, wenn Frankreich 1946 in Verhandlungen mit dem Genossen Ho Chi Minh getreten wäre, hätte es wahrscheinlich seine Positionen in Vietnam, ja in ganz Indochina, aufrechterhalten können. Die damalige französische Regierung habe jedoch die alte Kolonialpolitik fortgesetzt und die tatsächliche Lage der Dinge nicht berücksichtigt, und so habe Frankreich seine Positionen in Indochina verloren.<sup>211</sup> N. S. Chruschtschow erinnert daran, dass das Algerien-Problem [zwar] in die Zuständigkeit Frankreichs fällt, es aber notwendig ist, sagt er, dass die Regelung dieses Problems die Konsolidierung der demokratischen Kräfte [und] aller Kräfte des Friedens fördert. Wenn die Amerikaner den Platz der Franzosen in Algerien einnehmen, wird es sowohl für Frankreich als auch für Algerien wie auch für uns schlimmer sein, weil sie dann dort damit beginnen werden, ihre Militärstützpunkte aufzubauen. Weiter betont N. S. Chruschtschow, dass sich so eine schwierige Frage nicht regeln lässt, ohne die Interessen des Volkes zu berücksichtigen, ohne Kontakt mit ihm zu unterhalten. Zudem muss diese Frage nach unserer Ansicht so schnell wie möglich geregelt werden.

*Molotow* sagt, man darf keine Zeit verlieren, denn davon hängt viel ab.

*Mollet* antwortet, dass er mit der Analyse N. S. Chruschtschows und seinen Ratschlägen völlig einverstanden ist. Das Problem lässt sich nach seinen Worten auf dreierlei Weise lösen: Manche in Frankreich glauben, dass man sich aus Algerien

<sup>211</sup> Angesichts der Niederlage Frankreichs gegen Deutschland 1940 hatten die vietnamesischen Nationalisten unter Führung des Kommunisten Ho Chi Minh gegen die französische Kolonialmacht rebelliert und deren Herrschaft abgeschüttelt im Zusammenwirken mit den Japanern, als diese in den ersten Jahren des Krieges in Ostasien die die dortigen Kolonien der europäischen Staaten eroberten und besetzten. Nach der japanischen Kapitulation im August 1945 kehrten jedoch die Kolonialmächte, vor allem Frankreich und die Niederlande, zurück und suchten ihre Herrschaft mit bewaffneter Gewalt wieder zu errichten.

zurückziehen muss, aber dann beginnt ein Bürgerkrieg und man muss den Europäern Unterstützung erweisen. All das wird zur Vertreibung Frankreichs aus Algerien führen. Das ist die Regelung der Frage wie in Vietnam. Eine andere Entscheidung, die noch mehr Gefahren in sich birgt, besteht darin, dass rechte Elemente angesichts militärischer Anstrengungen meiner Regierung glauben, dass der frühere Zustand mit Gewalt wiederhergestellt werden muss. Wir aber glauben, dass die einzig richtige Entscheidung unsere Entscheidung ist, Verhandlungen unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung zu führen. Das ist nach unserer Ansicht ein revolutionärer Standpunkt. Wenn diese Entscheidung nicht akzeptiert wird, wird die Algerien-Frage auf eine der zwei oben genannten Weisen geregelt werden.

*Chruschtschow* bemerkt, dass die französischen Führer sich bemühen, die Frage mittels friedlicher Verhandlungen zu regeln. Das ist gut. Aber wird dieser Appell in Algerien Gehör finden, fragt er. Schließlich ist dort ein Krieg im Gange...

*Mollet* unterbricht N. S. Chruschtschow und sagt, dass er bereits inoffiziellen Kontakt zu den Algeriern hat. Bislang, sagt er, ist das geheim, denn wenn das bekannt würde, wäre er schweren Angriffen seitens der französischen Reaktion ausgesetzt, die sie [die Kontakte] zunichte machen würde.

*Chruschtschow* sagt, um positive Resultate zu erzielen, muss man die Initiative ergreifen [und] Vorschläge machen, die für die Algerier annehmbar und verständlich sind. Doch die Sache läuft gegenwärtig nicht so. Die französische Seite schlägt vor, zuerst die kriegsrischen Aktivitäten in Algerien einzustellen, sie sucht bestimmte Illusionen in Bezug auf die Verhandlungen zu wecken. Das kann nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, weil das Urteil der Algerier auch so aussehen kann: Jetzt machen sie uns Versprechungen, aber nach den Verhandlungen, werden sie, die französischen Behörden, uns nichts geben. Offenbar deswegen, bemerkt N. S. Chruschtschow, wollen die Algerier lieber den endgültigen Sieg erringen.

*Mollet* sagt, dass sie damit falsch liegen und dass ihr Erfolg zu einer noch größeren Abhängigkeit des Landes führen wird. Es wurden schon Kontakte hergestellt, und die Führer der Aufständischen sind zu Verhandlungen bereit, schwanken aber noch, weil sie glauben, noch bessere Bedingungen bekommen zu können. Je nach ihrer auswärtigen Unterstützung und gemäß den inneren Verhältnissen in Frankreich ändern sie ihre Meinung fast jeder Woche. *Mollet* betont, dass, wenn die jetzige Regierung das Algerien-Problem nicht zu lösen vermag, worum er sich noch mehr als Generalsekretär der sozialistischen Partei denn als Ministerpräsident bemüht, dann ist alles verloren. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Sozialisten 1947/1948 für Verhandlungen mit Ho Chi Minh eingetreten sind, aber kein Gehör gefunden haben, und die Sache sei für alle schlecht ausgegangen. Die Hauptsache ist, dass Sie dieses Problem jetzt verstehen.

*Molotov* bemerkt, dass man jetzt so viel wie möglich für die Algerier tun muss.

*Mollet* sagt, dass sie dazu bereit sind. Er setzt hinzu, dass er dieses Problem nicht bei den offiziellen Verhandlungen aufgetischt sehen will, weil dies die sowjeti-

sche Regierung in eine schwierige Lage bringen würde. Die Hauptsache ist, in dieser Frage Verständnis seitens der sowjetischen Regierung zu erhalten.

*Chruschtschow* hebt hervor, dass er das Vertrauen, das Guy Mollet und Ch. Pineau zur sowjetischen Regierung haben, sehr zu schätzen weiß, und bemerkt, dass die Algerien-Frage eine sehr delikate Frage ist. N. S. Chruschtschow wertet den inoffiziellen Meinungsaustausch positiv, der zu dieser Frage zwischen den sowjetischen und den französischen Vertretern stattgefunden hat. Weiter sagt N. S. Chruschtschow, dass die sowjetische Regierung über die gestellte Frage nachdenken wird, und er hofft, dass auch die französische Seite die Ratschläge und Wünsche berücksichtigen wird, die von der sowjetischen Seite geäußert wurden. Die sowjetische Regierung ist damit einverstanden, die Kontakte zum Meinungsaustausch fortzusetzen, wenn eine Notwendigkeit dazu besteht. Aber die Entscheidung dieser Frage, sagt N. S. Chruschtschow, ist bislang Sache von Frankreich allein. Je schneller das geschieht, desto besser.

*Mollet* stimmt zu, dass die Entscheidung dieser Frage Sache Frankreichs ist und bittet die sowjetischen Führer, über die Möglichkeit einer Erklärung nachzudenken, dass man die Position Frankreichs in der Algerien-Frage verstehe.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

Nicht korrigiertes Stenogramm

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 589, Bl. 110-121

### **11. Gespräch Bulganins, Chruschtschows und Molotows mit Guy Mollet und Christian Pineau in der französischen Botschaft am 18. Mai 1956**

*Mollet* sagt, er als Generalsekretär der SFIO und Pineau möchten mit den Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über Parteithemen reden. Er bittet, dieses vertrauliche Gespräch als außerhalb des Rahmens der im Gang befindlichen Regierungsverhandlungen stehend anzusehen, als Treffen der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Er sagt, bei dieser Reise in die UdSSR haben er und Pineau voller Begeisterung die Errungenschaften der Sowjetunion gesehen. Er hebt ebenfalls die Befriedigung über die Offenheit hervor, in der die Verhandlungen verlaufen sind. Ihm und Pineau ist vieles klar geworden, und sie haben große Möglichkeiten zur freien Diskussion von Problemen und zur Annäherung der Standpunkte gehabt.

In Bezug auf die Regierungsverhandlungen sagt Guy Mollet, die grundlegende Schwierigkeit für einen weiteren freien Meinungsaustausch und die Erzielung von Vereinbarungen ist die Tatsache, dass die sowjetischen Führer noch immer großes Misstrauen gegenüber dem Westen hegen. Frankreich, sagt er, bemüht sich darum, mit der Sowjetunion eine Annäherung herbeizuführen. Es rechnet damit, sie herbeizuführen, und rechnet ebenfalls damit, eine gewisse Kompensation für das zu erhalten, was es bis jetzt wegen des Umstandes allgemeinen Miss-

trauens eingebüßt hat. Sie haben Unrecht, sagt er, (auf jeden Fall ist das Ihr Fehler) bei der Annahme, dass sich auf der Welt nichts geändert hat, und dass Sie ebenso wie früher in den Jahren der Gründung der Sowjetunion nur von Feinden umgeben sind.

*Chruschtschow* widerspricht dieser Behauptung und sagt, für so ein Urteil gibt es keine Grundlage. Er führt als Beispiel die letzte Reduzierung der Streitkräfte an, die von der UdSSR durchgeführt worden ist. Kaum jemand wird glauben, dass ein Staat, der seine Streitkräfte reduziert, Krieg führen will. Jetzt ist es schwierig, von der Aggressivität der UdSSR zu reden. Trotzdem kommt es zu militanten Stellungnahmen gegen die Sowjetunion. N. S. Chruschtschow bezieht sich dabei auf die Erklärung des amerikanischen Generals Gruenther, als er seinen Posten als Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte aufgab.<sup>212</sup>

*Mollet* sagt, dass er Gruenther persönlich kennt, ihn respektiert und schätzt und mit absoluter Sicherheit sagen kann, dass Gruenther kein Feind der Sowjetunion ist. Gruenther sei ein militärischer Fachmann. Ihm sei der Auftrag erteilt worden, die Armeen auf einen möglichen Krieg mit der Sowjetunion vorzubereiten. Als Soldat habe er diesen Auftrag ehrlich ausgeführt, doch persönlich sei Gruenther kein Feind der UdSSR.

*Pineau* sagt, ihm seien die Gefühle der Sowjetunion verständlich, die sich bei ihrer Geburt gegen eine Reihe von Ländern verteidigen musste und vor allem auch gegen Frankreich.<sup>213</sup> Doch jetzt denke die große Mehrheit des französischen Volkes, auf jeden Fall alle Sozialisten, an keinen Angriff auf die Sowjetunion. Sie beabsichtigten ebenfalls nicht, bei einem Angriff gegen die UdSSR mitzumachen, sondern seien auch gegen alle feindlichen Aktionen gegenüber der Sowjetunion. In den letzten 35 Jahren, sagt er, sei viel geschehen, die Sowjetunion sei stark geworden, und die Lage habe sich geändert. Wenn es auf der Welt noch Feinde der Sowjetunion gebe, so wende sich gegen sie eine überwältigende Mehrheit.

Natürlich, sagt Pineau, fehle es an Einvernehmen, gebe es Meinungsverschiedenheiten, aber keine Feindschaft. Man müsse sich freimachen von der Feindseligkeit bei der Diskussion gemeinsamer Probleme, welche die Zusammenarbeit und ebenso den wirtschaftlichen Wettstreit betreffen, von dem Chruschtschow gesprochen habe. All das solle ohne Feindseligkeit geschehen.

<sup>212</sup> General Alfred Gruenther hatte im April 1956 seinen Rücktritt eingereicht (der erst am Jahresende wirksam wurde). Der Inhalt seiner damaligen Ausführungen ließ sich nicht ermitteln. Wie er dachte, zeigt seine Rede bei der Verabschiedung im NATO-Hauptquartier am 13. 11. 1956 deutlich. Ein sowjetischer Raketeneinsatz würde die Fähigkeit der USA zur Vergeltung, das heißt zur Zerstörung der UdSSR, nicht beeinträchtigen. Keine Regierung werde aber so weit gehen, einen mit allen Waffen geführten Krieg zu beginnen, weil das Selbstmord bedeuten würde. Er befürchte jedoch, dass unverständige Kritik aufseiten der NATO die Sowjetunion über die Entschlossenheit der Allianz zum Gebrauch ihrer Offensivkapazität täuschen könnte.

<sup>213</sup> Nachdem Lenin am 3. 3. 1918 mit der deutschen Heeresleitung den Frieden von Brest-Litowsk geschlossen und damit endgültig die Kriegskoalition gegen das Deutsche Reich verlassen hatte, landeten französische, britische und japanische Truppen im Russland und stellten sich im Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 auf die Seite der „Weißen“ gegen die „Roten“, ohne jedoch größere Anstrengungen zu unternehmen. Sie beeinflussten das militärische Geschehen nur wenig und räumten zuletzt ohne Widerstand die von ihnen besetzten Gebiete.

Unter Bezugnahme auf Chruschtschows Äußerung in einem der vorangegangenen Gespräche sagt Pineau, werde sich herausstellen, wessen Seite sich als Sieger erweise, die Sache sei die, dass nach Ablauf dieser Jahre der Sieger sehr wahrscheinlich große Veränderungen an seinem System bemerken werde. Schon jetzt gebe es zwischen Frankreich und der Sowjetunion in viele Punkten eine Annäherung, dabei übe das eine System Druck und Einfluss auf das andere aus, und im Prozess dieser Entwicklung komme es in beiden Systemen zu Veränderungen. Deswegen lasse sich jetzt nicht a priori das System bestimmen, das in 5, 50 oder 100 Jahren bestehen werde.

*Mollet* führt als Beispiel für eine derartige Evolution das Staatssystem Jugoslawiens an. Er sagt, er war in Jugoslawien, hat mit dessen Führern gesprochen und nach der Rückkehr nach Frankreich in der Presse den Standpunkt vertreten, wenn er, *Mollet*, in Jugoslawien leben würde, wäre er aufgrund der Umstände dieses Landes, als Revolutionär, für Tito. Meine These, sagt er, und ich halte sie für marxistisch, lautet, dass es verschiedenartige Länder gibt, verschiedenartige Epochen, und im Zusammenhang damit muss es auch für jedes Land verschiedenartige Methoden geben. In dem einen Land erweist sich die eine Methode als die beste, aber in einem anderen als ungeeignet. Vielleicht, sagt *Mollet*, wenn ich Sie besser kennen und in der UdSSR leben würde, vielleicht würde ich dann als erster für *Bulganin*, *Chruschtschow* und *Molotow* stimmen.

*Chruschtschow* stimmt der Erklärung *Mollets* zu, dass die Methoden des Aufbaus des Sozialismus keine Schablone für alle Länder und alle Zeiten sein können.

*Bulganin* betont, dass dies ein Gesetz des Marxismus ist.

*Chruschtschow* erinnert *Guy Mollet* und *Christian Pineau* daran, welche großen und schwierigen Weg die Sowjetunion bei ihrer Hinwendung zum Sozialismus gegangen ist. Aber wir setzen uns nicht zur Ruhe, weil wir wissen, welche großen und schwierigen Aufgaben wir in der weiteren Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur, für den Aufschwung des materiellen Wohlstandes des Volkes noch zu lösen haben. Viel bleibt noch zu tun auch bei der Erziehung der heranwachsenden Generation. N. S. Chruschtschow wendet sich der Tätigkeit des XX. KPdSU-Parteitag zu und weist auf das Beispiel hin, dass auf dem Parteitag ein sehr wichtiger Beschluss gefasst wurde, der zwar bei Ihnen vielleicht unbemerkt geblieben ist. Das ist der Beschluss über die Errichtung von Internatsschulen, der den Anfang bildet der neuen großen Arbeit zur Umerziehung einer neuen Generation von Sowjetmenschen. Unsere Partei, sagt N. S. Chruschtschow, hat vor, mit großem Einsatz die Erziehung der jungen Generation zu organisieren, der das Leben in der kommunistischen Gesellschaft bevorsteht.<sup>214</sup> Mit den Internatsschulen alle Kinder zu erreichen, wofür wir uns bemühen – das ist eine Maßnahme von gewaltigem Ausmaß, und das braucht Zeit, Mittel und Mühe, aber wir sind der Ansicht, dass sich dabei alle Ausgaben bezahlt machen werden.

<sup>214</sup> Die kommunistische Gesellschaft war nach der marxistisch-leninistischen Lehre die höchste Entwicklungsstufe der Menschheit, die, wie Chruščëv der sowjetischen Bevölkerung versprach, bald dem schon erreichten Zustand des „entwickelten Sozialismus“ folgen werde.

*Mollet* sagt, der Marxismus – und das ist sein Unglück (und Ihr Glück) – ist erstmals in Russland praktisch verwirklicht worden: in einem Land, das in industrieller Hinsicht schwach entwickelt war.<sup>215</sup> Daher sind bei der ersten praktischen Anwendung des Marxismus Methoden ausgearbeitet worden, die eben für Ihr Land geeignet sind, aber nicht als Modell für andere Länder dienen können, die sich auf einer höheren Ebene der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung befinden als Russland im Jahr 1917.

*Pineau* erklärt, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialisten und Kommunisten eben darin liegen, wie man zur Universalität der Methoden steht. Wir, sagt er, glauben, dass nicht alle Methoden gleich gut für alle Länder geeignet sind, nicht alle lassen sich in jeder beliebigen Lage, in jedem beliebigen Land und in jeder beliebigen Epoche anwenden.

*Bulganin, Chruschtschow und Molotow* bringen ihre Zustimmung zu dieser Erklärung von Ch. Pineau zum Ausdruck und sagen, das ist die marxistische These.

*Molotow* sagt, es müssen auch Faktoren wie Zeit und Umstände berücksichtigt werden. In Zusammenhang damit hebt er unter Bezugnahme darauf, dass jetzt die Möglichkeit zum freien Meinungs austausch besteht, das Interesse an einer solchen Annäherung unserer Positionen in einer Reihe von Punkten hervor, die den Positionen und Interessen der Sozialisten Frankreichs und der Kommunisten der UdSSR entspreche und den Interessen anderer Völker nicht zuwiderlaufe. In Beantwortung von Pineaus Bemerkung, seit Gründung der Sowjetunion sei schon viel Wasser [die Flüsse] hinunter geflossen, erinnert er daran, dass nicht nur die Umstände vor 39 Jahren zu berücksichtigen seien, sondern auch die Umstände von vor 15–17 Jahren, als die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg nicht wollte, doch nicht das erforderliche Verständnis bei Frankreich und England fand, mit denen keine Übereinkunft möglich war.<sup>216</sup> Jetzt, sagt er, gebe es ebenfalls große Schwierigkeiten. Doch es gebe Wege zur Erzielung des Einvernehmens, und es stehe ein breiterer Weg offen, auch wenn es [dabei] viel Streit geben werde.

*Pineau* räumt ein, dass es ihm und Guy Mollet jetzt, in der entstandenen Atmosphäre der Offenheit, tatsächlich leicht fällt zu reden. Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes betonend, sagt er, dass es sehr wichtig ist, keine Zeit zu verlieren und die Probleme zu lösen, die sich in den Beziehungen zwischen beiden Ländern ergeben. Unter Hinweis darauf, dass es für die UdSSR angenehmer sei, mit der jetzigen französischen Regierung Verhandlungen zu führen,<sup>217</sup> sagt er, dass Situation und Umstände der Veränderung unterliegen und dass die jetzige Zeit und die Interessenlage Frankreichs

<sup>215</sup> Nach den Vorstellungen von Marx und Engels sollte die sozialistische Revolution auf der Voraussetzung des voll entwickelten Kapitalismus beruhen.

<sup>216</sup> Bei den Verhandlungen über eine gemeinsame Frontstellung gegen Hitlers Expansionsbestrebungen 1938 und 1939 waren Großbritannien und Frankreich nicht bereit, die von Stalin gestellten Bedingungen zu akzeptieren, der daraufhin mit Hitler den Vertrag vom 23. August 1939 schloss.

<sup>217</sup> Demnach konnten sich Sozialisten leichter verständigen, als wenn sie mit bürgerlichen Politikern verhandelten.

und der Sowjetunion zur Annäherung zwischen unseren Ländern genutzt werden müssen.

*Mollet* sagt zur Bestätigung der von ihm [Pineau] geäußerten Gedanken, dass er und Ch. Pineau sich auf dieser Reise mit eigenen Augen davon überzeugt haben, wie sehr sich die Sowjetunion verändert hat, und sie glauben, nur Verrückte können behaupten, dass Russland heute noch so ist wie zu Zeiten des Zarisismus. Er würdigt gebührend die große Kühnheit des sowjetischen Volkes [und] der sowjetischen Führer, die sich daran gemacht haben, das ganze Land auf angestrenzte Arbeit und große Selbstlosigkeit auszurichten. Deswegen können Sie jetzt stolz darauf sein, dass Sie wenn auch nicht die erste Macht in der Welt, so doch auf jeden Fall eine der beiden ersten [Mächte] geworden sind. Aber, sagt *Mollet*, unter Ihren Freunden gibt es auch noch Leute, die statt ernst zu reden, sich mit Lobhudelei befassen und die Sowjetunion als Paradies hinstellen [und] als unveränderbares Modell für andere Länder. Wir möchten, dass Sie verstehen, dass Ihre besten Freunde nicht die sind, die Ihnen die größten Loblieder singen.

*Chruschtschow* sagt, die Sowjetunion hat keinen leichten Weg beschritten. Bei uns glaubt niemand, dass die UdSSR schon Vollkommenheit erreicht hat. Das sowjetische Volk lässt sich mit einem Bauern vergleichen, der auf vieles verzichtet und materiell schlechter lebt, während er sein neues Haus baut. Wir haben für unser „Morgen“ auf viel verzichtet. Jetzt beginnt das sowjetische Volk schon, die Früchte seiner Anstrengungen zu ernten, auch wenn uns der Lebensstandard in der Sowjetunion noch nicht zufrieden stellt. Wir wären keine Kommunisten, wenn wir es uns nicht zur Aufgabe machten, das Leben unseres Volkes zu verbessern. Die Zeit ist gekommen, da wir mehr Mittel ausgeben können zur Verbesserung des materiellen Wohlstandes und der Kultur des Volkes. Wir sind davon überzeugt, sagt N. S. Chruschtschow, dass die Hebung des Lebensstandards des sowjetischen Volkes bei uns mit schnellen Schritten kommen wird. In dieser Frage werden wir mit Ihnen in Wettstreit treten.

*Mollet* sagt, die Sozialisten dafür sind, dass in diesem Wettstreit die Sowjetunion siegt, denn das wird nicht nur ein Sieg der Sowjetunion, sondern unser gemeinsamer Sieg sein.

*Molotow* fügt hinzu, das wäre nicht nur für uns ein gemeinsamer Erfolg, sondern auch zum Vorteil der ganzen Welt.

*Pineau* sagt, die französischen Kommunisten haben noch vor 20–25 Jahren, als sich die Sowjetunion in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung noch in einer völlig anderen Situation befand als das hoch entwickelte Frankreich, bereits argumentiert, dass die Methoden der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion voll und ganz auf Frankreich übertragen werden müssen, während die Sozialisten erklärten und [weiterhin] erklären, was für die Sowjetunion gut sein mag, für Frankreich nicht gut ist. Wir, sagt er, sind anderer Ansicht als die französischen Kommunisten nicht in der Bewertung Ihrer Errungenschaften, sondern darin, inwieweit sich Ihre Methoden auf andere Länder übertragen lassen.

*Mollet* unterbricht Ch. Pineau und sagt, er möchte nicht, dass die sowjetischen Führer jetzt auf die Stellungnahmen von ihm selbst und von Ch. Pineau antworten, weil er, Mollet, sehr gut versteht, dass man auf sowjetischer Seite zu Recht die französischen Kommunisten schätzt, die sie in schweren Zeiten unterstützt haben. Deswegen können sie die Kommunisten Frankreichs nicht verurteilen.

*Chruschtschow* sagt, er will auf diese Äußerung antworten. Man müsse sich daran erinnern, dass im Jahr 1917, als in Russland der revolutionäre Aufstand stattfand, einige Menschewiki behaupteten, es gebe in Russland keine Partei, welche die Macht zu ergreifen bereit sei. Daraufhin sagte W. I. Lenin: „Es gibt so eine Partei. Die Partei der Bolschewiki ist bereit, die Macht zu ergreifen.“<sup>218</sup> Im Oktober 1917<sup>219</sup> nahmen die Bolschewiki die Macht in ihre Hände. Jetzt ist ein Urteil darüber möglich, welche Ergebnisse unsere Partei bei der Führung des Landes erzielt hat. Darin liegt die Größe von Wladimir Iljitsch Lenin, der fest an die Macht der Arbeiterklasse geglaubt hat.

Zu dieser Zeit gab es neben Lenin auch noch andere berühmte Marxisten im Land, welche die Werke von Marx gut kannten, zum Beispiel Plechanow.<sup>220</sup> Sie hatten aber nicht diesen Glauben an die Macht des Volkes.

Was die französischen Kommunisten betrifft, so sehen diese die Mängel, die in der Sowjetunion vorhanden sind. Ihr Verdienst besteht jedoch darin, dass sie das Entstehen einer neuen Gesellschaft in der UdSSR sofort gesehen und begriffen und in jeder Weise der Entwicklung dieser Gesellschaft ihre Unterstützung gegeben haben. Darum kann niemand sie jemals anschwärzen.

*Mollet* sagt, das ist ein schwieriges Problem. Zwischen den französischen Kommunisten und Sozialisten gibt es kein Einvernehmen. Aber zu so einem Einvernehmen ist es nicht [mehr] weit. Er wiederholt, dass die Methoden Lenins für Russland geeignet waren, nicht aber für das heutige Frankreich. Ich als französischer Sozialist, sagt er, versichere, dass Ihre Methoden für Russland seinerzeit am besten waren. Doch lassen sich Lenins Methoden nicht formal auf Frankreich übertragen.

*Pineau* unterstützt die Stellungnahme von Guy Mollet. Er wirft den französischen Kommunisten vor, nicht von einer eigenen Regelung für Frankreich zu reden, sondern zu behaupten, man müsse auf Frankreich die Methode übertragen, die sich in Russland bewährt hat. Das ist der grundlegende Punkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen Kommunisten und Sozialisten.

*Bulganin* sagt, für jedes Land muss es eine eigene Methode geben. Das hat Lenin gelehrt.

<sup>218</sup> Unter dem gemeinsamen politischen Dach der „Sozialdemokratie“ standen sich in Russland „Men’sheviki“ (in der späteren Terminologie: Sozialdemokraten oder demokratisch orientierte Sozialisten) und „Bol’sheviki“ (in der späteren Terminologie: Kommunisten) gegenüber.

<sup>219</sup> So die Datierung nach dem damals noch geltenden alten (Julianischen) Kalender (deswegen die Bezeichnung „Oktoberrevolution“); nach dem heutigen (Gregorianischen) Kalender fand die Aktion Anfang November statt.

<sup>220</sup> Der Men’shevik Georgij Plechanov war Anfang des 20. Jahrhunderts der führende Theoretiker dieser Richtung.

*Molotow* fügt hinzu, Lenin hat gelehrt, dass die Methoden erforderlichenfalls revolutionär sein müssen. Die französischen Kommunisten, sagt er, sind der Ansicht, dass man unter bestimmten Bedingungen revolutionäre Methoden anwenden muss. In Russland haben die Kommunisten äußerst revolutionäre Methoden angewandt. Die Umstände haben sie dazu genötigt. Die französischen Kommunisten haben dafür Sympathie und sind der Ansicht, dass es unter bestimmten Umständen auch in Frankreich nötig sein wird, revolutionäre Methoden anzuwenden, nicht die Erfahrung in Russland zu kopieren, sondern auf der Basis der revolutionären Prinzipien von den konkreten Umständen auszugehen. Marx und Lenin sind der Ansicht, dass die Entscheidungen, die für ein bestimmtes Land und eine bestimmte Situation anwendbar sind, nicht kopiert werden dürfen. Die Erfahrung anderer Länder lässt sich nicht mechanisch auf Frankreich übertragen.

*Chruschtschow* sagt, wenn sie jetzt das wiederholen müssten, was Lenin gemacht hat, würden sie auch nicht alles von Anfang bis Ende kopieren, sie würden nicht alles so wiederholen wie es seinerzeit gemacht wurde. Im Gegenteil, jetzt wo wir über die Erfahrung verfügen, sind wir der Ansicht, dass mancherlei in den Methoden unserer Arbeit vielleicht überflüssig war. Und wenn wir nochmals so eine solche Revolution durchmachen müssten, müsste nicht alles genau so wiederholt werden. N. S. Chruschtschow betont, die Hauptsache ist, sich an die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu halten, nicht von diesen Prinzipien abzuweichen, die konkreten Methoden aber müssen den realen Umständen entsprechen.

*Mollet* sagt, er hat nicht vor, hier über die französischen Kommunisten zu sprechen. Er und Ch. Pineau verstehen, dass die leninistischen Prinzipien in Bezug auf die Sowjetunion richtig waren. Für Frankreich aber bedürfe es anderer Methoden, auch wenn sie [ebenfalls] revolutionär seien.

*Chruschtschow* schlägt vor, die Diskussion über dieses Thema zu beenden, die historischen Charakter hat. Lassen Sie uns, sagt er, eine neue, unbeschriebene Seite in unseren Beziehungen aufschlagen, und sprechen wir über Möglichkeit gemeinsamer Aktionen. Als Beispiel führt er seine und N. A. Bulganins Reise nach Belgrad an, als beide Seiten verabredet haben, nicht in der Vergangenheit zu wühlen, sondern eine neue Seite aufzuschlagen, um in Zukunft gute Beziehungen herzustellen, die freundschaftlich werden sollen. Er schlägt Guy Mollet und Ch. Pineau vor, eine Aufstellung zu machen, in welchen Fragen wir einer Meinung sind, wie wir weiter voranschreiten können und uns nicht mit der Analyse alter Dinge befassen müssen.

*Mollet* sagt, er und Ch. Pineau wollten den sowjetischen Führern die Grundlagen der Differenzen zwischen den Sozialisten und Kommunisten darlegen. Er ist damit einverstanden, dass es keinen Sinn hat, in der Geschichte der Differenzen herumzuwühlen, man solle sich lieber wirklich darauf einigen, wie sich die Beziehungen mit einer neuen, unbeschriebenen Seite beginnen ließen, und besprechen, was die Revolutionäre der Welt gemeinsam tun könnten. Guy Mollet gibt der Hoffnung Ausdruck, das Gespräch bei den folgenden Zusammenkünften fortzusetzen, namentlich morgen nach dem Empfang im Kreml, wenn dazu die

Möglichkeit besteht, und beim Besuch der sowjetischen Führer in Frankreich, wohin er und Ch. Pineau Sie einladen.

*Bulganin, Molotow und Chruschtschow* antworten darauf zustimmend.

Damit endet das Gespräch, das eineinhalb Stunden gedauert hat. Von französischer Seite waren anwesend: der Botschafter, Herr [Maurice] Dejean, und ein Dolmetscher. Von sowjetischer Seite: der Botschafter der UdSSR in Frankreich, S[ergej] Winogradow.

Aus dem russischen Originaltext übersetzt  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 589, Bl. 134-144

## **12. Information über die Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der UdSSR und Frankreichs in Moskau vom 16. bis 19. Mai 1956**

Vom 16. bis zum 19. Mai 1956 fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Regierungsdelegation der UdSSR und der französischen Regierungsdelegation statt, die auf Einladung der sowjetischen Regierung die Sowjetunion besuchte.

Von sowjetischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil: der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N[ikolaj] A. Bulganin, das Präsidiumsmitglied des Obersten Sowjet der UdSSR, N[ikita] S. Chruschtschow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Außenminister W[jatscheslaw] M. Molotow, sowie weitere Genossen. Von französischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil der Vorsitzende des Ministerrates des Französischen Republik, Guy Mollet, der Außenminister Ch[ristian] Pineau und die sie begleitenden Personen.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde eine Reihe von Fragen erörtert, welche die französisch-sowjetischen Beziehungen betreffen, unter anderem Fragen der Entwicklung der Handels- und Kulturbeziehungen zwischen beiden Ländern. Es fand ein Meinungsaustausch statt über das Problem der Abrüstung und ebenfalls über die Frage der europäischen Sicherheit, das Problem der wirtschaftlichen und technischen Hilfe für schwach entwickelte Länder, die Frage der Lage im Nahen und Mittleren Osten [und] die Lage in Südostasien.

Außerhalb des Rahmens der offiziellen Verhandlungen fand ein Meinungsaustausch statt über die Algerien-Frage sowie über die Frage der Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Als Ergebnis der Verhandlungen wurde eine gemeinsame Erklärung formuliert, die in der Presse veröffentlicht wurde. Andere Dokumente wurden nicht verabschiedet.

Die Verhandlungen verliefen im Allgemeinen in freundschaftlicher Atmosphäre. Die sowjetischen Vertreter legten sowohl bei den Verhandlungen als auch bei den inoffiziellen Gesprächen die Position der sowjetischen Regierung offen dar, übten ungeniert Kritik an der Politik Frankreichs und sprachen Guy Mollet und Ch. Pineau nicht nur als Chefs der französischen Regierung, sondern auch als Führer der französischen sozialistischen Partei an. Die französischen Vertreter ließen sich bereitwillig auf einen so offenen Meinungsaustausch ein.

Was waren die Besonderheiten der französisch-sowjetischen Verhandlungen, auf die aufmerksam zu machen ist?

Erstens versuchten die Franzosen die sowjetischen Vertreter davon zu überzeugen, dass es ungeachtet der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der NATO und anderen geschlossenen Militärblöcken und Gruppierungen zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Machtübernahme durch die sozialistische Partei Möglichkeiten zur Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen gibt.

Zweitens betonte die französische Delegation in jeder Weise, dass Frankreich in den heutigen internationalen Beziehungen eine besondere Vermittlerrolle zwischen West und Ost zu spielen sich bemüht, und deswegen für die Sowjetunion nützlich sein kann.

Zusammen damit versuchte die französische Delegation offensichtlich, das Bemühen der Sowjetunion um Abschwächung der Spannung zwischen den Staaten dazu auszunutzen, einige Zugeständnisse von der Sowjetunion zu erhalten sowohl in einzelnen Fragen der französisch-sowjetischen Beziehungen als auch bei verschiedenen internationalen Problemen.

Die sowjetische Delegation hat beim Führen der Verhandlungen diese Besonderheiten der französischen Position berücksichtigt.

Während die sowjetische Delegation die Absichten der Franzosen unterstützte, eine selbständigere Politik zu verfolgen und eine Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen zu erreichen, deckte sie den zwiespältigen Charakter der Politik der französischen Regierung auf und zeigte, dass Frankreich keine wirklich unabhängige und selbständige Politik betreiben kann, wenn es Treue übt gegenüber dem Nordatlantikblock und den anderen aggressiven Blöcken.

Angesichts der entstandenen internationalen Situation sowie der innenpolitischen Lage in Frankreich ging die sowjetische Delegation davon aus, die Resultate der französisch-sowjetischen Verhandlungen könnten weiter gehen als die unmittelbaren Resultate der englisch-sowjetischen Verhandlungen,<sup>221</sup> und dies könne ein neuer Schritt nach vorne sein auf dem Weg zu einer weiteren Verbesserung der internationalen Lage. Es wurde auch berücksichtigt, dass eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Frankreich zur Verbesserung der Beziehungen der UdSSR zu anderen europäischen Ländern und auch zu den USA beitragen kann.

Im Verlauf der gesamten Verhandlungen gab unsere Seite klar zu erkennen, dass die UdSSR an einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich, an der Festigung des Vertrauens, an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich und an der Ausweitung der Kontakte und der Zusammenarbeit im Bereich der Kultur und Wissenschaft interessiert ist. Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Sowjetunion an der Entwicklung der Zusammenarbeit sowohl mit Frankreich und als auch mit anderen Ländern auf dem Feld der Abschwächung der internationalen Spannung und der Herstellung des Vertrauens zwischen den Staaten im Interesse des Friedens insgesamt und der Sicherheit interessiert ist. Von sowjetischer Seite wurde be-

<sup>221</sup> Chruščëv und Bulganin waren kurz zuvor – vom 18. bis 27. April 1956 – in London zu Verhandlungen mit der konservativen, von Harold Macmillan geführten Regierung gewesen.

tont, dass die Sowjetunion nicht die Absicht hat, ihre Beziehungen zu Frankreich auf Kosten ihrer Beziehungen zu ihr freundschaftlich verbundenen Staaten zu verbessern.

Die französische Delegation war ihrerseits offensichtlich daran interessiert, in den Verhandlungen mit den sowjetischen Vertretern gewisse positive Resultate zu erzielen. Das erklärt sich sowohl durch das Bestreben von Guy Mollet und Ch. Pineaus, die Positionen ihrer Regierung im eigenen Land zu festigen, als auch durch den Wunsch, die Rolle Frankreichs bei der Regelung internationaler Probleme zu steigern.

Doch es wurde schon ganz am Anfang der Verhandlungen klar, dass die Franzosen mit der sowjetischen Seite eine Übereinkunft nur in den Fragen erzielen wollten, in denen Frankreich eine gewisse Selbständigkeit bekunden kann, ohne seine NATO-Verpflichtungen zu verletzen. Das gilt in erster Linie für die Fragen der französisch-sowjetischen kulturellen Beziehungen, zum Teil auch die Fragen der Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich, ebenso die Fragen der wirtschaftlichen und technischen Hilfe für schwach entwickelte Länder (sogenannter Pineau-Plan) und vor allem die Algerien-Frage.

Was aber die internationalen Probleme betrifft, hinsichtlich deren Frankreich an den Nordatlantikkblock gebunden ist, räumten Guy Mollet und Ch. Pineau offen ein, dass sie gegenwärtig nicht von den Positionen abgehen können, die von den NATO-Ländern eingenommen werden. Sie wiesen darauf hin, dass Frankreich vertraglich gebunden ist und zu Gruppierungen<sup>222</sup> gehört, denen gegenüber es die Treue wahrt. Es war klar zu bemerken, dass die Franzosen bei den Verhandlungen auf sowohl die USA und England als auch die reaktionären Kräfte in Frankreich schielten.

Den französischen Vertretern wurde erklärt, dass diese ihre Position im Grunde weder den wahrhaften Interessen Frankreichs noch den Interessen der Festigung des Friedens insgesamt entspricht. Die sowjetische Delegation betonte, dass Frankreich als Großmacht eine wichtige Rolle auf dem Feld der weiteren Abschwächung der internationalen Spannung und generell in den internationalen Angelegenheiten spielen könnte, wenn es eine selbständigere Politik betriebe und die Beteiligung an geschlossenen militärischen Gruppierungen aufgäbe.

In diesem Zusammenhang brachte die sowjetische Seite auch ihre Haltung zum Ausdruck, vor allem zum Plan der Gründung von „EURATOM“,<sup>223</sup> zu deren Initiatoren Frankreich gehört. Unsererseits wurde betont, dass die „EURATOM“-Idee in ihrem Kern eine Fortsetzung des Kurses zur Schaffung gegeneinander gerichteter geschlossener Gruppierungen in Europa ist. Falls „EURATOM“ gegründet würde, erklärten die sowjetischen Vertreter, wird diese Organisation eine ernste Gefahr für die friedliebenden Staaten in Europa und vor allem für Frankreich bedeuten, weil in „EURATOM“ die militaristischen Kreise

<sup>222</sup> Vor allem EWG und EURATOM.

<sup>223</sup> Der Plan einer Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) sollte die Forschungen, Entwicklungen und Verwertungen der Nuklearenergie der beteiligten Staaten (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und Benelux-Länder) der Aufsicht einer gemeinsamen Behörde unterstellen. Das Projekt wurde zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Römischen Verträgen vom 13. März 1957 besiegelt.

Westdeutschlands die Möglichkeit zur Herstellung von Atomwaffen erhalten werden, und sie werden zweifellos in dieser Organisation die maßgebliche Position einnehmen. Die sowjetische Delegation erinnerte an den Vorschlag der Regierung der UdSSR bezüglich der Einrichtung eines gesamteuropäischen Organs zu den Fragen der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke.

Die Aufmerksamkeit der Franzosen wurde darauf gelenkt, dass es zwischen Frankreich und der Sowjetunion – den beiden Großmächten auf dem europäischen Kontinent – keine ungelösten Fragen gibt, die sich nicht durch friedliche Verhandlungen im Interesse beider Länder wie auch im Interesse der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und des Friedens insgesamt regeln lassen. Die französischen Vertreter erklärten, eine Annäherung Frankreichs an die UdSSR würde einen Krieg in Europa unmöglich machen.

Die französische Delegation versicherte, Frankreich bemühe sich um Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, betonte aber zugleich, die Beteiligung Frankreichs am Nordatlantikblock sei angeblich mit ihrem Bemühen um friedliche Regelung aller Differenzen und mit der Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen durchaus vereinbar.

Guy Mollet und Ch. Pineau sprachen wiederholt von der besonderen Position, die Frankreich bei der Regelung internationaler Fragen einnehmen möchte. Ihren Beteuerungen zufolge könnte Frankreich bei der Regelung der Differenzen zwischen der UdSSR und den westlichen Ländern in grundlegenden internationalen Fragen, besonders beim Abrüstungsproblem, eine vermittelnde Rolle spielen mit dem Ziel, einen Kompromiss zu finden. Doch, wie sich im Verlauf der Verhandlungen zeigte, machte die französische Delegation trotz all ihrer Erklärungen keinen einzigen Kompromissvorschlag hinsichtlich der ungelösten internationalen Probleme. Im Gegenteil, man konnte sehen, dass sie in den Fragen der Abrüstung und der europäischen Sicherheit nicht weiter gehen wollte als bis zu der Übereinkunft, die kürzlich bei den englisch-sowjetischen Verhandlungen erzielt wurde, und in der die gemeinsamen Auffassungen zum Abrüstungsproblem nur äußerst allgemein formuliert wurden.

Im Verlauf der Verhandlungen, besonders bei dem Meinungs austausch inoffizieller Art, machten die Franzosen einige kritische Bemerkungen in Bezug auf die Positionen der USA und Englands in einzelnen Fragen. Bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Erklärung legten sie jedoch äußerste Vorsicht an den Tag und waren bemüht, dass in dieser Erklärung die Absicht Frankreichs zum Ausdruck kam, der NATO-Politik treu zu bleiben.

Eine verhältnismäßig heftige Diskussion entstand in diesem Zusammenhang im Endstadium der Verhandlungen. Die französische Delegation bestand auf der Einfügung eines Satzes in die gemeinsame Erklärung, dass gute Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich „unter Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber ihren Bündnissen mit anderen Ländern“ entwickelt werden sollten.

Die sowjetische Delegation leistete entschiedenen Widerstand gegen die Bemühungen der französischen Vertreter, eine faktische Billigung der Beteiligung Frankreichs am Nordatlantikblock in die gemeinsame Erklärung hineinzubringen. Die sowjetische Seite betonte in aller Entschlossenheit, dass die sowjetische

Regierung den Kampf gegen die aggressiven geschlossenen Militärgruppierungen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet und deswegen Frankreichs Mitgliedschaft in der NATO unter keinen Umständen gutheißen kann.

Aufgrund der standhaften Position, welche die sowjetische Seite einnahm, mussten die Franzosen schließlich auf ihren Vorschlag verzichten.

Hinsichtlich der Resultate der französisch-sowjetischen Verhandlungen ist es notwendig, vor allem ihre positive Bedeutung für die weitere Abschwächung der Spannung in den internationalen Beziehungen hervorzuheben. Wie zu erwarten war, führten die französisch-sowjetischen Verhandlungen zu keiner Vereinbarung in den grundlegenden Streitfragen der heutigen internationalen Lage, was begreiflich ist, weil Frankreich an den Nordatlantikblock eng gebunden ist. Es wurde deutlich, dass die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs von den USA und von England noch stark ist. Doch zugleich zeigten die Verhandlungen, dass es große Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder mit Frankreich gibt, und dass die von den Sozialisten angeführte französische Regierung die wachsende Tendenz in Frankreich zu einem selbständigeren außenpolitischen Kurs in gewissem Umfang berücksichtigt.

In der Frage der grundlegenden Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit stimmten die Franzosen einer Anerkennung der bekannten fünf Prinzipien der internationalen Beziehungen<sup>224</sup> zu, was auch in der gemeinsamen Erklärung zu den Ergebnissen der Verhandlungen seinen Ausdruck fand.

Hinsichtlich Abrüstungsfrage wurde zwar keine Annäherung der Positionen Frankreichs und der UdSSR erzielt, doch erklärte die französische Delegation von sich aus in offenem Gegensatz zum Standpunkt von Dulles, dass die französische Regierung die große Bedeutung des Beschlusses der sowjetischen Regierung zur einseitigen Reduzierung ihre Streitkräfte und Rüstungen anerkennt; diese Entscheidung, meint die französische Regierung, kann die laufenden Verhandlungen über die Abrüstung erleichtern.

In Zusammenhang mit dem Meinungsaustausch zur Abrüstungsfrage äußerte sich die französische Delegation in dem Sinne, dass sich weder die französischen Sozialisten noch Frankreich selbst jemals an einer Aggression gegen die Sowjetunion beteiligen werden.

Bezeichnend ist, dass Frankreich die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht speziell zur Diskussion stellte, sondern sie nur ganz allgemein im Laufe der Diskussion über das Abrüstungsproblem ansprach. Im Gegensatz dazu hatten die Engländer bei den kürzlichen englisch-sowjetischen Verhandlungen versucht, eine Diskussion über die deutsche Frage zu entfalten. Die sowjeti-

<sup>224</sup> Gemeint sind offenbar die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, die erstmals am 29. April 1954 zwischen China und Indien vertraglich vereinbart und später auf der 1. Afro-asiatischen Konferenz in Bandung vom 18. bis 24. April 1955 verkündet wurden. Sie lauteten: 1. Wechselseitige Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität, 2. Verzicht auf Aggression, 3. Wechselseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, 4. Gleichheit und gegenseitiger Vorteil, 5. Friedliche Koexistenz. Im kommunistischen Verständnis bedeutete die friedliche Koexistenz den Verzicht auf Gewalt im Verhältnis zwischen Staaten und Staatengruppen mit unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftssystemen.

sche Delegation erklärte den Franzosen, dass sich die Deutschen, Ostdeutschland und Westdeutschland, selbst über die deutsche Frage einig werden müssen.

Bei einer der Sitzungen berührten die französischen Vertreter im Gespräch über die Lage im Fernen Osten die Beziehungen Frankreichs zur ChVR (Chinesischen Volksrepublik<sup>225</sup>). Sie erklärten, sie beabsichtigten, mit China Handelsvertretungen auszutauschen. Die Franzosen beklagten, dass die Regierung der ChVR schon seit zwei Monaten nicht auf ihren Vorschlag in dieser Sache antwortet. Die sowjetische Delegation brachte in Zusammenhang damit offen ihren Standpunkt zum Ausdruck, und übte an dieser ängstlichen Position der französischen Regierung in dieser Frage scharfe Kritik. Den Franzosen wurde gesagt, dass nach Ansicht der sowjetischen Regierung der Austausch von Handelsdelegationen zwischen Frankreich und der ChVR ein allzu zaghafter Schritt vonseiten Frankreichs auf dem Weg zur Normalisierung der französisch-chinesischen Beziehungen ist. Die sowjetischen Vertreter erklärten, dass sich die französischen Sozialisten nicht konsequent verhalten: Früher sind sie für die Anerkennung der Chinesischen Volksrepublik eingetreten, und jetzt an der Spitze der Regierung schlagen sie so eine Ersatzregelung vor. Die sowjetischen Vertreter betonten, die Chinesische Volksrepublik ist ein großes Land und hat ein Recht auf völlige diplomatische Anerkennung vonseiten Frankreichs. Je früher das gemacht wird, desto besser. Ch. Pineau sagte, der Augenblick der Anerkennung der ChVR durch Frankreich sei nicht mehr fern.

Auf Initiative der französischen Seite wurden während der Verhandlungen auch Fragen der wirtschaftlichen und technischen Hilfe für schwach entwickelte Länder erörtert. Die französische Delegation äußerte bei der Darlegung des sogenannten Pineau-Plans „Über die Einrichtung einer Agentur zur weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung“ eine Reihe kritischer Bemerkungen gegenüber den USA. Es ist bekannt, dass dieser Plan bei der Sitzung des NATO-Rats erörtert und dort von einer Reihe Länder, vor allem den USA, mehr als kühl aufgenommen wurde.

Die sowjetische Delegation erklärte, dass die sowjetische Regierung die Idee der Notwendigkeit gemeinsamer Bemühungen um wirtschaftliche und technische Hilfe für schwach entwickelte Länder unterstützt. Dabei behielten sich die sowjetischen Vertreter einen eigenen Standpunkt zur Modalität der Verwirklichung des oben genannten Plans vor, ohne sich vorzeitig mit irgendwelchen Verpflichtungen zu binden.

Ihrerseits erreichte die sowjetische Delegation die Zustimmung der französischen Regierung zur wohlwollenden Erörterung des sowjetischen Vorschlags, der ein gesamteuropäisches Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft. Eine Annahme dieses Vorschlags hätte überaus große Bedeutung für die Unterminierung der Positionen der Befürworter von geschlossenen, gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie gerichteten Wirtschaftsbündnissen in Europa.

In Zusammenhang mit der Übereinkunft zur weiteren Ausweitung des Handels zwischen der UdSSR und Frankreich erklärte die sowjetische Delegation

<sup>225</sup> So die in der UdSSR übliche Bezeichnung statt des offiziellen Staatsnamens Volksrepublik China.

den Franzosen, eine größere Ausweitung des Warenhandels zwischen beiden Ländern wäre möglich, wenn Frankreich die Beschränkungen und Diskriminierungen im Handel mit der UdSSR und den Ländern der Volksdemokratie<sup>226</sup> aufheben würde. Die sowjetischen Vertreter erklärten den Franzosen direkt, die Sowjetunion kann auch ohne den Handel mit Frankreich leben, wenn es weiter seine Handelspolitik den politischen Kombinationen und militärisch-strategischen Plänen der NATO unterordnet, die den nationalen Interessen Frankreichs nicht entsprechen. Die französische Delegation war genötigt zu erklären, die Regierung Frankreichs beabsichtige, auf ihre Verbündeten im Nordatlantikpakt Druck auszuüben, um das von ihnen in der Zeit des „Kalten Krieges“ eingeführte restriktive Regime beim Handel mit der Sowjetunion und den Ländern des demokratischen Lagers zu lockern.

Positive Resultate wurden bei den französisch-sowjetischen Verhandlungen erzielt bei der Diskussion der Fragen der kulturellen Verbindungen zwischen der UdSSR und Frankreich. Die Übereinkunft zu diesen Fragen schafft günstige Voraussetzungen für die wechselseitige Ausweitung der Kontakte und der Zusammenarbeit im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Beide Seiten kamen zu einer Einigung darüber, dass der Abschluss einer Konvention über kulturelle Zusammenarbeit notwendig ist.

Außerhalb der offiziellen Sitzungen äußerte die französische Delegation den Wunsch, einen Meinungs austausch über ein für Frankreich brennendes Problem durchzuführen: über die Algerien-Frage. Die französischen Vertreter erläuterten die in Algerien entstandene Lage und brachten ihren Standpunkt dazu zum Ausdruck, auf welchen Wegen sich die Algerien-Frage regeln lasse. Es war offensichtlich, dass das Algerien-Problem die französischen Regierungskreise Frankreichs sehr beunruhigt und dass die Franzosen daran interessiert waren, dass die „Position der französischen Regierung seitens der sowjetischen Regierung auf Verständnis trifft“.

Die sowjetische Delegation gab den Franzosen klar zu verstehen, dass sich die sowjetische Regierung auf keinerlei Schritte einlassen wird, die unserem Standpunkt hinsichtlich des Kolonialismus widersprechen könnten. Wenn eine Regelung der Algerien-Frage gefunden wird, die den Völkern der Kolonialländer keinen Schaden bringt, dann, so erklärten die sowjetischen Vertreter, ist die Sowjetunion bereit, Frankreich zu unterstützen. Die Regelung dieser Frage ist bislang allein Sache Frankreichs. Doch diese Regelung muss, betonte die sowjetische Delegation, im Geiste der Zeit und im Sinne der Interessen der Völker getroffen werden.

Von Interesse ist auch das inoffizielle Gespräch von Guy Mollet und Ch. Pineau mit den sowjetischen Vertretern, das die französischen Vertreter als geheime „Zusammenkunft der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs mit den Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ ansahen. Das Gespräch war ein freier freundschaftlicher Austausch der Meinungen, und war in seinem Geist ganz anders als die Gespräche, die in London mit den Labour-Politikern statt-

<sup>226</sup> Das bezieht sich auf die COCOM-Liste, aufgrund deren den NATO-Staaten die Lieferung „strategisch wichtiger“ Güter an kommunistische Staaten untersagt war.

fanden. Und obwohl im Lauf des Gesprächs ernste Differenzen bei den Positionen der beiden Parteien zutage traten, ist hervorzuheben, dass die französischen Sozialisten eine Reihe nüchternen Urteile abgaben, und nachdrücklich Interesse an der Herstellung intensiverer Kontakte mit unserer Partei [und] an der Fortsetzung der Diskussion über die Fragen bekundeten, die beide Parteien interessieren. Es war zu erkennen, dass die Chefs der sozialistischen Partei Frankreichs Lehren daraus gezogen haben, dass die einfachen Sozialisten nicht mit dem Verhalten der Labour-Politiker beim Besuch der Genossen Chruschtschow und Bulganin in London einverstanden waren.

Der persönliche Kontakt der sowjetischen Führer mit den Führern der französischen sozialistischen Partei hat ein weiteres Mal bestätigt, dass die Beschlüsse des XX. Parteitags bezüglich der Notwendigkeit der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten und der Herstellung von Kontakten mit den sozialistischen und Arbeiterparteien beharrlich und geduldig verwirklicht werden müssen.<sup>227</sup>

Bewertet man die Ergebnisse der französisch-sowjetischen Verhandlungen in ihrer Gesamtheit, ist vor allem hervorzuheben, dass die Aufgaben, die sich die sowjetische Delegation gestellt hatte, während der Verhandlungen erfüllt wurden. Durch die französisch-sowjetischen Verhandlungen wurden zweifellos Grundlagen zur weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR gelegt. Allein die Tatsache, dass die französisch-sowjetischen Verhandlungen stattgefunden haben, und das positive, freilich bezüglich der direkten Ergebnisse begrenzte Fazit der Verhandlungen, schwächt in der jetzigen internationalen Situation die Positionen der aggressiven Kreise vor allem in den USA, die daran interessiert sind, Frankreich noch fester an den Nordatlantikblock zu binden, die angespannte Lage in Europa aufrechtzuerhalten und die Abschwächung der internationalen Spannung zu hemmen. Es ist kein Zufall, dass nicht nur die amerikanische Presse, sondern auch offizielle Vertreter der USA ihre Sorge im Zusammenhang mit den französisch-sowjetischen Verhandlungen nicht verborgen haben.

Die französische Delegation hat die sowjetischen Führer nach Frankreich eingeladen. Guy Mollet hat gebeten, das als freundschaftliche Einladung zu betrachten, eine offizielle Einladung werde erfolgen, sobald man eine Mitteilung darüber erhalten habe, wann die sowjetischen Führer nach Frankreich reisen können.

Als Entwurf formuliert

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis<sup>6</sup> 1, delo 589, Bl. 30–42

<sup>227</sup> Auf dem XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 war die Linie Stalins aufgegeben worden, die sozialdemokratischen Parteien seien als „Sozialverräter“ zu betrachten und daher als Feinde zu behandeln. Man müsse sich stattdessen um sie bemühen, um sie allmählich immer mehr zu Verbündeten im politischen Kampf gegen den Westen zu machen.

**13. Gespräch N. A. Bulganins, N. S. Chruschtschows und  
W. M. Molotows mit dem französischen Außenminister Ch[ristian] Pineau  
am 24. Mai 1956**

Anwesend: der Botschafter der UdSSR in Frankreich, S[ergej] A. Winogradow, und der französische Botschafter in der UdSSR, M[aurice] Dejean.

Nach der wechselseitigen Begrüßung äußert sich *Pineau* begeistert darüber, wie man ihn während seines Aufenthalts in der Sowjetunion empfangen hat, und im Namen der französischen Regierung und des französischen Volkes bringt er seinen Dank zum Ausdruck für diese Freundschaftsbekundungen und für den herzlichen Empfang, den man ihnen in der Sowjetunion bereitet hat. Er bemerkt, dass die französische Delegation sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Reise in die UdSSR ist. Doch sie glaubt, fügt *Pineau* hinzu, dass dies erst der Anfang ist. Aber, sagt er, die sowjetischen Freunde verstehen, dass man jetzt nicht schneller gehen kann. Die französische Regierung kann nicht zu schnell gehen, denn dann würde sie den Kontakt mit der öffentlichen Meinung verlieren. Sie muss darauf achten, dass ihr die öffentliche Meinung folgt. Nach so vielen Jahren von Missverständnissen müssen wir jetzt wieder den Weg der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern beschreiten.

*Pineau* bemerkt, dass er bei der Reise durch die Sowjetunion persönlich die wunderbare wirtschaftliche Entwicklung gesehen hat, die im Land erreicht wurde. Verstehen Sie mich, Freunde, das ist keine diplomatische Höflichkeit, das ist der völlig aufrichtige Ausdruck meiner Gefühle.

*Chruschtschow* sagt, die sowjetischen Führer glauben ihm das, und sie hören diese Erklärung gern. Wir, sagt er, wollen Freundschaft mit Ihnen ebenso, wie Sie Freundschaft mit uns wollen. Das sind unsere ganz ehrlichen Absichten. Wir wollen die Freundschaft mit Ihnen, England, den USA und den anderen Völkern festigen. Das sind unsere sehnlichsten Träume. *Chruschtschow* gibt der Gewissheit Ausdruck, dass die Zusammenkunft mit den französischen Führern dazu beitragen kann. Wir möchten, sagt er, festere Verbindungen und Beziehungen auf der Parteischiene haben. N. S. *Chruschtschow* präzisiert, dass er jetzt diese Frage nicht stellen wird, denn er glaubt, dass man hier nicht forcieren sollte, sondern man allmählich voranschreiten müsse, ohne, wie *Pineau* soeben gesagt habe, den Kontakt zur Öffentlichkeit, zu den Massen zu verlieren.

*Chruschtschow* bezeichnet die Algerien-Frage als das einzige Problem, das besondere Schwierigkeiten macht. Wir verstehen, sagt er, dass es für Sie schwierig ist, eine Regelung für dieses Problem zu finden, aber auch uns fällt es umgekehrt schwer, Sie voll zu unterstützen. Ich hoffe, Sie verstehen richtig, dass es hier um unsere Überzeugungen geht, um unsere politischen Ansichten, von denen wir nicht abgehen können. Das widerspräche unserem Wesen. Aber wir spielen kein doppeltes Spiel, wie dies einige bürgerliche Zeitungen behaupten. Wir können, sagt er, eine doppelte Politik überhaupt nicht betreiben. Nur Leute ohne Prinzipien können ein doppeltes Spiel spielen. *Chruschtschow* bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass sich die Algerien-Frage im Geiste der Zeit und im Interesse der Völker (und, wie wir es verstehen, bedeutet dies die Unabhängigkeit) regeln lässt,

indem man gemeinsame Organe schafft, die denen ähnlich sind, die es im britischen Commonwealth gibt...

*Bulganin* bemerkt, das wäre die beste Regelung.

*Chruschtschow* sagt, die Algerien-Frage ist das Hauptproblem für Frankreich. Der Sturz von Mendès-France<sup>228</sup> zeigt, dass sich die Lage augenscheinlich zuspitzt.

*Pineau* sagt, die außenpolitischen Motive des Rücktritts von Mendès-France sollte man nicht überbewerten. Der Hauptgrund des Rücktritts waren Vorstellungen innenpolitischer Art.

*Chruschtschow* stimmt zu, präzisiert aber, der Rücktritt von Mendès-France zeigt, dass sich in Frankreich die innere Umgruppierung der Kräfte vollzieht.

*Molotow* bemerkt, dass Mendès-France kein besseres Ergebnis gefunden hatte als die jetzige Regierung.

*Chruschtschow* sagt, nach seiner Ansicht und der seiner Freunde hat von allen französischen Regierungen der letzten Zeit diese Regierung die besten Absichten, vor allem in der Algerien-Frage. Aber die Algerien-Frage hat Formen einer verschleppten chronischen Krankheit angenommen. Wie verstehen natürlich gut, sagt er, dass man die jetzige Lage berücksichtigen muss, und dass die Regelung dieser Frage nicht so einfach ist.

*Pineau* weist darauf hin, als Garantie für die Bestrebungen der jetzigen Regierung könne man ihr Vorgehen nehmen. Er, *Pineau*, habe das Dokument über die Unabhängigkeit Marokkos und Tunesiens unterschrieben, und in einigen Tagen, am Montag, werde er die diplomatische Abmachung mit Marokko unterschreiben. Alle diese Dokumente bezeugten den Geist, von dem sich die französische Regierung leiten lasse.

*Bulganin* sagt, wir verstehen und schätzen das.

*Pineau* sagt, Frankreich ist mehr als alle an der Regelung der Algerien-Frage interessiert, und diese wäre schon geregelt, wenn die Lage dort der Lage in Tunesien oder Marokko entspräche. Aber in Algerien befänden sich viele Europäer, [und] die Lage dort sei nicht so stabil, und das schaffe Schwierigkeiten. Er weist auf die Entschlossenheit der französischen Regierung hin, eine entsprechende Regelung zu finden, und sagt, sie [die französische Regierung] verlange von der sowjetischen Regierung nicht mehr als das, was diese erklärt habe, weil sie nicht darauf bestehen wolle, dass die sowjetische Regierung von ihren Prinzipien abgehe. Frankreich, sagt er, hat seine Interessen in der arabischen Welt und in Asien. Wenn die Algerien-Frage geregelt wäre, könnte Frankreich die Rolle des Vermittlers in den asiatischen und afrikanischen Angelegenheiten spielen. Sie sollten sich von diesem unseren Bemühen überzeugen lassen.

<sup>228</sup> Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France, der nicht nur den Unabhängigkeitsbestrebungen Marokkos und Tunesiens weit entgegengekommen war, sondern auch auf eine Übereinkunft mit der algerischen Befreiungsfront hinarbeitete, war durch ein Misstrauensvotum in der Nationalversammlung am 5. Februar 1956 gestürzt worden.

*Bulganin* sagt, die Hauptsache ist, wir verstehen Sie und Sie uns.

*Pineau* sagt, der französischen Regierung ist nicht die Absicht gekommen zu verlangen, dass sich die Sowjetunion gegen ihre eigenen Ideale wendet. Das umso weniger, fügt er hinzu, als es ebenfalls unsere Ideale sind.

*Chruschtschow* bemerkt, die Verhandlungen sind ein guter Anfang gewesen, und äußert die Hoffnung, dass sie der erste Baustein im Gebäude der Freundschaft zwischen Frankreich und der Sowjetunion werden. Mit England, sagt er, haben wir auch gute Aussichten. Ich und meine Freunde denken, dass nach den Präsidentenwahlen in den USA die Atmosphäre auch dort wärmer wird.

*Pineau* sagt, er ist ebenfalls davon überzeugt, dass die französische Regierung alles von ihrer Seite daran setzen wird, daran mitzuwirken. Er versichert den sowjetischen Führern, dass sie [die französische Regierung] in Washington die gleiche Sprache sprechen wird wie in Moskau. Sie wird keine zwei Sprachen haben: eine für Washington und eine für Moskau.

*Bulganin* verleiht gegenüber Ch. Pineau seiner Anerkennung Ausdruck.

*Chruschtschow* bemerkt, der Horizont hellt sich auf, und die Wolken zerstreuen sich.

*Molotow* sagt, es steht noch viel Arbeit bevor, doch man hat die richtige Richtung eingeschlagen.

*Pineau* bringt die Rede auf eine Frage, über die es keinen Streit geben kann: das Streben nach Frieden seitens der Sowjetmenschen wie auch seitens der Franzosen. Ich, sagt er, bin auch persönlich an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert, denn ich habe vier Söhne, die Soldaten würden, wenn ein Krieg begänne.

*Chruschtschow* sagt, die Frage des Friedens ist das Problem aller Probleme.

*Bulganin* sagt, Pineau kann, was das Bemühen der Sowjetunion um Frieden betrifft, völlig sicher sein.

*Chruschtschow* bestätigt das und sagt, im Westen rätseln jetzt viele, welche Gründe die UdSSR dazu bewogen haben, ihre Streitkräfte einseitig zu reduzieren. Aber was immer sie mutmaßen, sagt er, in einem Jahr werden die Truppen in der Sowjetunion um 1,2 Mio. Mann reduziert sein, und das macht man natürlich nicht für einen Krieg.

*Pineau* sagt, wenn die Algerien-Frage geregelt wäre, würde auch die französische Regierung Schritte in dieser Richtung unternehmen. Sie hat kein Interesse daran, ein Drittel ihres Budgets für Militärausgaben auszugeben. In Frankreich kann man, vor allem beim jetzigen Stand seiner Wirtschaftslage, diese Mittel viel besser verwenden.

*Chruschtschow* wendet sich dem friedlichen Aufbau in der UdSSR zu. Der Anfang dieses Jahres ist für uns erfreulich, sagt er. Die Frühjahrssaat ist sehr gut verlaufen, und die Agrarfachleute sagen gute Aussichten für die Ernte voraus.

*Pineau* bemerkt, dass in Frankreich ein Teil der Ernte dem Frost zum Opfer gefallen ist. Aber die französischen Bauern werden ebenso heldenhaft arbeiten wie die Sowjetmenschen, um die Verluste wieder wettzumachen.

*Chruschtschow* sagt, in der Sowjetunion hat der Frost einen Teil der Wintersaat zerstört. Diese Felder sind jetzt aber neu bestellt worden. Natürlich wird es Qualitätsunterschiede geben, denn die neue Aussaat besteht aus Sommergetreide und teilweise aus Futtermitteln. Doch ist das für die Sowjetunion kein Problem, denn viele andere Felder bringen besseres Getreide. N. S. Chruschtschow betont, dieses Jahr ist ein Wendejahr für die Landwirtschaft in der Sowjetunion. In den letzten zwei Jahren ist die Ernte bereits viel besser gewesen als zum Beispiel 1953. Dieses Jahr wird jedoch ein Jahr der Wende.

*Pineau* äußert den Wunsch, dass die Sowjetunion und Frankreich im Bereich der Landwirtschaft einen Austausch von Spezialisten organisieren könnten. Er gibt seine Eindrücke wieder von den Winzern in Armenien und sagt, er konnte den sowjetischen Winzern einige Ratschläge geben. *Pineau* glaubt, dass in diesem Bereich die Franzosen den Sowjetmenschen beträchtliche Hilfe leisten können, während sie im Bereich der Technik viel in der Sowjetunion lernen können.

*Chruschtschow* sagt, auch wir sind am Erfahrungsaustausch interessiert, wir verurteilen eine protektionistische Politik im Wirtschafts- und Kulturbereich. Er verweist auf die Kritik, der in der Sowjetunion die Ideen der Gegner des Austauschs der Erfahrungen und Errungenschaften mit anderen Ländern ausgesetzt sind.

*Pineau* äußert sich begeistert über die Errungenschaften im Bereich des Bauwesens in der Sowjetunion, die er während seiner Reise zu sehen bekommen hat.

*Bulganin* fragt, was für einen Eindruck *Pineau* vom Wiederaufbau Kiews hat, das nach dem Krieg ein Trümmerhaufen war, und [von dem] Leningrads und anderer Städte.

*Pineau* sagt, was er gesehen hat, ist vollkommen außergewöhnlich.

*Chruschtschow* bemerkt, welch große Mühen für den Wiederaufbau nötig waren und dass sich dieser auf der Grundlage eines höheren Standes der Technik vollzogen hat.

*Bulganin* betont, dass eine ganze Reihe von sowjetischen Städten nach dem Krieg Trümmerhaufen waren.

*Chruschtschow* sagt, wenn ein neuer Krieg ausbricht, werden die Trümmer des Zweiten Weltkriegs im Vergleich zu den Zerstörungen, die er bringen wird, Kindereien sein.

*Molotow* fügt hinzu, dass dann wieder die friedliche Bevölkerung die Zeche bezahlen muss.

*Pineau* sagt, die Franzosen stehen vor dem gleichen Problem, denn unabhängig davon, welchem Lager sich Frankreich anschließt, wird es schon von den ersten Bomben zerstört werden, seien dies nun sowjetische oder amerikanische Bomben.

*Bulganin* bestätigt, wie der Krieg auch immer verlaufen würde, die ersten Bomben würden am ehesten<sup>229</sup> auf das Gebiet Frankreichs und Deutschlands fallen würden.

*Chruschtschow* bringt seine Zuversicht zum Ausdruck, dass der Mensch diese Schwierigkeiten überwinden wird, und sagt, gegenwärtig haben nur wenige am Krieg Interesse: die Kreise, die wir als Militaristen und Monopolisten bezeichnen.

*Pineau* sagt, man kann sie nennen, wie man möchte, wichtig ist, dass sie nicht die Oberhand gewinnen.

*Chruschtschow* bemerkt, dass sie in den USA schalten und walten.

*Pineau* verabschiedet sich und dankt den sowjetischen Führern im Namen der französischen Delegation nochmals für die Freundschaft und den herzlichen Empfang, der ihnen in der Sowjetunion bereitet wurde.

*Chruschtschow* bringt gegenüber der französischen Delegation seinen Dank für ihren Besuch in der Sowjetunion zum Ausdruck und wünscht gute weitere Arbeit.

Das Gespräch dauerte 25 Minuten.

Korrigiertes Stenogramm

Aufgezeichnet von A. Kasanskij

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 590, Bl. 52-59

#### 14. Gespräch Chruschtschows und Bulganins mit einer Delegation des dänischen Folketings am 31. Mai 1956 (Auszug)

An diesem Empfang der dänischen Parlamentsdelegation und der sie begleitenden dänischen Journalisten nahmen teil der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, A. P. Wolkow, der Stellv. Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, A. F. Gorkin, der Stellv. Außenminister der UdSSR, W. S. Semjonow, und der dänische Botschafter in der UdSSR, A. Mörk. Nach einleitenden Worten des sowjetischen Ministerratsvorsitzenden N. A. Bulganin und des dänischen Delegationsleiters Gustav Pedersen äußerte sich Chruschtschow wie folgt.

*Chruschtschow*: Jetzt erfüllen wir das Versprechen, das wir Ihnen zu Beginn des Gesprächs gegeben haben, und ich werde Ihre Frage zu beantworten suchen, auch wenn wir, formal gesehen, schon eine ausführliche Antwort gegeben haben, die im [Rechenschafts-]Bericht und in den Beschlüssen unseres XX. Parteitags enthalten ist.<sup>230</sup> Aber ich kann einige ergänzende Überlegungen zu den Ausführungen in unseren Dokumenten äußern.

<sup>229</sup> Nachträglich in den Text eingefügt.

<sup>230</sup> Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25. Februar 1956 statt. Den einleitenden Rechenschaftsbericht des ZK-Präsidiums erstattete Chrusčëv.

Vor allem haben wir den Personenkult verurteilt und rücken von diesen Positionen nicht ab. Ich erlaube mir, Ihnen gegenüber ganz offen zu sein. Sie sind nicht gefährlich, aber die Sie begleitenden Journalisten können bis zum gewissen Grade gefährlich werden – sie sind ganz versessen auf scharfe Gerichte, sie lieben scharfe Soßen zum Gebratenen. (Heiterkeit). Aber was soll's, ich sage es trotzdem. Wir sind der Ansicht, Stalin hat mit seinem Personenkult eine Sünde begangen. Das ist keine Eigenschaft von Marxisten und das steht in Widerspruch zu unseren Ansichten und zu unseren Vorstellungen. Wir sind Marxisten-Leninisten, und wir gründen unsere Partei auf bestimmte Prinzipien, und auf den daraus folgenden Prinzipien gründen wir unseren Sowjetstaat. Unsere Überzeugungen beruhen auf den wissenschaftlichen Grundlagen, die Ihnen bekannt sind: auf den marxistisch-leninistischen, und wir stützen unsere Arbeit auf die Massen und halten uns strikt an die gewählten Formen des Partei- und Staatsaufbaus. Wir haben immer darauf bestanden und werden uns auch weiter davon leiten lassen. In der letzten Phase des Lebens und Wirkens von Stalin wurden diese Prinzipien bis zu einem gewissen Grade verletzt, und das widerspricht unserer organischen Wahrnehmung. Es versteht sich von selbst, dass wir diese Frage auf dem Parteitag gestellt haben. Sie haben gefragt, wieso nicht vor dem Parteitag? Wir betrachten den Parteitag als das höchste legislative Organ unserer Partei. Diese Fragen haben wir gestellt und in aller Breite behandelt, und Sie haben die Möglichkeit gehabt, all das in unserer Presse nachzulesen.

Mit der Isolation, welche die Sowjetunion in ihren wechselseitigen Beziehungen zu ihren Nachbarn und zu den auf anderen sozialen und wirtschaftlichen Prinzipien aufgebauten Staaten betrieben hat, sind wir unzufrieden gewesen und halten sie für schädlich. Wir sind der Ansicht gewesen, dass dies sowohl uns als auch unseren Nachbarn schadet. Wechselseitige Beziehungen von dieser Art schaffen und erzeugen viele Missverständnisse, die es nicht geben kann, wenn normale Beziehungen bestehen und die Möglichkeit des Kontakts zwischen den Menschen, des Kontakts zwischen den einzelnen Staaten besteht.

Das wurde von uns korrigiert, und wir glauben, dass wir in dieser Zeit große Erfolge erzielt haben. Eine der Bestätigungen für diesen Erfolg ist unser heutiges Gespräch mit Ihnen. Ich wiederhole, dass wir glauben, wir haben in dieser kurzen Zeit viel erreicht.

Das ist also das Neue. Ich weiß nicht, ob ich damit die Frage, die Sie uns gestellt haben, beantwortet habe – ist dies das, was Sie haben hören wollen?

*Übersetzer:* Ja, Sie haben die Antwort gegeben. Danke.

*Chruschtschow:* Ich bin der Frage nicht ausgewichen? (Heiterkeit).

*Berholm:* Nein.

*Chruschtschow:* Ich kann noch ein wenig weitermachen. Gegenwärtig werden – vor allem im Rundfunk, aber in der Presse ebenfalls – sehr viele verantwortungslose Lügengeschichten über unseren Staat verbreitet.

Einige rätseln, wieso wir die Linie der Liquidierung der Isolationspolitik verfolgen? Und sie geben sich darauf selbst die Antwort: Offenbar haben sie [in der

Sowjetunion] eine Lage, dass das Volk Druck ausübt, dies zu tun; offenbar haben sie eine Wirtschaftslage, die sie zu einem Wechsel der Politik zwingt –und viel Unsinn aller Art wird mündlich und schriftlich behauptet.

Sie haben jetzt diese Reise gemacht, haben das Volk gesehen, haben es gehört und haben was zu hören bekommen. Wir sagen, dass uns das wirklich nützt. Uns, einem so gewaltigen Staat, der sowohl wirtschaftlich als auch geistig so stark ist, bringt eine Abschließung [von der Außenwelt] Schaden. Wozu sollten wir uns isolieren?

Einige denken, wir hatten Angst, und jetzt, wo wir die Möglichkeiten des Umganges mit den Völkern anderer Staaten entdecken, mache uns das Schwierigkeiten in dem Sinne, dass die Völker der Sowjetunion vom Leben und vom Staatsaufbau bei anderen Völkern erfahren, und das könne den Staat erschüttern. Nun, das sind dumme Hoffnungen! Von diesen Hoffnungen zehren die Reaktionäre schon seit den ersten Tagen unseres Bestehens. Als die Bolschewiki im Jahr 1917 die Macht gerade übernommen hatten, haben sie [die Reaktionäre] geglaubt, na, mehr als ein Monat werden sie nicht durchhalten. Doch bald werden wir unseren 39. Jahrestag begehen, und mit jedem Jahr nimmt unser Wachstum immer mehr zu. Unser Staat wächst buchstäblich, wie ein Kind im Märchen, nicht mit jedem Jahr, sondern mit jeder Stunde. Und das Volk sieht das. Wie könnte es so eine Regierung nicht unterstützen?! Was ist unser Land vor dem Krieg von 1914 gewesen, und wozu ist es jetzt geworden? Wenn wir damals in wirtschaftlicher Hinsicht noch eines der rückständigsten Länder Europas, so gelten wir heute als sehr machtvoller Staat, als zweiter in der Welt hinter den Vereinigten Staaten. Wie sollte sich unser Volk nicht darüber freuen? Wie sollte es so eine Regierung und so eine Partei nicht unterstützen?

Ich möchte natürlich nicht so dumm sein zu behaupten, dass es bei uns keinen Einzigen gibt, der unzufrieden ist mit der Regierung. Es gibt auch solche. Aber ich spreche hier vom Volk, von der Masse, und die ist für die Partei, ist für ihre Regierung.

Wir sehen unsere Mängel und bekommen sie vielleicht auch schmerzhafter zu spüren als Sie. Wir sehen die Dinge recht nüchtern und plustern uns nicht auf mit dem, was wir erreicht haben. Wir begreifen, dass uns noch sehr viel zu tun bleibt: Wir müssen das Dorf umgestalten, die Wohnsituation und die Städte verbessern. Sie haben gesehen, dass wir wenig Wohnraum haben; wir müssen auch mehr Konsumgüter herstellen, sowohl industrielle als auch landwirtschaftliche. Vieles, vieles brauchen wir noch und daran arbeiten wir.

Aber bald kommt die Zeit, da wir Sie, unsere Freunde und Nachbarn, in die Ecke drängen werden, und nicht nur Sie, sondern auch andere, die reicher sind als Sie. Und wir wollen Sie nicht durch Drohungen in die Ecke drängen, sondern durch den Wettstreit der wirtschaftlichen Entwicklung und in der wachsenden Versorgung des Volkes. Wir wenden uns an die gesamte kapitalistische Welt mit der Herausforderung: Lassen Sie uns miteinander in Wettstreit treten! Und wir werden Sie in diesem Wettstreit schlagen, und das Volk soll bewerten, welches System besser ist – Ihres oder unseres. Das Volk, das ist der entscheidende Richter. Das ist also meine Antwort.

Ich habe meine Verpflichtung erfüllt. Nun sind Sie an der Reihe.

*Gustav Pedersen* (Übersetzung): Ich möchte die Aufmerksamkeit auf einen Umstand lenken, den Sie vielleicht nicht voll berücksichtigt haben, und zwar, dass sich die Kritik, die an Ihnen im Westen von allen Gruppen geübt wird, von den Sozialdemokraten bis hin zu den Gruppen, die gewöhnlich, im Alltagsgebrauch, als Reaktionäre bezeichnet werden – dass sich diese Kritik gar nicht so sehr von der Kritik unterscheidet, welche die Parteien aneinander üben.

Zwar richten sich viele Beschuldigungen an die Adresse der Politik, welche die Sowjetunion verfolgt, und der Politik, welche die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern verfolgen. Aber in Dänemark ist die Kritik, die von unseren politischen Gegnern – nicht von den Kommunisten – an die Adresse der sozialdemokratischen Regierung gerichtet wird, ebenso heftig und, ich würde sagen, ebenso unsinnig wie die Kritik, die sich an die Adresse des Kommunismus richtet. Das führt zu Diskussionen und Streitigkeiten, und wenn man auf diese Diskussionen und Streitigkeiten objektiv blicken will, so müsste man sagen, dass es durchaus nicht so ist, dass sich beide streitenden Seiten mit gleichen Bedingungen gegenüber stehen. Wir und Sie haben keine gleichen Bedingungen: Wir in Dänemark haben sechs Parteien, und alle Parteien kämpfen miteinander. Gegen uns kämpfen fünf Parteien, und so ist es bei jeder anderen Partei, und jede Partei trägt ihre Argumente vor, manchmal auch gegen unsere Kritik an der Sowjetunion und manchmal umgekehrt, gegen die Kritik anderer Parteien an der Sowjetunion usw.

Gestatten Sie mir, nicht eine Frage zu stellen, sondern lieber ein Problem anzusprechen. Sie sagen, Sie stehen auf einer marxistischen Grundlage. Man kann natürlich darüber streiten, in welchen Bereichen Marx veraltet ist. Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, dass ich für mich persönlich spreche und überhaupt nicht im Namen der Delegation sprechen kann, ich äußere hier meine persönliche Ansicht, dass es einen Bereich gibt, in dem Marx ganz und gar nicht veraltet ist: das ist die Frage darüber, wie die Produktionsmittel und die Produktionstechniken sich auf die Regierung eines Landes auswirken. Daher glaube ich persönlich, es ist überaus wahrscheinlich, dass durch den gegenwärtigen technischen Fortschritt ein liberales gesellschaftliches System zustande kommt, das heißt das System, von dem Adam Smith<sup>231</sup> und Ricardo<sup>232</sup> gesprochen haben, das sie für am wahrscheinlichsten gehalten haben, als die Epoche der Industrialisierung begann. Wir haben eine völlig liberale Regierung gehabt und gesehen, was das für eine Einmischung in das staatliche Leben wurde, als Zuschüsse bei der Produktion vieler europäischer Unternehmen, großer und kleinerer, mitwirkten, als eine Sozialgesetzgebung entstand usw. Denn das System des Manchesterliberalismus<sup>233</sup> wird nirgends praktiziert. Und darum möchte ich im Zusammenhang mit dem, was Chruschtschow hier gesagt hat, die Frage stellen, ob es möglich ist, einen

<sup>231</sup> Der schottische Philosoph Adam Smith (1723–1790) begründete mit seinem grundlegenden Werk „On the Wealth of Nations“, dessen Kenntnis nach wie vor für wichtig erachtet wird, die Nationalökonomie. Darin stellte er vor allem die wohlstandsfördernden Effekte der Arbeitsteilung und der Marktfreiheit heraus.

<sup>232</sup> Der britische Nationalökonom David Ricardo (1772–1823) setzte sich für internationalen Freihandel und für die Abschaffung der Getreidezölle seines Landes ein.

<sup>233</sup> Als Manchesterliberalismus bezeichnete man Verhältnisse, bei denen der Staat die wirtschaftlichen Kräfte sich völlig selbst überließ.

Wettstreit zwischen zwei Systemen zu führen, von denen keines rein besteht? Ich will unsere liebenswürdigen Gastgeber nicht damit beleidigen, dass ich sage, Ihr System sei nicht rein.<sup>234</sup> Das betrifft auch unser System in dem Sinne, dass wir gezwungen sind, Formen anzuwenden, die in einem liberalistischen System angewendet werden.<sup>235</sup>

Ich entschuldige mich, dass ich allzu lange rede, aber ich habe noch eine Bemerkung, und sie läuft darauf hinaus, dass ich es nicht für möglich halte, einen Wettstreit zwischen einem reinen Kommunismus und einem reinen Kapitalismus durchzuführen. Natürlich kann es Wettstreit geben, und es ist nicht zu sehen, wieso uns so ein Wettstreit nicht gefallen mag. Aber das wird kein Wettstreit von reinen Systemen sein. Wieso sollten wir diesen Wettstreit nicht nutzen, wenn wir ehrliche Propaganda betreiben wollen?

*Chruschtschow:* Ich denke, die Diskussion in dieser Richtung interessiert wohl kaum alle Anwesenden...

*(Pedersen: Vielleicht).*

*[Chruschtschow:]...* weil es bei Ihnen Vertreter von sechs Parteien gibt und jede Partei die anderen fünf Parteien nicht anerkennt, und jede Partei ihren eigenen Standpunkt zur staatlichen Ordnung hat,

*Pedersen:* Aber es gibt gemeinsame Wirtschaftsfragen, die über den Rahmen der Partei hinausgehen.

*Bulganin:* Ich würde gerne auf diese Frage antworten. Ich verstehe, wenn Pedersen vom vollen, vom reinen System spricht, heißt dies, dass die Rede vom orthodoxen Charakter des Systems ist. Ist das so zu verstehen?

*(Pedersen: Ja).*

*[Bulganin:]* Wir glauben, das sozialistische System der Sowjetunion ist ein vollendetes, vollständiges, reines System, jedenfalls hinsichtlich der Grundlagen unserer Wirtschaft: seiner Industrie, der Finanzen, des Verkehrswesens und des städtischen (ich meine des kommunalen) Wirtschaftens. Es sind bei uns diesbezüglich noch Elemente einer gewissen Unvollendetheit auf dem Dorf geblieben, aber auch dort haben wir eine Gesellschaftsstruktur sozialistischer Machart. Das heißt, unser System ist ein vollendetes sozialistisches System. Ihr System ist kapitalistisch.

*Pedersen:* Nicht rein kapitalistisch.

*Bulganin:* Trotzdem ist Ihr System nach unserer Ansicht ein kapitalistisches System: Bei Ihnen gibt es kapitalistische Firmen, Fabriken [und] Unternehmen.

Jetzt will ich das ergänzen, was Gen. Chruschtschow über den Wettstreit gesagt hat. Es geht um den Wettstreit zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System. So ein Wettbewerb ist möglich, und er ist im Gange – davon spricht Chruschtschow.

<sup>234</sup> Gemeint ist: ohne fremde Elemente.

<sup>235</sup> So im russischen Protokoll, obwohl der Kontext die gegenteilige Aussage vermuten lässt.

*Pedersen:* Aber Sie vergessen, dass seitens der Arbeiter – sowohl politisch als auch im Rechtsbewusstsein – die Haltungen großen Einfluss auf die Produktion selbst haben, auf die Organisation der Arbeit und in erster Linie auf die Verteilung der Arbeitsprodukte.

*Chruschtschow:* Die Kernfrage ist, in wessen Händen sich die Produktionsmittel befinden.

*Bulganin:* Genau das ist die Hauptsache.

*Chruschtschow:* Und die Produktionsmittel in einem kapitalistischen Land gehören den Kapitalisten. Das ist die Hauptsache.

Aber ich denke nicht, dass wir jetzt einen Disput darüber führen sollten, in der jetzigen Etappe werden wir zu keiner abschließenden Regelung kommen.

*Jorgensen (Übersetzung):* Ich bin ein Liberaler, aber kein Reaktionär. In unserem Land gibt es sehr wenige Reaktionäre.

Wir sind sehr froh, dass das große russische Volk seine Grenzen geöffnet und anderen Zugang gewährt hat, damit sie sehen können, was im Land geschieht. Als die Besuchsmöglichkeiten für den Westen noch geringer waren, gab es noch keine Möglichkeit zu sehen, was in diesem großen russischen Staat vor sich geht. Wir wollen sehr gerne hierher kommen, wir wollen sehr gerne sehen, was hier geschieht, denn wir Liberalen vertreten die Position, dass zur Schaffung von Vertrauen zwischen den Völkern Kontakt notwendig ist.

Wir nehmen gerne am wirtschaftlichen Wettstreit teil, obwohl wir in unserer Gesellschaft uns auf die kapitalistische Produktionsweise stützen. Und wir hoffen, dass dieser Wettstreit so stattfindet, dass einzelne Völker nicht genötigt werden, ihre charakteristischen Besonderheiten aufzugeben, die Besonderheiten, die sie haben. Wir hoffen, dass beide Systeme friedlich miteinander leben können.

Wir glauben, dass diese neue Linie, die in der russischen Politik verfolgt wird, kolossalen Wert für den Frieden haben wird und für den Fortschritt in der ganzen Welt, wenn sie weiter in dem Geist verfolgt wird, wie es jetzt geschieht.

*Chruschtschow:* Wir sind sehr zufrieden mit diesen Äußerungen und sind mit allem, was Sie gesagt haben, völlig einverstanden. Wir verfolgen genau diese Politik und werden dies auch weiter tun. Unserer Politik liegt das Prinzip der Koexistenz zugrunde unabhängig von der staatlichen Struktur.<sup>236</sup> Doch wir müssen koexistieren und unsere wechselseitigen Beziehungen im Bereich der Marktwirtschaft, im Bereich der Kultur und auf anderen Kanälen entwickeln.

Wir sind gegen den Krieg, und das heißt, wir müssen im wirtschaftlichen Bereich koexistieren und in Wettstreit miteinander treten.

Wessen System wird vitaler sein? Sie sind sicher, dass es das kapitalistische sein wird, wir sagen, das sozialistische. Lassen wir die Zeit diesen Streit entscheiden. Der beste Richter ist die Zeit.

<sup>236</sup> Auf dem XX. Parteitag der KPdSU war die „friedliche Koexistenz“ zum maßgebenden Prinzip des Umgangs mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung erklärt worden.

*Gottschalk-Hansen (Übersetzung):* Ich gehöre einer der wenigen reaktionären Parteien an. Aber sowohl Bulganin als auch Chruschtschow waren so freundlich, zu sagen, dass sie an uns appellieren, offen zu sein. Und wenn wir nicht offen sind, hat unser Gespräch keinen Wert.

Ich möchte sehr gerne eine Antwort haben auf folgende Frage. Es gibt keinen Menschen und kein System, das vollkommen wäre. Das hat auch Chruschtschow anerkannt. Darum meine Frage: Wie kann politische Kritik zum Ausdruck kommen, wenn es in einem Land nur eine Partei gibt?

Herr Chruschtschow hat mit großer Offenheit von dem Fall Stalin erzählt, geschildert, wie in den letzten Lebensjahren Stalins dieser Personenkult begonnen hat. Ich möchte wissen, ob es möglich war, Stalin vor seinem Tod abzulösen, ihn von seinem Posten zu entfernen?

*Chruschtschow:* Es war möglich, wenn man vom juristischen Standpunkt aus urteilen will. Aber ich möchte Ihnen gegenüber offen sein: Praktisch war es unmöglich, und ich sage Ihnen, warum. Man darf Stalin nicht nur von einer, und zwar der negativen, Seite betrachten. Stalin hat auch eine andere Seite, seine positive Tätigkeit. Wenn daher zu seinen Lebzeiten die Frage seiner Ablösung aufgeworfen worden wäre, hätte es große Unterschiede bei den Meinungen gegeben, und das wäre nicht nützlich, sondern sogar schädlich für unseren Staat gewesen. Alles muss zu seiner Zeit geschehen, und man muss Geduld haben. Man sagt, jede Frucht wird zu ihrer Zeit reif. So auch die Regelung dieser Frage. Hätten wir den Kampf gegen den Personenkult am Tag nach Stalins Tod begonnen, dann wäre das sehr dumm gewesen. Das Volk hätte uns nicht verstanden, und es finden sich immer Leute, vielleicht sogar irgendwelche Abenteurer, die das zu missbrauchen angefangen hätten, denn das Volk hat Stalin vergöttert, und er hat tatsächlich viel für unser Land getan, und wir erkennen seine Verdienste für unser Volk und unsere Partei ebenfalls an. Wir haben mit ihm gemeinsam gekämpft und so kolossale Resultate erzielt. Stalin war der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk zutiefst ergeben, Stalin war ein überaus überzeugter Marxist-Leninist. Aber Stalin hatte, wie alle Sterblichen, seine Unzulänglichkeiten und seine Fehler, und zwar sehr große. Über diese sprechen wir gegenwärtig ebenfalls, weil sie schädlich sind: nicht für Stalin, der schon tot ist, aber für die Entwicklung unserer Gesellschaft, schädliche Elemente, die wir als Personenkult bezeichnen. Wir führten einen Kampf dagegen, damit sich das nicht künftig wiederholt.

Ich weiß nicht, habe ich Sie zufrieden gestellt?

*Gottschalk-Hansen:* Danke.

*Norman:* Ich hörte mit großem Vergnügen die Äußerungen des Generalsekretärs, dass man jetzt mit der Isolation unzufrieden ist, die früher betrieben wurde. Auch in unserem Land, mit der geografischen Position, die es hat, gibt es ein sehr großes Bemühen um Entspannung der Lage zwischen den Seiten, die wir als Ost und West bezeichnen.

Jetzt sehen wir, dass, was den offiziellen Teil anbelangt, die Isolation liquidiert worden ist, und wir selbst repräsentieren eine [Besuchs-]Delegation und wissen, dass auch andere Delegationen hierher kommen werden.

Doch ich lege in den Begriff „Kontakte“ noch viel mehr hinein – ich meine damit auch den freien Austausch im Bereich der Literatur, im Bereich der Presse, im Bereich der Reisen durch das Land. Ich habe den Eindruck, diese Freiheit gibt es noch nicht. Gedenken Sie, die Beziehungen zwischen den Ländern auch in diesem Bereich zu normalisieren?

*Chruschtschow:* Das kann ich Ihnen beantworten. Jene, die aus dem Ausland zu uns kommen, reisen sehr viel in unserem Land herum. Aber es gibt noch Gebiete, die für Ausländer nicht zugänglich sind. Sieht man sich die unglaublichen Weiten unseres Landes an, so bilden die für Ausländer nicht zugänglichen Gebiete doch einen sehr kleinen Teil. Wir sind der Ansicht, dass dies ein Überbleibsel ist, eine Anomalie. Offensichtlich wird so eine anomale Lage liquidiert werden, wenn es mehr Vertrauen unter den Staaten geben wird.

Ich glaube, dass eine Folge der anomalen Situation, die wir in der Welt hinsichtlich des Misstrauens haben, der Vorschlag der Vereinigten Staaten ist, fremde Gebiete zu überfliegen und sie zu fotografieren.<sup>237</sup> Das ist, wie wenn man durch den Vorhang in das Fenster des Nachbarn späht. Das gehört sich nicht. (Heiterkeit).

Wir sind nicht deswegen dagegen, weil es bei uns irgendetwas zu sehen gäbe. Unser Land ist so beschaffen, dass man darüber hinweg fliegen kann, und wenn wir etwas verstecken wollen, dann können wir es auch verstecken. (Heiterkeit). Aber, ich wiederhole, wir halten es für unhöflich, beim Nachbarn hinter die Vorhänge zu blicken, wenn dieser das nicht wünscht, wenn es ihm nicht gefällt, und wir wollen nicht, dass man es bei uns macht. Sobald es aber Vertrauen gibt, sobald normale Bedingungen herrschen, können sie nicht nur fliegen, sondern unser Land auch zu Fuß erkunden! (Heiterkeit). Wege, die zu begehen wären, gibt es bei uns ja genug. (Heiterkeit).

Nun zur Presse. Wir stehen auf dem Standpunkt des Austauschs von Büchern und anderen Elementen, welche die Völker und ihre Kulturen miteinander verbinden, und wir werden das machen. Aber ich sage Ihnen direkt, dass wir daran mit Vorsicht gegangen sind. Zum Beispiel erkennen wir nicht jedes bürgerliche Recht an, und halten nicht alles für Demokratismus, was als Demokratismus gilt. Beispielsweise kann in Amerika, ja und auch bei Ihnen irgendein Journalist in der Zeitung schreiben, dass man der Sowjetunion den Krieg erklären sollte, er wird zum Krieg aufrufen. Es heißt [dann], das sei sein Standpunkt, und bei Ihnen gebe es Pressefreiheit. Nach unserem Gesetz aber müsste sich dieser Mensch dafür verantworten, dass er zum Krieg aufgerufen hat.

*Bulganin:* Er muss sich bei einem Strafverfahren vor Gericht verantworten.

*Chruschtschow:* Ist das richtig? Wir halten es für richtig.

<sup>237</sup> Um die Einhaltung künftiger Abkommen über die wechselseitige Kontrolle und Begrenzung von Rüstungen zu erleichtern, deren Möglichkeit verschiedentlich in Frage gestellt wurde, hatte Präsident Eisenhower am 21. Juli 1955 auf der Genfer Gipfelkonferenz vorgeschlagen, man solle sich gegenseitig das Recht zu Aufklärungsflügen über das eigene Staatsgebiet einräumen und damit die Grundlage zu Misstrauen beseitigen. Diese Initiative des „offenen Himmels“ (open skies) war von der sowjetischen Seite mit großer Heftigkeit zurückgewiesen worden.

In Amerika wird besonders viel Unsinn veröffentlicht, der die Jugend vergiftet, verdirbt und demoralisiert. Gegenwärtig werden offenbar besonders Frankreich, Dänemark und andere Länder mit dieser Art von Literatur überflutet, und Sie haben keine Mittel, sich dagegen zu wenden, weil es bei Ihnen Handelsfreiheit, Pressefreiheit usw. gibt. Wir halten das für eine nicht wünschenswerte Erscheinung, und wir werden uns dem Import dieses Unsinnns widersetzen, der dem Menschen nicht in seiner Entwicklung hilft, sondern im Gegenteil sein Bewusstsein vergiftet und die Jugend verkrüppelt. Wir haben also schon vor, ein paar Mittel zum Schutze unseres Volkes beizubehalten. Aber die Entwicklung geht auch in diesem Bereich in Richtung eines breiteren Austauschs.

Ich weiß nicht, habe ich Sie damit zufrieden gestellt?

*Norman:* Ja, ich hätte zwar noch Kommentare, aber das würde das Gespräch in die Länge ziehen.

*Chruschtschow:* Ich weiß, ich habe seine Frage beantwortet, aber seinem Verständnis nicht entsprochen.

*Norman:* Ja, ich habe nicht genug Möglichkeiten, mit meinem privaten, kapitalistischen Automobil zu fahren. Wenn ich von hier nach Kiew oder Leningrad fahren wollte, könnte ich das nicht tun.

*Chruschtschow:* Ich glaube, dass das nur vorläufig so ist und nicht mehr lange so bleiben wird. Wir werden den Mut fassen und bei der Regierung einen Antrag stellen, und wenn Sie nächstes Jahr die Gelegenheit haben, mit Ihrem kapitalistischen Auto zu kommen, dann wenden Sie sich an uns und kommen Sie. (Heiterkeit, es wird lebhafter). Wenn Sie das noch dieses Jahr machen wollen, dann können wir es auch noch in diesem Jahr versuchen. (Heiterkeit).

Es folgte noch eine Unterhaltung über politisch unwichtige Fragen.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 559, Bl. 48–58  
(Volltext Bl. 43–63)

### 15. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Labour-Politiker T[om] Driberg am 30. August 1956

Das Gespräch dauerte von 10.30 bis 12.30. Zu Beginn des Gesprächs dankte T[om] Driberg<sup>238</sup> Gen. Chruschtschow für die Möglichkeit zum Gespräch in einer angenehmeren Umgebung als während des Essens, das die Führung der Labour Party beim Aufenthalt von Bulganin und Chruschtschow in England<sup>239</sup> veranstaltete. Driberg fragte Gen. Chruschtschow, ob er sich an das Gespräch im Hotel „Claridge“ erinnere, als Driberg erklärte, der Standpunkt der Führer von Labour bei dem Essen bringe nicht die Meinung aller Mitglieder der Labour Party zum Ausdruck.

*Chruschtschow* antwortete, dass er sich an das Gespräch erinnert.

Weiter sagte *Driberg*, die ungesunde Atmosphäre bei dem Essen sei teilweise auch darum entstanden, weil Bulganin und Chruschtschow bei ihrem Aufenthalt in England einen zu gedrängten Zeitplan gehabt hätten, aufgrund dessen sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, sich mit linken Labour-Leuten zu treffen und die Lage in der Labour Party genauer kennen zu lernen. Meiner Ansicht nach, sagte T. Driberg, müssen wir uns jetzt an das englische Sprichwort halten, das da lautet: „Was gewesen ist, liegt hinter uns.“ Wir müssen das Vergangene vergessen, weil die Zukunft unserer Beziehungen, der Beziehungen zwischen unseren Ländern, zwischen den Führern der KPdSU und der Labour Party jetzt wichtiger ist. Zudem besteht die Möglichkeit, dass nach den Parlamentswahlen die Labour Party wieder die Regierung stellt.<sup>240</sup>

*Chruschtschow*: Ich stimme Ihrer Bemerkung bezüglich der Zukunft unserer Beziehungen zu.

*Driberg*: Mir ist die Bereitschaft der KPdSU zum Entgegenkommen in der Frage der Annäherung mit den sozialistischen Parteien bekannt. Sie werden von der Haltung der Labour-Führung in dieser Frage hören. In drei Wochen wird das Nationale Exekutivkomitee der Labour Party den Bericht über die Reise der Delegation der Französischen sozialistischen Partei nach Russland erörtern. Es ist möglich und durchaus wahrscheinlich, dass auf der Grundlage dieses Berichts die Führung der Labour Party ihre Haltung zur Frage der Annäherung unserer Parteien überprüft. Können Sie sagen, dass die Reise der Delegation der Französischen sozialistischen Partei in die Sowjetunion<sup>241</sup> in gewissem Maße nützlich war?

<sup>238</sup> Tom Driberg, Mitglied des Exekutivkomitees der britischen Labour Party.

<sup>239</sup> Chruščëv und Bulganin weilten vom 18. bis 27. April 1956 zu einem Staatsbesuch in Großbritannien.

<sup>240</sup> Nach dem Scheitern der militärischen Aktion zur Besetzung der Suezkanal-Zone im Herbst 1956 und dem Rücktritt des konservativen Premierministers Anthony Eden waren die Umfrage-Ergebnisse für die Labour Party günstig. Nachdem die letzten Wahlen zum Unterhaus erst 1955 stattgefunden hatten, war aber nicht zu erwarten, dass sich dies bald zu veränderten parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen führen würde.

<sup>241</sup> Vom 15. bis 19. Mai 1956 führte die Delegation der SFIO unter der Leitung von Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau Verhandlungen und Gespräche in Moskau. Siehe dazu die Dokumente Nr. 7 bis 13 in diesem Band.

*Chruschtschow:* Ja, diese Reise war nützlich, aber nur wenig. Im Verhalten der französischen Sozialisten zeigt sich augenscheinlich die Lage, die gegenwärtig in Frankreich entstanden ist. Die französische Regierung führt einen Kolonialkrieg in Algerien. Sie will an der Macht bleiben und macht daher den rechten Kräften im Land Zugeständnisse. Die sozialistische Partei berücksichtigt diesen Umstand. Im Zusammenhang damit weichen die Äußerungen der Delegierten der sozialistischen Partei über die Resultate ihrer Reise in die UdSSR von dem ab, was sie während des Aufenthalts in der Sowjetunion gesagt haben. Man kann wohl kaum sagen, dass diese Politik der französischen Sozialisten den Interessen der Arbeiterklasse entspricht.

*Driberg:* Man muss den Unterschied zwischen der Arbeiterbewegung in England und in Frankreich hervorheben. In Frankreich ist die kommunistische Partei die Massenpartei der Arbeiterklasse, und die Sozialisten repräsentieren eine kleine Gruppe der Intelligenz und anderer Bevölkerungsschichten. In England dagegen ist die Labour Party, ungeachtet all ihrer Mängel, die Massenpartei der Arbeiterklasse, und die Kommunisten stützen sich nicht auf große Unterstützung bei den Massen. Das ist eine Tatsache. Ich bin sicher, dass die Labour Party die einzige reale Macht des Sozialismus in England ist.

*Chruschtschow:* Ich bin mit dem einverstanden, was Sie über die Sozialistische Partei Frankreichs gesagt haben. In Frankreich gibt es tatsächlich eine starke kommunistische Partei, was die sozialistische Partei in eine schwierige Lage versetzt. Die Sozialisten fürchten, dass ein Wort der Wahrheit über die Sowjetunion objektiv eine Bestätigung für den Standpunkt der kommunistischen Partei gegenüber der UdSSR wäre und zum Verlust des Einflusses der Sozialisten auf die Massen führen würde. Daneben gibt es in Frankreich auch objektive Umstände, die für die Sozialisten bindend sind.

*Driberg:* Doch die Tatsache der Reise der Delegation der französischen sozialistischen Partei in die UdSSR ist ein Präzedenzfall für die Reise von Delegationen von Sozialisten aus anderen Ländern, die besser sein können als die Delegation der französischen Sozialisten.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Darin sehen wir die positive Bedeutung des Besuchs der französischen Delegation. In England ist die Labour Party tatsächlich eine Massenpartei, und die kommunistische Partei ist nicht zahlreich. Doch was das Programm der Labour Party betrifft, so kann dieses alles Mögliche sein, nur keine Anleitung für eine Bewegung hin zum Sozialismus. Es verfolgt keine sozialistischen Ziele.

*Driberg:* Das möchte ich bestreiten. Es ist die Bemerkung zu machen, dass das Programm der Labour Party für die nächsten Parlamentswahlen noch nicht vorbereitet ist. Gegenwärtig bereitet die Partei eine ganze Reihe von politischen Erklärungen zu einzelnen Fragen vor: zum Kolonialproblem, zum Wohnungsbau usw. Diese Erklärungen werden auf der in einem Monat bevorstehenden Konferenz der Labour Party und danach auch auf den Konferenzen 1957 und 1958 diskutiert. Auf den Konferenzen werden sie entweder gebilligt oder geändert.

Erst danach kann man von einem Programm sprechen. Was unsere unmittelbare Forderung betrifft, so ist die Labour Party stets für die Errichtung des sozialistischen Gemeineigentums an den Mitteln der Produktion, der Verteilung und des Handels gewesen. Und die Labour Party ist nie von diesem Prinzip abgegangen.

*Chruschtschow:* In Bezug auf die Labour-Führung kann man sagen, dass ein Huhn niemals einen Adler gebären kann. Die Führer der Labour Party haben nicht mehr Anspruch darauf, sich als Sozialisten zu bezeichnen als die Konservativen. Sie sind gezwungen, sich mit Worten für den Sozialismus einzusetzen, denn dieser hat in den Massen stark an Popularität gewonnen, auch unter den Mitgliedern der Intelligenz. Sogar Nehru, den man weder als Sozialisten noch als Kommunisten bezeichnen kann, sagt, dass er den Sozialismus aufbaut. Das Gleiche gilt für einige Politiker in Burma und Indonesien. Für die Labour-Führer wäre es unangebracht, sich Labour-Leute zu nennen, wenn sie nicht mehr vom Sozialismus reden würden.

*Driberg:* Die Schwierigkeit liegt darin, dass bei politischen Auseinandersetzungen Begriffe wie Demokratie, Freiheit oder Sozialismus unterschiedlichen Inhalt haben. Ich erkläre mich, daran zu erinnern, dass Sie selbst schon öfter von den vielen unterschiedlichen Formen des Überganges zum Sozialismus gesprochen haben. Wir sind der Meinung, dass England unter den gegebenen historischen Umständen einen Weg zum Sozialismus beschreiten kann, der sich von Ihrem unterscheidet. Man muss die unterschiedlichen Nuancen verstehen, die es in der Labour Party und ihrem Exekutivkomitee gibt. Bei uns gibt es Linke, die für raschere Schritte zum Sozialismus eintreten, für mehr Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Die Rechten dagegen agieren lieber allmählich. Auf diese Weise gibt es bei uns unterschiedliche Nuancen in den Ansichten über die Schritte zum Sozialismus. Doch strategische Überlegungen und die Notwendigkeit des Wahlkampfs erfordern die Einheit in der Partei.

*Chruschtschow:* Ich verstehe das. Doch gegenwärtig haben die Linken nicht die Unterstützung der Mehrheit, und die Rechten fühlen sich ziemlich stark.

*Driberg:* Die Linken in der Führung der Labour Party haben die Unterstützung der Mehrheit der einfachen Parteimitglieder. Bei der bevorstehenden Parteikonferenz wird ein heftiger Kampf zwischen den Rechten und Linken stattfinden bei der Wahl zum Exekutivkomitee der Partei. Auch wenn die Linken im Exekutivkomitee und im Schattenkabinett<sup>242</sup> die Minderheit darstellen, so haben die Erfahrungen der Vergangenheit doch gezeigt, dass die Sozialdemokraten<sup>243</sup> es schon oft geschafft haben, die Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln.

*Chruschtschow:* Die Labour-Leute wissen wenig davon, wie man eine Minderheit in eine Mehrheit verwandelt. Schon der Begriff „Linke“ ist in der Labour

<sup>242</sup> In Großbritannien präsentiert die Oppositionspartei üblicherweise der Öffentlichkeit die Personen, die bei Übernahme der Regierung an die Spitze der Ressorts gestellt werden sollen.

<sup>243</sup> Gemeint sind die Rechten, die sich der Sozialdemokratie zugehörig fühlten und daher nach Ansicht ihrer linken Gegner nicht als wirkliche Sozialisten gelten konnten.

Party relativ. Als Ausgangspunkt nimmt man den Standpunkt von Gaitskell.<sup>244</sup> Und alle, die nur ein wenig links von Gaitskell stehen, nennen sich Linke. Doch gibt es in der konservativen Partei Politiker, die erheblich weiter links stehen als Gaitskell.

*Driberg:* Sie müssen wissen, dass die konservative Partei insgesamt eine Organisation von Großunternehmern ist. Bis auf einzelne Ausnahmen ist die konservative Partei der heftigste Feind der Arbeiterklasse.

*Chruschtschow:* Das ist richtig.

*Driberg:* Ich sehe mit Bedauern Ihre scherzhafte Bemerkung, die öffentlichen Wiederhall in der Presse gefunden hat, Sie seien aus England fast als Konservativer zurückgekehrt.

*Chruschtschow:* Das war ein Scherz.

*Driberg:* Bei Ihnen ist eine falsche Vorstellung von der Labour Party entstanden. Sie rührt daher, dass Sie nur mit den offiziellen Führern zusammengekommen sind und keine Möglichkeit gehabt haben, mit der linken Minderheit innerhalb der Führung zu sprechen, die jedoch für die Mehrheit der einfachen Parteimitglieder steht.

*Chruschtschow:* Bei dem erwähnten Essen haben sich einige Linke nicht besser aufgeführt als die Rechten. Sie hatten offenbar beschlossen, auf unsere Kosten eine gemeinsame Sprache mit den Rechten zu finden. Gaitskell hat sich das zu nutze gemacht.

*Driberg:* Sie haben natürlich [Aneurin] Bevan im Auge. Ich bedauere sehr, dass er sich so verhalten hat. Er hat sich ereifert, aber im Allgemeinen ist er ein guter Sozialist. Ich stimme Ihnen zu, dass das Essen eine Demonstration war, die zu verurteilen ist. In England entwickelt sich alles langsam, aber trotzdem sind Schritte zum Besseren zu beobachten. Sie wissen, dass [Sydney] Silverman in das Exekutivkomitee gewählt worden ist. In 2-3 Jahren werde ich aufgrund dessen, dass die Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Labour Party jedes Jahr wechseln, der Vorsitzende sein. Auch wenn ich nicht in der Lage sein werde, im Namen des Exekutivkomitees etwas zu sagen, womit dessen Mitglieder nicht einverstanden sind, werde ich meine ganze Autorität einsetzen, um die Kontakte mit der Sowjetunion zu verstärken und eine konsequentere sozialistische Politik zu betreiben.

*Chruschtschow:* Das wäre gut. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Man muss die Massen erziehen, man muss sie im revolutionären Geist erziehen, sie zu revolutionären Aktionen aufrufen. Doch die Führer von Labour demoralisieren die Arbeiter, erziehen sie zu reformistischen<sup>245</sup> Aktionen. Sie selbst haben

<sup>244</sup> Hugh Gaitskell, sozialdemokratisch orientierter Vorsitzender der Labour Party.

<sup>245</sup> Der entscheidende Vorwurf der Kommunisten die Adresse der Sozialdemokraten war, dass sie reformistische statt revolutionäre Ziele verfolgten, mithin eine wahrhaft sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft nicht wollten.

sich an das Parlament angepasst und fühlen sich nicht schlecht dabei. Sie sagen lediglich, dass sie die Interessen der Arbeiter verteidigen, rufen aber die Arbeiter nicht zum Kampf für den Sozialismus auf.

*Driberg:* Wollen Sie damit sagen, dass in England kämpferische, gewaltsame, revolutionäre Aktionen nötig sind und nicht der parlamentarische Weg?

*Chruschtschow:* Ich habe nicht von gewaltsamen Aktionen gesprochen und lehne die parlamentarische Tätigkeit nicht ab.<sup>246</sup> Aber man muss auch im Parlament aktiv, auf revolutionäre Art arbeiten, und wenn man an die Macht gekommen ist, muss man sie zu revolutionären Umgestaltungen im Interesse der Arbeiterklasse nutzen.

*Driberg:* Die erste Labour-Regierung nach dem Krieg (1945–1950) hat eine falsche Außenpolitik betrieben [und] das Land abhängig gemacht vom Wettrüsten, das die USA durchgeführt haben. Deswegen haben ich und andere die Regierung kritisiert. Doch in der Innenpolitik hat diese Regierung wesentliche Schritte zum Sozialismus gemacht, sie hat solche Maßnahmen wie die Verstaatlichung<sup>247</sup> wichtiger Industriebranchen, die Einführung der Sozialversicherung und eines neuen Gesundheitssystems durchgeführt. Diese Maßnahmen waren ein Beitrag zum Sozialismus, auch wenn sie England nicht zum sozialistischen Land gemacht haben.

*Chruschtschow:* Aber die Labour-Regierung hat die folgenden Wahlen verloren. Dazu ist es gekommen, weil die Labour-Regierung die Macht nicht im Interesse der Arbeiterklasse genutzt hat. Daher war die Arbeiterklasse gleichgültig und hat sie nicht [mehr] unterstützt. Nach der Verstaatlichung hat sich die Lage der Arbeiter in den verstaatlichten Industriebranchen nicht verändert. Nachdem die Labour-Regierung an die Macht gekommen war, gestaltete sie die staatlichen Institutionen nicht um, die zuvor von den konservativen Regierungen geschaffen worden waren. Sie schuf nicht die Bedingungen, die eine Transformation gefördert hätten. Deswegen hat die Arbeiterklasse die Labour-Regierung auch nicht unterstützt.

*Driberg:* Ich bin mit Ihrer Analyse teilweise einverstanden. Tatsächlich verhielten sich die Arbeiter gleichgültig gegenüber der Labour-Regierung. Aber das ging auf zwei Gründe zurück, die Sie nicht erwähnt haben. Erstens sank der Kampfegeist vieler Arbeiter, weil ihnen die Labour-Regierung Vollbeschäftigung und gute Löhne sicherte. In den letzten zwei Jahren haben die Lebenshaltungskosten zu steigen begonnen, und die Arbeiter sind nicht mehr gleichgültig. Zweitens waren viele politisch bewusste und aktive Arbeiter über die Zugeständnisse enttäuscht, welche die Labour-Regierung den USA auf dem Feld der Rüstung des Landes gemacht hatte. Ich bin nicht mit Ihrer Erklärung einverstanden, dass sich die Lage der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben nicht verändert hat. Kürzlich waren zwei Delegationen von englischen Bergarbeitern in der Sowjetunion.

<sup>246</sup> Auf dem XX. KPdSU-Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 war festgelegt worden, unter Umständen könne auch ein parlamentarischer Weg zum Sozialismus führen.

<sup>247</sup> Im russischen Text: nacionalizacija, also eigentlich Nationalisierung.

Wären sie mit Ihnen zusammengekommen, hätten sie Ihnen nicht zugestimmt und Ihnen erzählt, dass sich ihre Lage erheblich verbessert hat.

*Chruschtschow:* Sie widersprechen sich selbst. Die Arbeiter waren bei den Wahlen gleichgültig, weil sich die Regierung nicht um ihre Interessen gekümmert hat. Hätte sich die Labour-Regierung um die Interessen der Arbeiter gekümmert, dann hätten die Arbeiter sie als die Regierung ihrer Klasse betrachtet. Ich gestehe zu, dass die Labour-Regierung in einzelnen Industriebranchen teilweise eine Verbesserung der Lage der Werktätigen erreicht hat. Das machen auch die Konservativen und die Regierungen einiger anderer Länder, weil sie von bestimmten politischen und wirtschaftlichen Überlegungen ausgehen. Es war nötig, eine klassenbestimmte Politik zu betreiben, so dass der Arbeiter sagen konnte: „Das ist meine Regierung, und deswegen unterstütze ich sie.“ Das ist nicht geschehen, weil die Regierung reformistisch und nicht revolutionär war. Bei einer unserer Zusammenkünfte sagte mir Eden,<sup>248</sup> dass bei den letzten Wahlen viele Arbeiter für die Konservativen gestimmt haben.

*Driberg:* Ihre letzte Bemerkung ist sehr interessant. Eden macht sich zunutze, dass es in England schwierig ist, die Grenze zwischen der Arbeiter- und der Mittelschicht zu ziehen. Es ist richtig, dass ein Teil der Arbeiter bei den Wahlen die Konservativen unterstützt hat. Die Wähler haben sich aktiv an der Stimmabgabe beteiligt. Es gab keinen massenhaften Verzicht der Wähler auf Stimmabgabe. Aber man darf die Verdienste der Konservativen nicht übertreiben. Die Konservativen haben keine Verstaatlichungen durchgeführt, sie haben im Gegenteil die Stahlindustrie wieder privatisiert.<sup>249</sup> Das zeigt, dass mit ihren Sympathien völlig aufseiten der Bosse sind. Gegenwärtig führen sie eine Offensive gegen die Werktätigen und verlieren zunehmend die Unterstützung der breiten Bevölkerungsschichten.

*Chruschtschow:* Sie sind objektiv mit mir einer Meinung. Es geht mir nicht darum, die Konservativen zu verteidigen, und ich will nicht in diesem Sinne argumentieren. Doch unter den konkret bestehenden Umständen ist in der Sozialpolitik der Unterschied zwischen den Konservativen und der Labour Party sehr gering. Die einen wie die anderen verbessern die [Lebens-]Bedingungen nur für einen einzelnen Teil der Bevölkerung und treten nicht für die Interessen der Werktätigen ein. Von daher rührt die Gleichgültigkeit der Wähler beim Kampf zwischen den zwei Parteien. Es ist bekannt, dass die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung von England bildet. Und wenn die Konservativen bei den Wahlen gesiegt haben, heißt dies, dass ein Teil der Arbeiter für sie gestimmt hat. Das wäre nicht geschehen, wenn die Labour Party die Werktätigen zu revolutionären Aktionen aufgerufen hätte (ich habe [dabei] nicht Gewalt im Auge), wenn sie durch das Parlament im Interesse ihrer Klasse revolutionär agiert hätte. Aber die Labour-Führer sind nicht so, dass sie revolutionäre Schritte unternehmen. In die-

<sup>248</sup> Anthony Eden, konservativer Politiker und Sieger der Unterhauswahlen von 1955.

<sup>249</sup> Nach ihrem Sieg bei den Unterhauswahlen im Sommer 1945 hatte die britische Labour Party Verstaatlichungen durchgeführt, was die Konservativen zum Teil wieder rückgängig machten, als sie im Herbst 1951 wieder an die Regierung kamen.

sem Zusammenhang kommen mir die guten Worte aus dem „Lied vom Falken“ unseres großen Schriftstellers Maksim Gorkij in den Sinn: „Wer zum Kriechen geboren ist, kann nicht fliegen.“ Die Labour-Führer können nicht fliegen. Sie könnten kaum eine revolutionäre Situation nutzen, um – gemäß Ihren Worten – Minderheit in Mehrheit zu verwandeln. Das wirkliche Sprachrohr des Willens der Werktätigen ist die kommunistische Partei, auch wenn sie aufgrund der historischen Entwicklung der Arbeiterklasse Englands nicht zur Massenpartei geworden ist. Doch die Lage ändert sich, und nach Maßgabe des Anwachsens der revolutionären Situation wird die kommunistische Partei die Werktätigen zum Sieg des Sozialismus führen.

*Driberg:* Es ist interessant, ob sich Ihre Voraussagen bewahrheiten werden. Derzeit gibt es keine Anzeichen für ein Anwachsen der Mitgliederzahl der kommunistischen Partei ungeachtet dessen, dass viele Mitglieder der Labour Party enttäuscht von ihren Parteiführern sind. Die Stärke der Labour Party liegt an ihrer festen Verbindung mit den Gewerkschaften, während die französische sozialistische Partei aus Vertretern der Bourgeoisie und der Bürokratie besteht. Ich denke nicht, dass die Bergleute und die Metaller aus der Labour Party austreten und sich der kommunistischen Partei anschließen werden. Also, wir werden sehen. Sie sagen, es gibt keinen Unterschied zwischen der Sozialpolitik der Konservativen und der Labour Party. Aber so ist es nicht. In den letzten zwei Jahren hat die konservative Regierung die Situation der Arbeiterklasse verschlechtert. Sie hat die Subventionen für die Aufrechterhaltung gleicher Lebensmittelpreise abgeschafft, und das führt zum Preisanstieg. Die Labour-Regierung dagegen hatte diese Subventionen eingeführt, was eine Maßnahme mit sozialistischem Charakter war. Ich bin nicht mit Ihrer Ansicht einverstanden, dass die Labour Party eine reformistische Partei ist. Das englische Temperament und die Umstände der Realität sind so, dass in England sogar revolutionäre Maßnahmen reformistisch erscheinen. Die Gesundheitsreform war eine wahrhaft revolutionäre Maßnahme, ein Schlag, der die Geldbeziehungen zwischen Arzt und Patient mit einem Schlag beseitigt hat. Das war ein bisher beispielloser Fall in der Geschichte, mit Ausnahme der UdSSR. Es ist richtig, dass die Labour-Regierung England nicht in ein sozialistisches Land verwandelt hat. Aber, ich wiederhole, sie hat wichtige Schritte zum Sozialismus gemacht. Die Labour-Regierung hat Indien, Burma und andere Kolonien befreit. In England gibt es das Sprichwort: „Besser einen halben Laib Brot zu haben, als ohne Brot dazusitzen“.

*Chruschtschow:* Das ist ein reformistisches Sprichwort. Wir wollen den ganzen Laib haben.

*Driberg:* Nach meiner Ansicht muss unsere Tätigkeit hauptsächlich darin bestehen, dass wir unsere Arbeit für den Sozialismus, den Frieden und die Herstellung positiver Beziehungen zwischen unseren Ländern fortführen.

*Chruschtschow:* Wir haben uns stets für die revolutionäre Solidarität der Werktätigen eingesetzt. Unsere Solidarität findet ihren Ausdruck im wechselseitigen Meinungsaustausch und, wenn es sein muss, auch in brüderlichen Ratschlägen. Aber nicht mehr. Andernfalls wäre das eine Einmischung in fremde Angelegen-

heiten. Jede Partei muss sich an die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Parteien halten. Ihre Worte über Frieden und Freundschaft unterstützen wir. Das ist die Grundlage unserer Arbeit. Was unsere Beziehungen zur Labour Party anbelangt, müssen wir jetzt das Urteil der Zeit überlassen und Geduld haben.

*Driberg:* Ich bin damit einverstanden. Auch wenn der ganze Brotlaib besser ist, muss man sich manchmal mit der Hälfte zufrieden geben. Mir scheint, als Sie von der fehlenden revolutionären Orientierung bei der Labour Party sprachen, waren Sie pessimistisch und ungeduldig.

*Chruschtschow:* Nein, ich bin geduldig. Ich habe nur Fakten festgestellt.

*Driberg:* Gestatten Sie mir jetzt, Ihnen einige Fragen zur Sowjetunion zu stellen. Während meines Aufenthalts in Usbekistan hatte ich interessante Gespräche mit Herrn Muchitdinow und anderen leitenden Funktionären. Wir sprachen über die Dezentralisierung des Staatsapparats und andere Aspekte der Situation in der UdSSR. Mir ist nicht klar, ob zwischen der Dezentralisierung und dem Kampf für die Wiederherstellung des Rechtssystems<sup>250</sup> ein Zusammenhang besteht. Insbesondere erzählte mir Herr Muchitdinow, dass das unionsweite Justizministerium aufgelöst sei, und die gesamte juristische Macht nun bei den Republiken liege. Dient diese Maßnahme dazu, die Verletzungen der Gesetzlichkeit zu verhindern, die bedauerlicherweise in der Vergangenheit stattgefunden haben?

*Chruschtschow:* Ja, das ist der Fall. Diese Maßnahme führt zur Verbesserung der juristischen Tätigkeit in den Unionsrepubliken. Die juristische Tätigkeit betrifft vor allem die Menschen, und die Menschen leben in den Unionsrepubliken. Statt des unionsweiten Justizministeriums haben wir eine Sonderkommission geschaffen, die zusammen mit dem Generalstaatsanwalt der UdSSR Fragen prüfen und ausarbeiten soll, die gemeinsam für alle Unionsrepubliken sind. Außerdem müssen sich die unionsweiten Organe darum kümmern, dass die Gesetze einer Unionsrepublik nicht den Gesetzen einer anderen widersprechen.

*Driberg:* Führt die Dezentralisierung der Justizorgane möglicherweise zur Aufhebung der Einheitlichkeit des Strafmaßes in den Unionsrepubliken?

*Chruschtschow:* Juristisch ist das durchaus möglich. Schon jetzt gibt es in verschiedenen Republiken ein unterschiedliches Strafmaß für die gleichen Verbrechen. In jeder Republik gibt es eigene Strafgesetze, die in einigen Fällen unterschiedliche Strafmaßnahmen vorsehen.

*Driberg:* Offenbar bringen sie den unterschiedlichen Stand der Entwicklung der Unionsrepubliken zum Ausdruck. Ich möchte Ihnen von einem Mangel erzählen, der mir in Usbekistan aufgefallen ist. In einer Stadt bin ich in eine Feier von Baumwollbauern geraten. Die Feier war sehr interessant, es kamen viele Kolchosleute aus den umliegenden Dörfern zusammen. Auf dem Platz waren Pla-

<sup>250</sup> Nach Chruschtschövs schweren Vorwürfen gegen Stalin in seiner Geheimrede am 27.2.1956 wurden Maßnahmen eingeleitet wie insbesondere die Rehabilitation von zu Unrecht als Parteifeinden verurteilten Parteimitgliedern.

kate aufgehängt, welche die Trunksucht und andere Laster verurteilten. Als ich sie betrachtete, kam ein usbekischer Junge auf uns zu, und fragte etwas. Vom Dolmetscher erfuhr ich, dass er darum gebeten hatte, ihm die Aufschriften auf den Plakaten zu erklären. Sie waren in russischer Sprache verfasst, aber er konnte nur schlecht Russisch. Diese Tatsache zeigt, wie zuweilen eine gute Sache missraten kann. Schließlich sprechen die meisten Bewohner Usbekistans Usbekisch.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Das ist sehr schlecht, und ich wundere mich über die Dummheit der örtlichen Funktionäre.

*Driberg:* Nun möchte ich eine Frage zum Obersten Sowjet der UdSSR stellen. Ich kenne Ihren Standpunkt bezüglich des englischen Parlaments nicht, aber in einer Hinsicht könnte Ihnen unser Beispiel nützlich sein. Ich habe die so genannte „Stunde der Anfragen“ im Auge, bei der jedes Parlamentsmitglied eine Frage stellen und vom Minister Erklärungen fordern kann. Das gewährleistet eine rasche Prüfung von Beschwerden und gibt die Möglichkeit zur Kritik an der Regierung. Halten Sie es für nötig, etwas Ähnliches im Obersten Sowjet einzuführen?

*Chruschtschow:* Der Charakter und die Arbeitsweise des Obersten Sowjets der UdSSR und des englischen Parlaments unterscheiden sich voneinander. Das englische Parlament tagt das ganze Jahr über. Der Oberste Sowjet der UdSSR versammelt sich nur für eine bestimmte Zeit. Die Abgeordneten des Obersten Sowjets sind nicht von ihren sonstigen Verpflichtungen befreit, sie kommen nur periodisch zu Sitzungen zusammen, diskutieren Fragen und gehen wieder auseinander. Weil im englischen Parlament täglich Sitzungen stattfinden, ist es für die Parlamentsmitglieder leichter, sich Zeit für Fragen zu nehmen. Natürlich ist es demokratisch, Fragen zu stellen und Antworten darauf zu fordern. Das steigert sozusagen den Blutdruck der Minister, sie müssen immer auf der Hut sein, weil sie von den Abgeordneten jederzeit zu ihrer Arbeit befragt werden können.

Vielleicht sollten auch wir über so eine Form der Arbeit nachdenken. Jetzt kann ich nichts Bestimmtes dazu sagen, aber eine solche Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen. Die Idee von Anfragen im Parlament ist an sich gut, obwohl diese Prozedur im englischen Parlament allzu theatralisch in Szene gesetzt wird. Wir waren im Parlament bei den Fragen und Antworten. Praktisch dienen die Fragen und Antworten den Erfordernissen des Zweiparteiensystems.

Im Grunde stellt die Opposition die Fragen, nicht aber die Regierungspartei, und wenn sie es [doch] tut, dann sind es nur Fragen, die positive Antworten voraussetzen.

*Driberg:* Das stimmt bis zu einem gewissen Grad. Doch bei den Anfragen und Antworten teilt sich das Parlament nicht so scharf. Gegebenenfalls verlangt das Unterhaus insgesamt von der Regierung die Abschaffung von Unrecht gegenüber dem Bürger, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Die Abgeordneten agieren hier im Namen der Wähler ihres Wahlkreises. Man, vor allem mein Freund Guy Burgess, der jetzt in der Sowjetunion arbeitet, hat mir gesagt, dass der höchste Ausdruck der Demokratie in Ihrem Land die Parteiversammlungen

sind. Könnte ich eine Parteiversammlung besuchen? Könnten Sie Weisung erteilen, dass man mir dabei hilft?

*Chruschtschow:* Ich kann keine Weisung erteilen, aber ein gutes Wort für Sie einlegen kann ich.

*Driberg:* Ich habe ein sehr interessantes Gespräch mit Herrn Muchitdinow gehabt. Eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen Standpunkte, etwa in der Frage der Demokratie, ermöglicht ein tieferes Eindringen in die Frage.

*Chruschtschow:* Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie in unserem Land sind Partei-, Gewerkschafts- und andere Versammlungen der Werktätigen. Bei diesen Versammlungen kann man jede beliebige Frage stellen und eine Antwort darauf verlangen. Früher wurden bei uns auch Frage- und Antwortabende durchgeführt. Da konnte man Fragen stellen zu jedem Thema, und die Leiter der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und die Vertreter der Verwaltung mussten darauf antworten. Wenn sie nicht darauf vorbereitet waren, auf eine Frage zu antworten, dann waren sie verpflichtet, diese bei der nächsten Versammlung zu beantworten. Diese Praxis wurde von niemandem abgeschafft, nur ist sie heute nicht mehr obligatorisch.

*Driberg:* Natürlich, aber wenn diese Abende nicht obligatorisch sind, veranstalten die Leiter sie ungern. Wer hat schon Lust, auf unangenehme Fragen zu antworten? Ich denke nicht, dass unsere Minister sich freiwillig bereit erklären würden, Fragen zu beantworten.

*Chruschtschow:* Ja, die Bürokraten haben ihre eigene Psychologie. Bei uns gibt es ein gutes Mittel gegen die Bürokraten: den Massencharakter unserer Partei und die Pflicht zur Beantwortung der gestellten Fragen. Zwar kommt uns das manchmal auch teuer zu stehen. Ich habe dabei die Zeit im Auge. Auch bei uns gibt es Querulanten, die Beschwerden und Eingaben an alle Behörden schreiben. Kürzlich war ich in der Ukraine und kam oft mit dem Volk auf Versammlungen oder einfach auf der Straße zusammen. Viele haben sich mit Fragen und Beschwerden an mich gewandt. Einmal wandte sich eine alte Frau an mich. Sie war mit der Antwort der örtlichen Machtorgane nicht zufrieden. Der Kern ihrer Beschwerde war, dass zwei ihrer Söhne aus dem Kolchos ausgetreten sind und man ihnen daraufhin das Hofland<sup>251</sup> entzogen hat. Sie will dieses Hofland nutzen, wozu sie kein Recht hat. Ich habe ihr geantwortet, dass die Entscheidung der örtlichen Organe richtig war.

*Driberg:* Und ihr Haus hat sie behalten?

*Chruschtschow:* Nicht nur das Haus, sondern auch ein kleines Stück Hofland, wie es einer Person zusteht.

*Driberg:* Natürlich war ihre Beschwerde unbegründet. Auch in England gibt es solche Leute, die von Behörde zu Behörde gehen.

<sup>251</sup> Die Kolchosbauern hatten kleine private Landflächen, die sie für ihre eigenen Bedürfnisse nutzen konnten.

*Chruschtschow:* Es gab noch einen anderen Fall. An mich wandte sich die Frau eines Bergbauingenieurs, der zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden war dafür, dass während seiner Aufsicht ein Arbeiter in den Bergwerksschacht fiel und tödlich verunglückte. Die Frau des Häftlings behauptete, der Unglücksfall habe sich durch Verschulden des Arbeiters selbst ereignet, der keinen Sicherheitsgurt angelegt habe. Doch andererseits war der Ingenieur dazu verpflichtet, den Arbeiter nicht zur Arbeit zuzulassen, wenn dieser die sicherheitstechnischen Regelungen nicht einhielt. Ich habe die Gerichtsorgane der höheren Instanz gebeten, sich mit diesem Fall zu befassen.

*Driberg:* Und gibt es bei Ihnen in der UdSSR Organe, bei denen ein Beschuldigter gegen die Entscheidung des Gerichts Berufung einlegen kann?

*Chruschtschow:* Ja, die gibt es. Offenbar zog es jedoch die Frau des Ingenieurs in diesem Fall vor, sich zuerst an mich zu wenden.

*Driberg:* Sie haben sich ganz richtig verhalten. Ich selbst muss mich mit vielen derartigen Fällen befassen, wenn ich in meinem Wahlkreis bin. Wenn bei Ihnen Versammlungen stattfinden, sind dann Zeitungskorrespondenten dabei, und wird über diese Versammlungen in der Presse berichtet?

*Chruschtschow:* Ja, natürlich. Die Versammlungen der örtlichen Organisationen werden hauptsächlich in der örtlichen Presse beleuchtet. Wir haben keine Angst vor Kritik. Will man nach unseren Zeitungen urteilen, die viel kritisches Material enthalten, kann der Eindruck entstehen, dass bei uns alles schlecht ist und dass wir in einem Jahr den Zusammenbruch erleiden. Das haben die Feinde der Sowjetunion schon viele Male vorhergesagt, aber wir leben weiter, und von Jahr zu Jahr werden wir stärker. Mithin haben wir keine Angst davor, uns zu kritisieren. Sollen doch unsere Feinde schreien [wie sie wollen].

*Driberg:* Und wenn Sie die kritischen Bemerkungen nicht veröffentlichen würden, dann würden sie zu schreien anfangen, dass es bei Ihnen keine freie Meinungsäußerung gibt.

*Chruschtschow:* Darum handelt es sich gar nicht. Die Kritik hilft uns, Mängel zu entdecken und zu beseitigen. Unser Ziel ist der Aufbau des Kommunismus.<sup>252</sup> Und die Kritik hilft uns, die Hindernisse auf dem Weg zu diesem Ziel zu entfernen.

*Driberg:* Aber dennoch ist die Kritik in den Zeitungen zweitrangig. Das wichtigste Ausdrucksmittel für Kritik sind die Parteiversammlungen.

*Chruschtschow:* Die Kritik in der Presse ist eine sehr wichtige Sache, denn von dieser Kritik lernen nicht nur die, welche kritisiert werden, sondern auch die breite Masse der Leser. Die Kritik in der Presse ist öffentliche Kritik, Kritik für alle. Ohne Kritik in der Presse kann man nicht vorankommen.

<sup>252</sup> In der marxistisch-leninistischen Doktrin war der Kommunismus die – noch zu erreichende – höchste Stufe des sozialistischen Systems, auf der jeder ohne Weiteres alles erhalten würde, was er brauchte und wünschte.

*Driberg:* Was sind die Grenzen der Kritik? Kann sich beispielsweise der Redakteur einer Zeitung erkönnen zu erklären, dass Chruschtschow in der einen oder anderen Frage Unrecht hat?

*Chruschtschow:* Ja, er kann das.

*Driberg:* Sie werden gegenwärtig nicht kritisiert, weil die Leute Ihre breite Gemeinschaft mit dem Volk, die Reisen durch das Land begrüßen. Stalin zog es vor, in Moskau zu bleiben. Und unter Stalin konnte es überhaupt keine Kritik an seiner Person geben. Ich hoffe, dass diese umsichtige Haltung allmählich zunimmt.

*Chruschtschow:* Im Land ist gegenwärtig ein Aufschwung zu beobachten, wir haben merkbare Erfolge. Wo immer ich war, überall habe ich positive Reaktionen gehört auf die Maßnahmen der Partei und der Regierung. Was die Kritik an meine Adresse betrifft, so stehe ich vor dem ZK der KPdSU Rede und Antwort. Wenn meine Tätigkeit nicht der Politik der Partei entsprechen wird, werde ich öffentlich kritisiert werden. Wenn ein Genosse mit seiner Arbeit nicht zurecht kommt, wird er abgesetzt. Wenn er weiter trotz Warnungen auf seinen Fehlern beharrt, kann man ihn sogar aus der Partei ausschließen.

*Driberg:* Ich stimme Ihren mutigen Maßnahmen zur Liquidierung des Personenkults um Stalin zu. Können Sie sagen, dass die heutige kollektive Führung es Ihnen erlaubt, einer Wiederholung der traurigen Vergangenheit zu entgehen?

*Chruschtschow:* Ja, wenn wir von der nächsten Zukunft sprechen und nicht von einer weit entfernten Zeit. Schließlich ist auch der Personenkult um Stalin nicht plötzlich entstanden. Er hat sich allmählich entwickelt. Die Autorität Stalins wurde von den Menschen geschaffen, so wie in alten Zeiten in [der Region] Saporoschje die Grabhügel aufgehäuft wurden.<sup>253</sup> Jeder wirft eine Handvoll Erde hin, bis ein großer Berg entsteht. Die Entstehung des Personenkults hängt mit den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Menschen zusammen. Wir haben deshalb begonnen, den Personenkult zu kritisieren, damit wir eine Wiederholung in der Zukunft verhindern, damit wir alle zum Personenkult führenden Erscheinungen unter Beschuss halten. Wir nennen das Rückkehr zu Lenin. Lenin war sehr streng in dieser Hinsicht.

Zum Abschluss des Gesprächs dankt T. *Driberg* N. S. Chruschtschow für das Gespräch.

Aufgezeichnet von W. Michajlow

Unkorrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 551, Bl. 118-135

<sup>253</sup> Zaporoz'je ist heute eine Großstadt in der südlichen Ukraine. Im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit nannte man so die weiten Steppen dieser Gegend, auf denen die Kosaken mit ihren Pferden die Herren waren, bis sie im 17. und 18. Jahrhundert unter die Herrschaft der Moskauer Zaren gerieten. Die damals geschaffenen mächtigen Grabhügel für die Vornehmen werden als „Kurgane“ bezeichnet.

## 16. Gespräch Chruschtschows mit dem Mitglied der britischen Labour Party Konni Zilliacus am 18. Oktober 1956

Nach der gegenseitigen Begrüßung sagt *Zilliacus*, dass er außerordentlich froh darüber ist, wieder in der Sowjetunion zu sein und mit eigenen Augen die großen Veränderungen zu sehen, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben.

Ich war seit 1946 nicht mehr hier und es ist sehr schön zu sehen, was sich in dieser Zeit alles getan hat.

*Chruschtschow*: Uns ist Ihre positive Haltung gegenüber der Sowjetunion bekannt. Meine persönliche Meinung in dieser Sache ist die: Ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion ist folgerichtig und gerechtfertigt. Sie haben eine objektive Linie bezogen.

*Zilliacus*: Ich bin Ihnen für diese Einschätzung sehr dankbar.

Ich stelle mit Befriedigung fest, dass meine positive Haltung gegenüber der Sowjetunion in der Labour Party immer mehr Unterstützung findet, was sogar zum Ausdruck gekommen ist auf der letzten Konferenz der Labour Party, die kürzlich in Blackpool zu Ende ging. Dort gab es eine Art Wende. Früher hatte die Labour Party im Grunde eine negative Einstellung zu den Positionen der friedlichen Koexistenz und war letztlich an der Leine der Konservativen.

Es fand auch eine Wende bezüglich Deutschlands statt. Früher wurde von Labour nur eine Linie akzeptiert, die Linie der Einbindung Deutschlands in ein konservatives Westbündnis. Dagegen wird jetzt die Linie der Vereinigung Deutschlands im Rahmen eines gesamteuropäischen Vertrages, im Rahmen Europas akzeptiert.<sup>254</sup> Das ist ein großer Schritt nach vorn im Vergleich zu den noch kürzlich geäußerten Ansichten von Labour.

Die Resolution, die auf der genannten Konferenz der Labour Party in Blackpool verabschiedet wurde, hat diese Linie umrissen. In dieser Resolution kommt die Forderung zum Ausdruck nach Verhandlungen zwischen den vier Großmächten über die Lösung eines zweifachen Problems: der Organisation der Sicherheit in Europa und der Vereinigung Deutschlands auf friedlicher Basis. Insbesondere heißt es in der Resolution:

„a) Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier und demokratischer Wahlen;

b) allmählicher Abzug der Streitkräfte aus Deutschland, die von der NATO und der Sowjetunion kontrolliert werden.

Die Konferenz ist weiter der Ansicht, dass die Vereinigung Deutschlands als Beitrag zu dem im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen abgeschlossenen Pakt der allgemeinen Sicherheit für ganz Europa anzusehen ist.

<sup>254</sup> Seit der entsprechenden Stellungnahme Molotovs am 10.2.1954 auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz trat die UdSSR für den Aufbau eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit ein, das an die Stelle der gegeneinander gerichteten Bündnisse treten sollte. Nicht in ihrem Sinne war das Verlangen der Labour Party nach Vereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen. Wenn diese vor dem gleichzeitig geforderten Abzug der sowjetischen westlichen Truppen aus Deutschland durchgeführt wurden, waren sie nicht geeignet, die Parteiherrschaft der SED-Regime aufrechtzuerhalten. Wenn hingegen erst danach gewählt wurde, konnten die Kommunisten die militärische Macht voll nutzen, über die allein sie in dem geteilten Land verfügten.

Der erfolgreiche Abschluss eines Abkommens, das diese Prinzipien verkörpert, würde der Spaltung Europas ein Ende machen [und] könnte der Ausgangspunkt für ein Abkommen über eine Politik der allgemeinen systematischen Abrüstung sein und als Grundlage für die Hoffnung auf eine freie Entwicklung der demokratischen Institutionen in den osteuropäischen Ländern dienen.“

Das Exekutivkomitee der Labour Party wollte diese Resolution nicht annehmen. Doch als klar wurde, dass für diese Resolution mehr als drei Millionen Stimmen abgegeben werden würden, war das Exekutivkomitee der Partei gezwungen, unsere Resolution anzunehmen. Diese Resolution wird als eine Art Grundlage für die Arbeit der linken Kräfte in der Labour Party dienen.

Die Führer der Labour Party hatten Angst vor einer Spaltung. Sie standen in ihrer Mehrheit in der deutschen Frage auf den früheren Positionen. Aber wir haben erklärt, die Russen sind schließlich nicht von gestern, sie kennen die Lage gut, und man muss ihren Standpunkt berücksichtigen.

*Chruschtschow:* Sie haben die letzten Stellungnahmen Adenauers nicht gelesen? Diese Stellungnahmen bestätigen schließlich unsere Warnungen, dass die deutschen Militaristen gleich die ganze Hand nehmen, wenn man ihnen den kleinen Finger gibt. Adenauer wirft jetzt Amerika vor, dass die USA wegen eigennütziger Ziele keine Ausrüstung der Armee der Bundesrepublik Deutschlands<sup>255</sup> mit Atomwaffen zulassen. Er behauptet, die USA wollten das Atomwaffenmonopol der USA und der UdSSR festigen, und die USA könnten sich bei für sie günstigen Umständen mit der Sowjetunion eine Verstärkung dieses Monopols vereinbaren. Adenauer kämpft für die Schaffung einer Union der europäischen Länder zur Atomwaffenproduktion,<sup>256</sup> natürlich ohne Beteiligung der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie. Es ist klar, dass in dieser Union nach Adenauers Ansicht die Führungsrolle Deutschland gebührt.

*Zilliacus:* Ja, so ist es.

*Chruschtschow:* Und was heißt das? Was folgt daraus, dass Deutschland die führende Macht in der Union der europäischen Länder sein wird? Das heißt, Adenauer will ohne Krieg erreichen, was Hitler sich dachte: alle anderen Länder Europas in Untergebene, in von Deutschland Abhängige zu verwandeln.

*Zilliacus:* Mir scheint, er kommt dabei zu spät. Nach meiner Ansicht ist er der letzte Mohikaner des Kalten Krieges.

Wissen Sie, welche Empörung in den europäischen Ländern der Beschluss der Bonner Regierung ausgelöst hat, frühere SS-Leute in die deutsche Armee aufzunehmen?<sup>257</sup>

<sup>255</sup> Auf sowjetischer Seite setzte man an dieser Stelle statt des Nominativs den Genitiv, um deutlich zu machen, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht das ganze Land sei, sondern nur einen Teil davon bilde.

<sup>256</sup> Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten schlossen am 25. März 1957 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), der die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie vorsah. Die UdSSR erklärte aber weiter, dass mit dem Vertrag der Zweck der nuklearen Rüstung verfolgt werde.

<sup>257</sup> Ein solcher Beschluss wurde nie gefasst. Die Bundesregierung war im Gegenteil bemüht, das Eindringen nationalsozialistischer Elemente in die Bundeswehr zu verhindern. Es wurde ein mit Ver-

*Chruschtschow:* Ja, das ist bekannt. Das Geschehen entwickelt sich, wie Sie sehen, auf der [ganzen] Linie so, wie wir es auch vermutet haben.

*Zilliacus:* Ich stimme Ihnen zu.

*Chruschtschow:* Wir haben gesagt, dass für England und Frankreich engere Beziehungen zur Sowjetunion von Vorteil wären, weil die Militarisierung Deutschlands für sie eine überaus große Gefahr bildet. Bekanntlich ist Frankreich schwächer als Deutschland, es kann als Erster den Schlag des militaristischen Deutschlands abbekommen. Danach ist England an der Reihe. Die deutschen Militaristen beabsichtigen offenbar, Frankreich und England nacheinander zu zerschlagen. Wenn im letzten Krieg noch die deutschen V-1-Geschosse<sup>258</sup> eine ernste Gefahr für England bildeten, werden in einem künftigen Krieg diese Geschosse ein Kinderspielzeug sein im Vergleich zu der neuen Technik. Wir wollen keinen Krieg und suchen ihn mit allen Mitteln zu verhindern. Wir treten ein für den Weg der Abrüstung, wir treten ein für die friedliche Koexistenz zwischen den Ländern,<sup>259</sup> für die Schaffung freundschaftlicherer Beziehungen mit Frankreich, England und anderen Ländern. Wenn es kein gutes Einvernehmen zwischen unseren Ländern gibt, wird Deutschland das ausspielen.

Ich bitte Sie, mich richtig zu verstehen. Wir haben keine Angst vor Deutschland. Wenn die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg standgehalten hat und daraus gestärkt hervorgegangen ist, so sind wir jetzt um ein Vielfaches stärker als damals. Zudem haben in Europa und Asien tief greifende Veränderungen stattgefunden. Volkschina, das über gewaltige Menschenressourcen verfügt, ist unser großer Verbündeter geworden. Es ist unser stabiles Hinterland, so wie umgekehrt auch wir das Hinterland für die Chinesische Volksrepublik<sup>260</sup> bilden.

Wenn uns damals Hitler-Deutschland keine Angst gemacht hat, so haben wir jetzt umso weniger Angst vor Deutschland. Aber wir bestehen darauf, dass man keinen neuen Krieg zulassen darf, denn ein solcher Krieg könnte zu kolossalen Verlusten führen. Aufgrund der modernen Technik lässt sich jede Region Europas dem Erdboden gleichmachen – schließlich braucht man keine Bomber mehr hinzuschicken, man muss lediglich Startanlagen bauen, damit die Raketen-geschosse in die richtige Richtung fliegen.

Wir wollen aufrichtig die friedliche Koexistenz zwischen den Ländern und die Drohung eines neuen Krieges verhindern.

*Zilliacus:* Ich verstehe die diesbezüglichen Bemühungen der sowjetischen Regierung gut. Erlauben Sie mir die Frage nach Ihrer Meinung zu den inneren Verhältnissen in der Deutschen Bundesrepublik ist. Adenauer verliert dort schnell an

tretern aller Parteien, also auch der sozialdemokratischen Opposition, besetzter Personalprüfungsausschuss geschaffen, dem sich alle früheren Soldaten vorstellen mussten. Dabei wurden manche Hoffnungen auf Wiedereinstellung enttäuscht.

<sup>258</sup> Vor allem gegen London abgeschossene raketenähnliche Flugkörper, deren nähere Einschlagsorte sich nicht bestimmen ließen.

<sup>259</sup> Das auf dem XX. KPdSU-Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 zur außenpolitischen Leitlinie erklärte Prinzip der friedlichen Koexistenz bezog sich ausdrücklich auf die „Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“, das heißt auf jenen Bereich der internationalen Beziehungen, in dem eine Konfrontation zum Kernwaffenkrieg führen konnte.

<sup>260</sup> So die in der UdSSR übliche Bezeichnung statt des offiziellen Staatsnamens Volksrepublik China.

Einfluss, der Einfluss der deutschen Sozialdemokraten wächst. Können die Sozialdemokraten in nächster Zeit siegen und an die Macht kommen?

*Chruschtschow:* Wir haben keine festen Kontakte mit den deutschen Sozialdemokraten. Natürlich, es gab Treffen mit einigen der deutschen Sozialdemokraten. Es ist bekannt, dass sie ihre eigene Einstellung uns gegenüber haben. Aber ich denke nicht, dass bei den bevorstehenden Wahlen die deutschen Sozialdemokraten siegen werden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass Adenauer ein sehr geschickter Demagoge und erfahrener Propagandist ist. Er nützt alles, um seine Position zu festigen. Ich denke, dass viel davon abhängen wird, ob es den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschlands<sup>261</sup> gelingt, sich eine feste Basis zu verschaffen. Aber dass der Einfluss Adenauers zurückgeht, ist zweifellos eine Tatsache. Wenn er wieder die Mehrheit im Parlament der DBR [Deutschen Bundesrepublik]<sup>262</sup> hat, wird er trotzdem stärker genötigt sein, der Stimmung der Unzufriedenheit in Westdeutschland im Zusammenhang mit seiner Politik Rechnung zu tragen. Doch von einer Niederlage Adenauers zu sprechen, ist verfrüht.

*Zilliacus:* Dem kann man nur zustimmen.

*Chruschtschow:* Man darf das, was man sich wünscht, nicht als Tatsache ansehen. Ihnen ist schließlich sehr gut bekannt, dass es dort, wo die bürgerliche Demokratie herrscht, nicht selten geschieht, dass „Zufälle“ eine große Rolle bei den Resultaten der Parlamentswahlen spielen. Irgendeine Partei wendet vor den Wahlen einen erfolgreichen Trick an und die Wähler schwanken von einer Seite zur anderen und stimmen nicht selten gegen sich selbst.

*Zilliacus:* Das ist natürlich wahr, aber es gibt andere, beständigere Faktoren, die auf die Bildung der öffentlichen Meinung einwirken. In letzter Zeit wird immer klarer, dass die Deutschen den Glauben an Adenauers Politik verlieren. Unter diesen Umständen ist die bei der Konferenz der Labour Party verabschiedete Resolution zu Deutschland für uns, die Labour-Politiker, ein Schritt nach vorne. Finden Sie das nicht?

*Chruschtschow:* Es fällt mir schwer, zu dieser Frage irgendetwas zu sagen, da ich die Arbeit Ihrer Konferenz zu wenig aufmerksam verfolgt habe. Zu dieser Zeit hatte ich, wie Sie vermutlich wissen, eine Zusammenkunft mit Gen. Tito, und es war mir nicht möglich, die Unterlagen Ihrer Konferenz eingehend zu studieren, und danach vermochte ich nicht mehr auf diese Unterlagen zurückzukommen und sie genau zu studieren.

*Zilliacus:* Ich möchte gerne Ihre Meinung zu dem Punkt der Resolution erfahren, den ich Ihnen vorgelesen habe. Daraus wird deutlich, dass wir für die Vereinigung Deutschlands sind, aber außerhalb des Rahmens der NATO.

<sup>261</sup> Mit dieser vom offiziellen Staatsnamen abweichenden Formulierung gab die UdSSR der Ansicht Ausdruck, dass die Bundesrepublik nur ein Teil Deutschlands sei und nicht für das ganze deutsche Volk sprechen könne.

<sup>262</sup> Abkürzung für: Deutsche Bundesrepublik (parallel zu: Deutsche Demokratische Republik), um den Teilcharakter des westdeutschen Staates hervorzuheben.

*Chruschtschow:* Ich muss Ihnen sagen, dass wir glauben, eine mechanische Vereinigung Deutschlands sei unmöglich. Sogar die deutschen Sozialdemokraten sprechen jetzt davon. Die Umstände zwingen sie dazu. Was würde eine mechanische Vereinigung der beiden deutschen Staaten bedeuten? Das würde bedeuten, den Bauern der Deutschen Demokratischen Republik das erhaltene Land zu nehmen, das würde bedeuten, den deutschen Arbeitern die Werke und Fabriken zu nehmen, über die sie jetzt in der Deutschen Demokratischen Republik verfügen, und alles in die Hände der Kapitalisten zu geben.

*Zilliacus:* Ja, so ist die Lage der Dinge.

*Chruschtschow:* Und die Sozialdemokraten begreifen, wenn sie sich für eine mechanische Vereinigung der zwei Deutschlands einsetzen würden, hieße dies, dass sie sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft wenden. Schließlich sagen sie doch, dass sie die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Und genau das kommt nach meiner Ansicht in Ihrer Resolution nicht zum Ausdruck.

*Zilliacus:* Ja, das steht in unserer Resolution nicht.

*Chruschtschow:* Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten muss schrittweise, in Etappen erfolgen. Beide deutschen Staaten müssen eine geeignete Grundlage für diese Vereinigung finden. Die Geschehnisse sprechen dafür, dass sich die Sache in diese Richtung bewegt.

Man wirft uns zuweilen vor, dass wir ein kommunistisches Deutschland wollen. Ja, wir sind Kommunisten und möchten natürlich, dass Deutschland ein kommunistischer Staat wird. Wären wir denn dagegen, dass die Arbeiterklasse in England die Macht in ihre Hände nimmt und England ein kommunistischer Staat wird!? Wir sind Kommunisten und wünschen, dass die Arbeiterklasse, die Werk-tätigen aller Länder eine Gesellschaftsordnung hat, die ihren fundamentalen Klasseninteressen entspräche. Aber die Umstände im heutigen Deutschland sind dafür noch nicht herangereift. Das muss man begreifen und berücksichtigen.

Weiter beschuldigt man uns, wir wollten anderen Ländern die sozialistische, kommunistische Gesellschaftsordnung mit Gewalt aufzwingen. Dabei vergisst man, dass wir schließlich die Geschichte ebenfalls gut kennen [und] wissen, dass es zu Situationen gekommen ist, in denen sich die Eroberer der Assimilation derer unterwarfen, die sie erobert hatten. Das bezeugen zahlreiche Beispiele der Geschichte. Es wäre töricht, damit nicht zu rechnen und uns als Befürworter einer gewaltsamen Etablierung kommunistischer Regime in Deutschland und in anderen Ländern hinzustellen.

*Zilliacus:* Ich habe Ihre Rede auf dem XX. Parteitag und andere Unterlagen zu der Frage aufmerksam gelesen und begreife das. Aber die Verteidiger der alten kapitalistischen Verhältnisse können nicht daran glauben, dass Revolutionen von den Völkern der Länder ausgehen, in denen sie stattfinden.

*Chruschtschow:* Der große Lenin war ein einzigartig kluger, talentierter und großer Lehrer. Er hat diese Situation sehr gut erklärt. Aber bekanntermaßen hat erst 1917, als die dafür notwendigen Bedingungen in Russland herangereift waren, die sozialistische Revolution stattgefunden, und die Arbeiterklasse ist an die

Macht gekommen. Selbst der große Lenin hat es natürlich nicht vermocht, den Sieg der Revolution vorher herbeizuführen. Das ist die Wahrheit. Sie ist den Marxisten durchaus bekannt. Ich denke, dass viele Vertreter der Bourgeoisie das gut begreifen, doch sie stellen die Sache hartnäckig so dar, wie es für sie von Vorteil ist, und nicht so, wie es der Wirklichkeit entspricht.

*Zilliacus:* Ich habe immer die marxistischen Positionen objektiv darzulegen gesucht, ich habe mich bemüht, in der Labour Party für das richtige Verständnis in dieser Frage zu sorgen.

*Chruschtschow:* Doch nehmen die Labour Party und die Konservativen in dieser Frage dieselbe Position ein. Vor dem Zweiten Weltkrieg war das, soweit ich weiß, anders.

*Zilliacus:* Ja, das ist so. Als die Labour Party in England an die Macht kam, geriet sie stark unter den Einfluss der konservativen Beamten, die in den staatlichen Apparaten Englands saßen.

Bei uns wächst jetzt ebenfalls das Bewusstsein der Massen. Labour bemüht sich darum, den wechselseitigen Einfluss von Außen- und Innenpolitik zu erläutern. Wir bemühen uns darum, damit die Massen die internationale und innenpolitische Lage besser kennen.

Auf der kürzlichen Konferenz der Labour Party habe ich einen Resolutionsentwurf unterbreitet, der den ablehnenden Standpunkt der Labour Party bezüglich einer Zusammenarbeit mit den englischen Kommunisten bekräftigte, aber auf die Zweckmäßigkeit der Anbahnung von Arbeitsbeziehungen mit den regierenden Parteien in den Ländern hinwies, mit denen wir im Zustand des Kalten Krieges waren. Die Rechten von Labour haben gesagt, das bedeute eine Einheitsfront hinter der einen Tür.<sup>263</sup> Ich muss Ihnen sagen, dass die kommunistische Partei in England eine sehr schwache Partei ist.

Ich trete folglich dafür ein, dass wir, die Leute von Labour, engere Kontakte mit den kommunistischen Parteien anderer Länder unterhalten, die bestehende negative Haltung gegenüber der kommunistischen Partei Englands aber beibehalten. Mein Resolutionsentwurf wurde abgelehnt. Dass mein Vorschlag nicht durchgekommen ist, lässt erkennen, dass die Labour Party Englands dazu noch nicht bereit ist. Als mir mehrere bekannte Politiker der Labour Party widersprachen, sagten sie, man wisse angeblich nicht, welche Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und den kommunistischen Parteien der anderen Länder bestünden. Aber das hat doch damit nichts zu tun. Wir müssen unsere gemeinsamen Ziele verfolgen: die Liquidierung des Kalten Kriegs und des Wettrüstens. Schließlich spielt das jetzt die Hauptrolle.

Ich muss Ihnen sagen, dass die Presse bei uns, in England, in den Händen von Leuten ist, die sehr viel Geld haben und Ihnen, der Idee der friedlichen Koexistenz des sozialistischen und kapitalistischen Systems nicht gerade freundschaft-

<sup>263</sup> Als Einheitsfront wurde unter den Linken ein gegen die bürgerlichen Parteien gerichteter Zusammenschluss bezeichnet. Mit dem Zusatz, dass diese [nur] hinter einer Tür bestünde, ist gemeint, dass diese nur mit den ausländischen, nicht aber den einheimischen Kommunisten beabsichtigt sei.

lich gegenüberstehen. Sie zeigen Unwillen auch gegenüber der Propagierung der Idee der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern.

Ich stelle Ihnen viele Fragen, erlauben Sie mir, noch eine zu stellen. In Ihrer Rede auf dem [XX.] Parteitag [der KPdSU]<sup>264</sup> gibt es eine sehr wichtige Stelle zu den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien der westlichen Länder und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Hat es denn Schwierigkeiten bei den wechselseitigen Beziehungen zwischen diesen Parteien gegeben? In der veröffentlichten „Deklaration über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“<sup>265</sup> gibt es eine Reihe von sehr interessanten Bestimmungen.

*Chruschtschow:* Ich muss Ihnen ganz offen sagen, dass sich die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien bei uns auf Grundlage der Bestimmungen entwickeln, die in den Beschlüssen des XX. Parteitags festgelegt worden sind. Sie entwickeln sich so, wie wir und die Kommunisten der anderen Länder das wollen. Von der Festigung der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien ist auch in der Deklaration die Rede, auf die Sie hingewiesen haben. Es lässt sich sagen, dass wir uns nach Unterzeichnung der Deklaration von der Richtigkeit der Bestimmungen überzeugt haben, die in der „Deklaration über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ festgelegt worden sind, wir haben uns von dem Nutzen überzeugt, den die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Parteien bringt. Unsere kürzliche Zusammenkunft mit Gen. Tito<sup>266</sup> hat noch bessere Voraussetzungen für unser gegenseitiges Verstehen geschaffen.

Es gibt jedoch auch einige „aber“ (das sage ich Ihnen persönlich, weil wir das nicht an die große Glocke hängen wollen). Die Kommunistische Partei der Sow-

<sup>264</sup> Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25. Februar 1956 statt. Im einleitenden Rechenschaftsbericht des ZK, den Chruschtschow vortrug, wurden wesentliche Veränderungen in den Außenbeziehungen von Partei und Staat vorgenommen.

<sup>265</sup> Diese Erklärung wurde während des Besuchs von Chruschtschow und Bulganin bei Tito in Belgrad vom 26. Mai bis 2. Juni 1955 vereinbart. Das darin enthaltene Bekenntnis zur wechselseitigen Respektierung der politischen Selbständigkeit sollte nach sowjetischer Absicht der Wiederherstellung der Gemeinsamkeit dienen, die bis 1948 bestanden hatte, doch wurde das Entstehen neuer Konflikte dadurch nicht verhindert. Zuweilen ging es dabei auch darum, dass die UdSSR Kritik am Ausmaß der Selbständigkeit übte, das die jugoslawische Seite für sich beanspruchte.

<sup>266</sup> Nachdem sich die sowjetische Führung am 31. Oktober 1956 zur militärischen Intervention in Ungarn entschlossen hatte, besprach Chruschtschow am 2./3. November auf der Insel Brioni die Ereignisse mit Tito. Dieser hatte zwar zunächst Unterstützung für die ungarischen Demonstrationen bekundet, weil er erwartete, diese würden den jugoslawischen Kurs des eigenständigen Wegs zum Sozialismus einschlagen, wandte sich dann aber, wie die Stellungnahme seines Botschafters in Budapest am 31. Oktober deutlich machte, von ihnen ab, weil die inzwischen ins Auge gefasste Einführung eines Mehrparteiensystems seiner Vorstellung der Führung durch die Kommunisten widersprach. Daher stimmte er dem Einsatz sowjetischer Waffengewalt zur Ablösung der Regierung Imre Nagy durch ein Kabinett unter János Kádár zu. Fortan bemühte sich Tito um Wahrung eines gewissen Abstands gegenüber der sowjetischen Politik und um die Ausschaltung aller Vertreter des bisherigen ungarischen Regimes von Ernő Gerő, aber zugleich um die Aufrechterhaltung der dortigen Einparteierrschaft. Obwohl die Kremlführung bei der Regelung der Verhältnisse in Budapest seiner Vorstellung entsprach, kam es zeitweilig zu einer Anspannung der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad, die jedoch beigelegt wurden, als die UdSSR die Dinge in Ungarn endgültig entschieden hatte.

jetunion und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens sind in einigen Fragen unterschiedlicher Auffassung. Worin kommt das zum Ausdruck?

Erstens in der Frage der Klassensolidarität und der internationalen Arbeitersolidarität, der Koordination unseres Vorgehens.

Was heißt das? Das besagt nicht, dass einer dem anderen seine Ideen aufzwingen kann, dass einer in die staatlichen Angelegenheiten anderer sich einmischen kann. Wir dürfen Staats- und Parteibeziehungen nicht miteinander vermischen, weil das verschiedene Dinge sind. Wenn wir von Klassensolidarität reden, heißt das, dass wir stets mit der Arbeiterklasse, mit den Werktätigen der anderen Länder sympathisieren, uns mit ihrem Kampf für ihre legitimen Rechte solidarisieren müssen. Natürlich heißt das überhaupt nicht, zu ihrer Hilfe die Rote Armee in Bewegung zu setzen oder uns irgendwie in die internen Angelegenheiten der anderen Länder einzumischen. Ich weise auf ein Ihnen gut bekanntes Beispiel hin: 1926, als die englischen Bergleute streikten,<sup>267</sup> hat ihnen die Arbeiterklasse, haben ihnen die Werktätigen unseres Landes als Zeichen der Solidarität mit den englischen Bergleuten materielle und moralische Unterstützung erwiesen.

*Zilliacus*: Daran erinnere ich mich gut.

*Chruschtschow*: Das war keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Englands, das war von Genossen erwiesene Hilfe der Arbeiter der Sowjetunion für die englischen Arbeiter. Wir stehen auf diesem Standpunkt; die jugoslawischen Kommunisten stehen auch auf diesem Standpunkt, aber verschaffen ihm zu wenig Geltung.

Zweitens gibt es zwischen den Staaten des sozialistischen Lagers Verbindungen; es erfolgt eine gewisse Koordination der gemeinsamen Aktivitäten im Sinne der Verteidigung der sozialistischen Positionen gegen die bourgeoise Reaktion. Die jugoslawischen Genossen behaupten, dass sie außerhalb der Gruppierungen stehen, dass sie nicht zum sozialistischen Lager gehören.<sup>268</sup> Wir sind der Meinung, das schadet den Interessen der Arbeiterklasse.

Die Sowjetunion ist ein sozialistischer Staat, in dem es keine ausbeutenden Klassen gibt. Unsere Gesellschaft besteht aus Arbeitenden: der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz. Und das Ziel aller Sowjetmenschen ist, den Kommunismus aufzubauen,<sup>269</sup> ständig das Leben der Werktätigen zu verbessern.

Der jugoslawische Staat ist ebenfalls ein Staat, in dem die Macht den Werktätigen gehört. Unter anderem muss man feststellen, dass die Bauern bei ihnen [ein Faktor der] Spontaneität<sup>270</sup> sind, und das kann den Jugoslawen noch viele Sorgen

<sup>267</sup> Nach Aussperrung der gegen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen protestierenden Bergleute rief der britische Gewerkschaftsverband (Trades Union Congress) zu einem landesweiten Generalstreik auf, der vom 4. bis 12. Mai dauerte und die Regierung zum Einsatz von Truppen veranlasste.

<sup>268</sup> Das ergab sich aus der erklärten Zugehörigkeit Jugoslawiens zur Blockfreienbewegung, in der Tito eine führende Rolle spielte.

<sup>269</sup> Nach sowjetischer Auffassung war der Kommunismus das – erst noch zu erreichende – höchste Stadium des sozialistischen Systems. Dann würden die Bedürfnisse und Wünsche aller befriedigt werden.

<sup>270</sup> Spontaneität hatte im marxistisch-leninistischen Denken eine negative Konnotation als das, was sich der geforderten gesellschaftlichen Regelung entzog.

bereiten. Sie kennen wahrscheinlich Lenins Äußerungen über die Bauern, als sich in unserem Land eine allmähliche Aufspaltung der bäuerlichen Bevölkerung vollzog: Ein Teil der Bauern verarmte, der andere, kleinere Teil wurde [immer] reicher. Das russische Dorf gebar damals, wie Wladimir Iljitsch Lenin bildhaft sagte, täglich und stündlich den Kapitalismus. Die jugoslawischen Genossen verstehen diese Lage offenbar, sie verfügen Beschränkungen hinsichtlich der Großbauern,<sup>271</sup> aber das löst das Problem nicht.

Die jugoslawischen Genossen beziehen die richtigen Positionen, wenn sie sich mit der Kollektivierung der Landwirtschaft befassen. Davon zeugt die Erklärung von Gen. Tito. Die Frage des Kollektivierungstempos ist für Jugoslawien eine Frage der inneren Ordnung, hier kann es keine speziellen Differenzen geben, und die Auffassung kann verschieden sein.<sup>272</sup> Als zum Beispiel die chinesischen Kommunisten die Notwendigkeit der Kollektivierung der Landwirtschaft in ihrem Land proklamierten, hatten manche bei uns Zweifel, ob es unsere chinesischen Freunde schaffen würden, diese Maßnahmen zu verwirklichen. Doch die Zeit verging, die kommunistische Partei Chinas hat die ins Auge gefassten Maßnahmen mit Erfolg durchgesetzt ungeachtet dessen, dass es, wie ich schon sagte, manchen so schien, China sei darauf noch nicht vorbereitet. Aber die chinesischen Genossen haben es mit Erfolg gemacht, und sie haben es gut gemacht!

Folglich kann es unterschiedliche Auffassungen in einer Reihe von Einzelpunkten geben. Doch gibt es grundlegende Differenzen zwischen den Kommunisten der Sowjetunion und den jugoslawischen Kommunisten? Nein. Wir haben eine etwas unterschiedliche Auffassung in einer Reihe von Fragen, und das ist nicht überraschend. Sogar in unserer Partei hat es das schon gegeben und das kann es auch wieder geben. Wollte man eine Normierung etablieren, hieße das die Diktatur einer Person zu etablieren, in der diese Person den anderen ihren Willen und ihre Schlussfolgerungen diktiert. Wir, die Kommunisten, lehnen das ab. Wir haben abgelehnt, was damals zu Lebzeiten Stalins war. Ich muss Ihnen sagen, das war keine so einfache Sache, aber wir haben es gemacht um der Entwicklung unserer Gesellschaft willen, denn es musste gemacht werden.

Wieso sollte man nicht verschiedene Ansichten in einigen Fragen unter den Bruderparteien zulassen? Wir haben ein etwas unterschiedliches Verständnis in einigen Fragen zwischen den Kommunisten der Sowjetunion und den Kommunisten anderer Länder, aber das hindert uns nicht daran, mit diesen Parteien in Freundschaft verbunden zu sein. Das ist eine unerlässliche Voraussetzung für die brüderliche Gemeinsamkeit von Genossen.

<sup>271</sup> Im russischen Text steht *kulačestvo*, d. h. Kulakentum. Damit wurden von Lenin und seinen Nachfolgern die besser gestellten Bauern bezeichnet, die als Klassenfeinde auf dem Lande betrachtet und bekämpft wurden. Die für sie gewählte Bezeichnung *kulak* bedeutet „Faust“. Damit sollten sie als Leute gebrandmarkt werden, deren soziale Stellung auf brutaler Gewalt beruhe.

<sup>272</sup> Für den Übergang der osteuropäischen Länder zum Sozialismus hatte Stalin eine Reihenfolge von Stadien festgelegt. Die Kollektivierung der Landwirtschaft war nicht zu Anfang, sondern erst später vorgesehen. Daran orientierte sich auch Tito, ließ aber nach dem Bruch mit Stalin die demgemäß ins Auge gefasste Kollektivierung der Landwirtschaft fallen, weil er die damit verbundenen innenpolitischen Konflikte in der gespannten außenpolitischen Situation nicht brauchen konnte. Prinzipiell hielt er, vor allem nach dem Versöhnungsbesuch Chruščëvs und Bulganins in Belgrad im ausgehenden Frühjahr 1955, weiter an der Notwendigkeit dieser Maßnahme fest.

Bei der Erörterung der Beziehungen der Sowjetunion zu Jugoslawien betone ich, dass es kaum länger als ein Jahr her ist, seit die anomalen Beziehungen zwischen unseren Ländern liquidiert worden sind, doch jetzt scheint es uns so, als seien schon über zehn Jahre vergangen – so große Veränderungen haben sich vollzogen. Alles Ungute, was vor kurzer Zeit noch da war, ist sozusagen in der Tiefe des Meeres versunken.

Es ist auch zu berücksichtigen, dass es im jugoslawischen Bund der Kommunisten viele Abkömmlinge aus anderen Parteien gibt. Sie wissen, dass solche Muttermale einen Menschen oft bis ins Grab begleiten, noch lange bleiben Gewohnheiten und alte Ansichten bestehen. All das muss man im Auge behalten.

Doch insgesamt verläuft der Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien und zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens weit besser, als wir angenommen haben, als wir uns 1955 in das Flugzeug setzten, um zu den Verhandlungen nach Belgrad zu fliegen.

Warum sind in der bourgeoisen Presse nicht wenige Stimmen zu vernehmen, die eine Vielzahl von Ansichten über Differenzen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien äußern? Deswegen, weil das für die Kräfte der Reaktion von Vorteil ist. Davon werden jedoch unsere Beziehungen nicht schlechter.

*Zilliacus:* Als Sie über die internationale Klassensolidarität, über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Klassen sprachen, haben Sie gesagt, Sie stehen fester auf dem Standpunkt der internationalen Klassensolidarität als die Jugoslawen. Sie haben gesagt, dass die sowjetischen Kommunisten an diese Solidarität glauben und die Jugoslawen ebenso, aber sie zu wenig verwirklichen. Sie haben dafür das überzeugende Beispiel mit den englischen Bergleuten angeführt. Welche Unterschiede bestehen denn in den Ansichten?

*Chruschtschow:* Wir glauben, dass die Arbeiterklasse nach ihrem Sieg in einem Land der Arbeiterklasse in anderen Ländern dabei helfen muss, ihre Befreiung zu erreichen. Ich führe folgendes Beispiel an: Wenn wir annehmen (obwohl das wenig wahrscheinlich ist), die Arbeiterklasse der USA nimmt in ihrem Land die Macht in ihre Hand, dann würde ich das mit Freuden begrüßen, wie dies auch die Arbeiter aller Länder begrüßen würden.

*Zilliacus:* Ich ebenfalls würde das begrüßen.

*Chruschtschow:* Die Klassensolidarität erfordert es, die Aktivitäten der Arbeiterklasse in allen Ländern miteinander zu verbinden, in denen die Arbeiterklasse gesiegt hat. Wir sagen, dass jetzt das sozialistische Weltlager wächst und stärker wird. Die jugoslawischen Genossen sagen, wir Jugoslawen gehören angeblich nicht zu diesem Lager. Aber wozu gehören sie denn dann? Die Kapitalisten Frankreichs, Englands und anderer Länder gehören zur NATO, die von ihnen geschaffen wurde. Und das ist logisch – die Kapitalisten stärken ihre Positionen, sie sprechen ganz offen darüber. Doch wieso glauben die jugoslawischen Genossen, die in ihrem Land große Errungenschaften bei der Stärkung der sozialistischen Positionen erzielt haben, dass sie sich außerhalb Lagers des Sozialismus

befinden müssen? Eine überzeugende Erklärung für diesen Standpunkt haben sie nicht. Und darin kommt ihr Mangel an Konsequenz zum Ausdruck.

*Zilliacus:* In Ihrem [Rechenschafts-]Bericht auf dem XX. Parteitag und in anderen Stellungnahmen haben Sie gesagt, dass neben dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Imperialismus eine Gruppierung von Ländern besteht, die nicht zu diesen beiden Lagern gehört. Sie haben das als positiven Faktor vermerkt.

*Chruschtschow:* Sie haben meinen Gedanken zwar nicht ganz genau, aber doch richtig verstanden. Es gibt tatsächlich eine Gruppe von Ländern, die weder zum kapitalistischen noch zum sozialistischen Lager gehören. Zu diesen Ländern lassen sich Indien, Burma, Indonesien und andere Länder zählen, die sich von der kolonialen Versklavung befreit haben. Diese Länder tun ihre ersten Schritte. Aber die Jugoslawen kann man doch nicht zu diesen Ländern zählen, sie stehen schon weit höher. Bei ihnen gibt es keine Herrschaft der Kapitalisten; Jugoslawien ist ein Staat sozialistischen Typs. Aber zugleich sagen die jugoslawischen Genossen, dass Jugoslawien weder zum kapitalistischen noch zum sozialistischen Lager gehört. Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus liegt darin mangelnde Konsequenz.

*Zilliacus:* Sie [die Jugoslawen] stellen sich auf den Standpunkt der UNO-Charta.

*Chruschtschow:* Aber die Positionen der UNO-Charta sind doch sehr biegsame Positionen.

*Zilliacus:* Ich muss Ihnen sagen, dass ich für die Auflösung der NATO war und bin. Sie wissen vermutlich, dass ich deswegen seinerzeit aus der Labour Party ausgeschlossen wurde. Als ich wieder zurückkam, bin ich erneut für das eingetreten, was ich 7 Jahre vorher gefordert hatte, und das tue ich auch heute noch. Ich habe meine Positionen bezüglich der NATO nicht geändert, und deswegen nennen mich manche Rechte einen Bourbonen.<sup>273</sup>

*Chruschtschow:* In diesen 7 Jahren<sup>274</sup> hat sich in der NATO nichts geändert.

*Zilliacus:* Jemand hat gesagt, dass die friedliche Koexistenz zwischen den beiden Lagern für Sie ein großer Vorteil ist, weil Sie damit zersetzenden Einfluss auf das kapitalistische Lager nehmen. Wie ich recht verstehe, sind die Jugoslawen dafür, dass alle Länder der NATO beitreten, aber ohne Bündnisse.<sup>275</sup>

*Chruschtschow:* Das stimmt nicht ganz, aber das, was Sie in Bezug auf Jugoslawien sagen, ist keine marxistische Position, das ist für die kapitalistischen Kräfte vorteilhaft. Wie bekannt, sind die Kräfte des Sozialismus jetzt groß, doch stehen ihnen die gewaltigen Kräfte des kapitalistischen Lagers gegenüber.

<sup>273</sup> Die Bourbonen waren das Herrschergeschlecht, das Frankreich bis zur Revolution von 1789 regierte. Was die Befürworter der NATO-Orientierung dazu bewog, Zilliacus so zu nennen, ist nicht ganz klar.

<sup>274</sup> Seit Abschluss des Nordatlantikpakts am 4. April 1949.

<sup>275</sup> Diese Bemerkung ist vermutlich so zu verstehen, dass eine auf alle Länder erstreckte NATO ihren Charakter als Bündnis gegen die sozialistischen Staaten verlieren würde.

Wenn Jugoslawien auf so einem Standpunkt stünde, wie sie es darstellen, wäre das nicht nur eine unmarxistische Position, sondern auch eine Position, die dem Marxismus feindlich gesinnt ist. Ich denke, Jugoslawien steht nicht auf so einem Standpunkt, es macht nur ein Manöver.

*Zilliacus*: Vielleicht kann man die Position Jugoslawiens so beschreiben: Sie denken, wenn sie ihren jetzigen Standpunkt beibehalten, werden sie mehr Einfluss im Westen haben, weil sie sozusagen eine Brücke zwischen Ihnen und dem Westen bilden. Sie [die Jugoslawen] haben schließlich nicht wenig getan, um einen Teil von Labour zu erziehen. Viele Labour-Leute haben begriffen, dass die Kommunisten nicht als Feinde, sondern als Verbündete zu sehen sind, sie haben begriffen, dass die Kommunisten viel differenzierter und gescheiter sind, als viele bei Labour früher gedacht haben.

Ich will Sie Folgendes fragen: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sollte es zur Stärkung der Verbindungen zwischen den kommunistischen Parteien statt des Kominform ein anderes Organ geben, das die Verbindung zwischen den kommunistischen Parteien koordiniert.<sup>276</sup>

*Chruschtschow*: Wir müssen die Zeit arbeiten lassen, um größeres Vertrauen zwischen unseren Parteien zu erreichen. Ich kann zulassen, dass Jugoslawien nach der bitteren Erfahrung, dass die freundschaftlichen Verbindungen zur Sowjetunion zerrissen wurden,<sup>277</sup> in der Zwischenzeit gewisse Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Ländern aufgebaut hat. Diese Beziehungen sofort zu zerreißen und derartige Beziehungen zu den sozialistischen Ländern aufzubauen, ist unmöglich; seine [Jugoslawiens] Wirtschaft hat sich in dieser Zeit in gewissem Umfang an die Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern angepasst.

Bestimmte Personen in Jugoslawien verhalten sich uns gegenüber mit gewisser Vorsicht: Halten die sowjetischen Führer nicht etwas zurück für einen schwarzen Tag im Verhältnis zu Jugoslawien? Diese Leute denken: Wenn wir unsere Verbindungen zu den westlichen Ländern ganz abbrechen, wird uns dann die Sowjetunion an die Kandare nehmen?

Folglich ist Zeit nötig, dass die jugoslawischen Genossen alles so bewerten, wie es ist, dass sie begreifen, wir, die Sowjetmenschen, verfolgen keinerlei egoistischen Ziele in Bezug auf Jugoslawien. Man muss solchen Stimmungen des Misstrauens uns gegenüber mit Geduld begegnen.

Man muss auch im Auge haben, dass ein gewisser Teil der Menschen in Jugoslawien an Almosen gewöhnt ist. Bekanntlich sind 1,3 Millionen Tonnen Getreide

<sup>276</sup> Nachdem Chruščëv am 27.2.1956 auf einer Beratung mit Vertretern auswärtiger kommunistischer Parteien das – im September 1947 im Auftrag Stalins als Kampforganisation gegen den Westen gegründete und seit 1950/51 nur noch mit propagandistischen Nebenaufgaben betraute – Kommunistische Informationsbüro (Kominform) als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet hatte, war dieses am 26.4.1956 in aller Form aufgelöst worden.

<sup>277</sup> Am 28. Juni 1948 hatte Stalin auf einer Sitzung des Kominform den Bruch mit Tito vollziehen lassen. Eine Wirtschaftsblockade und die Androhung des militärischen Einmarschs zielten darauf ab, Jugoslawien zur Unterwerfung zu zwingen. Das wurde verhindert durch die Erklärung der USA, sie würden sich im Kriegsfall nicht neutral verhalten, und durch ihre Bereitschaft, dem Land wirtschaftlich unter die Arme zu greifen.

aus den Vereinigten Staaten von Amerika an Jugoslawien kein schlechtes Schmiergeld.

*Zilliacus:* (lacht) Ja, das ist ein gutes Schmiergeld. Ihr Russen habt doch so ein Sprichwort: „Ein gutes Kalb saugt [Milch] von zwei Müttern“. Scheint es Ihnen nicht so, dass die Politik Jugoslawiens dieser Redewendung entspricht?

*Chruschtschow:* Die Jugoslawen haben ihre eigene Logik. Wenn sie sich noch weiter an die Sowjetunion annähern, dann bedeutet das den Verlust der Hilfe vonseiten der USA. Ich will, dass Sie die Lage der Jugoslawen richtig verstehen. In Jugoslawien gibt es viele Leute, die nicht auf die Hilfe der USA verzichten möchten. Diese Leute haben in gewissem Umfang Einfluss auf die Leute in der Führung.

Bekanntlich hat die Arbeiterklasse ihren eigenen Klassenstolz – ich bin arm, aber ehrlich, und ich will nicht von Almosen leben. Diesen Standpunkt vertreten in Jugoslawien viele Leute.

Folglich gibt es in Jugoslawien verschiedene Kräfte, und damit sich diese Kräfte gegenseitig annähern, ist Zeit erforderlich.

Sie haben ganz richtig gesagt, dass bei der friedlichen Koexistenz der beiden Systeme Jugoslawien eine Art Brücke bilden kann. Aber diese Brücke ist nicht stabil, sie ist wackelig, und die kapitalistische Seite will sie testen.

Wir sagen ganz offen, dass wir die Anknüpfung und Festigung von Geschäftsbeziehungen mit allen Ländern wollen. Wir wollen das erreichen, ohne irgendwo in ideologischen Fragen Zugeständnisse zu machen. Wir werden uns nie auf Zugeständnisse in Klassenpositionen, in Klasseninteressen einlassen. Wenn die Jugoslawen das ebenfalls so machen, werden ihnen die Amerikaner natürlich kein Getreide mehr geben.

Sie kennen wahrscheinlich Präsident Eisenhowers Botschaft an den Kongress der USA über weitere Wirtschaftshilfe an Jugoslawien. Heute wurde in der „Pravda“ eine Mitteilung der Presse- und Informationsabteilung des jugoslawischen Staatssekretariats für Auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht, in der die Antwort Jugoslawiens darauf dargelegt wird. So eine Erklärung ist erfreulich.

Seinerzeit haben auch wir die Hilfe der UNRRA<sup>278</sup> angenommen, noch früher, in den ersten Jahren der Sowjetunion, die Hilfe der ICCR,<sup>279</sup> aber wir haben dafür nie nationale Interessen fallen lassen.

Ich bin beispielsweise froh darüber und stolz darauf, dass Gen. Tito und andere führende Politiker Jugoslawiens, die nach dem Bruch der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern in einer schwierigen Situation waren,

<sup>278</sup> Die im Herbst 1943 von den USA, Großbritannien, der UdSSR und China und bis zum Jahresende 1946 bestehende United Nations Relief and Rehabilitation Administration hatte die Aufgabe, Not- und Aufbauhilfe in den vom Feind befreiten Gebieten zu leisten und die von verschleppten Personen (Displaced persons) zu repatriieren.

<sup>279</sup> Der Appell des berühmten norwegischen Polarforschers Fridtjof Nansen an die Mitglieder des Völkerbunds 1921, der Sowjetunion wegen der dort einsetzenden Hungersnot Kredite zu gewähren, blieb zwar ohne Erfolg, veranlasste aber private Hilfsorganisationen in verschiedenen Ländern, namentlich die der Quäker um Herbert Hoover, den späteren Präsidenten der USA, zum Engagement. Die nach Russland geschickten Helfer versorgten bis Sommer 1922 täglich bis zu 11 Mio. Menschen in den weiten Gebieten zwischen Kasan im Norden und den Mündungen von Wolga und Don im Süden mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten.

sich nicht den Vereinigten Staaten von Amerika unterworfen haben. Sie haben den Aufbau des Sozialismus fortgesetzt und dabei nicht geringe Erfolge erzielt. All das besagt, dass die jugoslawischen Kommunisten standfest und prinzipientreu sind. Das rückt sie in ein positives Licht. Wir haben das berücksichtigt, als wir die Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern erörtert haben.

*Zilliacus:* In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an Folgendes: In der schwierigsten Zeit für Jugoslawien sagte mir Tito in einem Gespräch:

Was immer sein mag, wir wissen aber, dass es auf der Welt einen großen sozialistischen Staat gibt, und das erleichtert es uns. Auch wenn sie [in der UdSSR] uns jetzt beschimpfen, wir werden nicht von dem Weg abweichen, den wir gewählt haben. Wenn sie ihre Dinge in Ordnung bringen, werden wir wieder zusammen sein.

*Chruschtschow:* Ungefähr so ein Gespräch hatten wir auch mit den jugoslawischen Führern bei unserer ersten Zusammenkunft 1955. Ich habe den jugoslawischen Genossen gesagt: Amerika hilft euch, weil es die Sowjetunion gibt. Gäbe es die Sowjetunion und das sozialistische Lager nicht, würden sie sich nicht so um euch bemühen, sie würden euch kaputt schlagen. Und die jugoslawischen Genossen haben mir zugestimmt.

*Zilliacus:* Ich erinnere mich, dass Tito auch sagte, wenn sie (er meinte damit die Führer der Sowjetunion) sich schließlich davon überzeugen werden, dass wir Jugoslawen den Weg des Sozialismus beschreiten, werden sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern wiederherstellen.

*Chruschtschow:* Man muss sagen, dass die Jugoslawen diese Linie beibehalten haben, sie weichen in den prinzipiellen Fragen nicht von den sozialistischen Positionen ab, und das ist die Hauptsache. Alles andere ist Nebensache. Die jugoslawischen Kommunisten vertreten in den prinzipiellen Fragen die Klassenpositionen.

Sie haben ihre marxistisch-leninistischen Gewänder etwas beschmutzt, sind aber von der Position des Sozialismus für ihr Land nicht abgegangen. Wir bemühen uns jetzt darum, eine freundschaftliche Situation zu schaffen, damit Jugoslawien unabhängig vom kapitalistischen Lager wird. Aber wir werden das nicht auf Kosten einer Schwächung der Positionen des sozialistischen Lagers zu erreichen suchen; im Gegenteil, wir werden die Positionen dieses Lagers stärken.

*Zilliacus:* Als ich die „Deklaration über die Beziehungen zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ las, galt meine Aufmerksamkeit dem Umstand, dass in dieser Deklaration nach meiner Ansicht ein Weg für die Herstellung gegenseitiger Beziehungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht nur mit dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens, sondern auch mit anderen Parteien vorgezeichnet wird. Kann ich von Ihnen erfahren, in welchem Maße die in dieser Deklaration dargelegten Konditionen die Herstellung der Beziehungen zu anderen demokratischen und Arbeiterparteien betreffen, und beziehen sich diese Bestimmungen auch auf diese Parteien? Vielleicht bezieht sich all das nur auf die kommunistischen Parteien?

*Chruschtschow:* Wie Ihnen bekannt ist, haben wir kürzlich das Kominform aufgelöst. Das war eine Organisation willkürlichen Charakters.

*Zilliacus:* Die jugoslawischen Parteiführer haben immer gedacht, dass sich das Kominform gegen sie richtet.

*Chruschtschow:* Nein. Das ist natürlich nicht so. Ich habe das damals auch den jugoslawischen Genossen gesagt. Schließlich war das Kominform nach seiner Gründung nicht zufällig in der Hauptstadt Jugoslawiens Belgrad. Die jugoslawischen Genossen haben sich aktiv am Kominform beteiligt, sie haben sich aktiv hervorgetan mit Kritik an den Positionen anderer kommunistischer Parteien.<sup>280</sup>

*Zilliacus:* Das war in der Frage der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens. Ich weiß das.

*Chruschtschow:* Ja genau. Aber ich habe Ihnen schon gesagt, dass das Kominform eine recht zufällige Organisation war. Bekanntlich gehörte eine Reihe von kommunistischen Parteien nicht dazu.<sup>281</sup> Wer der Initiator des Kominform gewesen ist, weiß ich nicht genau. Ich weiß nur, dass das Kominform in den letzten Jahren seines Bestehens nicht mehr praktisch tätig gewesen ist. Die Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ erschien zwar [noch], aber Tagungen des Kominform fanden seit einer Reihe von Jahren nicht [mehr] statt.<sup>282</sup> Wir sahen, dass das Kominform praktisch nicht [mehr] tätig war, seine Existenz war nicht [mehr] nötig. Nachdem wir uns mit allen zum Kominform gehörenden Parteien und mit den anderen Bruderparteien beraten hatten, sind wir zusammen zu dem Schluss gekommen, dass diese Organisation liquidiert werden muss.

Doch wie soll es mit der Herstellung der Zusammenarbeit weitergehen? Wir haben beschlossen, die Verbindungen zu den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien zu unterstützen und die Ansichten auszutauschen, wenn die Notwendigkeit dazu entsteht. Jede Partei kann die Ansichten mit jeder anderen kommunistischen und Arbeiterpartei austauschen. Zu diesem gemeinsamen Entschluss sind wir gekommen. Wenn Fragen auftauchen, die alle kommunistischen und Arbeiterparteien betreffen, kann die kommunistische Partei jedes Landes die Frage den anderen Parteien vorlegen und geltend machen, dass eine gemeinsame Diskussion darüber notwendig ist, wobei es die Sache jeder Partei ist, wenn sie

<sup>280</sup> Auf der Gründungstagung des Kominform in Szklarska Poręba (Schreiberhau in Schlesien) vom 22. bis 28. September 1947 hatten sich die jugoslawischen Vertreter am heftigsten gegen die Parteien Italiens und Frankreichs gewandt, die Stalins enger Mitarbeiter Andrej Zdanov der gegen den Sozialismus gerichteten politischen Zusammenarbeit mit dem Westen beschuldigte. Beim Bruch mit Tito im folgenden Jahr wurde die organisatorische Zentrale des Kominform nach Bukarest verlegt.

<sup>281</sup> Mitglieder waren die regierenden Parteien im Herrschaftsbereich der UdSSR (außer der SED, die als Partei eines dem Besatzungsregime unterworfenen Landes nicht eingeladen worden war und auch nach Konstituierung der DDR nicht beteiligt wurde) sowie die kommunistischen Massenparteien in Italien und Frankreich.

<sup>282</sup> Die letzte, dritte Tagung des Kominform wurde vom 16. bis 19. November 1949 abgehalten. Stalin verlor das Interesse, nachdem im folgenden Winter der italienische Parteichef Palmiro Togliatti seine Aufforderung beharrlich abgelehnt hatte, als Kominform-Generalsekretär nach Moskau zu kommen.

sich an dieser Diskussion nicht beteiligen will. So werden also diese freiwilligen Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien aufgebaut.

*Zilliacus:* Wird der Bund der Kommunisten Jugoslawiens darin einbezogen?

*Chruschtschow:* Da gibt es nichts einbeziehen.

*Zilliacus:* Ja, Sie haben Recht. Ich verstehe.

*Chruschtschow:* Die jugoslawischen Kommunisten können natürlich ihre Aktivitäten im Kontakt mit anderen kommunistischen Parteien durchführen. Wenn sie es wünschen, können sie offensichtlich die Frage stellen, irgendeine Frage miteinander zu diskutieren. So sieht die Sache aus.

Ich muss Ihnen zu Ihrer persönlichen Information sagen, dass viele Kommunisten verschiedener Länder die Frage stellen, ein Presseorgan theoretischer Ausrichtung erscheinen zu lassen, in das theoretische Artikel über Fragen der kommunistischen Bewegung platziert würden. Wir halten das ebenfalls für notwendig.

Gegenwärtig wird diese Idee präsentiert, und vielleicht wird bald eine theoretische Zeitschrift erscheinen, in der sich die Kommunisten bezüglich der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus austauschen können und in die Artikel zu theoretischen Fragen des Marxismus-Leninismus platziert werden. Aber diese Frage ist noch nicht entschieden. Wir wissen [noch] nicht, wo so ein Organ erscheinen wird, wer es herausgeben wird, wann mit dem Erscheinen begonnen wird. Es gibt viele offene Fragen in diesem Zusammenhang. Wenn beispielsweise diese Zeitschrift in der UdSSR erscheint, wird es dann nicht viele Verleumdungen geben bezüglich dessen, dass sich die sowjetischen Kommunisten angeblich um irgendeine maßgebliche Rolle bemühen. Ich sage Ihnen das im Vertrauen, damit Sie, wenn diese Zeitschrift erscheint, nicht denken, ich sei Ihnen gegenüber nicht aufrichtig gewesen, ich hätte etwas vor Ihnen verborgen.

*Zilliacus:* Selbstverständlich ist so ein Presseorgan sinnvoll. Das ist begreiflich.

Wenn Sie gestatten, möchte ich Sie Folgendes fragen. Es ist bekannt, dass Stalin damals um Etablierung einer genauen Kontrolle bemüht war. Als die Frage einer Balkanföderation auftauchte, war Stalin gegen diese Idee.

*Chruschtschow:* Gen. Dimitrow brachte diese Idee aufs Tapet.

*Zilliacus:* Aber Stalin wandte sich dagegen. Können sich die kommunistischen Parteien oder die führenden Politiker der östlichen Länder aneinander wenden ohne Vermittlung durch Moskau? Das betrifft auch Jugoslawien.

In unseren Zeitungen ist viel darüber geschrieben worden, dass es angeblich ein Schreiben mit Anweisungen aus Moskau an die kommunistischen Parteien der östlichen Länder gibt, in dem die Kommunisten dieser Länder zu Wachsamkeit aufgefordert werden.

*Chruschtschow:* All das wird in der bourgeoisen Presse aufgeblasen. Was liegt [denn] vor? Die kommunistischen Parteien konsultieren sich. Da gibt es keine Geheimnisse. Kann zum Beispiel die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei Kontakt haben zum Bund der Kommunisten Jugoslawiens? Das kann sie, und das hat sie [auch].

Fragen uns die kommunistischen Bruderparteien bei diesen Problemen? Nein, und wir wollen das nicht. Aber gibt es auch Fragen, bei denen sich die kommunistischen Parteien der demokratischen Länder mit uns beraten wollen? Die gibt es. Und gerade kürzlich haben sich die führenden Politiker von einer der kommunistischen Bruderparteien mit so einem Problem an uns gewandt, das sie selbst hätten lösen können, aber beschlossen hatten, sich vorher mit uns abzusprechen. Das ist ihre Sache. Schließlich kann man ihnen nicht sagen, dass man ihnen keine Antwort geben will. Wir sagen es dann offenbar so. Wenn bei uns so ein Problem entstünde, würden wir es so und so lösen, aber wie ihr es löst, ist eure Sache, ihr müsst von euren konkreten Umständen ausgehen. So verstehen wir die gegenseitigen Beziehungen unter Genossen.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Leben. Nehmen wir an, in einem Zimmer leben drei Genossen. Sie beraten untereinander und meistens fragen sie den erfahrensten Genossen um Rat oder den, der über irgendwelche anziehenden Eigenschaften verfügt. Und so fragen auch uns unsere Freunde, wollen unseren Rat. Wir weisen sie nicht ab, das erlauben wir uns nie. Die Beziehungen zwischen unseren Parteien sind Beziehungen von gleich zu gleich.

Wir beanspruchen keine Führungsrolle, doch wir verzichten nicht auf freundschaftlichen Rat an unsere Freunde. In einer Sache sind wir unerbittlich: in der Verteidigung prinzipieller Positionen des Marxismus-Leninismus, in der Verteidigung der marxistisch-leninistischen Theorie. Wir bewahren die marxistisch-leninistische Theorie vor Entstellungen und lassen uns auf keine Verletzung von Prinzipien des Marxismus-Leninismus ein.

*Zilliacus:* Der jetzige Standpunkt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist vermutlich anders als die Auffassung bei Stalin?

*Chruschtschow:* Ja, sie ist anders. Zwar konnten auch damals die kommunistischen und Arbeiterparteien ihre eigene Linie verfolgen und ihren Willen deutlich machen. Nehmen sie das Beispiel von Gottwald, dem Führer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Aber Stalin hatte einen schroffen Charakter. Er hat sich nicht nur schroff gegenüber Leuten verhalten, die er relativ wenig kannte, sondern auch bei Freunden war er oft äußerst schroff.

*Zilliacus:* Da ist es verständlich, dass er sich auch gegenüber anderen kommunistischen Parteien schroff verhalten hat.

*Chruschtschow:* Ja, das war so. Aber jetzt ist die Lage vollkommen anders, zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien sind Beziehungen von stärker freundschaftlicher und genossengemäßer Art entstanden.

*Zilliacus:* In dem bekannten Beschluss des ZK der KPdSU über den Personenkult ist viel die Rede von der Entwicklung einer innerparteilichen Demokratie, von der Entwicklung einer sowjetischen Demokratie. Können Sie nicht etwas mehr zur Frage der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie sagen?

*Chruschtschow:* Die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie sieht eine duldsamere Haltung gegenüber denjenigen vor, deren Ansicht nicht mit der Ansicht der Führung übereinstimmt. Die Aufgabe ist, diese Leute zu überzeugen,

ihnen die Fehlerhaftigkeit ihrer Ansicht klar zu machen und sie nicht deswegen zu bestrafen. Das läuft auch auf eine Entwicklung der Demokratie hinaus. Nicht unterdrücken, sondern überzeugen – das ist die Hauptsache. Das erfordern die leninistischen Prinzipien der Demokratie. Wir verwirklichen diese Prinzipien Lenins hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie.

Sie kennen offenbar unsere Organisationsstruktur. Wenn einzelne Parteimitglieder mit irgendwas nicht einverstanden sind, bemühen wir uns jetzt darum, sie geduldig zu überzeugen und nicht zu bestrafen.

Ich sage Ihnen im Vertrauen, dass Stalin in seinen letzten Lebensjahren sich sehr gern administrativen Maßnahmen hingab und zu Verhaftungen griff. Heute verhaften wir, wie Sie wissen, niemanden wegen politischer Meinungsverschiedenheiten. Verhaftet wurde so ein Schurke in dieser Sache wie Berija mit seiner Bande, doch andere Repressionen wurden nicht durchgeführt. Im Gegenteil, in der letzten Zeit wurden viele seinerzeit zu Unrecht repressierte Leute freigelassen.<sup>283</sup>

*Zilliacus*: Ich habe gehört, dass mehr als 100 000 Menschen freigelassen wurden.

*Chruschtschow*: Ich kenne diese Berechnungen nicht, bestätige aber, dass viele zu Unrecht verhaftete Personen freigelassen wurden. Die meisten sind zu ihrer früheren Tätigkeit zurückgekehrt, und viele von ihnen sind jetzt Parteimitglieder und nehmen aktiv am Leben im Land teil.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Als ich mit Gen. Tito auf der Krim war, trafen wir am Strand einen Genossen. Er machte einige interessante Äußerungen. Übrigens war gleichzeitig ein Vertreter einer englischen Gewerkschaftsorganisation da. Ich habe zu dem Genossen gesagt:

„Sie sind ja ein richtiger Philosoph.“

Als Antwort darauf beugte er sich hin zu mir und sagte:

„Nikita Sergejewitsch, ich bin aus dem Lager zurückgekommen, wo ich 18 Jahre verbracht habe. Ich bin Oberst. Jetzt mache ich hier mit meiner Frau Urlaub und sammle neue Kräfte.“

Da sehen Sie, wie die Menschen bei uns sind. Ein anderer würde schreien, ich habe so lange zu Unrecht gesessen. Der aber sagt keinem etwas davon und hat es mir im Vertrauen gesagt.

Wozu führe ich Ihnen gegenüber dieses Beispiel an? Um zu zeigen, dass die sowjetischen Menschen dem Zentralkomitee unserer Kommunistischen Partei völlig vertrauen. Auch die, welche damals Repressionen unterlagen, unterstützen

<sup>283</sup> In den Führungskämpfen nach Stalins Tod wurde Lavrentij Berija, dessen Macht als Chef des Innenressorts und der Geheimpolizei den anderen Führungsmitgliedern bedrohlich erschien, am 26. Juni 1953 zusammen mit seiner politischen Klientel verhaftet, auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen ZK-Tagung des Verrats am Sozialismus beschuldigt und später ebenso wie die mit ihm verbundenen Funktionäre hingerichtet. Dabei legte man ihm auch grundlegende Willkürakte, Unterdrückungsmaßnahmen und Brutalitäten der Stalin-Zeit zur Last, an denen die anderen Führungsmitglieder ebenfalls beteiligt waren. Die Öffnung der Zwangsarbeitslager und Gefängnisse war von Berija begonnen worden und wurde nach seinem Sturz fortgesetzt. Die Rehabilitierung hoher Parteifunktionäre, die der Verfolgung – der „Repression“, wie der amtliche Ausdruck lautete – ausgesetzt gewesen waren, kam erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 in Gang und wurde weithin zum Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen.

die Maßnahmen der Partei und sind aktive Kämpfer für die Verwirklichung ihrer Linie. Das ist charakteristisch.

Übrigens wurde in der Labour Party Englands viel herumgeschrien vom Antisemitismus in der Sowjetunion. Was kann man zu so einem jeder Grundlage entbehrenden Geschrei sagen. Ich nenne Ihnen noch ein Beispiel.

Es gibt die Kommunistin Gen. Schatunowskaja, Parteimitglied seit 1918. Seinerzeit war sie Repressionen ausgesetzt und saß 17 Jahre im Lager. Als wir in letzter Zeit uns ihre Akte vorgenommen haben, stellte sich heraus, dass sie zu Unrecht verurteilt worden war. Jetzt ist sie im Komitee für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU tätig. Sie können sich also vorstellen, welches Vertrauen ihr entgegengebracht worden ist. Wer ist diese Gen. Schatunowskaja? Sie ist aktives Parteimitglied, Jüdin, war früher in Baku tätig und von dieser früheren Tätigkeit her kennt Gen. Mikojan sie gut. Er kennt sie seit den ersten Tagen der Revolution.

Die Bande von Berija hat unserem Staat großen Schaden zugefügt. Sie hat viele ehrliche Leute geschlagen, die der sowjetischen Macht und der Kommunistischen Partei treu ergeben waren. Oft konnte man diese unschuldig Verurteilten gar nicht verteidigen – die Berija-Bande hat derartige Akten gefälscht und verwirrt.

Jetzt läuft alles anders. Wird ein Bürger wegen eines Verbrechens verhaftet, führt man nach dem Gesetz eine Untersuchung durch. Danach wird die Sache dem Gericht übergeben.

Ich habe schon gesagt, dass Stalin sich in seinen letzten Jahren gerne dem Administrieren<sup>284</sup> hingab und dabei grobe Verstöße zuließ. Was rede ich da von Stalin! Wenn ein Milizionär oder, sagen wir, ein Polizist jemanden anhält, sucht er geltend zu machen, dass er Gründe hatte. Wer hat festzustellen, ob diese Gründe vorhanden waren oder nicht? Die Staatsanwaltschaft, das Gericht und die anderen zuständigen Organe.

*Zilliacus*: Das gibt es auch bei uns: Die Polizisten machen gerne geltend, dass sie im Recht sind.

Erlauben Sie mir, Sie um folgende Erklärung zu bitten. Unter Lenin wurde vor einem Beschluss oft darüber vorher ausführlich diskutiert, die Initiative ging sozusagen von unten aus und man wartete nicht immer so wie heute auf Direktiven von oben?

*Chruschtschow*: Ich muss Ihnen sagen, dass in der bourgeoisen Presse die Frage der Durchführung der innerparteilichen Demokratie in unserer Partei unter Stalin nicht immer richtig dargestellt wird. Stalin befürwortete nachdrücklich die Beachtung der innerparteilichen Demokratie, aber nur bis zu einer gewissen Grenze, bis dahin, wo es nicht um ihn selbst ging. Es ist bekannt, dass der Parteitag unserer Partei 13 Jahre lang nicht zusammentrat (von 1939 bis 1952). Aber das heißt nicht, dass es keine Parteitage und Parteikonferenzen in den Republi-

<sup>284</sup> Als Administrieren bezeichnete man in der UdSSR, wenn in irgendeiner Hinsicht – wie hier im Umgang mit den Menschen im Lande – die Gewalt des Staates angewendet wurde, wenn ein anderes Verhalten angebracht gewesen wäre.

ken, Regionen und [autonomen] Gebieten gab. Wenn es in den Republiken, Regionen und Gebieten keine Parteitage und Konferenzen gegeben hätte, wäre Stalin der erste gewesen, der die Verantwortlichen streng bestraft hätte.

Ich zum Beispiel war ZK-Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine. Wir haben regelmäßig Parteitage, Parteikonferenzen und ZK-Tagungen durchgeführt. Hätten wir nicht unsere Parteitage und Konferenzen termingerecht durchgeführt, hätte Stalin mich als Ersten verantwortlich gemacht und bestraft. Auf unterer Ebene, in den Parteiorganisationen vor Ort, wurde die Demokratie also strikt eingehalten.

Nun sagen einige, Stalin habe in der Partei ein Polizeiregime etabliert. Nichts dergleichen. Er hat mit harter Hand die innerparteiliche Demokratie durchgeführt, aber ich wiederhole, nur solange es ihn selbst nicht betraf. Wenn irgendetwas ihn selbst betraf, ließ er große Willkür zu. Ich muss Ihnen sagen, dass Stalin in den letzten Jahren schon alt war und an physischem Ungemach litt. Aber er war nicht willens, seine Posten aufzugeben, und man konnte ihn nicht aus diesen Posten entfernen, denn das hätte ernste Konsequenzen hervorgerufen.

Das muss man also berücksichtigen.

Es war für uns leicht, die Sache mit der Einhaltung der Parteidemokratie zu korrigieren, denn weiter unten, in den [örtlichen] Parteiorganisationen, musste im Grunde nichts Ernstes korrigiert werden.

*Zilliacus*: Ich verstehe dieses Problem jetzt besser. Aber wie ist Ihre Ansicht dazu, dass eine Reihe von Fragen zu Lebzeiten Lenins von den Massen diskutiert wurde?

*Chruschtschow*: Die Zeit, als Wladimir Iljitsch Lenin noch lebte, war eine besondere Phase in der Existenz unseres Staates, im Leben unserer Partei. Die Kommunistische Partei war damals gerade erst an die Macht gekommen. Die Diskussionen in der gesamten Partei, die in manchen Fällen geführt wurden, waren [von den Umständen] erzwungen. Nehmen wir zum Beispiel die Diskussion über den Frieden von Brest. Gott bewahre, dass wir jetzt solche Diskussionen führen müssten. Wodurch wurde sie herbeigeführt? Dadurch, dass man dieses Problem an der Spitze der Partei nicht zu lösen vermochte. Trotzjig war gegen Lenin in der Frage des Friedens von Brest, und er zwang die Partei zur Diskussion, obwohl es nichts zu diskutieren gab, sondern die Weisungen Lenins zu befolgen waren.<sup>285</sup>

<sup>285</sup> Im innerrussischen Machtkampf des Jahres 1917 hatte Lenin nachdrücklich einen sofortigen Friedensschluss mit den Mittelmächten propagiert. Nach der Machtergreifung in Petrograd und Moskau wurden Verhandlungen darüber geführt. Lev Trockij, der die sowjetische Seite vertrat, war nicht bereit, die Forderungen nach Abtretung bzw. Abtrennung des Baltikums, Polens, der Ukraine und anderer Gebiete zu erfüllen. Die Oberste Heeresleitung des kaiserlichen Deutschlands kündigte daraufhin an, den Vormarsch nach Russland fortzusetzen, dessen Armee – nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten von Lenins Partei – faktisch nicht mehr bestand, so dass keine wirksame Verteidigung möglich war. Trockij war dennoch nicht bereit, sich dem Diktat zu unterwerfen, doch Lenin vertrat die Ansicht, dass man keine Alternative habe, wenn das gerade errichtete, noch überaus schwache und labile kommunistische Regime überleben solle. Zudem war er – zu Recht, wie sich zeigen sollte, davon überzeugt, dass auch in Deutschland eine revolutionäre Entwicklung bevorstehe, die dem Vertrag die Bedeutung nehmen werde. In harten Diskussionen setzte er seinen Standpunkt in der Führung durch, deren Mehrheit sich zunächst dagegen ge-

*Zilliacus*: Ja, das ist bekannt.

*Chruschtschow*: Oder nehmen wir die Diskussion über die Gewerkschaften. Trotzki war bekanntlich mit Lenin in dieser Frage nicht einverstanden. Die Partei sprach sich für Lenin gegen Trotzki aus. Lenin und die Leninschen Grundsätze siegten. Diese Diskussionen waren nicht für das Land von Nutzen, sie waren nicht für die Partei von Nutzen, sie waren sozusagen Aufwendungen, die sich bei der Entstehung des Sowjetstaates nicht vermeiden ließen. Man muss bedenken, dass damals andere Klassen [noch] stark waren. Trotzki, Bucharin, Rykow und einige andere, die damals in der Parteiführung waren, vertraten andere, nicht-Leninsche Standpunkte und wandten sich gegen die Partei, gegen die Interessen unseres Sowjetstaates. Deswegen waren die damals geführten Diskussionen [von den Umständen] erzwungen und haben dem Klassenfeind in die Hände gespielt.

Jetzt ist eine andere Zeit, es bestehen andere Bedingungen. In unserem Land gibt es keine antagonistischen, einander feindlich gesinnten Klassen. Unser Volk, die Mitglieder der Kommunistischen Partei – das sind Menschen, die größtenteils schon unter den Bedingungen der Sowjetmacht aufgewachsen sind.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das fast schon ein Witz ist. Als wir kürzlich in England waren,<sup>286</sup> sind wir nach Schottland gereist, waren dort auf einem der Empfänge. Mein Sohn Sergej begleitete mich auf diesen Empfang. Eine der englischen Damen wollte beharrlich Sergejs Aufmerksamkeit darauf lenken, dass da doch, wie sie sagte, eine echte englische Prinzessin stand. Er warf einen Blick auf diese Prinzessin und gab keine Antwort. Da stößt ihn diese Dame nochmals an und sagt: Sehen Sie doch, das ist schließlich eine echte Prinzessin! Das rief wieder keinen Eindruck hervor. Als er hinschaute, steht da eine ganz gewöhnliche Frau, und dass sie eine Prinzessin ist, ist für ihn leeres Gerede.

Sie sehen, hier fand sozusagen ein Zusammenstoß verschiedener Weltbilder statt.

*Zilliacus (lacht)*: Ja, das ist interessant.

*Chruschtschow*: Gibt es bei uns Meinungsverschiedenheiten bei der Beurteilung einer Reihe von Fragen? Ja, die hat es in einer Reihe praktischer Fragen gegeben. Beispielsweise sind bei uns Kontroversen unter den Mitgliedern des ZK-Präsidiums in der Jugoslawien-Frage entstanden. Wir haben darüber gesprochen, die Einzelheiten erörterten, und jetzt gibt es keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Oder es gab auch unterschiedliche Meinungen zu Fragen der Kolchosstruktur. Wir haben miteinander gestritten, die nötigen Entscheidungen getroffen, und jetzt verwirklichen wir diese Entscheidungen einmütig.

*Zilliacus*: Und wie werden die Meinungen den einfachen Parteimitgliedern erläutert?

*Chruschtschow*: Ich nenne Ihnen dazu praktische Beispiele. Seinerzeit wurde der Entwurf für den sechsten Fünfjahrplan veröffentlicht. Dieser Entwurf wurde im

wandte hatte. Der entsprechende Friedensvertrag wurde am 3. März 1918 in Brest(-Litowsk) geschlossen.

<sup>286</sup> Der Staatsbesuch Chruščëvs und Bulganins in Großbritannien fand vom 18. bis 27. April 1956 statt.

ganzen Land, in allen Organisationen auf breiter Basis diskutiert, und es wurden nicht wenige Ergänzungen und Änderungen eingefügt.

Oder nehmen Sie das kürzlich verabschiedete Pensionsgesetz. Der Entwurf für dieses Gesetz wurde ebenfalls in der Presse veröffentlicht und vom ganzen Volk breit diskutiert. In den endgültigen Text des Gesetzes wurden ebenfalls nicht wenige Korrekturen und Ergänzungen eingefügt, die sowohl von einfachen Kommunisten als auch von Parteilosen vorgeschlagen worden waren.

Oder nehmen wir eine dritte Frage, die Verabschiedung des Gesetzes über die Besteuerung des Viehs. Der Entwurf für dieses Gesetz wurde sowohl in den Kolchosen als auch in den anderen Organisationen diskutiert, und erst nach Befürwortung durch das ganze Volk wurde es als Gesetz erlassen.

Wir werden jetzt auch weiter derartige Maßnahmen immer mehr praktizieren und die Kommunisten und Parteilosen zur Diskussion über alle von Partei und Regierung durchgeführten Maßnahmen heranziehen.

*Zilliacus:* Wie wird die sowjetische Demokratie von oben nach unten strukturiert?

*Chruschtschow:* Alle Fragen der Sowjetstruktur werden von den örtlichen Sowjets beschlossen. Schließlich können wir nicht alles in Moskau beschließen, das ist schon physisch unmöglich. Man kann von Moskau aus nicht alles in Bezug auf, sagen wir, Wladiwostok, Archangelsk oder Simferopol vorhersehen.

Als wir in England waren, habe ich zu den englischen Politikern scherzhaft gesagt: Ihr kommt an die Macht und befasst euch mit Politik, aber in der Wirtschaft machen alles die Kapitalisten. Wir jedoch sind genötigt, uns mit allem zu befassen, sowohl mit den Problemen des Lebens innerhalb unseres Landes als auch mit den Problemen der Außenpolitik.

Im Sowjetland gibt es ein weit verzweigtes Netz von sowjetischen Institutionen in den Republiken, Regionen, Gebieten und Bezirken. Wir sind der Ansicht, dass die Arbeitsweise dieser Sowjets noch größerer Flexibilität bedarf. Die Leute müssen noch mehr zur Diskussion und Beschlussfassung bei den unterschiedlichsten politischen Fragen herangezogen werden. Dabei haben wir noch erhebliche Defizite. Aber wir sind auf der Suche nach immer neuen Formen der breiteren Einbeziehung der Leute in die aktive Tätigkeit der Staatsverwaltung, der Beschlussfassung zu den verschiedenen praktischen Lebensfragen, und ich bin sicher, dass wir sie [diese Formen] auch finden werden.

*Zilliacus:* Sie haben die Ausweitung der Tätigkeit der örtlichen Sowjets im Auge?

*Chruschtschow:* Ja. Und nicht nur der Sowjets, sondern auch der Berufsorganisationen, weil unsere Gewerkschaften, diese gesellschaftlichen Massenorganisationen der Werktätigen, eine gewaltige Rolle bei der Lösung der verschiedensten Probleme spielen.

*Zilliacus:* Ich beneide Ihre Parlamentsabgeordneten, die viel seltener tagen als wir. Sie haben mehr Möglichkeiten, sich mit der parlamentarischen Arbeit zu befassen.

*Chruschtschow:* Mein Sohn Sergej hat mir interessante Dinge über die Sitzungen des englischen Parlaments erzählt. Bei unserem kürzlichen England-Besuch hat

er zusammen mit einer Gruppe von Genossen eine Sitzung des englischen Parlaments besucht und hat in den Sälen, wo die Sitzung stattfand, weniger Leute gesehen als in der Kantine.

*Zilliacus:* Das ist eine Form des Selbstschutzes. Man kann sich doch nicht alle blöden Reden anhören (lacht).

Ich habe Lenins Arbeit „Staat und Revolution“ sehr aufmerksam gelesen. Da spricht er vom allmählichen Absterben des Staates unter den Bedingungen des Kommunismus. Aber bei Ihnen schickt sich der Staat nicht an abzusterben, er wird im Gegenteil immer stärker.

*Chruschtschow:* Dieses Problem wird bei Stalin gut dargelegt, er deutet es richtig. Stalin war dabei nicht mit Lenin im Konflikt, und er entwickelte Lenins Vorstellungen vom Staat richtig weiter. Es ist zu berücksichtigen, dass wir in den ersten Jahren nach der Revolution etwas naiv waren und an den herannahenden Sieg der Revolution in allen Ländern glaubten. Aber der Sieg wurde vom Proletariat und den Werktätigen nur in unserem Land errungen. In den anderen Ländern dagegen begannen die Kräfte der Reaktion zu erstarken. In Deutschland zum Beispiel kam Hitler an die Macht, in Italien Mussolini. Bekanntlich haben die japanischen Imperialisten unser Land mehrfach angegriffen. Wir haben angefangen, die Dinge nüchterner zu sehen. Es entstand die Notwendigkeit, Lenins Vorstellung vom Staat [weiter] zu entwickeln.

Sie wissen, Armee, Miliz [d. h. Polizei], Gericht, Staatsanwaltschaft und andere Organe sind unverzichtbare Attribute des Staates. Können wir denn die Armee liquidieren? Natürlich nicht. Oder nehmen wir das Gericht. Auch bei uns im Land gibt es Diebe – sie müssen vor Gericht gestellt werden. Einige begehen Morde – ihnen muss der Prozess gemacht werden. Es gibt Fälle von Vandalismus, das heißt, wir brauchen auch die Miliz.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Sache lenken, die auf dem XX. Parteitag beschlossen wurde, und zwar die Internatsschulen. Wir wollen durch die Internatsschulen die neuen Menschen der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft erziehen. Natürlich stehen unsere Schulen nicht außerhalb der Gesellschaft, sie sind nicht isoliert. Aber mit den Internatsschulen haben wir eine große Möglichkeit erhalten, die Menschen der Zukunft richtig, im Geiste des Kommunismus zu erziehen.

Ich weiß nicht, sind Sie mit diesen Antworten zufrieden?

*Zilliacus:* Teilweise ja, aber manchmal auch nicht. Mir ist noch nicht alles klar. Die Armee – das ist klar. Gerichtsbarkeit und Polizei – auch klar. Aber wenn die Kriegsgefahr beseitigt wäre, würden viele Staaten ebenfalls abzusterben anfangen. Schließlich wird es immer Diebe und Morde geben. Folglich wird es nie eine Gesellschaft geben, in der die Notwendigkeit entfällt, Diebe zu bestrafen.

*Chruschtschow:* Nun, was die Diebe angeht, irren Sie sich gewaltig. Im Kommunismus wird es offenkundig keine Diebe geben. Wieso sollte man stehlen, wenn der Mensch alles, was er braucht, ohne Diebstahl bekommen kann.

*Zilliacus:* Aber es wird psychopathisch bedingte Diebe geben.

*Chruschtschow:* Na, das sind dann keine Diebe, sondern Kranke, die man heilen muss.

*Zilliacus:* Gestatten Sie, diese Frage zu klären. Schließlich werden auch im Kommunismus Organe nötig sein, welche die staatlichen [Wirtschafts-]Pläne zusammenstellen.

*Chruschtschow:* Das werden offenkundig keine Staatsorgane mehr sein: Mit der Planung werden sich wissenschaftliche Einrichtungen und Institute befassen, welche die Fragen der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten haben werden. Das werden Organ ganz anderer Art sein, nicht Organe der Unterdrückung und der Unterordnung des einen unter den anderen.

*Zilliacus:* Das heißt, im Kommunismus wird es eine Gesellschaft geben, in der sich alle ihre Mitglieder nach bestimmten Ordnungen richten werden.

*Chruschtschow:* Ja, das wird eine Gesellschaft sein, deren Mitglieder gleich sein und für das allgemeine Wohl arbeiten werden. Ist das denn keine edle Idee?

*Zilliacus:* Das hat viel von der Idee der einstigen englischen Radikalen. Natürlich sind sie, um so eine Gesellschaft herbeizuführen, nicht bis zum Klassenkampf [und] zur Beseitigung des Kapitalismus vorgedrungen.

*Chruschtschow:* Die utopischen Sozialisten, darunter auch Robert Owen, haben auf den Sozialismus von ihren Standpunkten aus geblickt. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus wurden gelegt von den großen Begründern des Marxismus, Karl Marx und Friedrich Engels. Darin besteht ihr großes Verdienst für die Menschheit.

*Zilliacus:* Sie haben wahrscheinlich von dem Engländer John Strachey gehört. Er sagte über die englischen Radikalen, sie hätten gemeint, für das ganze Volk zu sprechen, aber unbewusst im Namen der Mittelschicht gesprochen, während sich Marx bewusst im Namen der Arbeiter geäußert habe.

*Chruschtschow:* Die Labourleute stehen nicht zur Lehre von Marx.

*Zilliacus:* Nicht alle. Wir sind Marxisten, aber keine Leninisten.

Ich möchte Ihnen einiges zum Standpunkt der englischen Kommunisten vor dem Krieg sagen. Nach unserer Ansicht war der Standpunkt der englischen Kommunisten unsinnig. Ich bin davon überzeugt, dass wenn die Kommunistische Partei Englands damals aus der III. Internationale ausgetreten wäre,<sup>287</sup> hätte

<sup>287</sup> Die III. Internationale war die Organisation der sozialistischen Parteien, die Lenin 1919 in Loslösung von der II., sozialdemokratisch ausgerichteten Internationalen gegründet hatte und die als Kommunistische Internationale (Komintern) bekannt geworden ist. Der Grund, um dessentwillen der Austritt der britischen Kommunisten nach der Ansicht von Zilliacus richtig gewesen wäre, war der Pakt Stalins mit Hitler vom 23. August 1939, der dem deutschen Diktator den Weg in den Zweiten Weltkrieg öffnete. Nicht nur die Öffentlichkeit in Großbritannien, das sich daraufhin im Krieg mit Hitlers Reich befand, sondern auch fast alle Kommunisten außerhalb der UdSSR standen dem Schritt Stalins verständnislos – und vielfach zunächst mit heftigem Protest – gegenüber, weil das NS-Regime die deutschen Genossen brutal verfolgte und der „deutsche Faschismus“ seit vielen Jahren der vom Kreml in das Zentrum des politischen Bewusstseins gerückte Erzfeind gewesen war.

sie ihre Position im Volk grundlegend gestärkt und viele ihrer Führer wären jetzt in der Führung der Labour Party.

*Chruschtschow:* Sie berühren eine sehr komplizierte Frage.

*Zilliacus:* Ja, das ist eine komplizierte Frage, doch ich möchte meinen Standpunkt dazu äußern. Stalin war seinerzeit zum Abschluss des Pakts mit Hitler genötigt. Das war vom Standpunkt der Sowjetunion aus verständlich, obwohl ich immer noch nicht sicher bin, ob das Vorgehen richtig war. Doch die Kommunisten anderer Länder waren nach meiner Ansicht nicht dazu verpflichtet gewesen, der UdSSR blind zu folgen. Da hätte man etwas schlauer sein sollen.

Als Hitler-Deutschland Sie angegriffen hat, haben die Deutschen gesagt, dass die jugoslawischen Sozialisten gegen Deutschland waren, aber unsere sozialistischen Parteien haben damals einen eigenständigen Standpunkt bezogen.

*Chruschtschow:* Ich habe nicht vor, mit Ihnen über diese Frage eine Diskussion zu beginnen. Ich habe mich immer auf den Standpunkt gestellt und stehe darauf noch heute, dass der Sieg der Arbeiterklasse in der UdSSR zur Errungenschaft der gesamten Arbeiterklasse geworden ist. Sowjetrußland war die Avantgarde der Weltarbeiterklasse, die den Sieg über die Welt des Kapitalismus errungen und die Macht in ihre Hände genommen hat. Diese Avantgarde hat mit dem Aufbau eines völlig neuen Arbeiter- und Bauernstaats begonnen und damit, die Lehre des Sozialismus praktisch in Wirklichkeit zu verwandeln.

Was ist das: der Marxismus-Leninismus? Das ist nicht nur eine Idee. Die Arbeiterklasse in Gestalt der Sowjetunion, hatte und hat die Grundlage zur Anwendung ihrer Ideen.

Natürlich, wir sagen nicht, dass wir besser als alle anderen sind. Hätte die Arbeiterklasse Englands oder Frankreichs gesiegt und mit dem Aufbau des sozialistischen Staates begonnen, hätten wir sie immer unterstützt. Wir waren unsererseits die glühendsten Anhänger der großen französischen Revolution<sup>288</sup> und haben das Beispiel der Pariser Kommune<sup>289</sup> immer hoch geschätzt und tun das immer noch.

Dies alles lassen Sie außer Betracht und denken, dass wir und die Kommunisten der anderen Länder in dieser Frage auf nationalen Standpunkten stehen. Wir stehen auch jetzt auf dem Standpunkt, dass die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Positionen des Sozialismus verteidigen muss, die sozialistischen Errungenschaften in den Ländern verteidigen muss, wo die Ideen des Sozialismus praktisch verwirklicht werden, wo der Sozialismus aufgebaut wird oder schon aufgebaut worden ist. Eben hier findet der Zusammenstoß der nationalen und internationalen Positionen statt. Eben hier ist ein tiefgreifendes und richtiges Verständnis dieser Positionen gefragt. Die Kommunisten haben immer auf Klassenpositionen

<sup>288</sup> Die Französische Revolution von 1789 galt in der UdSSR als das Ereignis, das der bürgerlichen Gesellschaft zum Durchbruch verholfen und damit die Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland geschaffen hatte.

<sup>289</sup> Die Pariser Kommune war 1871 während des deutsch-französischen Kriegs eine Revolte gegen die bürgerliche Ordnung in Frankreich. Sie wurde in einer Schrift von Karl Marx zum Vorbild beim Aufbau der sozialistischen Ordnung erklärt.

gestanden und tun es immer noch. Gerade daran erkennen sich die Kommunisten, gerade dadurch unterscheiden sie sich von den anderen Parteien.

Jetzt, da wir von der Entstehung des Zweiten Weltkrieges sprechen, muss ich bemerken, wenn die damaligen Konservativen klüger gewesen wären, hätten sie den Krieg verhindern können.

*Zilliacus*: Wem sagen Sie das? Ich habe das immer gesagt und bin mit Ihnen völlig einer Meinung.

*Chruschtschow*: Die englischen Konservativen und auch Labour Party haben mich heftig angegriffen, weil ich in einigen Stellungnahmen in Indien über die Gründe für die Entstehung des Zweiten Weltkrieges gesprochen habe. Labour hat mich in diesem Zusammenhang auch bei dem vom Exekutivkomitee der Labour Party am 23. April dieses Jahres ausgerichteten Essen während unseres Aufenthaltes in London angegriffen.

*Zilliacus*: Ich bin völlig mit Ihrer Stellungnahme bei dem vom Exekutivkomitee der Labour Party organisierten Essen am 23. April einverstanden. Sie wissen vermutlich, dass ich die Führung von Labour für ihr unrichtiges Verhalten verurteilt und ihnen gesagt habe, sie hätten den Provokateuren nicht an die Angel gehen dürfen.

Ich muss Ihnen sagen, auch wenn Ihnen das vielleicht schon bekannt ist: Die Konservativen, die damals, also vor dem Krieg, in England an der Macht waren, wollten Hitlers Sturz nicht.

*Chruschtschow*: Als Hitler Vorbereitungen traf, seine Truppen gegen die Tschechoslowakei marschieren zu lassen, haben wir unsere Truppen in volle Kampfbereitschaft versetzt. Und wenn die Franzosen Wort gehalten und sich gegen Hitler gewandt hätten, wären wir über Polen der Tschechoslowakei zu Hilfe gekommen.<sup>290</sup>

*Zilliacus*: Das weiß ich sehr gut. Uns war auch bekannt, dass auch danach die Sowjetunion bereit gewesen wäre, sich gegen Hitler zu wenden, wenn die damalige englische und französische Regierung sich mit uns hätten einigen<sup>291</sup> wollen. Mir ist auch bekannt, dass die damaligen französischen Führer mit [Édouard] Daladier den Tschechen gedroht haben, indem sie sagten, wenn diese mit der UdSSR zusammenarbeiten würden, müssten die Franzosen Hitler helfen. Sie behaupteten, wenn sich die Sowjetunion gegen Hitler-Deutschland wende, sei das eine Bedrohung für Europa. Ganz Europa könnte dann kommunistisch werden. Das war, was sie fürchteten.

<sup>290</sup> Die Frage, wie die Truppen von der UdSSR in die Tschechoslowakei gelangen könnten, war wegen des Fehlens einer gemeinsamen Grenze ein ungelöstes Kernproblem. Darüber wurde kein Einvernehmen zwischen dem Kreml und den westlichen Regierungen erzielt, denn die beiden möglichen Transitländer, Polen und Rumänien, weigerten sich aus Angst vor einer Sowjetisierung strikt, die Rote Armee in ihr Land zu lassen, und die Westmächte waren nicht bereit, sich mit einem Durchmarsch gegen den Willen der betroffenen Staaten einverstanden zu erklären. Die sowjetische Seite weigerte sich ihrerseits, Beschränkungen bei der Benutzung des polnischen und/oder rumänischen Territoriums zu akzeptieren oder Garantien für ihr politisches Verhalten zu geben.

<sup>291</sup> An dieser Stelle hat der Protokollant offenbar, ohne es zu merken, seine sowjetische Sicht Zilliacus in den Mund gelegt.

*Chruschtschow:* Sie sehen also, wie die Dinge standen. Und dann wurde alles auf uns geschoben. Sie erinnern sich, wie die Politiker der Labour Party bei dem von ihnen organisierten Essen über mich hergefallen sind?

Hitler kalkulierte die Positionen der Regierungen Englands und Frankreichs ein. Er richtete ein Schreiben an Stalin, weil er Zeit gewinnen wollte. Nachdem die sowjetische Regierung sich davon überzeugt hatte, dass die französische und englische Regierung ein falsches Spiel mit uns spielten, ließ sich die sowjetische Regierung auf den Abschluss des Vertrags mit Deutschland ein. Wir wollten ebenfalls Zeit gewinnen und uns auf den Krieg vorbereiten, falls er ausbräche.

*Zilliacus:* Ich weiß das alles gut, weil ich damals in Genf tätig war und die Aktivitäten des Völkerbundes kenne.

*Chruschtschow:* Ich denke, wir müssen sehen, dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Wir müssen mehr gegenseitiges Verständnis zwischen unseren Ländern zu erreichen suchen.

*Zilliacus:* Ich bin mit Ihnen einverstanden.

*Chruschtschow:* Wir bereiten jetzt eine Offensive gegen die kapitalistische Welt vor – sie wird durchgeführt werden mit Hilfe von Brot, Fleisch, Speck und anderen Lebensmitteln, sie wird auf der Linie einer besseren Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes erfolgen.

*Zilliacus:* Als Sie eine einseitige Abrüstung durchgeführt haben, war das eine sehr starke und überaus überzeugende Maßnahme.

*Chruschtschow:* In diesem Jahr haben wir große Erfolge bei der Entwicklung der Landwirtschaft erzielt. Noch nie hatte unser Land so viel Getreide wie jetzt.

*Zilliacus:* Ja, in Ihrem Land gab es eine bemerkenswerte Ernte.

*Chruschtschow:* Nein, nicht nur die Ernte. Bei uns wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, um das Interesse der Bauern an einer Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft zu vergrößern. Genosse Mikojan sagt bereits, dass wir bald nicht mehr wissen werden, wohin mit der Butter. Wenn wir zu viel Butter haben, werden wir einen Ausweg finden: Wir werden die Preise senken, damit das Volk mehr Butter kaufen kann. Genosse Mikojan sagt ebenfalls, dass wir bald nicht mehr wissen werden, wohin mit dem Fleisch. Das sind unsere ersten Schritte. Wir sind davon überzeugt, dass bis 1958 in unserem Land ein völliger Überfluss der Versorgung mit Fleisch- und Milchprodukten erreicht wird. Wir bemühen uns um ständige Erhöhung des Lebensstandards der Sowjetmenschen.

Weiterhin ernst bleibt die Frage der Gewährleistung von Wohnraum für die Werktätigen. Aber wir nehmen uns dieses Problems an und lösen es. Schließlich ist auch in England die Wohnsituation schwierig.

Ich bitte Sie, [wieder] zu uns zu kommen. Wir werden Sie gerne empfangen.

*Zilliacus:* Ich werde wahrscheinlich sehen, zusammen mit anderen Politikern der Labour Party zu kommen, damit diese sich ebenfalls von den Erfolgen der Sowjetunion überzeugen.

Konni Zilliacus bedankt sich bei N. S. Chruschtschow wärmstens für das Gespräch und gibt dem Bedauern Ausdruck, dass er N. S. Chruschtschow so viel Zeit genommen hat.

Das Gespräch dauerte zwei Stunden – von 10.00 bis 12.00. Es wurde auf Russisch geführt.

Übersetzung aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 551, Bl. 137–176

### 17. Gespräch N. A. Bulganins und N. S. Chruschtschows mit den Delegationen der Anhänger des Friedens<sup>292</sup> der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschlands<sup>293</sup> am 19. November 1956

*Bulganin:* Erlauben Sie mir, meine Herren, Sie vor allem zu begrüßen und der Befriedigung über die Begegnung mit Ihnen Ausdruck zu geben. Wir wissen, dass Sie eine große Reise durch unser Land gemacht haben. Wir möchten etwas über Ihre Eindrücke erfahren. Wir hören uns gern alle Fragen an, die Sie an uns haben, an Gen. Chruschtschow und an mich. Wir sind bereit, mit Ihnen ohne irgendwelche protokollarische Formalitäten zu reden. Ich denke, es wäre gut, wenn unser Gespräch einfach und herzlich wäre. Je einfacher und herzlicher, desto nützlicher wird es sein. Wir bitten Sie, sich bei den Fragen nicht zu genießen und keine Angst vor diesen oder jenen Fragen oder gar, ich würde sagen, heißen Fragen zu haben. Wir haben genug Zeit zur Verfügung, um mit Ihnen ausführlich zu reden. Insbesondere Gen. Chruschtschow wollte dieses Gespräch haben.

Sie haben sicherlich schon von den Genossen Chruschtschow und Bulganin gehört. Welche Vorstellung Sie von uns gehabt haben, weiß ich nicht. Doch wir hätten es gern, wenn unser Gespräch einen freundschaftlichen und herzlichen Charakter trägt, wie es bei einfachen Leuten üblich ist.

Das ist, was ich sagen wollte, bevor wir uns dem Gespräch zuwenden.

*Wiedemann:*<sup>294</sup> Meine Herren, wir danken Ihnen für den Empfang, mit dem Sie uns beehren, auch wenn wir keine offiziellen Repräsentanten sind. Wir sind die erste gemeinsame Delegation der Räte der Friedensbewegung aus DDR und BRD. Jeder von uns hat sich am Kampf für den Frieden beteiligt oder nimmt noch weiter daran teil. Uns hat besonders die Herzlichkeit berührt, mit der wir überall in der Sowjetunion aufgenommen worden sind. Tief berührt und zugleich

<sup>292</sup> Im Russischen: storonniki mira, was sich auch mit „Parteiläufer des Friedens“ übersetzen lässt. In der UdSSR nannte man so die Teilnehmer am „Friedenskampf“ gegen die „imperialistischen Kriegsbrandstifter“ im Westen. Seit Anfang 1950 propagierte der Kreml diesen Kampf und baute Organisationen auf, die ihm Ausrichtung und Führung geben sollten, insbesondere den Weltfriedensrat in Helsinki und die diesem zugeordneten Friedensräte in den einzelnen Ländern.

<sup>293</sup> Von der sowjetischen Seite neben dem Kürzel BRD verwendete Benennung der Bundesrepublik, die deutlich machen sollte, dass diese nur ein Teil Deutschlands sei.

<sup>294</sup> Hans Wiedemann, Ost-CDU, Volkskammer-Abgeordneter, Oberbürgermeister von Weimar, Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindetags [der DDR].

beschämt waren wir in Stalingrad, in der Stadt, die am meisten in den Jahren des Krieges gelitten hat.

Beim Besuch des Planetariums haben wir uns anschaulich davon überzeugt, wie die Technik zur Erziehung und Bildung der Menschen beitragen kann. Aber einige Zeit danach haben wir einen Film angeschaut und gesehen, wie die gleiche Technik die Werte zerstören kann, die in Jahrhunderten geschaffen worden sind.

Gerade jetzt, da die internationale Lage gespannt ist, schätzen wir Ihren Kampf für die Sache des Friedens, Ihre Politik zur Verteidigung des Friedens ganz besonders. Wir sind uns dessen völlig bewusst, dass die Politik der Sowjetunion schon mehrfach Komplikationen aller Art verhindert hat, die zu einer neuen Katastrophe geführt hätten. Die Sowjetunion ist nicht nur für ein Verbot des Einsatzes von Atomwaffen, sondern auch für ein Verbot ihrer Produktion eingetreten, wovon ein weiteres Mal die letzte Note der Sowjetregierung an die Westmächte Zeugnis ablegt.

Die Technik kann und soll zum Aufblühen und zum Fortschritt der Menschheit führen. Darum ist die Sowjetunion bereit, die Errungenschaft ihrer Wissenschaftler und Techniker in Bezug auf die Atomenergie zur Errungenschaft aller Völker zu machen.

Ihre aktive Politik zur Wahrung des Friedens ist klar und überzeugend, sie unterscheidet sich deutlich von allen leeren Phrasen, die [nur] vorgeblich auf die Wahrung des Friedens ausgerichtet sind.

Ungeachtet des [nur] kurzen Aufenthalts in der Sowjetunion hatte unsere Delegation die Möglichkeit, sehr eindruckliche und bleibende Eindrücke zu gewinnen. Und besonders tiefe Spuren haben in uns die Begegnungen mit dem Menschen hinterlassen.

Ich bin davon überzeugt, dass jeder von uns nach seiner Rückkehr aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen und der persönlichen Eindrücke, die er hier erhalten hat, seinen Beitrag zur Sache der Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Völkern auf eine Weise leisten wird, dass die freundschaftlichen Gefühle in den Beziehungen zwischen unseren Ländern dominieren. Ein solcher politischer Weg wird uns helfen, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die Spaltung Deutschlands ist ein widernatürlicher Zustand, welcher der historischen Erfahrung und [seiner] Bedeutung widerspricht. Ein einiges friedliebendes Deutschland wird keine Gefahr mehr sein für die Sache des Friedens.

Die Sowjetunion hat beständig und immer die richtige Politik gegenüber Deutschland verfolgt. Nämlich die Lösung dieser Aufgabe, d. h. die Vereinigung Deutschlands auf einem Weg, welcher der historischen Notwendigkeit entspreche und sie berücksichtigen würde. Und das ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Wahrung des Friedens.

*Elfes:*<sup>295</sup> Meine Herren, bedauerlicherweise sind wir hier geteilt in zwei Gruppen: die Gruppe der DDR und die Gruppe der BRD. Doch dieser Unterschied hat rein äußeren Charakter.

<sup>295</sup> Wilhelm Elfes, Politiker der katholischen Zentrumsparterie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1948 Oberbürgermeister von Mönchengladbach,

Herr Wiedemann hat schon im Namen der Vertreter der DDR gesprochen. Erlauben Sie mir, einige Worte auch seitens der Delegation zu sagen, die aus der Bundesrepublik Deutschlands kommt.

Von Herzen danken wir Ihnen für diesen Empfang. Wir danken Ihnen ebenfalls dafür, dass Sie uns die Möglichkeit geben, uns mit allen möglichen Fragen [an Sie] zu wenden, um deren Beantwortung wir Sie bitten werden. Sie haben soeben in Ihrer einleitenden Rede gesagt, Herr Premierminister, dass Sie beide uns bis zu einem gewissen Grade bekannt sein dürften. Ja, wir haben eine Vorstellung von Ihnen. Und wir kennen Sie nicht nur aus Fotografien, sondern auch aus Karikaturen. Doch auf jeden Fall wissen wir eins, dass wir jetzt zwei Personen, zwei Politiker vor uns haben, deren Worte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt fesseln und allergrößten Respekt genießen. Und diese Gedanken versetzen uns in diesem Moment in Begeisterung.

Wir sind zu Ihnen mit einem offenen Herzen der Freundschaft gekommen. So wie wir, die Vertreter der zwei Teile, der zwei Deutschlands, miteinander in Freundschaft verbunden sind, hegen wir in diesem Moment die gleichen Gefühle Ihnen gegenüber. Ich lese jetzt gerade einen Roman von M[aksim] Gorkij,<sup>296</sup> und dort habe ich die schönen Worte gefunden, dass es etwas Wundervolles ist, menschliche Nähe zu stiften. Nähe stiften heißt nicht gleich machen, heißt nicht, alle in einen Topf werfen, sondern heißt, freundschaftliche Gefühle füreinander haben. Und wir, Vertreter der BRD, können,<sup>297</sup> so nehme ich an, dass wir ein Recht haben, Ihnen gegenüber von dieser Freundschaft zu sprechen, weil sie auch den offiziellen Segen hat. Schließlich hat Herr Adenauer, als er Moskau besuchte,<sup>298</sup> nicht nur von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gesprochen, sondern mehr noch, er hat auch davon gesprochen, dass die Aufnahme freundschaftlicher Kontakte wünschenswert ist. Und da sogar er uns das Beispiel gibt, so meine ich, können wir ihm folgen.

Ich muss [aber] betonen, dass wir außer den Gefühlen des Respekts und der Freundschaft Ihnen gegenüber viele ungelöste Fragen haben.

Sie wissen ja, dass die Deutschen selbst voller Probleme sind. Doch ich möchte nicht falsch verstanden werden. Mein ganzes Herz gehört Deutschland und dem deutschen Volk. Ich denke, dass ich die Würde und die Vorzüge des deutschen Volkes kenne. Doch ich sage auch, dass mir auch seine Unzulänglichkeiten hinlänglich gut bekannt sind. Wenn Sie nach Weimar kommen, werden Sie nicht weit voneinander entfernt die Orte sehen, wo Goethe wirkte und wo das grausige Konzentrationslager war.<sup>299</sup> So sind diese zwei Pole, und sie beide sind bekannt geworden. So dass, wie ich gesagt habe, unser Volk vor vielen Problemen steht. Wir selbst sind sozusagen voller Probleme und in dieser Eigenschaft leben

Gründungsmitglied des 1953 auf Betreiben des Politbüros der SED als Widerstandsfront gegen Adenauers Politik der Westintegration ins Leben gerufenen Bundes der Deutschen.

<sup>296</sup> Maksim Gor'kij übte während des Zarenreichs in seinen Werken Kritik an den sozialen Verhältnissen und wurde 1927 von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zum „proletarischen Schriftsteller“ erklärt.

<sup>297</sup> Abgebrochener Satz im Russischen.

<sup>298</sup> Bundeskanzler Adenauer verhandelte vom 9. bis 13. September 1955 mit der sowjetischen Führung in Moskau.

<sup>299</sup> In Buchenwald bei Weimar hatte das NS-Regime ein KZ errichtet.

wir jetzt in einem Moment historischer Spannungen. Doch ich denke, es wäre unangebracht, direkt mit den Problemen zu beginnen.

Ich denke, es wäre besser, mit dem Meinungs austausch über die Eindrücke zu beginnen, die wir hier während der Reise gehabt haben. Dann werden wir uns näher kommen, die Situation wird freier, ungezwungen, und [dann] wenden wir uns diesen Problemen zu.

Wir sind hier eine Versammlung von Menschen, die alle erdenklichen Ansichten und die unterschiedlichsten Meinungen vertreten. Unter uns gibt Wissenschaftler, Gebildete, unter uns gibt es auch Werktätige, Handwerker, unter uns gibt es auch Vertreter des geistlichen Standes und sogar einen Journalisten.

Als wir in die Sowjetunion gekommen sind, haben wir uns zunächst in Gruppen aufgeteilt und sind ins Land ausgeschwärmt. Die einen sind nach Norden, nach Leningrad, gereist, andere sind nach Kiew gefahren, die dritten haben den Süden vorgezogen und sind in Tbilissi<sup>300</sup> und ebenfalls in Stalingrad gewesen; ich persönlich bin in Moskau geblieben. Ich habe schon früher die Möglichkeit gehabt, diese Reise durchzuführen, und bin zu dem Schluss gelangt, dass man schließlich auch in Moskau das Leben der Sowjetunion kennen lernen kann. Schließlich schlägt hier das Herz der Sowjetunion, hier ist der Aufenthaltsort aller führenden verantwortlichen Führer des Sowjetstaates, hier ist der Knotenpunkt der Beziehungen zu den anderen Ländern. In Moskau habe ich beiden deutschen Botschaftern einen Besuch abgestattet: sowohl dem Botschafter der BRD als auch dem Botschafter der DDR.

*Chruschtschow:* Ich begrüße das.

*Elfes:* Sehen Sie, ich erkenne die Realität an. Ich bin ein Realist.

*Bulganin:* Wir spenden Ihnen Beifall.

*Elfes:* Ich hatte das Vergnügen, den stellvertretenden Außenminister Herrn [Walerian] Sorin aufzusuchen, und morgen hoffe ich, mit Herrn [Wladimir] Semjonow zu sprechen. Ich unterhalte mit diesen zwei Politikern eine Bekanntschaft, die schon früher begonnen hat. Ein sehr ins Einzelne gehendes Gespräch habe ich auch bei den Gewerkschaften gehabt. Ich bin ebenfalls beim Sowjet von Moskau<sup>301</sup> gewesen und habe mit den Leuten der Moskauer Stadtverwaltung<sup>302</sup> lange und detaillierte Gespräche geführt. Zudem habe ich Metropolit Nikolaj besucht, den ich von der gemeinsamen Tätigkeit im Weltfriedensrat kenne.

Und wenn man mich fragt, welches denn die generellen Ergebnisse aller dieser Gespräche von mir sind, erlaube ich mir, so zu antworten wie Dr. Adenauer, wenn er von einer Reise zurückkommt; er antwortet gewöhnlich: Ich bin zufrieden.

Ein großes Vergnügen wurde mir in der Moskauer Stadtverwaltung zuteil. Ich habe meinerseits viel in der städtischen Selbstverwaltung gearbeitet, ich war

<sup>300</sup> Georgische, von der UdSSR offiziell verwendete Namensform der georgischen Hauptstadt Tiflis.

<sup>301</sup> Vertretungsorgan der sowjetischen Hauptstadt.

<sup>302</sup> Russische Bezeichnung: Mossovet.

Oberbürgermeister, und der besondere Gegenstand meines Ehrgeizes ist, die Kommunalpolitik als fundamentale Grundlage des staatlichen Lebens zu betrachten. Ich vertrete nachdrücklich die Auffassung, dass eine gute und richtige Politik in der örtlichen Selbstverwaltung die notwendige und vorteilhafteste Basis für eine demokratische Politik des ganzen Staates bildet. Ich habe im Gespräch über die Politik der deutschen örtlichen Selbstverwaltungsorgane und über die Probleme gesprochen, denen sie gegenüberstehen, und habe aus den Antworten meiner Gesprächspartner eine Vorstellung von den Problemen bekommen, vor denen man hier steht. Und ich konnte sehr viele Berührungspunkte in dieser Frage entdecken. Wie Sie wissen, gibt es in der Welt viele Dinge, die sich ähneln, und der Unterschied ist beileibe nicht so groß, wie es ängstliche Gemüter gerne hinstellen. Im Moskauer Sowjet erhielt ich bei dem Gespräch eine derart ausführliche Darlegung aller Probleme, mit denen Sie fertig werden müssen, dass ich denke, falls ich hierher käme, dort sofort mit der Arbeit anfangen könnte. Aber eigentlich würde es mir mein Alter nicht erlauben, so eine Einladung anzunehmen, falls sie erfolgen würde.

Damit will ich eigentlich auch meine Stellungnahme abschließen. Unter uns gibt es genug Vertreter, die über genauere, spezielle Kenntnisse verfügen, und daher genauer sagen können, was sie in der Sowjetunion beeindruckt hat, denn es war das Hauptziel unserer Reise zu sehen und zu hören, und alles Erdenkliche zu tun, damit wir uns als Menschen näher kommen. Und wenn als Ergebnis meiner Stellungnahme schon die Atmosphäre der Zwanglosigkeit zustande gekommen ist, von der ich zu Anfang gesprochen habe, denke ich, dass wir die Fragen stellen können, die nicht erwähnt worden sind.

*Bulganin:* Bitteschön.

*Elfes:* Ich denke, es wäre gut, uns die Eindrücke von Professor Rainau<sup>303</sup> anzuhören, er ist Fachmann auf dem Gebiet der Landwirtschaft, ein bekannter Fachmann in der BRD. Und seine Eindrücke über diese Seite der Tätigkeit in der Sowjetunion wären durchaus interessant.

*Rainau:* Vor allem möchte ich mich als Fachmann auf dem Gebiet von Forst- und Landwirtschaft vorstellen. In Deutschland leite ich die gemeinsame deutsche Organisation für Probleme der Forst- und Landwirtschaft in beiden Teilen Deutschlands. Ich selbst wohne ich Westdeutschland, unweit von Basel.

Rainau sagt, er und Herr Chruschtschow sind bis zu einem gewissen Grade Kollegen. Wie ich gehört habe, hat Herr Chruschtschow in diesem Jahr eine Rekordernte einfahren können. Ich habe gehört, dass Ihre Rekordernte 39 Mio. Tonnen Weizen betragen hat. Ist das so?

*Chruschtschow:* Ich werde nicht Ungefähres nennen, sondern Ihnen genaue Zahlen geben. Ich bitte zu berücksichtigen, dass wir gewohnt sind, nach altem russischem Brauch die Ernte in Pud zu berechnen, so dass Sie sich mit Arithmetik befassen und die Zahlen, die ich nenne, durch 60 hoch 2 teilen müssen, und dann bekommen Sie die Antwort in Tonnen. Momentan haben wir noch keine Angaben,

<sup>303</sup> Prof. Dr. Erich H. Rainau, Lörrach.

welchen Bruttoertrag an Getreide wir in diesem Jahr haben, und wir legen dieser Zahl keine besondere Bedeutung bei, weil sie nicht immer genau ist. Wir halten in erster Linie den Umfang für wichtig, die sich bei der Ernte von Brotgetreide ergibt, d. h. der Menge an Brotgetreide, die der Staat lagert, die in seinen Händen ist, über die er verfügt und mit der er Handel treiben kann. In diesem Jahr haben wir bis 10. November an Brotgetreide aller Getreidearten 3 Mrd. 285 Mio. Pud geerntet. Zudem haben die Kolchosen, die keinen Überschuss an Getreide haben (dafür gibt es unterschiedliche Gründe) und die das Recht haben, dafür andere landwirtschaftliche Produkte an den Staat abzugeben oder, wie es bei uns heißt, Substitute für Brotgetreide abzugeben, in diesem Jahr etwas mehr als 170 Mio. Pud Brotgetreiderechnungseinheiten abgeliefert. Für die Genauigkeit dieser Zahl kann ich mich nicht verbürgen. Wir haben schon jetzt ungefähr 3 Mrd. 467 Mio. Pud Brotgetreide sowohl in Korn als auch in Substituten geerntet. Ich denke, dass wir noch 40 Mio. Pud ernten werden. Damit werden wir in diesem Jahr einschließlich der Substitute mehr als dreieinhalb Milliarden Pud haben. Damit Ihnen verständlich wird, was das bedeutet, sage ich Ihnen, dass wir 1953 1 Mrd. und etwas über 800 Millionen Pud geerntet hatten. Somit haben wir in diesem Jahr die Brotgetreideernte fast verdoppelt. Gegenwärtig ernten wir hauptsächlich Weizen. Unser Bedarf im Innern beläuft sich ungefähr auf zwei Milliarden Pud, d. h. diese Getreidemenge dient der Befriedigung der Bedürfnisse im Land: Lebensmittel, Futter, Verarbeitung des Getreides zu Alkohol, Stärke und andere Produkte. Somit verfügen wir in diesem Jahr zusätzlich zu dem, was zur Befriedigung des Bedarfs im Landesinnern benötigt wird, über mehr als eineinhalb 1½ Milliarden Pud Brotgetreide.

*Rainau:* Ist dieser gewaltige Erfolg, von dem Herr Chruschtschow gesprochen hat, hauptsächlich durch Bearbeitung der Neulandböden oder durch bessere Nutzung der alten Böden erzielt worden?

*Chruschtschow:* Hauptsächlich durch die Neulandböden. Zudem war dieses Jahr günstig für die Landwirtschaft, außer im Süden der Ukraine und in einigen Zentralbezirken der Russischen Föderation. Hier war es ein ungünstiges Jahr für die Winterkulturen. Während die Ukraine früher ungefähr 500 Mio. Pud Getreide und im vergangenen Jahr, 1955, 600 Mio. Pud geerntet hatte, hat sie in diesem Jahr nur ca. 300 Mio. Pud Getreide geerntet, das heißt zweimal weniger. Das bezieht sich aber nur auf die Wintersaaten. Die Bruttogetreideernte in dieser Republik wird nicht geringer als die des Vorjahres ausfallen, weil die mit Wintersaaten bestellten Flächen mit Mais nachgesät wurden. Der Staat hat insofern einen Verlust, als er weniger ukrainischen Weizen bekommt, hat aber insofern ein Gewinn, als das Brutto der Getreideernte in dieser Republik größer sein wird, als wenn der Weizen nicht erfroren wäre. Es ist bekannt, dass der Mais eine größere Ernte an Körnern bringt als der Weizen. Und dies wirkt sich auf die Entwicklung der Viehwirtschaft positiv aus.

*Rainau:* Ich bedanke mich herzlich für die Beantwortung der Frage. Ich will den anderen nicht das Recht nehmen, Fragen zu stellen. Aber vielleicht können Sie am Ende des Gesprächs noch Zeit finden und auf einige Fragen antworten.

*Bredendiek:*<sup>304</sup> Ich habe eine Frage, die sich unmittelbar auf die Friedensbewegung bezieht. In diesem Zusammenhang will ich vielleicht etwas sagen, was unmittelbar an das anschließt, was Dr. Wiedemann gesagt hat.

Unserer Delegation gehören einige Mitglieder des Weltfriedensrates sowie Mitglieder der deutschen Friedensräte in beiden Teilen Deutschlands an. Im Laufe der letzten Jahre sehen wir mit großer Befriedigung, dass in der Welt eine gewisse Entspannung eintritt, und wir sehen auch, dass die Prinzipien, von denen sich die Bewegung der Anhänger des Friedens leiten lässt, auch in den Ländern sich ihren Weg bahnen, in denen man sich zu ihr negativ verhalten hat. Unsere Tätigkeit konzentriert sich wesentlich auf Probleme wie Abrüstung, Verbot der Atomwaffen und, bei uns in Deutschland, die Verhinderung der allgemeinen Wehrpflicht. In letzter Zeit sind immer öfter Stimmen zu hören, dass die Bewegung zur Verteidigung des Friedens ihre Bedeutung verloren habe, weil die Prinzipien, von denen sie sich leiten lässt, zum Bestandteil der Politik einiger Mächte geworden ist. Wir wären jetzt sehr dankbar für eine Erläuterung, die uns der Premierminister und Herr Chruschtschow zur Arbeit der Bewegung zur Verteidigung des Friedens geben [könnte] und wenn Sie Ihre Meinung dazu äußern könnten, ob diese Arbeit wirklich notwendig ist. Das ist meine Frage.

*Chruschtschow:* Ich weiß nicht, ob ich Sie mit meiner Antwort zufrieden stellen kann. Doch mein Standpunkt in dieser Frage, der Standpunkt meines Freundes N. A. Bulganin wie auch aller Genossen, mit denen ich arbeite, ist der, dass die Tätigkeit der Leute, das Bemühen, die auf die internationale Entspannung und die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen ausgerichtet sind, jetzt nicht nur ihre Bedeutung nicht verloren haben, sondern im Gegenteil eine immer größere Bedeutung erlangen. Sie sehen selbst, die internationalen Geschehnisse entwickelten sich so, dass es vielen so schien, als wäre vielleicht tatsächlich die praktische Notwendigkeit für die Tätigkeit des Friedensrates weggefallen. Aber da entwickelten sich die Geschehnisse in Ägypten.<sup>305</sup> Ich will der Frage nicht ausweichen und sehe, dass Sie mir sagen könnten: Wieso schweigen Sie denn zu den Geschehnissen in Ungarn?<sup>306</sup> Nein, das werde ich nicht. Darum sage ich: Es haben sich in Ägypten und in Ungarn Geschehnisse abgespielt. Und ich muss Ihnen sagen, dass diese Geschehnisse in direktem Zusammenhang miteinander stehen. Sie sehen, Ihre Tätigkeit, die Tätigkeit der Anhänger des Friedens, hat in allen Ländern nicht nur ihre Bedeutung nicht verloren, sondern hat im Gegenteil jetzt, da die internationalen Beziehungen komplizierter werden, noch größere Bedeutung erlangt. Diese Tätigkeit erfordert neue Anstrengungen von allen Menschen, die im Kampf für den Frieden zusammenarbeiten.

<sup>304</sup> Zur Person Walter Bredendieks liegen keine Informationen vor.

<sup>305</sup> Nachdem Präsident Nasser die Internationale Zone am Suez-Kanal aufgehoben und sich unterstellt hatte, landeten dort im Herbst 1956 britische und französische Truppen; israelische Streitkräfte stießen durch die Sinai-Halbinsel dorthin vor. Die Invasion scheiterte, weil sich die USA dagegen wandten und dann auch die UdSSR Partei für Ägypten ergriff.

<sup>306</sup> Das bezieht sich auf die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch sowjetische Truppen im Herbst 1956.

(Jeder hat seine Gewohnheit, Professor Rainau hat sitzen wollen, aber ich bitte Sie darum aufstehen zu dürfen, um das Gespräch mit Ihnen im Stehen weiterzuführen.)

Ich denke, Sie hätten eine Frage an mich, wenn ich in dieser meiner Stellungnahme nicht auf die Frage nach dem Stand der Dinge in Ägypten und in Ungarn antworten würde. Daher verweile ich vor allem auf eben dieser Frage und ich will, dass Sie mich richtig, von meinem Standpunkt aus, verstehen. Jeder hat seinen Standpunkt. Darum dränge ich Ihnen meinen Standpunkt nicht auf, sondern will ihn lediglich darlegen.

Ein Akt völlig unverhüllter Aggression wurde von England, Frankreich und Israel gegen Ägypten verübt. In dieser Frage gibt es keine andere Ansicht, nicht einmal bei Leuten, die auf anderen politischen Standpunkten stehen. Sogar die Aggressoren wie Herr [Anthony] Eden, der an der Spitze der Regierung von England steht, und Herr Guy Mollet, der an der Spitze der Regierung von Frankreich steht, sehen sich genötigt zu sagen, dass der Angriff Englands und Frankreichs auf Ägypten eine Polizeiaktion war, keine Militär-, sondern eine Polizeiaktion. Doch wie allgemein bekannt ist, hat jeder Staat Polizeikräfte und setzt sie innerhalb seines Staates ein. Hier aber hat eine Aggression stattgefunden, es ist ein militärischer Angriff auf einen anderen Staat durchgeführt worden, der zudem recht weit von den Orten entfernt ist, von denen aus diese Polizeikräfte herbeigeholt worden sind. Überdies wurden gegen diesen souveränen Staat alle modernen Vernichtungsmittel angewendet.

Ich kann Ihnen etwas über unsere Verhandlungen erzählen, die ich und Gen. Bulganin in London mit Herrn Eden und Mitgliedern seiner Regierung gehabt haben.<sup>307</sup> Wie Ihnen bekannt ist, haben wir an Ägypten eine gewisse Menge Waffen verkauft. Das hat Eden und seine Kollegen sehr beunruhigt. Und wir verstehen diese Beunruhigung. Bei den Verhandlungen in London haben sie uns gesagt, ob es sich denn nicht so machen lasse, dass wir den Ländern im [Nahen] Osten keine Waffen verkaufen, weil eine Situation entstehen könne, in der ein Krieg drohe. Wir haben das verstanden und gesagt, dass wir mit ihnen einverstanden sind. Wir haben gesagt, dass wir damit einverstanden sind, mit ihnen zu vereinbaren, keine Waffen an die Länder im [Nahen] Osten zu verkaufen. Wir haben gesagt, dass wir bereit sind, mit den Engländern einen Vertrag darüber abzuschließen, niemandem Waffen zu verkaufen. Doch unter der Bedingung, dass sowohl England als auch Frankreich und andere Länder diesen Ländern keine Waffen verkaufen. Lassen Sie uns vereinbaren, haben wir gesagt, dass England und andere Länder nicht an Ägypten, Israel, die Türkei, den Irak verkaufen, [dass sie] keine Waffen an Iran und andere Länder verkaufen. Und wir werden ebenfalls keinem dieser Länder Waffen verkaufen. Dies wird die beste Regelung der Frage sein, weil diese Länder selbst keine Waffen herstellen.

Nein, haben die Engländer erklärt, dem können wir nicht zustimmen!

Versetzen Sie sich doch in unsere Lage. Hätten wir dem Vorschlag Edens zugestimmt, hieße das, mit England eine Vereinbarung abschließen und [zwar] eine Vereinbarung darüber, dass England die Länder im [Nahen] Osten, die arabi-

<sup>307</sup> Vom 18. bis 27. April 1956 waren Chruščëv und Bulganin zu Gesprächen in Großbritannien.

schen Länder, schluckt, und wir in keiner Weise diesen Länder helfen, sich zu schützen. Doch wäre das denn eine Politik zur Herstellung des Friedens. Nein! Das wäre eine Politik zur Ermunterung des Räubers.

Wir haben natürlich gesagt, wenn Sie mit unserem Vorschlag nicht einverstanden sind und selbst Waffen an diese Länder verkaufen, dann erlauben Sie auch uns, so vorzugehen, wie wir es für richtig halten.

Herr [Selwyn] Lloyd, der Außenminister Englands, hat in einem Gespräch mit uns angeblich scherzhaft gesagt, ein kleines Vögelchen habe ihm ins Ohr gezwitschert, dass wir vorhaben, noch an ein weiteres Land im Nahen Osten Waffen zu verkaufen. Und er hat dieses Land genannt.

Als Antwort darauf haben wir Herrn Lloyd gesagt, die Krähen krächzen an allen Straßenecken, dass Sie an die Türken Waffen verkaufen, nicht einmal verkaufen, sondern sogar verschenken; diese Krähen behaupten, dass Sie Waffen verkaufen und nicht einmal verkaufen, sondern sogar verschenken an alle Länder, die gegen uns sind. Daher, so haben wir gesagt, wenn Ihnen das ein Vögelchen ins Ohr gezwitschert hat, kann das vielleicht tatsächlich wahr sein.

Bei den Verhandlungen in London hat Eden, als wir nur mit ihm allein geredet haben, an uns, an unser Gefühl appelliert und erklärt:

Wir können nicht, sagte er, verstehen Sie doch, zulassen, dass der Strom des Erdöls aufhört, der aus den Ländern des Mittleren Osten über den Suezkanal nach England fließt. Sie werden die Lage Englands verstehen, wenn, so sagte er, das Erdöl nicht mehr nach England fließt, geht England als Staat zugrunde. Daher werden wir, wenn irgendetwas in diesem Sinne geschieht, nicht vor einem Krieg zurückschrecken und werden Krieg führen. So hat sich Eden geäußert.

Wir haben Eden geantwortet, wir verstehen, dass England das Erdöl benötigt. Doch kann England friedlich mit denen Vereinbarungen treffen, die über dieses Erdöl verfügen, und sich auf der Basis eines gerechten Handelsvertrages mit diesen Ländern die Lieferung des Erdöls sichern. Aber wir verstehen nicht, haben wir Eden gesagt, wenn (beispielsweise) wir Ihnen irgendetwas nicht verkaufen wollen oder, umgekehrt, Sie wollen uns irgendetwas nicht verkaufen, dass wir deswegen mit Ihnen Krieg führen müssten. Wird das denn ein Handel sein? Das ist doch Raub und keine Politik. Wir haben Herrn Eden gesagt, dass wir bereit sind, unsererseits alles zu tun, um die wirtschaftlichen Verbindungen Englands zum [Nahen] Osten nicht zu behindern, so dass England die notwendigen Rohstoffe und Energieträger bekommt, die es aus diesen Ländern erhält, damit England ein normales Leben führen kann und dem englischen Volk kein Schaden entsteht. Doch auf der anderen Seite, haben wir gesagt, ist zu berücksichtigen, dass dies Ihre Interessen sind. Aber wir haben ebenfalls unsere Interessen, wir wollen ebenfalls Gedeihen für unser Volk. Deswegen, haben wir gesagt, richten Sie Ihre Aufmerksamkeit beispielsweise auch auf Tatsachen wie diese: Wieso haben Sie den aggressiven Bagdadpakt<sup>308</sup> organisiert? Warum haben Sie in diesen Pakt den Iran hineingezogen, ein Land, das in unmittelbarer Nähe von Baku, ei-

<sup>308</sup> Am 24. Februar 1955 hatten zunächst das NATO-Mitglied Türkei und der damals prowestlich ausgerichtete Irak ein Bündnis abgeschlossen. Am 5. April schloss sich Großbritannien an, am 23. Mai Pakistans und am 3. November Iran.

nem großen Zentrum der Erdölförderung, an uns angrenzt?<sup>309</sup> Wieso geben Sie den Ländern Waffen, die dem gegen uns gerichteten Bagdadpakt angehören? Sie warnen uns, dass Sie nicht vor einem Krieg halt machen. Aber was bedeutet diese Ihre Warnung? Wollen Sie uns etwa einschüchtern?

Wir haben Herrn Eden offen gesagt, wenn Sie einen Krieg beginnen, sollten Sie sich das vorher gut überlegen: Sie können ihn leicht beginnen, aber den Krieg zu beenden, wird für Sie schwer sein. Wir haben den englischen Führern gesagt, wenn Sie Krieg gegen die Araber beginnen, werden sich die Araber zum heiligen Krieg erheben gegen die ausländischen Versklaver, für ihre Freiheit und Unabhängigkeit, für ihr Land. Wir haben ihnen übrigens gesagt, dass die Araber dabei nicht allein sein werden. Sie werden wahrscheinlich die Unterstützung von Freiwilligen aus anderen muslimischen Staaten, und nicht nur aus muslimischen Staaten, haben. Unsere Sympathien werden ebenfalls auf der Seite der Araber sein. Daher versuchen Sie nicht, [uns] einzuschüchtern. Überlegen Sie selbst, dass er [ein Krieg] Ihnen außer Schaden nichts bringen wird. Ein derart offenes Gespräch haben wir mit den Führern der englischen Regierung gehabt.

Aber, wie die weiteren Geschehnisse gezeigt haben, hat sich Herr Eden trotzdem nicht zurückgehalten und hat den Krieg begonnen.

Wieso aber haben die Engländer und Franzosen den Krieg gegen Ägypten begonnen? Man muss dabei im Auge haben, dass dies vor allem Kolonialländer sind. Die Franzosen haben 7 Jahre lang Krieg gegen Vietnam geführt, und die Vietnamesen haben sie besiegt, sie haben sie fast mit Knüppeln besiegt, als sie gegen die mit Maschinengewehren, Kanonen und Flugzeugen ausgerüsteten französischen Truppen gekämpft haben.<sup>310</sup> Jetzt führen sie [die Franzosen] in Algerien Krieg gegen das algerische Volk,<sup>311</sup> sie ruinieren sowohl das fremde als auch das eigene Land, sie töten Araber, sie lassen viele tausend Franzosen sterben. Und auch dort werden sie den Krieg verlieren.

Als Herr Guy Mollet und Herr [Christian] Pineau hier waren und mit der Sowjetregierung Verhandlungen führten,<sup>312</sup> haben sie sich an uns gewandt mit der Frage:<sup>313</sup> Helfen Sie uns, helfen Sie, diesen Krieg in Algerien zu beenden. Wir, haben sie gesagt, können nicht ohne Algerien auskommen, schließlich leben dort eine Million Franzosen.

<sup>309</sup> Chruščëv und Bulganin können bei ihren Gesprächen in London keine Kritik an der Zugehörigkeit Irans zum Bagdadpakt geübt haben, weil sich dieses Land dem Bündnis erst einige Monate später angeschlossen hat.

<sup>310</sup> Nachdem Vietnam im Zweiten Weltkrieg mit japanischer Unterstützung die französische Kolonialherrschaft abgeschüttelt hatte, nahm der kommunistische Vietminh unter der Führung Ho Chi Minhs den Kampf gegen den Versuch Frankreichs auf, erneut entscheidenden Einfluss zu nehmen. Der militärische Konflikt endete 1954 damit, dass die Truppen der Franzosen und ihrer einheimischen Verbündeten in Dien Bien Phu kapitulierten und auf einer internationalen Konferenz die Souveränität des Landes und dessen Teilung in einen kommunistischen Norden und einen nicht-kommunistischen Süden beschlossen wurde.

<sup>311</sup> Die im März 1954 in Kairo von Ahmed Ben Bella gegründete Algerische Befreiungsfront (Front de Libération Nationale, FLN) nahm den bewaffneten Kampf gegen Frankreich auf, das Algerien aufgrund der dort lebenden etwa eineinhalb Millionen Franzosen als Bestandteil des Mutterlandes mit allen daraus erwachsenden Rechten und Pflichten behandelte.

<sup>312</sup> Zu diesen Verhandlungen, die vom 16. bis 24. April 1956 stattfanden, siehe die Dokumente Nr. 8 bis 13 in diesem Band. Die Gespräche über die Algerien-Frage finden sich in Dokument Nr. 10.

<sup>313</sup> So im russischen Text, obwohl keine Frage, sondern eine Bitte folgt.

– Und wie viele Algerier, Araber und andere Einwohner gibt es dort in Algerien, haben wir gefragt. Sie haben uns geantwortet, dass es 8 oder 9 Millionen sind.

– Und sie können ohne Sie leben?

– Das können sie, haben sie gesagt, aber sie bringen die Franzosen um.

– Warum aber, so haben wir gefragt, bringen sie sie um? Doch nicht etwa deswegen, weil sie den Algeriern die besten Böden weggenommen haben und [damit] die Algerier zum Verhungern zwingen? Offenbar glauben die Algerier, dass sie entweder sich wehren oder verhungern müssen. Wir können mit Ihnen reden, haben wir den Herren Guy Mollet und Pineau gesagt, aber wir lassen uns nicht dazu nötigen, Ihren Krieg gegen die Algerier als richtig anzuerkennen. Das widerspricht unserem Gewissen. Unsere Sympathien waren und bleiben aufseiten des algerischen Volkes, das für seine nationale Unabhängigkeit kämpft und die Kolonialherren wegjagen will.

So sind unsere Gespräche mit Guy Mollet und Ch[ristian] Pineau verlaufen.

Aber wie Sie sehen, haben ihnen unsere Antworten nicht gefallen. Und sie sind natürlich daran gegangen, diese Fragen mit Waffengewalt zu entscheiden.

Weiter, Sie wissen offenbar sehr wohl, dass die Vereinigten Staaten von Amerika jedes Jahr hunderte Millionen Dollar für die Durchführung der subversiven Tätigkeit gegen die volksdemokratischen Regime bereitstellen, die in den Ländern Osteuropas errichtet worden sind. Sie wollen die Völker dieser Länder zu den kapitalistischen Grundlagen der Wirtschaftsführung zurückbringen. Zur gleichen Zeit sind die verstärkte Vorbereitung für den Angriff der Kolonialmächte auf Ägypten und die Vorbereitung für die Beseitigung der volksdemokratischen Regime in den osteuropäischen Ländern erfolgt. Die Kräfte der Reaktion haben dies vor allem in Polen und in Ungarn versucht.

Die Geschehnisse, die sich in Polen abgespielt haben, haben zu Anfang die reaktionären Kräfte erfreut. Doch dann verliefen die Geschehnisse in einer anderen Bahn, nicht in der, welche die imperialistischen Kräfte erwartet hatten.<sup>314</sup> Um die Geschehnisse in eben die Bahn zu lenken, in der die Reaktion sie haben wollte, hielt diese es für notwendig, die Geschehnisse in Ungarn zu forcieren und zu versuchen, dadurch die Geschehnisse in Polen sozusagen mit einem Impuls aus Ungarn in die gewünschte Richtung zu lenken, d. h. hin zur Liquidierung der sozialistischen Errungenschaften und zur Errichtung einer Ordnung des Kapitalismus und der Gutsherrschaft in diesen Ländern.

<sup>314</sup> Im Juni 1956 eskalierte ein Arbeiterstreik in Posen (Poznań) zu Demonstrationen mit 100 000 Teilnehmern und zu Aktionen gegen das kommunistische Regime, namentlich die Geheimpolizei. Der Aufstand, der die Stadt und ihre Umgebung vollständig in seine Gewalt brachte, wurde zwar von herbeigeholten Truppen äußerst blutig niedergeschlagen, erwies sich aber als Ferment, das in der polnischen Gesellschaft zu Unruhe und schließlich im Oktober zur allgemeinen Krise führte. Als sich das ZK der Partei zu Beratungen über einen Führungswechsel und weitere politische Konsequenzen veranlasst sah, kamen Chrusčëv und andere maßgebliche Mitglieder des sowjetischen ZK-Präsidiums nach Warschau, um die Veränderungen zu stoppen. Nach langen und heftigen Diskussionen waren die sowjetischen Führer bereit, auf militärisches Eingreifen zu verzichten und Władysław Gomułka als neuen Parteichef zu akzeptieren, der den politischen Druck lockerte und einige Reformen durchführte. Dadurch wurde der Möglichkeit eines landesweiten Aufstands vorgebeugt; die innenpolitischen Verhältnisse stabilisierten sich.

Ich weiß, dass Sie, die hier Anwesenden, auf anderen politischen Positionen stehen als wir, die Kommunisten. Unter ihnen gibt es Sozialdemokraten, Vertreter der christlichen Partei sowie Vertreter anderer Parteien. Es ist natürlich, dass wir und Sie unterschiedliche politische Auffassungen haben. Ich lege Ihnen meinen Standpunkt dar, als Kommunist, und sage nicht, dass dieser Standpunkt Sie zufrieden stellen wird. Ich sage Ihnen, wie ich diese Geschehnisse verstehe. Doch in der Frage von Krieg und Frieden stehen wir, wie ich meine, auf dem gleichen Standpunkt, sowohl Sie als auch wir haben Interesse daran, dass es keinen Krieg gibt.

Die Geschehnisse in Polen haben uns sehr beunruhigt. Wir sind nach Warschau gefahren und haben Gespräche mit den polnischen Führern gehabt, die als Ergebnis der Geschehnisse an die Spitze gekommen sind. Wir sind mit diesen Leuten bekannt geworden, haben ihre Ansichten erfahren und gesehen, dass es ehrliche Leute sind, die sich von den Fehlern lösen wollen, die in der Vergangenheit zugelassen wurden und als schwere Bürde auf den Schultern des polnischen Volkes lasteten. Wir haben gesehen, dass diese Leute normalere Bedingungen im Innern des Landes und bessere Voraussetzungen für die Entwicklung des polnischen volksdemokratischen Staates schaffen wollen, damit er stabiler und stärker in wirtschaftlicher Hinsicht wird. Gestern haben wir unsere Verhandlungen mit den Führern des polnischen Staates und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei abgeschlossen. Es wurden Dokumente über diese Verhandlungen veröffentlicht, und Sie kennen sie offenbar. Wir sind voll zufrieden mit den Beziehungen, wie sie jetzt mit Polen zustande gekommen sind.

In Ungarn haben sich die Ereignisse in anderer Richtung entwickelt. Sie wissen schon aus der Presse, als in Ungarn die Ausschreitungen der frech gewordenen Reaktion einsetzten, hat die Regierung Ungarns unsere Streitkräfte um Hilfe gebeten, und wir haben der Regierung Imre Nagy diese Hilfe geleistet. Danach bat die Regierung Imre Nagy darum, dass wir gegen die Meuterer keine Waffen einsetzen und unsere Streitkräfte aus Budapest abziehen sollten. Wir haben das getan. Wir verstehen gut, dass der Einsatz von Streitkräften eines anderen Staates selbst dann höchst unangenehm ist, wenn er auf Bitte der Regierung erfolgt. Das ist eine sehr unangenehme Aktion. Als wir der Bitte der Regierung Imre Nagy nachgekommen sind, haben wir unseren Truppen befohlen, sich nicht an den Geschehnissen in Ungarn zu beteiligen, und damit begonnen, über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn zu verhandeln. Die sowjetische Regierung hat am 30. Oktober eine Deklaration veröffentlicht zu den Grundlagen der Entwicklung und weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern<sup>315</sup> und lässt sich jetzt von dieser Deklaration leiten.

<sup>315</sup> Darin hieß es, künftig würden gelten die „Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und der wechselseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“, die bis dahin bagatellisiert worden seien. Eine „wechselseitige brüderliche Unterstützung und Hilfe auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet“ wurde ins Auge gefasst. Jedes sozialistische Land sollte der „Beachtung der vollen Souveränität“ sicher sein können. Hinsichtlich des Aufruhrs in Ungarn war von gerechten Forderungen der Werktätigen nach Systemverbesserung die Rede. Das sei aber von „Kräften der schwarzen

Und genau zu diesem Zeitpunkt entschieden England und Frankreich, dass in den östlichen Ländern eine Lage entstanden sei, wie sie ihren Wünschen entspricht, und dass damit der günstigste Moment für den Angriff auf Ägypten gekommen wäre.<sup>316</sup> Und haben sie Ägypten angegriffen. Den Anfang machte Israel. Kann jemand ernstlich glauben, dass Israel selbständig so einen Beschluss gefasst und Ägypten angegriffen hätte? Die Araber hätten Israel an den Ohren gezogen, wenn hinter Israel keine starke Anstifter gestanden hätten. England und Frankreich drängten Israel zu den militärischen Handlungen gegen Ägypten. Hätten England und Frankreich den Krieg beginnen können, wenn sie nicht des stillschweigenden Einverständnisses der USA sicher gewesen wären?<sup>317</sup> Es ist völlig klar, dass sie es sonst nicht hätten tun können. Hier bestand eine gewisse Absprache, eine Absprache, verzeihen Sie mir den groben Vergleich, von der Art, wie sich der Polizist mit dem Räuber abspricht: Der Räuber wird auf der einen Straßenseite tätig, und der Polizist blickt in eine andere Richtung; das Opfer bittet um Hilfe, aber der Polizist läuft nicht zum Tatort, sondern in die entgegengesetzte Richtung. Das ist die Rolle, die sich die USA in dieser Frage auch verschafft haben.

Man kann das auch damit vergleichen: Drei fangen eine Prügelei an, Amerika mischt sich ein, geht daran, sie auseinander zu bringen, damit es keine Prügelei gibt, fällt [aber] nicht dem in den Arm, der schlägt, sondern dem, der geschlagen wird, und versucht davon zu überzeugen, dass Ägypten keinen Krieg führen soll. Dabei führen doch England, Frankreich und Israel den Schlag gegen Ägypten.

Die USA wollten sich in diesem Konflikt als Friedensstifter aufspielen. Wir haben uns entschlossen, den USA den Schleier des Friedensstifters wegzureißen. Wir haben einen Brief an den Präsidenten der USA, Herrn Eisenhower, geschrieben und erklärt, dass ein Raubkrieg gegen Ägypten eingeleitet wurde. Zwei Großmächte haben ein schwaches Land angegriffen. Wir sind jetzt zwei Weltmächte: die USA und die Sowjetunion müssen sie dazu zwingen, mit dem Krieg aufzuhören und sie, wenn sie nicht wollen, dazu mit Gewalt zwingen, natürlich alles im Rahmen der UNO, um dem Krieg ein Ende zumachen. Ich denke, Sie verstehen, dass wir bei Absendung dieses Briefes an Eisenhower davon ausgegangen sind, er wird unseren Vorschlag nicht annehmen. Aber wir haben gewollt, dass die anderen das sehen. Und er sagte sogleich, es sei doch an-

Reaktion“ zu Bemühungen um Unterminierung der volksdemokratischen Ordnung ausgenutzt worden und habe bedauerlicherweise zu Blutvergießen geführt. Zur Bekämpfung des Übels habe die UdSSR der Bitte der ungarischen Regierung entsprochen, Militär nach Budapest zu schicken. Dieses werde man abziehen, sobald die ungarische Regierung dies für nötig halte. Abschließend wurde erklärt, „dass es die Völker der sozialistischen Länder den äußeren und inneren Kräften der Reaktion nicht erlauben werden, die Grundlagen der volksdemokratischen Ordnung zu erschüttern“.

<sup>316</sup> Das Vorgehen der britischen und französischen Truppen diene dem – von Eden im Frühjahr gegenüber Chrusčëv und Bulganin genannten – Zweck, die Erdöllieferungen zu gewährleisten. Der ägyptische Präsident Nasser hatte den Suezkanal – in Verletzung des Vertrags über dessen Internationalisierung – nationalisiert und sich damit eines Schiffsweges bemächtigt, auf dessen Verfügbarkeit man sich in London und Paris angewiesen sah.

<sup>317</sup> Konsultationen mit Washington wären zwar angebracht gewesen, hatten aber nicht stattgefunden. Die USA waren mit der Aktion nicht einverstanden und erzwangen ihren Abbruch. Chrusčëv nutzte die Lage aus und gab sich durch die Androhung bewaffneten Eingreifens den Anschein, als habe er den Rückzug der Briten, Franzosen und Israelis herbeigeführt.

geblich undenkbar, dass wir [die USA] gegen England und Frankreich sind und gegen sie Krieg führen. Sicher wollen auch wir [die UdSSR] keinen Krieg gegen irgendwen führen, aber wir wollten, dass England und Frankreich das kriegerische Vorgehen gegen Ägypten beenden. Wir haben Guy Mollet, Eden und Ben Gurion<sup>318</sup> entschieden formulierte Briefe geschickt. Jetzt sagen sie, dass sie auch ohne diese Briefe den Krieg sowieso beendet hätten. Das mögen kleine und etwas ältere Kinder glauben, aber schon Jugendliche werden das nicht mehr glauben.

Was wollten die Franzosen und Engländer? Sie wollten die Armee Ägyptens zerschlagen, die Regierung Nasser stürzen, den Suezkanal erobern, eine ihnen genehme ägyptische Regierung einsetzen und ungestraft das ägyptische Volk und alle Araber ausbeuten, aus diesen Länder ungehindert das Erdöl herauspressen. Was haben sie aber bekommen? Sie haben Ägypten angegriffen und stehen vor aller Welt als Aggressoren da, sie haben bei den arabischen Völkern und bei allen fortschrittlichen Menschen großen Zorn auf sich gezogen. Sie haben den Kanal zerstört, die Erdölleitungen zerstört,<sup>319</sup> und die Lieferung von Erdöl nach Europa wurde beendet. Damit haben sie sehr schwere wirtschaftliche Bedingungen sowohl für Frankreich als auch für England wie auch für Westdeutschland geschaffen. Dies wissen wir durch Westdeutschland. Unsere Tankschiffe kommen aus dem [Nahen] Osten ohne Ladung zurück (dorthin bringen sie Treibstoff). Die Westdeutschen haben uns gebeten, dass diese Tankschiffe Erdöl aus dem Persischen Golf mitnehmen und nach Westdeutschland bringen. Wir haben zugestimmt. Diese Tatsache lässt erkennen, dass es auch in Westdeutschland um den Treibstoff offenbar schlecht bestellt sein wird.

Da haben Sie die Resultate der Aggression.

Wie haben sich die Geschehnisse in Ungarn entwickelt? In Ungarn kam Imre Nagy an die Macht. Wir haben ihn unterstützt. Die Regierung jedes Volkes ist Sache des Volkes und nicht eines anderen Staates. Die Regierung Imre Nagy dauerte 7–8 Tage, und in dieser Zeit änderte sich die Zusammensetzung der Regierung mehrmals. Das war eine Regierung, die in einem Saal vor einem Mikrofon saß und mit dem Land über das Mikrofon zu sprechen versuchte. Doch währenddessen wüteten Banden, gegen wen sie wollten, ergriffen auf der Straße Revolutionäre,<sup>320</sup> hängten sie auf, schlugen Leuten die Köpfe ab und trugen sie auf Bajonette gespießt durch die Straßen. Die Regierung war machtlos, das zu verhindern oder dem entgegenzutreten.

Wenn man sich anschaut, was das für eine Regierung mit Imre Nagy war, so muss man sagen, dass niemand diese Regierung bestätigt und ernannt hat. Das ungarische Volk hat sie nicht gewählt. Diese Regierung war von einem Haufen Banditen eingesetzt worden, der unter der Bevölkerung des Landes blutig wütete. Alle revolutionären Kräfte haben sich aus dieser Regierung zurückgezogen.

<sup>318</sup> Ben Gurion (1886–1973), israelischer Regierungschef.

<sup>319</sup> Bevor die gegnerischen Truppen die Kanalzone in Besitz nehmen konnten, zerstörten die Ägypter die technischen Einrichtungen und versenkten die dort befindlichen Schiffe. Dadurch wurde der Kanal jahrelang unbenutzbar.

<sup>320</sup> In der Sicht Chruschtsëvs waren die Funktionäre und Verteidiger des kommunistischen Regimes Revolutionäre. Die Aufständischen betrachtete er dagegen pauschal als faschistische Verbrecher.

Jetzt ist, wie Sie wissen, in Ungarn die revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung gebildet worden, an deren Spitze János Kádár steht. Er genießt in Ungarn hohes Ansehen bei den Arbeitern, vor allem bei den Bergleuten. Das wird auch durch die Tatsache bestätigt, dass Imre Nagy János Kádár in seiner Regierung hielt, als dieser die Regierung Nagy unter dem Schutz unserer Truppen verließ, obgleich er durchaus wusste, dass János Kádár sich daraus zurückgezogen hatte.

Im Zusammenhang mit der blutigen Orgie der faschistischen Banden wandte sich die Revolutionäre Regierung Ungarns an uns mit der Bitte, ihr bei der Wiederherstellung der Ordnung zu helfen. Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, diese Hilfe zu leisten. Wenn wir das nicht getan hätten, wäre dort eine faschistische Diktatur errichtet worden mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen. Wir waren der Ansicht, dass man eine Wiedergeburt des Faschismus in Ungarn verhindern musste. Jetzt kommt in Ungarn, wenn auch langsam, das normale Leben wieder in Gang. Wenn die normale Ordnung im Land hergestellt ist und die ungarische Regierung glaubt, dass die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in Ungarn nicht [mehr] erforderlich ist, werden wir keinesfalls darauf bestehen, dass unsere Truppen dort bleiben.

Wir haben auch keine Truppen in der Tschechoslowakei gehabt und denken nicht daran, dort welche hinzubringen. Wir haben auch keine Truppen in Bulgarien, und wir denken nicht daran, sie dort hinzubringen. In diesem Jahr haben wir unsere Truppen, die in Polen stehen, verringert. Die sowjetische Regierung hat in diesen Tagen eine Erklärung zur Abrüstung abgegeben, in der wir erklärt haben, dass wir zur Liquidierung des Warschauer Pakts bereit sind unter der Bedingung der Liquidierung des NATO-Pakts. Wir sind bereit, 1957 unsere Truppen um 1/3 zu reduzieren unter der Bedingung, dass Amerika und die anderen Staaten zur Reduzierung ihrer in Westdeutschland stationierten Truppen in gleichem Umfang bereit sind. Wir sind einverstanden, alle unsere Truppen aus Deutschland und den Ländern der Volksdemokratien unter der Voraussetzung zurückzuziehen, dass die USA und die anderen Staaten ebenfalls ihre Truppen zurückziehen und die amerikanischen Stützpunkte liquidiert werden. Wir sind bereit, sofort einen Vertrag über vollständige Abrüstung und ein Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen sowie über die Beendigung der Versuche mit diesen Waffen zu unterschreiben.<sup>321</sup> Wir sind bereit, alles zu tun, damit es keinen

<sup>321</sup> Diese öffentliche Stellungnahme erfolgte am 17. November 1956. Dieser fasste die sowjetischen Forderungen zusammen, über die zumeist seit langem erfolglos verhandelt worden war: Reduzierung der Streitkräfte der USA, der UdSSR und des kommunistischen Chinas auf jeweils 1–1,5 Mio. Mann sowie der britischen und französischen Truppen auf jeweils 650 000 Mann, Verbot der Kernwaffen, Verringerung des Militärs von den vier Mächten in Deutschland um ein Drittel, Teilverzicht dieser Mächte auf ihre auf NATO- bzw. Warschauer-Pakt-Gebiet stehenden Streitkräfte, Liquidierung der ausländischen Stützpunkte auf dem Territorium fremder Staaten, Kürzung der Militärhaushalte, Aufbau eines internationalen Systems zur Kontrolle der Abrüstung, Einrichtung von Kontrollposten an Verkehrsknotenpunkten zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs und Einberufung einer Konferenz der vier Mächte und Indiens. Von einer Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, die Chrusčëv in der hier wiedergegebenen Rede erwähnte, ist in dem Vorschlag nur insofern die Rede, als die beiden Forderungen, die Deutschland und die zwei Bündnisse betrafen, in diese Richtung wiesen. Die Ersetzung der gegeneinander gerichteten Bündnisse durch ein europäisches System der kollektiven Sicherheit war seit Februar 1954 ein immer wieder vorgetragener sowjetischer Programmpunkt.

Krieg gibt. Viele, und am allermeisten das sowjetische und das deutsche Volk, wissen, was ein Krieg bedeutet. Mehr als alle in der Welt haben im letzten Krieg die Deutschen und die Völker der Sowjetunion Menschenverluste erlitten. Vermutlich ist unter Ihnen, die hier sitzen, kein einziger, der im letzten Krieg keine Angehörige verloren hat. Auch mein Sohn ist in diesem Krieg umgekommen. Er war Pilot. Und wer weiß, vielleicht haben die, die Sie verloren haben, meinen Sohn getötet, und mein Sohn hat vielleicht jemanden von Ihren Verwandten getötet. Ich sage das nicht um der Worte willen, sondern deshalb, damit wir alle, [damit] alle Menschen auf Erden daraus den Schluss ziehen, dass wir alle Kräfte einsetzen müssen, um es nicht zu einem neuen Krieg kommen zu lassen. Das ist die Hauptsache. Und Ihre edelmütige Tätigkeit als Kämpfer für den Frieden wird von der Menschheit in sehr hohem Maße wertgeschätzt werden.

In allen Plänen, die ohne euch<sup>322</sup> Deutsche und ohne uns, das sowjetische Volk, gemacht werden,<sup>323</sup> ohne unsere Beteiligung an diesem Krieg, wird es in Europa keinen Krieg geben. Ich bin fest davon überzeugt, wenn sich die Westdeutschen nicht an der Entfesselung eines neuen Krieges beteiligen, wird es keinen Krieg geben. Ich spreche deswegen von den Deutschen in Westdeutschland, weil ich annehme, dass die Deutschen in Ostdeutschland keinen Krieg wollen. Davon bin ich überzeugt, weil es dort ein anderes Regierungssystem gibt als in Westdeutschland. Darum entschuldigen Sie, dass ich Sie hier aufteile. Das deutsche Volk ist ein einheitliches Volk, doch jetzt bestehen im West- und Ostteil von Deutschland verschiedenartige staatliche Strukturen. Als wir hier während der Verhandlungen mit Adenauer<sup>324</sup> geredet haben, haben wir zu ihm gesagt, wenn wir uns mit den Deutschen vertraglich auf Freundschaft verständigen würden, wäre das für unsere Völker nur von Vorteil. Denn wir haben ja mit Ihnen keine Widersprüche<sup>325</sup> [als Basis] für einen Konflikt. Unsere Wirtschaften ergänzen sich gegenseitig. Deutschland, das ist ein starker Staat mit einer hoch entwickelten Industrie. Unsere Industrie ist ebenfalls stark entwickelt, doch bei uns gibt es auch eine umfangreiche Landwirtschaft, gibt es große Rohstoffressourcen. Wir und ihr, das sind keine Konkurrenten. Die Entwicklung eurer Wirtschaft steht zu uns nicht in Widerspruch, sondern, im Gegenteil, sie ergänzt unsere Wirtschaft. Welche Kon-

<sup>322</sup> Im Russischen ist kein Unterschied zwischen der Anrede „Sie“ und dem Plural „ihr“. Es entspricht der Redeweise Chruščëvs, dass er die Höflichkeitsform „Sie“ meint, wenn es sich an ein Auditorium wendet, dem gegenüber kein vertrauliches Du angebracht ist (wie es beim bisherigen Text der Fall ist), aber „ihr“ sagen will, wenn er sich auf nicht persönlich gedachtes Kollektiv bezieht.

<sup>323</sup> Hier hat Chruščëv den begonnen Satz nicht fortgesetzt.

<sup>324</sup> Die Verhandlungen mit Adenauer über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten fanden vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau statt. Die Protokolle liegen in folgenden Bänden veröffentlicht vor: *Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov*, [hg. von] Moskovskij gosudarstvennyj institut meždunarodnych otnošenij. Moskovskij Gosudarstvennyj Institut meždunarodnych otnošenij, Moskau 2005 [Wiedergabe der sowjetischen Protokolle in russischer Sprache]; *Vizit kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy. K 50-letiju diplomatičeskich otnošenij meždu Rossiej i Germaniej*, Moskau 2005 [Parallelausgabe der sowjetischen und deutschen Protokolle in russischer bzw. deutscher Sprache].

<sup>325</sup> Die marxistisch-leninistische Doktrin fußte auf Hegels Philosophie, welche die Entwicklung der Realität als Bewegung des Denkens auffasste. Darauf ist zurückzuführen, dass bestehende Gegensätze mit dem der Logik entnommenen Begriff „Widerspruch“ bezeichnet wurden.

kurrenten habt ihr? Für wen ist starkes Deutschland ein Konkurrent? England und Deutschland, das sind Konkurrenten. Das sind zwei Industrieländer, die auf den Märkten miteinander konkurrieren. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland, das sind ebenfalls miteinander konkurrierende Länder, weil sie beide Industrieländer sind. Die Entwicklung eurer Industrie hemmt die Entwicklung der Industrie Amerikas ebenso, wie auch die Entwicklung der amerikanischen Industrie die Entwicklung der deutschen Industrie hemmt. Mit den Japanern seid ihr ebenfalls Konkurrenten. Aber nicht mit uns. Bitteschön, wir können euch landwirtschaftliche Produkte verkaufen, ihr werdet sie dennoch bei anderen Ländern kaufen. Wir können euch Industrierohstoffe verkaufen. Ihr könnt uns eure Maschinen, eure Industrieprodukte verkaufen. Darum sind wir nicht nur keine Konkurrenten, sondern das Leben selbst bringt unsere Länder einander nahe, damit wir Freundschaft halten und gegenseitig die Entwicklung der Wirtschaft unserer Länder fördern. Was trennt uns von euch? Die politischen Ansichten. Lasst uns doch darauf verzichten, uns darin einzumischen, weil das eure und unsere inneren Angelegenheiten sind. Ich denke, dass wir uns über diese Dinge verständigen können. Doch davon, dass wir miteinander befreundet sind, wird die ganze Welt Gewinn haben: Es wird keinen Krieg geben. Wer wird in Europa ohne die Deutschen Krieg gegen uns anfangen? Die Amerikaner können euch nur Kanonen und Panzer geben, doch damit die Soldaten von euch sind, damit sie ihr Blut in diesem Krieg vergießen. Die Engländer wollen ebenfalls Krieg führen mit den Händen und mit dem Blut des deutschen Volkes.

Im letzten Krieg, den wir gegen Hitler-Deutschland geführt haben, haben wir Millionen von Menschen verloren. Auch die Deutschen haben Millionen von Menschen verloren, während die Engländer und Amerikaner [nur] Tausende verloren haben. Können wir denn nicht vernünftig werden und daraus nicht die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, um keinen dritten Weltkrieg mehr zuzulassen?

Überdies hat sich jetzt die Lage verändert, das Kräfteverhältnis hat sich verändert. Das sage ich deswegen, weil es geschehen kann, dass sogar unter der Bedingung, dass der tragischste Fall einträte und die westlichen Länder die Deutschen in einen Krieg gegen uns hineinzuziehen vermöchten, diese Länder keinen Erfolg haben und den Krieg verlieren würden. Die Sowjetunion steht jetzt nicht allein da. Auf unserer Seite werden das große China, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und eine Reihe von anderen Staaten des sozialistischen Lagers Krieg führen. Unser Hinterland ist gewaltig. Unsere Kräfte sind jetzt anders als damals, als Hitler den Krieg gegen uns anfang. Zudem ist jetzt auch die Technik eine andere. Und heutzutage wäre wegen der modernen Technik ein Krieg für Deutschland ([der] für uns ein furchtbares Unglück [wäre]) ein unerträgliches Unglück, weil Deutschland zum Schauplatz der Kämpfe werden würde. Ich bitte, mich richtig zu verstehen, ich sage das nicht deshalb, um auf Sie irgendeinen Einfluss zu nehmen, Sie sind reif genug und verstehen selbst, was für eine Gefahr es ist, einen modernen Krieg zu führen. Ich sage das alles deshalb, damit wir uns konkreter, realer vorstellen, was geschehen wird, wenn ein neuer Krieg zwischen uns ausbricht. Und wir können doch unsere Politik so ausrichten, dass sich unsere Länder gegenseitig ergänzen, dass unsere Völker Freunde

sind und die Entwicklung von Wirtschaft und Kultur jedes unserer Völker fördern.

Jetzt zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Ich spreche diese Frage an, weil ich es für unmöglich halte, mit Deutschen zu sprechen und dazu nichts zu sagen. Wir sind dafür, alles zu tun, damit Deutschland eins wird, damit das deutsche Volk in einem einheitlichen Staat wiedervereint wird. Man muss lediglich aufgeben, was Adenauer ständig erklärt: dass er angeblich die Wiedervereinigung Deutschlands von der Position der Stärke aus erreichen wird. Das ist keine vernünftige Politik. Was heißt das, von einer Position der Stärke aus zu handeln? Das heißt, seine Gegner mittels Erpressung oder mittels Krieg zur Zustimmung zu veranlassen. Aber Sie wissen selbst gut, dass es unvernünftig ist, uns erpressen oder mit Krieg einschüchtern zu wollen. Daher muss man die Entscheidung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf anderem Wege suchen. Und wir sagen Ihnen aufrichtig, die Sowjetunion ist dabei Ihr wirklicher Helfer. Fangen Sie die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands doch damit an, dass Sie die Sache der Treffen zwischen den zwei Staaten, zwischen den zwei Regierungen in Gang bringen. Ich denke, dass Sie die Weisheit haben und einen Weg finden werden, der es Ihnen, den Deutschen selbst, erlauben wird, sich in dieser Frage zu einigen. Das ist meine persönliche Meinung. Verstehen Sie, ich will mich durchaus nicht in Ihre deutschen Angelegenheiten einmischen. Sie kennen und verstehen sie besser als ich. Doch nehmen Sie sich nicht vor, gleich alle Fragen zu entscheiden. Zu Anfang wäre es offenbar nötig, dass die Deutschen aus den westlichen und östlichen Teilen Deutschlands den Kontakt zueinander herstellen und irgendwelche gesamtdeutsche Organe schaffen sollten, welche die Fragen sowohl West- als auch Ostdeutschlands so bündeln und regeln, dass die in West- und Ostdeutschland entstandenen sozialen Systeme aufrechterhalten werden. Anschließend wird sich die Sache weiterentwickeln hin zur Schaffung eines einheitlichen gesamtdeutschen Staates.

Adenauer behauptet, dass die Deutschen – die Führer Ostdeutschlands – das soziale System, welches in der Deutschen Demokratischen Republik besteht, auf Westdeutschland ausdehnen wollen. Das Gleiche will doch aber auch Adenauer, d. h. er will, dass das System, das in Westdeutschland besteht, auf Ostdeutschland ausgedehnt wird.

Ich kann Ihnen offen sagen, was ich will, und ich denke, dass Sie davon nicht überrascht sein werden, aber Sie werden selbst darauf kommen, schließlich bin ich doch Kommunist. Aber das ist nur mein Wunsch, und wie Sie wissen, genügen Wünsche in dieser Sache bei weitem nicht.

Die Hauptsache: Es ist notwendig, den Wunsch der Deutschen selbst zu kennen. Wenn Sie anfangen, irgendwelche gesamtdeutschen Organe zu bilden, werden Sie Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands haben und erweitern sowohl auf der wirtschaftlichen als auch auf der kulturellen Ebene. Sie sind doch gemeinsam ein Volk. Anschließend wird sich ein gegenseitiges Verständnis, ein gegenseitiger Einfluss entwickeln. Wessen System stärker ist, wessen Ideen mehr Kraft haben, der wird auch siegen. Doch wenn die NATO liquidiert würde, wenn Deutschland unbewaffnet bliebe, wenn die Truppen aus der Ostzone zurückgezogen würden, wenn die amerikanischen, englischen und französischen

Truppen aus Westdeutschland zurückgezogen würden, wenn sich das deutsche Volk ohne die Präsenz ausländischer Truppen freier fühlen würde, könnten Sie sich so entwickeln, wie das deutsche Volk es will.

Man beschuldigt uns, dass wir angeblich die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen. Dies ist nicht wahr. Denn wir sprechen doch davon, dass wir unsere Truppen aus Deutschland zurückziehen, wenn auch der Westen das tut. In Westdeutschland leben 50 Mio. Deutsche und in Ostdeutschland 17 oder 18 Millionen, so dass, wie man es ausdrücken kann, es im Westen erheblich mehr Menschen gibt als Deutsche in Ostdeutschland. Es wäre töricht, wenn wir unsere Truppen in Deutschland ewig stationieren und uns bemühen wollten, die in Ostdeutschland bestehende Ordnung mit Gewalt zu verteidigen, um den Deutschen die Möglichkeit zu nehmen, die Wiedervereinigung der beiden heutigen deutschen Staaten herbeizuführen. Ich glaube, dass die Deutschen selbst diese Frage entscheiden können und müssen. Doch um diese Frage richtig zu entscheiden, muss man die realen Standpunkte, die reale Situation berücksichtigen, die sich bis zum heutigen Tag entwickelt hat. Wenn die Ostdeutschen fordern, dass die Westdeutschen das tun müssen, was die Ostdeutschen bei sich in der DDR getan haben, oder wenn die Westdeutschen fordern, dass die Ostdeutschen das tun müssen, was die Westdeutschen bei sich in der BRD getan haben, werden sie zu keiner Verständigung kommen.

Das ist wohl alles, was ich Ihnen auf die Frage nach der Rolle der Friedenskämpfer sagen wollte, die von Herrn Bredendiek gestellt wurde.

*Elfes:* Herr Chruschtschow hat in seiner vorzüglichen Stellungnahme alle Fragen selbst vorweggenommen und beantwortet, die wir stellen wollten, sowohl die aktuellen als auch die komplizierteren und ferner liegenden Fragen. Er hat das mit Lebhaftigkeit und großer Klarheit getan. Diese Stellungnahme benötigt in keiner Weise Kommentare. Selbst wer anderer Meinung ist, wird von der Klarheit, der Lebhaftigkeit und seiner Ausdruckskraft in dieser Stellungnahme ange-tan sein. (Beifall) Vor allem und auf jeden Fall ist es notwendig und geboten, Herrn Chruschtschow und seiner Erklärung darin zuzustimmen, dass beide Seiten, Deutschland und die Sowjetunion, Gewinn davon haben werden, wenn Freundschaft und freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen hergestellt werden. Und die Beispiele der Geschichte zeigen mehrfach und immer wieder, wenn früher mit Russland und danach zwischen der Sowjetunion und Deutschland gute Beziehungen bestanden haben, war das gut und gereichte beiden Seiten nur zum Vorteil. Wir können zu diesem Schluss kommen, auch wenn wir unterschiedlichen politischen Überzeugungen anhängen. Ein mir bekannter Kommunist hat mir gesagt, als wir uns auf einer Versammlung in Westdeutschland getroffen haben: Nun ja, in der Frage des Himmels vertreten wir unterschiedliche Ansichten, doch wir werden einig sein in der Frage, dass auf Erden niemals die Hölle herrschen darf.

Ich bin tief bewegt und Herrn Chruschtschow dankbar für seine Feststellung, dass die Sowjetunion nicht vorhat, sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen mit dem Ziel, irgendwie auf seine Entscheidung Einfluss zu nehmen. Ich denke, dass mit diesen Worten sich Herr Chruschtschow klar genug

gegen die Redereien gewandt hat, die bei uns manchmal im Gange sind, dass sich die Sowjetunion nur dann auf die Wiedervereinigung Deutschlands einlassen werde, wenn in Westdeutschland das kommunistische System herrsche und eine kommunistische Regierung an die Macht komme. Und wir haben aus seinem eigenen Mund die Bestätigung gehört, dass weder die Deutsche Demokratische Republik noch die Bundesrepublik Deutschlands einander nicht sozusagen verewaltigen dürfen in der Frage der Wiedervereinigung.

Vollkommen eindeutig hat Herr Chruschtschow gesagt, dass wir vor die reale Tatsache gestellt sind, dass in Deutschland offenkundig zwei Systeme bestehen. Lassen Sie uns also sehen und prüfen, welches System besser ist und dem deutschen Volk Vorteile bietet.

*Bulganin und Chruschtschow:* Richtig.

*Elfes:* Auch dieser Punkt in seinen Ausführungen hat bei mir starkes Interesse geweckt. Gegenwärtig haben wir zwei Staaten. Es lohnt nicht, darüber viel zu reden. Das ist klar. Und, so würde mir scheinen, es wäre der beste Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, wenn sich beide bestehenden Staaten zu einer Föderation zusammenschlossen. Und mich würde es in diesem Zusammenhang interessieren, was die Führer der Sowjetregierung, der Sowjetunion dazu sagen würden, wenn sich eine derartige Entwicklung in Deutschland Bahn bräche und in die Wirklichkeit umgesetzt würde.

In Ihrer Stellungnahme war der Gedanke beherrschend, den Frieden zu wahren. Und unser allgemeiner Eindruck, den wir während des Aufenthaltes in der Sowjetunion erhalten haben, steht dazu nicht in Widerspruch, sondern bestätigt ihn. Wir haben gesehen, das sowjetische Volk wünscht wie auch die Regierung den Frieden und bemüht sich darum. Ein Deutscher braucht sich nur zwei russische Wörter auswendig zu merken, um in allen Teilen der Sowjetunion freundschaftliche Aufnahme zu finden: das erste Wort ist *drushba*,<sup>326</sup> das zweite *miru mir*.<sup>327</sup>

*Chruschtschow und Bulganin:* Richtig.

*Elfes:* Und sobald der Gesprächspartner in der Sowjetunion spürt, dass diese Worte von Herzen kommen, dass diese Worte aufrichtig sind, öffnet er sein Herz. Und ich glaube, dass wir in diese Richtung auch weiter arbeiten sollten. Menschen gegenüber muss man Geduld aufbringen. Wir in der BRD überzeugen uns davon und beobachten, dass sich der Standpunkt von immer mehr Bevölkerungsschichten dem unseren nähert. Und wir werden weiter auf dem gewählten Weg voranschreiten und in diesem Sinne tätig werden. Zu Anfang habe ich die Worte von M[aksim] Gorkij angeführt, jetzt will ich noch ein Zitat [von ihm] bringen. An einer Stelle dieses Romans, auf einer der Seiten habe ich folgenden Satz gelesen: Wer sich selbst nicht schont, wird alles erreichen. Das heißt, wer keine Kräfte spart, wer mit aller Kraft das Ziel zu erreichen sucht, wird es auch erreichen. Und mit dieser Versicherung will ich zum Schluss ganz herzlich dafür

<sup>326</sup> Freundschaft.

<sup>327</sup> Für die Welt Frieden.

danken, dass Sie uns soviel Zeit gewidmet haben und uns so viel Geduld entgegengebracht haben.

*Chruschtschow:* Danke für die guten Worte. Wenn Sie aber noch das Bedürfnis haben, Fragen zu stellen, dann tun Sie das. Sie schonen uns offenbar. Doch wir kommen [nur] selten zusammen, wir sind bereit, Ihnen mehr Zeit zu widmen, um Ihnen Ihre Fragen trotzdem zu beantworten, damit es keine Fragen mehr gibt, die Sie hätten stellen wollen, ohne eine Antwort zu bekommen. Wir weichen Fragen nicht aus. Wir wissen nicht, welche es Fragen sein werden. Es ist aber besser, die unangenehmsten Fragen zu bekommen und sie zu beantworten, als dass einer weggeht und nicht das gesagt hat, was er sagen wollte.

*Bulganin:* Um so mehr, weil es solche Fragen gibt.

*Veit:* Wie ich gelesen und gehört habe, hat sich der Präsident der Schweizer Föderation an die Sowjetunion gewandt mit dem Vorschlag, eine Beratung der Großen Fünf<sup>328</sup> einzuberufen. Wir wissen, dass Präsident Eisenhower diesen Vorschlag abgelehnt hat. Und in diesem Zusammenhang möchten wir die Frage stellen, ob Sie diese Initiative für angebracht halten und wie Sie sie bewerten?

*Chruschtschow:* Wir glauben, dass dies ein nützlicher Vorschlag war. Weswegen soll man zusammenkommen? Die Öffentlichkeit erwartet eine Antwort, und man muss darauf eine Antwort geben. Offenbar ist Eisenhower jetzt nicht bereit, sich auf gewisse Entscheidungen einzulassen, welche die Völker erwarten, weil er glaubt, es ist besser, nicht zusammenzukommen. Doch wir glauben, es ist besser zusammenzukommen. Es gibt Fragen, die sich auf dieser Beratung stellen und erörtern lassen: die Frage der Abrüstung und des Atomwaffenverbots, die Fragen der Verringerung der internationalen Spannungen und der Wahrung des Friedens. Wir setzen uns dafür ein, und in unserer Antwort haben wir gesagt, dass wir diese Initiative für nützlich halten.

*Essen*<sup>329</sup>: Ich möchte gern um die Erlaubnis bitten, noch eine Frage zu stellen, die uns in der BRD sehr bewegt. Das ist die Frage nach den in der Sowjetunion noch zurückgehaltenen [Personen]. Mir ist bewusst und ich weiß, dass auch Russland ähnliche Probleme nicht fremd sind. In der Sowjetunion gibt es ebenfalls das Problem, dass ihre Bürger in fremden Ländern festgehalten werden. Hier ist bereits gesagt worden, dass Russland und Deutschland eben die Länder gewesen sind, die im Krieg die größten Verluste erlitten haben. In Kiew hat eine Frau im Gespräch mit uns gesagt, dass Kiew völlig wiederaufgebaut worden ist, dass aber der Schmerz im Herzen der Menschen noch lebendig und groß ist. Bei uns ist das genauso. Es genügt mir daran zu erinnern, dass die hier unter uns weilende Frau Hegemann ihren Sohn verloren hat, der offenbar in Russland war und vermisst<sup>330</sup> ist. Und ich möchte erfahren, ob sich irgendetwas unternehmen lässt zur Fest-

<sup>328</sup> USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und die Volksrepublik China.

<sup>329</sup> Kurt Essen, ev. Pfarrer in Duisburg, engagierte sich auf der Basis der Erklärung der EKD-Synode in Weißensee 1952 in der Friedensbewegung und war ein aktives Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigung der Kriegsdienstgegner.

<sup>330</sup> Als vermisst wurden die Soldaten bezeichnet, deren Schicksal nicht geklärt werden konnte.

stellung seines Aufenthaltsortes, ob er sich hier befindet, und ob man neue Schritte unternehmen kann.

*Chruschtschow:* Dies ist eine sehr schmerzliche Frage für unsere Völker. Ich habe bereits erzählt, dass mein Sohn gefallen ist, doch er gilt als vermisst. Gen. Bulganin war Mitglied des Kriegsrates an der Westfront, und mein Sohn gehörte zu dieser Front als Pilot.

*Bulganin:* Und was für eine Mühe ist es für mich gewesen, dass ich ihm diese traurige Nachrichten überbringen musste.

*Chruschtschow:* Er wuchs unter meinen Augen und unter den Augen von Gen. Bulganin auf (wir haben beieinander gewohnt). Gen. Bulganin rief mich an und sagt<sup>331</sup>, dass Leonid nicht vom Einsatz zurückgekehrt ist und beruhigt mich sogleich, dass er sicher irgendwo abseits von seinem Flugplatz gelandet ist, dass sie ihn erwarten, vielleicht wird er noch zurückkehren. Ich habe alles verstanden und gesagt, dass er schon nicht mehr zurückkehren wird. Haben Sie in Stalingrad die Bilder von der Schlacht gesehen? Ich war Mitglied des Kriegsrates an der Stalingrader Front und weiß, was Krieg bedeutet.

*Rainau* sagt, dass die Delegation im Museum Fotografien von Herr Chruschtschow aus jener Zeit gesehen habe.

*Chruschtschow:* Gen. Bulganin schickte mir den Piloten, der zugleich mit meinem Sohn den Einsatz flog. Dieser erzählte mir, unter welchen Bedingungen das Flugzeug abgeschossen wurde. „Es gab einen Luftkampf“, sagt er, „und plötzlich ging das Flugzeug Leonids langsam zur Landung runter“. Daraus habe ich den Schluss gezogen, dass er tot war, das Flugzeug die Steuerung verloren hatte und abgestürzt war.

Was kann ich Ihnen jetzt sagen? Wer Soldat war, der sah bei unserem Vorrücken große Friedhöfe für deutsche Soldaten, die Deutschen richteten immer allgemeine Friedhöfe ein und stellten Kreuze aus weißer Birke auf (ich wünschte sehr, dass diese Friedhöfe erhalten blieben). Da aber der Zorn derartig groß war, wurden verständlicherweise alle diese Friedhöfe zerstört, und jetzt ist es schwer, diese Friedhöfe ausfindig zu machen. Als [General Erich von] Manstein angriff, um [Feldmarschall Friedrich] Paulus in Stalingrad zu entsetzen, sah ich ein Feld, dass mit Leichen von sowjetischen Soldaten übersät war. Ich sah Straßen, Plätze und Höfe Stalingrads, die mit Leichen deutscher Soldaten bedeckt waren. Ich habe Fotos [davon]. Doch als man mir diese Fotos in Stalingrad gab, habe ich einen Blick darauf geworfen, sie weggelegt und nie mehr angesehen. Das sind grauenvolle Fotografien.

Glauben Sie mir, falls wir irgendwelche Daten von den Leuten hätten, um die sich die Verwandten sorgen und deren Schicksal sie erfahren wollen, würden wir alles tun, um es zu sagen. Was hätten wir davon, das zu verschweigen und geheim zu halten? Und auch wir haben gewiss Millionen Menschen, die vermisst sind, doch wir stellen Ihnen keine Forderungen. Wir wissen, dass sie gefallen sind. Wir

<sup>331</sup> So im russischen Text.

würden Ihrer Bitte gerne nachkommen, doch wir haben keine derartigen Leute, wir können nicht mehr sagen, als was schon gesagt wurde. Das einzige, was wir sagen können, ist, dass keine Wiederholung zugelassen werden darf. Das ist die Hauptsache.

*Arnold*<sup>332</sup>: Ist nach Ansicht der Sowjetregierung die Aussicht auf Abschluss eines gesamteuropäischen Sicherheitspakts im jetzigen Moment günstiger als früher – oder nicht? Könnten die Führer der Sowjetunion jetzt einmal etwas darüber sagen, wie sich der Plan für den Abschluss eines gesamteuropäischen Sicherheitspakts verändert hat insbesondere in der Hinsicht, dass heute zusammen mit den Ländern des Warschauer Paktes auch neutralisierte Länder, Länder mit permanenter Neutralität diesem neuen System beitreten könnten. Und zum Schluss möchte ich erfahren, welche Rolle diese neutralen Staaten bei der Schaffung eines derartigen kollektiven Sicherheitssystems in Europa zu spielen haben.

*Chruschtschow*: Mir ist die Art der Frage nicht ganz klar. Wenn die kollektive Sicherheit in Europa gemeint ist, so haben wir das seinerzeit vorgeschlagen. Wir haben vorgeschlagen, einen Vertrag zwischen den Ländern Europas oder zwischen den Organisationen der NATO und dem Warschauer Pakt abzuschließen.<sup>333</sup> Wir sind für das eine wie für das andere. Doch wir sind für die Hauptsache, für eine absolute Abrüstung. Die Verwirklichung dieses Vorschlages wird von dem Druck der Völker auf ihre Regierung abhängen. Je machtvoller die Stimme für den Frieden erklingen wird, desto eher werden die Regierungen die Forderungen der Völker in Betracht ziehen und darauf eingehen. Wir beispielsweise sind darüber befriedigt, dass jetzt die Öffentlichkeit in Westdeutschland laut ihre Stimme erhebt zugunsten des Friedens. Wir müssen mit gemeinsamen Anstrengungen für die Aufrechterhaltung des Friedens kämpfen. Behalten Sie im Auge, dass es noch sehr starke Kräfte gibt, die sich dem widersetzen. Die USA liefern Waffen an die ganze Welt. Ihre Industrie ist bis zum Äußersten ausgelastet, die Monopolisten streichen gewaltige Gewinne ein, und für sie ist es von Vorteil, Leidenschaften, eine Kriegspsychose zu entflammen. Wenn Sie sich die Zusammensetzung der amerikanischen Regierung anschauen, so werden Sie sehen, dass viele Regierungsmitglieder mit Großfirmen verbunden sind. Schauen Sie sich an, wenn in den USA die Minister wechseln, wohin sie gehen, auf welche Posten? Man muss also noch einmal hinschauen und sehen, welche Funktionen diejenigen Regierungsmitglieder einnehmen, die mit den Firmen verbunden sind: Mal nehmen sie Regierungsfunktionen wahr, ein andermal erfüllen sie Aufgaben ihrer Firmen, um mittels der Regierung Aufträge und große Gewinne zu sichern. Und sie alle erhalten von ihren Firmen größere Gehälter als von der Regierung. Was denken Sie, ist es einfach, sich mit ihnen auf Frieden zu verständigen?

<sup>332</sup> Näheres zur Person ließ sich nicht ermitteln.

<sup>333</sup> Den Plan eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems hatte erstmals der sowjetische Außenminister Molotov am 10. Februar 1954 auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz vorgetragen. Zu diesem Zeitpunkt war freilich nur von der ersten Variante die Rede, weil es den – am 14. Mai 1955 gegründeten – Warschauer Pakt noch nicht gab.

*Kirchhoff*.<sup>334</sup> In der Frage des Kampfes für den Frieden erhält die Frage der gegenseitigen Beziehungen, der Beziehungen zwischen den einfachen Leuten sehr große Bedeutung. Und mir scheint, dass gerade auf diesem Gebiet der Austausch von kulturellen Werten uns einen großen Dienst erweisen kann. Während unserer Fahrten nach Leningrad und Kiew konnten wir das kulturelle Leben Ihres Landes intensiv kennen lernen. Selbst uns, den Vertretern der DDR in der Delegation, war vieles neu und unbekannt. Aber fast alles, was wir gesehen haben, war für unsere Freunde aus Westdeutschland neu und unbekannt. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn wir die Möglichkeit erhielten, mit diesen Werten unsere einfachen Leute bekannt zu machen und auf diese Weise die Kontakte zu erleichtern und die Freundschaft zwischen den Sowjetmenschen und den Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu festigen. Besonders wichtig ist dies in Anbetracht der Lage, die jetzt in Westdeutschland entstanden ist, wo eine breit angelegte Propagandakampagne für die Verteidigung der westlichen Welt durchgeführt wird. Und in diesem Zusammenhang möchte ich mit der konkreten Frage schließen, welche offiziellen oder inoffiziellen Wege es gibt, um mit diesen Werten, mit dem kulturellen Leben den Kulturaustausch auch für die BRD einzuleiten?

*Chruschtschow*: Mit der Deutschen Demokratischen Republik sind diese Fragen leichter und einfacher zu entscheiden. Wir kommen allen Vorschlägen zu den Kulturbeziehungen entgegen, und unsere Menschen wollen die Kultur Ostdeutschlands kennen lernen, und diese Arbeit weitet sich immer mehr aus. Aber mit Westdeutschland ist die Einleitung des Kulturaustauschs schwieriger, weil die Regierung Westdeutschlands das nicht fördert. Damit sich Kulturbeziehungen entwickeln, muss der Wunsch auf beiden Seiten vorhanden sein. Wir wollen es, doch die Regierung Westdeutschlands will es nicht, nicht das Volk, sondern die Regierung. Mir haben unsere Touristen erzählt, als unser Dampfer „Pobeda“ durch den Kieler Kanal fuhr, kam eine gewaltige Zahl von Menschen ans Ufer, welche die Sowjetmenschen herzlich begrüßten und ihnen eine Ovation bereiteten. Sie haben über die Entfernung hinweg ihre Gefühle zum Ausdruck gebracht. Das spricht dafür, dass diese Menschen von sich aus kamen. Folglich hegt das deutsche Volk positive Gefühle gegenüber den Sowjetmenschen, sie wollen Freundschaft und Frieden. Doch Adenauer hat sich in den Kopf gesetzt, dass man mit uns nur von der Position der Stärke aus sprechen kann und tut alles, damit es zwischen uns wenig Kontakt gibt. Doch das bringt unseren Völkern nur Schaden.

*Rattei*: In Westdeutschland gibt es jetzt eine recht breite Bewegung für Abrüstung. In ihren Reihen gibt es auch Leute, die sich um ein Verbot der Atomwaffen und besonders um ein Verbot von Experimenten mit Atomwaffen bemühen. Verschiedene Organisationen der Anhänger des Friedens haben sich unlängst mit Briefen an die Regierungen der Sowjetunion und der USA mit der Bitte gewandt, die Experimente und Tests mit den Atomwaffen zu beenden und damit aufzuhören. Ich erlaube mir zu fragen, welche konkreten Möglichkeiten sieht die Sowjetregierung in dieser Sache, hinsichtlich der Möglichkeit des Teststopps der Atomwaffen?

<sup>334</sup> Werner Kirchhoff, SED, Vizepräsident des Nationalrats der Nationalen Front.

*Chruschtschow:* Ich werde darauf antworten. Wir haben schon viel[fach] offiziell bewiesen, dass wir bereit sind, einen solchen Vertrag zu unterschreiben und diese Waffe nicht zu testen. Doch offenbar sind die Bedingungen für den Abschluss eines solchen Abkommens noch nicht herangereift. Um das zu erreichen, ist ebenfalls Druck auf die Regierungen seitens der Öffentlichkeit erforderlich. Ohne solchen Druck werden sich die Regierungen nicht darauf einlassen. Ich denke, Sie verstehen uns richtig, dass wir die Tests nicht einseitig beenden können, weil das nur den Aggressoren zugute käme. Wir sind davon überzeugt, dass für die Einstellung des Krieges Englands in Ägypten eine gewisse Rolle gespielt hat, dass in dem Schreiben Bulganins Raketen erwähnt wurden. Lassen Sie uns gemeinsam für die Erzielung eines Abkommens über den Teststopp der Atom- und Wasserstoffwaffen kämpfen. Von unserer Seite sind wir bereit, schon heute ein solches Abkommen zu unterschreiben. Und dieses Abkommen lässt sich leicht kontrollieren: Jede Explosion kann registriert werden. Hier können sie [die Westmächte] sich nicht darauf berufen, dass wir eine Kontrolle nicht zulassen wollen. Man muss die Stimme der Öffentlichkeit verstärken, die sich um den Abschluss eines Abkommens über den Teststopp bemüht.

*Bulganin:* Gibt es noch Fragen? Es scheint, dass es für uns sehr gut war, dass Gen. Chruschtschow die Antwort auf die Frage von Herrn Bredendiek in ein ausführliches Referat über die akutesten Fragen der internationalen Lage verwandelt hat. Ich weiß nicht, wie Sie es sehen, aber ich zum Beispiel bin ihm sehr dankbar dafür, dass er so ausführlich den Standpunkt der Regierung der Sowjetunion zu allen diesen Fragen dargelegt hat. (Beifall).

Ich sehe jetzt, dass Sie ebenfalls damit zufrieden sind.

*Chruschtschow:* Wenn sich unsere Regierungen, die der Sowjetunion, West- und Ostdeutschlands zusammensetzen würden, könnten wir diese Fragen erörtern und in vielen von ihnen zu einem Einvernehmen gelangen. Wie nützlich wäre dies doch für unsere Völker und für die Völker der ganzen Welt. (Beifall)

Übersetzung aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 557, Bl. 11-47

**18. Gespräch von Nikita Chruschtschow, Michail Suslow  
und Boris Ponomarjow mit den Vertretern  
der Italienischen Kommunistischen Partei Luigi Longo  
und Velio Spano am 22. Januar 1957**

Am 22. Januar 1957 empfangen der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, N[ikita] S. Chruschtschow, der Sekretär des ZK der KPdSU M[ichail] A. Suslow und das Mitglied des ZK der KPdSU B[oris] N. Ponomarjow zu einem Gespräch den stellvertretenden Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, Luigi Longo, und das Führungsmitglied sowie Leiter der Auslandsabteilung des ZK der IKP, Velio Spano.

*Gen. Longo* erklärte, dass er und *Gen. Spano* nach Moskau gekommen sind, um mit dem ZK der KPdSU die Herausgabe der Zeitschrift zu erörtern. Hinsichtlich des Schreibens des ZK der KPdSU, sagt *Gen. Longo*, haben wir einige Bemerkungen. Wir vermuten, wenn die Zeitschrift als Organ mehrerer Parteien erscheint, können Unannehmlichkeiten entstehen.

Die Führung der KP Italiens hält ein Presseorgan für die politischen Verbindungen und den Erfahrungsaustausch zwischen den kommunistischen Parteien für notwendig. Darüber haben die italienischen Genossen schon bei den Begegnungen in Peking während des VIII. Parteitages der Chinesischen Kommunistischen Partei und auch in Rom mit der Delegation der KPdSU gesprochen. Früher war der Gedanke geäußert worden, die Zeitschrift im Namen irgendeines sowjetischen Instituts unter Mitwirkung anderer Parteien erscheinen zu lassen. Mit diesem Projekt waren die italienischen Genossen einverstanden.

Der neue Vorschlag, der vorsieht, dass die Bruderparteien der sozialistischen Länder plus die kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs die Zeitschrift herausgeben, würde dem Gegner den Vorwand für Beschuldigungen liefern.

Weiter sagt *Gen. Longo*, das ZK der KP Italiens tritt dafür ein, die Phase der bilateralen Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien zu überwinden, weil derartige Beziehungen zwar nützlich sind, aber nicht ausreichen. Zudem meinen wir, die unterschiedlichen Ansichten zwischen einzelnen Parteien kommen auch deswegen zustande, weil es keine multilateralen Beziehungen gibt. Jedenfalls, wiederholt *Gen. Longo*, ist die Zeitschrift nötig.

Doch mit der Zeitschrift allein ist es nicht getan. Nötig ist ein System von Treffen zum Austausch der Meinungen und der Erfahrung. Auf solchen Treffen könnte man auftretende Differenzen beseitigen und eine Grundlage finden zur Ausarbeitung einer einheitlichen Position, einheitlicher Auffassungen.

Deswegen, sagt *Gen. Longo*, sprechen wir uns dafür aus, die Zeitschrift mit Beteiligung aller Parteien, aber unter der effektiven Verantwortung einer engeren Gruppe von Parteien zu schaffen. Nach außen hin ist es besser, die Verantwortung für die Zeitschrift einer Partei, d. h. der KPdSU, zu übertragen oder sie irgendeinem Institut außerhalb der Partei zuzuweisen.

Unser Vorschlag zielt nicht darauf ab, die Verantwortlichkeit der anderen Parteien zu begrenzen. Wir sind dafür, dass es nicht zu irgendetwas nach Art der

Komintern<sup>335</sup> oder des Kominform<sup>336</sup> kommt. Wir sind für die Ausarbeitung einheitlicher Standpunkte mit Hilfe kollektiver Treffen. Dabei werden an den Treffen nicht immer die gleichen Parteien beteiligt sein, sondern jedes Mal die am meisten daran interessierten. Die Gründung der Zeitschrift ist nur ein erster Schritt hinsichtlich der Anbahnung von Beziehungen zwischen den Parteien.

Das Vorgehen, fuhr Gen. Longo fort, muss beschleunigt werden, weil es befristete Fragen gibt. Die Standpunkte einzelner Parteien zu einer Reihe von Problemen unterscheiden sich sehr voneinander, beispielsweise in der Frage des Charakters der Beziehungen zwischen den Parteien. Es wäre nützlich, unser Vorgehen im Kampf gegen den Imperialismus zu erörtern [und] die Meinungen zu den Geschehnissen in Ungarn auszutauschen<sup>337</sup> sowie anschließend zu erörtern, wie Probleme [dieser Art] entstehen.

Es gibt noch eine andere Seite der Frage. In der Liste der Gründungsparteien der Zeitschrift werden keine Parteien Lateinamerikas genannt...

*Gen. Chruschtschow* bemerkt, dass ins Auge gefasst wurde, die Meinungen zunächst in engem Kreis auszutauschen. Anschließend können alle Parteien dazukommen, die das wünschen. Sogar jetzt, im engen Kreis, erweist es sich als schwierig, zueinander zu finden.

Ich bitte im Auge zu behalten, sagt Gen. Chruschtschow, dass das Erscheinen der Zeitschrift nicht unsere Initiative ist, sondern die einiger Bruderparteien, darunter auch die von kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder. Beharrlich dafür eingetreten sind die kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei, Bulgariens, Rumäniens, Albaniens, die SED und andere. Am meisten hat sie dazu wohl der Standpunkt der jugoslawischen Führung gegenüber ihren Ländern vor den ungarischen Ereignissen bewogen. Die jugoslawischen Genossen haben ihre Verpflichtungen gemäß den Erklärungen von Belgrad und Moskau nicht eingehalten.<sup>338</sup> Ohne die KPdSU direkt anzugreifen, wandten sie sich öf-

<sup>335</sup> Die Kommunistische Internationale in Moskau, die 1919 auf Lenins Betreiben hin gegründet wurde und 1943 ihre Existenz beendete, war faktisch eine zweite Agentur der sowjetischen Außenpolitik.

<sup>336</sup> Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) wurde in Szklarska Poręba (Schreiberhau in Schlesien) vom 22. bis 28. September 1947 auf Stalins Veranlassung als gegen den Westen gerichtete Kampforganisation konstituiert. Außer den regierenden kommunistischen Parteien in den sozialistischen Staaten wurden an der Tagung und am Kominform nur die beiden großen Parteien in Italien und Frankreich beteiligt. 1948 wurde die jugoslawische Partei im Zuge des Konflikts zwischen Stalin und Tito ausgeschlossen und verurteilt. Nach der dritten Tagung im November 1949 und der anschließenden Weigerung des Generalsekretärs der IKP, Palmiro Togliatti, gemäß Stalins Verlangen nach Moskau zu kommen, um dort die Leitung des Kominform zu übernehmen, legte man diesem im Kreml nur noch geringe Bedeutung bei. Am 27. Februar 1956 beschloss das Präsidium des ZK der KPdSU die Auflösung.

<sup>337</sup> Die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands im Herbst 1956 durch sowjetische Streitkräfte hatte in verschiedenen kommunistischen Parteien, namentlich im Westen, erhebliche Kritik hervorgeufen.

<sup>338</sup> Als Chrusčev und Bulganin in Belgrad vom 26. Mai bis 2. Juni 1955 mit Tito den Streit beendeten, den Stalin 1948 vom Zaun gebrochen hatte, unterzeichnete man abschließend eine Erklärung, welche die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Parteien aufgrund der Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung vorsah. Damit erkannte die sowjetische Seite die jugoslawische Variante des Sozialismus an. Beim Gegenbesuch Titos in der UdSSR vom 1. bis 23. Juni 1956 bekräftigte man in einer Erklärung über das beiderseitige zwischenstaatliche Verhältnis den Willen, auf der Grundlage der Belgrader Deklaration vom 2. Juni

fentlich gegen die tschechoslowakischen und bulgarischen Genossen. Es entstand eine un gute Situation: Die Jugoslawen äußern sich und wir nicht. Aus Solidarität mit uns haben auch die Genossen in den Parteien geschwiegen, die mit uns Kontakte unterhalten. In anderen kommunistischen Parteien verbreitete sich die falsche Ansicht, die Jugoslawen hätten in allem Recht, und wir hatten nichts in der Hand zur Er widerung.

Als wir [Josip Broz] Tito wegen dieses Unrechts zur Rede gestellt haben, räumte er ein, dass in ihrer Presse tatsächlich noch schmutzige, im Westen ausgebildete Leute tätig seien; er versprach, gegen sie zu kämpfen. Doch wir sehen keinen solchen Kampf, die Bruderparteien sehen ihn [auch] nicht.

Sie [diese jugoslawischen Journalisten] kritisieren uns und erlauben sich zu beurteilen, wer sich am XX. Parteitag<sup>339</sup> orientiert und wer nicht, und herauszustellen, wo die Arbeit im Geist des XX. Parteitages geleistet wird und wo nicht. Wenn man in einer Partei die Führer ausgewechselt hat, die diese Positionen in den Stalin-Jahren inne gehabt haben, nannten die Jugoslawen das ein positives Phänomen, und wenn es keinen Wechsel gab, haben sie das Etikett „Stalinisten“ draufgeklebt. Und das alles geschieht, obwohl wir in den Gesprächen mit Tito und anderen jugoslawischen Politikern stets offen über den Schaden gesprochen haben, der durch die Fehler Stalins entstanden ist, aber zugleich betont haben, dass wir uns von Stalin nicht völlig lossagen [und] dass er große Verdienste hat bei der Schaffung des Sowjetsystems auf gesunder marxistisch-leninistischer Grundlage und im Interesse der Massen.

Als wir mit Gen. Malenkov auf Brioni waren, haben wir dort die ganze Nacht lang mit den jugoslawischen Genossen diskutiert. Ich habe damals zu Tito gesagt: Warum greift ihr Stalin so heftig an? Schließlich haben wir doch alles verurteilt, was zu verurteilen war; doch wenn ihr so weitermacht, wird uns das dazu zwingen, [alles gegen euch] zu verteidigen, was unsere Partei insgesamt geschaffen hat und was ihre Errungenschaft ausmacht. Sie haben nicht widersprochen. Tito hat uns damals lediglich geraten, dem Vorschlag der rumä-

1955 eine Politik der friedlichen Koexistenz zu verfolgen und hinsichtlich der Atomenergie, der gesamteuropäischen Sicherheit, der Deutschland-Frage und der Entwicklungshilfe zusammenzuarbeiten. In einer weiteren Erklärung, die das Verhältnis der Parteien betraf, hieß es, dass die Belgrader Deklaration gute Voraussetzungen für die Parteibeziehungen geschaffen habe und dass die zwischenstaatlichen Beziehungen dadurch auf eine gesunde Grundlage gestellt worden seien. Der Kontakt zwischen beiden Parteien solle gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus vertieft werden. Ausdrücklich wurde anerkannt, dass in den zwei Ländern die Wege der sozialistischen Entwicklung verschieden seien und dass man niemandem Meinungen darüber aufzwingen dürfe. Die Zusammenarbeit beruhe auf völliger Freiwilligkeit, auf Gleichberechtigung und freundschaftlicher Kritik. Tito erhielt die Zusage, dass die UdSSR und die anderen Mitglieder des Warschauer Pakts Jugoslawien nicht angreifen und ihm sogar Hilfe leisten würden, falls es sich dem Angriff eines NATO-Staates ausgesetzt sähe und um Unterstützung nachsuche. Jugoslawien seinerseits gelobte Solidarität gegenüber dem Ostblock. Diese Verpflichtung sah Chruščëv im Oktober 1956 verletzt, als Belgrad Kritik an seiner Politik gegenüber den rebellierenden Ungarn übte. Nachdem der bedrängte Ministerpräsident Imre Nagy mit der Bitte an die NATO um Hilfe vom bisherigen Neutralitätskurs abgewichen war und die sowjetische Führung die Intervention beschlossen hatte, hatte sich Tito jedoch mit dem Vorgehen des Kremls einverstanden erklärt.

<sup>339</sup> Auf dem XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 wurden wesentliche Veränderungen an den politischen Grundsätzen vorgenommen. Entscheidend für den Eindruck, es sei ein grundlegender Wandel erfolgt, war Chruščëvs Geheimrede am 27. Februar, in der er Stalin schwerer Verfehlungen und Verbrechen anklagte.

nischen, tschechoslowakischen und bulgarischen Genossen nicht zuzustimmen, uns mit ihren Truppen in Ungarn zu helfen. Ihr habt, sagte er, genug eigene Truppen.<sup>340</sup>

Damals haben die Jugoslawen auch der Kandidatur von [János] Kádár [für das Amt des ungarischen Parteichefs] als der besten zugestimmt, und als Tito erfuhr, dass Kádár schon in Moskau angekommen war, erklärte er, Imre Nagy<sup>341</sup> vertrete nicht die Arbeiterklasse Ungarns.

Nach all dem hat uns die Rede Titos in Pula überrascht.<sup>342</sup> Sie hat uns zwar von der Verpflichtung in der [Belgrader] Deklaration befreit und uns und den Bruderparteien das Recht gegeben, ebenfalls offen aufzutreten. Jetzt sind unsere Positionen stärker geworden als vor der Belgrader Erklärung, weil wir den ganzen Ballast abgeworfen haben und auf prinzipieller Grundlage Stellung beziehen.

Mithin, fuhr Gen. Chruschtschow fort, geht die Initiative zur Herausgabe der Zeitschrift nicht auf die KPdSU zurück. Von außen her betrachtet, mochte man denken, dass wir uns in Moskau nach Auflösung des Kominform langweilen würden und uns in die Angelegenheiten anderer kommunistischer Parteien einmischen wollen. Wir haben weder so ein Bedürfnis noch so einen Wunsch. Die ganze Sache ist die, dass sich viele kommunistische Parteien für eine Zeitschrift

<sup>340</sup> Tito stimmte Chruščëv bei dessen Besuch auf der Insel Brioni am 2./3. November zu, Nagy habe faktisch der „Konterrevolution“ den Weg freigemacht, und wegen der Gefahr für den Sozialismus sei ein bewaffnetes Eingreifen der UdSSR nötig gewesen.

<sup>341</sup> Der ungarische Kommunist Imre Nagy (1896–1958) wurde 1953 im Zuge des von der sowjetischen Führung durchgesetzten „Neuen Kurses“ Ministerpräsident. In der folgenden Auseinandersetzung mit dem Altstalinisten Matyás Rákosi, der als Parteichef im Amt geblieben war, wurde er 1955 als „Rechtsabweichler“ abgesetzt und dann sogar aus der Partei ausgeschlossen. Während der zunehmenden Unruhen wurde er im Oktober 1956 rehabilitiert und kurz danach wieder als Ministerpräsident eingesetzt. Auf ihn richteten sich die Hoffnungen der Reformler und der Aufständischen. Seine Stellungnahme gegen den Verbleib der sowjetischen Truppen im Lande veranlasste den Kreml zu Drohungen. Nach vergeblichen Hilferufen an die UNO und wegen der beginnenden Militärintervention der UdSSR kündigte Nagy am 2. November die Mitgliedschaft Ungarns im Warschauer Pakt und erklärte das Land für neutral. Die Führung der KPdSU wandte sich daraufhin gegen ihn und bestimmte János Kádár zum Parteichef. Nagy erhielt Asyl in der jugoslawischen Botschaft. Er verließ diese, nachdem ihm Kádár Straffreiheit zugesichert hatte, wurde aber mit seinen Begleitern vom sowjetischen Geheimdienst KGB verhaftet und zur Isolationshaft nach Rumänien gebracht. 1958 verurteilte ihn ein Militärgericht in Budapest zum Tode. Anschließend wurde er hingerichtet.

<sup>342</sup> Tito hatte am 11. November 1956 in Pula unter anderem über die Vorgänge in Polen und Ungarn gesprochen und das dortige Geschehen als aktuell begründeten Kampf des Volkes gegen stalinistische Elemente bezeichnet, der primär nicht den Personenkult, sondern die Systemfragen betreffe. Die UdSSR müsse die gegenüber Jugoslawien abgegebenen Deklarationen von Belgrad (2. Juni 1955) und von Moskau (20. Juni 1956) auch dann gelten lassen, wenn es um andere sozialistische Staaten gehe. Speziell zu den Ereignissen in Polen und Ungarn erklärte Tito, es sei ein fataler Fehler, dem eigenen Volk durch eine fremde Armee Lektionen zu erteilen. Den reaktionären Kräften dort und im Westen werde es so ermöglicht, den Aufstand für ihre Zwecke auszunutzen. Er verurteilte die erste, im Oktober durchgeführte sowjetische Intervention in Ungarn. Die zweite, die ab Anfang November erfolgt war, sei lediglich das „kleinere Übel“ gewesen. Dass es dazu gekommen war, konnte man aber nach seiner Ansicht nicht den Russen allein zum Vorwurf machen. Tito mag auch dadurch zu seiner Kritik bewogen worden sein, dass die UdSSR die Integrität seines Landes eklatant verletzt hatte. Die jugoslawische Botschaft in Budapest war, nachdem Nagy dort Zuflucht gefunden hatte, sofort von sowjetischen Truppen und Panzern umstellt worden. Nach einigen Tagen sah ein lauernder Scharfschütze hinter einem Fenster des Botschaftsgebäudes einen jugoslawischen Diplomaten, den er irrträglich für Nagy hielt, drückte ab und traf ihn tödlich.

oder Zeitung aussprechen. Einige haben vorgeschlagen, die KPdSU solle die Zeitschrift herausgeben.

*Gen. Longo:* Die Jugoslawen haben sich in dieser Frage an uns gewandt und uns mitgeteilt, die KPdSU habe auch ihnen gegenüber die Zeitschriftenfrage gestellt, und sie hätten dem prinzipiell nicht widersprochen.

*Gen. Chruschtschow:* Wir haben den Jugoslawen noch nichts gesagt, sondern wollten sie erst nach dem Meinungsaustausch im engen Kreis unterrichten.

Früher wollten wir in der Tat die Zeitschrift selbst herausgeben, doch dann sind Zweifel daran aufgetaucht. Und diese gibt es bisher immer noch.

Zwischen den Parteien kann es unterschiedliche Ansichten geben. Nötig sind gleiche Bedingungen. Wenn die Zeitschrift von uns veröffentlicht wird, und in ihr erscheinen kritische Artikel, wird man sagen, dass die KPdSU die anderen Parteien einseitig belehrt. Wenn die Zeitschrift nur von uns redigiert wird und einen nicht-marxistischen Artikel angeboten bekommt, können wir ihn nicht veröffentlichen. Dann wird man uns eine einseitige Entscheidung vorwerfen und die, welche uns kritisieren, dass wir angeblich kommandieren wollen, können das als Argumente für sich nutzen.

Zugleich ist es aber auch schlecht, nichts erscheinen zu lassen. Gebraucht wird irgendein Organ zum Austausch der Meinungen über die Theorie und die Praxis der kommunistischen Parteien der sozialistischen und der kapitalistischen Länder. Es versteht sich, dass sich dies nicht so machen lässt wie bei der Komintern. Was dagegen das Kominform anbelangt, ist es [in dieser Hinsicht] untätig gewesen. Währenddessen haben die Sozialdemokraten ihre Internationale, die Westmächte haben die NATO, die SEATO, den Bagdad-Pakt usw. Uns kann man sogar den Vorwurf machen, dass wir nachgegeben und um einer Abschwächung der Spannungen willen auf ein kollektives Presseorgan verzichtet haben. Irgendwann werden wir auch dafür kritisiert werden, fügte Gen. Chruschtschow scherzhaft hinzu.

*Gen. Longo* dankt für die Mitteilung und erklärt, dass die italienischen Genossen der KPdSU für ihre Initiative danken und nur eine möglichst gute Form für die Publikation der Zeitschrift finden möchten.

Zuvor jedoch, führt Gen. Longo aus, möchte ich sagen, dass wir die Rede Titos in Pula öffentlich kritisiert und ihm einen Brief geschickt haben, in dem wir erklärten, dass wir weder mit dem Inhalt noch mit der Form einverstanden sind. Daraufhin haben die Jugoslawen ihren Vertreter Vratuša zu uns geschickt.

Vratuša gab uns einige Erläuterungen und sagte, dass die Rede nicht zuvor ausgearbeitet worden sei, dass sie selbst in ihr Ungenauigkeiten gefunden hätten usw.

Weiter war auf dem VIII. Parteitag unserer Partei eine Delegation des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens anwesend, die sich nach dem Parteitag über unsere Arbeit informierte. Bei der Abfassung des Entwurfs für eine gemeinsame Erklärung haben wir vorgeschlagen, eine kurze Bewertung der Lage in Ungarn einzufügen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass sich alle Werktätigen Ungarns zum Kampf um den sozialistischen Aufbau vereinigen usw. Sie haben

das abgelehnt und wollten Ungarn in der Erklärung überhaupt nicht erwähnen, und anschließend war es von ihnen auch unerwünscht, an die sowjetische Erklärung vom 30. Oktober [1956]<sup>343</sup> zu erinnern.

Wie uns der polnische Botschafter informierte, fuhr Gen. Longo fort, sind die polnischen Genossen nicht gegen das Erscheinen der Zeitschrift, haben aber die Absicht, die Bedingung zu stellen, dass für das bei der Redaktion eingereichte Material das ZK der entsprechenden Partei die Verantwortung übernimmt.

Die fehlende Koordinierung zwischen den kommunistischen Parteien wirkt sich nachteilig aus, vor allem seit der Auflösung des Kominformbüros. Wir, die Italiener, sprechen uns für häufigere Treffen aus, doch so, dass sie dem Gegner keinen Anlass für [Propaganda-]Angriffe bieten.

Gen. Longo sagt, dass er noch eine Frage ansprechen möchte: Viele kommunistische Parteien Europas [und] Afrikas (darunter die Kommunistische Partei Ägyptens) wenden sich in letzter Zeit an uns, kommen zu uns, um Rat einzuholen. So auch bei den französischen Genossen. Unsere Parteien sind zwar groß, doch auch wir müssen unser Vorgehen koordinieren, sonst entstehen Dissonanzen.

Eben diese Frage hat noch einen anderen Aspekt: Die Lage in der arabischen Welt und in Nordafrika hat für unsere Partei große Bedeutung. Uns suchen ägyptische, marokkanische [und] tunesische Genossen auf, [auch] ein Türke ist zu uns gekommen. Was sollen wir tun? Das ist eine generelle Frage der Koordination zwischen interessierten kommunistischen Parteien. Wer sollte sich damit befassen- wir oder die Franzosen? Können wir uns mit ihnen zusammensetzen und deren Angelegenheiten mit dem Einverständnis der französischen Genossen erörtern?

Es entsteht der Eindruck, dass es auch zwischen den kommunistischen Parteien der Länder Lateinamerikas keine Kommunikation miteinander gibt. Jemand

<sup>343</sup> Am 30. Oktober 1956 hatte die sowjetische Führung eine Erklärung abgegeben über ihr Verhältnis zu den anderen sozialistischen Staaten. Demnach sollten die „Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und der wechselseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“, die bis dahin bagatellisiert worden seien, maßgebend sein. Auch wurde eine „wechselseitige brüderliche Unterstützung und Hilfe auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet“ vorgesehen. Dabei sollte jedes sozialistische Land der „Beachtung der vollen Souveränität“ sicher sein können. Hinsichtlich des Auftritts in Ungarn war von gerechten Forderungen der Werktätigen nach Systemverbesserung die Rede. Das sei von „Kräften der schwarzen Reaktion“ zu Bemühungen um Unterminierung der volksdemokratischen Ordnung ausgenutzt worden und habe die bedauerliche Folge des Blutvergießens nach sich gezogen. Zur Bekämpfung des Übels habe die UdSSR der Bitte der ungarischen Regierung entsprochen, Militär nach Budapest zu schicken. Dies werde zurückgezogen werden, sobald die ungarische Regierung dies für nötig erachte. Abschließend hieß es, „dass es die Völker der sozialistischen Länder den äußeren und inneren Kräften der Reaktion nicht erlauben werden, die Grundlagen der volksdemokratischen Ordnung zu erschüttern“. Am 31. Oktober wies das Präsidium des ZK der KPdSU unter Chruschtschëvs Vorsitz den Verteidigungsminister an, „im Zusammenhang mit den Geschehnissen in Ungarn“ zur Wiederherstellung der volksdemokratischen Ordnung einen „Maßnahmenplan auszuarbeiten und dem ZK der KPdSU vorzutragen“. Chruschtschëv, Molotov und Malenkov wurden beauftragt, den Beschluss über den großräumigen militärischen Einsatz mit Polen und Jugoslawien zu koordinieren. In den nächsten Tagen erklärten die Parteichefs Chinas, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Bulgariens ihre Zustimmung zur sowjetischen Intervention. Wie es scheint, wurde Ulbricht in Ost-Berlin nicht um seine Stellungnahme gebeten.

muss sich dieser Aufgabe annehmen. Vielleicht wäre es nützlich, alle diese Fragen auf einer Beratung von Vertretern der kommunistischen Parteien zu erörtern.

*Gen. Chruschtschow* sagt, dass es während des XX. Parteitages der KPdSU einen Meinungsaustausch zu den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien gegeben hat. Damals hat man auch mit den Genossen [Palmiro] Togliatti,<sup>344</sup> [Maurice] Thorez und [Jacques] Duclos<sup>345</sup> gesprochen. Wir waren damals dafür, dass die italienischen und französischen Genossen im Westen die Initiative zur Koordinierung übernehmen sollten. Doch seitdem ist nichts Konkretes geschehen.

*Gen. Suslow*: Die Genossen aus Lateinamerika haben damals eine Beratung veranstaltet und ein neues Treffen vereinbart. Doch bislang haben sie keine guten Beziehungen untereinander.

*Gen. Chruschtschow* bemerkt, dass das ZK der KPdSU [nur] wenig Personal hat, ein guter Apparat aber für die [Partei-]Beziehungen noch nicht geschaffen worden ist. Falls ein Presseorgan geschaffen würde, ließen sich um dieses herum die Kräfte vereinen. Doch gegenwärtig haben wir bezüglich der Zeitschrift nichts Konkretes. Wir werden uns noch mit den chinesischen Genossen beraten, wir werden nochmals alles überdenken und später auf diese Frage zurückkommen.

Gen. Chruschtschow teilt weiter mit, auf vorbereitender Ebene hat mit den chinesischen Genossen ein Meinungsaustausch über die Möglichkeit eines Treffens von Vertretern der sozialistischen Länder stattgefunden. Ein derartiges Treffen kann sich als nützlich erweisen. Bei den Ländern, die den Sozialismus aufbauen, entstehen spezifische Fragen. Irgendwann ist die Kritik an der UdSSR zur „Mode“ geworden. Das ist so gekommen: Wenn alles gut ist, hat die UdSSR damit nichts zu tun, wenn aber irgendetwas schlecht ist, liegt die Schuld bei der UdSSR, beim „Stalinismus“. Wir sind für Nichteinmischung. Unsere Ansichten haben wir klar dargelegt in der Erklärung vom 30. Oktober. Aber eine generelle Korrektur ist nötig, sonst kommt es zu einer einseitigen Verantwortung. So kritisieren uns beispielsweise die polnischen Genossen, dass wir ihnen angeblich das Tempo der Industrialisierung oktroyiert haben. Doch wir haben ihnen auch unter Stalin stets gesagt, macht einen etwas weniger ehrgeizigen, euern Kräften entsprechenden Plan. Wir haben ihnen das mit so großem Nachdruck geraten, dass man uns sogar verdächtigen könnte, wir hätten dies nur deshalb getan, damit man uns um weniger Kredite bittet. Die chinesischen Genossen haben diese unsere Vorschläge angenommen, aber in Polen und in Ungarn kritisiert man uns jetzt, als die Führungen ausgewechselt worden sind,<sup>346</sup> obgleich wir ihnen den gleichen Rat erteilt hatten.

<sup>344</sup> Parteichef der IKP.

<sup>345</sup> Parteichef bzw. Führungsmitglied der FKP.

<sup>346</sup> Als Ergebnis der Unruhen in Polen trat im Herbst 1956 Władysław Gomułka an die Spitze der Partei. Die nach Warschau gereiste sowjetische Führung erklärte sich nach zunächst heftigen Diskussionen damit einverstanden, hatte aber noch lange ein gewisses Misstrauen wegen verschiedener Abweichungen vom sowjetischen Modell (namentlich der aufgehobenen Kollektivierung der Landwirtschaft und einem größeren Maß staatsbürgerlicher Freiheit), zu denen sich Gomułka veranlasst sah. Im aufständischen Ungarn setzte die sowjetische Führung János Kádár als Parteichef ein.

Jetzt sind gleichberechtigte Beziehungen aufgebaut worden. Wir bringen dem Gen. Gomulka großen Respekt entgegen. Die Lage bei den polnischen Genossen ist sehr schwierig, vor allem bezüglich der Kohle. Wir hatten mit ihnen ein Abkommen über Kohlelieferungen [als Bezahlung] für sowjetische Waren, aber sie haben uns die Mitteilung geschickt, dass sie die Lieferungen verringern. Damit bringen wir die DDR und die Tschechoslowakei, an die wir die polnische Kohle weitergegeben haben, in eine schwierige Lage. Ein anderer Staat hätte als Antwort seine Gegenlieferung vermindert. (Wir liefern ihnen Eisenerz, Manganerz usw.). Doch wir können nicht so vorgehen. In derartigen Fragen muss man differenzieren.<sup>347</sup> In der Komintern, fügt Gen. Chruschtschow scherzhaft hinzu, hat es eine Kontrollkommission gegeben. Vielleicht wäre es auch für uns nützlich, ein autoritatives Organ zu schaffen, dem sich alle unterordnen würden...

*Gen. Longo* präzisiert, dass offenbar die Rede von einem Treffen auf staatlicher Ebene ist.

*Gen. Chruschtschow* antwortet, dass es auch auf der Parteiebene ein Treffen geben wird.

*Gen. Spano* informiert über die Verhandlungen der Delegationen der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs in San Remo im April 1956 über die Hilfe von Nachbarparteien und die Festigung der Beziehungen zur Parteiengruppe. Später ist diese Übereinkunft entfallen, weil sich die Ebene der bilateralen Beziehungen gefestigt hat.

*Gen. Chruschtschow* sagt, dass auf zweiseitigen Beziehungen vor allem die Jugoslawen bestehen. Sie erheben diese Form der Beziehungen zum Prinzip und verweigern Treffen zu dritt und mehr. Für uns ist das jedoch eine rein praktische Frage.

*Gen. Spano* betont, dass bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Linie der Beziehungen die Rolle und Verantwortung der KPdSU besondere Bedeutung haben.

*Gen. Chruschtschow* erzählt, wie das Treffen in Budapest<sup>348</sup> veranstaltet wurde. Auf Vorschlag von Gen. [János] Kádár trafen zuerst die sowjetischen Genossen ein. Dann kam man überein, die tschechoslowakischen, bulgarischen und rumänischen Genossen einzuladen. Die Jugoslawen würden offenbar nicht kommen.

<sup>347</sup> Der Grund für das sowjetische Entgegenkommen war, dass man im Kreml befürchtete, andernfalls könnte die materielle Notlage in Polen einen Grad einer politischen Explosion erreichen.

<sup>348</sup> Nach mühsamen Vorbesprechungen, die während der Feiern zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution geführt worden waren, hatten die in den sozialistischen Staaten herrschenden Parteien vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau eine Beratung abgehalten und zum Schluss eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der es hieß, zusammen mit der allgemeinen – also überall gültigen – Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus müsse man die nationalen Besonderheiten des jeweiligen Landes beachten. Zudem wurde betont, dass in der gegenwärtigen Epoche „die internationale Entwicklung vom Verlauf und von den Ergebnissen des Wettbewerbs der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme bestimmt“ werde. Anschließend waren vom 16. bis 19. November die Vertreter von 68 kommunistischen Parteien aus aller Welt zusammen gekommen und hatten einem Manifest zugestimmt, das die Zuversicht zum Ausdruck brachte, mit vereinten Aktionen der antiimperialistischen Kräfte lasse sich der Ausbruch von Weltkriegen verhindern.

Gomufka würde es schwer fallen, [selbst] zu kommen. Später hat er selbst davon gesprochen.

*Gen. Spano* schlägt vor, eine Beratung von sechs kommunistischen Parteien einzuberufen. Auf die Frage von Gen. Chruschtschow, wer die Teilnehmer bestimmen solle, antwortet er: die KPdSU.

*Gen. Chruschtschow*: Und anschließend wird man uns deswegen kritisieren.

Die verschiedenen Parteien haben ihre Schattierungen. Man darf nicht verlangen, dass alle genauso zu denken hätten. Wenn auf einer Beratung irgendeine Partei nicht dabei ist, ist sie beleidigt. Trotzdem sollte man über eine Beratung nachdenken. Wir werden diese Frage bei uns im Präsidium diskutieren. Ich persönlich meine, dass Kontakte nötig sind und dass man die Schwierigkeiten überwinden muss.

Möglicherweise findet im Februar ein Treffen der Vertreter aus den sozialistischen Ländern statt. Da werden wir die Meinungen austauschen und danach vielleicht ein Treffen organisieren, etwa der kommunistischen Parteien der Länder Europas. Falls die Genossen aus dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens darauf eingehen, sollte man sie einbeziehen, nicht abweisen und sich auf diese Weise um eine Verringerung der Differenzen bemühen.

Sie kennen, fuhr Gen. Chruschtschow fort, meine Rolle in der jugoslawischen Frage. Ich hatte aufrichtige Gefühle und Absichten. Auch bestand die Hoffnung, dass Jugoslawien zum Mitglied des sozialistischen Lagers werden könnte. Doch neben vielen Zwischentönen gibt es auch prinzipielle Differenzen. In einem der letzten Artikel sprechen sie schon davon, dass der Leninismus veraltet ist.

*Gen. Longo* fragt, ob es irgendwelche Bemerkungen zu dem Memorandum von Gen. Togliatti<sup>349</sup> gibt, vor allem zu den von ihm gestellten Fragen nach den Ursachen der ungarischen Geschehnisse, besonders zu der Frage, wieso diese Geschehnisse nach 12-jährigem Bestehen der volksdemokratischen Ordnung [noch] möglich waren. Auf einem künftigen Treffen von Vertretern der kommunistischen Parteien wäre diese Frage zu diskutieren und zu klären.

*Gen. Chruschtschow* antwortet, dass sich das ZK der KPdSU noch nicht speziell mit einer derartigen Analyse befasst hat. Seinerzeit ist die gleiche Frage im Zusammenhang mit Polen aufgetreten. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hatte keine Verbindung zu den Massen, und ihre Führungsspitze entsprach nicht den nationalen Interessen der polnischen Werktätigen. Die Führung in der Poni-

<sup>349</sup> Nach den Vorwürfen Chruščëvs gegen Stalin am Ende des XX. KPdSU-Parteitags am 27. Februar 1956 war Togliatti erstmals von der sowjetischen Parteilinie abgerückt und hatte intern argumentiert, man könne Stalin, den man bis dahin für alles in den Himmel gehoben habe, jetzt nicht in ebensolcher Weise für alles verdammen. Wieso habe sich Chruščëv denn nicht widersetzt, als dies die Dinge noch verändert hätte? Die damit bezogene kritische Position gegenüber der KPdSU erlaubte es der IKP, ihre innere Einheit aufrechtzuerhalten, als viele andere kommunistische Parteien im Westen sich über die Haltung zum Ungarn-Aufstand zerstritten. In einem Referat auf dem VIII. Parteitag der IKP verkündete Togliatti den eigenen „italienischen Weg zum Sozialismus“. Eine umfassende Formulierung seines Konzepts einer polyzentrischen – also nicht mehr von Moskau gelenkten – kommunistischen Bewegung legte er erst am 5. September 1964 vor in seinem „Memorandum über Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit“.

schen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und der Ungarischen Partei der Arbeit (UPdA)<sup>350</sup> bestand mehrheitlich aus Juden. Wenn die Partei die Macht ergreift, wird die nationale Frage besonders brisant. Gomulka hat seinerzeit [1948] gefordert, die nationale Zusammensetzung der Führung zu verändern, kam jedoch dafür als rechter Nationalist ins Gefängnis. (Übrigens, Stalin hat nicht seinen Ausschluss aus dem ZK der PVAP empfohlen). [Boleslaw] Bierut war ein guter, aber allzu nachgiebiger Mensch.

Ein zweiter Hinweis: die Liquidierung der Kommunistischen Partei Polens und die Vernichtung ihrer Führung.<sup>351</sup> Später kamen auch verschiedene [ungeplante] Ereignisse hinzu: der Tod Stalins, der XX. Parteitag der KPdSU, der Tod Bieruts, die Rehabilitierung in der UdSSR und die Repatriierung einer Reihe der Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzten Polen, die Zwistigkeiten in der Führung der PVAP und die Unterminierung ihrer Autorität.

Doch im Unterschied zu Ungarn erwiesen sich in Polen die Kader vor Ort als stark. Die Wahlen haben dies bestätigt. Obgleich es Gen. Gomulka bislang noch schwer hat, sind wir davon überzeugt, dass er es schaffen wird.

In Ungarn gab es viele analoge Erscheinungen, angefangen mit der jüdischen Dominanz in der Führung.

*Gen. Suslow* sagt, dass die Streiks in Ungarn unter der Parole des Kampfes „gegen die 200 jüdischen Familien“ stattgefunden haben.

*Gen. Chruschtschow* bemerkt, dass ein ernstlicher Einfluss von dem verzerrenden und missbräuchlichen Verhalten der früheren Führer ausgegangen ist: Verhaftungen von [Lászlo] Rajk, Kádár, [György] Marosán und anderen. Der UPdA gehörten 900 000 Mitglieder, d. h. 10% der Bevölkerung, an, und sie ist in wenigen Stunden zusammengebrochen. [Mátyás] Rákosi und [Ernö] Gerö haben viel über die Erziehung der Kader und über die Beziehungen zu den Massen geredet, selbst aber diese Beziehungen nicht gehabt. Die Hauptsache bei den von ihnen gemachten Fehlern war, dass die Partei faktisch keine Führung besaß.

*Gen. Suslow* fügt hinzu, dass es in der UPdA während des Aufstands zwei Zentralkomitees gab.<sup>352</sup>

Auf die Frage von *Gen. Spano*, ob die Jugoslawen tatsächlich bei der Organisation des Aufstandes intrigiert hätten, antwortet *Gen. Chruschtschow* bejahend. Sie wollten, sagt er, Rákosi und Gerö stürzen und eine projugoslawische Regierung mit Nagy an der Spitze bilden. Auf dessen Kandidatur haben wir uns eingelassen. Später begann die Reaktion die Zusammensetzung der Regierung zu ver-

<sup>350</sup> Die kommunistischen Parteien Polens und Ungarns. Der hier für die ungarische Partei verwendete Name ist nicht die amtliche Bezeichnung. Diese lautete bis Nagy „Partei der Ungarischen Werktätigen“ und danach „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“.

<sup>351</sup> In den 1920er und 1930er Jahren war es das Ziel der sowjetischen Führung, die – vor dem Ersten Weltkrieg nicht bestehende – staatliche Selbständigkeit Polens möglichst wieder rückgängig zu machen. Vor diesem Hintergrund verfügte Stalin 1938 die Auflösung der kommunistischen Partei und veranlasste während der „Großen Säuberung“ die physische Liquidierung ihrer Führer.

<sup>352</sup> Ohne vorherige Auflösung des von Nagy geleiteten Politbüros wurde in Moskau eine neue Führung mit Kádár an der Spitze eingesetzt.

ändern, und die Sache entwickelte sich bis zum völligen Sieg der Konterrevolution.

*Gen. Suslow:* Es zeigten sich auch Besonderheiten rein ungarischen Ursprungs: viele Jahre Faschismus [und] die Beteiligung am Krieg auf der Seite Hitler-Deutschlands.

*Gen. Chruschtschow* sagt, dass die Csepel-Arbeiter [in Budapest] 2 bis 3 Tage lang die Agenten der Konterrevolution nicht in ihr Werk gelassen haben. Wenn es eine auf dieses Werk gestützte revolutionäre Führung in der Partei und im Land gegeben hätte, wäre es möglich gewesen, die Meuterei zu unterdrücken.

Was das sowjetische Volk anbelangt, so hat es, vor allem in der sowjetischen Armee, die Niederschlagung der Konterrevolution in Ungarn generell mit Erleichterung aufgenommen. Haben wir in Ungarn richtig gehandelt? Wir denken, dass wir absolut richtig gehandelt haben.

*Gen. Spano:* Zweifellos.

*Gen. Chruschtschow* sagt weiter, dass die Geschehnisse in Ungarn großen Einfluss auf die Öffentlichkeit verschiedener Länder ausgeübt haben. Uns ist bekannt, dass ihr uns kritisiert. Erlaubt auch uns, euch zu kritisieren. Eure Partei hat zwei Millionen Mitglieder. Sie ist aus dem wachsenden antifaschistischen und auf Befreiung ausgerichteten Kampf heraus entstanden. In ihren Reihen gibt es viele echte Kommunisten, aber auch nicht wenige Mitläufer, die nicht bereit sind, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen. Schließlich waren nicht nur Leute wie Sartre,<sup>353</sup> sondern sogar Gorkij<sup>354</sup> in heftigen Augenblicken des Kampfes [gegen den Feind] anderer Meinung als Lenin. Daher liegt die Schlussfolgerung nahe: Bei dem einen ist es nützlich, wenn man ihn zur Besinnung bringt, die anderen, die unnützen Leute, sollte man entfernen.

Wir meinen, dass sich die sozialistischen Länder nach den ungarischen Geschehnissen gefestigt haben. Wenn man uns früher mit politischem Druck zu prüfen suchte, hat man diesmal, in Ungarn, den Versuch gemacht, uns das Bajonett spüren zu lassen. Alle unsere Gegner haben sich umsonst bemüht. Selbst Sartre beginnt das jetzt zu begreifen. Doch uns bringt die Situation nicht in Verlegenheit. Wir erkennen an, dass eben dies der Klassenkampf ist, dass nach einer Periode einer gewissen Verschärfung Entspannung eintritt. Wir haben gezeigt,

<sup>353</sup> Jean-Paul Sartre (1905–1980), französischer Linksintellektueller existentialistischer Überzeugung, der mit dem Kommunismus sympathisierte und lange Zeit die öffentliche Meinung in sowjetischem Sinne beeinflusste, ging dann aber zeitweilig und zuletzt endgültig auf Distanz.

<sup>354</sup> Maksim Gor'kij (1868–1936), russischer sozialkritischer Schriftsteller, der sich früh auf die Seite der revolutionären Kräfte stellte und sich seit der russischen Revolution von 1905 zu Lenin bekannte. Im Exil seit 1907 wandte er sich den „Gottesbauern“ zu, deren Vorstellungen Lenin als Abweichung vom Marxismus verurteilte. Nach der Oktoberrevolution von 1917 übte er Kritik an dessen Konzept. Er war zwar grundsätzlich für eine soziale Revolution, sah aber das russische Volk als dafür noch nicht reif an und meinte, die Massen müssten erst das nötige Bewusstsein entwickeln, um sich aus ihrer Misere zu befreien. Wie er später erklärte, befürchtete er, die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ werde die einzig wirklich revolutionäre Kraft, die bolschewistisch geschulte Arbeiterschaft, zerstören und die Idee der sozialen Revolution kompromittieren. Er hielt jedoch weiter engen Kontakt zu den Bol'seviki und unterstützte ihre Bestrebungen im Ausland. 1927 wurde er offiziell zum kommunistischen Schriftsteller erklärt.

dass die Führung der KPdSU auf festen Klassenpositionen steht und es niemandem gelingen wird, sie davon abzubringen. Wir müssen zur Offensive übergehen. Es sind jetzt andere Zeiten als damals, als Hitler an die Macht kam. Die Kräfte des Sozialismus sind jetzt in einer guten Lage. Die polnischen Wahlen sind unser gemeinsamer Erfolg. In einem halben Jahr wird auch in Ungarn wieder alles im Lot sein.

*Gen. Longo* bittet *Gen. Chruschtschow*, die kritischen Bemerkungen an die Adresse der Kommunistischen Partei Italiens fortzusetzen, falls es diese [weiterhin] gibt.

*Gen. Chruschtschow* hält es für notwendig, die Wachsamkeit gegenüber parteifeindlichen Elementen und Renegaten vom Schlage eines Reale<sup>355</sup> zu verstärken.

*Gen. Suslow* weist darauf hin, dass die ungarischen Geschehnisse einen gewissen Schock hervorgerufen haben, dass dieser Schock aber zehnmal heftiger für die kommunistischen Parteien gewesen wäre, wenn in Ungarn die Konterrevolution gesiegt hätte. Die ungarischen Geschehnisse haben bei den labilen und fauligen Elementen in den Parteien Schwankungen hervorgerufen. Jetzt kann man sie erkennen und entfernen.

*Gen. Chruschtschow* äußert die Ansicht, dass auf einigen Beratungen von Vertretern der Bewegung der Friedensfreunde einzelne Kommunisten angefangen haben, sich wie Popen aufzuführen.

*Gen. Longo* erklärt, *Gen. Chruschtschow* hat recht, wenn er Kritik an der Italienischen Kommunistische Partei übt und dabei die Angelegenheit von [Aldo] Cuchi und [Valdo] Magnani im Auge hat. Was Reale betrifft, so hat er sich seit langem von der Partei entfernt, und man hat ihn zu unrecht unbeachtet gelassen und ihm erlaubt, Handelsgeschäfte im Interesse der Partei zu tätigen.

Was die ungarischen Geschehnisse anbelangt, fuhr *Gen. Longo* fort, haben die italienischen Werktätigen in den ersten Tagen gedacht, dass für alles nur einige Stunden nötig seien. Die zweite Beteiligung der sowjetischen Truppen in Ungarn<sup>356</sup> wurde überall mit großer Erleichterung aufgenommen. Hätten sich die

<sup>355</sup> Eugenio Reale (1905–1986) vertrat zusammen mit Longo die IKP auf der Gründungstagung des Kominform vom 22. bis 27. September 1947, als Andrej Ždanov IKP und FKP in Stalins Auftrag einer vernichtenden Kritik unterzog. Er klagte sie einer Politik des „bürgerlichen Opportunismus“ und der Zusammenarbeit mit dem „Klassenfeind“ an, obwohl sie mit ihrer Bereitschaft zur Beteiligung an Regierungskoalitionen, in denen demokratische Parteien den Kurs wesentlich bestimmten, den Instruktionen Stalins von 1944 gefolgt waren. Im Gegensatz zu Longo und Parteichef Togliatti, die, wie gefordert, Reue zeigten und sich der neuen Linie der unbedingten Feindschaft zum Westen unterwarfen, war Reale damit nicht einverstanden und entwickelte sich zum Kritiker des Kommunismus. Anfang 1957 stellte er in der antikommunistischen Zeitschrift „Documento“ das „Elend der Volksdemokratien“ dar. 1958 erschien sein Buch „Nascita del Cominform“ (in französischer Übersetzung: „Avec Jacques Duclos au banc des accusés à la réunion constitutive du Kominform à Szklarska Poreba“), in dem er – samt scharfen Kommentaren – seine auf der Tagung angefertigten ausführlichen Notizen veröffentlichte und damit das westliche Publikum erstmals über Interna des Kominform unterrichtete.

<sup>356</sup> Die sowjetischen Verbände waren zunächst aus Budapest wieder zurückgezogen worden, ehe das Präsidium des ZK der KPdSU sich Ende Oktober endgültig dazu entschloss, dem Aufstand mit militärischer Gewalt ein Ende zu machen.

sowjetischen Truppen nicht zum zweiten Mal beteiligt, wären bei den Parteikadern Zweifel an der Erfüllung der Pflicht zur proletarischen Solidarität<sup>357</sup> entstanden. Doch einige Schichten von Parteimitgliedern, besonders Intellektuelle, sind unter den Einfluss der reaktionären Propaganda geraten.

Insgesamt, sagt Gen. Longo, ist unsere kommunistische Partei im Grunde [erst] nach dem Krieg auf der Grundlage der 4000 bis 5000 Mitglieder entstanden, die in den Jahren des Faschismus zu ihr gehört haben. Seither konnte man natürlich nicht alle [anderen] umerziehen, doch wir können sagen, dass die zwei Mio. Mitglieder unserer Partei trotzdem Kommunisten sind. In Italien jetzt Kommunist zu sein, ist eine schwierige Sache und kostet viele Entbehrungen. Die Lage hat sich bei uns wegen der Haltung der Sozialistischen Partei<sup>358</sup> zugespitzt. Wir müssen den Kampf gerade auch in unserem eigenen Lager führen, weil wir in unserer Bewegung Sozialisten und Intellektuelle haben. Nenni befürwortet eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten,<sup>359</sup> was auf eine Kapitulation vor der antikommunistischen Politik hinausläuft. Die Lage bei den Sozialisten ist noch unklar, doch gibt es bei ihnen Kräfte, die dem Hinüberwechseln der gesamten Partei zu rechten Positionen Widerstand leisten.

Was die italienischen Intellektuellen betrifft, haben von ihnen nur die schlechtesten Elemente eine schwankende Haltung eingenommen. Insgesamt aber steht diese Schicht der Parteimitglieder unter der Kontrolle der Partei. Wir müssen unsere Sozialismus-Propaganda erneuern, mit neuem Inhalt füllen.

Aus den Gesprächen mit eurer Delegation auf unserem Parteitag und auch hier, in Moskau, haben wir die Vorstellung gewonnen, dass sich in der UdSSR große Veränderungen vollziehen. Wenn wir das alles zeigen und mit Fakten und Zahlen belegen könnten, wäre das sehr nützlich. Überhaupt ist bei uns die Meinung entstanden, dass ihr mehr tut, aber wenig sagt.

Weiter stellt Gen. Longo die Frage nach dem Stand der Vorbereitungen für die Feiern zum 40. Jahrestag der sozialistischen Oktoberrevolution.

*Gen. Chruschtschow* antwortet, dass diese Frage noch nicht erörtert worden ist, doch die erforderlichen Maßnahmen in nächster Zeit in die Wege geleitet werden.

*Gen. Spano* fragt nach einer der gemeinsamen Überprüfung des Statuts der Gesellschaft „Italien-UdSSR“ und nach dem Verkauf von Veröffentlichungen der Kommunistischen Partei Italiens in der UdSSR.

*Gen. Chruschtschow* antwortet, dass diese Fragen im ZK der KPdSU geprüft werden. (Noch vor ihrer Abreise aus Moskau erhielt die Delegation eine positive Antwort auf diese Fragen.)

<sup>357</sup> Nach dem Prinzip des „proletarischen Internationalismus“ waren die kommunistischen Parteien wechselseitig zu Hilfe und Unterstützung im Kampf um die Macht und bei deren Aufrechterhaltung verpflichtet.

<sup>358</sup> Die von Pietro Nenni geführte Sozialistische Partei Italiens war bis 1956 ein zuverlässiger Verbündeter der IKP, rückte dann aber von ihr ab.

<sup>359</sup> Die Italienische Sozialistische Arbeiterpartei von Giuseppe Saragat hatte sich 1947 von Nennis Sozialisten getrennt, als sich Stalin gegen die Marshall-Plan-Hilfe für Europa wandte und seine politische Gefolgschaft zum unerbitlichen Kampf gegen den Westen verpflichtete.

Die *Genossen Longo und Spano* fragen nach der Meinung der sowjetischen Genossen zu ihrer Entscheidung, den [Rück-]Weg von Moskau über Budapest zu nehmen, um sich mit den ungarischen Führern zu treffen.

*Gen. Chruschtschow* sagt, dass nach seiner Ansicht eine solche Reise sehr nützlich wäre.

Aufzeichnung des Gesprächs von D. Schewljagin  
Nicht korrigiertes Stenogramm  
RGANI, fond. 52, opis' 1, delo 568, Bl. 43-57

### 19. Gespräch Chruschtschows mit der Regierungsdelegation der Volksrepublik Bulgarien am 16. Februar 1957

Am Gespräch nahmen teil von bulgarischer Seite der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens Todor Shiwkow, der Vorsitzende des Ministerrates Bulgariens Anton Jugow, der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Georgij Tschankow, der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Sekretär des Bauernvolksbundes Georgi Trajkow, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Handel Rajko Damjanow, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Bildung und Kultur Wylko Tscherwenkow, der Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens Entcho Stajkow, der Außenminister Karlo Lukanow, der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in der UdSSR Ljuben Gerasimow.

Von sowjetischer Seite nahmen am Gespräch [außer Chruschtschow] teil der Außenminister der UdSSR A. A. Gromyko, der erste Stellvertreter des Außenministers der UdSSR N. S. Patolitschew, der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in Bulgarien Ju. K. Prichodow, das Kollegiumsmitglied des MID der UdSSR I. K. Samtschewskij, der Stellvertreter des Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU I. T. Winogradow.

Nach den gegenseitigen Begrüßungen sagte *Gen. Chruschtschow*, dass wir gegenwärtig alle unter dem Eindruck des soeben zu Ende gegangenen Plenums des ZK der KPdSU stehen. Da die Beschlüsse des Plenums veröffentlicht worden sind, werde ich darauf nicht eingehen. Außer zu den Fragen, über die in der Presse berichtet worden ist, gab es auf dem Plenum im Zusammenhang mit der Antwort des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ)<sup>360</sup> auf unsern Brief auch noch ein Gespräch über Jugoslawien. Wir wollen, dass die Beziehungen zu Jugoslawien sich verbessern. Doch ob sie sich verbessern, das hängt in erster Linie von den Jugoslawen selbst ab. Wir werden keine Zugeständnisse machen. Wir werden auf unseren prinzipiellen Standpunkten bis hin zu einem Bruch bestehen.

*Gen. Jugow* bemerkt, dass dies richtig ist.

<sup>360</sup> Amtliche Bezeichnung der jugoslawischen kommunistischen Partei.

*Gen. Chruschtschow* sagte weiter: In einem gewissen Sinne sind wir [Josip Broz] Tito dafür dankbar, dass er mit seiner Rede in Pula<sup>361</sup> unsere Übereinkunft verletzt hat, die in der bulgarischen Erklärung<sup>362</sup> und in anderen gemeinsamen Erklärungen schriftlich fixiert worden ist. Damit hat er uns die Möglichkeit verschafft, seine Position offen kritisieren zu können. Jetzt ist es völlig klar, dass sich die Hoffnungen Titos nicht erfüllt haben, von anderen kommunistischer Parteien unterstützt zu werden. Alle kommunistischen Parteien unterstützten die Haltung Titos nicht. Insbesondere muss man die richtige Haltung der Kommunistischen Partei Bulgariens, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Partei der Arbeit Albaniens hervorheben. Obgleich sich die albanischen Freunde etwas ereifern. Wir haben mit ihnen darüber gesprochen.

Im Zusammenhang damit bemerkte *Gen. Jugow*, dass die Jugoslawen die Albaner mit Geringschätzung behandeln, sie sich ihnen gegenüber verächtlich verhalten und aus diesem Grund fühlen sich die albanischen Genossen zu Recht verletzt.

*Gen. Chruschtschow* sagte: Ja, die Jugoslawen behandeln die Albaner tatsächlich wie eine niedere Rasse. In einem der Gespräche mit Tito habe ich ihm gesagt: Warum bekunden Sie, der ständig für Gleichberechtigung eintritt, so große Verachtung gegenüber den albanischen Genossen; doch wohl nicht etwa deswegen, weil Albanien ein kleines Land ist, denn auch in einem kleinen Land gibt es kluge Leute und begabte Politiker.

In der jugoslawischen Führung nimmt insbesondere [Mijalko] Todorović eine hochmütige und abschätzige Haltung gegenüber den anderen Parteien ein. In einem der Gespräche sagte ich zu [Vukašin] Mićunović,<sup>363</sup> dass Todorović noch mehr Katholik ist als der Papst.

Unlängst habe ich mit *Gen. Shiwkow* über den in ihrer Zeitung „Trud“ veröffentlichten Artikel gesprochen. Die bulgarischen Genossen haben in diesem Artikel sehr gut die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens und Jugoslawiens verglichen und veranschaulicht. Aus diesem Artikel geht anschaulich hervor, dass die Pro-Kopf-Produktion der Bevölkerung, die in Bulgarien vor der Errichtung der volksdemokratischen Ordnung bedeutend niedriger als bei

<sup>361</sup> Tito hatte am 11. November 1956 in Pula unter anderem über die Vorgänge in Polen und Ungarn gesprochen und das dortige Geschehen als aktuell begründeten Kampf des Volkes gegen stalinistische Elemente bezeichnet, der primär nicht den Personenkult, sondern die Systemfragen betreffe. Die UdSSR müsse die gegenüber Jugoslawien abgegebenen Deklarationen von Belgrad (2. Juni 1955) und von Moskau (20. Juni 1956) auch dann gelten lassen, wenn es um andere sozialistische Staaten gehe. Speziell zu den Ereignissen in Polen und Ungarn erklärte Tito, es sei ein fataler Fehler, dem eigenen Volk durch eine fremde Armee Lektionen zu erteilen. Den reaktionären Kräften dort und im Westen werde es so ermöglicht, den Aufstand für ihre Zwecke auszunutzen. Er verurteilte die erste, im Oktober durchgeführte sowjetische Intervention in Ungarn. Die zweite, die ab Anfang November erfolgt war, sei lediglich das „kleinere Übel“ gewesen. Dass es dazu gekommen war, konnte man aber nach seiner Ansicht nicht den Russen allein zum Vorwurf machen.

<sup>362</sup> So irrtümlich im Dokument. Offensichtlich ist die Belgrader Deklaration vom 2. Juni 1955 gemeint, in der sich Chruščëv und Bulganin mit dem eigenen, nationalen Weg Jugoslawiens zum Sozialismus einverstanden erklärten. Tito hatte seinerseits dem sowjetischen Lager volle politische Solidarität zugesichert.

<sup>363</sup> Jugoslawischer Botschafter in Moskau, dem Chruščëv hohe Wertschätzung und persönliches Vertrauen entgegenbrachte.

den Jugoslawen war, jetzt aber das Niveau Jugoslawiens bedeutend überholt hat, obwohl sich die Jugoslawen bekanntlich mit ihrem Sonderweg des Aufbaus des Sozialismus brüsten. Den Angaben des Artikels ist zu entnehmen, dass die Jugoslawen nichts Besonderes vorzuweisen haben, womit sie prahlen könnten. Dies ist eine sehr wichtige Methode der Kritik. Wir wollten diesen Artikel sogar in unseren Zeitungen nachdrucken. Doch wir entschieden uns dafür, das nicht zu tun, um den Jugoslawen keinen Vorwand zu liefern, uns zu bezichtigen, wir würden eine antijugoslawische Kampagne organisieren. In einem der Gespräche mit Mićunović habe ich ihm gesagt, dass sie alle Länder belehren, wie man den Sozialismus aufbauen müsse, doch ist bei ihnen das Niveau der Volkswirtschaft niedriger als in den anderen sozialistischen Ländern.

*Gen. Jugow* bemerkte, dass die Rede Titos in Pula auch in Jugoslawien eine für die jugoslawische Führung ungünstige Resonanz gehabt hat.

*Gen. Chruschtschow* liest den Bericht des sowjetischen Botschafters in Jugoslawien über die Unterredungen mit Tito vor und sagt: Wie Sie sehen, argumentiert Tito in den Unterredungen richtig, macht aber alles genau umgekehrt.

*Gen. Shiwkow* teilt in diesem Zusammenhang mit, dass das ZK des BdKJ dem ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens bereits den gesamten Briefwechsel zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK des BdKJ übergeben hat, darunter auch den letzten Brief.

Weiter sagte *Gen. Chruschtschow*, dass Tito und [Aleksandar] Ranković einen besseren Eindruck als die anderen Führer Jugoslawiens machen. Eine offen rechte Haltung beziehen [Koča] Popović und Todorović. Wohl noch schlimmer ist die Haltung von [Edvard] Kardelj.<sup>364</sup> Sie kennen seine Vorlesung in Oslo. Seinerzeit haben wir mit Tito über diese Vorlesung gesprochen. Er sagte uns damals, er stimme in vieler Hinsicht auch nicht mit dieser Vorlesung überein, müsse aber die Situation berücksichtigen, in der diese Vorlesung gehalten wurde, insbesondere den Umstand, dass die Vorlesung noch vor der Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen gehalten wurde. Die folgenden Stellungnahmen Kardeljs haben aber gezeigt, dass er die gleichen Standpunkte [weiter] vertritt.

Im Zusammenhang damit bemerkt *Gen. Tscherwenkow*, dass nach seiner Ansicht Tito von beiden Seiten nimmt.

Als Antwort auf *Gen. Tscherwenkow* sagte *Gen. Chruschtschow*: Über Ihre Bewertung werde ich mich nicht mit Ihnen streiten.

Jetzt finden zwischen unserem Land und Jugoslawien Wirtschaftsverhandlungen statt. Wir haben die Fristen für die Kreditgewährung etwas verschoben, was

<sup>364</sup> Kardelj hatte als Theoretiker der jugoslawischen Partei das Konzept der Selbstverwaltung entwickelt, das sie nach dem Bruch mit Stalin diesem als Unterscheidungsmerkmal zum sowjetischen Sozialismus entgegenstellte und war generell in Belgrad entscheidend an der Formulierung der gegen die UdSSR gerichteten Linie beteiligt. In seiner Eigenschaft als Außenminister ab 1953 schloss er 1954 den Balkan-Pakt mit den NATO-Staaten Griechenland und Türkei, der nach der Übereinkunft zwischen Tito und der sowjetischen Führung am 2. Juni 1955 seine Bedeutung verlor.

Tito sehr beunruhigt. In einem der Gespräche erklärte er, falls die Kreditierungstermine verschoben würden, könnten sie nicht das Aluminiumwerk bauen und die Produktion des Kunstdüngers zustande bringen, der dringend erforderlich sei für die Landwirtschaft, die bei ihnen im Niedergang begriffen ist. Sie können [dann] kein Aluminium ins Ausland verkaufen, und folglich werden sie keine Valuta haben, um im Ausland die von ihnen benötigten Güter einzukaufen. Wie war das denn? Sie spucken auf unser System und schmähen unsere Aufbaumethoden, und wir sollen ihnen ihr „fortschrittliches“ System finanzieren. Wir sollen uns vom Munde absparen, aber sie werden uns kritisieren.

Die Jugoslawen berufen sich oft darauf, dass sie einige Jahre lang eine isolierte Situation hatten, einer Blockade ausgesetzt waren und deswegen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Dies ist dummes Zeug. Sie hatten keine Blockade auszuhalten, sondern erhielten Hilfe von den Amerikanern. Als wir in Jugoslawien waren, fiel uns auf, dass sie in einer Reihe von Orten gute Straßen haben. Die Sache ist die, dass die Jugoslawen das Geld aus den Erlösen des Verkaufs der Waren, die sie von den USA als Unterstützung erhalten haben, bei der Bank auf Kontokorrent einzahlen müssen und sie nur zu den Zwecken einsetzen dürfen, die ihnen von den Amerikanern genannt werden. Die Amerikaner sind natürlich nicht blöd und erlauben den Jugoslawen nicht, diese Gelder für die Entwicklung der Wirtschaft des Landes zu nutzen, sondern sie haben ihnen die Möglichkeit zur Verwendung dieser Mittel für Zwecke wie den Straßenbau gegeben im Wissen darum, dass vom Straßenbau her das Wirtschaftsniveau des Landes nicht besonders steigen wird.

Was die Blockade betrifft, der die Jugoslawen angeblich ausgesetzt waren, so haben wir nichts davon gesehen. Wir dagegen haben tatsächlich über viele Jahre hinweg in einer totalen Blockade gelebt. Und trotzdem, obwohl die Jugoslawen unseren Weg verurteilen, haben wir in 40 Jahren die Industrieproduktion im Land auf das 30fache vergrößert.

Weiter sagte Gen. Chruschtschow, Tito hat in den Gesprächen erklärt, dass sie sich dafür entschieden haben, unsere Diskussion miteinander zu beenden, und den Wunsch nach einem Treffen mit uns auf hoher Ebene zum Ausdruck gebracht. Gen. Mikojan und ich haben im Gespräch mit Mićunović gesagt, dass wir mit dem Ende der Diskussion einverstanden sind, und wir haben unsere Zustimmung zu dem Treffen geäußert. Doch kurz danach erscheinen in der jugoslawischen Presse erneut Artikel, in denen die Sowjetunion beschimpft wird.

Die Jugoslawen versichern weiter, dass sie gegen die Blöcke sind und das Bestehen des sozialistischen Lagers nicht anerkennen wollen. Wir haben ihnen mehrfach gesagt, dass ihr zwar gegen die Blöcke und die Lager Stellung nehmt, selbst jedoch faktisch den Fuß in zwei Pakten habt. Folglich steht ihr nicht zwischen den Blöcken, sondern in einem der Blöcke. Da ihr über die Türkei mit dem Balkan-Pakt verbunden seid, nehmt ihr faktisch am Bagdad-Pakt<sup>365</sup> und an der NATO teil.

<sup>365</sup> Türkei und Irak hatten am 24. Februar 1955 ein – als Bagdad-Pakt bezeichnetes – Bündnis abgeschlossen, dem Großbritanniens am 5. April, Pakistan am 23. Mai und Iran am 3. November beitraten.

Bei der Erörterung der ungarischen Ereignisse erklärte Tito, falls die Sowjetarmee nicht in Ungarn einmarschiert wäre, hätten sie, die Jugoslawen, ihre Armee einmarschieren lassen. In diesem Zusammenhang lachte Marschall [Georgij] Shukow<sup>366</sup> zu Recht, dass die ungarische Armee die jugoslawische Armee sicherlich zerschlagen hätte, deren Artilleriegeschütze von Pferden gezogen werden, während die ungarische Armee mit guten sowjetischen Panzern, Kanonen und Jagdflugzeugen ausgerüstet ist.

Weiter bemerkte Gen. Chruschtschow, dass der Konflikt in den Beziehungen der Jugoslawen zu den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Welt, den Tito mit seiner Rede heraufbeschworen hatte, im jugoslawischen Volk nicht populär ist.

Danach wandte er sich der inneren Situation in der UdSSR zu. In der ausländischen Presse wird viel Geschrei darüber gemacht, dass es bei uns angeblich Demonstrationen, sogar fast bewaffnete Zusammenstöße usw. gegeben hat. Das ist alles Unsinn. So etwas hat es nicht gegeben. Insgesamt halten wir die Lage im Land für gut. Haben wir im Land antisowjetische Elemente und antisowjetische Auftritte? Natürlich gibt es das. In unserem Land lebt eine Bevölkerung von 200 Millionen, und es wäre erstaunlich, wenn wir keine antisowjetisch eingestellten Leute hätten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir nach dem Tod Stalins Tausende aus den Gefängnissen entlassen haben, darunter auch Parteimitglieder. Die meisten aus den Gefängnissen entlassenen früheren Kommunisten wurden wieder in die Reihen der Partei aufgenommen. Natürlich musste man sie aus der Haft entlassen, doch einige von ihnen hätte man nicht wieder in die Partei aufnehmen sollen. Unter den Aufgenommenen hat es Leute gegeben, die seinerzeit zu Recht aus der Partei wegen ihres Kampfes gegen die Partei ausgeschlossen worden waren (Trotzkisten, Rechte usw.). Im Zusammenhang damit, dass man diese Leute aus den Gefängnissen entlassen und wieder in die Partei aufgenommen hat, ist es zu einer Belebung der gegen die Partei und die Sowjetunion gerichteten Tendenz gekommen, besonders in Leningrad. Einige der früheren Trotzkisten und Rechten haben erneut damit angefangen, ihre alten Ansichten zu predigen. Wir haben ein Schreiben an die Parteiorganisationen gerichtet und sie angewiesen, sich gegenüber den parteifeindlichen Stellungnahmen von Leuten, die gegen die Partei arbeiten, nicht liberal zu verhalten. Sie muss man ausschließen und, wenn sie ihre antisowjetische Tätigkeit fortsetzen, auch vor Gericht stellen. Es hat einzelne Auftritte von Studenten gegeben. In der bürgerlichen Presse wurde berichtet, dass wir im Zusammenhang damit angeblich auf breiter Front Repressivmaßnahmen angewendet haben. Das stimmt nicht. Wir haben keine Repressivmaßnahmen angewendet.

Die Landwirtschaft in unserem Land hat sich in den letzten Jahren bestens entwickelt. Im vergangenen Jahr wurde eine Ernte eingefahren, wie es sie noch nicht während des Bestehens der Sowjetmacht und auch nicht in der ganzen Geschichte Russlands gegeben hat.

Mithin ist unsere Lage beim Getreide sowie bei der Milch gut. Schlechter ist es um das Fleisch bestellt. Es stimmt zwar, dass wir im vergangenen Jahr einen ge-

<sup>366</sup> Verteidigungsminister der UdSSR.

wissen Anstieg bei der Bereitstellung von Fleisch hatten, doch er reichte nicht aus. Jetzt beabsichtigen wir, strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die Viehwirtschaft kräftig voranzubringen und den Fleischbedarf des Landes auf jeden Fall vollständig zu decken.

Wir haben eine Kostenanalyse für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse angestellt, die der Staat von den Kolchosen und den Sowchosen erhält. Dabei stellte sich heraus, dass die Kosten für das Getreide, das wir von den Kolchosen<sup>367</sup> beziehen, vor allem beim Einsatz der Maschinen- und Traktorenstationen sehr hoch ist. Im Landesdurchschnitt beträgt er etwa 61 Rubel. Die Sowchosen<sup>368</sup> haben das Getreide zum Preis von 31 Rubel pro Zentner an den Staat abgegeben, einige Sowchosen sogar für 12 Rubel. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge hinsichtlich der weiteren Bildung von Sowchosen auf der Basis von Kolchosen ausarbeitet. Wir haben die Absicht, die Sowchoswirtschaft auf diese Weise so weit zu entwickeln, dass wir schon in zwei Jahren von den Sowchosen jährlich mindestens 2 Milliarden Pud<sup>369</sup> Getreide bekommen. Das ist genau das, was die Versorgung in unserem Land vollständig gewährleisten wird.

Ebenso ist es bei anderen Erzeugnissen der Landwirtschaft. Zum Beispiel sind bei den Sowchosen die Weintrauben zweimal billiger als bei den Kolchosen. Die von Sowchosen angebaute Baumwolle ist 30–35% billiger als die Baumwolle, welche die Kolchosen liefern. Es ist zu sehen, dass die Kolchosbauern eine sehr starke Tendenz in Richtung Sowchosen haben. Das ist für sie vorteilhaft. Wenn sie Sowchos-Arbeiter werden, profitieren sie davon, weil sie einen monatlich garantierten Lohn, eine Rente im Alter und bei Invalidität, einen festgelegten Arbeitstag, einen Jahresurlaub und eine Reihe anderer Vorteile bekommen. Die baltischen Republiken verlangen, wir sollen alle Kolchosen dieser Republiken in Sowchosen umwandeln. Doch wir lassen uns jetzt nicht darauf ein, weil dort die Kolchosen sehr klein, die Bodenflächen klein sind und nirgends in großem Umfang die Mechanisierung durchführbar ist. Zudem ist der Boden dort schlecht. Derzeit gehen wir diesen Weg nicht, weil dafür große Kapitalinvestitionen erforderlich sind. Später wird sich das machen lassen.

*Gen. Jugow* sagt, dass in Bulgarien in letzter Zeit die Genossenschaften immer öfter fordern, ihnen staatlichen Boden zu überlassen. Die Staatswirtschaften arbeiten bei uns jetzt noch schlechter als die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (TKZCh).<sup>370</sup> *Gen. Jugow* bemerkt weiter, dass die jugoslawi-

<sup>367</sup> Aufgrund der 1929 von Stalin verfügten Zwangskollektivierung war an die Stelle des auf eigenem Landbesitz beruhenden bäuerlichen Betriebs die landwirtschaftliche Kollektivwirtschaft (*kollektivnoe chozjajstvo* bzw. *kolchos*) mit gemeinsamem Eigentum an den Produktionsmittel, aber staatlichem Bodenbesitz getreten. Formal verwaltete sich diese Produktionsgenossenschaft selbst, unterstand aber faktisch der von der Partei eingesetzten Leitung. Sie hatten ein Ablieferungssoll zu staatlich festgesetzten Preisen zu erfüllen.

<sup>368</sup> Ein Sowchos („Sowjetwirtschaft“, *sovetskoe chozjajstvo* bzw. *sovchoz*) war ein landwirtschaftlicher Großbetrieb in Staatsbesitz, dessen Beschäftigte in aller Regel fest angestellt waren und feste monatliche Löhne erhielten.

<sup>369</sup> 1 Pud = 16,38 kg.

<sup>370</sup> Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas entsprachen weithin den Kolchosen in der UdSSR, doch war der kollektiv genutzte Boden formal Privateigentum geblieben.

sche Delegation, die in Bulgarien weilte, einzugestehen genötigt war, dass das Niveau der Landwirtschaft in Bulgarien weit höher ist als in Jugoslawien. In Jugoslawien liegen jetzt über 500 000 ha Ackerland brach und werden nicht bestellt.

*Gen. Chruschtschow* sagt, als er noch einmal auf die Frage der Beziehungen zu Jugoslawien eingeht, dass wir, als wir den Bericht des sowjetischen Botschafters in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) über die Haltung Titos erhielten, froh über diese Information waren, weil wir dachten, dass die Jugoslawen in der Tat eine richtige Position beziehen, die Antwort aber, die sie schickten, erwies sich als komplett anders. Wir werden alle Möglichkeiten zu nutzen suchen, um eine Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien zu erreichen, werden uns jedoch nicht auf prinzipielle Zugeständnisse einlassen.

Aufgezeichnet von I. Winogradow und M. Posolotin

Korrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 550, Bl. 1-8

## **20. Gespräch Chruschtschows mit einer Delegation französischer Radikalsozialisten<sup>371</sup> unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden, E[douard] Daladier, am 9. September 1957**

Nach den gegenseitigen Begrüßungen und dem Dank für den herzlichen und warmen Empfang, welcher der Delegation in der Sowjetunion bereitet wurde, erklärt Daladier, dass zwei Fragen die französische Öffentlichkeit erregen- das Problem der Abrüstung und die Zukunft Deutschlands. Er bittet darum, die Haltung der Sowjetunion zu diesen Fragen zu erläutern.

*Chruschtschow*: Sie wissen, dass sich die Sowjetunion seit vielen Jahren für ein Abkommen mit den Westmächten über die Abrüstung einsetzt. Doch bislang konnten keine Ergebnisse erzielt werden. Die Hauptursache dafür besteht darin, dass die westlichen Staaten noch nicht auf die sogenannte „Politik aus der Position der Stärke heraus“ verzichtet haben. Sie wissen, dass jede Reaktion eine Gegenreaktion hervorruft. Will man mit uns „aus der Position der Stärke heraus“ reden, wollen wir ebenfalls stark sein, um die Möglichkeit zum Widerstand gegen diese Politik zu haben. Auf diese Weise entsteht ein Wettbewerb bei der Entwicklung der Streitkräfte. Das ist das ganze Problem.

Wenn die Westmächte jetzt nicht auf die von ihnen betriebene „Politik aus der Position der Stärke heraus“ gegenüber der UdSSR verzichten, so wird es keine

<sup>371</sup> Die französischen Radikalsozialisten waren keine sozialistische, sondern eine liberale Partei.

Abkommen in der Frage der Reduzierung der Rüstungen geben. Das ist der entscheidende Punkt.

Kürzlich nahm im Unterausschuss der UNO-Abrüstungskommission Jules Moch<sup>372</sup> Stellung und verteidigte die Vorschläge von [Harold] Stassen.<sup>373</sup> Diese Vorschläge sind als Ganzes unannehmbar, auch wenn sie irgendeine vernünftige Idee enthalten. Die ganze Sache ist die, dass in Stassens Vorschlägen die Fragen der Abrüstung abhängig gemacht werden von der Regelung internationaler politischer Probleme, zudem aller derjenigen Probleme, die ungeregt [geblieben] sind. Uns stellt man die Frage so: Wenn auch nur ein einziges dieser Probleme nicht geregelt wird, gibt es kein Abkommen. Sie verstehen sehr gut, dass dies kein Weg ist, um zu einem Abkommen zu gelangen. Schließlich lassen wir uns zum Beispiel nicht darauf ein, dass Deutschland zu Adenauers Bedingungen wiedervereinigt wird. Wozu sollen wir denn in diesem Fall die Zeit auf Verhandlungen verschwenden?

*Daladier:* Ich stimme zu: Will man alle politischen Probleme miteinander verbinden und ihre Regelung verlangen, bevor man eine Entscheidung über die Abrüstung akzeptiert, wird sich kein Abkommen erreichen lassen. Ich stimme in dieser Frage Herrn Chruschtschow zu.

*Chruschtschow:* Die Regelung der politischen Fragen ist ein sehr umfassender Problembereich. Dazu lässt sich zum Beispiel auch die Frage unseres Staatssystems rechnen. Hat Jules Moch dabei vielleicht die Forderung im Auge, dass die UdSSR auf ihr sozialistisches System verzichten soll, oder dass wir unsererseits fordern, Sie sollen auf das kapitalistische System verzichten? Derartige Fragen zu stellen, kann nur zu sinnloser Zeitvergeudung führen.

*Daladier:* Eben darum wollen wir ein Abkommen erreichen über die Punkte, in denen schon eine gemeinsame Sprache gefunden wurde. Es wäre gut, die Fragen auszuwählen, über die ein allgemeiner Konsens besteht. Ich persönlich meine, dass der sowjetische Vorschlag eines 2- bis 3-jährigen Kernwaffenversuchsstopps für alle annehmbar ist. Wie aber ist denn ein Abkommen [darüber] zu erreichen?

*Chruschtschow:* Wir sind bereit, noch heute so ein Abkommen zu unterschreiben.

*Daladier:* Das ist sehr gut.

*Chruschtschow:* Die Frage des Kernwaffenversuchsstopps ist eine sehr konkrete Frage. Sie lässt sich regeln unter den Bedingungen der völligen Gleichheit zwischen den Seiten. Überdies kann ich sagen, dass wir uns in diesem Fall auf ein gewisses Opfer einlassen: Schließlich haben die USA die Atombombe vor uns erlangt und deswegen mehr Versuche durchgeführt als wir. Doch wir gehen auch darauf ein.

Diese Frage hätte große Bedeutung gehabt, wenn Frankreich bereit gewesen wäre, unseren Standpunkt zu unterstützen. Doch Jules Moch vertritt nach mei-

<sup>372</sup> Leiter der französischen Verhandlungsdelegation.

<sup>373</sup> Leiter der amerikanischen Verhandlungsdelegation.

ner Ansicht in dieser Frage einen Standpunkt, der mit unserem nicht übereinstimmt.

*Daladier:* Ich werde ihn nach meiner Rückkehr sehen und mit ihm über dieses Thema sprechen. Er gehört zum Kreis unserer Freunde.

*Chruschtschow:* Ich bin Jules Moch begegnet und weiß, dass er bei Tischgesprächen ein angenehmer Gesprächspartner ist. Aber Dinge mit ihm, mit diesem Ihren Freund, zu regeln, ist sehr schwer.

*Daladier:* Große Bedeutung wird der Frage der Kontrolle beigemessen.

*Chruschtschow:* Sie wissen, dass wir der Errichtung einer Kontrolle über die Einhaltung eines Kernwaffenversuchsstoppabkommens auf gegenseitiger Grundlage zustimmen, obgleich alle wissen, dass sich eine atomare Explosion nicht geheim halten lässt. Trotzdem sind wir bereit, Kontrollposten auf unserem Territorium zu errichten, wenn ebensolche Posten auf dem Territorium der USA und der anderen Länder errichtet werden. Diese Kontrollposten könnten die Kontrolle darüber gewährleisten, dass keine atomaren Explosionen heimlich durchgeführt werden.

*Daladier:* Herr Chruschtschow, Sie wenden sich oft gegen Luftbildaufnahmen als Mittel der Kontrolle.

*Chruschtschow:* Das ist eine aufgeblasene Frage. Sie wird deshalb ins Spiel gebracht, um die öffentliche Meinung zu täuschen. Was bringen die Luftbildaufnahmen? Stellen Sie sich vor, die Amerikaner oder die Franzosen oder die Amerikaner, Engländer und Franzosen zusammen machen Flüge über uns hinweg, und wir fliegen umgekehrt über Sie hinweg; wir sehen, was Sie machen, und Sie sehen, was wir machen. Wohin führt das alles? Sie sehen, dass bei uns ein Flugplatz gebaut wird; das veranlasst Sie dazu, noch einen überflüssigen Flugplatz zu bauen; wir sehen, dass Sie noch eine militärische Anlage bauen; das veranlasst uns dazu, ebenfalls noch eine militärische Anlage zu bauen. Auf diese Weise bringt das alles im Ergebnis nur eine Verschärfung des Wettrüstens.

Ich meine, dass dies ein dummer Streich ist. Ich sage das nicht gerne, weil die Idee mit den Luftbildaufnahmen eine Angelegenheit des Präsidenten der USA ist,<sup>374</sup> und ein Präsident hat nicht das Recht, sich dumme Sachen auszudenken, doch ich habe Herrn Eisenhower schon in Genf gesagt, das der von ihm präsentierte Vorschlag keine nützlichen Resultate bringen kann.

Trotzdem sind wir den Westmächten entgegengekommen und sind mit der Kontrolle einer ausgedehnten Region Europas, in der die Streitkräfte der NATO

<sup>374</sup> Präsident Dwight D. Eisenhower hatte den Vorschlag des „Offenen Himmel“ (Open Skies) auf der Genfer Gipfelkonferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 unterbreitet und war damit sofort auf heftige sowjetische Ablehnung gestoßen. Chruschtschow machte geltend, eine derartige Regelung liefe auf legalisierte Spionage hinaus. Was er nicht aussprach, war die Sorge, dass sich dann zeigen würde, auf wie schwachen Füßen die nuklearstrategische Macht der UdSSR stand. Als später – im Herbst 1961 – die USA mit den Aufnahmen ihrer Weltraumsatelliten den „offenen Himmel“ verwirklichten, musste Chruschtschow von seinen – damals gegen West-Berlin gerichteten – Drohungen Abstand nehmen, weil sich herausstellte, dass er bluffte.

und des Warschauer Pakts stehen, einverstanden gewesen. Wir schlagen vor, die Kontrolle zu errichten in einer Tiefe von 800 Kilometern beiderseits der Linie, welche die Streitkräfte im jetzigen Moment trennt.<sup>375</sup> Unseren Vorschlag haben wir als Zugeständnis an die Westmächte betrachtet. Gleichzeitig glauben wir, dass die Annahme so eines Vorschlags die Möglichkeit böte, eine heimliche Truppenkonzentration zum Zweck eines plötzlichen Überfalls auf andere Länder zu verhindern. Aber ganze Länder abzufliegen und für die Flüge Benzin zu verbrauchen, das ist eine unvernünftige Sache.

Sie kennen sicher auch unseren Vorschlag, Kontrollpunkte in Häfen, an Knotenpunkten der Eisenbahn und auf Fernstraßen zu errichten, um eine heimliche Ansammlung von Kräften zur Vorbereitung eines Krieges auszuschließen. Wir sind bereit, sofort ein Abkommen über den Aufbau eines solchen Netzes von Kontrollpunkten zu unterschreiben.

Früher sind wir auch bereit gewesen, solche Kontrollpunkte auf Flugplätzen zu errichten. Doch diese Frage entfällt jetzt: Schließlich gehen wir jetzt immer mehr zur Raketenwaffe über. Was wird also geschehen? Sie werden auf den Flugplätzen sitzen, doch wir werden anderswo den Abschuss von Raketen vorbereiten. Und nicht nur wir, auch die Amerikaner werden auf diese Weise vorgehen.

Man muss die Sache vernünftig anpacken. Wir haben jetzt Raketen in unterschiedlichen Abstufungen. Deswegen haben wir es schon nicht mehr nötig, eine Bomberluftflotte zu bauen. Um ein Flugzeug in den Kampf zu führen, braucht man eine Besatzung, das heißt Menschen, Nerven. Sie wissen zudem aus der Erfahrungen des Krieges, dass bei Bomberflügen viele Flugzeuge vernichtet werden. Dem Piloten fällt es schwer, das Flugzeug zum Ziel zu bringen, wenn er unter Beschuss ist, doch eine Rakete erreicht ihr Ziel auf jeden Fall. Eine Rakete ist eine zielgenauere Waffe als ein Flugzeug. Die Amerikaner irren sich, wenn sie von den Vorteilen des Flugzeugs gegenüber der Rakete reden.

*Daladier:* Das sagt Norstad.<sup>376</sup>

*Chruschtschow:* Norstad hat nicht die Wahrheit gesagt. Ich bin lange Zeit im Krieg als Mitglied des Kriegsrats an verschiedenen Fronten gewesen, vor allem an den Ukrainischen Fronten und bei Stalingrad. Und ich weiß gut, wie es zuweilen geschieht: Die Bomber kehren vom Einsatz zurück und melden dem General: „Das Objekt des Gegners ist von der Erde ausradiert“, doch später erobern Sie diesen Ort und sehen, dass die Objekte, von denen die Rede war, unversehrt geblieben sind. Sie kennen das aus eigener Erfahrung.

Aber die Rakete kann sich nicht irren, die Automatik lenkt sie genau ins Ziel. Die Automatik ist genauer als das menschliche Auge, dort sind die Nerven im-

<sup>375</sup> Demnach sollte das sowjetische Territorium weitestgehend ausgespart sein, während das europäische NATO-Gebiet voll einbezogen werden sollte. Dieser Vorschlag war nach westlicher Ansicht eklatant asymmetrisch: Die UdSSR hätte so alle militärischen Anlagen diesseits des Atlantiks aufklären können, ohne dass der NATO der Einblick in die Waffensysteme und Streitkräfte gestattet worden wäre, die auf sowjetischem Territorium für den Fall eines Krieges in Europa bereit standen.

<sup>376</sup> General Lauris Norstad war Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte.

mer in Ordnung. Wenn aber ein Pilot unter Beschuss gerät, machen sich, wie sehr er auch ein Held sein mag, seine Nerven bemerkbar.

Jetzt haben wir eine Interkontinentalrakete gebaut.<sup>377</sup> Ich weiß, dass diese Nachricht Sie betrübt, uns aber erfreut sie. Ich kann Ihnen ein Geheimnis verraten. Am Samstag haben wir noch eine Interkontinentalrakete gestartet, und ich kann Ihnen mitteilen, dass sie sich in ihrem Flug ideal verhielt und genau am Ziel eintraf.

Damit ist jetzt auch die Interkontinentalrakete in Dienst genommen worden. Es ist zu sagen, dass sie billiger ist als ein Langstreckenbomber und dass sie leichter zu lagern ist, spezielle Flugplätze sind nicht nötig. Und die Hauptsache: Es wird keine Verluste an Menschenleben geben.

Gebe Gott nur, dass wir nie dazu kommen, diese Raketen mit thermonuklearen Sprengköpfen abzuschießen. Das wollen wir aufrichtig.

Was Europa und die Raketen mit kurzer Reichweite anbelangt, so ist die Frage ihres militärischen Einsatzes in dieser Region schon seit langem entschieden.<sup>378</sup>

Daraus ergibt sich: Lassen Sie uns zur Verständigung gelangen, andernfalls können ernstliche Unannehmlichkeiten entstehen, falls irgendein Verrückter einen Krieg anfängt.

Ich muss leider sagen, dass es im vergangenen Jahr in Frankreich solche Verrückte gab, die einen Krieg angefangen haben.<sup>379</sup>

*Daladier:* Wo?

*Chruschtschow:* Wissen Sie das etwa nicht? Muss ich mit dem Finger darauf zeigen?

*Daladier:* Das war kein Krieg.

*Chruschtschow:* Wieso? Weil Sie angegriffen haben, und nicht [von jemandem] angegriffen wurden; Sie meinen, Krieg ist [nur] dann, wenn Frankreich angegriffen wird?

<sup>377</sup> Chruščëv suchte westliche Gesprächspartner häufig mit den nuklearstrategischen Fähigkeiten der UdSSR zu beeindrucken und übertrieb deshalb die Angaben über das Vorhandensein entsprechender Waffensysteme. Im Herbst 1957 konnte keine Rede sein von einer sowjetischen Interkontinentalrakete, die zudem noch zielgenau gewesen wäre. Die erste strategische Rakete R-5M, die einen Kernsprengkopf 1200 km weit – also über eine viel geringere Entfernung als von Kontinent zu Kontinent – transportieren konnte, wurde erst ab 1958 in Dienst gestellt, und es blieb dann noch lange Zeit bei den insgesamt 48 Abschussrampen, die dafür errichtet wurden. Die Streuung im Zielbereich war außerordentlich groß, so dass diese Rakete nur gegen „weiche“ Flächenziele, nicht aber gegen gehärtete militärische Punktziele eingesetzt werden konnte. Die erste funktionierende, ebenfalls sehr wenig zielgenaue Interkontinentalrakete war erst 1959/60 verfügbar.

<sup>378</sup> Die UdSSR hatte seit längerem mit der Einführung dieser „taktischen“ Raketen begonnen, deren Zweck es war, in die prospektiven Kämpfe auf dem Gefechtsfeld einzugreifen.

<sup>379</sup> Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser hatte im Frühsommer 1955 in Verletzung eines Vertrages, der bei Abzug der britischen Truppen die Internationalisierung des – für Westeuropa sehr wichtigen – Suezkanals festgelegt hatte, diesen Kanal verstaatlicht und damit der ägyptischen Verfügungsgewalt unterstellt. Nachdem darüber ergebnislos verhandelt worden war, landeten im Oktober – unterstützt durch einen damit koordinierten israelischen Sinai-Feldzug – britische und französische Truppen in der Suezkanal-Zone. Nachdem die USA die Aktion bereits gestoppt hatten, drohte Chruščëv, militärisch einzugreifen, wenn die Aggression nicht beendet würde.

*Daladier*: Ich muss sagen, dass ich und meine Freunde gegen diesen Angriff waren.

*Chruschtschow*: Sie haben das richtig gemacht. Dann verteidigen Sie [doch] nicht die, die den Krieg begonnen haben.

*Daladier*: Das ist eine andere Frage.

*Chruschtschow*: Ich weiß, dass dies Ihre interne Frage ist, doch sie betrifft auch uns, weil das eine internationale Frage ist.

Derzeit wird der Brei gegen Syrien angerührt. Die Türken konzentrieren insgeheim Panzer und Artillerie an der syrischen Grenze. Es wird ein Angriff vorbereitet. Wir haben davon Kenntnis.

*Daladier*: Es ist unmöglich, Truppen so zu konzentrieren, dass andere es nicht bemerken. Ich muss aber sagen, dass man in Frankreich darüber spricht, dass die Russen viele Waffen nach Syrien geschickt haben.

*Chruschtschow*: Irgendwas wurde geschickt, doch ich weiß nicht, ob es viel oder wenig war.

*Daladier*: Dies hängt davon ab, wem es auf den Kopf fällt.

*Chruschtschow* (lacht): Dazu ist nicht viel nötig.

*Daladier*: Ich will jetzt die deutsche Frage ansprechen. Offen gesagt, sehen wir keine Notwendigkeit für eine Vereinigung Deutschlands. Doch das deutsche Problem existiert, und wir sind uns seiner Bedeutung bewusst. Ich wüsste gerne, unter welchen Bedingungen nach Ihrer Ansicht eine Vereinigung Deutschlands zustande kommen kann und welche Möglichkeiten dafür bestehen?

*Chruschtschow*: Wir haben unsere Vorstellungen zur deutschen Frage in unserer gemeinsamen Erklärung mit der Deutschen Demokratischen Republik<sup>380</sup> zum Ausdruck gebracht, und wir halten an diesen Vorstellungen auch jetzt noch fest: Die deutsche Frage müssen die Deutschen selbst entscheiden.

*Daladier*: Mittels Wahlen?

*Chruschtschow*: Was glauben Sie, sind 70 Millionen mehr als 50 Millionen?

*Daladier*: Natürlich.

<sup>380</sup> Nachdem auf der Genfer Gipfelkonferenz der vier Mächte vom 18. bis 23. Juli 1955 ausführlich über die Frage der Vereinigung Deutschlands gesprochen worden war, hatte Chrusčëv seine Rückreise in Ost-Berlin vom 24. bis 27. Juli unterbrochen, um der SED-Führung zu versichern, dass über die deutsche Frage nicht auf Kosten der DDR entschieden werde. Eine „mechanische Vereinigung beider Teile Deutschlands“ komme nicht in Betracht. Der einzige Weg zur Wiedervereinigung sei die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands. Das deutsche Problem solle am besten von den Deutschen selbst gelöst werden. Die gemeinsame Stellungnahme bei Abschluss des Besuchs folgte diesen Vorstellungen und hob hervor, bei einer Wiedervereinigung müsse man die „realen Bedingungen des Bestehens zweier deutscher Staaten“ berücksichtigen und damit die Voraussetzung für eine Annäherung zwischen der DDR und der BRD schaffen.

*Chruschtschow* (lacht): Wozu sollen wir dann 70 Millionen Deutsche gegen uns haben? Sollen doch lieber [nur] 50 Millionen gegen uns sein.

*Daladier*: Wir denken auch so.

*Chruschtschow*: Wird es für Sie besser sein, wenn 70 Millionen und nicht 50 Millionen über uns herfallen?

*Daladier*: Diese Frage könnte man in einem Kindergarten stellen.

*Chruschtschow*: Und Sie würden dort die richtige Antwort erhalten. Diese Frage wird mit den vier grundlegenden Rechenarten gelöst. Die NATO will Deutschland vereinen und es in ihre Streitkräfte aufnehmen. Doch ich weiß, dass die Engländer und die Franzosen dabei ein falsches Spiel treiben. Im Prinzip wollen sie die Vereinigung Deutschlands nicht, und auf ihre Weise haben sie in dieser Frage Recht. Ich kann Sie verstehen; wie oft haben schließlich die Deutschen Ihr Land verwüstet. Mit Worten behaupten Sie aber, Deutschland angeblich vereinen zu wollen, berufen sich aber darauf, dass wir angeblich der Vereinigung im Wege stehen. Sie schieben Ihre Not auf uns.

*Daladier*: Das stimmt.

*Chruschtschow*: Welchen Sinn hat für Sie eine Vereinigung Deutschlands? Jetzt errichten 18 Millionen Menschen ihren Staat auf sozialistischer Grundlage, und Sie wollen, dass wir Adenauer dabei behilflich sind, den Sozialismus in Ostdeutschland zu liquidieren, dort den Kapitalismus wiederherzustellen, ganz Deutschland in die NATO zu bringen und es gegen uns auszurichten. Glauben Sie denn, dass wir das nicht kapieren?

*Daladier*: Denken Sie nicht, dass Deutschland nach der Vereinigung mit den 18 Millionen Deutschen im Osten die NATO verlassen wird?

*Chruschtschow*: Es kann natürlich zum Zweck der Vereinigung austreten und danach wieder in die NATO zurückkehren.

*Daladier*: Das ist möglich (lacht).

*Chruschtschow*: Das ist ein Spiel für Kleinkinder, aber in unserem Alter darf man keine derartigen Spiele [mehr] machen.

*Daladier*: Natürlich.

*Chruschtschow*: Ich verstehe die Lage der Franzosen und Engländer. Sie [an Daladier gewandt] haben zwei Gefühle, die bei der Regelung der deutschen Frage nicht miteinander übereinstimmen.

Einerseits fürchten Sie sich vor einer Vereinigung Deutschlands, doch die Verantwortung für die Spaltung wollen Sie der Sowjetunion aufbürden – Gott sei mit Ihnen, tun Sie, was das Gewissen Ihnen eingibt.

Andererseits befürchten Sie, dass die in Ostdeutschland errichtete Ordnung [Ihnen] den Westteil des Landes wegschwimmen lässt, schließlich wird dann Deutschland als Ganzes ein sozialistisches Land sein, das sich im Zentrum Europas befindet. So eine Aussicht erschreckt Sie, die Vertreter der bürgerlichen Par-

teien. Wir Kommunisten verstehen das, doch in diesem Fall können wir Ihnen nicht helfen.

*Daladier:* Ich denke nicht, dass man in den bürgerlichen Kreisen Frankreichs so denkt. Ich habe nirgends gehört, weder im Parlament noch an anderen Orten, dass das demokratische Deutschland<sup>381</sup> ganz Deutschland als sozialistischen Staat vereinigen könnte.

*Chruschtschow:* Sehr gut, dann lassen Sie uns auf der Grundlage des Status quo einig werden; warum fürchtet sich Dulles<sup>382</sup> vor diesem Wort? Wir werden die entstandenen Grenzen nicht revidieren! Schließlich werden Grenzen nicht ohne Krieg verändert, und wenn sie manchmal doch verändert werden, dann wird sogleich ein Krieg geführt, um sie in umgekehrter Richtung zu verändern. Die Geschichte ist reich an solchen Beispielen.

*Daladier:* Sie haben Recht.

*Chruschtschow:* Wir haben bereits gesagt, dass die Deutschen selbst die deutsche Frage regeln sollen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt die Bildung einer Konföderation vor, um die Deutschen irgendwie zu vereinen, freilich unter der Bedingung der Beibehaltung der zwei unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in den zwei Teilen Deutschlands.<sup>383</sup> Wir haben vorgeschlagen und tun dies weiter, auch die Truppen aus Deutschland abzuziehen.

*Daladier:* Ich bin damit einverstanden. Eine interessante Regelung.

Wir möchten Ihre Zeit nicht über Gebühr beanspruchen. Es hat uns sehr gefreut, Sie zu sehen und zu hören. Wir hoffen, dass die Ideen, bei denen wir gemeinsame Standpunkte haben, in unserem Land, und vor allem in unserer Partei,

<sup>381</sup> Daladier hat sicherlich nicht die DDR als den demokratischen Teil Deutschlands bezeichnet. An dieser Stelle hat der sowjetische Protokollant seiner Ansicht Ausdruck verliehen.

<sup>382</sup> Der amerikanische Außenminister John Foster Dulles hatte den Ruf eines besonders heftigen Gegners der UdSSR, der ihr die Herrschaft in Mittel- und Osteuropa streitig mache und deswegen die bestehenden Grenzen nicht akzeptiere.

<sup>383</sup> Schon im Herbst 1955 hatte SED-Chef Walter Ulbricht einen derartigen Vorschlag ins Auge gefasst, war aber im Krenl auf Ablehnung gestoßen. Die sowjetische Haltung änderte sich Ende 1956, und am 30. Dezember legte er in einem Artikel des Parteiorgans „Neues Deutschland“ seine Vorstellungen dar. Am 25. Juli 1957 trat die DDR mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die im Außenministerium der UdSSR formuliert worden war. Danach war vorgesehen, dass beide deutschen Staaten über die Bildung einer Konföderation als Vorstufe zur späteren Vereinigung miteinander verhandelten. Das lief auf wechselseitige Anerkennung hinaus – nach östlicher Auffassung eine dringend notwendige Normalisierung der Situation in Deutschland. Beide Staaten sollten sich dabei auch verständigen über ein Verbot der Lagerung und Herstellung von Atomwaffen auf ihrem Territorium, ihr Ausscheiden aus den Bündnissen NATO bzw. Warschauer Pakt, die Aufhebung der Wehrpflicht [die vor dem Bau der Berliner Mauer 1961 in der DDR nur in der Bundesrepublik bestand], eine Begrenzung der beiderseitigen Truppenstärken und ein gemeinsames Ersuchen an die Vier Mächte um baldige schrittweise Zurückziehung ihrer Streitkräfte aus Deutschland. Am 8. August 1957 äußerten sich Grotewohl, Ulbricht und Chrusčëv vor der Volkskammer der DDR zur Wiedervereinigungsfrage und erklärten, die Deutschen müssten dieses Problem selbst lösen. Der richtige Weg dazu sei eine Konföderation. Der Krenlchef betonte, in diesem Zusammenhang hätten die vier Mächte aufgrund ihrer Verantwortung für die Geschichte Deutschlands die Pflicht, „mit allen Mitteln dem deutschen Volk zu helfen, seine nationale Frage auf friedlicher, demokratischer Grundlage durch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten selbst zu lösen“.

auf Zustimmung stoßen. Wir werden in Frankreich die Lösung der Probleme voranzutreiben suchen, bei denen unsere Standpunkte übereinstimmen.

*Chruschtschow:* Frankreich ist daran interessiert, dass es keinen Krieg gibt. Deutschland ist für Sie schlimmer als für uns. Die Deutschen sind näher bei Ihnen, und Deutschland ist stärker als Frankreich. Nicht zufällig hat es Sie mehrfach überfallen. Wenn Frankreich gute, vertrauensvolle Beziehungen mit der Sowjetunion hätte, wäre ein Angriff Deutschlands auf Frankreich ausgeschlossen.

*Daladier:* Ich bin mit Ihnen völlig einverstanden, und schon seit zehn Jahren trete ich im französischen Parlament für diese Politik ein.

*Chruschtschow:* Bedauerlicherweise haben wir uns bisher nicht verständigen können.

*Daladier:* In Frankreich tritt jetzt zutage ein großes Interesse an kulturellen Verbindungen mit der Sowjetunion, an einem Austausch von Schriftstellern, Künstlern, Jugendgruppen usw.

*Chruschtschow:* Ich denke, wir werden die Schwierigkeiten überwinden, die es dabei gibt.

*Daladier:* Ich denke genauso.

*Chruschtschow:* Die Hauptsache ist: Man muss sich mit der Existenz der sozialistischen Staaten abfinden. Dann wird alles in Ordnung kommen, und die friedliche Koexistenz wird gewährleistet sein. In der Sowjetunion läuft jetzt alles gut, wir sind zufrieden. Sehr gut arbeitet die Industrie. In vollem Umfang hat sich die Reorganisation ihrer Verwaltung als richtig erwiesen.

*Daladier:* Das war eine sehr erfolgreiche Idee.

*Chruschtschow:* Ja, ihre Verwirklichung hat ein gutes wirtschaftliches und politisches Resultat erbracht.

*Daladier:* Soviel ich weiß, entwickeln sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion.

*Chruschtschow:* Erfolge gibt es, aber nur kleine. Frankreich muss auf die Diskriminierung im Handel verzichten,<sup>384</sup> dann wird alles normal laufen.

*Daladier:* Gibt es denn Diskriminierung?

*Charnie:* Ja, es gibt Diskriminierung. Es gibt Listen von strategischen Gütern, die vom Handel mit der Sowjetunion ausgeschlossen sind, vor allem ist uns verboten, der Sowjetunion all das zu verkaufen, was zur Elektronik gehört, und das bezieht sich nicht nur auf Anlagen, sondern auch auf Rohstoffe, aus denen sich herstellen lässt, was zur Entwicklung der Elektronik nötig ist.

<sup>384</sup> Als NATO-Mitglied war Frankreich verpflichtet, sich an das Verbot halten, kommunistischen Staaten die in der COCOM-Liste aufgeführten „strategisch wichtigen“ Güter zu liefern.

*Chruschtschow* (lacht): Das hat uns nicht gehindert, die ballistische Interkontinentalrakete eher zu bauen, als Sie das gemacht haben. Ich muss offen sagen, dass wir auf militärischem Gebiet nicht bei Ihnen in die Lehre gehen müssen, wir haben alle Voraussetzungen, um diese Sache selbst zu entwickeln. Lassen Sie uns lieber auf anderen Gebieten in Wettbewerb treten.

*Daladier*: Ich bin damit vollkommen einverstanden.

*Chruschtschow*: Anscheinend bestehen jetzt alle Voraussetzungen dafür, mit dem Westen zu Abkommen zu gelangen. Man könnte sich über die Abrüstung, über die Liquidierung der militärischen Stützpunkte auf fremdem Territorium, über die Reduzierung der Streitkräfte, [und] über den Abzug von Truppen von fremden Territorien verständigen. Das alles würde den Völkern gewaltige Mittel in die Hand geben, die jetzt für das Wettrüsten verwendet werden.

*Daladier*: Man könnte bestimmte Etappen für die Lösung dieser Aufgaben festlegen, um die jetzt bestehenden Vorurteile zu berücksichtigen. Man könnte etwa mit einem teilweisen Abzug der Truppen vom deutschen Territorium beginnen, für den Anfang könnte man etwa die Truppen der Westmächte ins Rheinland und in den Schwarzwald verlegen, und Sie würden dementsprechend Ihre Truppen nach Osten verlegen.

*Chruschtschow*: Einverstanden. Man kann den Truppenabzug in Etappen organisieren, aber ebenfalls die allmähliche Reduzierung des zahlenmäßigen Umfangs dieser Truppen vorsehen. Zu Anfang ein Drittel abziehen, wie wir es vorgeschlagen haben, danach noch ein Drittel, und dann den Truppenabzug völlig zu Ende bringen.

*Daladier*: In drei Etappen.

*Chruschtschow* schlägt vor, ein Glas Sekt zu trinken, und bringt einen Toast aus auf die Freundschaft zwischen Frankreich und der UdSSR [und] auf den Frieden in der ganzen Welt. *Daladier* pflichtet diesem Toast lebhaft bei.

Im weiteren Gespräch wird die Situation innerhalb der Partei der Radikalsozialisten berührt. *Gen. [Georgij] Shukow* bemerkt, dass es innerhalb der Partei der Radikalsozialisten zwei Gruppierungen gibt, die unterschiedliche politische Richtungen vertreten.

*Daladier*: Innerhalb der Partei haben wir zwei Gruppierungen. Eine davon steht etwas rechts.

(Delegationsmitglieder lachen).

*Daladier* lacht und bemerkt: Ich sage „etwas rechts“, weil ich mich jetzt im Ausland befinde. Diese Gruppierung betreibt eine Politik, die wir ablehnen und gegen die wir oft im Parlament stimmen. Sie hat die Politik von Guy Mollet<sup>385</sup>

<sup>385</sup> Der sozialistische Ministerpräsident Guy Mollet trat mit Überzeugung für die Politik der NATO ein und war maßgeblich am Abschluss der Römischen Verträge zwischen Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten über die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vom 25. März 1957 beteiligt.

unterstützt, doch wir verurteilen diese Politik und stimmen gegen sie. Die überwiegende Mehrheit der Aktivisten der Partei und unserer Wähler unterstützen uns, nicht aber diese rechte Gruppierung.

*Chruschtschow:* Uns fällt es sehr schwer, sich in Ihren inneren Fragen zurechtzufinden, wie kann es sein, dass die rechte Gruppe ihrer Partei für die Linken stimmt, zu denen sich Guy Mollet rechnet.

*Daladier:* Sie haben es leichter, weil Sie [nur] eine Partei haben. Man sagt, dass es bei Ihnen sogar zwei Parteien gibt: die Kommunisten und die Parteilosen. Was sind das, die Parteilosen?

*Chruschtschow:* Das sind die, welche nicht in die Partei eingetreten sind.

*Daladier:* Jetzt ist es klar.

*Chruschtschow:* Bei uns gibt es keine Voraussetzungen für das Bestehen von zwei Parteien, weil eine Partei stets die Interessen bestimmter Bevölkerungsschichten zum Ausdruck bringt.<sup>386</sup>

*Daladier:* Natürlich, das ist Marxismus.

*Chruschtschow:* Wir werden aber dieses Thema nicht vertiefen, denn in dieser Frage könnten unsere Ansichten nicht übereinstimmen. Lassen Sie uns einen Konsens in den Fragen suchen, bei denen wir einen gemeinsamen Standpunkt haben, und vor allem in den Fragen des Kampfes für den Frieden.

*Daladier:* Und in den anderen Fragen, über die wir hier gesprochen haben.

*Chruschtschow:* Natürlich, die Fragen des Handels [und] der Kulturbeziehungen könnten als Grundlage für ein Abkommen dienen. Man könnte sich [auch] auf einen größeren Touristenaustausch zwischen der Sowjetunion und Frankreich einigen.

*Daladier:* Das hätte große Bedeutung. Wenn man diese Sache richtig organisierte, würden Tausende von Franzosen, die den unterschiedlichsten sozialen Gruppen angehören, zu Ihnen kommen.

Im weiteren Gespräch kommt erneut die Tätigkeit des Unterausschusses der UNO-Abrüstungskommission zur Sprache. Daladier bemerkt, dass nach seiner Ansicht die von der Sowjetunion im Unterausschuss unterbreiteten Vorschläge vernünftig sind, und sagt gleichzeitig, dass er Stassen für einen seriösen Mann hält, der aufrichtig die Abrüstung will. „Seine Tätigkeit bremsen Dulles und die mächtigen Geschäftskreise der Vereinigten Staaten“, bemerkt er.

*Chruschtschow:* Ich bin mit Stassen zweimal zusammengetroffen, das erste Mal 1947 in der Ukraine, wo ich der Vorsitzende des Ministerrates war. Er machte auf mich den Eindruck eines seriösen Politikers. Das zweite Mal traf ich ihn

<sup>386</sup> Weil laut marxistisch-leninistischer These die Gesellschaft der UdSSR nicht mehr in antagonistische Klassen zerfiel, konnte es dort nur noch eine Partei gegeben, welche die Interessen der gesamten Bevölkerung vertrat.

in London, als ich mit Gen. Bulganin dorthin gefahren war.<sup>387</sup> Ich sprach damals etwa zwei Stunden mit ihm. Ich stimme Ihrer Bemerkung zu, dass Dulles und die „Geschäftskreise“ der Vereinigten Staaten der Arbeit Stassens möglicherweise Hindernisse in den Weg legen, aber da lässt sich offenbar nichts machen.

Man muss eines begreifen: Die heutigen Mittel der Kriegführung haben eine so furchtbare Stärke erreicht, dass es vernünftiger wäre, das Wettrüsten zu beenden und mit der Abrüstung zu beginnen. Wir haben einigen ausländischen Gästen Filme gezeigt, auf denen Explosionen der sowjetischen Atombombe, der Wasserstoffbombe [und] der Abschuss automatisch ins Ziel gesteuerter Raketen von Marineschiffen aus zu sehen sind. Das sind sehr starke Waffen.

Die Amerikaner und Engländer bauen jetzt Flugzeugträger. Ich verstehe, dass ihre geographische Lage sie dazu veranlasst. Aber so gewaltige Schiffe bilden bei den heutigen Umständen lediglich ein Ziel für die Raketenwaffe.

Die Technik hat jetzt einen solchen Stand erreicht, dass wir zum Beispiel mit Raketen alles beschießen können, was sich auf der Oberfläche des Schwarzen Meeres befindet, ohne dass wir uns auf das Meer begeben. Die Rakete fliegt selbst los und findet ihr Ziel. Das ist eine sehr furchtbare Waffe, [und] es ist besser, nicht über sie zu sprechen, sprechen wir lieber über den Frieden.

*Daladier*: Ja, es ist viel angenehmer über den Frieden zu sprechen, insbesondere dann, wenn sich ein so schöner Blick auf die Landschaft bietet wie hier.<sup>388</sup>

Zum Schluss dankt Daladier sehr für den Empfang.

Das Gespräch dauerte eine Stunde und 30 Minuten.

Aufgezeichnet von G[eorgij] Shukow und Ju[rrij] Pankow  
Aus dem russischen Originaltext übersetzt  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 590, Bl. 78–95

<sup>387</sup> Vom 18. bis 27. April 1956 weilten Chruščëv und Bulganin zu einem Staatsbesuch in Großbritannien.

<sup>388</sup> Das Gespräch fand an Chruščëvs Urlaubsort auf der Halbinsel Krim statt.

## 21. Gespräch Chruschtschows mit den Labour-Abgeordneten im britischen Unterhaus A[neurin] Bevan und J[ennie] Lee<sup>389</sup> am 17. September 1957

Nach Austausch der Begrüßungen sagte Bevan, er nehme sehr gern die Möglichkeit zum Gespräch mit Chruschtschow wahr.

*Chruschtschow:* Bitteschön.

*Bevan:* Sie kennen sicherlich die politische Situation in England und haben das Gefühl, dass bei den kommenden Wahlen Labour an die Macht kommt.

*Chruschtschow:* Das wissen Sie besser. Daraus ergibt sich, dass Sie unsere „Freunde“, die Konservativen, ablösen wollen.

*Lee:* Wir wollen alle Konservativen ablösen, in allen Parteien.

*Bevan:* Ich bin mir üblicherweise über die politische Situation nicht sicher. Die Politik ist eine unsichere Sache. Doch diesmal bin ich davon überzeugt, dass die Wahlen für uns günstig ausgehen werden, und wir sollten darauf vorbereitet sein. Im Zusammenhang damit sollte man normale Beziehungen zwischen der englischen Arbeiterbewegung und der Sowjetunion herstellen. Ungeachtet der Missverständnisse und der Schwierigkeiten in den letzten zehn Jahren, gibt es in der Geschichte viele Beispiele für gute Beziehungen zwischen Labour und den Kommunisten. Dagegen hat jede Annäherung zwischen der kommunistischen Partei und den Konservativen bloß zeitlich begrenzten Charakter. Vermutlich hat Gen. Chruschtschow bemerkt, dass in den letzten Monaten in der Politik der Labour Party große Veränderungen stattgefunden haben. In der Partei ist eine Linkswende zu erkennen. Ich weiß nicht, ob Ihnen unsere jüngsten Beschlüsse in der Abrüstungsfrage bekannt sind. Sie liegen sehr nahe bei den sowjetischen Positionen. In dieser Frage sind wir völlig anderer Ansicht als die englische Regierung.

In Wien, auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale ist die von den Vertretern der Labour Party eingebrachte Resolution zur Abrüstung und zum Verbot der Kernwaffentests angenommen worden. Zwar hat die Sozialistische Internationale wenig Bedeutung, doch verdient es Aufmerksamkeit, dass sich ihre Positionen gegenwärtig an die Positionen der Sowjetunion annähern. Wir stimmen mit Ihnen jetzt in drei Fragen überein. In erster Linie betrifft dies die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche, die man nicht mit anderen Bedingungen verknüpfen sollte.

*Chruschtschow:* Ist denn mein „Freund“ Phillips<sup>390</sup> auch dafür? Wie merkwürdig das Leben zuweilen doch ist.

*Bevan bejaht [und fährt fort]:* Wir beide reden hier miteinander vertraulich. Es ist nicht so wichtig, was Phillips sagt. Als wir 1954 in der Sowjetunion weilten,

<sup>389</sup> Bevan und Lee standen als Exponenten des linken Flügels der Labour Party in Opposition zur Parteiführung, die für die Zusammenarbeit mit den USA und die Mitgliedschaft in der NATO eintrat.

<sup>390</sup> Morgan Phillips war Generalsekretär der britischen Labour Party, suchte die Mittelschichten zu gewinnen und setzte sich für einen Pro-NATO-Kurs ein.

versicherte Phillips, seine Stellung in der Partei sei der Ihren gleich. Das entspricht nicht den Tatsachen.

*Chruschtschow:* Er hat sein Versprechen nicht gehalten, mich einzuladen, wenn ich in London bin.

*Bevan:* Sie haben dadurch nichts versäumt.

*Chruschtschow:* Ich bedauere es nicht. Nur hält er sein Wort nicht.

*Bevan:* Im Juli sind wir für ein Ende aller weiteren Kernwaffenversuche eingetreten, ohne das mit irgendwelchen Bedingungen zu verbinden. In zehn Tagen beginnen wir die Konferenz der Labour Party, die nochmals auf diese Frage zurückkommen wird. Ich denke, wenn wir an die Macht kommen, werden wir unabhängig von der Haltung der anderen Mächte einseitig alle Versuche einstellen.

*Chruschtschow:* Wir werden Sie in dieser Frage sogleich unterstützen.

*Bevan:* Die Sozialistische Internationale hat auch erklärt, dass die weiteren Stadien der Abrüstung nicht mit der Beilegung politischer Probleme verknüpft werden dürfen. Wir stimmen nicht mit der Erklärung Macmillans<sup>391</sup> in seiner Antwort an Bulganin<sup>392</sup> überein und glauben, wenn man die Frage der Abrüstung mit politischen Bedingungen verknüpft, wird weder diese noch eine andere Frage geregelt werden.

*Chruschtschow:* Richtig, wir unterstützen völlig Ihre Auffassungen in dieser Frage.

*Bevan:* Die Labour Party schlägt ebenfalls vor, Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA, England und Frankreich über eine Neutralisierung Europas zu führen. Man muss eine neutrale Zone in Europa vereinbaren, die beide Teile Deutschlands einschließt.<sup>393</sup> Die Labour Party ist, freilich mit großer Verspätung, davon abgerückt, die Politik der Neuaufrüstung [West-]Deutschlands zu unterstützen. Wenn Deutschland viele Waffen bekommt, wird es schwer sein, den Frieden aufrechtzuerhalten. In dieser Frage stehen wir der Sowjetunion ebenfalls nahe.

Gegenwärtig ist die Situation im Mittleren Osten sehr kompliziert. Bei seinem Besuch in den USA sprach sich Gaitskell<sup>394</sup> für die Unterstützung der Eisenhower-Doktrin<sup>395</sup> aus. Ich wende mich gegen diese Doktrin. Wir müssen uns mit der

<sup>391</sup> Harold Macmillan, konservativer Premierminister Großbritanniens.

<sup>392</sup> Nikolaj Bulganin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

<sup>393</sup> Zwei Wochen nach dem Gespräch zwischen Chrusčëv und Bevan, am 2. Oktober 1957, schlug der polnische Außenminister Adam Rapacki in ähnlicher Weise eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor, welche die beiden deutschen Staaten umfassen und später noch erweitert werden sollte.

<sup>394</sup> Hugh Gaitskell, Vorsitzender der Labour Party.

<sup>395</sup> Aufgrund der Wahrnehmung, dass die prowestlichen Regime im Nahen Osten, vor allem im Libanon und in Jordanien, Gefahren seitens des arabischen Nationalismus namentlich in Ägypten und Syrien ausgesetzt seien, hinter dem die UdSSR stehe, verabschiedeten beide Häuser des amerikanischen Kongresses 1957 gemeinsam eine Resolution, die den Präsidenten ermächtigte, auf Ersuchen hin Streitkräfte in diese Region zu entsenden, um die Unabhängigkeit und die Integration von Ländern vor Bedrohungen zu schützen.

UdSSR über den Mittleren Osten<sup>396</sup> verständigen, weil es dort zum Zusammenstoß kommen kann.

Auf diese Weise liegt bei den Fragen, die ich dargelegt habe, die Position der Labour Party nahe bei der Position der Sowjetunion. Doch die Ansicht wäre falsch, dass England von den Vereinigten Staaten abrückt oder abrücken wird. Ich glaube, dass es Englands Aufgabe ist, um auf die Bevölkerungsschichten in den Vereinigten Staaten Einfluss zu nehmen, die mit uns in der Frage des Friedens zusammenzuarbeiten bereit sind. Ich werde genau mit diesem Ziel im November in die Vereinigten Staaten reisen.

*Chruschtschow:* Wie Sie sagten, haben Sie und Gaitskell unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Mittleren Ostens. Unterstützt die Labour Party Gaitskell in dieser Frage?

*Bevan:* Nein, sie unterstützt ihn nicht.

*Chruschtschow:* Hält Gaitskell an seinem Standpunkt fest?

*Bevan:* Nein, er hält nicht daran fest, weil er weiß, wie unpopulär dieser Standpunkt bei den einfachen Mitgliedern der Partei ist.

*Lee:* Über diese Frage wird die Konferenz entscheiden.

*Bevan:* Gaitskell wird in dieser Frage die Labour-Mehrheit nicht hinter sich bringen. Wir greifen ihn jetzt nicht an, weil wir bis zu den Parlamentswahlen die Parteieinheit brauchen und Differenzen jetzt gedämpft werden müssen. Dennoch ist die Labour-Bewegung schon nicht mehr so, wie sie vor 4–5 Jahren war.

Ich bin hinsichtlich der internationalen Lage in tiefer Sorge. Jetzt kann irgendein Zwischenfall die friedliche Entwicklung unterbrechen. Mir ist bekannt, dass Eden<sup>397</sup> Ihnen gegenüber viel von der Abhängigkeit Englands vom Erdöl des Mittleren Ostens gesprochen hat. Die Wirtschaft Westeuropas kann nicht ohne das Erdöl des Mittleren und Nahen Ostens auskommen. Man könnte es auch auf kommerzieller Basis beziehen, ohne zur Gewalt zu greifen. Doch es fällt uns schwer, uns aus dem Spinnennetz der Geschichte zu lösen. Wenn wir weggehen, wird Amerika in diese Region kommen. Deswegen müssen wir jetzt eine Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten, der UdSSR und England schließen, die es uns ermöglichen würde, dem Streit aus dem Weg zu gehen. So eine Vereinbarung liegt in unserem gemeinsamen Interesse. Wenn ein Dritter Weltkrieg beginnt, werden die Völker alle Herrschenden an Laternenpfählen aufhängen. Wir müssen ihn verhindern.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Man kann feststellen, dass unsere Standpunkte hier ungefähr übereinstimmen.

Eden und Lloyd<sup>398</sup> haben mit tragischer Miene über den Mittleren Osten geredet. Eden hat gesagt, England stirbt ohne Erdöl. Doch er hat daraus den falschen

<sup>396</sup> So die Bezeichnung für die Nahost-Region in den angelsächsischen Ländern.

<sup>397</sup> Anthony Eden war bis Anfang 1957 britischer Premierminister, als er wegen der Militäraktion am Suezkanal abtreten musste, die er zusammen mit Frankreich zur Gewährleistung der Erdöltransporte aus dem Nahen Osten eingeleitet hatte.

<sup>398</sup> Selwyn Lloyd, britischer Außenminister.

Schluss gezogen, als er erklärte, England werde vor nichts haltmachen, nicht einmal vor einem Krieg. Wir haben geantwortet, dass es einfach ist, einen Krieg anzufangen, aber sehr schwer, ihn zu beenden, und ebenfalls davor gewarnt, dass dieser Krieg nahe an unserer Grenzen ist und unsere Interessen berührt. Der Bagdad-Pakt<sup>399</sup> ist gegen uns und gegen die Araber gerichtet, und wir können [dabei] nicht neutral bleiben. Wir wollen keinen Krieg, doch wenn man ihn uns aufzwingt, wird unser Volk in der Lage sein, für seine Interessen einzustehen. Wir haben Eden gesagt, dass wir das Interesse Englands an dem Erdöl des Mittleren Ostens anerkennen (davon war bereits in Bulganins Schreiben zur Suezkrise<sup>400</sup> die Rede), dass England aber das Erdöl auf kommerzieller Grundlage bekommen kann. In dieser Hinsicht konkurrieren wir nicht mit England, sondern könnten es sogar unterstützen. Wir sind nicht an dem Erdöl des Mittleren Ostens interessiert, wir haben selbst genug. Im Nahen und Mittleren Osten gibt es nichts, was wir brauchen würden, und wir verfolgen in dieser Region keine wirtschaftlichen Interessen. Wir besitzen Baumwolle, Getreide, Erdöl u. a.

*Bevan:* Sie verfügen im Mittleren Osten trotzdem über einen diplomatische Hebel, und Sie können uns ständig kleine Nadelstiche versetzen.

*Chruschtschow:* Die Engländer waren stets die wendigsten und erfahrensten Diplomaten. Das hat die Geschichte wiederholt gezeigt. Jetzt aber geben Sie hier Stellungen auf, und wir schlagen Sie. Wir schlagen Sie nicht deshalb, weil wir klüger oder bessere Diplomaten sind, wir schlagen Sie deswegen, weil unsere Politik richtig ist, und sie wird von einfachen Arabern verstanden. Sie [die einfachen Araber] vertrauen darauf, dass wir nichts wollen außer der Unabhängigkeit für ihre Länder und dass wir bereit sind, ihnen dabei zu helfen.

*Bevan:* Wie zum Beispiel Saudi-Arabien.

*Chruschtschow:* Ich verstehe Sie nicht ganz.

*Bevan:* Saudi-Arabien ist ein unabhängiger Staat, dort bekommt der König den ganzen Reichtum, nicht aber das Volk. In den arabischen Ländern muss man die gesellschaftliche Ordnung verändern, aber nicht die Förderung und den Absatz von Erdöl beenden.

*Chruschtschow:* Sie werden dort auch nicht den Verkauf von Erdöl an andere Länder beenden, weil sie am Verkauf interessiert sind.

*Bevan:* Sie müssen mich nicht von der Ungeschicklichkeit der englischen Diplomatie überzeugen. Ich weiß das selbst gut, ich wende mich dagegen und stimme Ihnen zu.

<sup>399</sup> Türkei und Irak hatten am 24. Februar 1955 ein – als Bagdad-Pakt bezeichnetes – Bündnis abgeschlossen, dem Großbritanniens am 5. April, Pakistan am 23. Mai und Iran am 3. November beitraten.

<sup>400</sup> Im Oktober 1956 waren britische und französische Truppen am Suezkanal gelandet, um dessen Verstaatlichung durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser rückgängig zu machen. Diese Militäraktion wurde von Präsident Dwight Eisenhower gestoppt, und Chrusčëv richtete Drohungen an London und Paris.

*Chruschtschow:* Der König der Saudis – das ist eine Frage anderer Art. Wir wünschen allen arabischen Ländern die Unabhängigkeit. Die Frage aber nach der gesellschaftlichen Ordnung ist eine innere Angelegenheit jedes Landes und jedes Volkes. Sie [an Bevan gewandt] haben ebenfalls ein Königreich, doch dies hindert uns nicht daran, Freunde zu sein.

*Bevan:* Die Lage im Mittleren Osten ist gegenwärtig gespannt, jedwede Revolution in dieser Region kann heutzutage zu einer Intervention führen, die wiederum in einen großen Krieg münden kann.

*Chruschtschow:* Wir unternehmen alles, damit das nicht geschieht.

*Bevan:* Ich betone, dass der Nahe Osten eine sehr sensible Region ist und die Großmächte koordiniert vorgehen müssen und er nicht für politische Manöver benutzt werden darf.

*Chruschtschow:* In dieser Frage haben wir ein anderes Verständnis, eine andere Art des Herangehens. Sie äußern nicht ganz richtige Urteile und Wertungen. Sie sagen, dass die vier Mächte sich über den Nahen und Mittleren Osten verständigen sollen. Wir sind damit einverstanden und haben dazu wiederholt Erklärungen abgegeben. Als ich mit Bulganin in London war, sagte Lloyd, ihm habe ein Vögelchen ins Ohr gezwitschert, dass wir angeblich Waffen an den Jemen verkaufen. Wir haben geantwortet, dass die Krähen in jedem Dorf krächzen, dass England allen Ländern Waffen verkauft, vor allem denen, die gegen die UdSSR sind. Lloyd hat gesagt, dass England nur am jemenitischen Erdöl interessiert ist. Doch wir wissen, dass der Bagdad-Pakt gegen die UdSSR gerichtet ist. Lloyd hat in diesem Fall jedenfalls die Unwahrheit gesagt. Ich benutze dafür nicht das andere russische Wort, weil Lloyd Minister ist.

*Bevan:* Wir können uns vorstellen, wie dieses Wort heißt.

*Chruschtschow:* Wir haben vorgeschlagen, auf den Verkauf von Waffen an die Araber zu verzichten. Doch Lloyd erklärte sich damit nicht einverstanden. Er will uns seine Politik diktieren. Wir sehen uns genötigt, dem entgegenzutreten und uns nicht damit einverstanden zu erklären.

*Bevan:* Wir stimmen Ihnen zu. Wir sind gegen den Bagdad-Pakt.

*Chruschtschow:* Sie haben recht, dass England und Frankreich aus den Kolonien verdrängt werden und dass die Vereinigten Staaten in die Kolonien kommen. Sie sind reich. Und England überlässt ihnen seinen Platz. England sollte in dieser Frage mehr Aktivität und Selbständigkeit an den Tag legen. Und unsere Interessen richten sich nicht gegen Englands Interessen, wenn England von der Kolonialpolitik abgeht.

*Bevan:* Sie wissen, dass in letzter Zeit unsere Kolonialpolitik revolutioniert wurde.<sup>401</sup> Wir, Labour, verzichten auf die Kolonien und werden diese Politik fortfüh-

<sup>401</sup> Schon in der frühen Nachkriegszeit hatte die Labour-Regierung von Clement Attlee mit der Aufgabe der Herrschaft über Indien 1947 die Dekolonialisierung des britischen Empires eingeleitet. Mitte der fünfziger Jahre machten die Konservativen unter Premierminister Anthony Eden einen

ren, wenn wir an die Macht kommen. Wir haben schon auf Indien, Indonesien, Burma, Ghana und Mali verzichtet.

Die UdSSR und die Vereinigten Staaten sind sehr große Mächte. Doch jetzt sind wir stärker als Sie und die Vereinigten Staaten. Sie können sich nur gegenseitig in die Luft sprengen, und [dann] werden die kleinen Nationen den machtlosen Widersachern den Gnadestoß geben. Die kleinen Nationen können manövrieren, und die starken Mächte haben sich selbst in eine Sackgasse gebracht.

*Chruschtschow:* Es kann leicht auch umgekehrt kommen. Sie werden nicht zu Manövern fähig sein. Die Vereinigten Staaten haben Stützpunkte auf dem Territorium von England, und im Kriegsfall wird England einem äußerst schweren Schlag ausgesetzt sein.

*Bevan:* In einem Krieg werden alle in Gefahr sein.

*Chruschtschow:* Uns wird es größeren Nutzen bringen, die Stützpunkte in England, Frankreich, Belgien, Norwegen, Dänemark und der Türkei zu zerstören. Darüber hat vor kurzem Marschall [Konstantin] Werschinin gesprochen. In Anbetracht der heutigen Mittel zur Kriegführung ist das überhaupt nicht schwierig.

*Bevan:* Es ist nicht so wichtig, wer eine Woche früher stirbt, wichtig ist, dass wir alle umkommen werden. Wir alle befinden uns in Gefahr, und wir gleichen Kindern, die in ihren Händen gefährliche Spielzeuge haben. Man muss [ihnen] diese gefährlichen Spielzeuge wegnehmen.

Ich möchte fragen, auf welche Weise man nach Ihrer Ansicht Einfluss auf die Politik der Vereinigten Staaten nehmen könnte.

*Chruschtschow:* England agiert jetzt beileibe nicht als Großmacht. Wenn England uns in der Abrüstungsfrage unterstützte, würde Frankreich England folgen, Westdeutschland könnte sich nicht widersetzen, und dann müssten die Vereinigten Staaten Europa verlassen. Unter diesen Umständen würde sich die Wirtschaft Englands völlig anders entwickeln.

*Bevan:* Das ist nicht das, was notwendig ist. Bei aller meiner Wertschätzung für Sie muss ich sagen, dass uns dies den wirkungsvollen Einfluss auf die Vereinigten Staaten nimmt. Sie sind dann isoliert, und es kommen die übelsten Elemente vom Typ eines McCarthy<sup>402</sup> an die Macht.

weiteren Anlauf, als sie mit der Verleihung der Unabhängigkeit an britische Kolonien begannen. Die neuen Staaten gehörten mit wenigen Ausnahmen weiter zum Commonwealth, das eine nur noch lose Staatengruppierung bildete.

<sup>402</sup> Der republikanische Senator Joseph McCarthy hatte im Februar 1950 den Vorwurf erhoben, der Apparat der demokratischen Truman-Administration sei kommunistisch unterwandert. Das rief ein gewaltiges Medienecho hervor, und das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten sah sich zur Bildung eines Unterausschusses veranlasst, der die Sache untersuchte. McCarthy konnte zwar kaum etwas zur Unterstützung seiner These beibringen, wusste sich aber breite Popularität zu verschaffen. Diese nutzte und baute er weiter aus, nachdem 1952 die republikanische Eisenhower-Administration an die Macht gekommen war. Es erschien ausgeschlossen, ihn bei der Verteilung der politischen Ämter völlig zu übergehen. Deswegen erhielt er im Senat den Vorsitz des Government Operations Committee, das als vermeintlich wenig bedeutsames Gremium konstituiert, aber von ihm zur überaus publikumswirksamen Aktionsbasis ausgebaut wurde. Das ermöglichte ihm eine überaus heftige antikommunistische Kampagne, die sich faktisch vor allem

*Chruschtschow:* Aber McCarthy ist längst gestorben.

*Bevan:* Ich meine damit den McCarthyismus. McCarthy ist gestorben, aber sein Geist lebt.

*Chruschtschow:* Ismen gab es viele, doch sie verschwinden alle mit der Zeit.

*Bevan:* Man muss auf unterschiedlichen Wegen auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten Einfluss nehmen. Ich verzweifle nicht an den Vereinigten Staaten. Die Konservativen<sup>403</sup> haben bislang eine unvernünftige Politik betrieben. Sie haben die Wasserstoffbombe bauen wollen und deshalb die Vereinigten Staaten im Abrüstungsausschuss unterstützt. Marx hat gesagt, dass sich die herrschende Klasse, wenn sie ihrem Ende entgegen geht, zum Romantiker entwickelt. Die herrschende Klasse von England will die Wasserstoffbombe besitzen, um von den Vereinigten Staaten unabhängig zu sein. Die Haltung der Konservativen in der Suezfrage war ebenfalls Romantik, weil sie keinen einzigen vernünftigen Gedanken enthielt. Die Konservativen greifen auch die Vereinigten Staaten an, wenden sich aber zugleich gegen die Sowjetunion.

*Chruschtschow:* Das wundert uns nicht. Das entspricht völlig der [geschichtlichen] Gesetzmäßigkeit.

*Lee:* Sie leben nicht in der realen Welt.

*Chruschtschow:* Die Konservativen repräsentieren die kapitalistische Klasse und sie sind vom Hass auf die Werktätigen erfüllt. Ich denke oft an die Worte Bebel's:<sup>404</sup> wenn der Feind dich beschimpft, heißt das, du handelst richtig, wenn der Feind dich lobt, prüfe, welche Dummheit du begangen hast.

*Bevan:* Gute Worte.

*Chruschtschow:* Das ist so etwas wie ein Barometer. Wenn Dulles schimpft, heißt das, bei uns steht alles gut da.

*Lee:* Am wichtigsten ist die Eigentumsfrage. Auf der Konferenz der Labour Party wird die Frage erörtert werden, wem die Industrie, die Stahl-, Chemieindustrie u. a. gehören soll, weil die Labour-Bewegung die Arbeiterbewegung ist.

*Chruschtschow:* Richtig.

*Bevan:* Wie ist nach Ihrer Ansicht die Lage in Mitteleuropa nach dem Sieg Adenauers in Deutschland<sup>405</sup> einzuschätzen?

gegen liberal gesinnte Personen und Kräfte richtete. Erst nach langer Zeit wurde diesem Treiben ein Ende gemacht.

<sup>403</sup> Im unkorrigierten Text stand stattdessen: Viele Konservative. Die Aussage bezieht sich auf die britischen Konservativen, nicht auf die – zum konservativen politischen Spektrum gehörenden – Republikaner in den USA.

<sup>404</sup> August Bebel war vor dem Ersten Weltkrieg der Vorsitzende der stärksten Partei in der 2. Sozialistischen Internationale, der deutschen Sozialdemokraten.

<sup>405</sup> In der Bundesrepublik Deutschland hatten die Unionsparteien, auf die sich Bundeskanzler Konrad Adenauer stützte, bei den Bundestagswahlen am 15. September 1957 die absolute Mehrheit errungen.

*Chruschtschow:* Die Lage hat sich nicht geändert. Das Volk jedoch wird noch mehr Beunruhigung hinsichtlich der Regierungspolitik an den Tag legen, und die Opposition gegen Adenauer wird wachsen. Der Klassenkampf wird sich verschärfen. Wir blicken nach vorn mit guten Zukunftsaussichten. Die Kräfte des Sozialismus wachsen. Was Ostdeutschland betrifft, so ist dort die Lage gefestigt.

Als ich von der Notwendigkeit sprach, dass England eine selbständige Politik betreiben muss, wollte ich damit nicht sagen, dass es seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten ruinieren muss. Wir selbst wollen unsere Beziehungen mit ihnen verbessern. Aber trotzdem ist es schwierig, mit Dulles zu einer Übereinkunft über den Mittleren Osten zu gelangen.

*Bevan:* Und ich werde keinen Versuch machen, mit ihm darüber zu einer Übereinkunft zu gelangen.

*Chruschtschow:* Auf die USA durch Reden und Gespräche Einfluss zu nehmen, das ist nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist, dass England eine richtige Politik verfolgt. Wenn England uns vertrauen würde, könnte sich alles zum Besseren wenden. Vor allem England und Frankreich leiden: Sie werden verdrängt. Frankreich hat Vietnam verloren und wird bald Algerien verlieren.<sup>406</sup> Wir haben Guy Mollet geraten, wie man vorgehen sollte, doch er hat nicht auf uns gehört.<sup>407</sup> Die Vereinigten Staaten werden nach Algerien kommen, so wie sie nach Südvietnam gekommen sind, und Frankreich wird Bittsteller bei den Vereinigten Staaten sein. Davon profitiert Deutschland. Es konkurriert schon jetzt mit den Vereinigten Staaten, mit England und Japan.

*Bevan:* Deutschland muss kein Geld für die Aufrüstung ausgeben, [denn] man rüstet sie [die Deutschen] auf. Es hat billige Arbeitskräfte und eine schwache Gewerkschaftsbewegung, deswegen kann es leichter mit uns konkurrieren.

In Ihrer Analyse fehlt ein Moment: Das Auseinanderbrechen der Kolonialreiche kann zum Dritten Weltkrieg führen, vor dessen Abgrund wir im Oktober vergangenen Jahres gestanden haben. Es ist nötig, den Prozess des Auseinanderbrechens des Kolonialsystems zu erleichtern. Wir leben in einer Zeit, da die Technik die Kriege verändert und revolutionäre Umwälzungen eine andere Bedeutung erhalten. Als Resultat des Ersten Weltkrieges kam es zur russischen Revolution, als Resultat des Zweiten Weltkrieges brach die chinesische Revolution aus. Doch nach einem Dritten Weltkrieg wird es keine Revolution geben. Es wird eine allgemeine Vernichtung geben. Marx hat gesagt, dass technische Veränderungen im Lande zur Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb des Landes führen. In Analogie dazu kann man sagen, dass Veränderungen in der Technik der Kriegführung zur Veränderung in den Beziehungen zwischen den Großmächten führen. Wir sind daran interessiert, dass der Prozess der Liquidierung der Kolonien nicht zum allgemeinen Krieg führt. Es wäre sehr gut, wenn sich die UdSSR, die USA und England auf die Einrichtung eines Fonds verständigen könnten, um die Gesellschafts- und Lebensbedingungen im Middle-

<sup>406</sup> Der Aufstand des Front de Libération Nationale (FLN) hatte zu einem erbitterten Krieg geführt.

<sup>407</sup> Zu den Verhandlungen mit Ministerpräsident Guy Mollet und Außenminister Christian Pineau siehe die Dokumente Nr. 8 bis 13 in diesem Band.

ren Osten zu verbessern. Wir sind gegen eine Revolution im Mittleren Osten, wir sind dort präsent und fürchten unser Eigentum zu verlieren. Aus diesem Grund hat die Internationale Bank für Rekonstruktion und Entwicklung die Kapitalinvestitionen für den Assuan-Staudamm in Ägypten rückgängig gemacht. Aber Schepilow<sup>408</sup> hat dann namens der UdSSR Ägypten unnötig Geld zugesagt. So ein Weg führt nicht zum Frieden. Ich würde versuchen, den gesellschaftlichen Antagonismus im Innern eines Landes durch Hilfe für die Armen abzumildern, damit wir alle gemeinsam ihnen helfen. Es ist nötig, Anzeichen von Gewalt seitens der Bevölkerung vorzubeugen, weil das sonst zum Zusammenstoß der Großmächte führen kann. Die elementaren Prinzipien der Revolutionäre des 19. Jahrhunderts sind schon seit langem nicht mehr angebracht.

*Chruschtschow:* Ich verstehe Ihre Ansichten nicht ganz. Es wäre doch nicht richtig, einen Fonds einzurichten für Kredite an schwach entwickelte Länder mit dem Ziel, Revolutionen zu verhindern. Revolutionen sind doch Sache des Volkes in jedem Land. Wir dürfen nicht diese oder jene Form der gesellschaftlichen Ordnung von außen her unterstützen. Ob sie verändert werden muss oder nicht, bestimmt das Volk selbst.

*Bevan:* Das Tempo ändert sich mal langsamer oder schneller. In Indien war ich bei Nehru, wir sind Freunde. Der zweite Fünfjahrplan ist eine allzu große Last für Indien. Teilweise Misserfolge bei diesem Fünfjahrplan haben in der Gesellschaftsstruktur Ausdruck gefunden. Das Privateigentum in Indien ist unbedeutend. Sozialismus würde dort zu nichts führen, weil es dort nichts gibt, was sich enteignen ließe. Nehru hat den Finanzminister nach London und in die USA geschickt, um Kredite für den zweiten Fünfjahrplan zu erhalten.

Zur Frage, wie eine Revolution durchzuführen wäre. Im Irak, in Saudi-Arabien, in Kuwait gibt es sehr viel Geld, aber es wird nicht richtig eingesetzt. Wenn man dort keinen Einfluss auf die Verwendung des Geldes nimmt, kommt nichts davon beim Volk an. Wenn ein Sonderfonds geschaffen würde, könnten die Mittel aus diesem Fonds dem Volk zugute kommen, nur dem Volk. Dann würden die gesellschaftlichen Veränderungen in diesen Ländern allmählich und ohne Zusammenstöße zwischen den Großmächten verlaufen.

*Lee:* Eine Revolution mit Unterstützung der Sowjetunion könnte eine gewaltsame Liquidierung seitens der Vereinigten Staaten hervorrufen.

*Bevan:* Wenn in Syrien öffentliche Unruhen ausbrechen, wenn Erdölleitungen gesprengt werden, die England und Frankreich gehören, wollen sich diese natürlich einmischen, weil ihre unmittelbaren Interessen beeinträchtigt werden. Die Sowjetunion wird das als Einmischungsversuch von Kolonialmächten in die Politik anderer Länder betrachten. Und sie können sich gegenseitig an die Gurgel packen, bevor überhaupt festgestellt worden ist, worum es sich hierbei handelt. Die UdSSR hat jetzt die Wirtschaft in ihrem Land gefestigt und kann es sich erlauben, die Entwicklung der Ereignisse abzuwarten; wir aber können uns das nicht erlauben. Die Gewinne aus dem Erdöl werden auf sehr ungesunder Grund-

<sup>408</sup> Dmitrij Šepilov war sowjetischer Außenminister.

lage erlangt. Der Mittlere Osten erhält Geld, kann aber damit nichts machen. Das Geld, das er für das Erdöl bekommt, wurde im strikt wirtschaftlichen Wortsinne nicht erarbeitet. Die anderen Branchen der Industrie werden nicht entwickelt. Diese Länder sind nicht so wie die anderen Länder, die ihre Wirtschaft auf dem Weg des normalen Austauschs mit anderen Ländern entwickeln. Die gesellschaftlichen Veränderungen in den anderen Ländern haben sich im Prozess einer normalen Produktion vollzogen, dagegen in diesen Ländern aber allein aufgrund der Erdölindustrie. In Teheran, Bagdad und anderen Städten gibt es einen großen Überschuss an städtischer Bevölkerung. Die Urbanisierung der Bevölkerung schreitet voran. Das führt zur Aufrechterhaltung der Rückständigkeit der Landwirtschaft. In Bagdad zum Beispiel gibt es ebenso viele Autos wie in London oder Moskau. Bei einer Bevölkerung von 6 Mio. im Libanon<sup>409</sup> sind in den letzten zwei Jahren 460 000 Bauern nach Bagdad gezogen und haben die Arbeit [in der Landwirtschaft] aufgegeben. Die Bauern werden von den Reizen des Stadtlebens angezogen und von seinen Verlockungen, gehen deswegen in die Stadt und verlassen ihren Boden; in der Stadt gefällt es ihnen besser.

*(Chruschtschow:* Und wie sind sie in der Stadt zu Autos gekommen?)

*Bevan:* Nein, sie nehmen Arbeit an.

*Chruschtschow:* Sie vergrößern die Armee der bettelarmen Habenichtse.

*Bevan:* Sie bearbeiten aber das Land nicht mehr.)<sup>410</sup>

*Chruschtschow:* Ich bin mit Ihnen nicht einverstanden. Der Grund für das Abwandern der Bauern in die Stadt ist die Verelendung des Dorfes und nicht die Verlockung des Stadtlebens. Das führt dazu, dass das Volk seine Lage nicht mehr erträgt und sie ändern möchte. Und Sie wollen mit der Schaffung von Fonds helfen. Was wird die Bank machen, die über diese Fonds verfügt? Vielleicht Geld an die Bauern verteilen?

*Bevan:* Sie wird Schulen, Krankenhäuser u[nd] a[nderes] bauen.

*Chruschtschow:* Schulen und Krankenhäuser, das ist der Überbau.<sup>411</sup> Es ist nötig, die Industrie zu entwickeln. Die Produktion ist die Hauptsache. Der Boden jedoch befindet sich bei den Feudalherren, die große Pachtzahlungen einnehmen. Die Bauern können sich kaum selbst ernähren. Sie aber wollen ihnen Schulen bauen. Geben Sie ihnen Land. Sie sagen, dass dies eine Revolution ist. Man muss sagen, dass ihr, die Labour-Politiker, Liberale seid, aber keine Revolutionäre. Ihr wollt, dass alles geordnet verläuft. Das habt ihr von Owen.<sup>412</sup>

<sup>409</sup> So irrtümlich im sowjetischen Protokoll. Wie sich auch aus dem Satz und folgenden Ausführungen ergibt, ist in Wirklichkeit der Irak gemeint.

<sup>410</sup> Die drei in Klammer gesetzten Absätze wurden bei der abschließenden Redaktion aus dem Text gestrichen.

<sup>411</sup> Nach marxistischer Lehre ist der Überbau ein Epiphänomen, das von der zugrunde liegenden materiellen Basis bestimmt wird.

<sup>412</sup> Robert Owen war ein Sozialist im 19. Jahrhundert, den Karl Marx zum utopischen Sozialisten erklärte.

*Bevan:* Nein, nein. Das Geld wird nicht der Bereicherung, sondern der Bewässerung der Felder dienen. Man muss bewässern.

*Chruschtschow:* Doch der Boden gehört den Großgrundbesitzern.

*Bevan:* Man muss bewässern und neue Landflächen erschließen.

*Chruschtschow:* Neue Landflächen sind untauglich, sie sind schlecht. Es sind allzu große Ausgaben erforderlich. Dort gibt es kein Wasser. Bei uns in Mittelasien etwa vollzieht sich das ganze Leben entlang der Flussläufe.

*Bevan:* Ich weiß das, doch man muss bewässern. Ich bin mit Nuri [al-]Said<sup>413</sup> im Hubschrauber über den Irak geflogen. Dort wird ein großer See geschaffen, es wird sehr viel Wasser geben, doch keine Bauern, sie sind in die Stadt gezogen.

*Chruschtschow:* Ich will Ihnen etwas vertraulich sagen. Doch Miss Lee ist Zeitschriftenredakteurin, und ich befürchte, dass alles in die Presse kommen wird.

*Lee:* Ich verspreche Ihnen, dass ich nichts über unser Gespräch schreiben werde.

*Chruschtschow:* In seinen letzten Lebensjahren hat sich Stalin schon wenig mit Politik befasst, doch aufgrund der Gewohnheit hatte er große Macht und großen Einfluss. Das wirkte sich sehr schlecht auf die Lage in der Landwirtschaft aus. Die Jugend verließ das Dorf. Die landwirtschaftliche Produktion erbrachte sehr wenig. Nach dem Tod Stalins haben wir sehr gute Beschlüsse zur Landwirtschaft gefasst, die jetzt schnell wächst. Jetzt geht niemand aus dem Dorf weg. Früher wanderte die Jugend nach dem Abschluss der mittleren Bildung lieber in die Stadt ab. Jetzt aber gehen sie nicht in die Stadt, sondern arbeiten in den Kolchosen, füttern die Schweine, melken die Kühe und sind stolz darauf. Ich kenne viele Bauern persönlich. Sie bekommen jetzt viel und sind zufrieden. Eine Melkerin bekommt den gleichen Lohn wie ein Ingenieur in der Stadt. Weshalb sollte man denn aus dem Dorf weggehen? Im Gegenteil, man kehrt ins Dorf zurück. Unlängst war ich in einem Dorf und ging in die Milchviehanlage des Kolchos, wo ich viele persönlich kenne. Ich sah eine mir unbekannte Melkerin. Ich fragte, woher sie komme, und man antwortet mir, dass sie kürzlich aus der Fabrik gekommen war.

*Bevan:* Sehr gut.

*Chruschtschow:* Die Bauern haben wegen ihrer konservativen Einstellung Angst vor der Stadt, und wenn sie in die Stadt ziehen, dann nur wegen der Not im Dorf.

Um die Lage der Werktätigen zu verbessern, muss man das Wettrüsten beenden. Wenn sich im Nahen und Mittleren Osten die Lage normalisieren würde und keine Waffen an Syrien, Ägypten, die Türkei, Israel, den Iran und Irak und an andere Länder [mehr] verkauft würden, hätten sie [diese Länder] mehr freie Mittel zur Verfügung. Diese Gelder würden für Ausgaben innerhalb des Landes dienen. Wir aber hindern sie am Aufbau, wir zehren ihre Wirtschaft aus. Lassen Sie uns eine Übereinkunft über Abrüstung und Nichteinmischung treffen. Was

<sup>413</sup> Ministerpräsident des Königreichs Irak.

geschieht in Syrien? Dort könnten Erdölleitungen<sup>414</sup> zerstört werden. Wir wissen, dass Henderson<sup>415</sup> sich mit gewissen Leuten in der Türkei getroffen hat und zur Organisierung provokativer Sprengungen von Erdölleitungen dorthin gefahren ist, um dann zu erklären, dass Syrien die Ordnung nicht gewährleisten könne und dass sich daher die Möglichkeit der internationalen Einmischung biete.

Die Vereinigten Staaten werfen von ihren Flugzeugen Waffen ab für Jordanien, den Irak, die Türkei und den Libanon, aber nicht für Israel, weil ihre Politik darauf hinaus läuft, Israel dazu zu überreden, sich gegenwärtig so zu verhalten, dass es seine Aggressivität und Stärke nicht demonstriert, weil das alle Araber gegen Israel zusammenschließen würde. Die Vereinigten Staaten wollen, dass Jordanien und der Irak angreifen. Aber Jordanien und der Irak sind schwach. Reale Stärke, das ist die Türkei. Aber auch gegen die Türkei kann sich eine Einheitsfront der Araber bilden. Die Taktik der Vereinigten Staaten ist, innerhalb Syriens oppositionelle Kräfte zu suchen. In der Türkei wird [dann] eine syrische Regierung gebildet, und die Opposition provoziert auch einen Aufstand. Diese „Regierung“ würde sich wegen Hilfe an die Türkei wenden, die Truppen nach Syrien schicken würde. Geheimnisse können nicht lange geheim bleiben. Wir wissen das zuverlässig, und das nicht nur wir, sondern auch unsere Freunde.

Wir treten für Nichteinmischung ein. Die Situation im Mittleren Osten ist sehr misslich. Die Türken haben an der Grenze zu Syrien vier Panzerbrigaden konzentriert. Kürzlich haben wir der Türkei ein Schreiben geschickt, in dem wir sie darauf hingewiesen haben, wie sie sich wohl fühlen würden, wenn irgendein Land anfrage, seine Truppen an den türkischen Grenzen zu konzentrieren. Die Vereinigten Staaten schieben die Türken vor, England weiß das und billigt es. Wir könnten zu einem beliebigen internationalen Organ gehen und die unwiderlegbaren Daten über die Interventionsvorbereitung gegen Syrien vorlegen. Wozu sollten wir dies tun? Wozu einem Räuber beweisen, dass er ein Räuber ist? Dulles weiß das auch sehr gut. In der UNO wird jetzt die ungarische Angelegenheit untersucht.<sup>416</sup> Weshalb? Um vom Mittleren und Nahen Osten abzulenken. Deswegen ist von der ungarischen Sache die Rede.

*Bevan:* Ich verstehe, was Sie im Auge haben. Im Schreiben an Macmillan vom September vergangenen Jahres haben Sie ausgeführt, die Vereinigten Staaten hätten Kenntnis von der Absicht Englands und Frankreichs zum Angriff auf Ägypten gehabt. Das stimmt nicht, die USA haben nichts von der Absicht gewusst, Ägypten anzugreifen. Das damalige Vorgehen Russlands beruhte darauf, dass es von einem Komplott zwischen den Vereinigten Staaten, England und Frankreich überzeugt war. Wenn die Sowjetunion von der tatsächlichen Haltung der Vereinigten Staaten gewusst hätte, hätte sie auch die Frage mit Ungarn auf andere Wei-

<sup>414</sup> Durch Syrien führten zwei Erdölleitungen aus dem Irak zum Mittelmeer, von wo aus Schiffe das Erdöl nach Westeuropa transportierten.

<sup>415</sup> Arthur Henderson Jr. war ein Politiker der britischen Labour Party, der in Winston Churchills Kriegskabinett und in Attlees Nachkriegsregierung Posten im Verteidigungsbereich bekleidete.

<sup>416</sup> Die Aussage bezieht sich auf die militärische Intervention der UdSSR in Ungarn zur Niederschlagung des Aufstandes gegen das kommunistische Regime im Herbst 1956.

se regeln können. Schließlich fand der Aufstand in Ungarn zur gleichen Zeit statt wie die Suezfrage.

*Chruschtschow:* Und das ist kein Zufall.

*Bevan:* Wenn die UdSSR davon überzeugt gewesen wäre, dass die Vereinigten Staaten vom bevorstehenden Überfall auf Ägypten Kenntnis hatten, hätte dies Auswirkungen auf die ungarische Frage gehabt. Doch die Engländer und die Franzosen haben in dieser Frage die Vereinigten Staaten hinters Licht geführt.

*Chruschtschow:* Das ist nicht seriös. Alle haben von der Aggressionsvorbereitung gewusst.

*Bevan:* Wir wissen, dass die USA von der Vorbereitung gewusst, aber nicht geglaubt haben, dass England und Frankreich Ägypten angreifen würden.

*Chruschtschow:* Darin kann ich Ihnen nicht zustimmen.

Zum Abschluss dankte *Bevan* N. S. Chruschtschow für das Gespräch und sagte, dass es ihm bei der weiteren Arbeit helfen wird.

Aufgezeichnet von Ju. Koroljow und W. Michajlow

Korrigiertes Manuskript

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 57, opis' 1, delo 569, Bl. 1-17

## 22. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Physiker *J[ohn] Bernal* am 11. November 1957

Zu Beginn des Gesprächs dankte *J[ohn] Bernal*<sup>417</sup> Gen. Chruschtschow, dass er trotz seiner knapp bemessenen Zeit die Möglichkeit gefunden hat, ihn zu empfangen. Weiter sagte er, er würde gern Fragen der Politik von Frieden und Krieg erörtern, wie es darum jetzt steht, und auch über die Probleme sprechen, vor denen die Bewegung der Anhänger des Friedens<sup>418</sup> in der Welt und in England steht. Bernal bemerkte, der erfolgreiche Start der sowjetischen Sputniks<sup>419</sup> und die Demonstration der Macht der Sowjetunion hätten in letzter Zeit zur Veränderung der Lage in der Welt geführt. Das wiederum führe zum Gegenangriff sei-

<sup>417</sup> John Desmond Bernal, ein katholisch sozialisierter Sohn eines irischen Bauern und einer amerikanischen Protestantin, war ein international berühmter Physiker, der zahlreiche Auszeichnungen und Preise erhielt. Unter anderem war er Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und vieler anderer kommunistischer Staaten. An der Lomonosov-Universität in Moskau wurde er zum Professor ehrenhalber und an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin zum Doktor ehrenhalber ernannt. 1953 verlieh ihm die Sowjetunion den Lenin-Friedenspreis.

<sup>418</sup> Nach sowjetischer Auffassung gehörten dazu nur diejenigen Teile der Friedensbewegung, die jeweils die Bestrebungen des sowjetischen „Friedenslagers“ unterstützten.

<sup>419</sup> Am 4. Oktober 1957 hatte die UdSSR vor den USA einen künstlichen Satelliten (*sputnik*) ins Weltall geschickt, dem ein weiterer folgte, und damit den – irrigen – Eindruck der Überlegenheit in der Raketentechnik erweckt.

tens der amerikanischen und englischen politischen Kräfte. Auf der bevorstehenden Pariser Tagung der Mitgliedsländer des Nordatlantikpakts habe man die Absicht, einen Vereinigten Generalstab zu schaffen, die Bewaffnung und die Ausbildung der Truppen zu vereinheitlichen – mit einem Wort, ein noch engeres Militärbündnis zu schaffen. Solche Pläne werden einen weiteren Verlust an militärischer Selbständigkeit Englands bedeuten.

Gegenwärtig haben sich auf dem Gebiet der Militärtechnik gewaltige Veränderungen vollzogen. Im Zusammenhang damit ist in England und in den USA eine neue Theorie aufgetaucht, die Theorie des „begrenzten Atomkriegs“. Ihre Gefährlichkeit besteht darin, dass die Verfechter dieser Theorie davon überzeugt sind, dass sie sich erfolgreich anwenden lässt mittels der Entfesselung von lokalen Kriegen. Doch das kann seinerseits zum umfassenden und ernstlichen Krieg führen, wie es beinahe in Syrien geschehen wäre. Ich möchte Ihnen nichts von der komplizierten politischen Situation in der Welt und der gefährlichen Theorie des „begrenzten Krieges“ erzählen. Sie wissen das besser als ich. Ich möchte die Gelegenheit dieses Treffens dazu benutzen, Ihnen einige Fragen zu stellen. Auf welche Weise sollten wir, die Anhänger des Friedens, uns nach Ihrer Ansicht gegen diese Theorie wenden? Dadurch, dass sich die Bewegung der Anhänger des Friedens gegen sie und gegen die Beschlüsse der bevorstehenden Pariser Beratung der Mitgliedsländer der NATO wendet, lässt sich viel machen. In England gibt es die Möglichkeit, eine beinahe offizielle Kampagne unter Beteiligung von Vertretern der Labour Party für den Verzicht auf die Pariser Verträge<sup>420</sup> zu organisieren. Jetzt spricht sich Bevan<sup>421</sup> offiziell für einen Versuchsstopp und ein Verbot der Atomwaffen aus. Doch kann man sich der Labour-Politiker nie sicher sein, und sogar Bevan bezieht eine unklare Position. Zudem gibt es in der Labour Party Elemente, die für ein Militärbündnis mit den USA eintreten. Doch die englischen Anhänger des Friedens sollten die Kampagne durchführen, um einige Labour-Politiker auf ihre Seite zu ziehen und noch vor Dezember, wenn die Pariser [NATO-]Konferenz beginnt, eine breite Opposition gegen ihre Beschlüsse zu organisieren. Natürlich werden der Erfolg unseres Kampfes und das Ausmaß unserer Unterstützung für die Außenpolitik der UdSSR in großem Umfang von der Position und den Stellungnahmen der Sowjetunion abhängen. Ich habe mich mit Ihrer Rede auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR<sup>422</sup> befasst und

<sup>420</sup> Aufgrund der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 war die Bundesrepublik Deutschland am 5. Mai 1955 in die NATO aufgenommen worden.

<sup>421</sup> Aneurin Bevan, führender Exponent des linken Flügels der Labour Party.

<sup>422</sup> Chruschtschew hatte in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. November 1957 die Leistungen der sowjetischen Forschung und Technik und die Bedeutung der neuen sozialistischen Gesellschaft hervorgehoben sowie unter Hinweis auf den XX. Parteitag der KPdSU als großen Wendepunkt Kritik an Stalin geübt, doch davor gewarnt, die Kritik zu weit zu treiben und „zu Ausfällen gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung ... zu missbrauchen“. Die Partei vervollkomme sich unter strikter Anwendung der Leninschen Grundsätze und gestehe auch ihre Fehler ein. Ohne sie wäre das Volk nicht in der Lage gewesen, die Macht zu erringen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Chruschtschew bezeichnete das Weltsystem der sozialistischen Staaten als Triumph des Marxismus-Leninismus und betonte die Unterschiede zum „kapitalistischen Weltsystem“, brachte jedoch die Ansicht zum Ausdruck, dass die – von Lenin begründete – friedliche Koexistenz zur „historischen Notwendigkeit“ geworden sei. Eine sachliche Verständigung auf dieser Grundlage ermögliche eine Lösung der großen internationalen Probleme. Die Vertreter der kapitalistischen und der sozialistischen Länder

denke, dass sie nützlich ist und ein positives Echo in der Weltöffentlichkeit finden wird. Die darin dargelegte Haltung der Sowjetunion wird zur Stärkung der Bewegung der Anhänger des Friedens und zur Schwächung derjenigen beitragen, die für eine militärisch ausgerichtete Politik sind. Aktionen zugunsten des Friedens in den Ländern der Volksdemokratie werden es den Friedenskräften in der Welt ermöglichen, sich um die Länder des sozialistischen Lagers zu scharen.

Weiter möchte ich eine Frage ansprechen, zu der Sie keinen direkten Bezug haben. Das ist die Ungarn-Frage. Inzwischen ist der negative Einfluss der Ereignisse vom letzten Jahr<sup>423</sup> überwunden, doch in einigen Kreisen der Gesellschaft ist erneut Irritation aufgekommen im Zusammenhang mit Unterdrückungsmaßnahmen der ungarischen Regierung gegenüber einigen ungarischen Schriftstellern. Vom Standpunkt der Ungarn selbst sind diese Maßnahmen offenbar berechtigt, doch die Öffentlichkeit im Westen ist besorgt, und das Vorgehen der ungarischen Behörden kann in gewissem Umfang von den Feinden gegen die Sowjetunion ausgenutzt werden. Doch diese Frage ist nicht die Hauptsache, und ich möchte zur folgenden Frage übergehen.

Kürzlich ist in den Vereinigten Staaten ein offizielles oder offiziöses Buch erschienen, dessen Autor, Kissinger, einer der Führer der Luftstreitkräfte der USA ist und sich der Unterstützung von Dulles erfreut.<sup>424</sup> Die Kernfrage dieses Buches ist eine Theorie des sogenannten „begrenzten Atomkriegs“. Der Autor des Buches versichert, die Atomwaffe sei lediglich eine Waffe zur Einschüchterung<sup>425</sup> und werde nicht zum Einsatz kommen. Das Buch enthält weiter die Behauptung, die USA seien gezwungen gewesen, die Atomwaffe unter dem Einfluss des Drucks seitens der Sowjetunion zu entwickeln, die über die Bewegung der Anhänger des Friedens verfüge. Ich denke, dass wir trotz dieser Mutmaßungen den Kampf der Anhänger des Friedens gegen den Atomwaffengebrauch verstärken müssen. Die Bewegung der Anhänger des Friedens kann in dieser Frage eine positive Rolle spielen. Sie hat sich jetzt von den Schwierigkeiten erholt, in denen sie sich vor einem Jahr befunden hat.<sup>426</sup> Wenn wir jetzt einen Kongress der Anhänger des Friedens erfolgreich durchführen könnten, würde dies die Bewegung erheblich stärken. Es ist nötig, dass die Sowjetunion unserer Bewegung mehr Unterstützung gibt. Ich will damit nicht sagen, dass die Bewegung der Anhänger des Friedens von der Sowjetunion aus geführt werden sollte, aber an der Bewegung sollten sich mehr

sollten darüber auf einer hochrangigen Konferenz zu einem Einvernehmen gelangen. Dem stehe freilich die aggressive Politik der NATO-Staaten entgegen. Die imperialistischen Monopole seien aus wirtschaftlichen Gründen gegen Abrüstung und Entspannung. Der ideologische Gegensatz sei unüberbrückbar, doch wollten die Kommunisten ihre Ziele niemals mittels Gewalt erreichen.

<sup>423</sup> Der Ungarn-Aufstand und die daraufhin erfolgte sowjetische Intervention im Herbst 1956.

<sup>424</sup> Gemeint ist offenbar Henry Kissinger, der freilich kein Kommando bei der U.S. Air Force inne hatte, sondern zu dieser Zeit Professor an der Harvard University und Mitglied verschiedener politischer Beratungsgremien war. Er hatte Kontakte zu führenden republikanischen Politikern geknüpft und 1956 ein aufsehenerregendes Werk „Nuclear Weapons and Foreign Policy“ publiziert.

<sup>425</sup> Mit diesem Ausdruck wurde in der UdSSR die westliche Vorstellung der Abschreckung bezeichnet. Es ist daher zu vermuten, dass Bernal an dieser Stelle das Wort „deterrence“ verwendete, das vom sowjetischen Übersetzer und Protokollanten mit „Einschüchterung“ (*zapugivanie*) wiedergegeben wurde.

<sup>426</sup> Im Herbst 1956 war hatte die sowjetische Militäraktion in Ungarn auch in pazifistischen Kreisen heftige Kritik hervorgerufen.

sowjetische Vertreter beteiligen. Unsere Freunde Ehrenburg<sup>427</sup> und Kornejčuk<sup>428</sup> sind in der Bewegung sehr aktiv, doch das ist nicht genug, es müssen sich [noch] mehr sowjetische Vertreter an der Bewegung beteiligen. Sie wissen sicherlich, dass es im Weltfriedensrat<sup>429</sup> eine Opposition gegen D'Astier de la Vigerie<sup>430</sup> gibt. Die Bewegung der Anhänger des Friedens kann aber auf ihn nicht verzichten, denn nur er hat die Fähigkeit, die unterschiedlichen Kräfte aneinander anzunähern, und ohne ihn hätte sich die Bewegung unweigerlich gespalten. Vor uns steht jetzt die Frage, wie die Tätigkeit der Anhänger des Friedens neu zu organisieren ist. In diesem Zusammenhang möchte ich die letzte Frage stellen: In welche Richtung sollte sich nach Ihrer Ansicht unsere Bewegung entwickeln; welche Fragen sollten gestellt werden, wie sollte man die Kampagne gegen den begrenzten Atomkrieg durchführen, um mehr Unterstützung zu bekommen?

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen darin zu, dass wir jetzt einen verantwortungsvollen Punkt erreicht haben. Sie haben richtigerweise die Frage gestellt, ob nicht mehr Vertreter der Sowjetunion in der Bewegung der Anhänger des Friedens arbeiten sollten. Wir werden darüber nachdenken.

Jetzt zum „begrenzten“ Krieg. Was ist das, ein „begrenzter“ Krieg? Wer definiert ihn? Von wem hängt das ab? Die militanten Kreise der imperialistischen Mächte benutzen das Reden über den „begrenzten“ Krieg dazu, um sich die Einmischung in die Angelegenheiten kleiner Länder leicht zu machen, wie es in Guatemala geschah<sup>431</sup> und gegen Syrien geplant<sup>432</sup> war. Doch in jedem Krieg

<sup>427</sup> Il'ja Ehrenburg hatte im Zarenreich der revolutionären Bewegung angehört, war unter dem Sowjetregime einer der produktivsten, bekanntesten und amtlich am meisten geschätzten Schriftsteller geworden und hatte sich im Zweiten Weltkrieg mit schärfsten antideutschen Propagandaschriften hervorgetan. 1954 war sein Buch „Tauwetter“ (*Ottepel'*) erschienen, das der Phase größerer kultureller Freiräume nach Stalins Tod den Namen gab.

<sup>428</sup> Aleksandr Kornejčuk war ein sowjetischer Schriftsteller aus der Ukraine, dem die Durchhalteparolen in seinen Romanen über den Zweiten Weltkrieg viermal von 1941 bis 1945 und dann nochmals 1951 den Stalin-Preis einbrachten. Er wurde damals außerdem stellvertretender Regierungschef und stellvertretender Außenminister der Sowjetrepublik Ukraine.

<sup>429</sup> Nachdem Stalin Anfang 1949 seine Friedenskampagne eingeleitet hatte, wurde als deren Instrument auf einer international zusammengesetzten Konferenz vom 20. bis 25. April 1949 der Weltfriedensrat in Helsinki konstituiert.

<sup>430</sup> Emmanuel d'Astier de la Vigerie spielte im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle als Verbindungsmann der französischen Résistance zu General Charles de Gaulle, der mit seinen Truppen vom westlichen Ausland aus weiter gegen die Deutschen kämpfte. Dieser ernannte ihn 1944 zum Innenminister. Mit kommunistischer Unterstützung gewann D'Astier de la Vigerie 1945 einen Wahlkreis und wurde so bis 1950 Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung. Bei den Friedenskampagnen, die seit Anfang 1949 auf Betreiben der UdSSR durchgeführt wurden, wirkte er von Anfang an aktiv mit. 1956 übte er Kritik an der Intervention in Ungarn. Da ihn die Führung im Kreml trotzdem in der Friedensbewegung halten wollte, erhielt er im folgenden Jahr den Internationalen Lenin-Friedenspreis.

<sup>431</sup> Aufgrund eines Wahlversprechens, das Oberst Jacobo Arbenz 1950 bei seiner Wahl zum Präsidenten von Guatemala gegeben hatte, beschloss dessen Regierung am 17. Juni 1952 eine Agrarreform, aufgrund deren nicht nur weite unbearbeitete Landflächen, sondern auch landwirtschaftliche Großbetriebe (gegen Entschädigung) den Bauern übergeben wurden. Das betraf auch die amerikanische United Fruit Company als größten Landbesitzer. Die Agrarräte, welche die Verteilung vornahmen, gerieten vielfach unter kommunistischen und anderen linken Einfluss, was in der Eisenhower-Administration, die 1953 in Washington die Regierung übernahm, zusätzliche Opposition hervorrief. Nachdem der Konflikt – auch wegen Waffenlieferungen aus der kommunistischen Tschechoslowakei – eskaliert war, intervenierte der US-Geheimdienst CIA und erzwang am 27. Juni 1954 den Amtsverzicht von Präsident Arbenz, dessen Politik anschließend revidiert wurde.

<sup>432</sup> Seit Beseitigung der Monarchie in Ägypten 1952 bemühte sich Nasser um einen Zusammenschluss aller arabischen Länder mit dem Ziel, den amerikanischen, britischen und französischen

gibt es zwei Seiten, von denen der Ausgang des Krieges abhängt. Die angreifende Seite kann begrenzte Ziele haben, was wir auch als lokalen Krieg bezeichnen. Solche Ziele hatten sich England und Frankreich beim Angriff gegen Ägypten<sup>433</sup> und die USA beim Angriff gegen Guatemala gesetzt. Kürzlich haben die USA versucht, sich der ihnen unbequemen Regierung Syriens zu entledigen. Doch es kommt viel auf die Kräfte an, die gegen die Aggression Widerstand leisten. Ein Anwachsen der Kräfte, die in einen Krieg eintreten, kann zum Weltkrieg führen.

In Nord- und Südamerika gibt es keine Kräfte, die den USA Widerstand zu leisten vermögen. Die USA können bislang in dieser Region die Unterordnung der anderen Länder erreichen, ohne Gegenmaßnahmen zu befürchten. In Asien, Afrika und vor allem in Europa ist die Möglichkeit der straflosen Aggression begrenzt, wenn nicht völlig ausgeschlossen. Gegenwärtig gibt es Angaben, die Zeugnis davon ablegen, dass die konterrevolutionären Stellungnahmen in Budapest im vergangenen Jahr von einem ausländischen Geheimdienst vorbereitet worden sind. Eine große Rolle hat bei diesen Geschehnissen der englische Spionagedienst gespielt, die damit den Angriff auf Ägypten neutralisieren wollte. Die Regierungen von England und Frankreich haben darauf gehofft, der Regierung Nasser rasch ein Ende zu machen. Nur unmündige Kinder und gedankenlose Politiker können behaupten, dass die Aggression durch den UNO-Beschluss gestoppt wurde, der die Aggression verurteilt hat. Eden ist doch nicht so dumm, er ist ein gewiefter Diplomat. Schon vor dem Angriff auf Ägypten hat er gewusst, dass die UNO die Aggression verurteilen wird, doch er hat gehofft, dass man, bis die UNO zusammenkommt und diskutiert, die Regierung Nasser absetzen und eine England genehme Regierung bilden kann, um das eigene Vorgehen hinterher in der Organisation der Vereinten Nationen dadurch zu rechtfertigen, dass man auf die vorgebliche Gefahr einer Aggression seitens der Sowjetunion hinweist.

Im vergangenen Jahr ist die Aggression gestoppt worden. England und Frankreich haben sich in den Augen der Weltöffentlichkeit diskreditiert. Eden war zum Rücktritt gezwungen. Damit haben England und Frankreich infolge der Aggression in der ganzen Welt und vor allem in den arabischen und den kolonialen Ländern Prestige eingebüßt. In diesen Regionen hat man sie auch früher nicht geliebt, weil es sich um Kolonialmächte handelt, doch nach der Aggression sind sie auch in militärischer Hinsicht vom Sockel gestoßen. Die USA haben sich nach der Aggression gegen Ägypten vor den Augen der Weltöffentlichkeit auch in den arabischen Ländern politisch "betätigt". Danach ist in Syrien eine für die Vereinigten Staaten ungünstige Situation entstanden. Die USA wollten dort durch Umsturz im Innern und durch Drohungen seitens der Türkei die ihnen nicht genehme Regierung beseitigen. Doch die amerikanische Politik, das Vakuum in diesem Raum auszufüllen, ist gescheitert [und] hat ein Fiasko erlitten. Auf

Einfluss im Nahen Osten und in Nordafrika zurückzudrängen und der Existenz Israels ein Ende zu machen. Diese Ausrichtung bedrohte auch die konservativen Königreiche Saudi-Arabien, Irak und Jordanien. Unterstützung erhielt Nasser nur von Syrien, das damit zum zweiten antiwestlichen Staat neben Ägypten wurde.

<sup>433</sup> Landung britischer und französischer Truppen im Oktober 1956 zwecks Besetzung der Suezkanal-Zone, um die Verstaatlichung des Kanals durch Ägypten rückgängig zu machen.

diese Weise ist im letzten Jahr das militärische Prestige Englands und Frankreichs [und] in diesem Jahr das militärische Prestige der USA erschüttert worden.

In Zukunft werden unsichtbare Kräfte auf jeden Fall die militärische Autorität der USA zerstören. Schließlich wissen doch alle, dass die USA der Türkei Hilfe geleistet haben, mit ihrer Kenntnis haben die Türken ihre Truppen an der syrischen Grenze konzentriert und alle Signale für den Angriff auf Syrien ausgearbeitet. Danach haben die USA der Türkei gesagt, sie sollten keine Aggression gegen Syrien beginnen. Damit haben die Vereinigten Staaten ihre militärische Autorität untergraben, sie bekamen es mit der Angst zu tun und scheuten davor zurück, die Sache bis zum Krieg gegen Syrien zu treiben, denn sie wussten, die Sowjetunion würde nicht unbeteiligt sein. Diese Lage hätte dazu führen können, dass in den Konflikt die Mitgliedsländer der NATO hineingezogen worden wären, und das hätte zum Weltkrieg führen können.

Somit ist die Politik der kleinen Kriege, der lokalen Kriege unter Anwendung der Atomwaffe darauf ausgerichtet, die öffentliche Meinung in den Ländern, die von den sozialistischen Ländern weit entfernt sind und keine Möglichkeit haben, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, darauf vorzubereiten, dass diese Länder, wenn dort demokratische, den USA nicht genehme Regierungen gebildet werden, mit deren Sturz und der Einsetzung reaktionärer Regierungen zu rechnen haben, die dem Fahrwasser der Politik der USA folgen.

In Europa und Asien wird diese Politik mehr Schwierigkeiten haben, weil viele Länder an die UdSSR oder an die Länder des sozialistischen Lagers angrenzen. Ihnen kann man Hilfe leisten über die Grenze hinweg, so wie wir letztes Jahr Ungarn Hilfe geleistet haben. Wir können ebenfalls Ländern Hilfe leisten, an die wir nicht angrenzen. Als die Türkei damit begann, Syrien zu bedrohen, haben wir die Türkei gewarnt, dass wir nicht unbeteiligt bleiben werden, wenn unweit unserer Grenze ein Konflikt entsteht, und die Türken waren genötigt zurückzweichen.

Als in Ungarn reaktionäre Kräfte die konterrevolutionäre Meuterei entfesselten, wollten England und die USA nicht hineingeraten. Einige zwei- und drittrangige Leute aus dem State Department gaben unseren diplomatischen Mitarbeitern sogar zu verstehen, dass sie davon überzeugt waren, die Sowjetunion werde nicht unbeteiligt bleiben, und es sei die Hilfe der Sowjetunion für Ungarn zu erwarten.

Dulles betreibt eine Politik des Manövrierens am Rande des Krieges, und solange er bei Vernunft ist, bleibt er am Rand des Krieges stehen und geht nicht darüber hinaus. Das bezeugen der türkisch-syrische Konflikt und die Ereignisse in Ungarn.

Lokale Kriege sind darauf berechnet, auf die Nerven des Gegners einzuwirken. Doch das ist eine abenteuerliche Politik. Sie erinnert mich an Akrobaten, die hoch oben unter der Zirkuskuppel arbeiten. Diese Tätigkeit endet für viele tödlich. Leute, die eine Politik der lokalen Kriege verfolgen, können ebenfalls abstürzen und Millionen von Menschen in den Abgrund eines Krieges reißen.

Was die Bewegung der Anhänger des Friedens betrifft, besonders in Ländern wie England, Frankreich, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Türkei, Iran, Griechenland, mit einem Wort in den Ländern, die zur NATO

gehören,<sup>434</sup> so müssen sie<sup>435</sup> Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker empfinden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss man real von den Bedingungen eines künftigen Krieges ausgehen.

Die Raketenwaffe hat das Versuchsstadium hinter sich gelassen und ist in die Arsenale der Armeen gelangt. Sie stellt für die Länder, die eine Aggression gegen uns beabsichtigen und an uns angrenzen, eine ernste Bedrohung dar. Amerikanische Politiker erklären, dass sie die Sowjetunion durch den Angriff aus vorgeschobenen Positionen vernichten werden. Sie haben dabei ihre Stützpunkte in Frankreich, England usw. im Auge. Es ist den Völkern bewusst zu machen, dass sich diese vorgeschobenen Positionen nicht in einer Wüste, sondern in Ländern mit einer dichten Besiedlung befinden. Wenn man uns von diesen Stützpunkten aus bedroht, können wir nicht gehorsam darauf warten, dass man uns vernichtet. Jeder nüchtern denkende Mensch wird verstehen, dass wir dazu genötigt sind, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Unsere Raketenbatterien können auf das erste Signal hin diese Stützpunkte ausschalten. Angesichts der Wasserstoffbombe besteht keine Notwendigkeit, ein genaues Ziel zu erreichen, sie vernichtet eine große Fläche. Und dann werden fürchterliche Dinge geschehen, gewaltige Räume werden verwüstet.

Die Völker dieser Länder müssen das begreifen und sich nicht selbst zum Opfer machen. Den Krieg werden die USA entfesseln und nicht England, Frankreich, Dänemark oder Norwegen. Die Vereinigten Staaten sind die Führungsmacht, überdies eine recht aggressive Führungsmacht. Zugeständnisse und Unterwürfigkeit vonseiten der Verbündeten der USA in Europa und Asien werden zu Katastrophen führen. Amerika hat auf seinem Territorium noch keinen Krieg gehabt. Doch mit den ballistischen Raketen und der Möglichkeit, sie von U-Booten aus abzuschießen, ist das Territorium der USA ebenfalls verwundbar geworden. Deswegen muss man den Menschen mit allen Mitteln dieser Gefahr bewusst machen.

Die Umstände, die es gestatten, dieser Gefahr zu entgehen, sind gut bekannt. Das ist die Politik der friedlichen Koexistenz. Wir haben wiederholt unsere Haltung in dieser Frage erklärt. Leider haben sich unsere Erklärungen noch nicht auf den Verstand mancher Politiker ausgewirkt.

Mithin sollten die Stellungnahmen der Anhänger des Friedens nicht abstrakt, sondern konkret sein.

*Bernal:* Mir scheint, dass gegenwärtig das Militärbündnis der NATO-Länder unter der amerikanischen Kontrolle eine große Gefahr darstellt, deswegen müssen wir uns möglichst früh dagegen wenden und eine öffentliche Meinung gegen dieses Bündnis schaffen. Für das englische Volk stellt dieses Bündnis eine unmittelbare Gefahr dar.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Gegenwärtig leben wir in einer gefährlichen Zeit. Mit jedem Tag werden die Waffen weiter vervollkommnet. Die Flug-

<sup>434</sup> Zu diesen wird hier fälschlicherweise auch der Iran gezählt, der lediglich durch den Bagdad-Pakt mit dem NATO-Staat Türkei verbunden war.

<sup>435</sup> Im russischen Protokoll steht hier der Plural statt des grammatikalisch korrekten Singulars.

zeuge sind schon veraltet. Die ballistischen Raketen sind im Prinzip unverwundbar.

*Bernal:* Ihre Militärparade<sup>436</sup> ist sehr wichtig. Die westlichen Politiker haben darauf gehofft, dass nur sie einen Atomkrieg führen können. Jetzt werden sie vorsichtiger sein.

*Chruschtschow:* Ich habe irgendwann einmal im Scherz gesagt, dass Amerika, England, Frankreich und die UdSSR ihre Raketen zusammen auf einem Schießplatz aufstellen und auf ein bestimmtes Ziel abfeuern sollten. Falls sich unsere Raketen als zielgenauer erweisen sollten, müssten sie einen Abrüstungsvertrag zu vernünftigen Bedingungen unterschreiben. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Raketen nach einigen tausend Kilometern Flug genau am Ziel einschlagen würden.

*Bernal:* Mir wäre es lieber, wenn ein künftiger Krieg auf dem Mond stattfände.

*Chruschtschow:* Das wäre vielleicht das Beste. Gegenwärtig ist man genötigt, viele Mittel für Waffen zu verschwenden.

*Bernal:* Die kapitalistischen Länder sind außerstande, Sie mit einem direkten Angriff zu besiegen, deswegen wollen sie Sie einer Belagerung aussetzen und Sie so dazu zwingen, große Mittel für Waffen auszugeben.

*Chruschtschow:* Wir sind besser dran. Die Rakete kostet weniger, es werden weniger Menschen benötigt, [und] sie ist präziser, zielgenauer. Jetzt fällt das Argument Eisenhowers in Bezug auf den Überflug des Territoriums zwecks Kontrolle der Flugplätze weg.<sup>437</sup> Für Raketen werden keine Flugplätze benötigt, ihre Startplätze sind beweglich. Jetzt bedarf es keiner Kontrolle [mehr] außer dem, was wir vorschlagen, der Kontrolle an den Orten einer möglichen Truppenkonzentration. Was die Kontrolle der Flugplätze betrifft, können die ausländischen Beobachter auf den Flugplätzen sitzen, aber die Raketen können von überall aus abgeschossen werden.

Die Öffentlichkeit muss dazu gebracht werden, gegen den Krieg einen Aufstand zu machen. Sie haben die Stimmung der Labour-Politiker richtig dargestellt. Mir hat das Gespräch mit Bevan<sup>438</sup> gefallen. Zilliacus<sup>439</sup> schreibt richtige, vernünftige Artikel. Manche Labour-Politiker sind freilich schlimmer als die Konservativen. Doch auch sie werden zunehmend beunruhigt sein. Das Leben

<sup>436</sup> Jedes Jahr fanden Anfang November anlässlich des Jahrestages der russischen Oktoberrevolution auf dem Roten Platz in Moskau Militärparaden statt, bei denen man unter anderem die neuesten Waffensysteme der UdSSR präsentierte.

<sup>437</sup> Am 21. Juli 1955 hatte Präsident Eisenhower auf der Genfer Gipfelkonferenz den Vorschlag der „offenen Himmel“ (open skies) unterbreitet. Dieser sah vor, dass die USA und die UdSSR Landkarten mit genauen Eintragungen der militärischen Einrichtungen auf ihrem Gebiet austauschten und sich gegenseitig das Recht zu Aufklärungsflügen über ihr Territorium einräumten. Die sowjetische Seite lehnte das als legalisierte Spionage ab.

<sup>438</sup> Siehe Dokument Nr. 21 in diesem Band.

<sup>439</sup> Konni Zilliacus war neben Aneurin Bevan der führende Politiker des linken Flügels der Labour Party. Zu seinen politischen Auffassungen siehe seine Äußerungen in den Dokumenten Nr. 16 und 27 in diesem Band.

wird sie in die Enge treiben und die Völker werden sie dazu bringen, die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz anzuerkennen.

Am interessantesten ist, dass die UdSSR und die Länder des sozialistischen Lagers sich nicht nur der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Kontrolle durch die kapitalistischen Länder entzogen, sondern auch begonnen haben, mit ihnen in dieser Hinsicht in Wettbewerb zu treten. Das alles zwingt die Menschen im Westen dazu, über die Zukunft nachzudenken. Es gibt keinen anderen Weg – entweder Krieg oder friedliche Koexistenz. Wir werden niemals einen Krieg anfangen. Ich als Kommunist bin von den Vorzügen unserer Ordnung überzeugt und glaube, dass wir durch friedlichen Wettbewerb, durch unser Beispiel, durch die Entwicklung der Produktivkräfte den Sieg friedlich erringen werden.

Ich weiß, dass meine derartigen Erklärungen die Antikommunisten rasend machen. Doch mit der Zeit werden sie sich daran gewöhnen und sie [diese Erklärungen] vielleicht sogar zu loben anfangen.

Gen. Chruschtschow wünschte abschließend J. Bernal Erfolge bei seiner schwierigen, aber edlen Tätigkeit zum Nutzen des Friedens.

Aufgezeichnet von W. Michajlow  
Von Chruschtschow nicht durchgesehen  
Übersetzt aus dem russischen Original  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 552, Bl. 65-74

### **23. Chruschtschows Rede zur Eröffnung der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau am 14. November 1957<sup>440</sup>**

Werte Genossen!

Erlauben Sie mir, im Auftrag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion alle unsere lieben Freunde, die sich hier eingefunden haben, herzlich zu begrüßen.

Viele kommunistische und Arbeiterparteien haben es für notwendig gehalten, eine Beratung von Vertretern unserer Parteien durchzuführen, um einige der herangereiften Fragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu erörtern. Unsere Parteien haben eine Übereinkunft darüber erzielt, eine solche Beratung in Moskau während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution durchzuführen.

Und jetzt stellen wir alle mit großer Genugtuung fest, dass diese Beratung ihre Arbeit aufnimmt. Die heutige Beratung ist die bedeutendste Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder.

Es ist wohl kaum nötig zu betonen, welche eine große Bedeutung unsere Beratung hat. Wie wir schon vorab vereinbart haben, steht uns ein Meinungsaus-

<sup>440</sup> Die Tagung fand vom 14. bis 16. November 1957 statt.

tausch zu einem weit gespannten Fragenkreis bevor, darunter auch zu allgemeinen Problemen der internationalen Lage sowie zu Fragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Hier sind Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien zusammengekommen, die schon viele Jahre an der Spitze des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus in ihren Ländern stehen und dabei gewaltige Erfolge erzielt haben. In unseren Ländern ist eine sozialistische Industrie geschaffen worden, es sind in allen Bereichen der Volkswirtschaft zahlreiche Kader ausgebildet und reiche Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau gesammelt worden.

Wir müssen die Kräfte, über welche die sozialistischen Länder verfügen, richtig einsetzen, um auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus weiter voranzukommen. Es ist schädlich, die Kräfte des Gegners zu überschätzen, aber noch schädlicher und gefährlicher, unsere eigenen Kräfte zu unterschätzen.

Seitens unserer Parteien, seitens der sozialistischen Länder ist eine weitere Konsolidierung der Kräfte notwendig im Kampf gegen die Umtriebe der imperialistischen Reaktion und für die Stärkung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie, für die Bewahrung und Festigung des Friedens.

Wir, die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, tragen eine besondere Verantwortung. Denn wir führen nicht nur den Kampf für die Verbreitung der Ideologie des Marxismus-Leninismus bei den Massen und für die Reinheit dieser Ideologie, sondern wir setzen auch die Ideen des Marxismus-Leninismus in die Praxis um, wir errichten die sozialistische Gesellschaft und kämpfen für den Triumph des Kommunismus. Deswegen hat unsere Arbeit Bedeutung nicht nur in theoretischer Hinsicht, wir beweisen auch in der Praxis die gewaltigen Vorzüge des Sozialismus. Das ist unsere stärkste Waffe unter dem Gesichtspunkt der Einflussnahme auf das Bewusstsein der breiten Massen der Werktätigen aller Länder.

Um im Kampf um neue Siege des Sozialismus Erfolge zu erringen, müssen die kommunistischen und Arbeiterparteien die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft und die Intelligenz um sich herum versammeln. Das Pulver muss man stets trocken halten. Und unser Pulver, das ist der Marxismus-Leninismus. Daraus folgt, dass es für uns notwendig ist, die Einheit der proletarischen Reihen in vollem Maße zu festigen, gegen Entstellungen des Marxismus-Leninismus zu kämpfen und unsere Ideologie rein zu halten.

Wir müssen gegenüber denen unversöhnlich sein, die Verwirrung in unsere Reihen tragen wollen. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, einen entschiedenen Kampf sowohl gegen den Dogmatismus als auch insbesondere gegen den Revisonismus zu führen, der die Hauptgefahr in der gegenwärtigen Etappe darstellt.

Als Marxisten können wir dabei nicht die Augen davor verschließen, dass es in jedem unserer Länder in diesem oder jenem Umfang derartige Erscheinungen gibt, und ausgehend von den konkreten Umständen müssen wir den Kampf führen gegen die Gefahr einer Revision des Marxismus-Leninismus, gegen Versuche zur Unterminierung der Einheit der sozialistischen Länder und der Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Genossen! Viele kommunistische und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder haben Vorschläge unterbreitet, damit als Resultat der Beratung unserer

Parteien ein gemeinsames Dokument verabschiedet wird, in dem die einheitliche Position unserer Parteien in den aktuellen Fragen der internationalen Entwicklung zum Ausdruck kommt. Der Entwurf eines solchen Dokuments, eine Deklaration, ist von den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion unter Berücksichtigung der Vorstellungen und Wünsche der anderen Parteien gemeinsam ausgearbeitet und an alle Delegationen verschickt worden.

Die einmütige Billigung und Veröffentlichung der Deklaration wird eine überzeugende Demonstration der Einheit und Geschlossenheit der Kommunisten der sozialistischen Länder, des Kerns der gesamten kommunistischen Weltbewegung, sein. Sie wird der feindlichen antikommunistischen Propaganda einen vernichtenden Schlag zufügen und in den Reihen aller kommunistischen und Arbeiterparteien Mut und Zuversicht verbreiten.

Man darf nicht außer Betracht lassen, dass die Erfolge der Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern, ihre Autorität und ihr Einfluss bei den breiten Massen in vielerlei Hinsicht von der Tätigkeit der Parteien der sozialistischen Länder abhängen, denn wir haben in unseren Ländern die Möglichkeit, die Überlegenheit des Sozialismus als der besseren Gesellschaftsordnung im Vergleich zum Kapitalismus praktisch vorzuführen. Mit unserer friedliebenden Außenpolitik nehmen wir Einfluss auf die gesamte internationale Lage im Interesse der Bewahrung und der Festigung des Friedens.

Die Einheit der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder auf der ideellen Grundlage des Marxismus-Leninismus hat gewaltige Bedeutung für die Bruderparteien der kapitalistischen Länder. Man kann es direkt sagen: Je gefestigter und geschlossener die sozialistischen Länder sind, desto enger wird die Einheit unserer kommunistischen und Arbeiterparteien, desto gefestigter und geschlossener werden die Reihen der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung sein. Mit der einmütigen Annahme der Deklaration werden unsere Parteien, die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, einmal mehr ihre unerschütterliche Geschlossenheit bekunden.

Genossen! Ihnen ist bekannt, dass die Repräsentanten einiger kommunistischer und Arbeiterparteien die Frage gestellt haben und weiterhin stellen, eine Beratung von Vertretern aller kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder durchzuführen. Derartige Vorschläge sind sowohl beim ZK der KPdSU als auch bei den Zentralkomitees Ihrer Parteien eingegangen.

Jetzt haben sich im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution mit wenigen Ausnahmen die Vertreter aller kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt in Moskau versammelt. Alle Delegationen haben sich auf die Durchführung einer solchen Beratung verständigt, um gemeinsam die brennenden Fragen der Gegenwart zu erörtern, sich gegenseitig mit den Ansichten und Positionen bekannt zu machen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktionen in der weiteren Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien aufeinander abzustimmen.

Von unseren Parteien ist schon eine gewisse Vorarbeit zur Vorbereitung der gemeinsamen Beratung aller Parteien in Moskau geleistet worden, und es liegt

eine Übereinkunft mit den Bruderparteien vor über die Eröffnung dieser Beratung sofort nach dem Ende der Arbeit unserer Beratung.

Genossen, gestatten Sie mir, die Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder zu eröffnen und dem Wunsch nach einer erfolgreichen Tätigkeit Ausdruck zu verleihen.

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 443, Bl. 112-117

#### 24. Gespräch Chruschtschows mit Geschäftsleuten aus Kanada am 14. Mai 1958

Am Gespräch nahmen 31 kanadische Industrielle und Persönlichkeiten der Finanzbranche teil.

Von sowjetischer Seite nahmen an dem Gespräch teil die Genossen A[nastas] I. Mikojan, I[van] G. Kabanow, Ju. E. Maksarjow.

*Chruschtschow:* Gestatten Sie mir, meine Herren, Sie zu begrüßen und Ihnen zuzuhören. Wir werden gerne die Sie interessierenden Fragen beantworten.

*Dalgleish:*<sup>441</sup> Mit Ihnen heute zusammenzutreffen, ist uns eine große Ehre. Wir wissen, dass Sie mit wichtigen Staatsgeschäften sehr stark beschäftigt sind, und ich denke, dass wir Zeit sparen, wenn ich als Einziger der ganzen Gruppe das Gespräch führe.

*Chruschtschow:* Bitteschön. Wenn Ihre Kollegen mit dieser Regelung einverstanden sind, stimmen wir zu. Das riecht etwas nach Diktat, aber das ist Ihre Sache (allgemeine Heiterkeit).

*Dalgleish:* Wir, 30 Kanadier, die in die Sowjetunion gekommen sind, haben viel gesehen und mit vielen Leuten gesprochen. Wir haben viele Ihrer Errungenschaften gesehen, und ich würde sagen, einer der Umstände, der uns tief beeindruckt hat, war die Tatsache, dass die Probleme, die vor den Sowjetmenschen stehen, sehr den Problemen ähneln, die vor den Völkern anderer Länder stehen. Und ich muss sagen, wir stimmen den Aussagen Ihrer Leute darüber zu, dass wir, die Kanadier, und Sie einander ebenso gute Nachbarn sein sollten, wie wir es mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind. Wie denken Sie, Sir, ließe sich das am besten erreichen?

*Chruschtschow:* Ich möchte die Frage präzisieren: Sie haben gute, freundliche Beziehungen mit den USA? Sie hätten gern ebensolche Beziehungen mit uns?

*Dalgleish:* Von Sowjetmenschen haben wir viele Male den Wunsch vernommen, dass unsere Beziehungen mit Ihnen ebenso gut sein sollten, wie es unsere Beziehungen mit den USA sind.

<sup>441</sup> Oakley Dalgleish, Herausgeber der Zeitung „The Globe and Mail“ in Toronto.

*Chruschtschow:* Unsere Leute haben sich sehr gut die Politik zu Eigen gemacht, die wir in unserem Volk propagieren, und es Ihnen richtig gesagt. Wir alle wollen das, „sowohl das Volk als auch die Regierung.“

*Dalgleish:* Meine Frage lautet, auf welche Weise, meinen Sie, wäre das am besten zu erreichen?

*Chruschtschow:* Vor allem durch verstärkte Geschäftsbeziehungen zwischen unseren Staaten. Das ist der Dreh- und Angelpunkt. Der Handel führt zur Vermehrung aller sonstigen Kontakte. Sie können bei uns alles kaufen, was Sie von unseren Waren interessiert, und uns alles verkaufen, was Sie zu verkaufen haben und für uns von Interesse ist. Wenn das so in den Beziehungen zwischen unseren Ländern und mit anderen Ländern gemacht würde, sind wir davon überzeugt, wäre das nicht nur der Anfang zur Liquidierung des „Kalten Kriegs“, sondern damit würde auch der Zustand des „Kalten Kriegs“ zwischen den Staaten liquidiert werden.

Bei manchen staatlichen Politikern, nicht Geschäftsleuten, sondern den Politikern einiger Staaten hat es Motive von der Art gegeben, dass der Handel mit der Sowjetunion angeblich die Stärkung des Kommunismus im Sowjetland fördere und dass man demzufolge Diskriminierungsbedingungen schaffen müsse, um durch den Einsatz dieses Mittels die wirtschaftliche Entwicklung und politische Festigung des Sowjetstaates zu behindern.<sup>442</sup> Diese Pläne sind nach meiner Ansicht gescheitert. Sie [die anwesenden Kanadier] haben sehen können, dass wir nicht schlechter aufzubauen wissen als die am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, dass unsere Wissenschaft nicht weniger entwickelt ist als die der führenden kapitalistischen Länder, dass unsere Technik nicht hinter dem heutigen Entwicklungsstand der führenden kapitalistischen Ländern zurückbleibt. Folglich ist dieses Motiv nicht stichhaltig.

*Dalgleish:* Stimmen Sie, Sir, denn nicht [der Ansicht] zu, dass es, um Handel in großem Umfang und auf der Basis des gegenseitigen Vorteils zu treiben, vor allem erforderlich wäre, ein völliges Sich-Verstehen zwischen beiden Staaten zu erreichen?

*Chruschtschow:* Und was ist das, ein Sich-Verstehen?

*Dalgleish:* Ich meine damit das Verstehen der gegenseitigen Standpunkte und der gegenseitigen Prinzipien.

*Chruschtschow:* Nach meiner Ansicht verstehen wir einander und verstehen die gegenseitigen Standpunkte. Der „Kalte Krieg“ wird auch deswegen geführt, weil wir einander allzu gut verstehen. Ließe sich so nicht als Resultat eines wirklichen gegenseitigen Verstehens der Standpunkte der „Kalte Krieg“ beenden; und ein Ende des „Kalten Krieges“, das heißt eine Entwicklung der Handelsbeziehungen und der anderen Beziehungen zwischen unseren Ländern erreichen.

<sup>442</sup> Chrusčëv dachte dabei an die COCOM-Liste, die den Mitgliedsländern der NATO die Lieferung „strategisch wichtiger“ Güter an die UdSSR und andere kommunistische Staaten untersagte.

Wir wissen, dass Sie zu Ihrem System und ihrer Ordnung stehen. Sie wissen, dass wir zu unserer sozialistischen Ordnung und unserem System stehen. Das genau ist das wechselseitige Verstehen der Positionen. Und was weiter? Man muss Kontakte herstellen oder, um es so auszudrücken, die Stiere müssen sich gegenüberstehen und entweder einander mit den Hörnern aufzuspießen suchen, oder aber man muss diesen Zustand liquidieren und damit anfangen, auf menschliche Weise zu leben und Handel zu treiben.

*Dalgleish:* Ich, Eure Exzellenz, verstehe die Sache so, dass sich auf einer gewissen Ebene vielleicht ein Sich-Verstehen zwischen uns erreichen lässt. Wir Kanadier denken nicht, dass es ein vollständiges Sich-Verstehen zwischen den Völkern gibt. Zum Beispiel, als wir in die Sowjetunion gekommen sind, haben wir Äußerungen über uns, über die Kanadier und die Nordamerikaner, vernommen, wir sprächen ständig über Krieg und über ein Drohen mit Krieg. Das, Sir, stimmt nicht, was Kanada betrifft. Das ist nicht die Grundlage unserer Beziehungen mit irgendeinem Land. Man sollte die Aufmerksamkeit in der Sowjetunion darauf richten, dass das kanadische Volk Wohlwollen für angebracht hält, das mit Verstehen einhergehen muss, um Ihrem Volk vor Augen zu stellen, wie wir unserem Volk vor Augen zu stellen bereit sind, dass wir nicht für den Krieg leben und nicht in einen Krieg eintreten wollen.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Und wir haben niemals gesagt, dass die Kanadier gegen uns einen Krieg beginnen wollen. Wir haben nur gesagt, dass Kanada dem Militärblock NATO dient, dieser Militärblock NATO zur Vorbereitung des Krieges geschaffen wurde und sich Kanada jedem Diktat unterwirft, das dieser Militärblock verabschiedet. Deswegen wird, wenn dieser Block einen Krieg beginnt, dadurch automatisch auch Kanada in den Krieg hineingezogen werden. Das stimmt.

*Dalgleish:* Wiederum, Eure Exzellenz, kann ich Ihnen nicht zustimmen. Die NATO ist aus dem Krieg entstanden, um den Krieg künftig zu verhindern.<sup>443</sup> Das ist die einzige Vorstellung, die das kanadische Volk von diesem Bündnis hat. Das ist die einzige Basis, auf der unser Beitritt zu dieser Organisation beruht. Und deswegen, Sir, liegt es uns fern, von der NATO ein Diktat entgegenzunehmen, wir haben die Freiheit zum jederzeitigen Austritt, wann immer wir das wollen. Doch wir sind kein großes Land. Unser einziger Schutz ist das Bündnis mit anderen Ländern, die sich mit dem gleichen Ziel mit uns vereinigen wollen.

*Chruschtschow:* Ich kenne diese Sicht der NATO, die Sie dargelegt haben. Dies ist die offizielle Auffassung, von der Herr Dulles wiederholt gesprochen hat. Doch wir schätzen diese Organisation anders ein. Hier sagen Sie, diese Organisation sei geschaffen worden, um der Möglichkeit eines Kriegsausbruchs vorzubeugen. Wir haben die Erklärung abgegeben, ob man nicht auch die Sowjetunion in diese Organisation aufnehmen könne, wir würden mit Ihnen zusammen alles tun, um die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs auszuschließen; dann wäre diese

<sup>443</sup> Gemeint ist, dass die NATO wegen des Zweiten Weltkriegs entstanden sei und darauf abziele, es zu keiner Wiederholung kommen zu lassen.

Organisation nicht länger die Vereinigung einer bestimmten Anzahl von Staaten gewesen, die anderen Staaten gegenüberstehen und demzufolge Ziele verfolgt, welche die internationale Lage verschärfen.<sup>444</sup> Wenn wir dieser Organisation beigetreten wären und vielleicht auch andere hätten beitreten wollen, hätte man niemandem mehr drohen können, es gäbe auch keine Teilung in Militärblöcke der Staaten, und die friedliche Koexistenz wäre damit gewährleistet. Das ist der eine Weg. Und der andere Weg [ist], alle Militärblöcke aufzulösen, sowohl die NATO und den Warschauer Pakt als auch die anderen.<sup>445</sup>

*Dalgleish:* Ich verstehe diesen Gesichtspunkt, Eure Exzellenz. Doch ich möchte eines berichtigen, dass unabhängig davon, wie weit die von mir dargelegten Auffassungen den Ansichten von Herrn Dulles nahe sind, es doch so ist, dass Herr Dulles diese Idee nicht für mich und für keinen der hier Anwesenden geschaffen hat.

*Chruschtschow:* Ich entschuldige mich, wenn ich ein Schimpfwort verwendet und Herrn Dulles genannt habe. Ich wollte Sie nicht beleidigen. Ich habe einfach den Namen des Mannes genannt, der die Politik der USA leitet, und diese Politik ist in dieser Frage von Ihnen dargelegt worden.

*Dalgleish:* Kanada ist zur Entscheidung, der NATO beizutreten, von sich aus gekommen. Faktisch war es eines der maßgebenden Länder, welche die NATO organisiert haben. Als wir der NATO beitraten, taten wir das in der Annahme, dafür genug gute Gründe zu haben. Die Welt befand sich zu dieser Zeit in einer sehr labilen Lage. Als wir den Wunsch hatten, dieser Gruppe beizutreten, nahmen wir an, einen entsprechenden Mechanismus zu erhalten. Hätten wir die Zusammenarbeit im Rahmen der UNO eingeleitet, was wir auch zur Erreichung der Ziele tun sollten, auf die Sie hingewiesen haben, wäre natürlich die UNO der am meisten wünschenswerte Ort dafür gewesen, und dann gäbe es keine anderen Bündnisse.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Lassen Sie uns alle Militärblöcke auflösen, und damit werden wir die internationale Organisation stärken, als die sich die UNO erweist. Das wäre richtig und logisch. Zudem sagen Sie, wenn ich Sie rich-

<sup>444</sup> Die UdSSR hatte ihren Beitritt zur NATO in einer Note an die Westmächte vom 31. März 1954 vorgeschlagen, um, wie man zuvor bei den internen Beratungen im Kreml ausgeführt hatte, der Öffentlichkeit den aggressiven Charakter des atlantischen Bündnisses vor Augen zu führen. Die sowjetische Führung ging davon aus, dass die westliche Seite auf jeden Fall ablehnen werde, und wollte daraufhin propagandistisch geltend machen, dass die im Ost-West-Verhältnis bestehende Feindschaft vom Westen ausgehe, denn dieser weise das Angebot der Gemeinsamkeit zurück. Dahinter stand die zutreffende Einschätzung, dass die westlichen Länder, die sich durch den Zusammenschluss in der NATO von der ihrerseits wahrgenommenen sowjetischen Bedrohung zu schützen suchten, die UdSSR keinesfalls in das Bündnis aufnehmen konnten, denn dieses hätte, weil eine Verpflichtung zum Beistand gegen ein anderes Mitglied prinzipiell nicht in Betracht kommt, in ein unverbindliches System kollektiver Sicherheit ohne Schutz vor der gefürchteten Sowjetmacht verwandelt.

<sup>445</sup> Seit dem 10. Februar 1954, als Außenminister Wjačeslav Molotov auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz die Forderung erstmals formulierte, verlangte die UdSSR immer wieder die Ersetzung der multilateralen Bündnisse durch ein System der kollektiven Sicherheit und – seit Abschluss des Bagdad-Pakts im Jahr 1955 zwischen den NATO-Staaten Türkei und Großbritannien sowie dem Irak, dem Iran und Pakistan – mit großem Nachdruck vor allem dessen Auflösung.

tig verstanden habe und es mir richtig übersetzt wurde, dass damals, als die Organisation NATO geschaffen wurde, eine andere Lage bestand, aus der sich die Notwendigkeit zur Schaffung dieser Organisation ergab. Sie sagen, dass dies damals so war.<sup>446</sup> Doch jetzt ist es nicht so. Folgt man Ihrem Standpunkt, sollte man dann nicht das tun, was das Leben selbst fordert? [Es ist jetzt] kein Krieg, und von unserer Seite wird dieser Krieg niemals begonnen werden.

*Dalgleish:* Ich würde Ihnen zustimmen, wenn wir einen Ausgangspunkt finden könnten. Beispielsweise abzurüsten. Wir Kanadier waren darüber enttäuscht, dass die Sowjetunion den Vorschlag der Arktisinspektion abgelehnt hat.<sup>447</sup> Wir sehen die Arktis als Grenzlinie zu Ihnen, wir teilen uns dieses Territorium mit Ihnen. Wenn es keine Gründe zu Sorge und Misstrauen gibt, wieso bestehen dann gewisse Einwände gegen eine Inspektion?

*Chruschtschow:* Wir sind nicht dagegen, wir sind für die Inspektion. Wer hat denn gesagt, dass wir dagegen sind?

*Dalgleish:* Aus der Information, die uns bei unserer Ankunft hier vorlag, geht hervor, dass dieser Vorschlag faktisch abgelehnt wurde.

*Chruschtschow:* Den Vorschlag der Arktisinspektion haben wir abgelehnt. Doch eine Inspektion überhaupt akzeptieren wir. Und unser Abrüstungsvorschlag hat diese Inspektion vorgesehen. Wieso haben wir die Arktisinspektion abgelehnt? Verstehen Sie uns richtig. Die Amerikaner, Sie sind ebenfalls Amerikaner, doch [ich meine hier] nicht Sie, sondern die andern, Ihre Nachbarn, die USA, so dass ich Sie bitte, nichts zu vermischen...

*Dalgleish:* Wir sind Nordamerikaner.

<sup>446</sup> Die beiden letzten Sätze sind im Dokument handschriftlich mit Vorbehalt versehen.

<sup>447</sup> Am 28. April 1958 hatten die USA im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf vorgelegt, dem zufolge zur Verhinderung von Überraschungsangriffen das arktische Gebiet nördlich des Polarkreises einer internationalen Inspektion unterstellt werden sollte. Die dort territorial präsenten Staaten wurden aufgefordert, sofort mit Verhandlungen zu beginnen. In einem ergänzenden Vorschlag Schwedens, dem sich die USA anschlossen, hieß es, derartige Verhandlungen könnten zugleich eine nützliche Grundlage sein für die Erörterung des Abrüstungsproblems auf einer Gipfelkonferenz. Die Frage, wie die Kontrolle technisch durchzuführen sei, blieb offen. Das solle in den Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten geklärt werden. Am 29. April lehnte Außenminister Gromyko den Vorschlag auf einer Pressekonferenz in Moskau als bloße Propaganda ab und kritisierte, dass man die Frage der Inspektion ohne gleichzeitige Behandlung der praktischen Schritte zur Abrüstung behandeln wolle. Zudem umfasse die gewünschte Inspektionszone ein großes Gebiet der Sowjetunion, aber keins der USA. Im Sicherheitsrat blockierte die UdSSR am 29. April mit ihrem Veto den amerikanischen Vorschlag. Am nächsten Tag unterbreitete der sowjetische Vertreter im Londoner Unterausschuss der UN-Abrüstungskommission einen Entwurf, sein Land komme den Westmächten durch die Bereitschaft entgegen, Luftaufnahmen in einem großen Gebiet zu akzeptieren. Während der Vorschlag der USA sich auf Alaska, den Nordostzipfel von Sowjet-Fernost, Norwegen, das Baltikum und Mitteleuropa beiderseits der Trennlinie von West und Ost bezogen hatte, schlug die UdSSR vor, dass Luftaufnahmen auf westlicher Seite über Alaska, über dem Hauptgebiet der amerikanischen strategischen Kräfte zwischen Pazifik und Mississippi sowie über allen NATO-Ländern auf dem europäischen Kontinent südlich des Ärmelkanals, der Nord- und Ostsee gemacht werden könnten, und wollte dafür auf seiner Seite die fotografische Aufklärung der weiten, aber militärisch unwichtigen sowjetischen Gebiete östlich des Baikalsees zugestehen.

*Chruschtschow*: Die Amerikaner lassen Bomber mit Atom- und Wasserstoffbomben an unsere Grenzen fliegen. Sie selbst sprechen darüber. Können Sie ermessen, was das bedeutet? Zwischen der UdSSR und den USA bestehen friedliche Beziehungen, wir haben mit den Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen, die USA aber schicken ihre Militärflugzeuge an die Grenzen der Sowjetunion. Was sollten wir tun? Sollten [auch] wir unsere Bomber mit Atom- und Wasserstoffbomben ausrüsten und durch die arktische Region an die Grenzen der USA schicken? Wohin würde das führen? Das könnte zum Ausbruch eines Krieges führen. Wir haben diesen Weg nicht beschritten.<sup>448</sup> Wir haben uns an die internationale Organisation, die UNO, gewandt und Protest gegen das Vorgehen der USA angemeldet. Wir haben Protest angemeldet, Sie sollten ebenfalls Protest anmelden und alle Staaten, die Frieden gewährleisten wollen, sollten Protest anmelden gegen diese provokatorischen Flüge.

Was aber haben die USA gemacht? Sie haben keinen Vorschlag eingebracht zur Verurteilung derjenigen, die provokatorische Flüge an unseren Grenzen unternehmen mit Wasserstoffbomben, sondern haben vorgeschlagen, eine Inspektion einzurichten, und [für die Zeit] nach Einrichtung dieser Inspektion haben sie zugesagt, lediglich zugesagt, nicht etwa die Flüge einzustellen, sondern die Anzahl der Flüge ihrer mit Atom- und Wasserstoffbomben bewaffneten Bombenflugzeuge zu reduzieren. Wird es für uns oder Sie denn die Sache leichter machen, wenn [jetzt] beispielsweise 100 Flugzeuge fliegen, und dann nicht [mehr] 100, sondern 80 oder 50 Flugzeuge fliegen. Sie fliegen doch noch, das heißt, die Provokation geht weiter. Wie können wir dem zustimmen? Dem kann nur ein Staat zustimmen, der nicht mehr die Fähigkeit besitzt, seine Interessen und Rechte zu verteidigen.

Danach haben die USA vorgeschlagen, eine Inspektion der Flüge durch die arktische Region einzurichten. Doch bei einem Blick auf die Karte stellt sich die Frage: Und die anderen Regionen, wo die Militärstützpunkte der USA liegen, sind sie für Überflüge freigegeben? Denn eine Inspektion allein in der arktischen Region gäbe allein den USA die Möglichkeit, in gewisser Weise eine Kontrolle zu errichten, damit es durch diese Region keine Flüge zum Territorium Amerikas gibt. Und auch dies bietet keine Garantie, weil das [zwar] die kürzeste Linie ist, es jedoch noch eine andere Linie gibt, die zwar weiter ist, aber Flüge erlaubt.

Wir möchten, dass die vorgelegten Vorschläge nicht nur die Interessen eines Landes oder der Gruppe der NATO-Länder betreffen, sondern auch die Interessen unseres Landes und der Länder des Warschauer Vertrages schützen. Wenn die Amerikaner die Flüge lediglich in der arktischen Region verringern, aber von der Türkei, von Westdeutschland, von Griechenland oder England, wo es Militärstützpunkte der USA gibt, weiter fliegen, wird es denn dadurch leichter für uns? Wie können Sie denn so über uns sprechen? Wenn wir diese Bedingungen annähmen, würde man uns in unserem Land nicht mehr respektieren. Das ist ein Ultimatum. Das ist eine Kapitulation. Doch wir sind nicht in so einer Lage, um solche Bedingungen zu akzeptieren. Wir wollen Verhandlungen führen, aber

<sup>448</sup> Die UdSSR konzentrierte ihre strategische Rüstung auf den Auf- und Ausbau der Raketensysteme. Daher verfügte sie nicht über die für solche Flüge benötigten Fernbomber.

nicht auf Ultimaten hören. Und es war für mich sehr bedauerlich, die Stellungnahme Ihres Premierministers zu lesen, der [sonst] sich bei seinen Stellungnahmen durch Nüchternheit auszeichnet, doch diesmal die unrichtigen Aktionen der USA nicht verstanden hat und mit einer Rüge der Position der Sowjetunion an die Öffentlichkeit getreten ist.<sup>449</sup>

Wir haben seinerzeit Vorschläge über die Einrichtung einer Inspektion vorgelegt, und diese Inspektion betraf den Fernen Osten, betraf die Arktis, betraf unsere Westgrenzen. Doch weder die USA noch die anderen Länder, die der NATO angehören, beantworteten diese Vorschläge, sie nahmen sie nicht an. Als die USA den Vorschlag machten, eine Inspektion in der Arktis einzurichten, war das offensichtlich gegen unsere Möglichkeit gerichtet, in dieser Richtung ballistische Interkontinentalraketen abzufeuern.

Ihnen ist sicher unser Vorschlag bekannt, den Abschuss von Interkontinentalraketen der Kontrolle zu unterwerfen, freilich unter der Bedingung, dass die Militärstützpunkte aufgelöst werden. Dem haben sich die USA widersetzt, und Kanada hat sie unterstützt.

*Dalgleish:* Ich verstehe das natürlich, doch braucht man einen Ausgangspunkt, man muss einen Anfang finden.

*Chruschtschow:* Wir wollten als Anfang einen Verzicht auf Wasserstoffwaffentests. Dieser Anfang ist harmlos, und wir haben Gegenseitigkeit erwartet. Dies wäre ein guter Anfang gewesen. Wie haben England und die USA reagiert? Sie machen weiter mit den Nuklearbombenexplosionen. Und da reden Sie nun davon, einen Anfang zu finden. Wie oft machen wir [schon] einen Anfang, und Sie reden von einem Anfang, machen aber selbst keinen.

*Dalgleish:* Wieder einmal geht es bei der Frage um die Inspektion.

*Chruschtschow:* Lassen sie uns eine Vereinbarung über diese Inspektion schließen. Ich bin überrascht: Das hier sind Geschäftsleute, und das Gespräch führt völlig davon weg.

*Dalgleish:* Ich werde in der UNO sein, deswegen möchte ich Ihren Standpunkt in der Abrüstungsfrage kennen.

*Chruschtschow:* Unseren Standpunkt kennen alle Spatzen in der ganzen Welt (lacht).

*Dalgleish:* Der Standpunkt ist klar, aber eine Vereinbarung ist nicht zustande gekommen.

*Chruschtschow:* Nötig ist eine Vereinbarung, aber kein Ultimatum. Wenn Sie warten wollen, bis wir ein Ultimatum annehmen, müssen Sie sehr lange darauf warten und werden damit keinen Erfolg haben. Es gibt Bucklige, und darunter sind nicht wenige, denen der Buckel nicht gefällt, doch sie können ihn nicht los-

<sup>449</sup> Die Stellungnahme von Premierminister John Diefenbaker (Progressive Konservative Partei) ließ sich nicht ermitteln. Generell befand er sich in voller politischer Übereinstimmung mit den USA.

werden und deswegen müssen sie mit dem Buckel leben. Schließlich müssen auch wir mit einem Buckel leben in Gestalt der NATO, SEATO<sup>450</sup> u. a.

*Dalgleish:* Ich wollte fragen, warum denn die Atomenergiebehörde der UNO nicht zur Durchführung der Inspektion dienen konnte.

*Chruschtschow:* Wir haben unsere eigene Regierung und sie weiß am besten, was ihr nützt und was nicht, und unsere Regierung regiert unser Land und nicht eine UNO-Behörde, sie wird nie unser Land regieren.

*Dalgleish:* Doch das gilt auch für mein Land, so wie das ebenso für die meisten zur UNO gehörenden Länder gilt.

*Chruschtschow:* Zur UNO gehören viele Länder, und auch wir gehören dazu, aber dort herrschen die USA, und sie geben den Ton an, deswegen können wir unsere Interessen nicht der Macht dieser Organisation überantworten, wir glauben nicht, dass sie dazu in der Lage ist, die Fragen unvoreingenommen zu regeln. Weiter verstehe ich nicht, was die Behörde hier soll? Welchen Bezug hat das zu unserer heutigen Begegnung? Wenn Sie ein Gespräch über die Behörde führen wollten, bin ich einfach nicht darauf vorbereitet, dieses Gespräch zu führen. Gehen Sie in unser Außenministerium und dort wird Ihnen das unser Mitarbeiter besser erklären als ich.

*Dalgleish:* Es fällt mir schwer zu glauben, dass Sie bezüglich der Atombehörde nicht informiert sind.

*Chruschtschow:* Ich weiß gut, wie die Produktion der Atomenergie erfolgt, wie Atom- und Wasserstoffbomben gemacht werden. Das weiß ich. Wie bei uns Raketen gemacht werden, das weiß ich, doch bezüglich der Behörde weiß ich nichts.

*Dalgleish:* Vielleicht wäre es, Eure Exzellenz, dann besser, zu einem anderen Punkt überzugehen, um schneller zu einer Übereinkunft zu gelangen?

*Chruschtschow:* Vielleicht haben wir bei einer anderen Sache mehr Glück? Gott gebe es.

Und vielleicht würden Sie diese einem anderen [Delegationsmitglied] überlassen? Bei uns gibt es Demokratie. Warum antworten denn nur Sie. Und die hier sitzen, die Geschäftsleute? Das ist ja neu bei der NATO.

*Dalgleish:* Mir hat die Gruppe nach einer Beratung das Recht übertragen, [für sie] zu sprechen, und mir die Fragen gegeben, die wir mit vielen Ihrer Leute diskutiert haben und die, wie wir angenommen haben, schneller zum Sich-Verstehen führen würden.

<sup>450</sup> Am 8. September 1954 hatten die USA, die Philippinen, Thailand, Großbritannien, Frankreich, Australien und Neuseeland in Manila die South East Asian Treaty Organization (SEATO) gegründet, um dem Vordringen des Kommunismus in Südostasien entgegenzutreten. Insbesondere sollten Südvietnam, Laos und Kambodscha vor einer Aggression geschützt werden, nachdem die Kommunisten in Vietnam die französische Kolonialmacht besiegt hatten und durch die Konstituierung eines eigenen Staates im Norden auf der internationalen Indochina-Konferenz zur überaus starken Regionalmacht geworden waren.

*Chruschtschow:* Ich will klären, was das ist: ein Interview mit einem Zeitungsredakteur oder eine Zusammenkunft mit Geschäftskreisen aus Kanada? Wenn das ein Interview ist, habe ich keiner Zusammenkunft mit Ihnen zugestimmt für ein Interview. Ich wollte mit Geschäftsleuten zusammenkommen und sie hören. Wenn Sie wie ein Zeitungsredakteur Fragen stellen, kann ich nichts sagen. Wir gehen an die Frage sachgemäß heran. Wenn Sie ein Interview haben wollen, werden wir das besprechen, und vielleicht werde ich dann eine Zeit bestimmen, um Ihnen das Interview zu geben. Falls Ihre Geschäftsleute keine Fragen an mich haben, dann kann auch unsere Zusammenkunft zu Ende sein. Das hier ist kein Gespräch mit Geschäftsleuten. Doch wir haben es begrüßt und sehr große Hoffnungen gesetzt auf die Objektivität und die Zusammenkunft. Das jedoch ist ein Interview. Er hat sich auf seine Fragen spezialisiert, doch ich habe keinerlei Interesse, mich in Ihrer Gegenwart auf eine Diskussion einzulassen.

*Dalgleish:* Vielleicht hört sich Eure Exzellenz die Frage an?

*Chruschtschow:* Ich habe gesagt, dass wir beschäftigte Leute sind, unser Land ist groß, wir sind Menschen der Tat; wenn es um geschäftliche Gespräche geht, werden wir unsere Aufmerksamkeit den geschäftlichen Gesprächen schenken; wenn Sie sich mit Unsinn beschäftigen wollen, entschuldigen Sie die groben Töne, habe ich keinerlei Wunsch, noch weiter zu diskutieren.

*Dalgleish:* Die zweite Frage ist geschäftlicher Art.

*Chruschtschow:* Ich möchte trotzdem die Stimme der Geschäftsleute hören, Sie aber erkenne ich nicht als einen Geschäftsmann an.

*Dalgleish:* Wenn die anderen Geschäftsleute darauf verzichten, so sind meine Fragen erschöpft.

*Alberts:* Sollten wir so etwas benötigen wie eine Konferenz am runden Tisch?

*Chruschtschow:* Bitteschön.

*Alberts:* Ich muss sagen, dass wir alle in dieser Gruppe, alle bis zum Letzten, mit besten Hoffnungen und mit offenem Herzen hier her gekommen sind. Herr Dalgleish redet nicht als Zeitungsmann, er hat einfach einige Fragen angesprochen, die, wie ich meine, auch uns, die hier Versammelten, berühren. Wir wären im Unrecht, wenn wir daran gedacht hätten, unsere heutige Zusammenkunft zu einer Art Gipfelkonferenz zu machen. Wir sind hierher in bester Absicht gekommen, um ein sachliches Gespräch zu führen.

*Chruschtschow:* Bitteschön.

*Alberts:* Wir sind eine Gruppe von Geschäftsleuten Kanadas. Wir haben so viele persönliche Interessen, dass es uns schien, wir würden Ihre Zeit über Gebühr in Anspruch nehmen, wenn alle zu Wort kämen. Herr Maksarjow, der unsere Gruppe betreut hat, ist in solchem Maße auf unsere Wünsche eingegangen, dass alle erfüllt worden sind. Alle waren sehr zufrieden, und wir sind sehr davon angetan, wie für uns gesorgt worden ist. Wir alle haben Herrn Maksarjow unsere

Eindrücke ausführlich mitgeteilt. Und wir müssen sagen, dass nur noch eins offen geblieben ist – das Treffen mit Ihrer Exzellenz. Verzeihen Sie uns, dass wir die Fragen klären wollten, die gestellt worden sind, weil sie für uns sehr wichtig sind. Wir hätten nicht gewollt, dass Sie sich den Leiter einer jeden Gruppe von uns anhören müssten. (Bewegung [im Saal]). Sie sehen, wie unsere Leute reagiert haben, sie wollen Ihre Zeit nicht über Gebühr beanspruchen.

*Chruschtschow:* Maksarjow hat mir von seinem Gespräch mit Ihnen erzählt. Er hat mir gegenüber seine Begeisterung über das Zusammentreffen mit Ihnen zum Ausdruck gebracht, und deswegen habe ich es ebenfalls für nötig erachtet, mit Ihnen zusammenzukommen und zu hören, was Sie zu sagen haben. Aber ich habe ein einigermaßen feines Gefühl für die Fragen von Redakteuren, weil ich nicht nur einen Redakteur empfangen und ihre Winkelzüge kenne. Wir schätzen die Presse sehr, geben ihr aber trotzdem nicht die Möglichkeit, uns ihre Fragen aufzutragen zu lassen, wir wollen mit Ihnen ein Gespräch führen und kein Interview geben.

Zudem sind wir Geschäftsleute (ich zähle mich ebenfalls zu den Geschäftsleuten), ich habe nichts mit einem Zeitungsredakteur zu tun, er gibt mir keine Aufträge, und ich gebe ihm keine. Folglich verdient er weder etwas an mir noch ich etwas an ihm.

[Zuruf] vom Platz aus: Genauso ist es, wir sind auch deshalb hier her gekommen, um Geschäfte zu machen.

*Chruschtschow:* Dann lassen Sie uns [darüber] sprechen, wir sind bereit.

Sie haben sich über unser Entwicklungsprogramm für die Chemieindustrie informiert. (Bewegung [im Saal]).

Wir haben vor, im Lauf von acht Jahren 200 Mrd. Rubel in sie zu investieren. Wer von Ihnen kann sich an dieser guten Sache beteiligen? Wer kann Aufträge beim Bau von Anlagen für Kunststoffwerke übernehmen? Wer ist bereit, uns dafür Kredite zu geben, um daran gut zu verdienen? Wir heißen diese Leute willkommen. Doch von einem Redakteur werden wir dafür nichts bekommen. Er bekommt von mir mehr, als ich von ihm bekomme. Aber ich will, dass der Vorteil gegenseitig ist.

[Zuruf] vom Platz aus: Wir sind immer zu gegenseitig vorteilhaften Geschäften bereit.

*Chruschtschow:* Da kann man sogleich ein geschäftliches Herangehen sehen.

*Graham:* Ich möchte mich mit Folgendem an Sie wenden. Ich vertrete die Gruppe für das Bauwesen. Wir schätzen die uns gebotenen Möglichkeiten sehr und auch die geführten Gespräche über technische Fragen. Wir glauben, dass es für uns sehr vorteilhaft sein wird, in dieser Hinsicht weiter mit Ihnen zu arbeiten.

*Chruschtschow:* Das ist richtig. Offenbar gibt es hier [auch] Vertreter der Forstindustrie. Unsere Fachleute der Forstindustrie sind nach Kanada gereist und mit dem Besuch in Kanada sehr zufrieden gewesen, sie haben viel Interessantes

gesehen. Unser Minister für Fischindustrie ist nach Kanada gefahren und ist sehr zufrieden zurückgekommen. Insgesamt sind wir, wenn Kontakte zu Kanada und zu kanadischen Industriellen geknüpft wurden, immer damit zufrieden gewesen. Eben deswegen wollte ich mit Ihnen zusammentreffen, aber dabei hat sich gezeigt, dass Sie nicht selbst zu reden begannen, sondern einen Redakteur nach vorne schickten, mit dem zu reden ich nicht motiviert bin. (Heiterkeit).

*Alberts:* Vielleicht möchten Sie an das kanadische Volk irgendeine Botschaft richten, die wir nach der Rückkehr in die Heimat übermitteln können.

*Chruschtschow:* Ich mache das gern. Ich möchte Ihnen in meinem Namen und dem der hier anwesenden Genossen sowie der Sowjetregierung sagen, dass wir mit Kanada und mit dem Volk Ihres Landes die besten Beziehungen haben wollen. Wir haben keine Ansprüche gegenüber Kanada und der Regierung Kanadas. Unser einziger Einwand ist, wovon ich schon gesprochen habe, dass so ein gutes und friedliebendes Land in eine so schlechte Organisation wie die NATO hat hineinziehen lassen. Doch das ist Ihre Sache. Wir können mit Ihnen mitfühlen, aber Ihnen [dabei] nicht helfen. Wollen wir hoffen, dass Sie, nachdem Sie darauf viel Geld verschwendet haben, auf diese Organisation spucken und Ihrer Beteiligung ein Ende machen. Und je eher das geschieht, desto nützlicher wäre es für Sie, für alle Menschen [und] für die Sache des Friedens.

Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, gegen irgendwen Krieg zu führen, wir sehen dazu keinen Anlass. Alles, was der Mensch braucht, haben wir zu Hause. Und wenn wir etwas nicht haben, sind wir bereit, es auf der Grundlage des gegenseitigen Warenaustausches zu kaufen. Was kann uns ein Krieg bringen außer Zerstörung? Was nützt uns das? Wozu sollen wir, nehmen wir einmal an, Kanada erobern? Was bringt uns das? Wozu sollen wir das machen? Sie haben Weizen, und wir haben davon nicht weniger, sondern sogar mehr. Wir kaufen Weizen bei Ihnen, aber wir verkaufen ihn auch selbst. Sie haben viele Wälder, aber wir haben offenbar noch mehr. Na, was haben Sie denn noch? Was haben Sie noch für Reichtümer? Kupfer, Nickel. Wir haben sicherlich mehr davon. Sie haben Erdöl, wir haben davon mehrmals so viel. Sie haben Wasserkraftwerke, man steckt aber Wasserkraftwerke nicht in die Tasche, sie bleiben bei Ihnen. Wir haben eigene Wasserkraftwerke. (Bewegung [im Saal]). Was brauchen wir also! Einfach einen Krieg zu beginnen aus Lust, Menschen zu töten? So ein Handwerk betreiben Räuber, doch wir sind ehrliche Leute.

[Zuruf] vom Platz aus: Wir sind ebenfalls ehrliche Leute.

*Chruschtschow:* Wir wissen das und schätzen Sie deswegen. Bei Ihnen in Kanada leben über 300 000 Ukrainer, die aus der Ukraine gekommen sind. Es heißt, dass diese Leute auch jetzt noch Sehnsucht nach ihrer Heimat haben. Wir wissen, dass Sie eine hoch entwickelte Industrie haben.

Sich an Herrn Latman wendend sagt Gen. Chruschtschow: Mir hat Gen. Maksarjow gesagt, dass Sie eine Firma für Landmaschinen vertreten. Gen. Matzkjewitsch, der bei Ihnen war, erzählte von Ihnen, dass Sie ihn fasziniert haben. Sie haben unsere Hochachtung.

*Latman:* Wir haben die Verhandlungen fortgesetzt und führen sie auch jetzt weiter. Wir glauben, dass wir sehr bald eine Vereinbarung erzielen werden.

*Chruschtschow:* Gen. Maksarjow sagte mir jetzt, dass Sie bei uns eine Ausstellung Ihrer Maschinen organisieren wollen. Wir begrüßen das.

*Latman:* Wir sind dabei, das zu diskutieren.

*Chruschtschow:* Sehr gut. Sehen Sie, wie viel besser es mit dieser Seite (zeigt auf Latman) geht als mit der (zeigt auf Dalgleish). (Bewegung [im Saal], Heiterkeit).

*Latman:* Ich muss sagen, dass Herr Dalgleish als Vertreter unserer ganzen Gruppe gesprochen hat. Wir haben nur gemeint, Zeit zu sparen, wenn wir einen auswählen, der alle unsere Fragen stellt.

*Chruschtschow:* Und Sie gestatten mir, meine Meinung zu sagen. Ich glaube, dass Sie auf demokratische Weise diesen Herrn ausgewählt haben, um Verhandlungen mit uns zu führen. Aber wissen Sie, manchmal gibt es einen Missgriff. Aber das ist Ihre Sache. Der Ton in den Worten, die wir zu Beginn unseres Gesprächs gehört haben, erinnert an so etwas wie die „Stimme Amerikas“, und wir haben dazu eine besondere Beziehung.<sup>451</sup>

*Latman:* Wir haben gemeint, dass Herr Dalgleish als Zeitungsherausgeber die Gedanken besser darlegen kann, weil das sein Beruf ist.

*Chruschtschow:* Ich habe nichts gegen Herrn Dalgleish.

*Alberts:* Eine ernste Frage. Ich weiß, dass wir Ihnen viel Zeit nehmen.

*Chruschtschow:* Bitteschön, die Zeit ist mir nicht zu schade für etwas Nützliches; wir sind zufrieden mit der Zusammenkunft mit Ihnen.

*Alberts:* Die Frage lautet wie folgt. Was würden Sie von einem Austausch von Studenten und Technikern zwischen unseren Ländern halten?

*Chruschtschow:* Wir sind bereit, über einen Austausch Verhandlungen zu führen und eine Vereinbarung zu treffen. Ich will Ihnen sagen, ich lese einiges, was man in den USA über unser Land schreibt. In Amerika äußert man jetzt den abstrusen Gedanken, die Sowjetmacht werde zugrunde gehen, weil zu viele Leute eine höhere und mittlere Ausbildung erhalten. Nun denn, gehen wir unserem „Untergang“ entgegen und tun wir alles dafür, dass noch mehr Leute eine höhere und mittlere Ausbildung erhalten. (Bewegung [im Saal], Heiterkeit).

*Dalgleish:* Wir wünschen Ihnen so einen „Untergang“.

*Latman:* Die Sache ist die, dass es Leute gibt, die sich gegenseitig einfach nicht verstehen, und deswegen wollen wir auch Besuche austauschen, um uns gegenseitig zu verstehen.

<sup>451</sup> Der Sender „Voice of America“ wandte sich an Hörer im Ausland jeweils in ihrer Sprache. Nach sowjetischer Auffassung war er ein Organ übler Hetze, deren Verbreitung man mit Störsendern zu verhindern suchte.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Es müssen so viel wie möglich von Ihren Leuten zu uns kommen und von unseren Leuten zu Ihnen. Wir werden uns dann besser kennen, wir werden sehen, dass wir uns von den gleichen Lebensmitteln ernähren wie Sie auch, und dass wir keine Raketen schlucken.

*Vom Platz:* Aber bei uns trinkt man lieber Kognak. (Bewegung [im Saal], Heiterkeit).

*Chruschtschow:* Nun, das ist Gewohnheitssache; bei uns trinkt man lieber Wodka. (Heiterkeit). Ich habe mit Anastas Iwanowitsch [Mikojan] Ihren Whisky probiert, er hat uns aber nicht geschmeckt. (Bewegung [im Saal], Heiterkeit).

[Zuruf] vom Platz aus: Ihr Wodka hat uns sehr gut geschmeckt.

*Chruschtschow:* Danke. (Bewegung [im Saal], Heiterkeit).

*Maksarjow:* Sie haben uns gefragt, ob Sie uns nicht unseren ganzen Wodka weggetrunken haben. (Heiterkeit).

*Chruschtschow:* Sie sind umhergereist und haben sich nach Möglichkeiten umgesehen, etwas zu verdienen. Schließlich befassen sich Geschäftsleute selten bloß mit Tourismus.

*Latman:* Und wir haben auch keine Touristen sein wollen.

*Chruschtschow:* Deswegen würden wir gerne mit Ihnen Geschäftsbeziehungen knüpfen.

*Latman:* Ich habe dazu schon den Anfang gemacht.

*Chruschtschow:* Ich muss Ihnen offen sagen, und ich denke, dass Sie uns verstehen werden. Unsere Wirtschaftsbeziehungen können sich nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit entwickeln, d. h. unter der Bedingung, dass Sie sowohl kaufen als auch verkaufen werden; wenn Sie aber lediglich zu verkaufen suchen, haben wir nichts, womit wir bezahlen können.

*Eaton:* Gegenwärtig werden nach London Muster Ihrer Waren, [Ihrer] Konsumgüter, versandt, ich muss aber erklären, dass alles eine Frage der Qualität und der Preise ist.

*Latman:* Herr Eaton hat im Blick, dass die Muster und Kataloge Ihrer Waren jetzt nach London gehen, damit man sie sich anschauen und bei Ihnen kaufen kann.

*Chruschtschow:* Wir werden uns nicht auf Prahlerei verlegen; vielleicht benötigen einige Waren eine Verbesserung ihrer Qualität, sagen Sie es uns, und wir richten unsere Industrie darauf aus, wir werden die Waren liefern, die Sie zufrieden stellen werden.

Sich an Latman wendend: Ihre Landmaschinen habe ich nicht gesehen, mir hat aber Gen. Mazkjewitsch gesagt, dass sie sehr gut sind.

*Latman:* Zurzeit befinden sich 124 unserer Maschinen in Ihrem Land, die der Prüfung unterliegen.

*Chruschtschow:* Gute Maschinen. Insgesamt sind unsere Delegationen von den Reisen nach Kanada und dem, was sie dort gesehen haben, hochzufrieden zurückgekommen.

*Latman:* Ich selbst habe einige Ihrer Leute empfangen, und ich muss sagen, dass wir sehr gute Zusammenkünfte gehabt haben.

*Chruschtschow:* Na, was hatten Sie für einen Eindruck? Sehen wir so aus, als würden wir Kinder essen? (Heiterkeit).

*Alberts:* Genauso haben wir uns Sie vorgestellt, Herr Chruschtschow. Deswegen sind wir Herrn Maksarjow sehr dankbar für sein Bemühen, eine Zusammenkunft mit Ihnen zu arrangieren.

*Chruschtschow:* Aber im Ausland hat man die Vorstellung, dass wir auch davon leben, dass wir Kinder essen. Wir sind aber Leute, die selbst Enkel und Enkelinnen haben, wir leben gerne [und] wissen, was Leben ist.

*Alberts:* Sind wir, die wir hier am Tisch sitzen, etwa böse Kinder? (Heiterkeit).

*Chruschtschow:* Das wäre eine großartige Genossenschaft, ich würde ihr gern angehören. (Heiterkeit).

[Zuruf] vom Platz aus: Wir machen Sie zum Ehrenmitglied.

*Chruschtschow:* Ich würde mir Mühe geben, Sie würdig zu vertreten. Wie mir das gelingen würde, lässt sich schwer sagen, aber ich würde mir Mühe geben, Ihre Hoffnungen zu rechtfertigen. (Heiterkeit).

*Alberts:* Gestatten Sie nochmals, unseren Dank zum Ausdruck zu bringen Ihnen und Herrn Maksarjow gegenüber, der so viel unternommen hat, um die Zusammenkunft mit Ihnen zu organisieren, sowie gegenüber seinen hervorragenden Mitarbeitern, die alles getan haben, um uns zufrieden zu stellen.

*Chruschtschow:* Ich habe Auskünfte [bekommen], dass zu Anfang nicht alles gut gelaufen ist. Als Sie angereist sind, gab man Ihnen einen schlechten Bus. Ihre Wünsche, in welche Regionen Sie fahren wollten, und was Sie dort sehen wollten, wurden nicht berücksichtigt, man gab Ihnen so etwas wie eine Reiseroute, die Sie zu absolvieren hätten. Das war natürlich schlecht. Zu Beginn gab man Ihnen nicht die Möglichkeit, die Werke und Fabriken zu besichtigen, die Sie sehen wollten. Das wurde uns berichtet, wir haben diejenigen, bei denen dies nötig war, korrigiert und gesagt, dass man [das Gewünschte] zeigen muss. Wir hatten uns nicht gut genug vorbereitet, haben aber alles umgehend korrigiert, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, unser Land so gut wie möglich kennen zu lernen. (Bewegung [im Saal], Beifall). Wir bitten Sie, uns zu besuchen, wann immer Sie das wünschen. Ich begrüße noch einmal Ihre Schritte hinsichtlich der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen. Wir sind bereit, Aufträge zu vergeben und Aufträge entgegenzunehmen.

Ich würde heute schlecht schlafen, wenn ich mir nicht die Frage angehört hätte, die Ihr Beauftragter, den Sie hier so gut charakterisiert haben, stellen wollte. Vielleicht habe ich mich zu sehr ereifert. Ich will mir den Redakteur anhören, sicherlich wird er eine gute Frage stellen. (Heiterkeit). Ich orientiere mich an die-

ser Vorstellung: Wenn ihn so gute, respektable Leute zu ihrem Sprecher gewählt haben, kann er nicht schlecht sein. (Beifall). Bitte, stellen Sie Ihre Frage, und wenn Sie wollen, nicht nur eine.

*Dalgleish:* Sie haben diese Frage schon von Herrn Alberts gehört, sie bezieht sich auf den Austausch von Studenten und technischen Experten.

*Chruschtschow:* Ich sehe, Sie haben noch Fragen, die in Ihrem Büchlein notiert sind. (Heiterkeit, Bewegung [im Saal]). Danach wird unser Verhältnis wohl noch besser werden.

*Dalgleish:* Es war auch nie schlecht.

*Chruschtschow:* Aber Aufträge wird man natürlich von Ihnen nicht bekommen.

*Alberts:* Höchstens für Zeitungspapier.

*Chruschtschow:* Sicherlich haben Sie selbst viel. Wir können es verkaufen, aber wir selbst kaufen es in Finnland.

*Dalgleish:* Wir können ebenfalls Zeitungspapier verkaufen.

*Chruschtschow:* Bitteschön, wenn der Preis annehmbar ist und die Qualität besser, können wir handeln. (Heiterkeit).

*Dalgleish:* Die Preise sind sehr hoch.

*Chruschtschow:* Wenn die Preise hoch sind, werden wir dort kaufen, wo sie niedriger sind; wir werden abwarten, bis die Preise für Ihr Papier niedriger sein werden.

*Dalgleish:* Wir haben noch eine Frage, die uns aus reiner Neugier interessiert.

*Chruschtschow:* Bitteschön, hier sind alle Fragen möglich, und wir werden wegen keiner Frage gekränkt sein.

*Dalgleish:* Es handelt sich um den Besuch Nassers.<sup>452</sup> Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat Kanada den Vorschlag unterstützt, UNO-Streitkräfte zum Zweck der Friedenssicherung im Mittleren Osten aufzustellen. Wir möchten, dass als Ergebnis des hiesigen Besuchs von Präsident Nasser die Aussichten auf Frieden im Mittleren Osten<sup>453</sup> näher rücken und stabiler werden.

<sup>452</sup> Abdel Nasser, der seit dem Zusammenschluss Ägyptens und Syriens zur Vereinigten Arabischen Republik im Februar 1958 zum Staatspräsidenten beider Länder geworden war und zusammen mit den Regierungschefs von Indien und Jugoslawien in der Blockfreienbewegung eine führende Rolle spielte, hielt sich seit Ende April 1958 in Moskau auf und wurde dort von Chruschtschow in jeder Weise hofiert und umworben. Eines der Motive dafür war, dass er die Fühler zu den USA ausgestreckt hatte, die mit ihrem politischen Eingreifen im Herbst 1956 die militärische Aktion der Briten und Franzosen zur Besetzung der Suezkanal-Zone und den israelischen Angriff gegen Ägypten beendet hatten und von denen man sich in Kairo größere materielle Unterstützung versprach als von den UdSSR.

<sup>453</sup> Sowjetische Waffenlieferungen an Ägypten hatten im Westen schon 1955 Besorgnis hervorgerufen. Am 30. Januar 1957 hatte sich Präsident Eisenhower zu der Erklärung veranlasst gesehen, die USA seien bereit, den Mittleren Osten – gemeint waren die dortigen westlich orientierten Staaten Libanon, Irak und Jordanien – vor Bedrohungen zu verteidigen. Der Kreml hatte einige Zeit später mit dem Vorschlag eines Einmischungsverzichts der auswärtigen Mächte in der Region

*Chruschtschow:* Ich habe nicht gehört, dass die Araber einen militärischen Angriff auf irgendwen verübt hätten. Bisher ist die Geschichte voll davon, dass die Europäer ständig auf die Araber einschlagen. Wenn man also erwarten würde, dass die Araber einen Weltkrieg entfesseln, kann man, so denke ich, noch 300 Jahre in Ruhe leben und sicher sein, dass es keinen von den Arabern entfesselten Krieg gibt. Die Araber wollen keinen Krieg führen und, die Hauptsache, sie können keinen Krieg führen, sie wollen nur Frieden. Es raubt sie aus, wer immer das will. Bislang zahlen sie dafür mit ihren Reichtümern. Nasser hat weder früher noch jetzt Tendenzen gezeigt, welche die Existenz irgendeiner Bedrohung von seiner Seite gegenüber irgendeinem Staat belegen würden. Und dafür, dass er nicht die Absicht hat, Kanada anzugreifen, kann ich mit meinem Kopf bürgen. (Bewegung [im Saal], Heiterkeit).

*Dalgleish:* Ich habe die friedliche Entwicklung im Auge. Welcher Art werden denn die Entwicklungsperspektiven für den Mittleren Osten unter wirtschaftlichem Aspekt sein?

*Chruschtschow:* Für wen soll ich auf diese Frage antworten: Für mich, für Nasser oder noch für einen anderen?

*Dalgleish:* Für Sie selbst.

*Chruschtschow:* Wie ist dann Ihre Frage zu verstehen? Ich weiß nicht, was Nasser im Handel zu bieten hat und was er kaufen muss. Wir selbst haben so viele eigene Probleme, mit denen wir, Gott gebe es, fertig werden müssen.

*Dalgleish:* Bei uns ist der Eindruck entstanden, dass der Mittlere Osten eine Region ist, in der die Sowjetunion erfolgreich Handel treibt.

*Chruschtschow:* Wir verkaufen und kaufen. Aber Gen. Mikojan kennt die Handelsfragen besser.<sup>454</sup>

*Mikojan:* Wir treiben den Handel zu normalen Bedingungen. Wir drohen nicht, deswegen treibt man gern mit uns Handel.

*Dalgleish:* Ich meine, ob es Aussichten auf Entwicklung eines Tauschhandels<sup>455</sup> gibt, an dem sich Kanada beteiligen könnte.

*Chruschtschow:* Mit Ägypten?

*Dalgleish:* Ja, im Sinne eines Dreiecks: die UdSSR – Ägypten – Kanada.

*Chruschtschow:* Das ist ein interessanter Gedanke. Aber ich weiß nicht, welche Waren das sein könnten. Falls Sie Interesse an Baumwolle haben, sind wir bereit, uns an so einem Handel zu beteiligen.

reagiert. Als „Mittleren Osten“ bezeichnete man in Großbritannien und Nordamerika, was in den kontinentaleuropäischen Ländern „Naher Osten“ genannt wurde.

<sup>454</sup> Anastas Mikojan war als Außenhandelsminister dafür zuständig.

<sup>455</sup> In Anbetracht ihrer Devisenknappheit war die UdSSR in aller Regel auf einen bilateral ausgeglichenen Handel angewiesen, der gewährleistetete, dass sie ihre Einfuhren jeweils mit gleichwertigen Ausfuhren bezahlen konnte. Das war im Warenverkehr mit den westlichen Industrieländern schwierig, weil deren Qualitätsansprüche weithin nicht befriedigt werden konnten.

*Dalgleish:* Wir in Kanada nehmen an, wir sind in dieser Hinsicht ein junges Land und haben keine Erfahrungen in der Handhabung des Tauschhandels, doch wir sollten damit anfangen.

*Chruschtschow:* Ich denke, dass Ägypten wenig Waren hat, die wir benötigen. Baumwolle haben wir ebenfalls, Ägypten hat wenig Erdöl und überdies verkaufen wir Erdöl selbst. Was noch? Reis. Wir kaufen bei ihnen Reis und verkaufen Weizen. Wir kaufen Bananen, Apfelsinen, Zitronen, Feigen, aber das alles in kleinen Mengen.

*Roman:* Kann ich noch eine Frage stellen?

*Chruschtschow:* Bitteschön.

*Roman:* Ich vertrete die Uran-Industrie, interessiere mich aber auch für die Landwirtschaft und möchte gern wissen, ob es für die kanadische Seite eine Möglichkeit gibt, Ihnen Herdbuch-Rinder zu verkaufen.

*Chruschtschow:* Diese Frage kann für uns von Interesse sein, weil es gegenwärtig nötig ist, die Rasse zu verbessern und die Produktivität der Viehhaltung zu steigern. Diese Frage ist aktuell.

*Roman:* Das kanadische Rind ist ganz reinrassig, hinsichtlich der Produktivität übertrifft es sogar das amerikanische [Rind].

*Chruschtschow:* Vielleicht. Auf die Beantwortung dieser Frage bin ich wenig vorbereitet. Unsere Experten, die in Kanada waren, haben Ihrer Landwirtschaft ein gutes Zeugnis ausgestellt, und Ihr Namensvetter (Gen. Chruschtschow zeigt auf Eaton) hat uns einen Bullen geschenkt, der sich, wie es heißt, durch viele Qualitäten auszeichnet.<sup>456</sup>

*Eaton:* Ich denke nicht, dass Sie auf mich anspielen, damit ich Ihnen eine Kuh schicke. (Heiterkeit).

*Chruschtschow:* Sie haben richtig verstanden, ich mache tatsächlich keine Anspielung. Wenn wir etwas brauchen, sind wir in der Lage, es zu kaufen. Das sind die besten Beziehungen. Wir leben nicht von Geschenken.

Gibt es noch Fragen? Ich möchte wissen, ob alle Fragen, die Sie mir stellen wollten, gestellt worden sind? Ich habe Ihnen alle Ihre Fragen beantwortet. Gibt es keine gegenseitigen Einwände?

*Dalgleish:* Nein.

(Bei allgemeiner Bewegung [im Saal] tauschen Gen. Chruschtschow und Dalgleish einen Händedruck aus. Beifall).

*Chruschtschow:* Ende gut, alles gut. Ich danke Ihnen, dass Sie unser Land besucht haben, ich wünsche Ihnen Erfolge, ich wünsche Ihnen, Ihrem Volk und Ihrem Land Wohlergehen; ewigen Frieden wünsche ich Ihrem und unserem

<sup>456</sup> Die Rede ist vermutlich von dem amerikanischen Geschäftsmann und Investment-Banker Cyrus Eaton, mit dem die sowjetische Führung Kontakt hatte in Zusammenhang mit den Pugwash-Konferenzen, die er initiierte und förderte.

Land, damit sich unsere Beziehungen verbessern und sich auf der Grundlage guten gegenseitigen Vorteils entwickeln.

Übermitteln Sie Ihrem Premierminister Grüße und beste Wünsche. Ich habe von ihm einen Brief als Antwort auf den Brief erhalten, den wir ihm geschickt hatten. Er stellt einige interessante Fragen. Insgesamt sind wir über seinen Brief befriedigt und bereiten eine Antwort vor, um ihm unsere Haltung verständlich zu machen. Die Frage betrifft genau den Vorschlag der Errichtung einer Inspektion in der Arktis. Am Anfang unseres Gesprächs haben wir Ihnen den Standpunkt der Sowjetunion dazu dargelegt. Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit. Auf Wiedersehen.

Das Gespräch dauerte 1 Stunde, 50 Minuten.

Übersetzung aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 569, Bl. 49-72

## **25. Rede Chruschtschows auf der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau am 21. Mai 1958**

Werte Genossen! Ich möchte die Ansicht der sowjetischen Delegation zum Ausdruck bringen zu der Frage, die in der Aufzeichnung des Gen. Ulbricht aufgeworfen wurde, die allen an dieser Beratung teilnehmenden Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien zugegangen ist.<sup>457</sup>

Wir haben uns mit dieser Aufzeichnung bekannt gemacht und messen ihrem Inhalt eine sehr große Bedeutung bei. Würde man absehen von der kommunisti-

<sup>457</sup> Die Aufzeichnung entsprach dem Inhalt des Schreibens, das vom Politbüro der SED am 13. Mai 1958 an Chrusčëv gerichtet worden war. Darin hatte Ulbricht die sowjetische Führung um eine „Aussprache über einige Grundfragen“ gebeten, „die mit der Perspektive der Entwicklung in der DDR und in Deutschland zusammenhängen“. Es sei die Lage entstanden, dass einerseits die DDR sich seit Mitte 1957 weiter stabilisiert habe, andererseits jedoch von den NATO-Beschlüssen sowie der Propaganda und der Staatsmacht Westdeutschlands stärkerer Druck ausgehe. Die Adenauer-Regierung suche diesen mit der – kürzlich beschlossenen – „Atomrüstung“ weiter zu verstärken, um mit Mitteln bis hin zur „Provokation des Krieges“ die „Eingliederung“ der DDR zu erreichen, doch zeige die „Volksbewegung gegen den Atomtod“, „dass die Möglichkeit besteht, einen politischen Umschwung herbeizuführen“. Um „zu weiteren Erfolgen in der Friedensbewegung zu kommen“, sei es notwendig, dass die DDR vor Abschluss der westdeutschen Aufrüstung im Jahr 1961 nicht nur ihre Friedenspolitik fortführe, sondern „auch durch den Stand der Lebenshaltung und die demokratische und kulturelle Entwicklung für die Arbeiterklasse und die Werktätigen anziehend“ werde. Das Konzept, die DDR zum sozialistischen Schaufenster gegenüber dem Westen zu machen, habe jedoch „bisher nicht durchgeführt werden“ können. Angesichts der so dargestellten Situation wurden die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten um materielle Hilfe für die DDR gebeten; nur dadurch könne man die politischen Ziele in Deutschland erreichen. Chrusčëv ließ sich von der Argumentation überzeugen und setzte sich für entsprechende Unterstützungsleistungen an die DDR ein. Dabei wandte er sich gegen die Ansicht, dass man in Ostdeutschland besser dran sei als anderswo. Das sei nicht das Kriterium, auf das es ankomme. Vielmehr gehe es um das übergeordnete Interesse des sozialistischen Lagers als Ganzem, in Deutschland als entscheidendem Land in der Mitte Europas den politischen Durchbruch zu erzielen.

schen Weltsicht und der kommunistischen Solidarität, auf die jeder Kommunist verpflichtet ist, könnten wir natürlich die ernstesten Fragen übergehen, die in dieser Aufzeichnung aufgeworfen werden. Doch wir Kommunisten können das nicht tun, weil es unserer internationalistischen Pflicht, unserem Verständnis der proletarischen Solidarität widerspricht. Uns der Prüfung und Regelung derartiger Fragen zu entziehen, ist für uns Kommunisten nicht möglich.

Es ist bekannt, dass die Völker der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und anderer Länder in den letzten Jahrzehnten zweimal der Invasion der Deutschen ausgesetzt waren, und sie haben zwei grausige, verheerende Kriege durchgemacht, die von den deutschen Militaristen entfesselt worden waren. Wenn wir von bloß nationalen Erwägungen auszugehen hätten, fänden sich natürlich viele Gründe dafür, um uns den Fragen zu entziehen, die unsere deutschen Genossen aufgeworfen haben, und dafür eine Erklärung zu finden: Wir haben angeblich selbst den Hals voller Sorgen. Mehr noch, will man den jetzigen Lebensstandard Ostdeutschlands zugrunde legen, ist er natürlich nicht niedriger als in den anderen sozialistischen Ländern, an die unsere Genossen aus der Deutschen Demokratischen Republik sich jetzt wenden, und er kann sogar noch höher sein als bei vielen Staaten. Auch wir selbst schließen uns aus dieser Liste nicht aus; bei einer ganzen Reihe von Konsumgütern besetzt die DDR jetzt einen bedeutend höheren Platz als die Sowjetunion.

Wenn wir uns erinnern wollen an die gewaltigen Verheerungen, welche die Deutschen im letzten Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion und anderer Länder angerichtet haben, und an die vielen Millionen von Menschenleben, die durch den Krieg jäh vernichtet worden sind, werden wir viele in sich schlüssige Gründe finden, die nicht nur unsere Ablehnung der Gewährung von Hilfe an die Deutschen rechtfertigen, sondern auch gerechten Zorn bei der Erinnerung an die Vergangenheit hervorrufen.

Aber wir Kommunisten haben auch die Pflicht, auf diese Dinge unter geschichtlichem Blickwinkel zu schauen. Wir müssen nach vorn blicken und unserer kommunistischen Bewegung den Weg frei machen, und deswegen sind wir dazu verpflichtet, von marxistisch-leninistischen Positionen aus an diese Fragen heranzugehen und die Vergangenheit so zu bewerten, dass sie uns nicht daran hindert, die vor uns stehenden Aufgaben richtig zu lösen, nicht daran hindert, unsere gemeinsame Bewegung voran, zum Kommunismus zu bringen.

Gestern hat der Vertreter der DDR in seiner Stellungnahme treffend gesagt, und auch in der Aufzeichnung steht es so, dass die DDR das Schaufenster der sozialistischen Länder zur kapitalistischen Welt ist. Die DDR ist, um es so auszudrücken, der Vorposten in unserem Kampf gegen den Kapitalismus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die DDR eine offene Grenze zur kapitalistischen Welt hat.<sup>458</sup> Das heutige Deutschland hat die Besonderheit, dass das deutsche Volk auf zwei Staaten verteilt ist, dass es in zwei Staaten lebt, die unterschiedliche Systeme haben. Und zwischen diesen Staaten verläuft keine geschlossene Grenze. Das

<sup>458</sup> Die Aussage bezieht sich darauf, dass nach Schließung der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland 1952 in Berlin weiterhin Freizügigkeit herrschte. Daher konnten sich Westbesucher ungehindert ein Bild von den Verhältnissen im Ostsektor machen.

macht die Lage der DDR und unserer deutschen Genossen viel komplizierter.<sup>459</sup> Darum müssen wir uns konkret und real in die Lage der kommunistischen DDR-Genossen versetzen, bei denen ziemlich schwierige Umstände entstanden sind.

Genossen! Die Arbeiterklasse und die Werktätigen unseres Landes haben als erste die sozialistische Revolution, die Große Oktoberrevolution, durchgeführt. Zu dieser Zeit waren unsere Menschen halb verhungert, barfuß und halb nackt; wir hatten damals einen sehr niedrigen Lebensstandard. Wenn man eine Analogie anführen könnte, so würde ich sagen, dass man unsere damalige Lage mit der vergleichen könnte, die vor kurzem das chinesische Volk durchgemacht hat, das ebenfalls unter schweren Bedingungen die Revolution und einen Befreiungskampf durchgeführt, seine Wirtschaft wiederhergestellt und umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung seines Staates getroffen hat.

Ich möchte gegen niemanden polemisieren und bitte um Entschuldigung, wenn ich etwas nicht so sage, wie es einige Genossen verstehen – einen zuvor ausgearbeiteten schriftlichen Text habe ich nicht, sondern ich habe mir nur einige Notizen gemacht, nach denen ich auch rede. Ich möchte unsere Position darlegen, wie wir, die Kommunisten der Sowjetunion, und insbesondere ich, einige Fragen verstehen, die von prinzipieller Bedeutung sind.

Da haben die Jugoslawen, vor allem Ranković,<sup>460</sup> in ihren Stellungnahmen, wie Sie sich erinnern werden, erklärt, einige Länder seien angeblich einer auf die Praxis ausgerichteten Einstellung<sup>461</sup> verfallen und wendeten der Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus nicht die nötige Aufmerksamkeit zu. Ich denke, dabei haben sie die Sowjetunion im Auge, und ich schließe nicht einmal aus, dass sie mich persönlich meinen. Und falls das so ist, bin ich stolz darauf, dass sie gerade mich so verstehen, und ich bin stolz, dass ich so eine Position beziehe.

Genossen! Als K[arl] Marx und F[riedrich] Engels die Theorie des Klassenkampfes formuliert und entwickelt haben und als Lenin unter veränderten Umständen – in der Periode der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus – diese Theorie weiterentwickelt hat, waren die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und die Wege zu dieser Eroberung anfänglich nur theoretisch gegeben. Unsere großen Lehrer haben gut genug begründet und dargelegt, wie die Arbeiterklasse und die Werktätigen dem Kapital die Macht entreißen können. Unter der Führung der vom großen Lenin geschaffenen bolschewistischen Partei und unter der direkten Führung Lenins haben die Arbeiterklasse und die Werktätigen Russlands in ihrem Land das Joch der Kapitalisten abgeworfen, die Macht in ihre Hand genommen und die Diktatur des Proletariats errichtet. Nach unserem Land haben auch Ihre Länder entschlossen den Weg der sozialistischen Ent-

<sup>459</sup> Die offene Grenze in Berlin erlaubte nicht nur einen Vergleich zwischen den Verhältnissen auf beiden Seiten, sondern gab auch unzufriedenen DDR-Bürger die – vielfach genutzte – Möglichkeit zur Abwanderung in den Westen.

<sup>460</sup> Aleksandar Ranković, enger Mitarbeiter Titos, jugoslawischer Innenminister, Chef des Geheimdienstes und der politischen Polizei.

<sup>461</sup> Im russischen Text steht *praktizm*. Dieser – im Deutschen nicht adäquat wiederzugebende – Ausdruck enthält den Vorwurf an andere Kommunisten, unter Missachtung der marxistisch-leninistischen Doktrin nach rein praktischen Gesichtspunkten zu handeln, die vorgeblich in die Irre führen.

wicklung beschritten. Für alle unsere Länder sind die Eroberung der Macht durch die Werktätigen und die Errichtung der sozialistischen Ordnung eine Etappe, die hinter uns liegt. Jetzt, Genossen, genügt es schon bereits nicht mehr, vor den Kapitalismus zu treten und die Überlegenheit der Theorie des Marxismus-Leninismus [mit Argumenten] nachzuweisen. In der Periode vor der Revolution hatten wir keine konkreten Möglichkeiten, die Vorteile des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus und die Vorteile der sozialistischen Wirtschaftslenkung praktisch zu demonstrieren. Damals hatten wir nur eine Möglichkeit: die revolutionäre Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus zu führen und die Vorteile des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus dadurch nachzuweisen, dass wir sie auf die theoretischen Prinzipien gegründet haben.

Jetzt jedoch, da sich die Staatsmacht in unseren Ländern in den Händen der Arbeiterklasse und des Volkes befindet, da wir sozialistische Staaten errichtet und in der Sowjetunion den Sozialismus aufgebaut haben, stoßen wir praktisch mit der kapitalistischen Welt zusammen und stehen auf allen Feldern der Entwicklung mit ihr in Wettbewerb. Jetzt, Genossen, müssen wir nicht nur die Stärke unserer theoretischen Prinzipien nachweisen, sondern all die materiellen Vorteile darlegen und umfassender enthüllen, die der Sozialismus der Arbeiterklasse und dem gesamten Volk bringt.

Schließlich verläuft in der Sowjetunion schon mehr als 40 Jahre lang die Entwicklung in sozialistischen Bahnen. In diesen Jahren ist eine gewaltige, eine wahrhaft titanische Arbeit geleistet worden, und unser Land hat beim Niveau der Produktion alle Länder der Welt außer den USA eingeholt, und wird jetzt mit Sicherheit auch diese stärkste kapitalistische Macht einholen. Sie wissen, dass wir jetzt nachdrücklich die Frage gestellt haben, die chemische Industrie und besonders die Produktion synthetischer Materialien und der daraus zur Deckung des Bedarfs der Volkswirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung produzierten Güter zu beschleunigen. Wenn wir die gestellte Aufgabe erfüllen, und daran haben wir keinen Zweifel, wenn wir jetzt die am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in der Pro-Kopf-Produktion einholen, nimmt dies den kapitalistischen Propagandisten die Möglichkeit, mit Fingern auf uns zu zeigen und zu sagen: Da sieht man, dass die Anhänger des Sozialismus viel über den Sozialismus und über den Wohlstand reden, den die Arbeiterklasse bei der Eroberung der Macht erhält, doch es sind schon 40 Jahre vergangen, seit sie an der Macht sind, und bei ihnen hat der Wohlstand für die Menschen immer noch nicht den Wohlstand erreicht, der vielen Menschen in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern geboten wird.

Ich werde jetzt nicht davon reden, womit wir anfangen mussten und was wir in der Zwischenzeit erreicht haben, als wir den gewaltigen Abstand beseitigt haben, der früher bestand. Jeder Unvoreingenommene, der die Lage der Dinge kennt, weiß, wie dieses Niveau früher war, und wie es jetzt ist. Aber das ist erst der Anfang, und wir schreiten jetzt mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts. Die Zeit ist nicht fern, da werden wir die am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder in der Pro-Kopf-Produktion nicht nur einholen, sondern auch überholen. Und dann werden alle sagen: Das ist der Sozialismus, das verschafft er der Gesellschaft, den Arbeitenden.

Daher, Genossen, dürfen wir uns nicht von der Entscheidung über diese Fragen ablenken lassen. Wenn wir jetzt mit dem Kapitalismus ringen, und wir müssen [mit ihm] ringen, weil wir Kommunisten sind, muss dieses Ringen vor allem anderen dazu führen, dass unsere Positionen umfassend gefestigt werden, dass unser Vorposten gestärkt wird. Und so ein Vorposten, wo im Westen die Welt des Sozialismus an die Welt des Kapitalismus angrenzt, ist die DDR.

Der Kampf, Genossen, geht jetzt darum, wer bietet dem Arbeiter, allen Menschen der Arbeit größere Wohltaten. Sehen Sie sich die Meldungen über die Abwanderung der Bevölkerung aus der DDR in den Westen an. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung, darunter auch die Jugend, geht aus der DDR nach Westdeutschland: Es gehen viele Arbeiter weg, sogar Parteimitglieder. Sind das denn Feinde der Arbeiterklasse, Feinde des Sozialismus? Nein, Genossen. Das sind Leute, die politisch noch nicht reif sind, welche die Lage im Kapitalismus und im Sozialismus nicht nach einer Analyse der theoretischen Prinzipien beurteilen, sondern nach dem konkreten Vergleich der materiellen Wohltaten: Was hat er in der DDR, und was kann er in Westdeutschland bekommen. So lautet die Frage.

Daher muss man besonders aufmerksam an die Frage der Hilfe für unsere Genossen aus der DDR herangehen, man muss diese Sache real betrachten. Wenn wir die Deutsche Demokratische Republik nicht unterstützen und sie in ihrem Kampf allein lassen, wird sie mit Westdeutschland nicht fertig. Mehr noch, und das dürfen wir nie vergessen, Westdeutschland steht nicht allein da. Wenn man sieht, wie viele Milliarden Mark und Dollar Westdeutschland von den Vereinigten Staaten von Amerika und von anderen kapitalistischen Ländern bekommen hat, oder bedenkt, was der „Marshall-Plan“ war, wird völlig klar, dass dies eine Art internationalistische Hilfe vonseiten der kapitalistischen Kreise der westlichen Länder für die Kapitalisten Westdeutschlands ist. Eine solche Hilfe und Unterstützung gewähren die amerikanischen Kapitalisten auch anderen europäischen Ländern, um den Kapitalisten dieser Länder zu helfen, ihre Herrschaft in diesen Ländern zu festigen, oder, anders gesagt, den Weg der Bewegung der Arbeiterklasse zu sperren, die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in den Ländern des Kapitals zu verhindern. So und nicht anders lautet die Frage, Genossen. Wir müssen auf Stärke mit Stärke reagieren. Und in diesem Fall meine ich nicht die bewaffnete Stärke. Jetzt die Waffen der einen Länder gegen die anderen einzusetzen, halten wir für falsch.

Folglich, die Frage des Kampfes auf friedlichem, wirtschaftlichem Gebiet, das ist die Frage, wer den Menschen mehr Wohltaten verschafft: die DDR oder Westdeutschland. Um es konkreter zu sagen, in diesen zwei Ländern entscheidet sich durch vergleichende Anschauung die Frage: Wer [besiegt] wen<sup>462</sup> – Kapitalismus oder Sozialismus? Natürlich lässt sich sagen, wenn man [auf die Dinge] nach den Maßstäben der Geschichte blickt, dass der Klassenkampf dadurch nicht verschwindet und die Theorie des Marxismus-Leninismus sich nicht verändert, dass der Sieg trotzdem letzten Endes auf der Seite der Arbeiterklasse sein wird. Natürlich ist das richtig, doch in diesem Fall geht es nicht um eine weit entfernte

<sup>462</sup> Die Frage: Wer wen [besiegt]? galt bei den Kommunisten seit Lenin stets als die zentrale Frage, die alle Überlegungen zu bestimmen hatte.

Perspektive, sondern um die konkrete Wirklichkeit des heutigen Tages, um das, was schon erreicht und erobert worden ist und was man nicht nur festigen, sondern auch weiterentwickeln muss.

Die erste Position, einige erste Stufen haben die Kräfte des Sozialismus in Deutschland schon erobert. Die 18 Millionen Deutschen, welche die Bevölkerung der DDR bilden, bauen ihren Staat auf sozialistischen Grundlagen auf, sie beschreiten den Weg der sozialistischen Entwicklung zusammen mit allen sozialistischen Ländern und lassen sich dabei von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten. Was nun, Genossen, sollen wir etwa den Rückzug antreten? Ich denke, unsere Pflicht ist es gerade, für den Klassenkampf und die Notwendigkeit der internationalen Unterstützung der [Arbeiter-]Klasse nicht nur verbal Verständnis und Anerkennung zu bekunden, sondern auch die erforderliche materielle Unterstützung unseren Klassenbrüdern, unserer gemeinsamen Sache – der Arbeiterklasse, den Werktätigen der DDR – praktisch zu leisten.

Was unsere Delegation betrifft, sind wir bereit, heute den Gürtel etwas enger zu schnallen, um unser gemeinsames sozialistisches Lager zu stärken, den Vorposten des sozialistischen Lagers zu stärken. Und wenn wir durch gemeinsame Anstrengungen unseren deutschen Genossen helfen, den Lebensstandard in der DDR höher zu steigern als in Westdeutschland, wird das eine Anziehungskraft schaffen, die den sozialistischen Einfluss, unsere marxistisch-leninistische Theorie, noch weiter [als bisher] verbreitet. Dann werden die Menschen die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Theorie erkennen nicht nur durch ihr politisches Bewusstsein, nicht nur durch den Vergleich der in den sozialistischen Ländern verfügbaren politischen Rechte und Bürgerrechte, sondern auch durch den Vergleich der materiellen und kulturellen Wohltaten, die ihnen der Sozialismus gibt, die der Kommunismus mit sich bringt. Sie [an die Zuhörer gewandt] wissen, dass die Fragen des Vorteils des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus vom Volk am leichtesten verstanden werden anhand der Lebensverhältnisse, der materiellen Wohltaten, der politischen Rechte und der Bürgerrechte, welche die sozialistische Ordnung dem Menschen gibt.<sup>463</sup>

Man darf nicht außer Betracht lassen, dass die marxistisch-leninistische Theorie anfangs nur einer relativ kleinen Zahl von Arbeitern und dem fortschrittlichen, revolutionären Teil der Intelligenz zugänglich war. Nehmen Sie Russland. Wie viele Kommunisten gab es dort, als die sozialistische Oktoberrevolution stattfand? 80 000 Kommunisten, und die Bevölkerung war damals bei über 140 Millionen. Doch dieser kleine Trupp war das geistige Zentrum der Revolution, die, gestützt auf die marxistisch-leninistische Lehre, den Klassenkampf gegen das damals in Russland herrschende gutsherrschaftlich-kapitalistische Joch der Ausbeuterklassen richtete. Dieser Trupp brachte den Willen von vielen Millionen Werktätigen Russlands zum Ausdruck und hatte ihre grenzenlose Unterstützung.

Vielleicht heißt es, Chruschtschow geht zu einfach an die Sache heran. Doch ich möchte so klar und eingängig wie möglich meine Auffassung zum Ausdruck

<sup>463</sup> Es folgt der durchgestrichene Satz: Das [die Art, wie das Volk den Vorteil des Sozialismus am leichtesten begreift] sollte man nicht übel nehmen.

bringen, ich möchte das Wesentliche des Problems hervorheben, damit wir nicht von der Erde abheben, damit wir uns unserer Klasse bewusst sind, sie verstehen, ihre vitalen Interessen richtig verstehen [und] die erforderliche Lösung aller vor uns Kommunisten stehenden Probleme finden.

Wenn ich das sage, polemisiere ich in gewissem Grad gegen die jugoslawischen Politiker, die sich auf grobe Weise von ihrer internationalen Pflicht abgewandt haben und die für uns heiligen Gefühle und Prinzipien der proletarischen Solidarität mit Füßen treten. Das haben sie unlängst besonders anschaulich demonstriert, als wir hier, an diesem Ort, letztes Jahr im November anlässlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution zusammengekommen sind. Sie haben sich sogar geweigert, sich an der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien zu beteiligen, sie haben die von dieser Beratung formulierte Deklaration nicht unterschrieben und, nachdem sie das Friedensmanifest unterschrieben hatten, haben sie sich davon auf ihrem BdkJ-Parteitag distanziert.<sup>464</sup>

Genossen, wir, die sowjetischen Kommunisten, verstehen die Lage so, dass es jetzt nicht genügt, von der Überlegenheit unserer revolutionären Theorie zu reden. Die marxistisch-leninistische Theorie gehört nicht nur den Theoretikern, wie es manche Buchgelehrten ein weiteres Mal meinen. Die Arbeiterklasse und das Volk in den sozialistischen Ländern haben unter der Führung ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien die Macht erobert und in ihren Ländern die sozialistische Ordnung errichtet. Die Theorie des Marxismus-Leninismus wird jetzt allen Menschen gehören, die sich in ihrem sozialistischen Land am kommunistischen Aufbau beteiligen.

Deswegen würde ich den Genossen Jugoslawen sagen: Sie argumentieren gerne mit der internationalen Pflicht, mit dem Kommunismus und allgemein mit den Kampf gegen den Imperialismus. Aber wie können Sie ernstlich den Imperialismus bekämpfen, wo das Stück Brot, das die Amerikaner Ihnen geben,<sup>465</sup> Ihnen das Maul stopft? Wie kann der Kapitalismus so eine Kraft ernst nehmen, die gegen ihn „kämpft“ und gleichzeitig von den Almosen der Imperialisten der USA lebt. Denn die Monopolisten der USA können jederzeit an die Adresse der jugoslawischen Politiker sagen: „Wir geben euch keinen Weizen, wenn ihr euch uns gegenüber nicht richtig verhaltet. Dann werdet ihr auf den Knien vor uns rutschen“.

Wir, die sowjetischen Kommunisten, haben nach dem Tod Stalins der praktischen Arbeit viel Aufmerksamkeit gewidmet, den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und den Fragen der richtigen Anwendung der reichen Möglichkeiten für einen starken Aufschwung aller Wirtschaftszweige des Landes. Und diese Ausrichtung auf die Praxis steht nicht im Gegensatz zur Ent-

<sup>464</sup> Die Vertreter des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdkJ) hatten nicht an den Beratungen der in den sozialistischen Staaten regierenden kommunistischen Parteien vom 14. bis 16. November 1957 teilgenommen, aber dem Friedensmanifest zugestimmt, das die Vertreter von 68 kommunistischen Parteien aus aller Welt anschließend auf ihrem Treffen vom 16. bis 19. November angenommen hatten. Darin war die Auffassung zum Ausdruck gebracht worden, die vereinte Aktion der „antiimperialistischen Kräfte“ könne den Ausbruch von Weltkriegen verhindern.

<sup>465</sup> Jugoslawien hatte nicht nur nach dem Bruch Stalins mit Tito 1948 die Wirtschaftsblockade der UdSSR und ihrer Gefolgschaftsstaaten mit amerikanischer materieller Unterstützung überstanden, sondern nahm auch nach der Aussöhnung mit Chruščëv 1955 zu dessen Leidwesen weiter Hilfe aus den USA entgegen.

wicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, sondern begleitet sie vielmehr. Aber sehen Sie selbst: 1948 hatten wir einen Dreijahrplan für die Entwicklung der Viehwirtschaft ausgearbeitet und angenommen. Die drei Jahre vergingen. An eine ganze Reihe von Funktionären wurden damals Orden vergeben (damals hat sich Malenkov mit der Landwirtschaft befasst), doch nichts im Land vermehrte sich, weder Milch noch Fleisch; im Gegenteil, der Viehbestand ist in diesen drei Jahren sogar zurückgegangen.

1955 haben wir einen Sechsjahrplan für die Entwicklung der Viehwirtschaft ausgearbeitet und entsprechende Beschlüsse gefasst. Im Januar sind seitdem drei Jahre vergangen. Und in diesen drei Jahren haben wir diesen Plan zur Erzeugung von Milch und Milchprodukten erfüllt. Widerspricht das etwa unserer Theorie? Würden wir uns hinsetzen und darüber nachsinnen, wie vom theoretischen Standpunkt aus die Entwicklung der Viehwirtschaft zu verstehen sei und was Marx, Engels und Lenin dazu gedacht haben, doch in der Praxis nichts zur erfolgreichen Erfüllung dieses Plans tun, würde uns das nicht weit bringen. Wenn unser Volk im sozialistischen Land keine Milch für die Kinder hätte, kein Fleisch hätte, nicht genug Brot hätte – das wäre eine Verhöhnung der Theorie des Marxismus-Leninismus und nicht ihre Festigung und Weiterentwicklung.

Ich muss viele Reden halten über Mais, Getreide [und] Futtermittel zur Entwicklung der Viehzucht. In manchen Ländern hat man mich kritisiert, ich sei ein Maisfanatiker.<sup>466</sup> Doch ohne diesen Mais wird es kein Futter für das Vieh geben, folglich wird es keine Milch, kein Fleisch und keine anderen für das Leben der Menschen nötigen Produkte geben, es wird auch keine Kleidung geben. Ohne das gibt es keine Gesellschaft, von der kommunistischen Gesellschaft gar nicht erst zu reden.

Daher läuft die Frage der auf die Praxis ausgerichteten Einstellung auf die Frage hinaus, wie man die Wirtschaft eines sozialistischen Landes unter den gegebenen Umständen am besten so einsetzen kann, dass eine größtmögliche Produktion je aufwendeter Arbeitseinheit gewährleistet wird, dass die Lebensbedürfnisse des Volkes besser befriedigt werden. Und das lehrt auch die Praxis, das Leben selbst, das lässt sich nur mit einer gekonnten Umsetzung der theoretischen Grundsätze in die Praxis erreichen. Und die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, die Werktätigen, der richtige Einsatz der materiellen Produktionsmittel, die in den Dienst des Volkes gestellt werden, und die Sicherung des höchsten Lebensstandards des Volkes in den sozialistischen Ländern – all das wird nur durch eine praktische Tätigkeit der kommunistischen Parteien erreicht, welche die Anstrengungen der Volksmassen in die nötige Richtung auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre lenken und organisieren. Eben das bedeutet die auf die Praxis ausgerichtete Einstellung.

Genossen, als in Sowjetrußland nach der Zerschlagung der Konterrevolution<sup>467</sup> der Plan der Elektrifizierung aufgestellt wurde, hat Lenin diesen Plan das

<sup>466</sup> Im Russischen steht *kukuruznik*, eigentlich = Maisbauer (abgeleitet von *kukuruzna* = Mais). Die hier gewählte Übersetzung soll den mitschwingenden Vorwurf zum Ausdruck bringen, Chruščëv, der den Maisanbau ständig propagierte und mit dem Anspruch eines Experten auftrat, sei darauf fixiert und habe für andere Getreidearten keinen Sinn.

<sup>467</sup> Gemeint ist der Sieg im Bürgerkrieg von 1918 bis 1921.

zweite Parteiprogramm genannt. Was heißt das? Das heißt, dass er zusammen mit der Theorie zur programmatischen Frage die Verwirklichung des praktischen Plans der Elektrifizierung des Landes gemacht hat, das heißt den Plan zur Hebung der Wirtschaft des Landes, um auf dieser Grundlage die Macht unseres sozialistischen Staates zu festigen, damit wir den Kräften der kapitalistischen Welt widerstehen können, eine stabile Wirtschaft und eine eigene starke Industrie schaffen, eine mechanisierte Großlandwirtschaft haben und den Lebensstandard der Werktätigen spürbar erhöhen. Wie hat sich Lenin denn auf die Praxis ausgerichtet? Ja, er, einer der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, hat sich mit den Fragen der Praxis, mit den Fragen des Staatsaufbaus, mit den Fragen der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft des Landes befasst. Es steht nicht den Jugoslawen zu, die sich selbst als Leninisten bezeichnen, mit Lenin in Fragen des Theorieverständnisses zu wetteifern. Gerade W[ladimir] I[ljitsch] Lenin war der Ansicht, dass sich die revolutionäre Theorie nicht von der revolutionären Praxis trennen lässt, dass Theorie und Praxis der kommunistischen Partei ein einheitliches Ganzes bilden.

Das, Genossen, sind einige Vorstellungen, die ich zu dieser Frage äußern möchte. Ich habe vielleicht meinem Charakter entsprechend eine gewisse Leidenschaft hineingebracht, vielleicht wäre hier ein professoraler Ton angebracht gewesen. Ich bitte um Entschuldigung. Mir lag daran, grundsätzlich mein Verhältnis zu der Sache zum Ausdruck zu bringen. Es ist natürlich Sache jeder Delegation zu überlegen, wie sie auf den Vorschlag der deutschen Genossen reagiert.

Ich bin von der Delegation der KPdSU und vom Präsidium des ZK bevollmächtigt zu erklären, wie wir die Frage sehen, die von der Delegation der SED aufgeworfen wurde. Wir werden sie unsererseits prüfen und alles, was in unseren Kräften steht, zu tun suchen, um keinen einzigen Schritt zurückzuweichen, sondern nur vorwärts zu gehen. Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus wird jetzt nicht nur mit der Waffe entschieden, sondern hauptsächlich durch den wirtschaftlichen Wettstreit der zwei Systeme. Dieser wirtschaftliche Wettstreit tritt am deutlichsten in Deutschland zutage. Ich würde so sagen: im Westen Deutschland, im Mittelosten, in Albanien. Ich rede nicht von Volkschina. China ist so ein Koloss, der mit seiner Revolution die ganze kapitalistische Welt erschüttert hat und weiter erschüttert mit seinen Erfolgen. Doch Albanien ist ein kleines Land. Es ist das sozialistische Vorbild für die muslimische arabische Welt, was große Bedeutung hat. Deutschland, das ist Westeuropa, das ist die westliche Welt. Wir müssen von unserer Seite alles tun, um die eroberten Positionen zu festigen und nicht zurückzuweichen. Und die Genossen, die an vorderster Front kämpfen, müssen in jeder Weise unterstützt und keinem willkürlichen Geschick überlassen werden.

Das ist alles, was ich zu dieser Frage sagen wollte.

Korrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 443, Bl. 146-160

## 26. Bemerkungen von Gen. N. S. Chruschtschow vom 21. Mai 1958 zum Entwurf einer Rede<sup>468</sup>

– Ich würde es so sagen, alle Länder des aggressiven NATO-Blocks haben jetzt zu berücksichtigen, dass die Entwicklung der Wissenschaft und die Entwicklung der Technik jetzt gleiche Bedingungen für alle industrialisierten und hoch entwickelten Länder bietet, die vollkommensten Vernichtungsinstrumente zu schaffen. Wenn daher die USA ihre Stützpunkte näher an unsere Territorien heranrücken, sollte jedem kultivierten Menschen mit Kenntnissen über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik klar sein, dass die Sowjetunion und die anderen Länder des Warschauer Zusammenschlusses die gleichen Mittel haben können oder schon haben. Deswegen sollte man jetzt nicht von der „Position der Stärke“ ausgehen, und dass die eine Seite die anderen einschüchtert. Dies führt nur zum Wettrüsten, und jedes Wettrüsten endet in einem Vernichtungskrieg. Davon, dass die Länder des Warschauer Pakts moderne Mittel besitzen, zu denen jedes Industrieland mit hoher Kultur, Wissenschaft und Technik Zugang hat, legt der Abschuss unserer Erdsatelliten<sup>469</sup> und unserer ballistischen Raketen Zeugnis ab. Deswegen sollte jeder vernünftige Mensch nüchtern an die Lage herangehen und sie richtig einschätzen und seinerseits alles dafür tun, um die Atmosphäre nicht anzuheizen, keine Umstände des Wettrüstens und der Annäherung an den Krieg zu schaffen, sondern alles daran setzen, um den Kalten Krieg zu liquidieren und wirklich zu gutnachbarlichen Beziehungen zwischen allen Ländern überzugehen.

– Es hat gewisse Erklärungen gegeben mit Gutachten amerikanischer Ärzte zur psychischen Verfassung.<sup>470</sup>

– Diese Vorschläge machen lediglich klar, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Politik „aus einer Position der Stärke heraus“ fortsetzen, und das können sie nur den Staaten vorschlagen, die auf diesem Standpunkt stehen, doch sie täuschen sich. Gegen jede Kraft wirkt eine Gegenkraft, und deswegen kann kein Staat, zumal wenn er über die Mittel zur Verteidigung seines Territoriums ver-

<sup>468</sup> Die Worte: „zum Entwurf einer Rede“ wurden handschriftlich hinzugefügt. Bei dem Text, auf den sich die nachstehenden Bemerkungen beziehen, handelt es sich vermutlich um einen Entwurf, den man Chruschtschow als Grundlage für eine weitere Stellungnahme auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau vom 20. bis 23. Mai 1958 vorgelegt hatte. Ein Anstrich am Anfang eines Absatzes in den nachstehenden Bemerkungen zeigt an, dass sich Chruschtschow zu einem weiteren Teil des – der Nachwelt in den Akten nicht überlieferten – Entwurfs äußerte.

<sup>469</sup> Am 4. Oktober 1957 hatte die UdSSR den ersten künstlichen Erdsatelliten gestartet, dem inzwischen noch zwei gefolgt waren.

<sup>470</sup> 2000 amerikanische Wissenschaftlern am 3. Juni 1957 in einem – von Linus Pauling initiierten – Appell den sofortigen Abschluss eines Abkommens zur Beendigung der Kernwaffenversuche wegen der durch diese Tests hervorgerufenen gesundheitlichen Schäden gefordert hatten. Das hatte in der Öffentlichkeit eine Diskussion ausgelöst, in deren Verlauf Genetiker am 4. Juni 1957 vor einem Kongresskomitee aussagten, es gebe nichts, was man als ungefährliche Bestrahlungsdosis ansehen könnte. Es sei daher zu erwarten, dass die jetzt der Radioaktivität ausgesetzten Menschen etwa 2 Mrd. Kinder zur Welt bringen würden, von denen möglicherweise 80 000 erhebliche genetisch bedingte geistige und physische Defekte hätten. Vielleicht hatten auch amerikanische Ärzte im Blick auf die seit 1957 in jedem Jahr stattfindende internationale Pugwash-Konferenz ein derartiges Gutachten verfasst.

fügt, die einseitig vorteilhaften Vorschläge akzeptieren, die von den Vereinigten Staaten von Amerika unterbreitet werden.

– Bei der Vorlage ihrer Vorschläge sichern sie [die USA] nicht einmal zu, die Flüge völlig zu beenden, sondern sie nur zu verringern.<sup>471</sup>

– Hier ist zu sagen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer Politik des Aufbaus von Militärstützpunkten auf fremdem Territorium schon viel früher begonnen haben, bevor überhaupt Raketen, zumal interkontinentale Raketen, geschaffen worden waren.

– „In die Enge treiben“, das ist etwas ungenau. Sie haben nicht nur in die Enge treiben wollen, sondern sie möchten die von den Völkern in den sozialistischen Ländern errichtete sozialistische Ordnung liquidieren. Jetzt aber reden sie davon, dass sich dies ihr Bestreben nicht auf die Sowjetunion beziehe, sondern es beziehe sich auf die, wie sie sie nennen, osteuropäischen Länder. Doch das ist schon nicht mehr das Ergebnis eines gesunden Urteils, eines richtigen Verständnisses der Lage, sondern sie wollen diese Aufgabe in Etappen lösen und berücksichtigen dabei, dass sie nicht über die Mittel verfügen, um die grundlegenden Aufgaben zu lösen, die sie sich stellen. Doch sie finanzieren die Kräfte, die sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen alle sozialistischen Länder agieren.

– Sollten wir denn das sagen? Das wärmt die Sache [bloß] auf. Sie hinken hinterher, hinken erstlich hinterher – darum geht es nicht. Das versteht sich von selbst. Wir sollten jetzt unsere Überlegenheit in der Raketentechnik nicht hervorkehren. Da sie hinterherhinken, werden sie auf Sympathie für [den Wunsch] stoßen, dass man uns einholen müsse.<sup>472</sup> Schließlich haben viele Angst vorm Kommunismus. Daher sollten wir nicht auf dieser Grundlage einen Wettstreit in Gang setzen.

– Und besonders lässt sich das sehen nach dem Abschluss der drei sowjetischen Satelliten in den kosmischen Raum, die den erreichten Entwicklungsstand der Industrialisierung der Sowjetunion und der Entwicklung von Wissenschaft und Technik demonstriert haben, dass sie auf dem höchsten Stand sind, der, was wir nicht in Abrede stellen, ebenso sowohl von den Vereinigten Staaten von Amerika als auch von anderen industriell hoch entwickelten Ländern erreicht werden kann.

– Doch einseitige Maßnahmen lassen sich verständlicherweise nicht unendlich fortsetzen. Das geht nicht. Was bringt es uns? Das heißt, wir beginnen mit Aufrüstung und Krieg. Welchen Weg zurück gibt es denn? Dass wir auch weiter beharrlich diese Politik fortsetzen werden, um Klärung herbeizuführen, und mit jedem Tag werden mehr und mehr die Völker aller Länder die friedliebende sow-

<sup>471</sup> Gemeint sind die amerikanischen Aufklärungsflüge über der UdSSR, die seit langem erfolgten, ohne dass deren Luftverteidigung es verhindern konnte. Nach amtlicher Auffassung in Washington dienten die Flüge vor allem der Feststellung der sowjetischen Raketen, und waren deswegen auch im Kontext der angestrebten Abrüstung beider Seiten notwendig, wie Präsident Eisenhower zur Begründung seines Vorschlags der „offenen Himmel“ (Open Skies) am 21. Juli 1956 auf der Genfer Gipfelkonferenz ausgeführt hatte. Intern hieß es, man müsse den Nachteil, den man als Demokratie gegenüber einer Diktatur beim Einsatz von Spionen habe, durch den Einsatz technischer Aufklärungsmittel kompensieren.

<sup>472</sup> Die USA hatten mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit Anstrengungen zur Überwindung des Rückstands eingeleitet.

jetische Politik begreifen und sie richtig bewerten. Und deswegen werden wir mit unserer beharrlichen Arbeit erreichen, dass die Völker der Länder, deren Regierungen eine Politik „aus einer Position der Stärke heraus“ und des Wettrüstens betreiben, ihre Regierungen dazu zwingen werden, sich auf diesen Standpunkt [der UdSSR] zu stellen.

Hier würde ich meinen, ist es vielleicht angebracht, folgenden Gedanken zu äußern: Jetzt läuft die Taktik der Vereinigten Staaten von Amerika und der Länder, die sie unterstützen, darauf hinaus, in Erklärungen und in Gesprächen durch eingehende Vorbereitung der Gipfelkonferenz und durch [das Verlangen nach] Gewährleistung positiver Beschlüsse seitens dieser Konferenz die Aufmerksamkeit einzuschläfern, die Beratungen darüber in die Länge zu ziehen, um die öffentliche Meinung bei ihrer Forderung nach einer möglichst raschen Einberufung der Konferenz zu bremsen und diese zuletzt für immer zu begraben.<sup>473</sup> Und das Gerede, wesentlich sei der Gedanke einer sorgfältigen Vorbereitung [der Konferenz mit der UdSSR], das heißt die Durchführung einer Politik „aus der Position der Stärke heraus“, um die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Zusammenschlusses zu nötigen, die Forderungen der USA ohne Widerrede zu akzeptieren, wie sie selbst offen sagen. Wer kann denn wirklich im Ernst meinen, dass sich aufgrund einer sorgfältigen Vorbereitung dieser Gipfelkonferenz Fragen regeln lassen<sup>474</sup> wie die Einmischung in die [Angelegenheiten der] osteuropäischen Länder mit dem Ziel der Veränderung des Regimes, das jetzt sozialistisch errichtet worden ist, oder aber die Vereinigung Deutschlands unter Absehung vom Bestehen zweier souveräner deutscher Staaten, ohne sie und hinter ihrem Rücken im Interesse nur eines deutschen Staates – Deutschlands<sup>475</sup> – natürlich sind das keine seriösen Gespräche. Und wenn es darum geht, die Zeit dadurch hinauszuzögern, dass man sich auf eine sorgfältige Vorbereitung beruft, dann wird es offensichtlich kein Ende bei der Vorbereitungszeit geben, weil die Sowjetunion so einer Regelung unter keinen Umständen zustimmen kann und nicht darauf eingehen wird. Doch die Sowjetunion hat konkrete Vorschläge vorgelegt, und diese Vorschläge wurden vom Leben selbst formuliert. Deswegen kann man hier beliebige Fragen auswählen und regeln und damit den Anfang zur Errichtung des Gebäudes machen, über das man gesprochen hat.

<sup>473</sup> Am 8. Januar 1958 hatte die sowjetische Regierung den Mitgliedstaaten der UNO, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz in einem veröffentlichten Memorandum die baldige Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs aller interessierten Mächte vorgeschlagen, auf der ein Moratorium der Kernwaffenversuche für die Dauer von ein bis zwei Jahren, ein allgemeines Verbot der Nuklearwaffen, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Abschluss eines Nichtangriffspakts zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Pakts, eine Reduzierung bzw. der Abzug der auf dem Gebiet Deutschlands und anderer europäischer Staaten stationierten Truppen, ein Abkommen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen, einer Erweiterung der internationalen Handelsbeziehungen, eine Unterbindung der Kriegspropaganda und die Verringerung der Spannungen im Nahen Osten erörtert werden sollten. Diese Themen wurden zum Gegenstand einer breiten Propagandakampagne, welche die Abhaltung der Gipfelkonferenz forderte. Während die westlichen Staaten eine skeptische Haltung einnahmen und allenfalls zu einer Vier-Mächte-Konferenz bereit waren, bemühte sich die UdSSR vor allem bei den Ländern der Dritten Welt um Unterstützung ihres Vorschlags.

<sup>474</sup> Im – augenscheinlich sehr schnell notierten – russischen Text fehlt die hier eingefügte grammatische Satzaussage.

<sup>475</sup> So im russischen Text, ohne dass es klar wird, was dieses Wort hier soll.

– Daher stehen wir auf dem Standpunkt, dass bei einer Zusammenkunft davon auszugehen und die Regelung solcher Fragen vorzubereiten ist, die möglich sind und vielleicht geregelt werden können, und die Fragen lassen sich nur regeln, wenn die Länder mit verschiedenem Aufbau im Innern, das heißt die kapitalistischen und die sozialistischen Länder, real[istisch] an die Sache herangehen und das Bestehen zweier Weltsysteme – des Kapitalismus und des Sozialismus – akzeptieren, [wenn sie] die Anerkennung dieser Koexistenz und den Wunsch zum Ausdruck bringen,<sup>476</sup> die friedliche Koexistenz zu gewährleisten und die Fragen zu regeln, die zur friedlichen Koexistenz beitragen. Deswegen haben wir gerade die Fragen ausgewählt, die nicht die Fundamente der kapitalistischen Länder berühren und auch nicht die Interessen der sozialistischen Länder berühren. Das ist der Dreh- und Angelpunkt. Wir schüchtern einander nicht ein, aber...

– Sollte man hier nicht unseren Gedanken zum Ausdruck bringen. Wir haben darauf seit langem verzichtet, doch wir haben ihn benutzt, als wir die Frage aufwarfen, die Produktion von Kernwaffen unter Kontrolle zu stellen. Das war der Fall beim Vorschlag der Amerikaner, die Entwicklung der Kernenergie gestatte es nunmehr, Energie für friedliche Zwecke einzusetzen, und zugleich werden dabei nukleare Instrumente geschaffen, die sich für militärische Zwecke benutzen lassen. Mithin ist es bereits jetzt unmöglich, eine absolute Kontrolle zu erreichen, weil die Produktion der Kernenergie und ihre Verwendung für friedliche Zwecke zugleich die Produktion der gleichen Kernenergie für militärische Zwecke ist, und bereits die Herstellung militärischer Instrumente, das heißt die Konstruktion von Bomben für Flugzeuge und Raketen – das ist schon keine so schwierige Sache mehr unter dem Gesichtspunkt, dass irgendwer die Produktion dieser Kernwaffe geheim halten möchte, und das lässt sich heute kaum noch einer Kontrolle unterwerfen. Darum sind diese Umstände, die wir haben, real zu berücksichtigen. Deswegen besteht der einzige Ausweg in dieser Frage darin, ihren [der nuklearen Instrumente] Gebrauch moralisch zu verurteilen, und das wird sie davon abhalten, denn dafür gibt es Beispiele, und das umso mehr, als diese Instrumente in diesem wie jenem Staat zu finden sein werden. Und darum wird das ein Faktor der Zügelung hinsichtlich des Gebrauchs diese Instrumente sein, und am wichtigsten ist die moralische Verpflichtung, die es geben wird. Das ist der Beginn, danach aber, wenn die Beziehungen sich entwickeln und festigen [und] in freundschaftliche Beziehungen zwischen den Ländern übergehen, werden günstigere Bedingungen für eine breitere Kontrolle und für das Vertrauen zwischen den Ländern entstehen, und auf diese Weise lässt sich der Krieg als Mittel zur Regelung von Streitfragen ausschließen.

– Die Hauptsache, vielleicht sollte man das jetzt nicht sagen. Suchen Sie die Formulierung herauszunehmen.

– Was ich diktiert habe, passt hierher.

– Hier sollte irgendwo gesagt werden, dass diese Vorschläge sowohl den Interessen der Völker der sozialistischen Länder entsprechen als auch den Interessen

<sup>476</sup> Auch hier fehlt im russischen Text die hier eingefügte grammatikalische Satzaussage.

der Völker der Länder entsprechen, die den aggressiven Blöcken des Westens – der NATO, der SEATO,<sup>477</sup> dem Bagdad-Pakt<sup>478</sup> u. a. – angehören.

– Hier im vorletzten Absatz dennoch [ausführen], dass wir keinen Angriff vorhaben, aber einen kühlen Kopf behalten und die Verantwortung für die Sicherheit unserer sozialistischen Länder angesichts einer ganzen Reihe von Schritten übernehmen müssen, die von unseren sozialistischen Ländern zur Beendigung des Kalten Kriegs, zur Reduzierung der Streitkräfte und zur Herstellung der Bedingungen für eine friedliche Koexistenz unternommen wurden. Sie haben bisher nicht nur keine Antwort von den zur NATO gehörenden Ländern erhalten, sondern es wird alles dafür getan, um sie zunichte zu machen und die Atmosphäre des Wettrüstens weiter anzuheizen. Daher können wir keine Situation zulassen, bei der wir die Wachsamkeit einbüßen und Bedingungen dafür schaffen würden, dass die Politik „aus einer Position der Stärke heraus“ die Möglichkeit erhielte, diese Stärke gegen unseren Staat zu richten. Deswegen sollten wir alles für die internationale Entspannung tun, doch wir müssen [auch] alle Bedingungen dafür schaffen, dass die Politiker, die sich auf die Politik „aus einer Position der Stärke heraus“ und eine Politik am Rande des Krieges<sup>479</sup> stützen, wissen, wenn sie diesen Krieg entfesseln, werden sie in diesem Krieg eine Niederlage erleiden. Das muss man sagen.

Die Anhänger der Politik „aus einer Position der Stärke heraus“ und der Verstärkung des Kalten Kriegs und auf dieser Basis der vermehrten Produktion von Vernichtungsinstrumenten suchen der Arbeiterklasse und der Intelligenz unzweideutig den Gedanken aufzunötigen, dass so eine Politik in gewissem Umfang auch der Arbeiterklasse zugute komme, weil sie die Bedingungen schaffe für mehr Beschäftigung in der Industrie, in der Produktion. Und darum suchen sie sogar damit einzuschüchtern, dass im Falle der Beendigung des Kalten Kriegs und einer Übereinkunft über friedliche Koexistenz die Notwendigkeit des Wettrüstens entfiele, es folglich zur Einschränkung der Produktion und zur Vergrößerung der Armee der Arbeitslosen, zum Sinken des Lebensstandards der Werktätigen käme.

Sind derartige Argumente richtig, welche die Gegner der Beendigung des Kalten Kriegs und die Lakaien des Monopolkapitals in die Welt zu setzen versuchen? Nein, sie sind nicht richtig, weil es den fundamentalen Grundlagen des menschlichen Wesens widerspricht, weil es die Produktion der Vernichtungsinstrumente erhöht, es widerspricht allem Lebendigen, weil alles Lebendige um sein Weiterleben kämpft, hier jedoch schafft der Mensch selbst die Vernichtungsinstrumente. Zudem, wenn man es unter dem Blickwinkel dieser Argumente des ho-

<sup>477</sup> Nach dem Sieg der vietnamesischen Kommunisten über die französische Kolonialmacht und der Gründung ihres Staates Nordvietnam auf der internationalen Indochina-Konferenz hatten sich Großbritannien, Frankreich, die Philippinen, Thailand, Australien und Neuseeland am 8. September 1954 zur South East Asian Treaty Organization (SEATO) zusammengeschlossen mit dem Hauptziel, die nicht-kommunistischen Staaten in Indochina – Südvietnam, Laos und Kambodscha – vor einer kommunistischen Aggression zu schützen.

<sup>478</sup> Der Bagdad-Pakt verband die NATO-Staaten Großbritannien und Türkei seit 1956 mit dem Irak, dem Iran und Pakistan. Aufgrund des Umsturzes in Bagdad am 14. Juli 1958 war der Irak ausgeschieden.

<sup>479</sup> Das war der Charakter, den die UdSSR insbesondere der Politik des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles zuschrieb.

hen Beschäftigungsstandes der Bevölkerung in der Industrie sieht, will man das ausschließen; und es wird ausgeschlossen, weil das darauf hinausläuft, und die Leute werden es begreifen, und die Leute begreifen jeden Tag mehr das Fatale dieser Politik und werden die Regierungen zur Beendigung des Wettrüstens zwingen. Gibt es denn jetzt keine Möglichkeit, statt der Produktion von Vernichtungsinstrumenten in großem Umfang die Produktion von Konsumgütern und Produktionsanlagen zu organisieren? Und wenn jetzt die Monopolisten der Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Produktion von Konsumgütern an andere Länder verkaufen.<sup>480</sup> Schließlich ist es den Monopolisten egal, in welche Hände diese Güter kommen, und daher geben sie sie an andere Staaten ab, die ihre Politik, die Politik des Kalten Krieges unterstützen. Sie brauchen sie [die Konsumgüter] umso mehr auf, sie unterminieren die Entwicklung ihrer Industrie[produktion] und machen sie damit von ihrem Monopolkapital abhängig und ziehen daraus Vorteil und halten diese Länder in einem bettelarmen Zustand. Stattdessen würde die Menschheit aufatmen, wenn Konsumgüter hergestellt würden. Und der Markt, dem sie jetzt Waffen liefern, ist dafür unbegrenzt aufnahmefähig. Und wenn sie Anlagen bekämen für die Förderung von Erdöl, für Prospektierungen, für die Verarbeitung ihrer Bodenschätze, für den Aufbau ihrer eigenen verarbeitenden Industrie zur Produktion von Konsumgütern, würde das den Aufschwung der Wirtschaft, des Lebensstandards und den Aufschwung der Kultur der Völker dieser Länder fördern. Wessen bedarf es dazu? Es ist auf diese Politik zu verzichten und der Standpunkt einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung des Handels einzunehmen. Und diese Politik würde allen Ländern Vorteile bringen, weil beim Blick auf die Länder der Welt Länder wie Indien, Länder wie China, Pakistan, Indonesien, Iran und andere Länder des Arabischen Orients [sowie] die Sowjetunion eine unwahrscheinliche Masse von Produktionsanlagen und Konsumgütern aufnehmen könnten. Daher würde hier keine Vergrößerung der Armee der Arbeitslosen drohen, sondern es würde umgekehrt zur beträchtlichen Vergrößerung der Konsumgüterproduktion beitragen, und das würde einen höheren Lebensstandard schaffen und zum Aufschwung der Produktion, der Wirtschaft und der Kultur beitragen.

– Wo er von der Beschäftigung spricht, sollte gesagt werden, dass dafür natürlich nicht Maßnahmen ergriffen werden sollten, die diese Entwicklung fördern würden. Eine der wichtigsten Maßnahmen, die unter diesen Umständen zu verwirklichen ist, besteht darin, die Preise für Konsumgüter zu senken und die Löhne der Werkstätigen zu erhöhen. Das würde die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, zur Hebung des Lebensstandards beitragen und Voraussetzungen für die Produktion einer größeren Menge von Konsumgütern schaffen, welche die Bevölkerung benötigt.

– Schließlich werden gewisse Mittel für die Rüstung ausgegeben. Wenn man diese Mittel für dieses und jenes ausgibt, wird das die Bedingungen für einen Aufschwung schaffen usw.

– Und es ist angebracht zu bemerken, wer hat irgendeinem Land das Recht gegeben, eine Doktrin für die einen oder anderen Länder aufzustellen außer dem

<sup>480</sup> Unvollendeter Satz.

Recht der Willkür gestützt auf Gewalt? Doch die Zeiten sind jetzt vorbei, als dieses „Recht“ faktisch als Recht galt.

– Vielleicht sollte man hier dazu sagen, dass derartige Dinge gemacht werden unter Verletzung des Völkerrechts und [dass] die UNO, die darauf reagieren müsste, untätig bleibt, die Doktrin aber klar das Ziel verfolgt, was auch direkt zum Ausdruck gebracht wird: Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, was vom Statut und von der Ordnung der UNO verurteilt wird.

– Hauptsächliche Bedeutung hat die große Menge an schöpferischen Kräften des eigenen Volkes. Die Hauptsache sind die Menschen in den Ländern.

– Vielleicht sollte ich sowohl in meiner Erklärung als auch hier den Gedanken anführen, dass zur gleichen Zeit, da die Länder des Warschauer Vertrages eine Reduzierung ihrer Streitkräfte und Rüstungsausgaben vornehmen und die uns gegenüberstehenden Länder der NATO dazu aufrufen, diese und insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, statt das zu erwidern und unserem Beispiel zu folgen, eine Politik der Vergrößerung der Truppen, der Rüstungen und der Rüstungsausgaben betreiben und sie damit eine Politik betreiben, die nicht zur Entspannung und Verständigung zwischen den Staaten beiträgt, um die Koexistenz zu gewährleisten, sondern im Gegenteil wollen sie damit unsere Länder dazu veranlassen, zum Wettrüsten zurückzukehren und es zu forcieren und den Kalten Krieg zu entfachen. Daher müssen die Völker wachsam sein und ihre Aktivität im Kampf gegen die Kräfte erhöhen, die auf eine Vorbereitung des Krieges hinwirken. (Für die Deklaration und für die Erklärung).

Übersetzt aus dem russischen Originaltext  
RGANI, fond 52, opis' 1, delo 443, Bl. 136-145

## 27. Gespräch Chruschtschows mit dem Politiker der britischen Labour Party Konni Zilliacus<sup>481</sup> am 4. September 1958

*Zilliacus* sagt zu Beginn des Gesprächs, dass er das Gespräch lieber ohne Dolmetscher führen will, in russischer Sprache, weil das einen engeren Kontakt zwischen den Gesprächspartnern herstellt. *N. S. Chruschtschow* ist damit einverstanden. *Zilliacus* dankt *N. S. Chruschtschow* für den Empfang und übermittelt von *A[neurin] Bevan* einen „sehr herzlichen Gruß“. Weiter erläutert *Zilliacus* das Ziel seines Besuches in der Sowjetunion.

*Zilliacus*: Ich möchte mit Deputierten des Obersten Sowjets und anderen Vertretern des sowjetischen Staates inoffiziell die Frage erörtern, inwieweit sich im Bereich der Außenpolitik die Positionen der Sowjetunion den Positionen der Labour Party annähern. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass wir in diesem Bereich viel mit Ihnen gemeinsam haben.

<sup>481</sup> Konni Zilliacus war neben Aneurin Bevan der führende Vertreter des linken Flügels in der Labour Party.

Ich muss sagen, dass sich die außenpolitische Linie der Labour Party im Zusammenhang mit der Stärkung ihres linken Flügels in letzter Zeit erheblich verändert hat. Sie nähert sich immer mehr der außenpolitischen Linie der Sowjetunion. Bevan hat sicher Ihnen gegenüber davon gesprochen.<sup>482</sup> Seit Sie mit ihm zusammengekommen sind, haben sich die Geschehnisse immer mehr in eben diese Richtung entwickelt.

Nach meiner Rückkehr nach England möchte ich der Parteiführung berichten, dass ich mit verantwortlichen Politikern der Sowjetunion inoffiziell diskutiert habe und dass wir viel Gemeinsames gefunden haben zu diesen und jenen Punkten.

Die Sache ist die, dass in England Wahlen bevorstehen. Es ist vollkommen klar, dass die hauptsächliche Frage des gesamten Wahlkampfes die Frage von Krieg und Frieden sein wird. Die Regierung der Konservativen tut alles Mögliche, um dem Volk einzureden, sie werde angeblich die Einberufung einer Gipfelkonferenz herbeiführen. Doch die Position der Konservativen sowohl in Europa als auch im Mittleren Osten oder in Fernost ist so, dass die Sowjetunion offensichtlich nicht auf eine Übereinkunft über die wichtigsten Fragen der Außenpolitik eingehen kann.

Und darum sammeln wir Material, um den Konservativen während der Wahlkampfphase einen Kampf zu liefern.

Ich muss sagen, dass jetzt im Volk Großbritanniens ein zunehmendes Bestreben zutage tritt, mit den Spannungen in den internationalen Beziehungen Schluss zu machen und den Frieden zu festigen. Keine einzige Partei kann dieses Bestreben außer Betracht lassen. Eben deswegen suchen die Konservativen das Volk hinters Licht zu führen und die Sache so darzustellen, als ob sie für die Festigung des Friedens und die internationale Zusammenarbeit einträten und als ob die Sowjetunion sie daran hindere. Sie schieben die Schuld vom Kranken auf den Gesunden.

*Chruschtschow:* Ja, gegenwärtig vollzieht sich ein großer Betrug an den Völkern seitens der Regierungen der Westmächte. Sie beuten das Streben der Völker nach Frieden aus und betrügen die Völker, indem sie überall ihre Friedensliebe verkünden. Indessen gibt es eine ganze Reihe echter Dokumente, die von den gleichen Politikern des Westens verfasst worden sind, in denen ihre Position in einem gänzlich anderen Licht erscheint; untereinander sagen sie etwas ganz anderes, völlig offen. Ich denke, dass die Regierung des Irak beispielsweise die Möglichkeit hat, diese Politiker in sauberes Wasser zu führen...<sup>483</sup>

Seinerzeit haben wir erklärt, dass es Dokumente gibt, die belegen, dass die Regierungen der Westmächte sich darauf vorbereiten, einen Krieg im Nahen und Mittleren Osten zu entfesseln. Uns war schon damals bekannt, dass [Präsident] Eisenhower, [John Foster] Dulles und [Premierminister] Macmillan den Irak und die Türkei gegen Syrien aufgehetzt haben. Wir haben sogar genaue Daten publiziert, an welchen Orten welche türkischen Truppenverbände stationiert sind,

<sup>482</sup> Siehe Dokument 21 in diesem Band (Gespräch mit Bevan und Lee am 17. September 1957).

<sup>483</sup> Gemeint ist: sie zu entlarven. – Am 14. Juli 1958 hatte in Bagdad ein Umsturz stattgefunden, der ein antiwestlich ausgerichtetes Regime arabischer Nationalisten an die Macht brachte.

und diese Daten stimmten mit der Karte des Generalstabes überein. Und wenn jetzt Eisenhower Gott als Zeugen für die Friedensliebe der Vereinigten Staaten anruft, so ist das eine große Heuchelei.

*Zilliacus*: Dies ist schlicht Betrug.

*Chruschtschow*: Macmillan spekuliert nach Absprache mit Eisenhower und Dulles auf die Idee einer Gipfelkonferenz und hat im Blick, sich einen Erfolg im Wahlkampf zu verschaffen. Wahrscheinlich wollte er es genauso machen wie seinerzeit Eden, als er uns während der Genfer Verhandlungen nach England eingeladen hat, diese Einladung wurde genau vor den Wahlen ausgesprochen.<sup>484</sup>

*Zilliacus*: Ja, das Manöver wiederholt sich... Und deswegen möchte ich nach London zurückkehren mit der Möglichkeit, meiner Parteiführung die Resultate der Verhandlungen<sup>485</sup> in Moskau darzulegen: über welche Fragen man mit der Sowjetunion zu einer Übereinkunft gelangen kann und welche Positionen der Sowjetunion mit den Positionen der Labour Party übereinstimmen.

*Chruschtschow*: Man könnte so eine Vorgehensweise wählen: Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn führende Politiker der Labour Party – ja, und nicht nur Labour-Leute, sondern auch andere bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler usw. – zusammen mit sowjetischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Vorschläge ausarbeiten würden, wie sich der „Kalte Krieg“ liquidieren und der Frieden festigen lässt. Danach könnte dieses Komitee seine Empfehlungen den Regierungen zur Prüfung zuleiten. Ich denke, wir können auf das gesunde Urteil der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vertrauen, die sich in so einem Komitee beteiligen; ihre Vorschläge werden sicher akzeptabel sein.

*Zilliacus*: Ja, das wäre gut. Was Sie sagen, entspricht voll und ganz unseren Plänen. Ich muss sagen, dass sich am 10. Juni in der Unterhausdebatte über außenpolitische Fragen unsere Führung gegen die Politik der konservativen Regierung gewandt und sie beschuldigt hat, den vernünftigen Vorschlägen ausgewichen zu sein, welche die Sowjetregierung in dem bekannten Dokument vom 10. Mai 1955 vorgelegt hat.<sup>486</sup>

<sup>484</sup> Was Chrusčëv hier meinte, ist unklar. Die britischen Wahlen fanden am 16. Mai 1955 statt, während die Staats- und Regierungschefs erst vom 18. bis 23. Juli 1955 in Genf miteinander verhandelten. Chrusčëv und Bulganin kamen zum Staatsbesuch nach Großbritannien vom 18. bis 27. April 1956.

<sup>485</sup> Gemeint sind Zilliacus' inoffizielle Gespräche.

<sup>486</sup> Am 10. Mai 1955 hatte die Regierung der UdSSR eine Deklaration zur Abrüstung veröffentlicht. Darin griff sie frühere Vorschläge auf, nach denen die Truppenstärken der Großmächte drastisch zu verringern waren. Die USA, UdSSR und die Chinesische Volksrepublik sollten ihre Streitkräfte in zwei Jahresphasen auf jeweils 1–1,5 Mio. Mann reduzieren; für Großbritannien und Frankreich wurden je 650 000 Mann vorgesehen. Während das weithin akzeptabel erschien, hielten die Regierungen im Westen das weiterhin ins Auge gefasste Verbot der Kernwaffen für weder durchführbar noch wünschenswert (weil man davon überzeugt war, dass die nukleare Abschreckung den Krieg verhinderte). Als vollends unannehmbar galt, dass die Vier Mächte aus Deutschland abziehen (bis auf geringe vorläufige Restbestände) und alle Land-, Luft- und Seestützpunkte auf dem Gebiet fremder Staaten liquidiert werden sollten. Das hätte den Verzicht auf die Abwehrfront der NATO in Europa und die vor allem amerikanischen Positionen in Asien samt den entsprechenden Bünd-

*Chruschtschow:* Unsere Vorschläge vom 10. Mai 1955 haben in erheblichem Umfang auf den Vorschlägen beruht, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands früher vorgelegt worden waren...

*Zilliacus:* Ja, sie sind von ihren eigenen Vorschlägen abgerückt, und wir haben davon im Parlament offen gesprochen. Ich muss sagen, dass der Standpunkt, den die Führung der Labour Party im Parlament am 10. Juni dieses Jahres angenommen hat, einen Umbruch in der Politik unserer Partei zum Ausdruck bringt. Wir haben zum ersten Mal offen gesagt, dass die Verantwortung für das in der Abrüstungsfrage fehlende Abkommen bei der Regierung von England liegt.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die große und wichtige Frage: Wenn die Positionen der Labour Party und die Positionen der Sowjetunion sich jetzt wirklich einander annähern – und Bevan sagt jetzt offiziell, die Sowjetunion will keinen Krieg, sie will Frieden – wieso müssen wir dann das gegen die UdSSR gerichtete Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten und Wasserstoffbomben herstellen?

Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten fürchten sich vor dem Krieg, wollen aber zugleich den Frieden nicht...

*Chruschtschow:* Die Imperialisten fürchten sich davor, den „Kalten Krieg“ zu liquidieren, denn dann würde der Zufluss des Kapitals in die Verteidigungsindustrie zu Ende gehen. Sie fürchten sich vor noch etwas: Wenn das Wettrüsten beendet wird, können wir mehr Geld ausgeben für den friedlichen Aufbau [und] für die weitere Hebung des Lebensstandards der Werktätigen. Schließlich würde das die Anziehungskraft des Sozialismus in den Augen der Werktätigen der ganzen Welt noch mehr verstärken.

*Zilliacus:* Ich habe in meiner Rede im Parlament gesagt, dass für den Kapitalismus das Wettrüsten die einzige Alternative zur Massenarbeitslosigkeit ist. Doch im Wettrüsten liegt eine furchtbare Gefahr, denn der Krieg kann ungeplant ausbrechen. Deswegen muss man unverzüglich politische Maßnahmen ergreifen, die es erlauben würden, den Krieg zu verhindern. Notwendig ist ein Abkommen mit der Sowjetunion. Übrigens haben sogar die Konservativen die Notwendigkeit eines Abkommens mit der Sowjetunion anerkannt bei den Genfer Verhandlungen 1955.<sup>487</sup>

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder die Frage auf: Wozu sollen wir weiter am Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten festhalten? Es wäre richtig, wenn wir auf unsere Bündnispartner im Atlantikpakt Druck ausüben und ihnen sagen würden: Entweder einigen wir uns alle zusammen mit den

nis- und Beistandsverträgen bedeutet, also den Verzicht auf ihre Vorkehrungen mit dem Ziel, eine Ausbreitung der kommunistischen Macht von der Sowjetunion und China aus zu verhindern, die aufgrund ihrer Territorien und Machtpotenziale auf dem eurasischen Kontinent eine geostrategisch beherrschende Stellung hatten.

<sup>487</sup> In Genf sprachen 1955 vom 18. bis 23. Juli die Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte und vom 27. Oktober bis 4. November ihre Außenminister über Deutschland und Fragen der Abrüstung.

Russen, oder wir allein einigen uns mit ihnen, und dann bleibt euch nichts anderes übrig, als unserem Beispiel zu folgen.

*Chruschtschow:* Ja, es liegt auf der Hand, dass es der Atlantikpakt ohne Beteiligung von England oder Westdeutschland nicht viel wert wäre. Wenn England oder Westdeutschland aus dem Pakt austreten, ist ein Krieg ausgeschlossen.

*Zilliacus:* In dieser Frage habe ich weiterhin Differenzen mit Bevan. Das ist im Grunde die einzige Differenz zwischen ihm und dem linken Flügel der Labour Party. Bevan ist als „Schattenaußenminister“ genötigt, sich an die offizielle Linie der Außenpolitik zu halten. Er erkennt die Notwendigkeit an, einen gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag zu schließen, er erkennt an, dass ein vereinigtes Deutschland außerhalb der Militärbündnisse bleiben müsste, tritt aber für den Verbleib der NATO in Westeuropa ein. Eine solche Position halten wir dagegen für unlogisch.

Wenn die Möglichkeit besteht, mit der Sowjetunion auf der Grundlage des Statuts der UNO zusammenzuarbeiten, und wenn allgemein anerkannt wird, dass die Sowjetunion den Frieden will, wozu soll man dann an einem Militärbündnis festhalten, das, wie man uns sagt, bedingt ist durch die Gefahr eines Angriffs der Sowjetunion auf die USA, auf England und ihre Bündnispartner? Wo ist hier die Logik?

Wenn wir diese Frage stellen, antworten uns die rechten Labour-Politiker: „Wir würden dann die Vereinigten Staaten als Verbündeten verlieren“. Doch die Frage so zu stellen, hält keiner Kritik stand. Eine etwas unabhängigere Haltung Englands würde im Gegenteil die USA dazu zwingen, mit uns zu rechnen. Unsere Regierung könnte den Amerikanern sagen: „Wir haben die Möglichkeit, uns mit der Sowjetunion zu diesen und jenen Bedingungen übereinkommen; lasst uns die Übereinkunft gemeinsam treffen. Ihr wollt nicht? Dann werden wir ohne euch die Übereinkunft mit der Sowjetunion treffen, und danach werden wir zusammen mit ihr der UNO-Generalversammlung vorschlagen, unserer gemeinsamen anglo-sowjetischen Position Haltung in der Frage der Beendigung des Wettrüstens und der Festigung des Friedens zuzustimmen“.

Ich bin überzeugt, wenn die Frage so gestellt wird, werden die Vereinigten Staaten genötigt sein, uns zu folgen und sich auf eine Übereinkunft mit der Sowjetunion einzulassen. Wenn es aber letzten Endes doch nicht gelänge, mit den USA zu einer Übereinkunft zu gelangen, würden jedenfalls die internationalen Positionen Englands gestärkt werden; wir wären an sie [die USA] in der Frage des Krieges nicht mehr gebunden. Unsere Autorität in den USA würde umso mehr wachsen, weil das amerikanische Volk keinen Krieg will.

*Chruschtschow:* Ich stimme Ihnen zu. Soweit wir wissen, will in den USA die Mehrheit des Volkes den Frieden.

*Zilliacus:* Bevan hat nach seiner Rückkehr aus den USA dasselbe gesagt. Er hat gesagt, dass bei ihnen dort ein Durcheinander herrscht [und] es keine vernünftige politische Linie in der Führung des Landes gibt. Eisenhower ist ein kran-

ker alter Mann, Dulles ein verrückter Fanatiker. Was das Volk betrifft, will es Frieden.

*Chruschtschow:* Ich habe mit dem amerikanischen Kapitalisten [Cyrus] Eaton<sup>488</sup> gesprochen, der sich jetzt in Moskau aufhält. Das ist ein sehr origineller, interessanter Mann. Er sagt ebenfalls, dass das amerikanische Volk Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion wünscht. Eaton hat gesagt, Dulles spreche nicht für das amerikanische Volk. Doch wie auch immer, er ist der Außenminister der USA, und das kann nicht außer Betracht bleiben. Er steht für die Regierung der Vereinigten Staaten...

*Zilliacus:* Genauso, wie Macmillan und Lloyd<sup>489</sup> für England stehen in einer Zeit, da die Mehrheit des Volkes gegen ihre Politik ist.

*Chruschtschow:* Was sind Ihre Hoffnungen im Blick auf die kommenden Parlamentswahlen? Wann finden sie statt?

*Zilliacus:* Juristisch gesehen, sollen die Wahlen am 26. Mai 1960 stattfinden. Die Praxis zeigt aber, dass es keine Regierung für nötig hält, die verfassungsmäßige Frist abzuwarten. Gewöhnlich findet die Regierung einen Vorwand, genau zu dem Moment vorzeitige Wahlen anzusetzen, der für die Regierungspartei am günstigsten ist.

Man meint, dass die Wahlen wahrscheinlich im Oktober 1959 stattfinden werden. Einige meinen dagegen, dass die Wahlen noch früher angesetzt werden könnten, zum Beispiel auf den Mai 1959. Die Konservativen können das gleiche Manöver wiederholen, das sie 1955 durchgeführt haben, als sie im Blick auf die Wahlen ein künstlich klein gehaltenes Budget zusammengestellt, nach den Wahlen jedoch, im Herbst, Nachtragsposten hereingenommen haben. Doch es ist kaum anzunehmen, dass so ein Trick auch diesmal die gleichen Resultate erbringen wird. Ein zweites Mal das Volk zu betrügen, wird ihnen nicht gelingen.

Ich kann mir sehr schlecht vorstellen, wie es Macmillan schaffen wird, sich vor dem Volk in der Rolle des Friedensstifters zu präsentieren nach allem, was die konservative Regierung im Nahen und Mittleren Osten angestellt hat. Sie sind in Jordanien eingedrungen, sie haben ein Komplott mit den Amerikanern geschmiedet, die in den Libanon eingedrungen sind. Sie wollten zusammen die Republik im Irak ersticken, doch das ist ihnen nicht gelungen...<sup>490</sup>

*Chruschtschow:* Wir haben genaue Angaben, die belegen, dass sie einen Angriff auf den Irak vorbereitet haben. Es wurde ins Auge gefasst, dass der Angriff von Streitkräften des Iran, Pakistans und der Türkei mit Unterstützung Englands

<sup>488</sup> Cyrus Eaton, erfolgreicher amerikanischer Investment Banker und Geschäftsmann, initiierte 1957 als West und Ost vereinigende wissenschaftliche Foren die Pugwash-Konferenzen und übernahm weithin deren Finanzierung.

<sup>489</sup> Selwyn Lloyd, britischer Außenminister.

<sup>490</sup> Am 14. Juli 1958 frühmorgens hatte eine irakische Panzerbrigade den Königspalast gestürmt. Faisal II., seine Familie und Ministerpräsident Nuri al-Said waren ermordet, die Monarchie abgeschafft und General Abdal al-Karim Kassem zum Machthaber ausgerufen worden. Dadurch sahen sich die konservativen Regime im Nahen Osten bedroht und baten im Westen um Hilfe. Auf das libanesische Ersuchen landeten am 15. Juli amerikanische Marinesoldaten in Beirut. Die britische Regierung schickte Truppen nach Jordanien.

und der USA durchgeführt werden sollte. Zu genau diesem Zweck haben die Regierungen der USA und Englands ihre Truppen in den Libanon und nach Jordanien gebracht.

*Zilliacus:* Doch jetzt können sie ihre Truppen von dort nicht zurückziehen; sie fürchten, ihr Gesicht zu verlieren. Diese Operation brachte den USA und England nur Schimpf und Schande ein.

Ich denke, dass unsere Aussichten bei den kommenden Wahlen ständig besser werden. Zweifellos wird die Situation noch klarer werden nach der Konferenz der Labour Party, die Ende dieses Monats stattfindet. Wir erwarten einen neuen Linksruck in der Position unserer Partei. Insgesamt leben wir in einer interessanten Zeit...

*Chruschtschow:* Ja, das ist eine sehr interessante Zeit. Wir haben einen neuen Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft vorbereitet. Wahrscheinlich werden wir diesen Plan in einigen Monaten veröffentlichen. Das sind grandiose Zahlen!

*Zilliacus:* Ich bin schon von den Plänen beeindruckt, die Sie in Bezug auf Ostsibirien der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Immer wenn man sich damit befasst, was in der Sowjetunion geschieht, kann man sich anschaulich davon überzeugen, was der Sozialismus für eine großartige Sache ist.

*Chruschtschow:* Bei uns ist, wenn man das so formulieren kann, die Zeit des pulsierenden Organismus angebrochen. Natürlich haben wir noch viele Mängel, doch das sozialistische System eröffnet uns gewaltige Möglichkeiten zur schöpferischen Arbeit.

Wir führen zum Beispiel einen grandiosen Wohnungsbau durch. Es lässt sich kühn sagen, dass wir jetzt eine Umbruchsperiode beim Wohnungsbau erleben: Wir werden dafür eine neue Technik vorbereiten; wir werden in Fabriken die Einzelteile der Häuser mit einer Genauigkeit von 1 Millimeter anfertigen, und danach werden wir die Gebäude ebenso montieren, wie man jetzt Autos auf Fließbändern zusammensetzt. Wir werden die Maschine im Oktober testen. Diese Maschine ist von der Konstruktion her nicht kompliziert. Ungefähr ein Jahr wird für den Bau solcher Maschinen benötigt, und danach beginnen wir die Häuser genauso zu errichten, wie Ford Autos montiert.

*Zilliacus:* Ja, das ist billiger und schneller...

*Chruschtschow:* Sehen Sie, in diesem Jahr haben wir sieben Hochöfen gebaut, die jährlich 4 600 000 Tonnen Roheisen liefern werden. Jetzt errichten wir Hochöfen in sieben bis neun Monaten, wofür man früher fünf Jahre gebraucht hat!

*Zilliacus:* In Leningrad habe ich das Werk „Elektrosila“ besichtigt und gesehen, was dort für gewaltige Generatoren gebaut werden...

*Chruschtschow:* Ja, wir leben in einer guten Zeit. Bald werden wir den Übergang zum siebenstündigen Arbeitstag abschließen, danach werden wir zur 40-Arbeitsstunden-Woche übergehen – wir verkürzen den Arbeitstag am Samstag noch weiter, und für einige Branchen der Volkswirtschaft werden wir zwei freie Tage

vorsehen unter der Bedingung, dass die Leute 5 Tage in der Woche jeweils 8 Stunden am Tag arbeiten. Wir haben jetzt genug Arbeitskräfte. Die Umgestaltung der Volkswirtschaft hat große Reserven gezeigt. Die Arbeitsproduktivität steigt. Deswegen kann man daran gehen, die Dauer des Arbeitstages zu verkürzen.

Gute Erfolge haben wir auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Jetzt bringen wir eine sehr gute Ernte ein. Möglicherweise werden wir erstmals eine so große Ernte haben.

*Zilliacus:* Hat sich das Neuland<sup>491</sup> wieder als gerechtfertigt erwiesen?

*Chruschtschow:* Natürlich! Die parteifeindliche Gruppe,<sup>492</sup> die sich gegen eine Nutzung des brachliegenden Landes gewandt hat, ist vor der Partei und vor dem Land endgültig diskreditiert.

*Zilliacus:* Im Unterhaus bekommen wir die „Prawda“ und lesen sie aufmerksam. Wir haben die von Ihnen vorgelegten Pläne zur Reorganisierung der Leitung der Volkswirtschaft studiert. Das sind sehr vernünftige Pläne, und sie erbringen offenbar die erwarteten Resultate.

*Chruschtschow:* Ja, jetzt werden unsere Pläne nicht nur erfüllt, sondern auch übererfüllt. Das gewährleistet einen neuen, noch größeren Aufschwung unserer Wirtschaft.

Große Bedeutung hat der Umstand, dass im Land neue, gewaltige Lagerstätten von Bodenschätzen, insbesondere Erdöl und Erdgas, erschlossen worden sind. Dadurch können wir die Volkswirtschaft noch rationaler und wirtschaftlicher lenken. Jetzt werden wir zum Beispiel aller Voraussicht nach eine ganze Reihe von Bergwerken schließen, die Braunkohle fördern; die Kohleförderung lässt sich aufgrund einer höheren Fördermenge von Erdöl und Erdgas verringern. Diese Brennstoffe sind 5–7 Mal billiger als Kohle.

Unsere Fachleute haben berechnet, dass wir durch die Umstellung von Kohle auf Erdöl und Erdgas sowie durch die Elektrifizierung der Eisenbahn im Verlauf von 7 Jahren 135 Mrd. Rubel einsparen können. Das ist eine gewaltige Ziffer. Sie wissen, dass die Verwirklichung des von uns ausgearbeiteten Plans zur Entwicklung der Chemieindustrie 100 Mrd. Rubel kosten wird. Daraus folgt, dass wir diesen Plan auf der Grundlage der bei den Brennstoffen eingesparten Mittel finanzieren werden, wobei uns darüber hinaus noch 35 Mrd. Rubel bleiben. Von dieser Art sind die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft!

*Zilliacus:* Ich habe gehört, dass Leningrad ebenfalls Erdgas erhalten wird...

*Chruschtschow:* Ja, wir verlegen aus Stawropol und aus der Ukraine jetzt eine Erdgasleitung dorthin.

Große Erdgasvorkommen sind in Mittelasien, in Buchara erschlossen worden. Wir haben den Beschluss gefasst, von dort eine Erdgasleitung mit einer Länge von 2000 km in den Ural zu bauen: Wir werden die Industrie des Ural, darunter

<sup>491</sup> Chrusčëv hatte in großem Umfang neue Flächen unter den Pflug nehmen lassen.

<sup>492</sup> Mit diesem Terminus wurde offiziell die Gruppe in der Parteiführung bezeichnet, die im Juni 1957 versucht hatte, Chrusčëv abzusetzen, aber gescheitert war und ihre Ämter verloren hatte.

die Metallurgie, auf Erdgas als Brennstoff umstellen. Damit können wir bis zu 15 Prozent des gegenwärtig verbrauchten Koks einsparen. Die Industrie der Gebiete von Magnitogorsk, Tscheljabinsk und Swerdlowsk wird auf Erdgas umgestellt.

Wir werden Erdgas nach Taschkent liefern. Wir werden Erdgas nach Karaganda bringen und es dem dort im Bau befindlichen Hüttenwerk zuführen...Überhaupt lässt es sich jetzt sehr gut leben. Unser Volk spürt einen gewaltigen Kräftezuwachs, da es sieht, wie erfolgreich unsere Pläne erfüllt werden.

*Zilliacus:* Das merkt ein Ausländer besonders, wenn er in die Sowjetunion kommt. Alle Menschen sind lebensfroh, haben einen festen Glauben an die Zukunft, ihnen sind die vor ihnen stehenden Ziele klar. Die Menschen glauben an ihre Zukunft. Für uns Sozialisten ist das alles sehr erfreulich. Ihre Erfolge geben auch uns den Glauben an die Zukunft.

*Chruschtschow:* Ich denke, dass unsere Erfolge starken Einfluss auf die Intellektuellen im Ausland ausüben werden. Als sie in der Vergangenheit auf den Sozialismus geblickt haben, den wir mit Hilfe von Kanonen verteidigen mussten, als wir gezwungen waren, diesen und jenen zu verhaften, um unsere Errungenschaften zu schützen, musste man ideell hoch stehen, um von außen her die Errungenschaften des Sozialismus objektiv zu bewerten.

Jetzt aber, da der Sozialismus dem Volk große materielle Güter bietet, da die Menschen unseres Landes mit jedem Jahr immer besser leben, beginnen im Ausland alle auf uns mit großer Sympathie zu schauen. Menschen, die in der Vergangenheit auf uns mit Skepsis geblickt oder sich uns gegenüber feindlich verhalten haben, wechseln jetzt entweder zu einer Position der Neutralität über oder begegnen uns mit Sympathie. Wenn sich diese Leute davon überzeugen, dass der Lebensstandard in den sozialistischen Ländern höher ist als in den kapitalistischen Staaten, werden sie für den Sozialismus stimmen.

Übrigens ist zu sagen, dass kluge Leute in den kapitalistischen Ländern zu verstehen beginnen, dass die materiellen Güter, die der Sozialismus bietet, für den Kapitalismus schrecklicher sind als unsere Kanonen...

*Zilliacus:* Dulles hat kürzlich gesagt, dass die USA nach seiner Ansicht vielleicht noch einen heißen Krieg gegen die sozialistischen Länder gewinnen können, aber er weiß nicht, ob sie den Kalten Krieg gewinnen können...

*Chruschtschow:* In Bezug auf den Ausgang eines heißen Kriegs können sich die Kapitalisten bei weitem nicht sicher sein. Wenn sich die Kapitalisten ihrer Überlegenheit sicher wären, hätten sie uns schon längst angegriffen. Ein heißer Krieg heute, das ist ein sehr heißer Krieg. Eisenhower und Dulles wissen das gut.

*Zilliacus:* Eisenhower ist für sich genommen vielleicht ein ehrlicher Mensch, doch er ist gebrechlich geworden, und seine geistigen Fähigkeiten haben jetzt stark nachgelassen. Was dagegen Dulles anbelangt, war er vor dem Krieg bekanntlich mit faschistischen Firmen im Bunde; während des Krieges hat er die Position eines Isolationisten eingenommen und ist für einen „christlichen Frieden“ mit Hitler eingetreten. Jetzt aber tritt er für einen „christlichen Krieg“ ge-

gen die Sowjetunion ein. Dulles leugnet die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz, die von ihm gepredigte Politik des Krieges gegen den Kommunismus ist ein Trotzismus anders herum – eine „permanente Konterrevolution“.<sup>493</sup>

Bei uns beginnt man, das Wesen der Politik von Dulles zu erfassen, beginnt zu verstehen, dass er die Welt in eine Art Religionskrieg gegen die Sowjetunion zu ziehen sucht. Bevan hatte schon erklärt, dass dies nicht unsere Politik ist.

*Chruschtschow:* Die amerikanische Diplomatie ist in eine dumme Lage geraten, als sie den Versuch gemacht hat, die friedliebenden Länder der „indirekten Aggression“ zu bezichtigen. Wer auch immer, doch Dulles müsste als erster wegen indirekter Aggression verurteilt werden. Das ist seine Politik!

*Zilliacus:* In England begreift man das gut. Sogar ein so konservatives Wochenblatt wie der „Spectator“ hat einen scharfen Artikel gebracht, der Dulles als Organisator der indirekten Aggression entlarvt hat. Die Tatsache, dass selbst die konservative Presse derartige Artikel zu veröffentlichen beginnt, zeugt davon, dass der gesunde Verstand allmählich die Oberhand gewinnt. Wir kämpfen jetzt innerhalb der Labour Party dafür, den Kurs der englischen Außenpolitik zu brechen und den Wechsel zu einer neuen, realistischeren modernen Politik zu erreichen.

*Chruschtschow:* Es ist jedoch anzumerken, dass die Labour Party bei weitem kein Monolith ist. Gaitskell<sup>494</sup> ist durchaus kein Sozialist. Das ist einer, der [nur] zufällig in der Labour-Bewegung ist. Er ist schlimmer als ein Liberaler.

*Zilliacus:* Unter uns gesagt, bin ich mit Ihnen ganz einer Meinung.

*Chruschtschow:* Ja, auch Bevan ist nicht konsequent. Als ich mit ihm auf der Krim sprach, sagte er eines, aber als er in England öffentlich auftrat, sagte er etwas völlig anderes.

*Zilliacus:* Ich kenne Bevan schon seit 30 Jahren. Ich muss Ihnen sagen, dass die Außenpolitik noch nie seine starke Seite war. Als er der Regierung angehört hat, brauchte er sich nicht mit außenpolitischen Fragen zu befassen,<sup>495</sup> und er kennt sich darin nicht aus. Doch Bevan lernt jetzt, und er ist bestrebt, sich in außenpolitischen Problemen angemessen zurechtzufinden.

*Chruschtschow:* Seine Reden in letzter Zeit sind starke, gute Reden.

*Zilliacus:* Er hat ein sozialistisches Herz. Er vergisst nicht, dass er früher Bergmann war.

*Chruschtschow:* Die Herkunft hat anscheinend eine gewisse Bedeutung, allerdings war auch Phillips<sup>496</sup> früher Bergmann...

<sup>493</sup> Lev Trockij, Stalins Widersacher im Kampf um die Macht in der UdSSR, bekannte sich zur „permanenten Revolution“.

<sup>494</sup> Hugh Gaitskell, Vorsitzender der Labour Party.

<sup>495</sup> In den Regierungen des Labour-Premierministers Clement Attlee von 1945 bis 1951 leitete Aneurin Bevan das Ressort zunächst für Gesundheit, später für Arbeit.

<sup>496</sup> Morgan Phillips, (General-)Sekretär der Labour Party.

*Zilliacus:* Phillips hat vergessen, dass er ein Bergmann war, Bevan dagegen hat es nicht vergessen.

*Chruschtschow:* Phillips hat mit gesagt, besuchen Sie uns in England und ich werde Sie empfangen wie ein Arbeiter einen Arbeiter empfängt. Das waren aber leere Worte.<sup>497</sup> Er selbst fürchtet sich jetzt vor den Arbeitern.

*Zilliacus:* Phillips hat, wie übrigens auch andere rechte Führer der Labour Party, vor allem Angst davor, dass die Konservativen ihn beschuldigen könnten, ein Roter zu sein. Das ist eine Form von „rechter Alterskrankheit“ im Unterschied zur „linken Kinderkrankheit“.<sup>498</sup> Unsere Arbeiterklasse entwickelt sich aber immer mehr zu einer aktiven politischen Kraft. Die Arbeiterklasse Englands beginnt zu verstehen: Wenn man einen angemessenen Lebensstandard haben will, muss man für ein Ende des Wettrüstens und für die Festigung des Friedens kämpfen.

*Chruschtschow:* Würde jetzt der Kalte Krieg beendet, würde England davon wirtschaftlich profitieren. Es würden sich gewaltige Möglichkeiten für den Handel mit uns und mit China eröffnen. Für die englische Industrie würde sich ein wahrhaft unerschöpflicher Markt erschließen.

*Zilliacus:* Das begreift man in England. Das ist auch der Grund, weswegen nicht nur die Arbeiter Englands, sondern auch die Mächtigen der City, unsere Kapitalisten, ein steigendes Interesse an einer Beendigung des Kalten Krieges und an einer Ausweitung des Handels mit dem Osten bekunden. Außerdem befürchten sie, dass sich die Depression aus den USA weiter ausbreitet.

*Chruschtschow:* Wenn Sie Bevan sehen, sagen Sie ihm, dass die Ansicht nicht richtig ist, die Sowjetunion ordne ihre Außenhandelsbeziehungen politischen Zielen unter. Dafür wurde Jugoslawien als Beispiel angeführt. Aber die Frage so zu stellen, ist ganz falsch. Wie haben sich unsere Beziehungen zu Tito tatsächlich entwickelt? Unsere ideologischen Divergenzen sind auch in der Zeit bestehen geblieben, als wir auf unsere Initiative hin gute Beziehungen zu Jugoslawien hergestellt haben. Danach, während der Ereignisse in Ungarn,<sup>499</sup> haben sich diese Beziehungen wieder etwas verschlechtert, aber nach dem Treffen mit Tito in Bukarest sind sie wieder besser geworden. Mithin haben sich unsere zwischenstaatlichen Beziehungen, darunter auch die Handelsbeziehungen, gut entwickelt, trotz der ideologischen Differenzen.

Danach hat Tito das neue Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens verkündet, das Ansprüche auf eine besondere, führende Rolle Jugoslawiens zum Inhalt hatte. Wir waren gezwungen, den Marxismus-Leninismus zu verteidigen. Aber auch das hat keine Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu bewirken vermocht. Der Charakter unserer Beziehungen auf wirtschaftli-

<sup>497</sup> Als Chruščëv und Bulganin vom 18. bis 27. April 1956 Großbritannien besuchten, erfolgte keine Einladung zu einem Besuch bei Phillips.

<sup>498</sup> Anspielung darauf, dass Lenin politisch unzweckmäßigen Radikalismus als „linke Kinderkrankheit“ verurteilt hatte.

<sup>499</sup> Gemeint sind der Aufstand in Ungarn 1956 und die folgende sowjetische Militärintervention.

chem Gebiet begann sich keineswegs deswegen ändern, weil sich unsere ideologischen Differenzen verschärft hätten, sondern ist einzig und allein Titos Schuld. In seiner Rede auf dem Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens verbeugte er sich tief vor den USA für deren angeblich uneigennützig Wirtschaftshilfe; was aber die Sowjetunion anbelangte, so sagte er, dass sich unsere Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils gestalten sollten.

Er hat das Problem so dargestellt: Die Kapitalisten hat er gelobt, was jedoch den sozialistischen Staat betrifft, der Jugoslawien eine uneigennützig Wirtschaftshilfe geleistet hat, hat er ihm vorgeschlagen, die Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils zu gestalten! Nun, wenn ihr schon so für Gegenseitigkeit seid, werden auch wir diesen Weg beschreiten: Wenn ein vorteilhaftes Geschäft vorgeschlagen wird, werden wir es abschließen; ist das Geschäft unvorteilhaft, werden wir es nicht abschließen. Mit einem Wort: Tito hat die Frage so hingestellt, wir sollten unsere Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils gestalten, beispielsweise genau so, wie wir es in unseren Beziehungen mit den Kapitalisten tun.

Die Jugoslawen bieten uns Paprika an, aber was sollen wir damit? Wir können selbst für die ganze Welt Paprika erzeugen. Sie bieten uns Pflaumenschnaps an. Aber wozu brauchen wir ihn? Erstens stinkt dieser Schnaps, und unsere Leute sind solch einen Schnaps nicht gewohnt. Wir schränken, zweitens, gegenwärtig überhaupt den Verbrauch von Wodka ein. Solche Waren bieten uns die Jugoslawen an. Im Gegenzug fordern sie, dass wir ihnen ein Aluminiumwerk, Elektrokraftwerke usw. errichten. Wo aber ist da der gegenseitige Vorteil?

Selbst einem Dummkopf ist klar, wenn wir unser Kapital in den Bau, sagen wir eines Aluminiumwerkes in der Sowjetunion investieren würden, könnten wir danach den Verkauf von Aluminium ins Ausland steigern.

Dessen ungeachtet, hat die Sowjetunion Wirtschaftshilfe geleistet und tut es weiter, wenn Länder um diese Hilfe bitten und sie richtig zu würdigen wissen. Zum Beispiel haben wir für Indien ein Hüttenwerk gebaut. Nehru<sup>500</sup> hat direkt gesagt, dass dies Hilfe für Indien ist. Hilfe eben, aber kein gegenseitiger Vorteil! Denn wir hätten dieses Hüttenwerk bei uns errichten und dann den Indern das fertige Metall verkaufen können. Trotzdem haben wir den Beschluss gefasst, das Hüttenwerk in Indien aufzubauen und zudem zu Sonderkonditionen, zu einem Kredit mit einer zweiprozentigen Verzinsung. Keine Bank in der Welt außer den sowjetischen Banken gibt Kredite zu solchen Konditionen!

Wie aber kann man nach alledem sagen, dass wir unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen politischen Zielen unterordnen?

*Zilliacus:* Ich habe das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und den Artikel Ihrer Zeitschrift „Kommunist“ aufmerksam gelesen, in dem dieses Programm einer Kritik unterzogen wurde. Ich war mit der Redaktion der Zeitschrift „Kommunist“ völlig einverstanden. Kann man etwa davon sprechen, dass es in der Welt zwei gleiche Militärblöcke gibt, den Block der Westmächte und den sowjetischen Block?

<sup>500</sup> Jawaharlal Nehru, indischer Premierminister.

*Chruschtschow:* Die Labour-Politiker haben sich seinerzeit für den Schutz Sowjetrusslands eingesetzt, als sie die Bewegung „Hände weg von Russland“ durchgeführt haben.<sup>501</sup> Sie haben damals die Rolle Sowjetrusslands und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung in der Welt richtig verstanden.

Gen. Stalin hat seinerzeit ernstliche Fehler gemacht, und wir haben diese Fehler entschieden verurteilt.<sup>502</sup> Wenn aber Tito sagt, dass Stalin eine Politik der Einflussphären betrieben habe und er ihn deswegen verurteile, dann muss ich sagen, dass dies keine kluge Stellungnahme ist.

Wenn Stalin so eine Politik betrieben hätte, hätte sich Jugoslawien sofort nach dem Krieg in der amerikanischen Sphäre befunden und wäre vernichtet worden. Sehen Sie, was mit Griechenland, das in die westliche Sphäre geriet, geschehen ist, dort sind die friedliebenden Kräfte zerschlagen worden!<sup>503</sup>

Die Politik, die Stalin während des Krieges betrieb, war zum Nutzen der Arbeiterklasse. Wenn wir am Ende des Krieges ausgeblutet gewesen wären, hätten die Imperialisten uns fallengelassen, und die Arbeiterklasse Polens, Ungarns, Jugoslawiens und anderer Länder wäre wieder unter das Joch des Kapitalismus geraten. Doch die Sowjetunion hat ihre Stärke bewahrt und der Arbeiterklasse dieser Länder Hilfe geleistet. Und so haben zusammen mit der Sowjetunion ein neues Leben die Völker Polens, Jugoslawiens, Rumäniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Albaniens, halb Koreas, halb Vietnams und Chinas.

*Zilliacus:* Es ist vollkommen klar, dass Ihre Politik nicht von abstrakten theoretischen Vorstellungen diktiert wird, sondern von einer absolut realen Situation. Die sozialistischen Länder schließen sich zusammen als Antwort auf die Schaffung des Blocks der kapitalistischen Staaten. Sie müssen sich zusammenschließen...

*Chruschtschow:* Von großer Bedeutung ist die richtig organisierte wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. Ich erinnere mich an folgende Begebenheit: In Polen sind 1956 gewisse nicht richtige Stimmungen entstanden. Demagogische Elemente haben ein großes Geschrei gemacht, dass die Sowjetunion, die von Polen Kohlelieferungen bekam, Polen angeblich „ausraube“. Ich habe damals dem Genossen Gomułka<sup>504</sup> gesagt: Wir sind bereit, auf eure Kohle zu verzichten. Wir bauen eben neue Bergwerksschächte und decken unseren Bedarf selbst.

Die Kohlelieferungen aus Polen in die Sowjetunion wurden eingestellt. Und was weiter? Nachdem gewisse Zeit verstrichen war, wandte sich Genosse Gomułka, mit dem zusammen wir auf der Krim zur Erholung waren, an uns: Kauft unsere Kohle! Doch damals brauchten wir die polnische Kohle schon nicht mehr, wir hatten in der Ukraine 37 neue Bergwerksschächte gebaut, unser Bedarf an Kohle war damit völlig gedeckt. Er hat sich gewundert: „Wie haben Sie

<sup>501</sup> Das war in der Frühzeit der UdSSR, als diese von westlichen Staaten militärisch bedroht wurde.

<sup>502</sup> Chruschtschow bezieht sich hier auf seine Rede „Über den Personenkult und seine Folgen“ am 27. Februar 1956. In diesem vom ZK-Präsidium nach heftigen Diskussionen gebilligten Referat hatte er Kritik an Stalin geübt, dessen Politik bis dahin als uneingeschränkt gut und richtig gegolten hatte.

<sup>503</sup> Die Kommunisten unterlagen im Bürgerkrieg, als Tito 1948 die Hilfe für sie einstellte.

<sup>504</sup> Wladislaw Gomułka, kommunistischer Parteichef Polens.

das geschafft? Schließlich benötigen wir für den Bau eines Bergwerksschachts fünf Jahre!“ Ich habe geantwortet: „Nun ja, wir bauen einen Bergwerksschacht in neun Monaten“. Und so haben wir jetzt völlig ausreichend Kohle. Wie ich Ihnen schon gesagt habe, schließen wir sogar einige Bergwerksschächte, da wir Kohle durch Erdöl und Erdgas ersetzen...

Das sozialistische System gewährleistet eine schnelle Entwicklung der ganzen Wirtschaft. Das Erdgas zum Beispiel ist für die Herstellung der unterschiedlichsten Produkte eine unerschöpfliche Rohstoffquelle. Unlängst war ich in Kujbyschew. Dort macht man aus Erdgas Alkohol. Der Direktor des Werkes, eine Frau, zeigte mir die Produktion. Ich habe gefragt, ob man diesen Spiritus trinken kann? Sie hat geantwortet, wenn man diesen Alkohol reinigt, kann man ihn trinken. Ich habe ihn probiert, es war ganz normaler Alkohol. Und wie steht es um den Preis? Er ist halb so teuer wie der Alkohol aus Lebensmittelrohstoffen!

Und so haben wir beschlossen, die Produktion von Alkohol aus Erdgas anzufangen, und die Lebensmittelrohstoffe benutzen wir als Viehfutter. Das gibt uns die Möglichkeit, die Produktion von Fleisch noch schneller zu steigern.

*Zilliacus*: Sie haben so große Pläne, so vielfältige Möglichkeiten, die kein Regime hat und haben kann, das sich auf Privateigentum gründet.

*Chruschtschow*: Ja, Marx und Engels waren große Männer. Sie haben der Arbeiterklasse wahrhaft gewaltige Perspektiven eröffnet, und Lenin hat ihre Lehre weiterentwickelt und reale Möglichkeiten zur Verwirklichung der Ideen von Marx geschaffen, unter der Führung Lenins hat die Arbeiterklasse Russlands die Macht erobert. Und es ist sehr gut, dass die proletarische Revolution zum ersten Mal gerade in Russland den Sieg errungen hat, denn wir besitzen alle materiellen Möglichkeiten, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen.

Einmal habe ich zu Nasser gesagt, was habt ihr, was wir nicht haben? Bananen? Diese können wir bei euch kaufen. Wir haben alles – sowohl Erdöl als auch Eisenerze; wir brauchen nichts von dem, worüber zum Beispiel die Araber und auch andere Völker verfügen. Die langfaserige Baumwolle gedeiht bei uns sogar besser als in Ägypten. Gerade erst haben wir ägyptische Bauern zum Studium unserer Erfahrungen beim Baumwollanbau nach Usbekistan eingeladen...

Das Wachstum unserer Wirtschaft schafft die Voraussetzungen, unseren Außenhandel immer stärker auszubauen. Jetzt bekunden amerikanische Firmen ein großes Interesse an unseren Aufträgen. Einige Firmen bieten uns sogar Kredite an. Doch vorerst sagen wir, wir sind bereit, den Handel nach dem Prinzip abzuwickeln: Ware gegen Ware, wir haben etwas, womit wir zahlen können...

*Zilliacus*: Sie brauchen Ihre Aufträge. Sie haben eine Depression...

*Chruschtschow*: In Westdeutschland zeigt man ein sehr großes Interesse am Handel mit uns. In England aber sind die Verhandlungen zwei Jahre verschleppt worden. Die Firmen wollten mit uns Geschäfte abschließen, doch allem Anschein nach haben die Verbotslisten das nicht erlaubt...<sup>505</sup>

<sup>505</sup> Das bezieht sich auf die COCOM-Liste, der zufolge die NATO-Länder keine „strategisch wichtigen“ Güter an kommunistische Staaten liefern sollten.

*G[eorgij] Shukow:*<sup>506</sup> Herr Zilliacus, zu Beginn des Gesprächs haben Sie die Frage gestellt, ob es nicht wünschenswert sei, mit sowjetischen Persönlichkeiten Verhandlungen darüber zu führen, in welchen Fragen die Positionen der Sowjetunion und der Labour Party im Kampf um die Beendigung des Kalten Krieges und die Festigung des Friedens übereinstimmen. Meinen Sie nicht, dass es angebracht wäre, über Organisationsformen zur Herstellung so eines Sachkontakts nachzudenken?

*Zilliacus:* Ja, man sollte das natürlich machen.

*Chruschtschow:* Vielleicht sollte man ein gesellschaftliches Organ schaffen zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Liquidierung des Kalten Krieges und zur Gewährleistung des Friedens in der ganzen Welt.

*Zilliacus:* Die ganze Labour Party würde sich in der gegenwärtigen Etappe kaum an so einem Organ beteiligen. Trotzdem wäre es nützlich, so ein Organ zu schaffen.

*Chruschtschow:* Vielleicht sollte man mit dem Aufbau einer Gruppe von Multiplikatoren anfangen. Zum Beispiel könnten Sie an der Spitze so einer Gruppe stehen. Man könnte auch Persönlichkeiten hinzuziehen wie Ihren Philosophen Russell<sup>507</sup> und andere...

*Zilliacus:* Natürlich, zumal Russell Mitglied der Labour Party ist.

*Chruschtschow:* Das wäre nützlich. In so einem Organ würden englische und sowjetische Persönlichkeiten eine gemeinsame Sprache finden. Schließlich wollen wir doch alle die Liquidierung des Kalten Krieges. Natürlich kann man nicht alle Fragen sofort behandeln, aber Schritt für Schritt könnte man eine Reihe von Problemen untersuchen und auf diese Weise die Voraussetzungen für eine Vereinbarung schaffen.

*Zilliacus:* Ich denke, die Gespräche mit meinen sowjetischen Kollegen, die ich während meines Aufenthalts in Moskau führen möchte, wären ein wertvoller Anfang für so eine Tätigkeit. Danach könnte man eine gemeinsame Gruppe von englischen und sowjetischen Persönlichkeiten schaffen.

*Chruschtschow:* Im Grunde würde diese Tätigkeit auch Ihre Wahlkampagne unterstützen. Auf mich kann man sich natürlich nicht berufen, wenn man vorschlägt, ein gesellschaftliches Organ zu schaffen. Vielleicht wäre es am besten,

<sup>506</sup> Nicht Marschall Georgij K. Žukov, sondern ein bekannter Propagandakader.

<sup>507</sup> Bertrand Russell, dem 1950 der Nobelpreis für Literatur verliehen worden war, suchte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Gefahren zu lenken, die von den Kernwaffenarsenalen ausgingen. Er war zeitweilig Präsident der Campaign for Nuclear Disarmament. Am 9. Juli 1955 stellte er in London zusammen mit Albert Einstein ein Manifest vor. Darin hieß es, die Existenz der gesamten Menschheit sei durch die Bestände an nuklearen Waffen bedroht, deren massive Verringerung sei nötig, und nur durch eine Rückbesinnung auf die eigene Menschlichkeit und eine bewusste Entscheidung gegen bewaffnete Konflikte lasse sich der Fortbestand der Menschheit sichern. Dieses Einstein-Russell-Manifest wurde zur geistigen Grundlage der Pugwash-Konferenzen, auf denen sich Wissenschaftler aus Ost und West zur Diskussion fundamentaler Menschheitsprobleme trafen.

wenn Sie selbst diesen Vorschlag machen würden, und wir würden ihn unterstützen.

*Zilliacus:* Ich habe mir für die Diskussionen mit den sowjetischen Persönlichkeiten einige konkrete Überlegungen zurechtgelegt. Sie stehen in den Dokumenten der Labour Party. Vielleicht könnten diese Vorschläge die Grundlage unserer Gespräche sein.

Bevan studiert nicht gerne Dokumente mit Sorgfalt, er hält lieber Reden. Doch um der Sache willen muss man die Probleme der internationalen Beziehungen genauer und sorgfältiger ausarbeiten und mit Geduld nach den Bereichen suchen, in denen es möglich und nützlich ist, eine Übereinkunft zu erzielen.

Bei der Formulierung eines Arbeitsprogramms zur Liquidierung des Kalten Krieges und zur Gewährleistung des Friedens in der ganzen Welt ließe sich das UNO-Statut heranziehen. Schließlich ist es im Grunde ein Kodex der friedlichen Koexistenz! Wir alle haben es unterzeichnet, und es verpflichtet uns. Bei uns, im Westen, bringt man dem UNO-Statut noch immer großen Respekt entgegen. Zwar hat seinerzeit jemand im Westen mit der Berufung auf das UNO-Statut den Krieg gegen Korea zu rechtfertigen versucht...<sup>508</sup> Ich bedauere es nach wie vor, dass damals im Sicherheitsrat kein Vertreter der UdSSR anwesend war, der ein Veto gegen die Entsendung von „UNO-Truppen“ nach Korea hätte einlegen können...

*Chruschtschow:* Ich denke, dass der damals gefasste Beschluss, den Vertreter der UdSSR zeitweilig nicht an der Arbeit des Sicherheitsrates zu beteiligen, ein Fehler Stalins war.

*Shukow:* Soviel ich verstehe, würden Sie, Herr Zilliacus, es für richtig halten, die Formulierung der Vorschläge zur Liquidierung des Kalten Krieges und zur Wahrung des Friedens in der Welt im Rahmen eines gesellschaftlichen Organs vorzunehmen, das von der Parlamentsfraktion der Labour Party und einer Parlamentariergruppe des Obersten Sowjets gebildet wird?

*Zilliacus:* Ja. Denn es gibt bei uns schon ein englisch-russisches Parlamentskomitee, an dem sich bekannte Persönlichkeiten beteiligen. Im Grunde ist dieses Komitee eine Fortsetzung des seinerzeitigen Komitees „Hände weg von Russland!“. Es könnte natürlich als Stützpunkt für unsere Gespräche dienen. Man könnte gemeinsame Auffassungen zu zentralen internationalen Problemen finden, wenn man sich auf das UNO-Statut stützt.

<sup>508</sup> Den Angriff des hochgerüsteten kommunistischen Nordkoreas am 25. Juni 1950 auf den Süden, der nur schwache bewaffnete Kräfte besaß, hatten zunächst die USA mit der Entsendung ihrer Truppen beantwortet. Die UNO-Vollversammlung hatte anschließend den Angriff mit großer Mehrheit verurteilt und dazu aufgerufen, die Verteidiger durch ein internationales militärisches Aufgebot zu unterstützen. Daraufhin schickte eine größere Anzahl von Staaten Truppen nach Korea. Die Begründung dafür bot Artikel 1 der UNO-Charta. Danach war es die Aufgabe der Weltorganisation, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und „zu diesem Zweck wirksame Kontrollmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und sie zu beseitigen und um Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken“.

*Chruschtschow*: Die Auswahl des Ortes bleibt Ihnen überlassen. Ich denke, unsere Persönlichkeiten könnten sich mit Ihren Persönlichkeiten sowohl in Stockholm als auch in Wien oder in Genf treffen, wenn ihnen das genehm ist.

*Zilliacus*: Wichtig ist, gemeinsame Auffassungen zu finden.

*Chruschtschow*: Richtig!

*Zilliacus*: Ich denke, die von der Sowjetunion ausgearbeiteten Dokumente, vor allem der Entwurf des Nichtangriffspakts, enthalten sehr wichtige Grundsätze, über die man zu einer Übereinkunft gelangen kann.

Bei Abschluss des Gesprächs bittet *Gen. Chruschtschow* darum, Bevan und allen, die uns gut kennen, Grüße zu übermitteln. „Was uns betrifft“, sagt N. S. Chruschtschow, „wir werden auch weiterhin alles tun, um die Wirtschaft und die Kultur unseres Landes zu heben und den Frieden zu stärken.“

*Zilliacus* dankt für den herzlichen Empfang und das inhaltsreiche Gespräch.

Von G[eorgij] Shukow aufgezeichnet

Unkorrigiertes Stenogramm

Übersetzt aus dem russischen Originaltext

RGANI, fond 52, opis' 1, delo 552, Bl. 99-116



# Abkürzungsverzeichnis

BArch	– Bundesarchiv
BRD	– Bundesrepublik Deutschland
CDU	– Christlich-Demokratische Union
CK	– Centralnyj komitet (Zentralkomitee)
CoCom	– Coordinating Committee for Multilateral Export Controls
CSU	– Christlich-Soziale Union
DDR	– Deutsche Demokratische Republik
EWG	– Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FRG	– Federativnaja Respublika Germanija (Bundesrepublik Deutschland)
FRUS	– Foreign Relations of the United States
GDR	– German Democratic Republic
Gen.	– Genosse
KGB	– Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KP	– Kommunistische Partei
KPdSU	– Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPSS	– Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza (Kommunistische Partei der Sowjetunion)
NATO	– North Atlantic Treaty Organisation
RGANI	– Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii (Russisches Staatsarchiv für neueste Geschichte)
RGW	– Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAPMO	– BArch – Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	– Sowjetische Besatzungszone [Deutschlands]
SED	– Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEPG	– Socialističeskaja Edinaja Partija Germanii (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)
SFIO	– Sektion française de l'Internationale ouvrière (Name der sozialistischen Partei Frankreichs)
SPD	– Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SŠA	– Soedinënyje Štaty Ameriki (Vereinigte Staaten von Amerika)
SSSR	– Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
TASS	– Telegrafnoe agentstvo Sovetskogo Sojuza (Nachrichtenagentur der Sowjetunion)
U.S.	– United States
UdSSR	– Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	– United Nations Organization
USA	– United States of America
ZK	– Zentralkomitee



# Dokumenten- und Literaturverzeichnis

## *Unveröffentlichte Dokumente*

- Aktenvermerk über Gespräch zwischen dem stellv. Außenminister Winzer und Botschaftssekretär Astavin, 27. 8. 1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Bestände des MfAA der ehemaligen DDR, A 133, Bl. 223-225
- Aufzeichnung Dr. Klein [West-Berliner Senator für Bundesangelegenheiten] über den deutsch-sowjetischen Konsularvertrag und Berlin, o.D. [1961], Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten aus dem AA in Bonn, B 312 Bd. 489d, o. Bl. (10 S.)
- Aufzeichnung über das Gespräch Adenauer – Botschafter Smirnov, 8. 2. 1957, Archiv der Stiftung Bundeskanzler Adenauer Haus, III/54, Bl. 126-133
- Aufzeichnung über das Gespräch Adenauer – Botschafter Smirnov, 7. 3. 1957, Archiv der Stiftung Bundeskanzler Adenauer Haus, III/70, o. Bl. (11 S.)
- Auszug aus Aktenvermerk über Unterredung Sorin / König am 2. 6. 58, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Bestände des MfAA der ehemaligen DDR, A 734 Bd. 1, Bl. 99-101
- Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, SAPMO-BArch, NY 4182/1. 210, Bl. 169-171
- Beschluss des Plenums des ZK der KPdSU, 31. 1. 1955, SAPMO-BArch, DY 30/3534, Bl. 23-26 (russ.), 18-22 (dte. Übers.)
- Beseda N.S. Chruščëva s amerikanskimi žurnalistami V.R. Cherstom, Kingsberi Smitom i F. Konniferom 5 fevralja 1955 goda (Gespräch Chruschtschows mit den amerikanischen Journalisten V. R. Hearst, Kingsbury Smith und F. Connifer am 5. Februar 1955), RGANI, f. 52, op. 1, d. 611, Bl. 1-20
- Beseda N.S. Chruščëva s General'nym sekretarëm OON D. Hammaršel'dom 24 marta 1956 goda (Gespräch Chruschtschows mit UNO-Generalsekretär D. Hammarskjöld am 24. März 1956), RGANI, f. 52, op. 1, d. 579, Bl. 38-50
- Beseda N.S. Chruščëva s predstaviteljami francuzskoj gazety „Figaro“ 14 marta 1958 goda (Gespräch Chruschtschows mit den Vertretern der französischen Zeitung „Figaro“ am 14. März 1956), RGANI, f. 52, op. 1, d. 617, Bl. 105-124
- Besedy N.S. Chruščëva s Predsedatelem Soveta ministrov PNR Ju. Cirankevičem 19 aprilja 1957 goda (Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Polnischen Volksrepublik, Jó[zef] Cyrankiewicz, am 19. April 1957), RGANI, f. 52, op. 1, d. 576, Bl. 101-127
- Die Lage in Westberlin und unsere Aufgaben (Anlage zum Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 12. Februar 1958), DY 30/J IV 2/2A/613, Bl. 37-62
- Handschriftliche Aufzeichnung von Chruschtschows mündlichem Bericht über die Verhandlungen in Belgrad, o. D. [Juni 1955], SAPMO-BArch, NY 4215/112, Bl. 109-121
- Iz dnevnika M.G. Pervuchina, 30 sentjabrja 1958 g. Zapis' besedy s t. V. Ul'brichtom 26 sentjabrja 1958 g. (Aus dem Tagebuch von M. G. Pervuchin, 30. September 1958. Aufzeichnung des Gesprächs mit Gen. W. Ulbricht am 26. September 1958), RGANI, f. 5, op. 49, d. 76, Bl. 233-238

- Iz dnevnika M.G. Pervuchina, 12 oktjabrja 1958 goda. Zapis' besedy s t. V. Ul'brichtom i O. Grotevolem 2 oktjabrja 1958 g. (Aus dem Tagebuch von M. G. Pervuchin, 12. Oktober 1958. Aufzeichnung des Gesprächs mit den Gen. W. Ulbricht und O. Grotewohl am 2. Oktober 1958), RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 199–206
- Iz dnevnika M.G. Pervuchina, 16 oktjabrja 1958 goda. Zapis' besedy s t. V. Ul'brichtom 5 oktjabrja 1958 goda (Aus dem Tagebuch von M. G. Pervuchin, 16. Oktober 1958. Aufzeichnung des Gesprächs mit Gen. W. Ulbricht am 5. Oktober 1958), RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 207–217
- Iz dnevnika M.G. Pervuchina, 23 oktjabrja 1958 goda. Zapis' besedy s t. V. Ul'brichtom 20 oktjabrja 1958 g. (Aus dem Tagebuch von M. G. Pervuchin, 23. Oktober 1958. Aufzeichnung des Gesprächs mit Gen. W. Ulbricht am 20. Oktober 1958), RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 235 f
- Iz dnevnika Sovetnika Posol'stva SSSR v GDR, Orlova, A.L. Zapis' besedy s sekretarëm CK SEPG K. Chagerom (Aus dem Tagebuch des Botschaftsrats an der Botschaft der UdSSR in der DDR, A. L. Orlov: Aufzeichnung des Gesprächs mit dem Sekretär des ZK der SED K. Hager), o. D. [spätestens 23. 6. 1955], RGANI, f. 5, op. 28, d. 325, Bl. 256–261
- Niederschrift der vertraulichen Unterredung N.S. Chruschtschows mit den westdeutschen Pressevertretern A. Springer und H. Zehrer, 29. 1. 1958, DY 30/3497, Bl. 114–129 (dte. Übersetzung), 130–142 (russ. Originaltext)
- N. S. Chruščëv an das ZK der SED, 7. 6. 1955, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 8 f (dte. Übers.), 11 f (russ. Originaltext)
- N.V. Bulganin an K. Adenauer, 18. 3. 1957, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Bestände des MfAA der ehemaligen DDR, A 734 Bd. 1, Bl. 74–76 (russ.), 79 f (dte. Übers.)
- Ob itogach poezdki A.I. Mikojana v FRG, 25–28 aprilja 1958 goda (Über die Resultate der Reise von A. I. Mikojan in die BRD, 25.–28. April 1958), 13. 5. 1958, AVPRF, f. 0758, op. 3, p. 18, d. 16, Bl. 23–42
- Obzor ékonomičeskogo i političeskogo položénija Germanskoj Federativnoj Respubliki i Zapadnogo Berlina v 1955 godu (Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage der Deutschen Bundesrepublik [sic] und West-Berlins im Jahar 1955), 21. 2. 1956, AVPRF, f. 0742, op. 1, p. 1, d. 1, Bl. 2–4
- O nastroenijach v Zapadnoj Germanii v pol'zu normalizacii otnošénij s Sovetskim Sojuzom (Über die Stimmungen in Westdeutschland zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion) [an Botschafter Puškin gesandte Ausarbeitung der sowjetischen Hochkommission], 21. 4. 1954, AVPRF, f. 082, op. 42, p. 284, d. 12, Bl. 54–56
- O vnutripolitičeskom položénii v Germanii. Germanskaja Demokratičeskaja Respublika (Über die innenpolitische Lage in Deutschland. Die Deutsche Demokratische Republik), o. D. [Mai/Juni 1955], RGANI, f. 5, op. 28, d. 329, Bl. 42–59
- Pamjatnaja zapiska (Memorandum), 28. 2. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/350f, Bl. 16–21
- Postanovlenie CK KPSS 8 fevralja 1956 goda (Beschluss des ZK der KPdSU am 8. Februar 1956), RGANI, f. 3, op. 8, d. 382, Bl. 111–124
- Postanovlenie CK KPSS. Ukazanija k peregovoram s pravitel'stvennoj delegacijej Germanskoj Federal'noj Respubliki 7 sentjabrja 1955 g. Vypusk iz protokola No. 146 zasedanija Prezidiuma CK KPSS 7 sentjabrja 1955 g. (Beschluss des ZK der KPdSU. Weisungen für die Verhandlungen mit der Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik [sic] vom 7. September 1955. Auszug aus dem Protokoll Nr. 146 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 7. September 1955), RGANI, f. 3, op. 8, d. 295, Bl. 38–45
- Priëm N.S. Chruščëva General'nogo sekretarja OON Daga Hammaršel'da 3 ijunja 1956 g. (Empfang des UNO-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld durch N. S. Chruschtschow am 3. Juni 1956), RGANI, f. 52, op. 1, d. 578, Bl. 74–90

- Priëm N.S. Chruščëva M. Makdaffi 1 fevralja 1955 goda (Empfang von M. McDuffie durch N. S. Chruschtschow am 1. Februar 1955), RGANI, f. 52, op. 1, d. 578, Bl. 1-14
- Proekt ukazanj k peregovoram s pravitel'stvennoj delegaciej Germanskoj Federal'noj Respubliki, 15 avgusta 1955 g., Vypusk iz protokola No. 141 zasedanija Prezidiuma CK KPSS ot 18 avgusta 1955 g. (Entwurf der Anweisungen für die Gespräche mit der Regierungsdelegation der Deutschen Bundesrepublik [sic], 15. August 1955. Auszug aus dem Protokoll Nr. 141 der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 18. August 1955) [die Aufnahme des Entwurfs in das Sitzungsprotokoll lässt erkennen, dass er ohne Abänderung zum Beschluss erhoben wurde], RGANI, f. 3, op. 10, d. 168, Bl. 29-37
- Proekt ukazanj poslu SSSR v GFR t. Zorinu na ego telegrammy iz Bonna No. 141 i 146 (Entwurf der Anweisungen an den Botschafter in der Deutschen Bundesrepublik [sic], Gen. Zorin, in Beantwortung seiner Telegramme aus Bonn Nr. 141 und 146) [es wurden nur diejenigen Entwürfe zu den Akten genommen, die ohne Abänderung beschlossen worden waren], RGANI, f. 3, op. 10, d. 224, Bl. 93-95
- Protokoll der Beratungen UdSSR – DDR, o. D. [Mitte Januar 1956], DY 30/3473, Bl. 83-106
- Protokoll der Diskussion auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 31. 1. 1955, Cold War International History Project. Virtual Archive, Collection Post-Stalin successioin struggle (mit Quellenangabe RGASPI, f. 2, op. 1, d. 127, o. Bl.)
- Protokol'naja zapis' besedy N.S. Chruščëva s amerikanskim žurnalistom Džozefom Ol'sopom 19 fevralja 1957 goda (Protokollaufzeichnung des Gesprächs von N.S. Chruschtschow mit dem amerikanischen Journalisten Joseph Alsop am 19. Februar 1957), RGANI, f. 52, op. 1, d. 611, Bl. 106-118
- Protokol'naja zapis' besedy N.S. Chruščëva s delegaciej francuzskich obščestvennych deiatelej, vystupajuščich za mir i razoruženie 3 maja 1956 goda (Protokollaufzeichnung des Gesprächs von N.S. Chruschtschow mit einer Delegation von Politikern der französischen Gesellschaft, die für Frieden und Abrüstung eintreten, am 3. Mai 1956), RGANI, f. 52, op. 1, d. 588, Bl. 22-37
- Protokol'naja zapis' besedy N.S. Chruščëva s Ėleonoroj Ruzvel't 27 sentjabrja 1957 g. (Protokollaufzeichnung des Gesprächs von N.S. Chruschtschow mit Eleonore Roosevelt am 27. September 1957), RGANI, f. 52, op. 1, d. 579, Bl. 1-25
- Protokol'naja zapis' besedy Pervogo sekretarja N.S. Chruščëva s delegaciej francuzskoj Respublikanskoj partii radikalov i radikal-socialistov vo glave s vice predsedaytelem partii i predsedatelem parlamentskoj gruppy radikal-socialistov Ė. Dalad'e 9 sentjabrja 1957 g. (Protokollaufzeichnung des Gesprächs von N.S. Chruschtschow mit der Delegation der französischen Radikalen und Radikalsozialisten mit dem Vizepräsidenten der parlamentarischen Gruppe der Radikalsozialisten E. Daladier an der Spitze am 9. September 1957), RGANI, f. 52, op. 1, d. 590, Bl. 78-95
- Razvitie sovetsko-germanskich otnošenij za period vremeni s dekabrja 1955 g. po ijun' 1958 g. (Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen in der Zeitspanne von Dezember 1955 bis Juni 1958), o. D., AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 14, Bl. 43 f
- Reč' N.S. Chruščëva pri otkrytii Soveščanija Kommunističeskich i rabočich partij socialističeskich i kapitalističeskich stran 16 nojabrja 1957 goda (Rede von N. S. Chruschtschow bei Eröffnung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder am 16. November 1957), RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 123-128
- Reč' N.S. Chruščëva pri otkrytii Soveščanija Kommunističeskich i rabočich partij socialističeskich stran 20 maja 1958 goda (Rede von N. S. Chruschtschow bei Eröffnung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder am 20. Mai 1958), RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 129-135

- Schreiben des Außenministeriums der UdSSR zu außenpolitischen Fragen (Material zur Tagung am 6. Januar 1956), SAPMO-BArch, DY 30/3473, Bl. 16–20
- Schreiben des Politbüros des ZK der SED an das Präsidium des ZK der KPdSU, Gen. N. S. Chruschtschow, 13. 5. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl. 52–81
- Stenogramma besedy N.S. Chruščěva s predstaviteljami zapadnogermanskoj pečati A. Špringerom i G. Cererom 29 janvarja 1958 goda (Stenogramm des Gesprächs von N. S. Chruschtschow mit den Vertretern der westdeutschen Presse A. Springer und H. Zehrer am 29. Januar 1958), RGANI, f. 52, op. 1, d. 617, Bl. 1–15)
- Ulbricht, Walter: An das Präsidium des ZK der KPdSU. An den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen N.S. Chruschtschow, 9. 1. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl. 52–81
- Ulbricht, Walter: An den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen N.S. Chruschtschow, 9. 1. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3538, Bl. 39–41
- Verschlüsseltes Fernschreiben der Botschaft Moskau an das Auswärtige Amt, 4. 6. 1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten aus dem AA in Bonn, B 12 Bd. 468, o. Bl. (4 S.)
- Verschlüsselte Fernschreiben von Botschafter Kroll [Moskau] an das Auswärtige Amt, 7. 8. 1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten aus dem AA in Bonn, B 12 Bd. 468, o. Bl. (2 + 3 S.)
- Verschlüsseltes Fernschreiben von Botschafter Kroll [Moskau] an das Auswärtige Amt, 20. 6. 1958, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten aus dem AA in Bonn, B 12 Bd. 468, o. Bl. (1 S.)
- Verschlüsseltes Telegramm von Botschafter Haas [Moskau] an das Auswärtige Amt, 5. 3. 1957, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten aus dem AA in Bonn, B 12 Bd. 466, o. Bl. (2 S.)
- Verschlüsseltes Telegramm von Botschafter Haas [Moskau] an das Auswärtige Amt, 13. 3. 1957, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten aus dem AA in Bonn, B 12 Bd. 466, o. Bl. (4 S.)
- Vorschlag der Sowjetregierung: Abkommen über die Einschränkung der herkömmlichen Waffen und der Streitkräfte, o. D. [1955/56], SAPMO-BArch, DY 30/3508, Bl. 87–93
- Vorschlag der Sowjetregierung zu Fragen, die zur Erörterung auf einer Konferenz unter Teilnahme der Regierungschefs aufgeworfen werden sollen, o. D. [Frühj. 1958], Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Akten des MfAA der ehemaligen DDR, A 17610, Bl. 274–288
- Vystuplenie tovarišča Bruno Lejšnera (Stellungnahme der Genossen Bruno Leuschner [auf der RGW-Tagung vom 20.–23. 5. 1958]), SAPMO-BArch, DY 30/3475, Bl. 102–112
- Zamečanja N.S. Chruščěva po otvetam na voprosy korrespondenta zapadnogermanskoj gazety „Zjuddejče Cejtung“ G. Kempškogo 8 sentjabrja 1958 goda (Bemerkungen von N.S. Chruschtschow zu den Antworten auf die Fragen des Korrespondenten der westdeutschen Zeitung „Süddeutsche Zeitung“ H[ans-Ulrich] Kempski am 8. September 1958), RGANI, f. 52, op. 1, d. 617, Bl. 40–44
- Zapis' besedy N.S. Chruščěva s bel'gijskim obščestvennoj dejatel'nicej, sekretarëm Vsemirnogo Soveta Mira Izabelloj Bljum, sostjavavščejsja 8 dekabrja 1956 g. (Aufzeichnung des Gesprächs von N. S. Chruschtschow mit der Politikerin aus der belgischen Gesellschaft, der Sekretärin des Weltfriedensrates, Isabella Blum, am 8. Dezember 1956), RGANI, f. 52, op. 1, d. 548, Bl. 8–39
- Zapis' besedy N.S. Chruščěva s liderom Demokratičeskoj partii SŠA È. Stivensonom 5 avgusta 1958 goda (Aufzeichnung des Gesprächs von N. S. Chruschtschow mit dem Führer

der Demokratischen Partei der USA, A. Stevenson, am 5. August 1958), RGANI, f. 52, op. 1, d. 579, Bl. 51–71

Zapis' besedy N.S. Chruščěva s Prezidentom DRV Cho Ši Minom 23 avgusta 1957 goda (Aufzeichnung des Gesprächs von N. S. Chruschtschow mit dem Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Chi Minh, am 23. August 1957), RGANI, f. 52, op. 1, d. 555, Bl. 80–88

Zasedanie četvėrtoe. Večernee, 21 maja (Die vierte Sitzung [der RGW-Tagung vom 20.–23. 5. 1958] am Abend des 21. Mai), SAPMO-BArch, DY 30/3475, Bl. 194–205

Zasedanie pjatoe. Večernee, 23 maja (Die vierte Sitzung [der RGW-Tagung vom 20.–23. 5. 1958] am Abend des 23. Mai), SAPMO-BArch, DY 30/3475, Bl. 279–286

### *Veröffentlichte Dokumente*

„A tovarišč Malenkov govorit o ‚gibeli civilizaciji!‘“ Stenogramma zasedanija partijnoj gruppy Verhovnogo Soveta SSSR 8 fevralja 1955 g. („Doch Genosse Malenkov spricht vom ‚Untergang der Zivilisation!‘“ Stenogramm der Parteigruppe des Obersten Sowjet der UdSSR vom 8. Februar 1955), in: Istočnik, 6/2003 (66), S. 29–37

Auswärtiges Amt (Hg.): Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hg. aus Anlass des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995

Bechhoefer, Bernhard: Postwar Negotiations on Arms Control, Washington 1961

Békés, Csaba / Byrne, Malcolm / Rainer, János M. (Hg.): The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents, Budapest – New York 2002

Besedy Chruščěva s Mao Czě-dunom 1958 g. (Gespräche Chruščěvs mit Mao Tse-tung 1958), in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 111–128

Besedy G.K. Žukova i D. Ėjzenchauera na ženevskom soveščanii (Die Gespräche von G.K. Žukov und D. Eisenhower auf der Genfer Konferenz), in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1999, S. 98–115

Central Committee Plenum of the CPSU (Auszug in engl. Übers.), 31. 1. 1955, in: Cold War International History Project Bulletin, Heft 10 (März 1998), S. 34–37

Četvėrtaja beseda N.S. Chruščěva s Mao Czě-dunom, 3. 8. 1958 (Das vierte Gespräch N.S. Chruščěvs mit Mao Tse-tung, 3. 8. 1958), in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 126–128

[Chruščěv-Dokumente aus den Jahren 1954–1964, Abdruck ohne Überschrift], in: Istočnik, 6/2003 (66), S. 9–205

Chruščěv, N.S.: Est' odin put' k socializmu, no mogut byt' raznye metody, raznye formy. Zapiski N. Chruščěva vo Prezidium CK KPSS (Es gibt [nur] einen Weg zum Sozialismus, aber es können verschiedene Methoden und Formen existieren) nicht vor dem 24. 9. 1956, in: Istočnik, 6/2003, S. 38–57

Chruschtschow, N.S.: Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, [Ost-]Berlin 1959

Chruschtschow, N.S.: Zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage. Aus Reden, Gesprächen und Interviews 1955–1963, [Ost-]Berlin 1964

Delbrück, Jost (Hg.): Friedensdokumente aus fünf Jahrhunderten. Abrüstung – Kriegsverhütung – Rüstungskontrolle, Kehl – Straßburg –Arlington 1984

Die sowjetische Außenpolitik. Akten und Dokumente des Obersten Sowjets der UdSSR 1956–1962, Moskau 1962

- Documents Diplomatiques Français, hg. von Ministère des Affaires Étrangères. Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, 1955 Bde. I und II, Annexes I und II (1987); 1956 Bde. I und II, Annexes I und II (1988); 1957 Bde. I und II, Annexes I und II (1989); 1958 Bde. I und II, Annexes I und II (1990)
- Documents on British Policy Overseas, Series III, Vol. VI/6: Berlin in the Cold War, 1948–90 (edited by Patrick Salmon, Keith A. Hamilton, and Stephen Robert Twigge), Whitehall Histories: Foreign and Commonwealth Office Publications, London 2009
- Documents on Germany 1944–1985, Department of State Publication 9446, Washington 1985
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Serie III, Bände 1/1 bis 4/3, Bonn – [West-]Berlin 1961–1969
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bde. I–VI, [Ost-]Berlin 1954–1959
- Dokumente zur Außenpolitik der Sowjetunion, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bde. 1/1 bis 4/3, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen Bonn – [West-]Berlin, Frankfurt/Main 1961–1969
- Dokumentenanhang [zu den Verhandlungen über den Staatsvertrag mit Österreich vom 15. Mai 1955], in: Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien – Köln – Graz 1998, S. 607–779
- Eimermacher, Karl / Afiani, Vitalij / Prozumenščikov, Michail u. a. (Hg.): Doklad N.S. Chruščëva o kul'te ličnosti Stalina na XX s-ezde CK KPSS. Dokumenty (Bericht von N.S. Chruščëv über Stalins Personenkult auf dem XX. Parteitag des ZK der KPdSU. Dokumente), Moskau 2002
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS), 1955–1957, Vol. V, Department of State Publication 9454 (Washington/DC 1986); Vol. VII, Department of State Publication 9460 (Washington/DC 1988); Vol. VIII, Department of State Publication 10039 (Washington/DC 1993); Vol. XXVI, Department of State Publication 9930 (Washington/DC 1992)
- Freundschaft DDR – UdSSR. Dokumente und Materialien, [Ost-]Berlin 1965
- Fursenko, A.A. (Hg.): Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964. Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy (Die Archive des Kreml. Das Präsidium des ZK der KPdSU 1954–1964. Manuskripte von Protokollniederschriften. Stenogramme), Moskau 2003
- Gehler, Michael / Agstner, Rudolf: Einheit und Teilung. Österreich und die Deutschlandfrage 1945–1960. Eine Edition ausgewählter Akten. Festgabe für Rolf Steininger zum 60. Geburtstag, Innsbruck – Wien – Bozen 2012
- Guk, Sergej [Interview mit V.N. Beleckij]: Pri otkrytych granicach my ne smožem tjažat'sja s kapitalizmom (Bei offenen Grenzen werden wir mit dem Kapitalismus nicht mithalten können), in: Izvestija, 29. 9. 1992
- Georgij Žukov. Stenogramma oktjabr'skogo (1957 g.) plenuma CK KPSS i drugie dokumenty (Georgij Žukov. Stenogramm des Oktoberplenums der KPdSU (von 1957) und andere Dokumente), Moskau 2001
- Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit A. Springer und H. Zehrer in Moskau, 29. 1. 1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Band 4/1, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen Bonn – [West-]Berlin, Frankfurt/Main 1969, S. 449–460
- Interview mit N.S. Chruschtschow in der Wochenzeitung „Die Zeit“, 26. 9. 1958

- Interview N.S. Chruschtschows zum Jahreswechsel, in: Neues Deutschland, 1. 1. 1957
- Jakovlev, Aleksandr (Hg.): Rossija XX vek. Dokumenty (Russland XX. Jahrhundert. Dokumente). Meždunarodnyj fond „Demokratija“, Moskau 2004
- Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara / Tschubarjan, Alexander (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente, Graz 2005 (sowjetische Dokumente im russischen Original und parallel dazu in deutscher Übersetzung)
- Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara / Tschubarjan, Alexander (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955 / Krasnaja armija v Avstrii. Sovetskaja okkupacija 1945–1955. Dokumente / Dokumenty, Graz – Wien – München 2005
- Mastny, Wojtech / Byrne, Malcolm (Hg.): A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991, Budapest – New York 2005
- Molotov, Malenkov, Kaganovič. 1957. Stenogramma ijun'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty (Molotov, Malenkov, Kaganovič. 1957. Stenogramm des Juniplenums der KPdSU und andere Dokumente), Moskau 1998
- Naumov, P.: Obščestvennost' zapadnoj Germanii trebuet otkaza ot politiki „s pozicii sily“ (Die Öffentlichkeit Westdeutschlands fordert den Verzicht auf die Politik „von Position der Stärke aus“), in: Pravda, 30. 7. 1956
- O kul'te ličnosti i ego posledstvijach. Doklad Pervogo sekretarja CK KPSS tovarišča Chruščeva N.S. XX s-ezdu KPSS (Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU Genossen N.S. Chruščev auf dem XX. Parteitag der KPdSU), in: Izvestija CK KPSS, 3/1989, S. 128–170
- Predloženie Sovetskogo pravitel'stva po voprosam voruženij, zapreščeniya atomnogo oružija i ustraneniю ugrozy vojny (Vorschlag der Sowjetregierung zu den Rüstungsfragen, zum Verbot der Atomwaffe und zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges), in: Pravda, 11. 5. 1955
- Protokoll der Diskussion auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 31. 1. 1955, Cold War International History Project. Virtual Archive, Collection Post-Stalin succession struggle (mit Quellenangabe RGASPI, f. 2, op. 1, d. 127, o. Bl.)
- Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, [Ost-]Berlin 1959
- Reiman, Michal / Luňák, Petr (Hg.): Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archivech (Der Kalte Krieg 1954–1964. Sowjetische Dokumente in tschechischen Archiven), Brünn 2000
- Sbornik osnovnyh aktov i dokumentov Verchovnogo soveta SSSR po vnešnepolitičeskim voprosam 1956–1962, Moskau 1962
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1955 g. (janvar'-ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1955 (Januar-Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1956
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1955 g. (ijul'-dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1955 (Juli-Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1956
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1956 g. (janvar'-ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1956 (Januar-Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1957
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1956 g. (ijul'-dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1956 (Juli-Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1957

- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1957 g. (janvar'-ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1957 (Januar-Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1958
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1957 g. (ijul'-dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1957 (Juli-Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1958
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1958 g. (janvar'-ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1958 (Januar-Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1959
- Sovetsko-amerikaniskie otnošenija 1958 g. (ijul'-dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1958 (Juli-Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1959
- Sowjetischer Entwurf eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten und der USA, in: Neues Deutschland, 23. 7. 1958
- The Geneva Conference of Heads of Government, July 18-23, 1955, Department of State Publication 6046, Washington/DC 1955
- Ulbricht, Walter: Was wir wollen und was wir nicht wollen, in: Neues Deutschland, 30. 12. 1956
- Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov, [hg. von] Moskovskij gosudarstvennyj institut meždunarodnych otnošenij (Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD. Sammlung von Dokumenten und Materialien, [hg. vom] Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen), Moskau 2005
- Velikoe edinstvo socialističeskich stran nerušimo (Die große Einheit der sozialistischen Länder ist unverbrüchlich) [amtlicher Leitartikel], in: Kommunist, 16/1956, S. 3-13
- Vizit kanclera Adenauera v Moskvu 8-14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy. K 50-letiju diplomatičeskich otnošenij meždu Rossiej i Germaniej (Der Besuch Kanzler Adenauers in Moskau vom 8. bis 14. September. Dokumente und Materialien. Zum 50. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland), Moskau 2005
- Volle, Hermann / Duisberg, Claus-Jürgen: Probleme der internationalen Abrüstung, Frankfurt/Main - [West-]Berlin 1964
- Zajavlenie pravitel'stva SSSR po voprosu razoruženija, 14 maja 1956 goda (Erklärung der Regierung der UdSSR zur Frage der Abrüstung, 14. Mai 1956), Moskau 1956

### *Erinnerungen*

- Adenauer, Konrad: Erinnerungen, Band 3: 1955-1959, Stuttgart 1967
- Adžubej, Te desjat' let (Diese zehn Jahre), Moskau 1989
- Aleksandrov-Agentov, A.M.: Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A.A. Gromyko, pomoščnika L.I. Brežneva, Ju.V. Andropova, K.U. Černenko i M.S. Gorbačëva (Von [Madame] Kollontaj bis zu Gorbatschow. Die Erinnerungen des Diplomaten und Beraters von L.I. Breshnew, Ju.V. Andropow, K.U. Tschernenko und M.S. Gorbatschow), Moskau 1994
- Chruščëv, N.S.: Vremja, ljudi, vlast' (Die Zeit, die Menschen und die Macht), Bd. 2, Moskau 1999
- Chruščëv, Sergej: Nikita Chruščëv: Krizisy i rakety. Vzgljad iznutri (Nikita Chruščëv: Krisen und Raketen. Der Blick von innen), Bd. 1, Moskau 1994 (deutsche Übersetzung:

- Chruschtschow, Sergej: Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über meinen Vater, Klitzschen 2003)
- Chruščëv, Sergej: Roždenie sverchderžavy. Kniga ob otce (Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über den Vater), Moskau 2000
- Falin, V.M.: Bez skidok na obstojatel'stva. Političeskie vospominanija (Ohne Rücksichten auf die Umstände. Politische Erinnerungen), Moskau 1999
- Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main – [West-]Berlin 1979
- Grinevskij, O.: Na Smolenskoj Ploščadi v 1950-ch godach (Am Smolensker Platz [im Außenministerium der UdSSR] in den 1950er Jahren), in: *Meždunarodnaja žizn'*, 11/1994, S. 120–126
- Grinevskij, Oleg: Tysjača odin den' Nikity Sergeeviča (Die 1001 Tage des Nikita Sergeevič), Moskau 1998
- Grinevskij, Oleg: Perelom. Ot Brežneva k Gorbačëvu, Moskau 2004
- Grinewskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996
- Gromyko, A.A.: Pamjatnoe (Denkwürdiges), 2 Bde., Moskau 1990 (2. erw. Aufl.)
- Grubmayr, Herbert: 60 Jahre mit den „Russen“. Erinnerungen an die Zeit als Legationssekretär an der Österreichischen Botschaft Moskau, in: Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge, Graz – Wien – München 2005, S. 785–813
- Grubmayr, Herbert: Julius Raab und Nikita Chruščëv, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), *Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščëv*, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 833–851
- Guk, Sergej: Pri otkrytych granicach my ne smožem tjaġat'sja s kapitalizmom (Bei offenen Grenzen werden wir es mit dem Kapitalismus nicht aufnehmen können) [Aussage von Viktor N. Beleckij über ein Gespräch Chruščëvs mit Ulbricht Anfang August 1958, das er gedolmetscht hatte], in: *Izvestija*, 29. 9. 1992
- Hinteregger, Gerald: Als junger Diplomat an der österreichischen Botschaft Moskau, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), *Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščëv*, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 853–859
- Kvicinskij, Julij: Vremja i slučaj. Zametki professionala (Zeit und Zufall. Notizen eines professionellen [Diplomaten]), Moskau 1999
- Menšikov, M.A.: S vintovkoj i vo frake (Mit dem Gewehr und im Frack), Moskau 1996
- Mikojan, Anastas: Tak bylo. Razmyšlenija o minuvšem (So war es. Reflexionen über das Vergangene), Moskau 1990
- Openkin, L.A.: Otpepel' kak èto bylo (1953–1955 gg.) (Das Tauwetter so wie es war (1953–1955)), Moskau 1991
- Sergeev, Rostislav: Wie der Durchbruch in der österreichischen Frage erreicht wurde. Erinnerung eines Zeitzeugen der Moskauer Verhandlungen im April 1955 über den Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich, in: Suppan, Arnold / Stourzh, Gerald / Mueller, Wolfgang (Hg.): *Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz und nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity*, Wien 2005, S. 195–204
- Steiner, Ludwig: Das Miterleben in historischer Zeit. Als Sekretär von Bundeskanzler Raab in Moskau 1955, in: Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge*, Graz – Wien – München 2005, S. 815–828

Trojanovskij, Oleg: Čerez gody i rasstojanija. Istorija odnoj sem'i (Über Jahre und Entfernungen hinweg. Die Geschichte einer Familie), Moskau 1997

### *Sekundärliteratur*

- Allison, Roy: Finland's Relations with the Soviet Union, 1944-84, London – Basingstoke 1985
- Altrichter, Helmut (Hg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Rhöndorfer Gespräche Bd. 22, Bonn 2007
- Bacher, Dieter / Knoll, Harald: "There is no Glory in this Business". Die amerikanischen Spionageflüge über die Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 315-334
- Barron, John: Von Schwalben umschwirrt. Der Fall Dejean, in: Die lautlose Macht. Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart – Zürich – Wien 1985, S. 17-41
- Békés, Csaba: Die ungarische Revolution und die Großmächte, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 353-374
- Bezborodov, Aleksandr: Raketen, Atomwaffen, Rüstung. Der militärindustrielle Komplex der Sowjetunion unter Chruščev, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 355-372
- Bispinck, Henrik: „Republikflucht“. Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Hoffmann, Dirk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft der DDR in den fünfziger Jahren, München 2003, S. 285-309
- Bremen, Christian: Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958-1961, Berlin 1996
- Bystrova, N.E.: SSSR i formirovanie voenno-blokovogo protivostojanija v Evrope (1945-1955 gg.), Bd. II, Moskau 2005
- Diedrich, Torsten / Süß, Walter (Hg.), Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin 2010
- Egerova, N. I.: Evropejskaja bezopasnost', 1954-1955 gg. Poiski novych podchodov, in: Rossijskaja Akademija Nauk / Institut vseobščej istorii (Hg.), Cholodnaja vojna 1945-1963 gg. Istoričeskaja perspektiva. Sbornik statej, Moskau 2003
- Evangelista, Matthew: "Why Keep Such an Army?" Khrushchev's Troop Reductions, Cold War International History Project, Working Paper No. 19, Washington 1997
- Filitov, A.M.: Germanija v sovetskom vnešnepolitičeskom planirovanii 1941-1990 (Deutschland in der sowjetischen außenpolitischen Planung 1941-1990), Moskau 2009
- Foitzik, Jan: Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Implikationen, Paderborn 2001
- Fursenko, A.A.: Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka (Russland und internationale Krisen. Mitte des XX. Jahrhunderts), Moskau 2006
- Fursenko, Aleksandr / Naftali, Timothy: Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006

- Gati, Charles: Zur Neubewertung des ungarischen Aufstands 1956, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 127–157
- Gehler, Michael (Hg.): Vom Gemeinsamen Markt zur europäischen Nationsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007 / From Common Market to European Union Building. 50 Years of the Rome Treaties 1957–2007, Wien – Köln – Weimar 2009
- Gibianski, Leonid Ja. / Afiani, Witali Ju. / Stykalin, Aleksandr S.: Zur sowjetischen Außenpolitik im Herbst 1956, in: Kircheisen, Inge (Hg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 26–44
- Göllner, Ralf Thomas: Die ungarische Revolution von 1956, in: Agethen, Manfred / Buchstab, Günter (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg i. B. 2003, S. 89–129
- Görtemaker, Manfred: Adenauer und die amerikanische Deutschlandpolitik (mit Diskussion), in: Schwabe, Klaus (Hg.): Adenauer und die USA. Rhöndorfer Gespräche Band 14, Bonn 1994, S. 75–129
- Gotto, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey, Rudolf / Repgen, Konrad (Hg.): Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 35–40
- Gromyko, A.A. / Ponomarëv, B.N. (Hg.): Istorija vnešnej politiki SSSR (Geschichte der Außenpolitik der UdSSR), Bd. 2, Moskau 1976
- Györkei, Jenö / Horváth, Miklós (Hg.): 1956. Soviet Military Intervention in Hungary, Budapest 1999
- Haftendorn, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983
- Hahn, Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996
- Hajdu, Tibor: Ungarn und die Tschechoslowakei, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 67–72
- Hall, R. Cargill: The Truth About Overflights. Military Reconnaissance Missions Over Russia Before the U-2, in: Quarterly Journal of Military History, Frühjahr 1997, S. 25–39
- Hegedüs, András B. / Wilke, Manfred (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“, 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000
- Heinemann, Winfried: Die NATO und Island. Kommunistische Regierungsbeteiligung und Stützpunktfrage, in: Militärgeschichtliche Beiträge, Jg. 77 (1993), S. 10–17
- Heinemann, Winfried: 1956 als Krisenjahr der NATO, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 615–637
- Heinemann, Winfried: Das Krisenjahr 1956 und die Entwicklung der Blockkonfrontation, in: Engelmann, Roger / Großbörling, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 193–218
- Heinemann, Winfried: Der Warschauer Pakt von der Gründung bis zum Zusammenbruch. Einleitung, in: Diedrich, Torsten / Heinemann, Winfried / Ostermann, Christian F. (Hg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991, Berlin 2009, S. 1–8
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998

- Hilger, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen 2000
- Hilger, Andreas: Grenzen der Entstalinisierung. Sowjetische Politik zwischen Rehabilitation und Repression 1953–1964, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wenker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 253–274
- Holloway, David / McFarland, Victor: The Hungarian Revolution of 1956 in the Context of Cold War Military Confrontation, in: Suppan, Arnold / Mueller, Wolfgang (Hg.): Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989, Wien – Berlin 2009, S. 290–309
- Holzer, Jerzy: Die Geheimrede Chruschtschows und ihre Rezeption in Ostmitteleuropa, in: Hahn, Hans-Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 13–20
- Hoppe, Christoph: Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993
- Ilme-Tuchel, Beate: Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994
- Ilme-Tuchel, Beate: Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen der SED und der KPdSU, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 449–465
- Janning, Josef / Legrand, Hans-Josef / Zander, Helmut (Hg.): Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987
- Jarząbek, Wanda: „W sprawach niemieckich nasz głos musi mieć swą wagę...“ Problem niemiecki w polskiej polityce zagranicznej od października 1956 r. do rozpoczęcia tzw. drugiego kryzysu berlińskiego w listopadzie 1958 r. („In deutschen Angelegenheiten muss unsere Stimme Gewicht haben...“ Das Deutschland-Problem in der polnischen Außenpolitik von Oktober 1956 bis zum Ausbruch der zweiten Berlin-Krise im November 1958), in: Dzieje najnowsze, XXXIII (2001), S. 103–129
- Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn 1996
- Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara / Tschubarjan, Alexander (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge, Graz – Wien – München 2005
- Kazarina, Irina: Von Washington nach Wien oder „Dornen und Rosen“ in der US-Politik Nikita S. Chruschtschew, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruschtschew, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 207–227
- Kelleher, Catherine McArdle: Germany & the Politics of Nuclear Weapons, New York – London 1975
- Kilian, Werner: Adenauers Reise nach Moskau, Freiburg i. B. – Basel – Wien 2005
- Kimminich, Otto: Rüstung und politische Spannung. Studien zum Problem der internationalen Sicherheit, Gütersloh 1964
- Knoll, Harald / Ruggenthaler, Peter: Nikita Chruschtschew und Österreich. Die österreichische Neutralität als Instrument der sowjetischen Außenpolitik, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruschtschew, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 759–807
- Kofler, Martin: Kreisky – Brandt – Khrushchev: The United States and Austrian Mediation during the Berlin Crisis, 1958–1963, in: Bischof, Günter / Pelinka, Anton / Gehler, Michael

- (Hg.): *Austrian Foreign Policy in Historical Context*, New Brunswick/N.J. 2006, S. 170-185
- Kramer, Mark: *Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics*, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen*, Göttingen 2008, S. 61-126
- Kramer, Mark: *The Early Post-Stalin Succession Struggle and Upheavals in East Central Europe*, in: *Journal of Cold War Studies*, 1. Jg., H. 1 (Winter 1999), S. 3-55, H. 2 (Frühjahr 1999), S. 3-38, H. 3 (Herbst 1999), S. 3- 66
- Krosby, H. Peter: *Friede für Europas Norden. Die sowjetisch-finnischen Beziehungen von 1944 bis zur Gegenwart*, Wien – Düsseldorf 1981
- Kühlem, Kordula: *Hans Kroll (1898-1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2008
- Kusber, Jan: *Zwei Lösungen eines Problems. Die Sowjetunion und das Jahr 1956 in Polen und Ungarn*, in: *Osteuropa*, 5/2006, S. 87-96
- Küsters, Hanns Jürgen: *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990*, München 2000
- Küsters, Hanns Jürgen: *Keine Weltenwende? Konrad Adenauer und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion*, in: Altrichter, Helmut (Hg.): *Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext*, Bonn 2007, S. 23-38
- Küsters, Hanns Jürgen: *Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlinkrise 1958-1963*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 4/1998 (40.Jg.), S. 483-542
- Laboor, Ernst: *Der Rapacki-Plan. Realistische Friedensidee oder Kampfplan gegen Bonn? Die Sicht Warschaws, Moskaus und [Ost-]Berlins*, Hefte zur DDR-Geschichte 11, Berlin 1993
- Lalaj, Ana: *Albanien und der Warschauer Pakt*, in: Diedrich, Torsten / Heinemann, Winfried / Ostermann, Christian F. (Hg.): *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991*, Berlin 2009, S. 27-42
- Lappenküper, Ulrich: *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*. Band I: 1949-1958, München 2001
- Larres, Klaus: *Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage*, Göttingen – Zürich 1995
- Larres, Klaus: *Eisenhower, Dulles und Adenauer: Bündnis des Vertrauens oder Allianz des Mißtrauens? (1953-1961)*, in: Larres, Klaus / Opelland, Torsten (Hg.): *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt 1997, S. 119-150
- Larres, Klaus: *The Road to Geneva 1955: Churchill's Summit Diplomacy and Anglo-American Tension after Stalin's Death*, in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): *The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace?* Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 137-155
- Lemke, Michael: *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961*, Köln – Weimar – Wien 2001
- Lemke, Michael: *Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961*, Köln – Weimar – Wien 2011
- Lemke, Michael: *Ein Desaster für die SED? Wahrnehmungen, Bewertungen und Folgen der Adenauer-Reise nach Moskau*, in: Altrichter, Helmut (Hg.): *Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext*, Bonn 2007, S. 245-266

- Lemke, Michael: Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille. Divergenzen zwischen den Berlinkonzepten von SED und UdSSR in der Expositionsphase der zweiten Berlinkrise, in: Ciesla, Burghard / Lemke, Michael / Lindenberger, Thomas (Hg.): *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 203–220
- Leugers-Scherzberg, August H.: *Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition*, Berlin – München 2002
- Lüthi, Lorenz M.: *The Sino-Soviet Split. Cold War in the Communist World*, Princeton – Oxford 2008
- Maloney, Sean M.: Die Schaffung der United Nations Emergency Force I, November 1956 bis März 1957, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 257–279
- Mastny, Vojtech: The Elusive Détente: Stalin's Successors and the West, in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): *The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace?*, Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 3–26
- Mastny, Vojtech: The History of Cold War Alliances, in: *Journal of Cold War Studies*, 4. Jg., H. 2 (Frühjahr 2002), S. 55–58
- Mastny, Vojtech: The Launching of the Warsaw Pact and Soviet Grand Strategy, in: Suppan, Arnold / Stourzh, Gerald / Mueller, Wolfgang (Hg.): *Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz und nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity*, Wien 2005, S. 145–162
- Mastny, Vojtech: NATO in the Beholder's Eye: Soviet Perceptions and Policies, 1949–1956, Working Paper Nr. 35, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C. 2002
- Mastny, Vojtech: Die NATO im sowjetischen Denken und Handeln 1949 bis 1956, in: Mastny, Vojtech / Schmidt, Gustav: *Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946–1956*, München 2003, S. 381–471
- Moharram, Mohamed Reda: Die Suezkrise 1956. Gründe – Ereignisse – Konsequenzen, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 197–217
- Mueller, Wolfgang: *A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955–1991*, Wien 2011
- Mueller, Wolfgang: Die UdSSR und die europäische Integration, in: Gehler, Michael (Hg.): *Vom Gemeinsamen Markt zur europäischen Nationsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007*, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 617–662
- Mueller, Wolfgang: The Soviet Union and Austria, 1955–1991, in: Suppan, Arnold / Mueller, Wolfgang (Hg.): *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Wien – Berlin 2009, S. 256–289
- Naumov, V.P.: Bor'ba N.S. Chruščëva za edinoličnuju vlast' (Der Kampf N.S. Chruščëv um die Alleinherrschaft), in: *Novaja i novejšaja istorija*, 2/1996, S. 10–31
- Naumov, V.P.: Byl li zagovor Berii? Novye dokumenty o sobytijach 1953g. (Gab es eine Verschwörung Berijas? Neue Dokumente über die die Geschehnisse von 1953), in: *Novaja i novejšaja istorija*, 5/1998, S. 17–39
- Naumov, V.P.: Delo maršala G.K. Žukova (Der Fall von Marschall G.K. Žukov), in: *Novaja i novejšaja istorija*, 5–6/2000, S. 87–108, 1/2001, S. 71–99
- Naumov, V.P.: K istorii sekretnogo doklada N.S. Chruščëva na XX s-ezde KPSS (Zur Geschichte des Geheimberichts von N.S. Chruščëv auf dem XX. Parteitag der KPdSU), in: *Novaja i novejšaja istorija*, 4/1996, S. 147–168

- Novik, F.I.: SSSR i načalo berlinskogo krizisa (Die UdSSR und der Beginn der Berlin-Krise), in: Tupolev, B.M. (Red.): Rossija in Germanija. Rußland und Deutschland, hg. von der Russischen Akademie der Wissenschaften, Institut für allgemeine Geschichte, Band 3, Moskau 2004, S. 331–345
- Novik, F.I.: SSSR i sobytija v GDR v ijune 1953 g. (Die UdSSR und die Ereignisse in der DDR im Juni 1953), in: Trudy Institutu rossijskoj istorii [RAN], Vypusk 6, Moskau 2006, S. 305–326
- Novik, F.I.: Ustanovlenija diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG (Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD), in: Otečestvennaja istorija, 6/1995, S. 106–119
- Nünlist, Christian: Die westliche Allianz und Chruščevs Außenpolitik im Jahr 1955, in: Diedrich, Torsten / Heinemann, Winfried / Ostermann, Christian F. (Hg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991, Berlin 2009, S. 9–26
- Orlov, A.: Tajnaja bitva sverchderžav (Die geheime Schlacht der Supermächte), Moskau 2000
- Orlov, A.: Die Suezkrise: Ihre Rolle in der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 219–233
- Ostermann, Christian F.: Das Ende der „Rollback“-Politik. Eisenhower, die amerikanische Osteuropapolitik und der Ungarn-Aufstand von 1956, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 515–532
- Pavlenko, Ol'ga: Zwischen Pragmatismus und Ideologie. Der sowjetisch-amerikanische Verhandlungsprozess in der Chruščev-Ära, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 253–286
- Petrov, Nikita: Die Rolle des KGB in der Außenpolitik der UdSSR in den 1950er Jahren und zur Zeit der Berlin-Krise, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščev, Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 303–314
- Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, Bad Godesberg – Lichtenstein 1965
- Planck, Charles R.: Sicherheit in Europa. Die Vorschläge für Rüstungsbeschränkung und Abrüstung 1955–1965, München 1968
- Pleiner, Horst: Strategisches Denken im Alpenraum aus österreichischer Sicht von 1955 bis zur Gegenwart, in: Krüger, Dieter / Schneider, Felix (Hg.): Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik, München 2012, S. 131–157
- Pöttering, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975
- Prozumenščikov, Michail: Ereignisse, die die kommunistische Welt erschütterten. Zum 50. Jahrestag des XX. Parteitags der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, Berlin 2006, S. 49–65
- Röhrlich, Elisabeth: Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm, Wien 2009
- Rose, Clive: The Soviet Propaganda Network. A Directory of Organisations Serving Soviet Foreign Policy, London – New York 1988
- Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970

- Schlarp, Karl-Heinz: Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer, in: Eichwede, Wolfgang / Golczewski, Frank / Trautmann, Günter (Hg.): Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Münster 2000, S. 133–245
- Schmidt, Gustav: Die Auswirkungen der internationalen Vorgänge 1956 auf die Strukturen des Kalten Krieges, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 639–688
- Schmidt, Gustav: Die Römischen Verträge und der Ost-West-Konflikt, in: Gehler, Michael (Hg.): Vom Gemeinsamen Markt zur europäischen Nationsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 85–109
- Soutou, Georges-Henri: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996, Paris 1996
- Steininger, Rolf: Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von Staatsvertrag und Kaltem Krieg 1938–1955, Innsbruck 2005
- Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien – Köln – Graz 1998 (mit Dokumententeil)
- Stykalin, A.S.: Vostočnaja Evropa v sisteme otnošenij Vostok – Zapad (1953–načalo 1969-ch gg.) (Osteuropa im System der Ost-West-Beziehungen 1953–Anfang 1969), in: Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej (Der Kalte Krieg 1945–1963. Historische Retrospektive. Aufsatzsammlung), hg. von Rossijskaja akademija nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003, S. 487–542
- Taubman, William: Khrushchev. The Man and his Era, New York – London 2003
- Timmermann, Heiner: Die sowjetische Verhandlungsposition auf der Genfer Gipfelkonferenz von 1955, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 161–172
- Tischler, Janos: Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die ungarische Revolution von 1956, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 317–337
- Thoß, Bruno: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960, München 2006
- Trachtenberg, Marc: A Constructed Peace. The Making of the European Settlement 1945–1963, Princeton/NJ 1999
- Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962, München 2008
- Umbach, Frank: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955–1991, Berlin 2005
- Vida, István: Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse 1956, in: Foitzik, Jan: Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Implikationen, Paderborn 2001, S. 70–111
- Vloyantes, John Peter: Silk Glove Diplomacy. Finnish-Soviet Relations, 1944–1974, Kent/OH 1975
- Warner, Isabel / Bevins, Richard: Das Foreign Office und der ungarische Volksaufstand von 1956, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisen-

- jahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 375–394
- Wenger, Andreas: Living with Peril. Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons, Lanham/MD – Boulder/CO – New York – Oxford 1997
- Wentker, Hermann: Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze. Herausforderung und Aktionsrahmen für die DDR in den fünfziger Jahren, in: Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 59–74
- Wettig, Gerhard (Hg.): Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Rhöndorfer Gespräche Bd. 16, Bonn 1997
- Wettig, Gerhard: Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011
- Wettig, Gerhard: Die sowjetische Militärintervention in Ungarn als Schlüsselereignis des Kalten Krieges, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 283–296
- Wettig, Gerhard: Welches Interesse hatte Chruschtschow an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland? (russische und deutsche Fassung), in: Rossiya – Germanija, Russland – Deutschland. Blick zurück in die Zukunft. Zum 50. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, Moskau: Russische Agentur für internationale Beziehungen „RIA Nowosti“ 2005. S. 118–124
- Wettig, Gerhard: Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht. Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik nach Stalins Tod, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 12. Jg. (2005), S. 193–202
- Wettig, Gerhard: Konrad Adenauers Besuch in Moskau im September 1955: Konsens und Dissens zwischen UdSSR und DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2006, S. 185–193
- Wettig, Gerhard: Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Eine Untersuchung auf der Basis neuer Archivadokumente, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 14 (2007), S. 341–352
- Wettig, Gerhard: Im Namen von Frieden und Freundschaft. Chruščëvs Konzept der inter-systemaren Kommunikation, in: Karner, Stefan u. a. (Hg.), Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruščëv, Innsbruck–Wien – Bozen 2011, S. 373–386
- Wettig, Gerhard: Chruschtschow, die Berlin-Krise und die Mauer, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Eine Mauer für den SED-Staat. Berlin 1961 und die Folgen, Berlin 2012, S. 73–88
- Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilung, Berlin 2011
- Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Eine Mauer für den SED-Staat. Berlin 1961 und die Folgen, Berlin 2012, S. 19–52
- Winkler, Christopher: Die U.S. Military Liaison Mission im Vorfeld der 2. Berliner Krise. Der Hubschrauberzwischenfall von 1958, in: Michael Lemke (Hg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln 2006, S. 65–83
- Wolle, Stefan: Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 5/1991, 25. 1. 1991, S. 42–51
- Wolle, Stefan: Polen und die DDR im Jahre 1956, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 46–57

- Zagladin, Vadim V.: Der erste Erneuerungsimpuls. Eine Betrachtung des XX. Parteitages der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, Berlin 1996, S. 11–35
- Zimmermann, Detlev: Frankreich und die Suezkrise 1956, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999, S. 395–420
- Zubok, Vladislav M.: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007
- Zubok, Vladislav M.: Soviet Policy Aims at the Geneva Conference, 1955, in: Bischof, Günter / Dockrill, Saki (Hg.): Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge 2000, S. 55–74
- Zubok, Vladislav / Pleshakov, Constantine: Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev, Cambridge/MA – London 1996 (deutsche Übersetzung: Zubok, Vladislav / Pleshakov, Constantine: Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1997)

# Personenregister

*Bei Personen mit unvollständiger Namensangabe wird die in den Dokumenten genannte Funktion hinzugefügt.*

- Abdullah, König von Jordanien 25  
Adenauer, Konrad 1, 7, 8, 15 16, 21, 22,  
23, 26, 27, 29, 30, 31 33, 36, 43, 108, 111,  
186, 187, 188, 214, 215, 227, 229, 235,  
257, 262, 274, 275, 308  
Alberts, kanadischer Geschäftsmann 299,  
301, 302, 304, 305  
Anikin, Alexander Sergejewitsch  
(Aleksandr Sergevič) 100, 119  
Arbenz Guzmán, Jacobo 283  
Arnold, deutscher „Parteigänger des  
Friedens“ 234  
Arutjunjan, A. A., sowjetischer Diplomat  
100, 119  
d’Astier de la Vigerie, Emmanuel 283  
Attlee, Clement 60, 62, 68, 272, 279, 332
- Bao Đai (Nguyen Phuc Vinh Thien) 139  
Baraduc, Pierre 100, 119  
Bebel, August 274  
Ben Bella, Ahmed 221  
Ben Gurion, David 225  
Berholm, Abgeordneter des dänischen  
Folketing 165  
Berija, Lawrentij Pawlowitsch (Lavrentij  
Pavlovič) 5, 202, 203  
Berman, Jakob 83  
Bernal, John Desmond 280–288  
Bevan, Aneurin 176, 268–280, 281, 287,  
323, 324, 326, 327, 332, 333, 338, 339  
Bierut, Bolesław 83, 246  
Blum, Léon 90  
Bochard, Charles 100, 119  
Bolz, Lothar 34  
Born, Max 16  
Brendendiek, Walter 218, 230, 236  
Briand, J., französischer Diplomat  
100, 119  
Bubnow (Bubnov), I., sowjetischer  
Diplomat 100, 119  
Bucharin, Nikolaj Iwanowitsch (Nikolaj  
Iwanovič) 205  
Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch  
(Nikolaj Aleksandrowič) 5, 7, 11f, 15,  
15, 17, 20, 21, 22, 29, 33, 36, 37, 40, 41,  
43, 44, 49, 56, 57, 62, 70, 72, 84, 85, 87,  
89, 94, 100, 101, 102, 103, 105, 107, 112,  
114, 117, 118, 119, 129, 130–132, 136,  
137, 138, 142, 145, 147, 148, 150, 151,  
152, 153, 159, 160, 161, 163, 164, 168,  
169, 170, 171, 173, 191, 192, 205, 212,  
215, 216, 218, 219, 221, 224, 231, 232,  
233, 236, 238, 250, 267, 269, 271, 271,  
325, 333  
Burgess, Guy 181
- Chamoun, Camille 25  
Charnie; französischer Radical-Sozialist  
264  
Chiang Kai-shek 44, 108  
Churchill, Sir Winston 107, 118, 124, 132,  
279  
Commin, Pierre 88, 89, 90, 93, 95, 97, 98,  
99  
Correns, Erich 29  
Coty, René 126  
Cripps, Sir Stafford 68  
Cucchi, Aldo 40
- Daladier, Édouard 210, 257–267  
Dalglish, Oakley 291–295, 297–299, 302,  
305–307  
Dejean, Maurice 100, 119, 138, 152, 160  
Diefenbaker, John 297  
Dimitrow (Dimitrov), Georgi 200  
Douglas, Paul 69, 70  
Duclos, Jacques 49, 83, 173–184  
Dulles, John Foster 56, 57, 77, 79, 124,  
125, 134, 156, 263, 266, 267, 274, 275,  
279, 282, 293, 294, 321, 324, 325, 328,  
331, 332
- Eaton, Cyrus 307, 328  
Eaton, John David 303, 307  
Eden, Anthony 72, 173, 178, 219, 220, 221,  
224, 225, 270, 271, 272, 284, 325  
Ehrenburg (Ėrenburg), Ilja Grigorjewitsch  
(Il’ja Grogor’ewič) 283

- Einstein, Albert 337  
 Eisenhower, Dwight D.n 7, 9, 10, 15, 20,  
 21, 22, 25, 64, 66, 72, 74, 77, 78, 79, 93,  
 106, 110, 113, 116, 129, 171, 197, 224,  
 232, 258, 269, 271, 273, 283, 287, 305,  
 318, 324, 325, 327, 331  
 Elfes, Wilhelm 213, 215, 216, 230, 231  
 Engels, Friedrich 32, 68, 89, 148, 208, 310,  
 315, 336  
 Essen, Kurt 232
- Fagerholm, Karl-August 26  
 Faisal II., König des Irak 328  
 Faure, Edgar 36, 38, 72, 95, 140  
 Fisher, Allan G. B. 69  
 Fedorenko, Nikolaj Trofimowitsch  
 (Nikolaj Trofimovič) 100, 119, 138  
 Flanders, Ralph 74  
 Fuchs, Klaus 73f
- Gaitskell, Hugh 59, 89, 176, 269, 270, 332  
 Gaulle, Charles de 24, 26, 27, 118, 132, 283  
 Gerassimow (Gerasimov), Ljuben 250  
 Gerö, Ernö 191, 246  
 Gheorghiu-Dej, Gheorghe 50, 83  
 Gomułka, Władysław 12f, 222, 243–246,  
 335  
 Gorkij (Gor'kij), Maxim (Maksim)  
 179, 214, 231, 247  
 Gorkin, Alexander Fjodorowitsch  
 (Aleksandr Fëdorovič) 164  
 Gottschalk-Hansen, Abgeordneter des  
 dänischen Folketing 170  
 Gottwald, Klement 201  
 Graham, kanadischer Geschäftsmann 300  
 Gromyko, Andrej Andrejewitsch (Andrej  
 Andreevič) 18, 114, 116, 250, 295  
 Grotewohl, Otto 9, 18f, 263  
 Gruenther, Alfred M. 31, 146
- Hahn, Otto 16  
 Harriman, Averell 116  
 Hearst, Charles J. 67  
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 96, 227  
 Hegemann, deutscher „Parteigänger des  
 Friedens“ 222  
 Heisenberg, Werner 16  
 Henderson, Arthur Jr. 279  
 Hitler, Adolf 31, 35, 79, 88, 95, 96, 97,  
 104, 148, 186, 187, 207, 208, 209, 210,  
 211, 228, 247, 248, 331  
 Ho Chi Minh 143, 144, 221  
 Hoover, Herbert 197
- Iljitschow (Il'ičëv), Leonid Fjodorowitsch  
 (Leonid Fëdorovič) 1100, 119
- Jaurès, Jean 90  
 Jorgensen, dänischer Politiker 169  
 Jugow (Jugov), Anton 250, 251, 252,  
 255f
- Kabanow (Kabanov), Iwan Grigorjewitsch  
 (Iwan Grigor'ewič) 291  
 Kádár, János 191, 226, 240, 243, 244, 246  
 Kaganowitsch (Kaganovič), Lasar Moisseje-  
 witsch (Lazar' Moiseewič) 138  
 Kardelj, Edvard 252  
 Kasanskij (Kazanskij), A., sowjetischer  
 Diplomat 164  
 Kefauver, Carey E. 36  
 Kirchhoff, Werner 235  
 Kissinger, Henry 282  
 Konew (Konev), Iwan Stepanowitsch  
 (Iwan Stepanovič) 12  
 Kornejtschuk (Kornejčuk), Alexander  
 Ewdokimowitsch (Aleksandr  
 Ewdokimovič) 283  
 Koroljow (Korolëv), Ju., sowjetischer  
 Diplomat 280  
 Kowal (Koval'), Konstantin Iwanowitsch  
 (Konstantin Iwanovič) 52  
 Kropotkin, Pjotr Alexejewitsch  
 (Pëtr Alekseewič) 76
- Latman, kanadischer Geschäftsmann 301,  
 302, 303, 304  
 Lee, Jennie 268, 270, 274, 276  
 Lenin, Wladimir Iljitsch (Vladimir Il'ič)  
 2, 5, 32, 47, 57, 58, 68, 71, 74 89, 90, 142,  
 146, 147, 150, 151, 165, 170, 183, 184, 189  
 190, 192, 193, 195, 199, 200, 201, 202,  
 203, 204, 205, 207, 208, 209, 228, 238,  
 239, 245, 247, 268, 281, 289, 290, 309,  
 310, 314, 315, 316, 334, 336  
 Lloyd, Selwyn 220, 270, 272, 328  
 Longo, Luigi 237–250  
 Lukanow (Lukanov), Karlo 250
- Macmillan, Harold 16, 17, 113, 153, 269,  
 279, 324, 325 328  
 Magnani, Valdo 40, 248  
 Maksarjow (Maksarëv), Jurij Jewgenje-  
 witsch (Jurij Evgen'ewič) 291, 299, 300,  
 301, 302, 303, 304  
 Malenkow (Malenkov), Georgij Maximilia-  
 nowitsch (Georgij Maksimilianovič) 5,  
 17, 39, 138, 239, 242, 315  
 Manstein, Erich von 233  
 Mao Tse-tung 25, 44  
 Marosán, György 246  
 Marx, Karl 2, 5, 32, 47, 51 57, 58, 68, 71,  
 74, 89, 96, 147, 148, 150, 151, 165, 167,

- 170, 183, 190, 192, 195, 196, 198, 200,  
201, 208, 209, 227, 239, 309, 310, 311,  
312, 313, 314, 315, 333, 336
- Massigli, René 100, 119, 138
- Massu, Jacques 24
- Matzkejewitsch (Mackevič), Wladimir  
Wladimirowitsch (Wladimir Wladimirowič)  
301
- McCarthy, Joseph 73, 74, 273, 274
- McDuffie, Marshall 64–80
- Melone, George W. 36
- Mendès-France, Pierre 161
- Michajlow (Michajlov), W. (V.), sowjetischer  
Diplomat 184, 280, 288
- Mićunović, Vukašin 251, 252, 253
- Mikojan, Anastas Iwanowitsch (Anastas  
Ivanovič) 23, 37, 87, 88, 93, 95, 98, 138,  
203, 211, 253, 291, 303, 306
- Minc, Hilary 83
- Mitin, Mark Borisowitsch (Mark Borisovič)  
88
- Moch, Jules 91, 93, 104, 116, 257, 258
- Mollet, Guy 17, 36, 88, 91, 100–159, 173,  
219, 221, 222, 225, 265, 266, 275
- Molotow (Molotov), Wjatscheslaw  
Michajlowitsch (Vjačeslaw Michajlovič)  
7, 9, 12, 17, 35, 40, 60, 72, 86, 100, 102,  
110, 113, 114, 116, 130, 132–134, 138,  
140, 141, 142, 144, 145, 147, 148, 149,  
151, 152, 160, 161, 162, 163, 185, 234,  
242, 294
- Monnet, Jean 100
- Mörk, A., dänischer Botschafter in der  
UdSSR 164
- Muchitdinow (Muhitdinov), Nuritdin  
Akramowitsch (Nuritdin Akramovič)  
180, 182
- Mussolini, Benito 207
- Nagy, Imre 13, 24, 191, 223, 225, 226, 239,  
240, 246
- Nansen, Fritjof 197
- Nasser, Gamal Abdel 5, 8, 12, 14, 25, 37,  
138, 218, 224, 225, 260, 271, 283, 284 305,  
306, 336
- Nehru, Jawaharlal 44, 57, 58, 175, 276, 334
- Nenni, Pietro 35–43, 249
- Noël, E., französischer Diplomat 100, 119
- Norman, Abgeordneter des dänischen  
Folketing 170, 172
- Norstad, Lauris 259
- Novotný, Antonín 54, 83
- Nuri al-Said 5, 278
- Ollenhauer, Erich 19, 21
- Owen, Robert 208, 277
- Pankow (Pankov), Jurij, sowjetischer  
Diplomat 267
- Patolitschew (Patoličev), Nikolaj Semjono-  
witsch (Nikolaj Seměnovič) 250
- Pauling, Linus 317
- Paulus, Friedrich 233
- Pearson, Lester 42
- Pedersen, Gustav 164, 167, 168, 169
- Perwuchin (Pervuchin), Michail Georgije-  
witsch (Michail Georgievič) 138
- Philip, André 97
- Phillips, Morgan 268, 269
- Pieck, Wilhelm 33
- Pinay, Antoine 36
- Pineau, Christian 12, 95, 100–164, 173,  
221, 222, 275
- Pivre, M., Führungsmittglied der französi-  
schen SFIO 95, 99
- Plechanow (Plechanov), Georgij Walentino-  
witsch (Georgij Valentinovič) 150
- Pollitt, Harry 68
- Ponomarjow (Ponomarëv), Boris Nikolaje-  
witsch (Boris Nikolaevič) 59, 88, 98,  
237
- Popović, Koča 252
- Posolotin (Pozolotin), M., sowjetischer  
Diplomat 256
- Prichodow (Prichodov), Jurij Kondratje-  
witsch (Jurij Kondrat'evič) 250
- Qasim, Abd al-Karim 24
- Radford, Arthur 77
- Rainau, Erich H. 216, 217, 219, 233
- Rajk, László 246
- Rákosi, Mátyás 13, 240, 246
- Ranković, Aleksandar 252, 310
- Rapacki, Adam 19, 20, 24, 25, 269
- Rattei, deutscher „Parteigänger des  
Friedens“ 235
- Reale, Eugenio 248
- Ricardo, David 167
- Robeson, Paul 68
- Roman, kanadischer Geschäftsmann 307
- Rosenberg, Ethel 74
- Rosenberg, Julius 74
- Russell, Bertrand 337
- Rykov (Rykov), Alexej Iwanowitsch  
(Aleksej Ivanovič) 205
- Salan, Raoul 24
- Samtschewskij (Zamčevskij), Iwan  
Konstantinowitsch (Ivan Konstantinovič)  
250
- Saragat, Giuseppe 35, 250
- Sartre, Jean-Paul 247

- Schatunowskaja (Šatunovskaja), Olga  
Grigorjewna (Ol'ga Grigor'evna) 203
- Schepilow (Šepilov), Dmitrij Trofimowitsch  
(Dmitrij Trofimovič) 8, 12, 15, 17, 88,  
95, 96, 98, 276
- Schewljagin (Ševljagin), Dmitrij Petrowitsch  
(Dmitrij Petrovič) 43, 88, 250
- Semjonow (Seměnov), Wladimir Semjono-  
witsch (Wladimir Seměnowič) 164, 215
- Serow (Serov), Iwan Alexandrowitsch  
(Iwan Aleksandrowič) 18
- Shdanow (Ždanov), Andrej Alexandro-  
witsch (Andrej Aleksandrowič) 199, 248
- Shepley, James 78
- Shiwkow (Živkov), Todor 250–252
- Shukow (Žukov), Jurij Alexandrowitsch  
(Jurij Aleksandrowič)
- Shukow (Žukov), Georgij Dimitriewitsch  
(Dimitriewič) 265, 267, 337, 338, 339
- Shukow (Žukov), Georgij Konstantino-  
witsch ([Marschall] Georgij Konstanti-  
nowič) 17, 18, 20, 72, 138, 254
- Silverman, Sydney 176
- Smirnow (Smirnov), Andrej Andrejewitsch  
(Andrej Andreevič) 21, 22, 27
- Smith, Adam 167
- Sorin (Zorin), Walerian Alexandrowitsch  
(Valerian Aleksandrowič) 34, 216
- Spano, Velio 237–250
- Springer, Axel 22
- Stajkow (Stajkov), Entšo (Enčo) 250
- Stalin, Josef Wissarionowitsch (Iosif  
Wisarionovič) 3, 4, 10, 22, 32, 36, 37,  
40, 45, 57, 68, 81, 97, 107, 117, 118, 148,  
159, 165, 170, 180, 184, 193, 196, 199,  
200, 201, 202, 203, 204, 207, 208, 209,  
211, 238, 239, 243, 245, 246, 248, 249,  
252, 254, 255, 278, 280, 283, 314, 332,  
335, 338
- Stanford, Graham 78
- Stassen, Harold 110, 257, 266, 267
- Stevenson, Adlai 116
- Strachey, John 208
- Suslow (Suslov), Michail Andrejewitsch  
(Michail Andreevič) 39, 88, 237, 243,  
246, 247, 248
- Syng-man Rhee 108
- Thorez, Maurice 83, 243
- Tito, Josip Broz 7, 36, 37, 40, 81, 147, 188,  
191, 192, 193, 196, 197, 198, 199, 202,  
238, 239, 240, 241, 251, 252, 253, 254,  
256, 310, 314, 333, 334, 335
- Todorović, Mijalko 251, 252
- Togliatti, Palmiro 81, 83, 85, 199, 238, 243,  
245, 248
- Trajkow (Trajkov), Georgi 250
- Trotzkij (Trocki), Lew Dawidowitsch  
(Lev Davidovič) 204, 205, 332
- Tschankow (Čankov), Georgi 250
- Tscherwenkow (Červenkov), Wylko  
(Vylko) 250, 252
- Tydings, Millard 73
- Tschujkow (Čujkov), Wassilij Iwanowitsch  
(Vasilij Ivanovič) 77
- Ulbricht, Walter 9, 14, 18, 26, 27, 34, 83,  
242, 263, 308
- Veit, deutscher „Parteigänger des Friedens“  
232
- Verdier, Robert 90, 91, 92, 93, 94, 95
- Vratuša, Anton 241
- Werschinin (Veršinin), Konstantin Andreje-  
witsch (Konstantin Andreevič) 273
- Wiedemann, Hans 212, 214, 218
- Wilson, Harold 59–64
- Winogradow (Vinogradov), I. T., sowjeti-  
scher Diplomat 250, 256
- Winogradow (Vinogradov), Sergej  
Alexandrowitsch (Sergej Aleksandrowič)  
100, 119, 138, 152, 160
- Wolkow (Volkov), Alexander Petrowitsch  
(Aleksandr Petrovič) 164
- Woroschilow (Vorošilov), Kliment Jefremo-  
witsch (Efremovič) 33, 83, 86, 87
- Zehrer, Hans 22
- Zilliacus, Konni 185–212, 287, 323–339
- Zygitschko (Cygičko), N. P., sowjetischer  
Diplomat 100, 119